

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1971

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

INHALTSVERZEICHNIS

a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
Januar-Heft			
Kurzinformationen	1	Kurzinformationen	203
Freizeitstätten am Wochenende	3	Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg — Ergebnisse der 3. koordinierten Vorausschätzung —	205
Die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 unter besonderer Be- rücksichtigung ihrer regionalen Verteilung	9	Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970	219
Monatszahlen	17	Monatszahlen	227
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	25	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	235
Februar-Heft			
Kurzinformationen	29	August-Heft	
Die Studierenden an der Universität Hamburg von 1960 bis 1970	31	Kurzinformationen	239
Die Kriegsopferfürsorge in Hamburg 1966 bis 1969	43	Die Ausländer in Hamburg im Spiegel der Statistik	241
Monatszahlen	52	Die Wohnungsversorgung der älteren Menschen in Hamburg	265
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	60	Monatszahlen	269
März-Heft		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	277
Kurzinformationen	61	September-Heft	
Hamburger Strukturdaten aus der Volkszählung 1970	63	Kurzinformationen	279
Die Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Be- völkerung Hamburgs — Regionalanalyse für das Stadtgebiet nach der Lohnsteuerstatistik 1968	79	Containerverkehr im Hamburger Hafen 1968 bis 1970	281
Monatszahlen	92	Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien in Ham- burg	293
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	100	Monatszahlen	297
April-Heft		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	305
Kurzinformationen	101	Oktober-Heft	
Zweitwohnungen in Hamburg am 25. Oktober 1968	103	Kurzinformationen	307
Strukturanalyse des öffentlichen Dienstes in Ham- burg — Hauptergebnisse der Statistik des Perso- nals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst nach dem Stande vom 2. Ok- tober 1968 —	112	Arbeitsstätten und deren tätige Personen in Hamburg — Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstätten- zählung vom 27. 5. 1970 —	309
Monatszahlen	132	20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg — Teil I — Volumen des Nichtwohnbaus	315
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	140	Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haus- halte in Hamburg 1968 bis 1970	323
Mai-Heft		Monatszahlen	330
Kurzinformationen	141	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	338
Die Studien- und Berufsziele der Hamburger Abiturien- ten — Ergebnisse der Abiturientenbefragung 1971 —	143	November-Heft	
Eigentumswohnungen in Hamburg am 25. Oktober 1968	151	Kurzinformationen	339
Industrielle Unternehmen in Hamburg — Ergebnisse der Jahresunternehmenserhebung in der Industrie —	153	Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Informa- tionsstelle im Statistischen Landesamt	341
Monatszahlen	162	Private Millionärvermögen in Hamburg — Voraus- ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1969 —	348
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	170	Die Wohnverhältnisse junger Ehepaare in Hamburg	353
Juni-Heft		Monatszahlen	356
Kurzinformationen	171	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	364
Anlageinvestitionen hamburgischer Industriebetriebe	173	Dezember-Heft	
Hamburger Modelluntersuchung zur multikausalen To- desursachenstatistik	183	Hamburg im Jahre 1971	367
Monatszahlen	193	Monatszahlen	387
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	201	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	395

b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

- Abiturienten; Mai S. 143
Ältere Menschen, Wohnungsversorgung; August S. 265
Altersstruktur der Gebäude und Wohnungen; Januar S. 9
Anlageinvestitionen; Juni S. 173
Arbeitsstätten; Oktober S. 309
–, Zählung; Oktober S. 309
Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Informationsstelle; November S. 341
Ausgaben, Einnahmen und; Oktober S. 323
Ausländer als Gäste; August S. 261
–, in Hamburg; August S. 241, Dezember S. 371
Ausländische Arbeitnehmer, Wohnungsversorgung; August S. 254
–, Studierende; Februar S. 31, August S. 259
Auslandsumsatz; Juli S. 219
- Baugewerbe und Wohnungsbau; Dezember S. 378
Bautätigkeit, 20 Jahre; Oktober S. 315
Berufsziele, Abiturienten; Mai S. 143
Beschäftigung und Lebenshaltung, Dezember S. 373
Bevölkerung; Dezember S. 369
Bevölkerungsentwicklung; Juli S. 205
–, stand; März S. 63
Bildung und Kultur; Dezember S. 375
Binnenschiffsverkehr; Dezember S. 382
- Containerverkehr; September S. 281
- Eigentumswohnungen; Mai S. 151
Eheschließungen; August S. 251
Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung; März S. 79
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte; Oktober S. 323
Einzelhandel; Dezember S. 380
Erwerbstätige, Einkommensverhältnisse; März S. 79
- Ferienwohnung; Januar S. 7
Freizeitstätten am Wochenende; Januar S. 3
Freizeitverhalten; Januar S. 3
Fremdenverkehr; S. 381
- Geld und Staatsfinanzen; Dezember S. 384
- Hamburger Hafen, Containerverkehr; September S. 281
Hamburger Modelluntersuchung zur Todesursachenstatistik; Juni S. 183
Hamburgische Industrie, Auslandsumsatz; Juli S. 219,
Handel, Industrie und; Dezember S. 376
Handel und Verkehr; Dezember S. 380
- Industrie, Auslandsumsatz; Juli S. 219
Industriebetriebe, Anlageinvestitionen; Juni S. 173
Industrielle Unternehmen; Mai S. 153
Industrie und Handel; Dezember S. 376
Informationsstelle, Aufgaben und Arbeitsweise, November S. 341
- Junge Ehepaare, Wohnverhältnisse; November S. 353
- Kinderreiche Familien, Wohnverhältnisse; September S. 293
Kriegsopferfürsorge; Februar S. 43
Kultur, Bildung und; Dezember S. 375
- Lebenshaltung, Beschäftigung und; Dezember S. 373
Luftverkehr; Dezember S. 382
- Mikrozensus 1970; Januar S. 3
Millionenvermögen, private; November S. 348
Modelluntersuchung, Todesursachenstatistik; Juni S. 183
- Öffentlicher Dienst, Strukturanalyse; April S. 112
- Personennahverkehr; Dezember S. 383
Private Haushalte, Einnahmen und Ausgaben; Oktober S. 323
- Repräsentativerhebung, Volkszählung 1970; März S. 63
- Sozialprodukt, Zunahme des; Dezember S. 368
Staatsfinanzen, Geld und; Dezember S. 384
Statistisches Landesamt, Zentrale Informationsstelle; November S. 341
Straßenverkehrsunfälle; Dezember S. 383
Strukturdaten aus der Volkszählung; März S. 63
Studienziele, Abiturienten; Mai S. 143
Studierende an der Universität; Februar S. 31
- Tätige Personen, Arbeitsstätten; Oktober S. 309
Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung; Juli S. 205
Todesursachenstatistik; Juni S. 183
- Unternehmen, industrielle; Mai S. 153
- Vergütungen und Löhne, öffentlicher Dienst; April S. 112
Verkehr, Container; September S. 281
Volkszählung 1970; März S. 63
–, Strukturdaten; Dezember S. 372
Volumen des Nichtwohnbaus; Oktober S. 315
- Wochenendhaus; Januar S. 3
Wohngebäude und Wohnungen, Altersstruktur; Januar S. 9
Wohnungsbau, Baugewerbe und; Dezember S. 378
Wohnverhältnisse junger Ehepaare; November S. 353
–, kinderreicher Familien; September S. 293
Wohnungsversorgung älterer Menschen; August S. 265
–, Ausländer; August S. 254
Wohnungszählung; Januar S. 9, April S. 103, Mai S. 151,
August S. 265, September S. 293
- 20 Jahre Bautätigkeit; April S. 103
Zentrale Informationsstelle; November S. 341
Zu- und Fortzüge von Ausländern; August S. 252
Zweitwohnungen; April S. 103

Hamburg in Zahlen

1971



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Inhalt

<i>Kurzinformationen</i>	Seite	1
Freizeitstätten am Wochenende		3
Die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 unter besonderer Berücksichtigung ihrer regionalen Verteilung		9
<i>Monatszahlen</i>		17
<i>Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet</i>		25

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

Zeichenerklärung

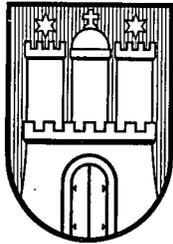
- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend.
- ... = Zahlenangaben fallen später an.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- s = geschätzte Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhörn 12

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Neun von zehn Hamburger Abiturienten wollen studieren

Von den rund 2300 Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 werden annähernd 90% ein Studium aufnehmen. Der Anteil der „Studienwilligen“ ist bei den Mädchen beinahe ebenso hoch wie bei den Jungen. Mit Sicherheit nicht studieren wollen nur rd. 4% der Abiturienten und gut 10% der Abiturientinnen. Noch unentschlossen sind demgegenüber 6% der jetzt abgehenden Schüler und 3% der Schülerinnen.

Die ganz überwiegende Mehrzahl aller Hamburger Abiturienten wird sich auch zunächst an der Universität Hamburg immatrikulieren lassen. Lediglich zwei von zehn Schülerinnen und Schülern, die ihr Abitur in Hamburg bestanden haben und studieren möchten, wollen an einer anderen Hochschule des Bundesgebiets oder im Ausland ihr Studium beginnen.

Insgesamt über ein Drittel dieses Abiturientenjahrgangs hat sich für den Lehrerberuf entschieden. Angehender Volks- und Realschullehrer ist bei den Mädchen jede dritte und bei den männlichen Studienanfängern jeder vierzehnte. Studienrat zu werden hat sich jeder siebente Abiturient und jede siebente Abiturientin vorgenommen.

Diese Angaben sind Vorwegergebnisse einer im Januar vom Statistischen Landesamt durchgeführten Befragung der Hamburger Abiturienten; sie beruhen zunächst auf einer Beantwortungsquote von 80% aller Abiturienten. Durch den Eingang weiterer Fragebogen kann sich unter Umständen der Anteil derjenigen, die nicht studieren wollen, geringfügig ändern.

Erziehungswissenschaft größter Fachbereich an der Universität Hamburg

Im Wintersemester 1970/71 sind an der Universität Hamburg rd. 21 000 Studierende (zuzüglich 1.200 Beurlaubte) eingeschrieben. Gegenüber dem Wintersemester 1969/70 hat sich die Studierendenzahl damit um 12% erhöht.

Die Erziehungswissenschaft liegt mit über 4 000 Studierenden der Größe nach wieder an der Spitze der Fachbereiche; fast jeder dritte Studienanfänger hatte diesen Fachbereich gewählt. Mit insgesamt 3 450 Studierenden folgen die Wirtschaftswissenschaften an zweiter Stelle, der drittgrößte Fachbereich ist die Rechtswissenschaft (2 380).

Erhebliche Zunahme des Mineralölumschlages

Mit 14,8 Mio t erreichte der Mineralölverkehr des Hamburger Hafens in den Monaten Januar bis September 1970 einen neuen Höchststand und übertraf damit das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes um rd. 2,0 Mio t oder 15,5%.

Am einkommenden Verkehr (13,1 Mio t) war das Rohöl mit 70% oder 9,1 Mio t beteiligt, wobei die Steigerung gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres knapp 1 Mio t (12,0%) betrug. Überraschenderweise nehmen dabei die Niederlande mit 2,6 Mio t in der Rangordnung der wichtigsten Lieferländer den ersten Platz ein, gefolgt von den traditionell bedeutsamsten Erdölproduzenten Libyen (2,5 Mio t), Venezuela (947 000 t) und Syrien (784 000 t). Besonders ins Auge fallend ist auch, daß der Empfang aus den niederländischen Häfen sich etwa verfünffacht hat. Diese enorme Steigerung um 2,1 Mio t ist vorwiegend auf Umladungen von Öltransporten aus dem Libanon und Iran zurückzuführen, die sich offenbar in zunehmendem Maße der niederländischen Tanklager bedienen oder dort direkt in kleinere Tanker leichtern. Es ist anzunehmen, daß durch die stetig steigende Größe der Tankschiffe, die damit Hamburg nicht mehr unmittelbar anlaufen können, diese Tendenz anhält und sich die Rohölanlandungen aus den Niederlanden auch in den kommenden Jahren weiter erhöhen werden.

Relativ stärker noch als beim Rohölempfang war die Steigerung bei den Mineralölerzeugnissen. Hier betrug die Zunahme 856 000 t oder 28,9%. Damit wurde ein seewärtiger Eingang von insgesamt 4,0 Mio t erreicht. An diesen Zufuhren waren vornehmlich die Sowjetunion, die Niederlande und Italien beteiligt.

Zwei Drittel der Hamburger Wohnparteien sind erwerbstätig

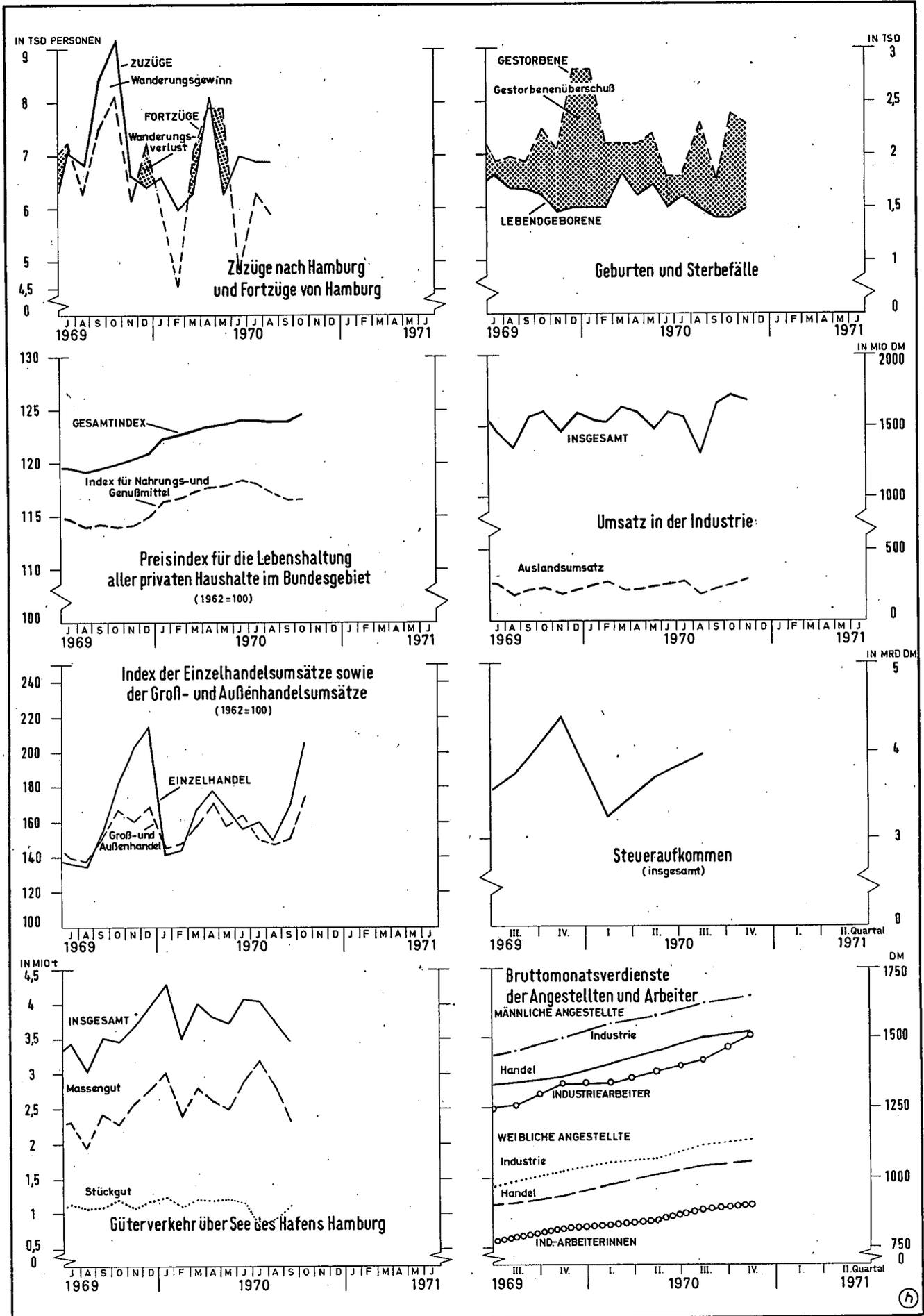
Von den bei der letzten Wohnungszählung ermittelten rd. 745 000 Wohnparteien (Haushalte) waren in der Aufgliederung nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände

66 900 oder 9% Selbständige,
170 900 oder 23% Arbeiter,
243 000 oder 33% Angestellte oder Beamte,
255 600 oder 34% Nichterwerbstätige (Rentner, Pensionäre usw.) und
8 600 oder 1% Studierende oder Schüler.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte innerhalb dieser Wohnparteiengruppen war recht unterschiedlich. Bei der großen Gruppe der Nichterwerbstätigen betrug er etwa 49%, also fast die Hälfte. In der Gruppe der Angestellten oder Beamten war dieser Anteil mit 21% schon wesentlich geringer. Am niedrigsten lag er jedoch mit nur 14% sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Selbständigen.

Die zahlenmäßig kleinste Gruppe der Studierenden einschließlich Schüler wies naturgemäß mit 67% den höchsten Anteil von Einpersonenhaushalten auf; es waren dies außerdem ganz überwiegend Untermieter.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Freizeitstätten am Wochenende

– Ergebnisse einer Hamburger Zusatzbefragung im Mikrozensus 1970 –

Vorbemerkungen

Empirische Untersuchungen zum Freizeitverhalten und über Freizeitstätten haben in der amtlichen Statistik noch keinen festen Platz gefunden, obwohl dieses Problem im Zuge der Arbeitszeitverkürzungen, wachsenden Einkommen und zunehmender Motorisierung laufend an Bedeutung gewinnt. Der Ausschuß Stadtforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker hat sich im September 1970 mit den methodischen und praktischen Problemen einer Freizeitstatistik befaßt, das Referat O. Boustedt „Freizeitgestaltung und Freizeitraum“ mit einer ausführlichen Analyse der Naherholungsräume Hamburg und München wird im Tagungsbericht über die 70. Hauptversammlung des Verbandes veröffentlicht werden. In diesem Zusammenhang sei auch auf die umfangreiche Untersuchung von W. Nahrstedt verwiesen: Die Entstehung der „Freizeit“ zwischen 1750 und 1850, dargestellt am Beispiel Hamburgs (Diss. phil. Hamburg 1968).

Das Thema Urlaubs- und Erholungsreisen ist durch das Statistische Landesamt Hamburg erstmals 1959 aufgegriffen worden, und zwar im Rahmen der 1 %-Umfrage des Mikrozensus; die Ergebnisse sind im Sonderheft 2/1962 dieser Zeitschrift veröffentlicht. In einer weiteren Repräsentativerhebung im Herbst 1965, anlässlich einer Befragung über die Wohnsituation und die Wohnabsichten der Haushalte wurden diese zusätzlich um Auskunft darüber gebeten, wie die Freizeit am Sonnabend vor dem Interview verbraucht worden ist. Diese Erhebung erbrachte bemerkenswerte Ergebnisse über den Ausflugsverkehr in die Umgebung Hamburgs und die Häufigkeit von Verwandten- oder Bekanntenbesuchen; auch Fernsehen, Hobby-Ausübung, Teilnahme an Sportveranstaltungen wurden in die Auswertung dieser Freizeitstudie einbezogen (veröffentlicht im Beitrag „Wie verbringt der Hamburger das Wochenende“ im Dezember-Heft 1967 dieser Zeitschrift). Vom Institut für Verkehrswissenschaft der Universität Hamburg wurde – in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzamt – eine Untersuchung zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung durchgeführt, bei welcher (im Teil A) der Wochenenderholungsverkehr insbesondere unter dem Aspekt der Regionalpolitik und Landesplanung analysiert wurde. In einer Ergänzungsstudie (Teil B) wurde vom Seminar für Sozialwissenschaften „Das Verhalten der Hamburger Wochenendfahrer in ausgewählten Wochenenderholungsgebieten“ untersucht.

1) Für einen angenommenen Sicherheitsgrad von 95,5 % (2 σ) gelten folgende Anhaltspunkte über die Aussageschärfe der einprozentigen Stichprobe:

Fallzahl in der 1 % Stichprobe	Wahrscheinlichkeitsfehler in %
1 000	6,29
500	8,90
250	12,59
100	19,90
50	28,14

2) Eine Verbesserung der Mikrozensus-Ergebnisse dürfte ab 1972 zu erwarten sein, wenn die Basis auf Daten der Volkszählung 1970 umgestellt und das bisher verwendete Verfahren der Flächenstichprobe modifiziert wird. Eine damit verbundene Reduzierung des „Klumpen-effektes“ wirkt sich insbesondere im großstädtischen Bereich günstig auf die Ergebnisse aus.

Da Soziologen, Planer und alle in der Stadtforschung Tätigen am Prozeß der Freizeitgestaltung stark interessiert sind, wurde im Mikrozensus vom April 1970 wiederum ein kleiner Teilaspekt zum Thema Wochenendgestaltung untersucht: Das Vorhandensein von ständigen Wochenendplätzen in Gestalt des Wochenendhauses, einer Ferienwohnung, eines Wohnwagens, Zeltplatzes oder eines Kleingartens. Zusatzbefragungen dieser Art – auf freiwilliger Basis – können sich als Teil einer umfangreichen Bundesstatistik selbstverständlich nur auf einige wenige Tatbestände erstrecken. Auf eine Vielzahl erwünschter Informationen zur Standortwahl und Häufigkeit der Inanspruchnahme dieser Wochenendplätze, Verkehrsmittelbenutzung, Fahrdauer, Motivation der Wochenendfahrten usw. muß daher verzichtet werden, da ihre Ermittlung die Haushalte und Interviewer zu stark belastet hätte.

Andererseits bietet der Mikrozensus eine günstige Gelegenheit, mit relativ geringem Aufwand die ohnehin erhobenen demographischen und sozioökonomischen Tatbestände mit aktuellen Fragestellungen zu kombinieren und auszuwerten, eine Möglichkeit, die von den „größeren“ Großstädten (etwa ab 500 000 Einwohner) bisher kaum genutzt wird.

Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß Ergebnisse einer einprozentigen Erhebung nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind, so daß sich bei sachlichen und regionalen Gliederungen teilweise kleine Zahlen ergeben, die mehr oder weniger zufallsbedingt sein können¹⁾. Aus diesem Grunde sind die Zahlen in den folgenden Tabellen auch nicht hochgerechnet, in den textlichen Ausführungen werden die wichtigsten Merkmalshäufigkeiten behelfsmäßig durch Anhängen von zwei Nullen hochgeschätzt. Der Benutzer darf also die Genauigkeit der Ergebnisse aus den vorgenannten methodischen Gründen und wegen der Subjektivität der Gesprächsangaben nicht überschätzen, andererseits dürften die Größenordnungen und Tendenzen mit ausreichender Zuverlässigkeit wiedergegeben sein²⁾.

Ostsee beliebtestes Erholungsgebiet für die Hamburger

Von den rd. 800 000 Hamburger Haushalten hatten im Jahre 1970 rd. 55 000 oder knapp 7 % einen ständigen Wochenendplatz zur Verfügung, von denen sich zwei Drittel außerhalb von Hamburg befanden. Die Lage der Wochenendplätze, gegliedert nach Wochenendhäusern, Ferienwohnungen, Wohnwagen und Zelten mit ständigem Standort sowie Garten außerhalb des Wohngrundstücks ist in Tabelle 1 aufgeführt.

Danach gab es mehr als 16 000 Wochenendhäuser, von denen rd. 22 % innerhalb der Hamburger Grenzen – am Stadtrand – erbaut sind.

Tabelle 1

Die ständigen Wochenendplätze nach Art und Lage
 – Ergebnisse der Zusatzbefragung „Freizeitgestaltung“
 im Mikrozensus 1970 –

Lage der Wochenendplätze	Wochenendplätze insgesamt	davon				
		Wochenendhäuser	Ferienwohnungen	Wohnwagen	Zelte	Kleingärten
		1	2	3	4	5
Hamburg	184	36	3	7	2	136
Schleswig-Holstein	237	53	26	86	71	1
davon						
Nordsee	15	3	10	—	2	—
Ostsee	127	22	10	50	44	1
sonst. Gebiete	95	28	6	36	25	—
Niedersachsen	118	68	11	18	20	1
davon						
Nordsee	5	2	1	2	—	—
Lüneburger Heide	61	42	5	7	7	—
Kreis Harburg nördlicher Teil	6	6	—	—	—	—
Elbgebiete	23	9	—	2	12	—
sonst. Gebiete	23	9	5	7	1	1
Übrige Gebiete der BRD	1	—	—	1	—	—
Ausland	8	6	2	—	—	—
davon						
Spanien	3	1	2	—	—	—
Italien	1	1	—	—	—	—
Schweiz	1	1	—	—	—	—
Frankreich	1	1	—	—	—	—
Dänemark	1	1	—	—	—	—
Schweden	1	1	—	—	—	—
Insgesamt	548	163	42	112	93	138

Der Häufigkeit nach an zweiter Stelle wurde als ständiger Wochenendplatz ein Kleingarten angegeben, erwartungsgemäß fast ausnahmslos auf Hamburger Gebiet. Rd. 14 000 Haushalte verbringen nach dieser Umfrage ihre Freizeit im Kleingarten, nutzen ihn als ständigen Wochenendplatz. Dies läßt darauf schließen, daß ein beträchtlicher Teil der Kleingartenbesitzer – insgesamt gibt es in Hamburg etwa 35 000 – nicht regelmäßig zum Wochenende auf der Parzelle ist.

Die dritte Position unter den Wochenendplätzen nehmen Wohnwagen ein – hochgeschätzt gut 11 000 – gefolgt von mehr als 9 000 Zelten mit ständigem Standort. Mit rd. 4 000 Ferienwohnungen ist noch die letzte Art der Dauer-Wochenendquartiere zu erwähnen.

Die geographische Verteilung der Freizeitstätten läßt interessante Schlüsse auf die Attraktivität der Erholungsräume und die Mobilität der Hamburger Wochenendfahrer zu.

In Schleswig-Holstein befinden sich rd. 24 000 ständige Wochenendplätze der Hamburger, d. h. also doppelt soviel wie in Niedersachsen (vgl. Tabelle 1). Lediglich acht der rd. 8 000 befragten Haushalte gaben bei dieser Repräsentativumfrage an, im Ausland ein Wochenendhaus (6) bzw. eine Ferienwohnung zu haben (2). Während Italien, die Schweiz, Frankreich, Dänemark und Schweden je einmal genannt wurden, entfielen auf Spanien drei positive Antworten. Diese Zahlen müssen zweifellos als Min-

destwerte angesehen werden, sie sind statistisch nicht gesichert. Die Nachfrage nach Auslandsobjekten korreliert stark mit Beruf und Einkommen, so daß Ergebnisse für diese relativ kleine Schicht beim Hamburger Mikrozensus immer mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsfehler behaftet sein werden.

Das attraktivste Gebiet für die Wochenenderholung der Hamburger ist ganz offensichtlich die Ostsee, insbesondere die Lübecker Bucht, bedingt durch die landschaftliche Schönheit, die relativ geringe Distanz und das günstige Straßennetz. Für große Teile der Hamburger Bevölkerung – insbesondere im Nordosten – sind größere Gebiete der Ostsee bei normalem Straßenverkehr in einer guten Autostunde erreichbar.

Der ständige Wochenendplatz versetzt zudem seinen Inhaber in die Lage, An- und Abfahrt in relativ verkehrsgünstige Zeiten zu verlegen und die Freizeit optimal zu nutzen. Häufig kann die Fahrt in den Sommermonaten bereits am Freitag nach Dienstschluß, die Rückreise am Montag in der Frühe angetreten werden. Die Einführung der Fünftageweche an den Schulen wird diese Tendenz weiter verstärken. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, befinden sich rd. ein Viertel aller ständigen Wochenendplätze von Hamburgern an der Ostsee, hochgeschätzt 12 700, wobei Wohnwagen und Zeltplätze dominieren. Bereits jeder vierte Haushalt, der an der Ostsee ständig das Wochenende verbringt, fährt in ein Wochenendhaus oder in eine Ferienwohnung; bei der gegenwärtig zu beobachtenden lebhaften Bautätigkeit an der Ostseeküste wird auch dieser Trend weiterhin zunehmen.

Die Nordsee ist, wie sich bereits bei der Untersuchung von 1962 über die Wochenendverkehrsregion (Teil A) herausgestellt hat, für den Hamburger anscheinend weniger attraktiv als die Ostsee. Hier ist allerdings zu beachten, daß die bekannteren Erholungsgebiete der Nordsee mit einem größeren Angebot von Erholungseinrichtungen weiter entfernt sind, so daß sich vermutlich die Distanzempfindlichkeit stärker auswirkt als eine spezifisch landschaftliche Präferenz für die Ostseegebiete. Wegen der verhältnismäßig kleinen Zahl von ständigen Wochenendplätzen an der Nordseeküste von Schleswig-Holstein ist eine gesicherte Aussage über deren Zusammensetzung nicht möglich; interessant ist allerdings die dominierende Rolle der Ferienwohnungen im Vergleich zu den übrigen Einrichtungen; es ist anzunehmen, daß es sich dabei hauptsächlich um Appartement-Wohnungen auf den nordfriesischen Inseln (speziell Sylt) und die Dithmarscher Nordseeküste (Büsum, St. Peter-Ording) handelt.

Eine weit größere Rolle spielen die ständigen Wochenendplätze von Hamburgern an den Binnen-seegebietern von Schleswig-Holstein, mit Schwerpunkten in der Holsteinischen Schweiz (Raum Malente, Plön, Eutin), im Raum von Segeberg, dem Lauenburgischen Seengebiet und zahlreichen anderen Erholungsgebieten. In diesen „sonstigen Gebieten“ befinden sich knapp 10 000 ständige Plätze, unter ihnen überwiegen die Wohnwagen, an zweiter Stelle folgen die Wochenendhäuser und mit nur geringem Abstand Zeltplätze; Ferienwohnungen sind dort seltener anzutreffen.

Im niedersächsischen Raum tritt erwartungsgemäß die Lüneburger Heide als bevorzugtes Erholungsgebiet für die Hamburger auch in den Ergebnissen dieser Umfrage deutlich hervor: Jeder zweite ständige Wochenendplatz in diesem Raum — insgesamt mehr als 6 000 — befindet sich dort, wobei das Wochenendhaus stark überwiegt. Die Nordseeküste — das Cuxhavener Gebiet — wird für Wochenendfahrten bei weitem nicht so frequentiert, eine Folge der Erreichbarkeit (rd. 130 km). Dagegen werden im Alten Land, im Raum Bleckede, Hitzacker, Dannenberg, Gohrde verhältnismäßig mehr ständige Wochenendplätze festgestellt.

Unter Camping-Dauergästen überwiegen Familien mit Kindern

Um Abhängigkeiten des Freizeitverhaltens von Familiengröße, sozialer Stellung und Einkommenshöhe der Haushalte festzustellen, wurden die Besitzer von Wochenendplätzen nach der Zahl der Kinder unter 18 Jahren (Tabelle 2) sowie nach den monatlichen Nettoeinkommen in Verbindung mit der Stellung im Beruf ausgezählt (Tabelle 3).

Bevor auf diese Ergebnisse eingegangen wird, sei zur Ergänzung die altersmäßige Gliederung der Benutzer von ständigen Wochenendplätzen vorangestellt:

Altersmäßige Gliederung der Benutzer von Wochenendplätzen

Art der Wochenendplätze	Von 100 Besitzern gehörten jeweils zur Altersgruppe			
	unter 30 J.	30 J. bis unter 45 J.	45 J. bis unter 60 J.	60 J. oder älter
Wochenendhaus	5	35	34	26
Ferienwohnung	2	21	48	29
Wohnwagen	11	47	35	7
Zelt	25	57	16	2
Kleingarten	6	32	30	32
Zusammen	10	39	31	20

Hier zeigen sich bemerkenswerte Präferenzen für einzelne Einrichtungen: Die unter 30jährigen bevorzugen deutlich das Zelt, wofür sicher nicht nur romantische Vorstellungen, sondern auch die finanziellen Möglichkeiten maßgebend sind. Aber auch bereits jeder zehnte Wohnwagen mit ständigem Standort wird von unter 30jährigen genutzt. Dagegen ist der Besitz von Ferienwohnungen in dieser Altersgruppe sehr selten, auch Wochenendhäuser sind nur für einen begrenzten Kreis erschwinglich. Die Vorliebe für die Nutzung eines Kleingartens scheint in dieser mobilen Schicht noch nicht ausgeprägt.

Die Altersgruppe der 30- bis unter 45jährigen, überwiegend Familien mit Kindern, stellt die Masse der Camping-Dauergäste, denn 57% der Zeltbewohner und 47% der Wohnwagenbesitzer zählen hierzu. Die Ferienwohnung und insbesondere das Wochenendhaus gewinnen an Bedeutung, der Kleingarten wird nunmehr attraktiv.

In den beiden höheren Altersgruppen zeichnen sich ebenfalls deutliche Unterschiede ab, die teils vom Familienrhythmus, dem Einkommen und Wohnverhalten bestimmt sein dürften. Daß die Neigung zum Camping ab dem 60. Lebensjahr nicht mehr groß ist, überrascht nicht, ebenso daß die Kleingartennutzung in diesem Alter nicht an Beliebtheit verliert. Interessant ist aber, daß die Ferienwohnung in den beiden oberen Altersgruppen offensichtlich bevorzugter ist als das Wochenendhaus. Abgesehen vom Mangel an entsprechenden Wochenendgrundstücken dürfte hierzu das derzeitige große Angebot an Ferien-Appartementwohnungen geführt haben, sowie Überlegungen (insbesondere älterer Personen), daß die ganzjährige Unterhaltung einer solchen Wohnung weniger arbeitsaufwendig ist als diejenige eines Wochenendhauses.

Die vorstehenden Ergebnisse lassen sich nun durch demographische und sozioökonomische Daten über die Besitzer von ständigen Wochenendplätzen vertiefen.

Tabelle 2 Haushalte mit ständigem Wochenendplatz nach Haushalts- bzw. Familientyp
— Ergebnisse der Zusatzbefragung „Freizeitgestaltung“ im Mikrozensus 1970 —

Haushaltstyp.	Befragte Haushalte		Von den Haushalten mit ständigem Wochenendplatz hatten															
	insgesamt	darunter mit ständigem Wochenendplatz	Wochenendhaus			Ferienwohnung			Wohnwagen ¹⁾			Zelt ¹⁾			Kleingarten			
			absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 2	% im Eigentum	absolut	% von Sp. 2	% im Eigentum	absolut	% von Sp. 2	% im Eigentum	absolut	% von Sp. 2	% im Eigentum		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren ...	2 214	268	12,1	72	26,9	41,7	15	5,6	53,3	62	23,1	9,7	59	22,0	8,5	60	22,4	11,7
davon																		
mit 1 Kind.	1 156	137	11,9	39	28,5	41,0	9	6,5	66,7	29	21,2	10,3	30	21,9	13,3	30	21,9	13,3
mit 2 Kind.	785	89	11,3	21	23,6	47,6	4	4,5	25,0	21	23,6	—	22	24,7	4,5	21	23,6	14,3
mit 3 Kind.	200	36	18,0	9	25,0	22,2	2	5,5	50,0	11	30,6	27,3	6	16,7	—	8	22,2	—
mit 4 und mehr Kind.	73	6	8,2	3	50,0	66,7	—	—	—	1	16,7	—	1	16,7	—	1	16,6	—
Übrige Haushalte ²⁾	5 850 ²⁾	280	4,8	91	32,5	58,2	27	9,6	44,4	50	17,8	12,0	34	12,1	11,8	78	27,9	—
Haushalte insgesamt ..	8 064	548	6,8	163	29,7	50,9	42	7,7	47,6	112	20,4	10,7	93	17,0	9,7	138	25,2	5,1

¹⁾ mit ständigem Standort. — ²⁾ davon 4 975 Haushalte ohne Kinder und 875 Haushalte mit Kindern von 18 Jahren und älter.

Tabelle 3

Die Bevölkerung mit ständigem Wochenendplatz nach Einkommen und Stellung im Beruf sowie nach dem Eigentums- bzw. Pacht/Mietverhältnis
 — Ergebnisse der Zusatzbefragung „Freizeitgestaltung“ im Mikrozensus 1970 —

Einkommensgruppen mit monatlichem Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Art der Wochenendplätze	Besitzer insgesamt	davon											Wochenendplätze insgesamt	
			Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf								Nicht Erwerbstätige				
			Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Eigentum		Pacht/Miete		
			Eigentum	Pacht/Miete	Eigentum	Pacht/Miete	Eigentum	Pacht/Miete	Eigentum	Pacht/Miete	Eigentum	Pacht/Miete	Eigentum	Pacht/Miete	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13			
Besitzer von Wochenendplätzen insgesamt	Wochenendhäuser	163	33	10	6	6	19	30	8	21	17	13	83	80	
	Ferienwohnungen ..	42	6	10	4	1	8	6	—	2	2	3	20	22	
	Wohnwagen ¹⁾ ..	112	5	12	—	5	4	34	2	43	1	6	12	100	
	Zelte ¹⁾	93	—	5	2	6	3	15	3	54	—	5	8	85	
	Kleingärten ..	138	1	9	1	9	—	33	2	51	3	29	7	131	
davon unter 800	Wochenendhäuser	33	—	—	—	1	2	3	3	9	7	8	12	21	
Ferienwohnungen ..	3	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—	3		
Wohnwagen ¹⁾ ..	27	—	1	—	—	—	2	1	16	1	6	2	25		
Zelte ¹⁾	18	—	—	—	1	1	1	—	13	—	2	1	17		
Kleingärten ..	40	—	—	—	1	—	2	—	18	1	18	1	39		
800—1 200	Wochenendhäuser	40	3	1	2	4	3	9	3	10	3	2	14	26	
Ferienwohnungen ..	9	—	1	—	1	2	2	—	1	1	1	3	6		
Wohnwagen ¹⁾ ..	43	2	4	—	3	—	13	1	20	—	—	3	40		
Zelte ¹⁾	59	—	2	2	3	1	9	3	39	—	—	6	53		
Kleingärten ..	66	—	3	1	5	—	15	2	30	1	9	4	62		
1 200—1 800	Wochenendhäuser	41	8	6	1	—	9	11	2	2	2	—	22	19	
Ferienwohnungen ..	8	—	2	1	—	2	2	—	—	1	—	4	4		
Wohnwagen ¹⁾ ..	34	2	3	—	2	4	16	—	7	—	—	6	28		
Zelte ¹⁾	12	—	2	—	2	1	5	—	2	—	—	1	11		
Kleingärten ..	19	—	2	—	2	—	13	—	2	—	—	—	19		
1 800 und mehr	Wochenendhäuser	41	21	3	3	1	5	7	—	—	1	—	30	11	
Ferienwohnungen ..	22	6	7	3	—	4	2	—	—	—	—	13	9		
Wohnwagen ¹⁾ ..	8	1	4	—	—	—	3	—	—	—	—	1	7		
Zelte ¹⁾	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1		
Kleingärten ..	11	1	4	—	1	—	3	—	1	—	1	1	10		
ohne eigenes Einkommen	Wochenendhäuser	8	1	—	—	—	—	—	—	4	3	5	3		
Ferienwohnungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Wohnwagen ¹⁾ ..	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	3		
Zelte ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Kleingärten ..	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1		
Einkommensgruppen insgesamt		548	45	46	13	27	34	118	15	171	23	56	140	418	
davon															
unter 800		121	—	1	—	3	3	8	4	57	9	36	16	105	
800—1 200		217	5	11	5	16	6	48	9	100	5	12	30	187	
1 200—1 800		114	10	15	2	6	16	47	2	13	3	—	33	81	
1 800 und mehr		83	29	19	6	2	9	15	—	1	1	1	45	38	
ohne eigenes Einkommen		13	1	—	—	—	—	—	—	—	5	7	6	7	

¹⁾ mit ständigem Standort.

Von den rd. 55 000 Besitzern ständiger Wochenendplätze haben 27 000 oder knapp die Hälfte Kinder im Alter von unter 18 Jahren, und in jeder zweiten Familie ist nur ein unter 18 Jahre altes Kind (vgl. Tabelle 2); 9 000 der regelmäßigen Freizeitgestalter haben zwei, die übrigen gut 4 000 Haushalte drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren.

Zunächst ist auf die Tatsache zu verweisen, daß von der Gesamtheit der Ehepaare, bei denen keine Kinder im Haushalt leben oder nur über 18jährige, so-

wie den Alleinstehenden rd. 5% einen ständigen Wochenendplatz hatten, während der entsprechende Anteil bei den Familien mit unter 18jährigen Kindern bei 12% lag; tendenziell ist also der Wunsch nach einem Wochenenddomizil bei Familien mit Kindern stärker ausgeprägt als bei den übrigen Haushalten.

Bei den einzelnen Wochenendeinrichtungen wiederum sind die Haushalts- bzw. Familientypen unterschiedlich beteiligt. Die Ergebnisse der Tabelle 2 belegen, daß unter den ständigen Campinggästen —

was sowohl Wohnwagen- als auch Zeltbewohner betrifft – mehr Familien mit Kindern als sonstige Haushalte vertreten sind. Familien mit zwei Kindern (unter 18 Jahren) sind dabei relativ stärker vertreten als diejenigen mit einem Kind; ob allgemein ein Zusammenhang zwischen Familiengröße und Campinghäufigkeit besteht, kann wegen der geringen Feldbesetzung nicht nachgewiesen werden.

Unter den Besitzern von Wochenendhäusern und Ferienwohnungen sind dagegen Haushalte ohne Kinder häufiger anzutreffen als Familien mit Kindern. Auch bei den Kleingärtnern überwiegen die Haushalte ohne Kinder; unter den rd. 6 000 Familien mit unter 18jährigen Kindern, welche einen Kleingarten nutzen, hat jede zweite ein Kind, die Familienstruktur stimmt übrigens mit derjenigen der Zeltbewohner weitgehend überein.

Wochenendhaus- und Ferienwohnungs-Besitz stark einkommensabhängig

Um den Grad der Einkommensabhängigkeit des Besitzes der Freizeitstätten besser beurteilen zu können, wurde außer sozialer Stellung und Einkommen der Haushalte auch noch festgestellt, ob die Wochenendgrundstücke als Eigentum erworben sind oder im Miet- oder Pachtverhältnis stehen (vgl. Tabelle 3). Diese Frage spielt hauptsächlich beim Wochenendhaus und der Ferienwohnung eine Rolle; die Parzellen der Kleingärtner sind mit wenigen Ausnahmen von der Liegenschaftsverwaltung gepachtet, aber bereits rd. 11 % der Wohnwagen und knapp 10 % der Zelte stehen auf eigenem Grundstück, also in der Regel nicht auf Campingplätzen. Hier dürfte es sich – soweit die Bestimmungen der Baugenehmigungsbehörden wegen Zersiedlung der Landschaft und im Interesse einer Beeinträchtigung des Naturgenusses dies örtlich nicht ausdrücklich verbieten – vielfach um eine Vorstufe zum geplanten Bau eines eigenen Wochenendhauses handeln.

Aufschlußreich ist, daß nur gut jeder zweite Wochenendhausbesitzer dort auf eigenem Grundstück wohnt, bei den Ferienwohnungen beträgt der entsprechende Anteil knapp 48 % – auf die zunehmende Bedeutung vermieteter Appartementwohnungen in den Ferienzentren wurde bereits hingewiesen. Im übrigen wird man sich bei Analyse der vorliegenden Ergebnisse stets darüber im klaren sein müssen, daß die Wochenendhäuser und Ferienwohnungen von der Ausstattung und Lage her außerordentlich differenziert sein können; hier ist z. B. das einsam gelegene Heidehäuschen (z. T. ohne Versorgungsanschlüsse und mit einfachster sanitärer Einrichtung) in der Gruppe der Wochenendhäuser mit dem komfortablen Bungalow innerhalb eines bekannten Ostsee-Badeortes zusammen nachgewiesen. Aber auch bei den Wohnwagen und Zelten gibt es ein von den Herstellerfirmen auf Schichten mit unterschiedlicher Kaufkraft abgestelltes, weit gefächertes Angebot.

Wenn auch diese qualitativen Merkmale bzw. Zusammenhänge im Rahmen dieser Untersuchung nicht erfaßt werden konnten, geben die in Tabelle 3 dargestellten Ergebnisse dennoch Anhaltspunkte zur

Sozialstruktur der Besitzer der verschiedenen Wochenendplätze.

Selbständige gibt es in Hamburg unter den Erwerbstätigen knapp 10 %, in der vorliegenden Erhebung entfielen rd. 9 000 aller Wochenendplätze auf sie, das entsprach 17 % der vorhandenen Einrichtungen. Von den Wochenendhäusern gehörten mindestens jedes vierte, von den Ferienwohnungen sogar 38 % Selbständigen. Dabei ist zu beachten, daß diese in der höchsten hier nachgewiesenen Einkommensgruppe von 1 800 und mehr DM monatlichem Nettoeinkommen zu mehr als der Hälfte (58 %) vertreten sind. In dieser Einkommensgruppe waren erwartungsgemäß auch die Wochenendhäuser und Ferienwohnungen am häufigsten, ebenso ist beachtenswert, daß die Wochenendhäuser fast ausschließlich auf eigenen Grundstücken erbaut waren. Umgekehrt waren Camping-Einrichtungen (insbesondere das Zelt) und die Nutzung von Kleingärten bei Selbständigen weniger beliebt. Diese Ergebnisse belegen, daß der Besitz vom Wochenendhaus und einer Ferienwohnung stark einkommensabhängig ist; bei den beiden großen Gruppen, den Arbeitern und Angestellten (unter den Erwerbstätigen zu etwa je 39 % vertreten) sind diese Einrichtungen weit seltener anzutreffen. Die Arbeiter sind an den Wochenendplätzen insgesamt zwar mit fast 19 000 oder 34 % am stärksten beteiligt, dies beruht aber insbesondere auf den Camping-Einrichtungen (mit Schwergewicht auf Zelt) und den zahlreichen Kleingärten. Durch die Einkommensschichtung der Arbeiter mit Wochenendplätzen – jeder dritte gab ein Nettoeinkommen unter 800 DM an, knapp 60 % hatten zwischen 800 und 1 200 DM und nur ein einziger in der Umfrage hatte über 1 800 DM – ist es erklärbar, daß die vorhandenen Wochenendhäuser der Arbeiter (knapp 18 %) zu fast drei Viertel auf Pachtgrund standen.

Die vergleichsweise höheren Einkommen der Angestellten mit Wochenendplätzen – die vier Einkommensgruppen waren wie folgt besetzt: 7 %, 36 %, 41 %, 16 % – kommt auch in der Verteilung der Wochenendplätze zum Ausdruck. Zwar hatten Angestellte von der Gesamtzahl mit rd. 15 000 Plätzen her betrachtet weniger Freizeitstätten als Arbeiter, die Unterschiede liegen ganz offensichtlich darin, daß Angestellte das Zelt und den Kleingarten bei weitem nicht so bevorzugen wie dies für die Arbeiter festgestellt werden konnte. Beim Wohnwagen war der Unterschied nicht mehr so ausgeprägt, erheblich verbreiteter als bei den Arbeitern war dagegen der Besitz von Wochenendhäusern und Ferienwohnungen; annähernd 5 000 Wochenendhäuser – unter ihnen 3 000 auf Pachtgrund oder zur Miete – entfielen auf Angestellte, das entspricht einem Anteil von 30 % an der Gesamtzahl.

Die Verteilung der Freizeitstätten ist also vom Kapitaleinsatz und Einkommen ihrer Inhaber stark abhängig; die aufwendigeren Einrichtungen wie das Wochenendhaus und die Ferienwohnung können sich überwiegend Selbständige und gut verdienende Angestellte leisten; der Tendenz nach dürfte dies auch für die Beamten gelten, wegen der geringen Fallzahlen sind die vorliegenden Ergebnisse nicht gesichert. Der Personenkreis mit geringerem Einkommen – vor allem Arbeiterhaushalte aber auch die Bezieher nie-

driger Einkommen aus den übrigen Schichten – verbringt das Wochenende relativ häufig im Kleingarten oder auf dem Campingplatz.

Eine Sonderstellung nehmen schließlich die Haushalte der nicht mehr Erwerbstätigen ein; es sind dies vorwiegend Rentner, Pensionäre, geschiedene oder verwitwete Frauen, soweit sie nicht berufstätig sind usw. Die meisten von ihnen haben, wie aus Tabelle 3 hervorgeht, ein bescheidenes Einkommen. Von ihnen

nutzen (vor allem in der Gruppe unter 800 DM) die meisten einen Kleingarten; daß in dieser Schicht die Camping-Einrichtungen nur vereinzelt auftreten, hängt mit dem hohen Durchschnittsalter dieses Personenkreises zusammen. Während Ferienwohnungen von ihnen nur selten angegeben wurden, scheint das Wochenendhaus verbreiteter zu sein; häufig dürfte in Anbetracht der reichlich vorhandenen Freizeit das Wochenendhaus dort in den Sommermonaten zum längeren Aufenthalt dienen.

Zusammenfassung

Verlängerte Wochenendfreizeit, wachsendes Einkommen und Motorisierung haben zur Folge, daß die großstädtische Bevölkerung sich in zunehmendem Maße über das Wochenende in Erholungsgebieten innerhalb und außerhalb des Verdichtungsraumes aufhält.

Beim Mikrozensus 1970 wurden rd. 8 000 Hamburger Haushalte nach dem Vorhandensein von ständigen Wochenendplätzen in Gestalt des Wochenendhauses, einer Ferienwohnung, eines Wohnwagens, Zeltplatzes oder eines Kleingartens befragt.

Hochgeschätzt rd. 55 000 oder knapp 7 % aller Haushalte waren nach dem Ergebnis dieser Umfrage im Besitze eines ständigen Wochenendplatzes, von denen sich zwei Drittel außerhalb von Hamburg befanden. Bei den Hamburger Freizeitstätten handelt es sich überwiegend um Kleingarten-Parzellen. Das Wochenendhaus nahm mit 16 000 Einheiten die erste Position ein; ein Vergleich mit der Häufigkeit der Ferienhäuser in skandinavischen Ländern ist zwar noch nicht angebracht, die Planer schenken der Entwicklung dieser Einrichtungen aber große Beachtung (vgl. hierzu auch die Untersuchungen des Instituts für Verkehrswissenschaft der Universität Hamburg zum Wochenendverkehr der Hamburger Bevölkerung). Nach dem Kleingarten standen an dritter Stelle unter den Wochenendplätzen Wohnwagen – hochgeschätzt gut 11 000 –

gefolgt vor mehr als 9 000 Zelten mit ständigem Standort. Schließlich gab es noch rd. 4 000 Ferienwohnungen als Dauer-Wochenendquartiere.

Das attraktivste Gebiet für die Wochenenderholung der Hamburger ist die Ostsee, insbesondere die Lübecker Bucht. Fast 13 000 Wochenendplätze von Hamburgern befinden sich an der Ostsee, überwiegend Wohnwagen und Zelte mit ständigem Standort. Auch an den Binnen-seegebieten von Schleswig-Holstein sind zahlreiche Freizeitstätten von Hamburgern. Im niedersächsischen Raum ist die Lüneburger Heide das bevorzugte Erholungsgebiet für die Hamburger, die Nordseeküste wird dagegen weit weniger frequentiert.

Alter, Kinderzahl, soziale Stellung und Einkommen haben deutlichen Einfluß auf die Wahl der Freizeitstätten. Unter den jüngeren Haushalten überwiegen die Camping-Dauergäste, das Zelt wird bevorzugt; Wochenendhäuser und Ferienwohnungen sind bei den unter 30-jährigen nur für einen begrenzten Kreis erschwinglich. Die Nutzung eines Kleingartens erscheint in dieser Altersgruppe wenig erstrebenswert, in den folgenden Altersgruppen ist sie dagegen recht konstant. Die Altersgruppe der 30- bis unter 45-jährigen, überwiegend aus Familien mit Kindern bestehend, stellt mit 57 % der Zeltbewohner und 47 % der Wohnwagenbesitzer die Masse der Camping-Dauergäste. Während Wochenendhausbesitzer vorwie-

gend in den beiden mittleren Altersgruppen anzutreffen sind, entscheiden sich die älteren Jahrgänge anscheinend mehr für die Ferienwohnung.

Die Umfrageergebnisse zeigen weiter, daß zwischen Freizeitstätten und Einkommen eine starke Abhängigkeit besteht. Selbständige und Angestellte mit höherem Einkommen sind unter den Besitzern der Wochenendhäuser und Ferienwohnungen häufiger vertreten als die Bezieher unterer oder mittlerer Einkommen; auch stehen diese Einrichtungen der Selbständigen vielfach auf eigenen Grundstücken, während bei Schichten mit niedrigem Einkommen das Miet- und Pachtverhältnis vorherrscht. Arbeiter waren an den Wochenendplätzen – der Zahl nach – stark beteiligt; dies beruht hauptsächlich auf der Frequenz von Campingeinrichtungen (insbesondere Zelten) und der Nutzung von Kleingärten. Letztere wurden von Angestellten weniger beansprucht, der Besitz von Wochenendhäusern und Ferienwohnungen, welche in der Regel einen höheren Kapitaleinsatz erfordern, spielte hier – in deutlicher Einkommensabhängigkeit – bereits eine größere Rolle. In welchem Umfang weitere Faktoren den Besitz der Freizeitstätten beeinflussen, z. B. Größe, Lage und Ausstattung der Stadtwohnung, das soziale Milieu, Prestige usw. müßte noch durch Spezialuntersuchungen geklärt werden.

Werner Matti

Die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 unter besonderer Berücksichtigung ihrer regionalen Verteilung

Der vorliegende Bericht hat die Aufgabe, die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 zu untersuchen. Es wird dabei angestrebt, aufgrund der Ergebnisse nach den 179 Hamburger Ortsteilen diese zu baulich homogen strukturierten Stadtgebieten zusammenzufassen, um so zu einer Typenbildung nach Altbau-, Neubau- und altersmäßig gemischten Gebieten zu gelangen.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist eine Betrachtung der regionalen Verteilung der Wohngebäude in den Hamburger Ortsteilen. Es ist auffällig, daß die Anzahl der Wohngebäude pro Ortsteil in der City, zu der in dieser Untersuchung die Stadtteile Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Pauli, St. Georg, Klosterort und Rotherbaum zählen, relativ klein ist; hierzu ist zu bemerken, daß die Flächen – sieht man vom Areal der Binnen- und Außenalster ab – im wesentlichen stark mit Kauf- und Bürohäusern bebaut sind. Weiterhin muß auch beachtet werden, daß die absolute Anzahl der Wohngebäude sehr stark von der zur Verfügung stehenden Fläche abhängig ist, und daß die Ortsteile im Stadtinnern nur über eine unter dem Durchschnitt liegende Größe verfügen.

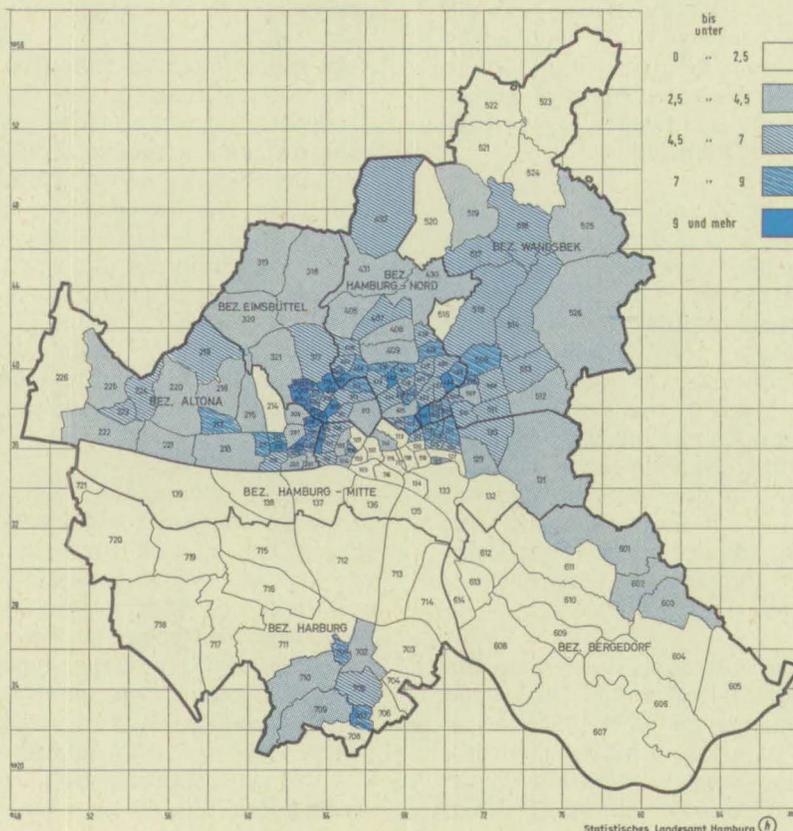
Ebenfalls relativ wenig Gebäude weisen die Gebiete

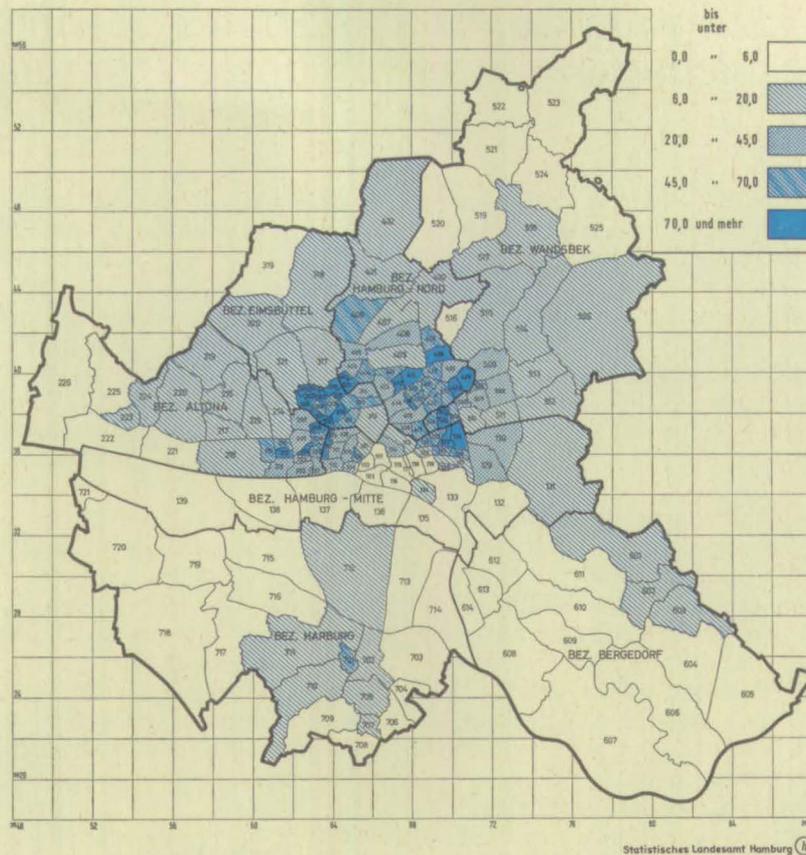
auf, die sich um die City gruppieren, weil hier teilweise die flächenmäßig kleinsten Ortsteile zu finden sind. Erst in den großgeschnittenen Ortsteilen im Westen, Norden und Osten der Stadt nimmt die Anzahl der Wohngebäude zu und erreicht mit über 10 000 Gebäuden in Rahlstedt den höchsten Wert. Dagegen verfügen der Raum südlich der Elbe und der Bezirk Bergedorf über eine niedrigere bis mittlere Anzahl von Wohngebäuden je Ortsteil mit Ausnahme von Neugraben-Fischbek, Eißendorf und Lohbrügge.

Eine Differenzierung erfahren diese absoluten Werte, wenn man die Anzahl der Wohngebäude auf die zur Verfügung stehende Fläche bezieht (Schaubild 1). Hier ist allerdings die Einschränkung zu machen, daß bei dieser Berechnung von der Gesamtfläche der Ortsteile ausgegangen wird, da eine Ausweisung der Areale nach bebauten, Wald-, Wasser- und sonstigen Flächen nur nach Gemarkungen, nicht aber nach Ortsteilen für Hamburg vorliegt.

Die City mit Ausnahme von St. Pauli zeigt eine niedrige Wohngebäudedichte pro Hektar. In den angrenzenden Ortsteilen kann man im Gegensatz zu den geringen absoluten Werten des Gebäudebestandes die höchste Dichte beobachten: um die City spannt sich halbkreisförmig ein Gürtel von Wohn-

Schaubild 1 Zahl der Wohngebäude je ha nach Ortsteilen





gebieten, im Westen angefangen von Altona über Eimsbüttel, Eppendorf, das südliche Winterhude bis nach Barmbek im Osten und Hamm im Südosten. Insgesamt auffallend ist die hohe Wohngebäudedichte im Raum nördlich der Elbe bis auf Rissen und die Walddörfer. Dagegen erkennt man südlich und östlich der Elbe eine breite Zone, die eine sehr geringe Dichte aufweist mit Ausnahme von Lohbrügge, Bergedorf sowie Harburg mit den südwestlich bis zur Landesgrenze anschließenden Ortsteilen.

Eine ähnliche regionale Verteilung wie oben bei den Wohngebäuden ergibt sich bei den absoluten Zahlen der Wohnungen pro Ortsteil. Durch die geringe Größe bedingt, haben die Ortsteile der City und auch die in dem vorher angesprochenen „Gürtel“ um die City nur eine kleine bis mittlere Zahl von Wohnungen, während die Ortsteile im Nordwesten, Norden und Osten wieder hohe Werte aufweisen. Ausnahmen bilden die Walddörfer mit sehr niedrigen und die Elbvororte mit mittleren absoluten Zahlen. Die Ortsteile südlich der Elbe verfügen ebenfalls nur über eine geringe Anzahl von Wohnungen bis auf ein Gebiet, das sich von Wilhelmsburg nach Südwesten über das Kerngebiet Harburgs bis zur Landesgrenze einschließlich Neugraben-Fischbek erstreckt.

Modifiziert werden diese Aussagen durch eine Betrachtung der Wohnungsdichte (Schaubild 2). Wenn man den Index „Wohnungen in Wohngebäuden je Hektar“ errechnet und regional nach Ortsteilen darstellt, so zeigt sich eine hohe Konzentration auch hier in dem „Wohngürtel“, der sich um die City legt.

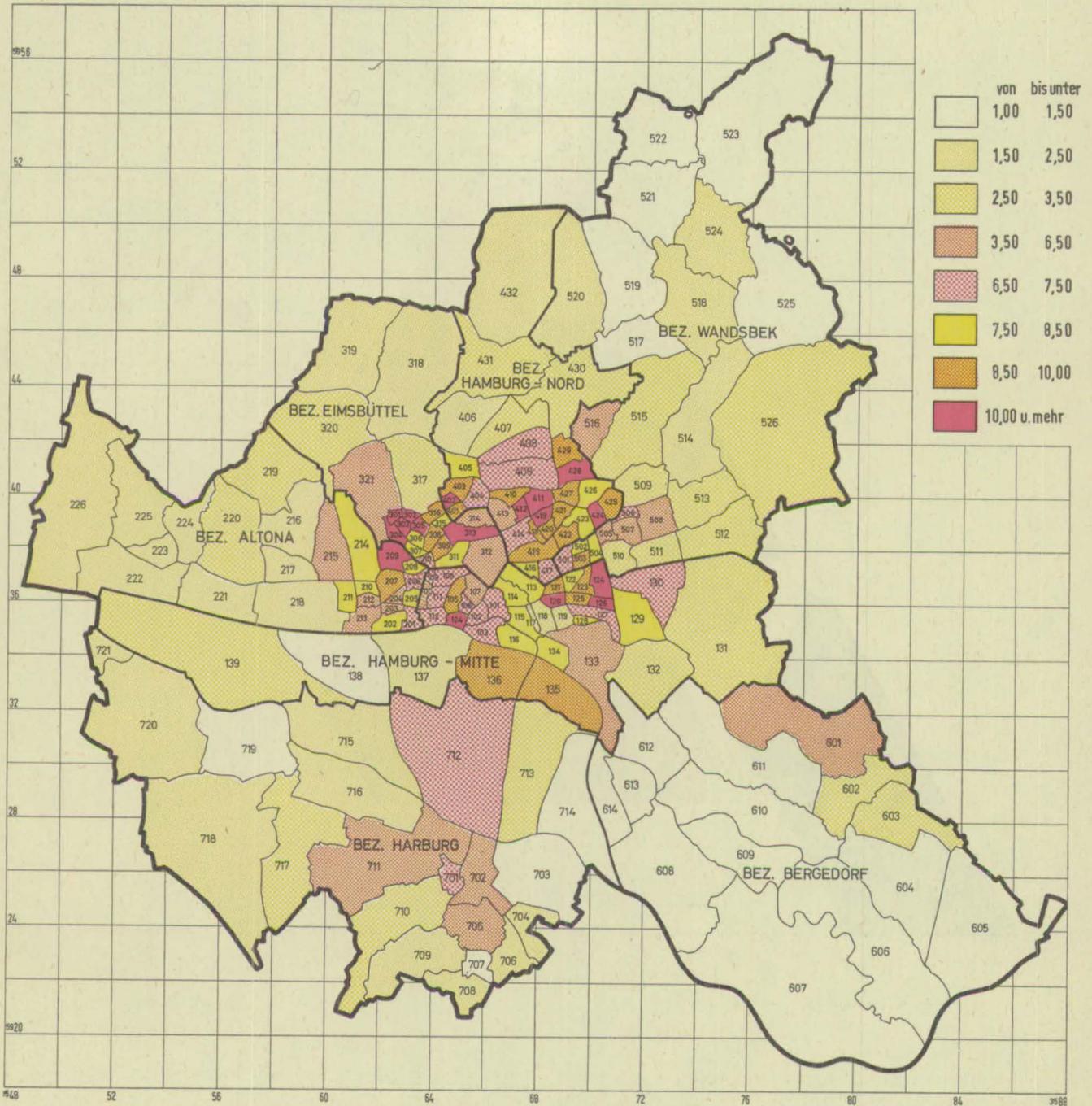
Mit Ausnahme wiederum von St. Pauli, das eine mittlere Dichte aufweist, ist die Wohnungsdichte in der City gering. Das übrige Hamburger Gebiet hat einen niedrigen Index von unter 20 Wohnungen je ha, wenn man vom Kerngebiet Harburgs absieht.

Nach dieser mehr deskriptiven Analyse des Wohnungsbaubestandes in den Ortsteilen soll versucht werden, mit Hilfe des Index „Wohnungen je Wohngebäude“ eine vorläufige Erklärung der obigen Zusammenhänge zu geben (Schaubild 3). Der durchschnittliche Wert für Hamburg liegt bei 3,67 Wohnungen je Gebäude. Bemerkenswert ist, daß der Index jedes Ortsteils in der City über diesem Durchschnitt liegt und ebenso in allen Ortsteilen des „Wohngürtels“. Hier weisen einige Ortsteile in Eimsbüttel, Barmbek und Hamm besonders hohe Werte auf, d. h. die Bebauung besteht zum überwiegenden Teil aus großen Wohngebäuden, die durchschnittlich 10 und mehr Wohnungen enthalten.

Um diesen „Wohngürtel“ herum liegen Ortsteile, in denen der Index nur mittlere Werte erreicht. Südlich schließt eine ähnlich strukturierte Zone an, die sich von Veddel über Wilhelmsburg bis in die Ortsteile des Harburger Kerngebietes erstreckt. Das restliche Hamburger Stadtgebiet mit Ausnahme von Lohbrügge ist überwiegend mit Häusern bebaut, die durchschnittlich jeweils zwei bis drei Wohnungen enthalten. Den kleinsten Index mit weniger als 1,5 Wohnungen je Gebäude findet man in den Walddörfern, in den Vier- und Marschlanden, in Langenbek und teilweise auch im Süderelberaum, was sich durch den

Schaubild 3

Zahl der Wohnungen je Wohngebäude nach Ortsteilen



Statistisches Landesamt Hamburg

hohen Anteil an Einfamilienhäusern bzw. durch die Besiedlung mit Bauernhäusern erklären läßt.

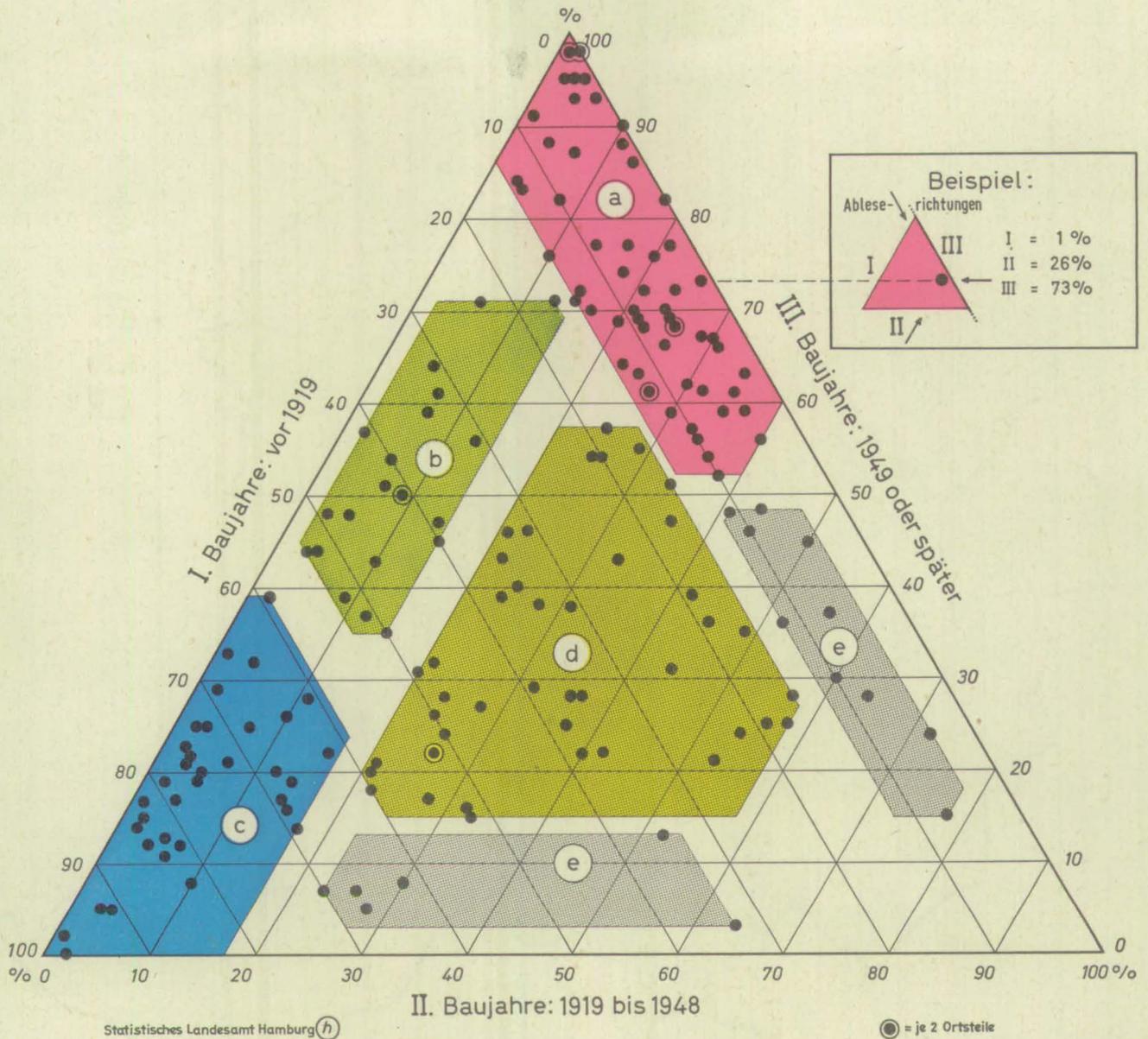
Da es das Ziel dieser Untersuchung ist, zu einer Unterteilung der Stadt Hamburg nach altersmäßig ähnlich strukturierten Raumeinheiten zu gelangen, wird in der nächsten Aufbereitungsstufe eine Analyse der Gebäude und damit auch implizit der darin befindlichen Wohnungen nach ihrer Altersstruktur unternommen. Aus dem aufbereiteten Material der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 bieten sich vier Altersgruppen an:

- a) Gebäude, die bis 1900
- b) Gebäude, die von 1901 bis 1918
- c) Gebäude, die von 1919 bis 1948 und
- d) Gebäude, die 1949 oder später errichtet worden sind.

Die Gesamtzahl der Gebäude kann somit prozentual in diese vier Altersgruppen aufgeteilt werden.

Da es bei einer Betrachtung Schwierigkeiten bereitet, vier Prozentwerte untereinander und die Wertegruppen der einzelnen Ortsteile gegeneinander zu vergleichen, wird als Hilfsmittel zu einer Typisierung ein Dreiecksdiagramm verwendet (Schaubild 4). Jede der drei Seiten des Diagramms ist in 100 Abschnitte unterteilt, so daß man eine Aussage, die durch drei sich zu 100 Prozent summierende Zahlen charakterisiert ist, in einem Punkt des Dreiecksdiagramms wiederfindet. Der Nachteil besteht in unserem Falle darin, daß man nur drei Prozentwerte dabei benutzen kann. Aus diesem Grunde müssen die Anteile zweier Altersgruppen, und zwar der beiden ersten a) und b), zu einer zusammengefaßt werden.

Lage der Ortsteile im Diagramm nach der Prozentverteilung ihrer Wohngebäude auf die Altersgruppe



Im Schaubild 4 ist nun für jeden Ortsteil durch einen Punkt gekennzeichnet, wieviel Prozent der Gebäude dieses Ortsteils in den drei Zeiträumen – bis 1918, 1919 bis 1948, 1949 oder später – errichtet worden sind. Im Dreiecksdiagramm ergeben sich so gewisse Häufungen von Punkten in bestimmten Bereichen. So erkennt man z. B., daß in der oberen Spitze eine große Anzahl konzentriert ist, wogegen in der rechten Spitze wenig Ortsteile vertreten sind. Eine Abgrenzung und damit Typisierung wird dergestalt vorgenommen, daß die Grenzen zwischen den Punktescharen in Leerzonen gelegt werden.

Nach der Trennung der Punktescharen in Diagrammbereiche können diese, wie folgt, charakterisiert werden:

1. Am auffälligsten ist die Häufung in der oberen Spitze (Diagrammbereich a). Die Lage der Punkte bedeutet, daß der Baubestand dieser Ortsteile zu mindestens 52 % nach 1948 errichtet worden ist,

daß Gebäude aus der Zwischenkriegszeit höchstens zu 40 % vertreten sind, und daß höchstens 14 % der Gebäude dieser Ortsteile aus der Zeit vor 1919 stammen. Generell lassen sich diese Ortsteile als **Neubaugebiete** typisieren.

2. Ortsteile, die man als **Altbaugebiete** bezeichnen kann (Diagrammbereich c), finden sich in der linken Spitze. Sie sind gekennzeichnet durch einen Baubestand, der zu mindestens 59 % in der Zeit vor 1919 errichtet wurde, durch einen geringen Bestand aus der Zwischenkriegszeit mit höchstens 17 % und außerdem durch einen nicht unerheblichen Anteil von Neubauten mit maximal 39 %, welcher auf Wiederaufbau von Kriegszerstörungen hindeutet.

3. Ortsteile, in denen Gebäude aus der Zwischenkriegszeit dominieren (Diagrammbereich e), rechter Teil), sind wenige zu finden. Wohnbauten aus dieser Zeit sind in Hamburg

auch nur noch durch 27 % aller Gebäude vertreten.

4. Weitverbreitet dagegen findet man Ortsteile, in denen eine Mischung aller drei Baualtersgruppen zu verzeichnen ist (Diagrammbereich d). Dabei liegen die prozentualen Anteile aller drei Gruppen bei wenigstens 15 % und höchstens 60 %. Diese Ortsteile kann man als Mischgebiete hinsichtlich ihrer Altersstruktur bezeichnen.
5. Ein letzter Diagrammbereich b) ist gekennzeichnet durch einen mittleren prozentualen Anteil sowohl von Altbauten (16–53 %) als auch Neubauten (35–71 %), wogegen die Zwischenkriegsbauten mit höchstens 17 % schwach vertreten sind.

Wie sieht nun die regionale Verteilung dieser herausgearbeiteten Typen aus? In Schaubild 5 ist die Zugehörigkeit zu den Diagrammbereichen in eine Signatur für die einzelnen Ortsteile umgesetzt. In der Hamburger Altstadt dominieren trotz der anscheinenden Neubautätigkeit, die vor allem Geschäftsbauten betrifft, Wohngebäude aus der Zeit vor 1919, während die der Zwischenkriegszeit zu etwa 28 % und die neueren Gebäude nur zu 5 % vertreten sind. In den anderen Teilen der City – Neustadt, St. Pauli, St. Georg, Klostertor und Rotherbaum – ist der Anteil der Altbauten besonders hoch; dieses Gebiet gehört zu der vorher beschriebenen Gruppe c). Der „Wohngürtel“ um die City besteht in Altona und Eimsbüttel im wesentlichen aus einer Mischung von Alt- und Neubauten, ebenso die Gegend östlich der Außenalster, während die Gebiete Barmbek und Hamm sehr stark durch Neubauten geprägt sind.

Nördlich des „Wohngürtels“ von Eppendorf, Winterhude über Alsterdorf und Ohlsdorf bis nach Wellingsbüttel zieht sich ein Streifen von Ortsteilen, deren Baubestand den Gruppen d) und e) angehört; es ist dies ein Gebiet, welches in städtebaulicher Hinsicht eine gesunde Mischung aller Gebäudealter aufweist mit leichter Dominanz der Zwischenkriegsbauten. Ähnliches kann man in einem Gebietsstreifen beobachten, der – von der Altstadt ausgehend – sich nach Süden über Veddel, Teile von Wilhelmsburg bis in die Ortsteile des Harburger Kerngebietes erstreckt.

Wegen ihres großflächigen Zusammenhangs auffällig sind die Ortsteile, die hohe Anteile an Neubauten aufweisen. Sie gruppieren sich in der nördlichen Stadthälfte um die vorher beschriebenen Ortsteile herum und nehmen flächenmäßig den größten Teil von Hamburgs Norden ein. Ausnahmen bilden die Ortsteile von Bahrenfeld in Richtung Westen bis Blankenese, Schnelsen, Fuhlsbüttel, Duvenstedt, Ohlstedt sowie die südlichen Ortsteile von Wandsbek und Tonndorf, die alle im wesentlichen gemischt strukturiert sind.

Südlich der Elbe sind ebenfalls große Neubaugebiete zu finden: vor allem der südwestliche Teil des Bezirkes Harburg in der Nähe der Landesgrenze. In Francop, Neuenfelde und Cranz sind überwiegend Altbauten und daneben Neubauten vertreten. Der restliche Teil Harburgs und der größte Teil des Bezirkes Bergedorf weisen eine gemischte Altersstruktur auf. Eine Ausnahme ist Lohbrügge: dieser Ortsteil besitzt zu über zwei Dritteln Neubauten und muß des-

halb altersmäßig zur Siedlungseinheit von Billstedt gezählt werden.

In der obigen Beschreibung wird schon versucht, Gruppen von Ortsteilen typisierend zu ordnen. Bei der nun folgenden Zusammenfassung werden mehrere Ortsteile zu größeren Einheiten verschmolzen, um eine bessere Übersichtlichkeit und eine Generalisierung zu erreichen. Dabei geht der Nachweis für die einzelnen Ortsteile teilweise verloren, weil die Baumassen der gesamten Einheit nach ihrer Altersstruktur beurteilt werden müssen. Erstrebenswert ist zwar eine Zusammenlegung von Ortsteilen ähnlicher Altersstruktur; es läßt sich aber nicht vermeiden, daß dabei einzelne Angaben verwischt werden, wie es z. B. im Falle von Blankenese oder Waltersdorf geschieht.

Bei dieser Neugliederung kann das Hamburger Stadtgebiet in insgesamt 23 Raumeinheiten eingeteilt werden. Durch die Neuberechnung der prozentualen Anteile der Gebäudealter ergibt sich, daß keines dieser Gebiete bei einer Überprüfung im Dreiecksdiagramm die Bedingung der o. a. Gruppe e) erfüllt. Das ist auch verständlich, da ein stark dominierender Anteil von Zwischenkriegsbauten in keinem größeren Gebiet von Hamburg anzutreffen ist.

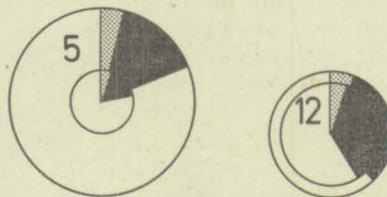
Schaubild 6 stellt das Endergebnis dieser Untersuchung dar. Die Abgrenzung der Raumeinheiten basiert auf

1. der Altersstruktur der Gebäude,
2. der Kenntnis der sozioökonomischen Strukturen in den Ortsteilen und
3. einer Anlehnung an die städtebaulichen Aufbauachsen.

Die Reihenfolge der Punkte steht für ihr Gewicht bei der Abgrenzung.

Das Schaubild zeigt auf den farbigen Flächen eine Wiederholung der Aussage von Schaubild 5, jetzt aber auf die 23 Raumeinheiten bezogen. In diese sind Kreise hineingelegt, wobei die Fläche des inneren Kreises die Anzahl der Wohngebäude und die Fläche des Gesamtkreises die Anzahl der Wohnungen wiedergibt. Aus der Größe der Kreise lassen sich also ungefähr die Anzahl der Wohngebäude und der darin enthaltenen Wohnungen je Raumeinheit entnehmen.

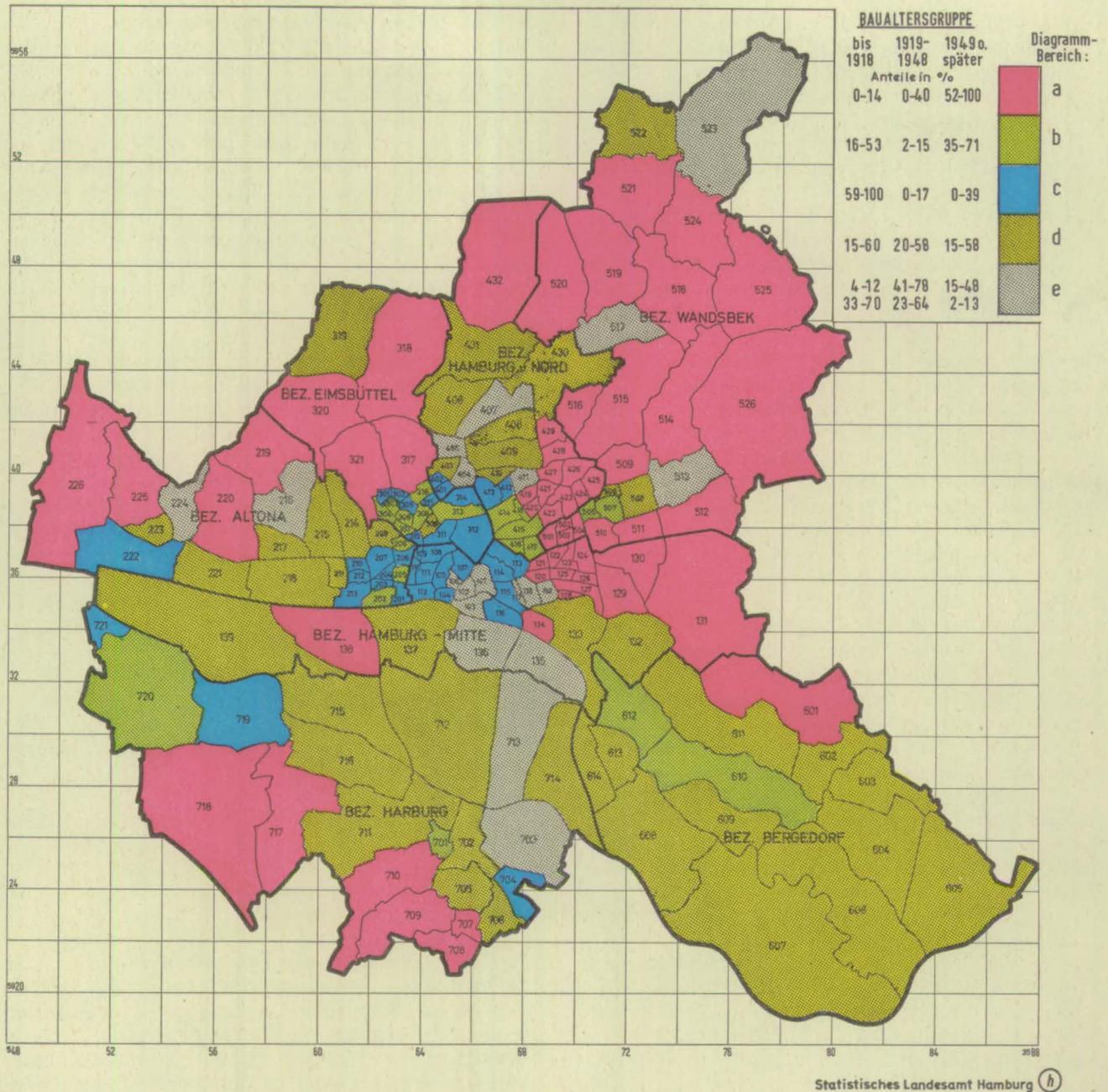
Gleichzeitig weist das Flächenverhältnis der Kreise auf die Relation von Wohnungen je Wohngebäude hin. Als extreme Beispiele sollen die Raumeinheiten 5 (= Barmbek) und 12 (= Walddörfer) dienen.



Für Barmbek ist das Flächenverhältnis von innerem zum Gesamtkreis etwa 1 : 10, d. h. im Durchschnitt

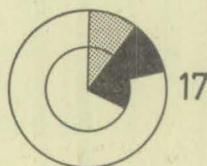
Schaubild 5

Ortsteile nach der Prozentverteilung ihrer Wohngebäude auf drei Baualtersgruppen



befinden sich in einem Gebäude 10 Wohnungen. In dem Gebiet der Walddörfer beträgt die Relation etwa 1 : 1,5. Man kann somit für diese Raumeinheit schnell ablesen, daß hier die Bebauung mit Einfamilienhäusern dominiert.

Weiterhin sind in die Kreise die prozentualen Anteile der Gebäude und der darin befindlichen Wohnungen nach den drei Altersgruppen eingearbeitet; z. B. läßt sich die Raumeinheit 17 (= Billstedt/Lohbrügge), wie folgt, interpretieren:

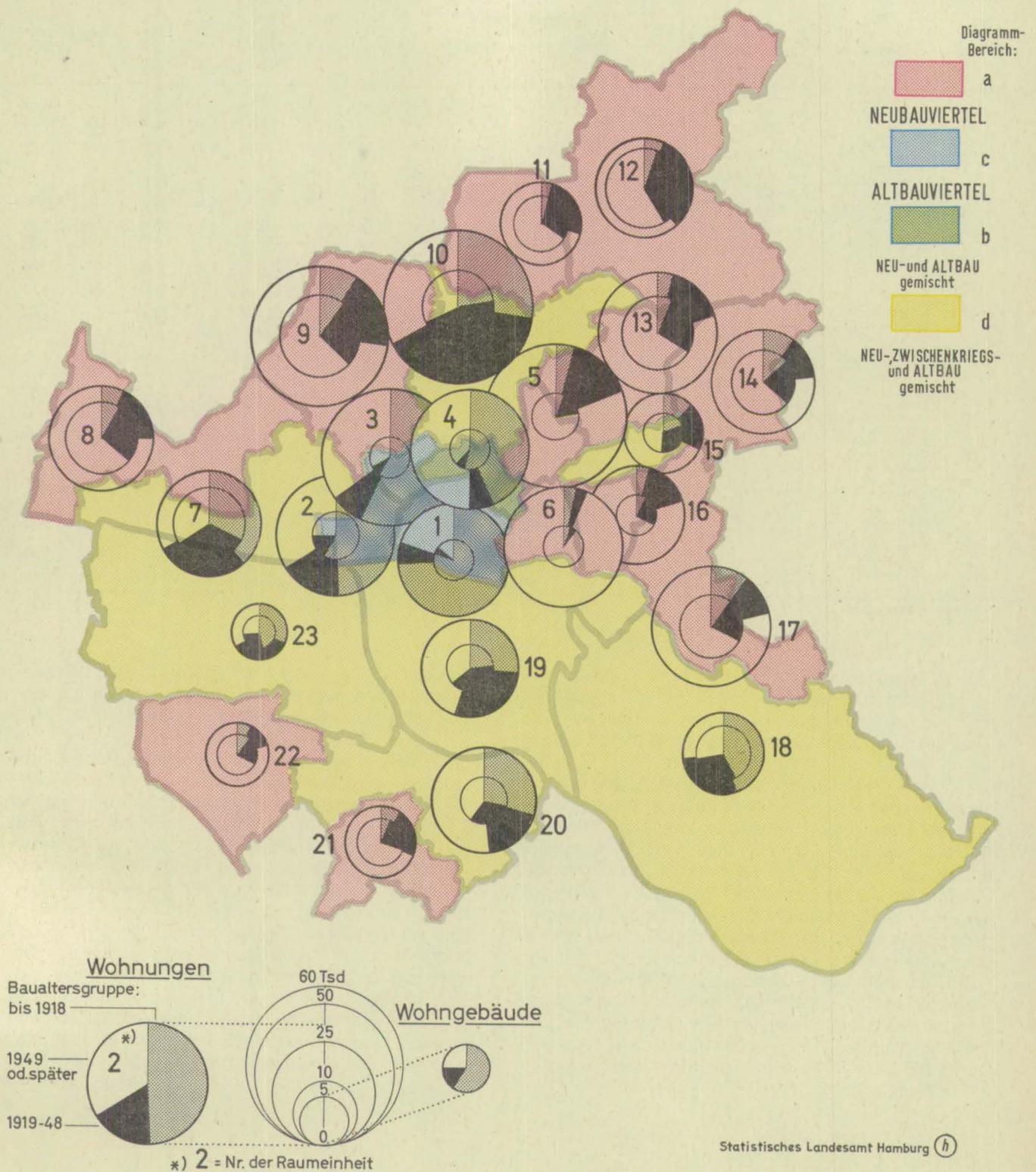


Der Anteil der Wohngebäude aus der Zeit vor 1919 ist nahezu gleich dem Anteil der Wohnungen. Da das Verhältnis von Wohnungen zu Gebäuden etwa 3,3 : 1 beträgt, bedeutet das, daß in jener Zeit durchschnittlich Gebäude mit etwas mehr als drei Wohnungen errichtet wurden. Für die Zwischenkriegszeit ist der Anteil der Wohngebäude doppelt so hoch wie der der Wohnungen, d. h. es wurden Häuser erbaut, die durchschnittlich 1,7 Wohnungen enthalten. Diese Aussage weist auf die Errichtung von Ein- bis Zweifamilienhäusern hin. In der Nachkriegszeit sind fast 80 % aller Wohnungen und etwa 70 % der Gebäude erstellt worden, wobei das Verhältnis rund 4 : 1 beträgt.

Diesen Beispielen und Schaubild 6 liegt die unten aufgeführte Tabelle zugrunde, aus der nachstehend einige interessante Zahlen kommentiert werden. In den letzten vier Spalten sind die Werte „Wohnungen

Schaubild 6

Wohngebäude und Wohnungen nach Baualtersgruppen in 23 Hamburger Raumeinheiten



je Wohngebäude“ in den einzelnen Baualtersgruppen angegeben. Neben den schon erwähnten Indizes von Barmbek und den Walddörfern als größten und kleinsten Werten fallen insbesondere einige Veränderungen der Indizes in den drei Zeiträumen auf. In Eilbek/Hamm senkt sich der Wert von 4,93 Wohnungen je Gebäude auf 4,64 in der Zwischenkriegszeit und verdoppelt sich dann auf 9,28 Wohnungen je Gebäude in

der Nachkriegszeit. Relativ am größten ist der Sprung der Indizes in Wandsbek/Tonndorf von 2,54 auf 5,48 Wohnungen je Gebäude mit einem gleichzeitigen Abfallen des mittleren Index unter den ersten. Diese letzte Aussage läßt sich generell machen: in der Zwischenkriegszeit wurden in Hamburg insgesamt weniger große Häuser gebaut als in der Zeit vor 1919; gewichtige Ausnahmen bilden die Gebiete der City und

Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 nach 23 Raumeinheiten und Baualtersgruppen

Raumeinheiten			Wohngebäude				darin Wohnungen				Wohnungen je Wohngebäude			
Nr.	Bezeichnung	bestehend aus den Ortsteilen	insgesamt	errichtet			insgesamt	Gebäude errichtet			insgesamt	Gebäude errichtet		
				bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später		bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später		bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später
				1	2	3		4	5	6		7	8	9
1	City	101-116, 311, 312	4 389	3 498	255	636	31 560	23 410	1 989	6 161	7,19	6,69	7,80	9,69
2	Altona	201-213	5 062	3 002	792	1 268	37 553	18 624	6 249	12 680	7,42	6,20	7,89	10,00
3	Eimsbüttel	301-310, 315, 316, 401, 402	4 533	2 661	354	1 518	43 541	24 772	3 669	15 100	9,61	9,31	10,36	9,95
4	Nördliche Außenalster	313, 314, 412-418	4 269	2 298	344	1 627	33 335	14 535	2 262	16 538	7,81	6,33	6,58	10,16
5	Barmbek	419-429	5 223	273	875	4 075	50 597	1 794	7 664	41 139	9,69	6,57	8,76	10,10
6	Eilbek/Hamm	501-504, 117-128	3 969	189	204	3 576	35 054	931	947	33 176	8,83	4,93	4,64	9,28
7	Bahrenfeld/Elbvororte	214-218, 221-223	12 080	3 867	4 122	4 091	28 296	10 703	8 177	9 416	2,34	2,77	1,98	2,30
8	Lurup/Rissen	219, 220, 224-226	12 182	961	3 365	7 856	28 577	1 915	5 290	21 372	2,35	1,99	1,57	2,72
9	Lokstedt/Stellingen	317-321	16 287	1 545	4 449	10 293	43 044	3 670	7 942	31 432	2,64	2,38	1,79	3,05
10	Mittleres Alstertal	403-411, 430, 431, 517	13 391	2 979	6 195	4 217	56 012	14 957	22 666	18 389	4,18	5,02	3,66	4,36
11	Langenhorn/Hummelsbüttel	432, 520	8 599	345	2 570	5 684	16 950	663	4 254	12 033	1,97	1,92	1,66	2,12
12	Walddörfer	518, 519, 521-525	14 692	718	5 246	8 728	21 585	1 243	6 865	13 477	1,47	1,73	1,31	1,54
13	Farmsen/Bramfeld	509, 514-516	13 694	772	3 667	9 255	36 143	1 439	5 699	29 005	2,64	1,86	1,55	3,13
14	Rahlstedt	526	10 345	1 354	2 413	6 578	26 151	2 491	3 407	20 253	2,53	1,84	1,41	3,08
15	Wandsbek/Tonndorf	505-508, 513	3 881	752	1 235	1 894	15 292	1 911	2 995	10 386	3,94	2,54	2,43	5,48
16	Marienthal/Horn	510, 511, 129, 130	4 176	283	1 066	2 827	22 007	781	3 511	17 715	5,27	2,76	3,29	6,27
17	Billstedt/Lohbrügge	512, 131, 601	10 513	1 093	2 261	7 159	34 540	3 353	3 860	27 327	3,29	3,07	1,71	3,82
18	Bergedorf/Vierlande	602-614	8 664	3 616	2 575	2 473	16 779	7 304	4 858	4 617	1,94	2,02	1,89	1,87
19	Billbrook/Wilhelmsburg	132-137, 712-714	4 807	1 113	1 945	1 749	24 321	6 348	7 042	10 931	5,06	5,70	3,62	6,25
20	Harburg-Kerngebiet	701-706, 711	5 945	1 659	1 933	2 353	27 105	7 809	5 307	13 989	4,56	4,71	2,75	5,95
21	Harburg-Süd	707-710	5 567	330	1 358	3 879	13 167	1 205	2 917	9 045	2,37	3,65	2,15	2,33
22	Hausbruch/Neugraben	717, 718	4 446	426	993	3 027	10 770	793	1 364	8 613	2,42	1,86	1,37	2,85
23	Süderelbe	715, 716, 719-721, 138, 139	3 073	1 416	856	801	7 204	2 254	2 602	2 348	2,34	1,59	3,04	2,93
Hamburg insgesamt			179 787	35 150	49 073	95 564	659 583	152 905	121 536	385 142	3,67	4,35	2,48	4,03

des „Wohngürtels“, wo in der Raumeinheit Eimsbüttel der absolut höchste Wert von 10,36 Wohnungen je Gebäude zu beobachten ist. Weitere Sonderfälle sind das Gebiet Marienthal/Horn und der Süderelberaum.

In wenigen Fällen sinkt der Index der Nachkriegszeit unter den des ersten Zeitraumes, wie es in den Raumeinheiten Bahrenfeld/Elbvororte, Mittleres Alstertal, Walddörfer, Bergedorf/Vierlande und Harburg-Süd festzustellen ist. Ob der häufiger zu beobachtende Anstieg des Index gegenüber dem ersten Zeitraum generell, also auch für die Einfamilienhausgebiete gilt, läßt sich aus dem vorhandenen statistischen Material nicht interpretieren. Denn der Index für die Zeit vor 1919 liegt noch um 0,3 Wohnungen je Gebäude über dem der Nachkriegszeit bei der Betrachtung des gesamten Wohnungsbestandes von Hamburg, so daß die Statistik hier keine erschöpfende Erklärung liefern kann. Die Ursache für diese auffällige Verzerrung des

Durchschnitts sind die nach Raumeinheiten und Baualtersgruppen ungleichgewichtigen Anteile der zur Indexberechnung herangezogenen Baumassen.

Abschließend sei bemerkt, daß diese Raumgliederung Hamburgs sich hauptsächlich auf das Baualter der Gebäude und Wohnungen stützt. Mit Hilfe anderer Merkmale würden manche Raumeinheiten sicher modifiziert werden, wogegen solche wie die City, die Walddörfer oder Bergedorf/Vierlande, auch wenn man sozioökonomische Kriterien mehr in den Vordergrund stellt, wahrscheinlich ähnliche Gebilde sein würden. Eine wesentliche Verbesserung bei der Bildung und Abgrenzung von Raumeinheiten kann erreicht werden, wenn die Zusammensetzung nicht aus den räumlich grob geschnittenen 179 Ortsteilen, sondern aus den rund 8000 Baublöcken vorgenommen wird. Diese kleinräumige Analyse nach Baublöcken bleibt allerdings einer späteren Aufbereitung vorbehalten.

Klaus Neumann

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	762,6	761,8	760,5	753,0
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	14,0	10,5	6,6	6,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	75	83	84	80
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	4
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	6	8	7	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	97	148	97	107
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	153	70	48	38
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	2	12	10	9
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	21	21	20	24
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	264,0 r
Altona	"	264,3	261,1	261,3 r
Eimsbüttel	"	264,6	260,4	260,3 r
Hamburg-Nord	"	401,3	366,2	364,0 r
Wandsbek	"	357,5	368,3	368,5 r
Bergedorf	"	82,6	91,6	93,8 r
Harburg	"	199,0	207,2	207,6 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 814,6 p	1 815 p	1 814,5 p	1 819,5 r
dav. männlich	"	861,9	844,1	844,9 r
weiblich	"	995,0	975,8	974,6 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	70,4	90,3	94,2	95,9	76,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 040	1 163 r	970 p	938 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	7,0	7,6 r	6,5 p	6,3
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 370	1 398 r	1 440 p	1 461 r
dar. unehelich	"	143	129	106	95 r	100 p	129 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	9,2	9,1	9,7 p	9,8 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	7,8	6,7 r	6,7 p	8,7 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	7,8	6,7 r	6,7 p	8,7 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268	1 785	2 325 r	2 300 p	2 100 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	37	23	40	36 p	24 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0	12,0	15,1 r	15,4 p	14,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	20,7	16,1 r	28,0 r	25,0 p	16,0 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	17,2	20,7	16,1 r	28,0 r	25,0 p	16,0 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 515	- 415	- 927 r	- 860 p	- 639 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 3,4	- 2,8	- 6,0	- 5,8 p	- 4,3 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	7 500 p	9 300 p	7 100 p	6 630 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	6 100 p	8 100 p	6 700 p	6 250 r
Fortgezogene Personen	"	379	34	1 400 p	1 200 p	400 p	380 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 155	367 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	- 121	13 r
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	11 546 r	14 065	14 786	14 210
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 687	1 550 p	2 000 p	1 900 p	1 513 r
Schleswig-Holstein	"	835	1 003	800 p	1 050 p	1 000 p	846 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 091	1 114	1 150 p	1 700 p	1 200 p	1 039 r
Niedersachsen	"	272	315	400 p	550 p	450 p	313 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	2 006	1 922	1 950 p	2 500 p	1 600 p	1 734 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 095	2 850 p	3 100 p	2 400 p	2 344 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	2 351	2 554	1 800 p	2 800 p	2 300 p	2 198 r
b) Fortgezogene nach	"	1 620	1 825	1 300 p	1 500 p	1 700 p	1 694 r
Schleswig-Holstein	"	1 268	1 241	1 250 p	1 700 p	1 100 p	1 362 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	525	548	650 p	600 p	600 p	663 r
Niedersachsen	"	2 167	1 976	2 000 p	2 600 p	2 100 p	1 809 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	767	1 013	1 050 p	1 000 p	1 200 p	881 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"

1) errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 3) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — 5) an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — 6) nach den Angaben des Amtes für Innere Verwaltung — Melde-, Paß- und Ausländerangelegenheiten. — 7) nach dem Ereignisort. — 8) unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 236	11 236	11 171
Pflegetage		273 189	266 678	255 063	273 432	271 373	272 156
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	81,5	84,3	86,2	85,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 557	4 617	4 810	4 810	4 558
Pflegetage		123 729	123 153	121 468	131 741	130 415	122 875
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	87,2	90,5	91,1	89,1
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	763	692	685	736	753
Pflegetage		19 012	19 323	18 209	20 467	20 674	19 630
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	83,4	88,1	89,4	83,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegetage		21 274	19 141	19 971	21 397	21 566	18 367
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	79,7	81,6	84,0	73,6
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	997	783	783	783	998
Pflegetage		25 626	23 821	17 404	18 378	17 741	21 678
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	82,2	83,4	83,2	72,8
3. Anstalten für Geisteskranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	47 809	45 114	47 047	45 548	46 941
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	89,8	90,7	90,7	92,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 394	39 760	39 128	37 709	37 952
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,5	97,7	97,3	97,9
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 737	41 576	43 012	41 644	42 325
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	98,1	98,2	98,1	98,9
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	718,0	718,2	718 629	711 603
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	625,2	626,4	628 361	608 752
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	388 303	396 376	470 796	450 121	415 310
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	3 487	4 859	5 531	4 821
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	33 033	32 878	36 652	36 265
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	11 334	13 596	14 098	15 982
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	51 057	60 075	65 721	59 297	57 674
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	690,3	693,3	696,0	687,1
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	408,9	411,4	413,3	404,8
Rentner	"	175,5	224,5	229,0	229,4	229,7	226,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	52,4	52,5	53,0	56,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	20,1	23,3	25,8	27,0
dav. männlich	"	17,9	17,8	13,7	15,6	17,2	17,9
weiblich	"	8,8	8,8	6,4	7,7	8,6	9,1

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 319	2 714	2 849	3 100
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 275	1 383	1 489	1 671
weiblich	"	1 092	1 411	1 044	1 331	1 360	1 429
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	11	7	11	17
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	39	34	51	37
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	35	37	31	47
Elektriker	"	24	12	14	11	13	10
Chemiewerker	"	55	25	14	24	28	22
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	32	26	27	10
Graphische Berufe	"	44	47	52	44	53	51
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	8	8	5	6
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	68	41	48	44	59
Warenachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	87	74	91	156
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	110	120	120	73
Kaufmännische Berufe	"	368	424	305	389	366	401
Verkehrsberufe	"	313	287	153	193	171	208
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	447	627	640	832
Künstlerische Berufe	"	177	181	129	139	159	171
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	32 284	29 290	26 917	27 112
dav. männlich	"	13 014	14 530	18 781	17 345	15 678	15 256
weiblich	"	12 813	12 621	13 503	11 945	11 239	11 856
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	6 518	7 184	6 940	6 040
dav. männlich	"	4 134	4 106	4 833	5 227	5 194	4 087
weiblich	"	1 707	1 836	1 683	1 957	1 746	1 953
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	7 923	7 027	7 266	7 926
dav. männlich	"	9 955	8 038	6 790	6 078	6 344	7 299
weiblich	"	572	708	1 133	949	922	627
Arbeitssuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	7 601	8 004	8 108	7 791
dav. männlich	"	5 512	3 948	3 652	3 777	3 737	3 526
weiblich	"	2 787	3 799	3 949	4 227	4 371	4 265
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	24 746	36 214			
Weiblich	"	5 157	10 264	14 180			
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 139	1 109	1 294	1 519
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	87,7	89,4	90,3	90,0	87,7
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	7,6	7,2	8,6	9,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 759	10 942	10 770	10 581
dav. lose	"	3 529	2 526	1 940	1 972	1 817	2 294
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 819	8 970	8 953	8 287
Mager- und Buttermilch	"	382	509	341	274	273	253
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	11,7	12,8	11,3	11,7
Kälber	"	2,6	1,7	2,0	1,8	1,6	1,4
Schweine	"	47,0	37,4	37,1	39,3	44,7	35,5
Schafe	"	2,7	1,1	1,4	1,2	1,2	1,3
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	9,6	12,5	9,8	10,0
Kälber	"	2,5	1,7	1,8	1,6	1,4	1,3
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	40,3	41,4	44,8	37,4
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	6 581	7 413	6 992	6 349
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 389	3 132	2 434	2 479
Kälber	"	187	139	169	144	120	107
Schweine	"	4 318	3 723	3 983	4 093	4 388	3 719

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 486	1 480	1 485	1 523
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	211	210	210	211
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	136	135	135	138
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 987	21 795	22 782	21 999	22
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	164	169	196	166
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	120	118	153	127
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	9	8	10
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	2 344	2 624	2 360	1 997
* Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ ⁵⁾)	1 000 Nm ³	"	8 365	13 875	19 270	20 054	8 547
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	59	65	69	77
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	141	149	147	146
* Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	18	13	9	"	"	14
* Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 669	1 730	1 684	1 483
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	223	231	259	295	194
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	129,1	132,2 r	134,5 p	134,2
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	126,6	128,9	131,6 p	132,1
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	139,8	142,2	139,3 p	140,8
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	133,3	142,7	148,7 p	140,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	124,0	117,6	121,3 p	127,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	105,2	103,8	109,9 p	115,7
Bauindustrie	"	103,7	107,3	142,8	145,4 r	140,9 p	125,6
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 476	1 669	1 730	1 684	1 483
Chemische Industrie	"	215	262	253	277	266	255
Elektroindustrie	"	101	130	156	149	139	123
Maschinenbau	"	143	164	246	211	201	196
" "	"	83	110	120	140	130	115
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	12
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	592	670	627	669
* Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	89	119	144	116
Vj.-Durchschnitt ⁴⁾				1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	3. Vj. 1969
		1965	1969				
3. Handwerk (Meßziffern)							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	85,4	86,2	85,9	84,1
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	111,5	142,6	154,8	122,8
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	106,8	137,7	155,3	121,2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	47 859	47 828	...	45 252
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 263	1 269	...	1 283
Angestellte	"	4 684	5 167	5 605	5 658	...	5 309
Arbeiter ²⁾	"	43 102	37 982	40 991	40 901	...	38 660
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	7 582	7 714	...	6 349
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	1 914	2 069	...	1 829
gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 913	1 990	...	1 590
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 755	3 655	...	2 930
* Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	48,3	76,3	79,5	...	55,2
* Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	"	5,9	8,4	10,3	10,1	...	10,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	128,2	138,0	216,7	177,4	...	158,3
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	49,4	38,5	...	39,9
gewerblich und industr. Bau	"	31,0	34,9	43,7	47,9	...	33,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	123,6	91,0	...	84,9
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	205	176	126	198
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	102	54	47	108
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	464	657	419	397
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	66,9	94,9	64,0	53,5
* Wohnfläche	1 000 qm	95	72	99	143	90	85
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	83	89	61	106
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	318	801	883	468
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	31,9	67,6	56,2	37,0
* Nutzfläche	1 000 qm	73	82	62	135	112	97
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 387	2 037	1 282	1 179

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	155	181	116	137
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	279	459	266	285
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	39,9	61,1	38,4	37,8
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	80	89	77	63
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	388	701	659	239
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	30,0	57,1	43,3	22,9
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	717	1 283	790	819
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	105	109	167	159
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	76	64	120	103
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	157	257	335	259
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	19,9	31,0	40,4	32,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	31	54	60	52
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	50	75	77	70
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	298	258	689	303
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	20,6	21,1	61,6	27,2
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	50	51	106	65
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	450	760	868	735
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	90	420	376	147
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	17 000	17 600	17 500	15 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	5 700	6 500	7 000	6 600
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	183	183	183	181
Wohnungen	"	636	688	691	692	693	682
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 584	2 586	2 588	2 549
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	171	206	223	203
dar. Warenhäuser	"	130	210	219	226	302	274
Facheinzelhandel	"	120	133	142	164	166	152
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		148	161	175	170	161
dav. Unternehmen des Außenhandels	"		150	157	170	160	157
Unternehmen des Binnengroßhandels	"		145	168	186	191	168
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	158 130	160 086	153 445	151 237
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	200 256	216 091	213 101	224 706
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	307	349	...	240
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	27	36	...	21
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	280	313	...	219
dav. Rohstoffe	"	2	2	8	6	...	2
Halbwaren	"	50	65	59	53	...	70
Fertigwaren	"	143	193	213	254	...	147
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	17	19	...	16
Enderzeugnisse	"	134	177	196	235	...	131
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	208	226	230	...	171
dar. EWG-Länder	"	65	91	107	125	...	84
EFTA-Länder	"	67	91	92	76	...	65

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	143	148	...	126
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	176	174	...	159
Gaststättengewerbe	"	108	114	134	141	...	117
6. Fremdenverkehr¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	144	133	108	106
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	52	44	33	30
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	283	271	223	216
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	98	90	68	62
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 604 r	1 658 p	1 527 p	1 524
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 733 r	1 760 p	1 586 p	1 675
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 675	1 733 r	1 760 p	1 586 p	1 675
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 477 r	4 167 p	3 951 p	3 631
dav. Empfang	"	2 229	2 533	2 610 r	3 147 p	3 055 p	2 679
dav. Massengut	"	1 634	1 933	1 979 r	2 541 p	2 463 p	2 109
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 071 r	1 588 p	1 376 p	1 305
Kohle	"	192	167	288 r	236 p	280 p	135
Getreide	"	180	118	139 r	164 p	230 p	115
Sack- und Stückgut	"	595	600	631 r	606 p	592 p	570
Versand	"	713	876	867 r	1 020 p	896 p	952
dav. Massengut	"	292	365	371 r	488 p	392 p	410
Sack- und Stückgut	"	421	511	496 r	532 p	504 p	542
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	481	463	...	449
* Güterversand	"	309	426	482	502	...	449
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	3 056 p	2 745 p	2 438 p	2 202
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	3 057 p	2 744 p	2 439 p	2 201
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	151,9 p	143,2 p	109,0 p	96,1
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	156,4 p	134,8 p	109,1 p	96,2
Angekommene Fracht	t	578	965	1 072 p	1 416 p	1 420 p	1 117
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 318 p	1 429 p	1 423 p	1 525
Angekommene Post	"	185	256	272 p	317 p	262 p	285
Abgegangene Post	"	229	323	316 p	402 p	349 p	362
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	11 236	12 083	12 033	11 573
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	15 752	16 240	16 674	15 542
Straßenbahn	"	9 438	5 501	5 115	5 144	5 222	5 609
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	12 534	13 502	13 890	12 574
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 229	2 589	2 518	2 252
Private Kraftomnibusse	"	301	239	352	263	...	186
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (Im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	453,1	454,3	454,6	424,6
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	384,2	409,7	410,7	411,0	384,0
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	5 692	6 445	...	4 898
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	5 039	5 768	...	4 419
Lastkraftwagen	"	362	463	541	557	...	426
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 164	1 272	1 177 p	1 216
* Getötete Personen	"	26	27	30	50 r	37 p	64
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 609	1 698 r	1 569 p	1 565

1) ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — 2) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) einschließlich Kombinationskraftwagen. — 5) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		22 034,9	25 292,2	25 613,0	25 973,1	23 345,4
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr) an Unternehmen und Privat- personen	"		6 696,7	7 632,9	7 757,8	7 947,1	7 140,5
• Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) *) an Unternehmen und Privat- personen	"		6 655,0	7 631,2	7 755,2	7 919,5	7 059,9
• Langfristige Kredite *) an Unternehmen und Privat- personen	"		2 961,2	3 897,7	3 935,2	3 996,6	3 142,8
• dar. Durchlaufende Kredite	"		2 621,7	3 538,4	3 574,7	3 635,9	2 803,9
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		12 377,0	13 761,6	13 920,0	14 029,4	13 062,1
• dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privat- personen	"		10 846,6	12 164,3	12 318,5	12 410,2	11 458,4
• Spareinlagen bei Sparkassen	"	4 069,9	7 442,7	7 843,8	7 938,6	8 186,6	7 601,5
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	2 792,9	6 881,5	7 250,7	7 321,9	7 353,2	6 980,8
• Lastschriften auf Sparkonten	"	244,3	4 607,3	4 907,0	4 948,8	4 954,4	4 677,8
• Zinsgutschriften	"	203,9	407,2	386,5	431,8	392,0	348,7
	"	12,9	24,1	1,3	1,1	1,1	1,2
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	15	12	22	22	15
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	979	869	778	732	884
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 009	2 534	1 988	2 566
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen)	Anzahl	20 563	23 244	23 605	28 775	22 351	19 980
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 431	3 126	3 316	3 233	3 128
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 488	1 327	1 526	1 422	2 038
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	462	373	487	489	708
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg	Anzahl	162	152	153	151	152	148
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	4 787	4 953	4 951	5 091	4 631
Grundkapital	Anzahl	3 877	4 729	5 061	5 088	5 123	4 844
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 334	4 332	4 363	3 957
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM			732 307	507 308	518 057	
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	465 125	217 272	203 504	278 984
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	180 972	186 608	185 829	160 525
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	165 679	29 661	9 238	17 039
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	2 323	1 579	2 306	23 341
• Körperschaftsteuer	"	36 706	65 853	116 151	576	6 131	78 079
• Steuern vom Umsatz	"	271 059	271 059	267 182	290 036	314 553	314 333
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	124 608	126 934	138 117	155 608	134 527
• Einfuhrumsatzsteuer	"	146 454	146 454	140 248	151 919	158 945	179 806
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	618 450	658 047	608 521	614 744	537 661
• dar. Zölle	"	45 076	50 217	50 415	51 652	50 293	17 885
• Verbrauchsteuern	"	358 150	492 114	587 498	542 981	548 124	506 416
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	497 196	443 948	469 723	425 846
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	47 161	34 277	26 238	65 173	57 145
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	5 901	2 369	43 872	37 200
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	9 550	10 785	9 446	8 918
• Biersteuer	"	2 430	2 894	3 484	3 309	3 123	3 036
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	48 355	62 376	8 154	32 648	133 987	155 586
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	6 293	4 798	113 104	135 789
• Grundsteuer A	"	73	84	31	25	211	236
• Grundsteuer B	"	5 134	6 769	1 223	916	18 706	18 044
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	923 346	1 053 606	904 808	954 995	939 200
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	241 969	249 352	126 720	291 367	248 923
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	208 062	93 732	88 097	181 339
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	7 013	7 013	7 013	6 749	106 131	—
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	—	—	—	—	31 966	—
Außerdem:	"						
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	8 154	32 648	70 055	153 761
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	—	—	48 531	30 278	27 309	—
• Einnahmen des Landes insgesamt	"	—	—	306 038	189 645	388 731	402 684

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — *) einschließlich durchlaufender Kredite. — *) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	August 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A 1)	1962 = 100	113,1	127,7	148,6	151,3	154,3	133,5
Einfamiliengebäude A 1)	"	113,3	128,1	148,3	151,0	154,2	133,7
Mehrfamiliengebäude A 1)	"	113,0	127,4	148,9	151,7	154,4	133,4
Gemischt genutzte Gebäude A 1)	"	112,8	127,5	148,8	151,6	154,6	133,4
Bürogebäude A 1)	"	112,2	126,9	148,8	151,8	154,3	133,5
Bürogebäude B 1)	"	"	113,9	134,1	136,7	139,0	120,3
Gewerbliche Betriebsgebäude A 1)	"	112,4	125,8	150,6	153,8	155,8	133,4
Gewerbliche Betriebsgebäude B 1)	"	"	113,4	135,7	138,5	140,4	120,2
Löhne und Gehälter 2)							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	291	317	327	348	307
weibliche Arbeiter	"	140	180	195	204	209	188
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,94	7,27	7,64	6,70
weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,71	4,96	5,07	4,48
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.						
männliche Arbeiter	"	45,5	45,4	45,6	45,0	45,6	45,8
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,4	41,1	41,2	41,9
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	42,8	35,5	42,6	44,6
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	38,5	30,7	38,7	41,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 098	1 405	1 523	1 564	1 591	1 444
weiblich	"	747	983	1 068	1 113	1 141	1 020
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 182	1 494	1 620	1 671	1 710	1 544
weiblich	"	748	988	1 072	1 127	1 139	1 036
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 043	1 332	1 449	1 498	1 524	1 357
weiblich	"	668	899	998	1 030	1 052	922
In Industrie und Handel 1) zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 351	1 468	1 515	1 541	1 380
weiblich	"	688	921	1 016	1 051	1 075	948
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 176	1 496	1 618	1 671	1 708	1 543
weiblich	"	838	1 147	1 263	1 296	1 309	1 214
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	380	391	408	314
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	105	99	126	89
bekämpfte Brände	"	221	302	275	292	282	225
dav. Großbrände	"	9	14	14	11	10	12
Mittelbrände	"	28	43	34	32	18	32
Kleinbrände	"	98	130	111	122	125	80
Entstehungsbrände	"	80	105	114	121	116	90
Schornsteinbrände	"	6	10	2	6	13	11
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	837	785	780	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	10 469	10 891	10 574	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 777	1 767	1 607	1 505
Betriebsunfälle	"	544	416	580	560	514	463
Krankenbeförderungen	"	"	"	3 476	3 843	3 636	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	10 208	10 500	10 201	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 686	12 067	11 762	"
Außerdem:	"	"	"				
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	79	82	79	63
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	10 955	11 716	11 407	11 297
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	243	215	198	234
Mord und Totschlag	"	4	6	9	6	4	7
Körperverletzung 4)	"	91	124	107	140	149	135
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 177	4 293	4 110	4 588
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	3 355	3 692	3 539	2 607
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	7 532	7 985	7 649	7 195
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	297	288	280	340
Unterschlagung	"	203	229	200	184	222	265
Raub und Erpressung	"	41	67	68	61	53	88
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	113	76	107	178
Betrug und Untreue	"	722	973	724	979	1 014	1 027
Brandstiftung	"	33	47	28	25	46	34
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen 5)	"	778	1 234	1 410	1 693	1 575	1 540
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen 6)	"	8 929	16 625	16 863	12 788	18 937	17 376
Ordnungswidrigkeitsberichte	"	423	600	437	423	308	361
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld 7)	"	31 317	29 706	25 682	28 957	27 332	31 644

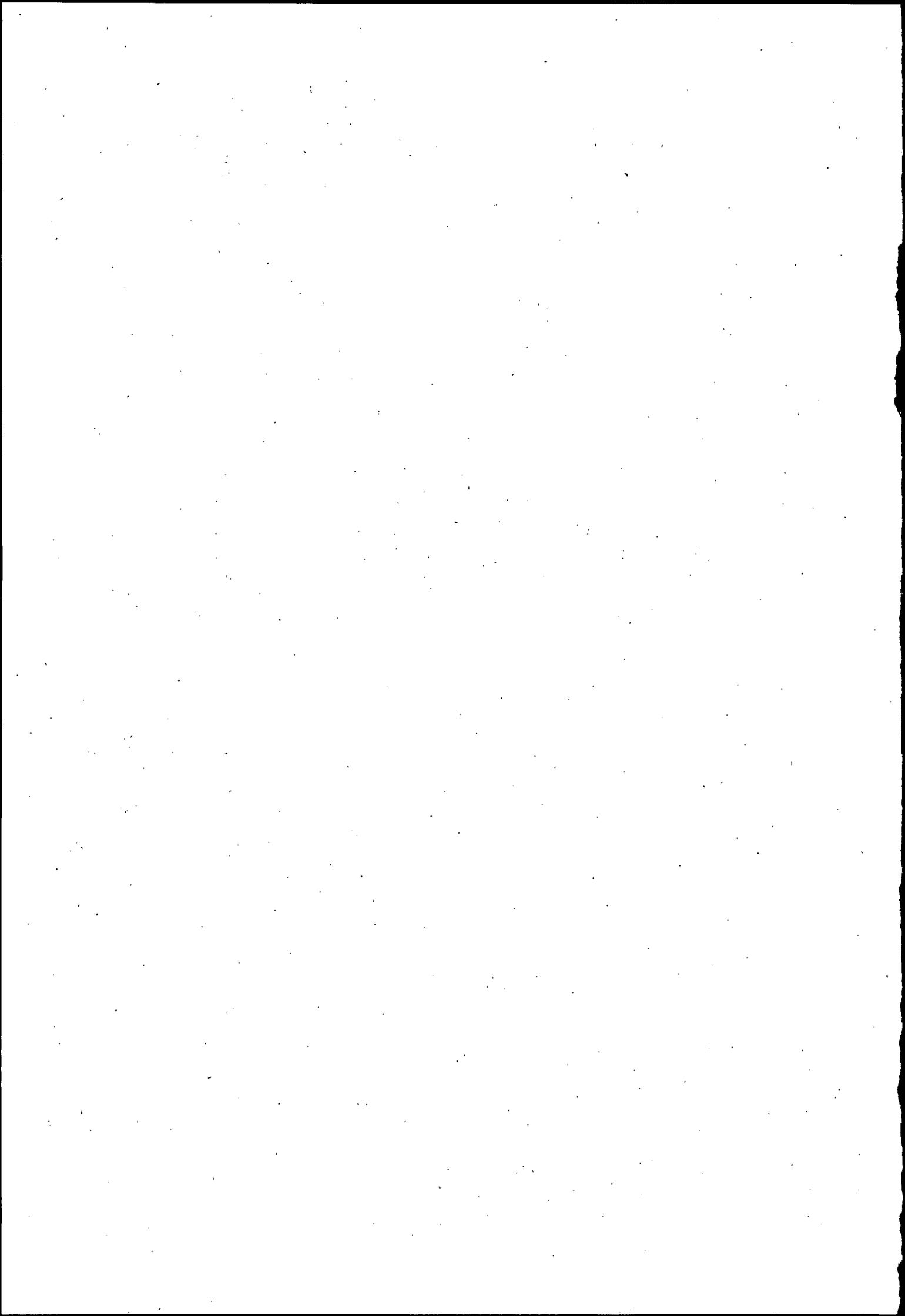
1) A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — 3) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — 4) ohne §§ 223 und 230. — 5) vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — 6) vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — 7) vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

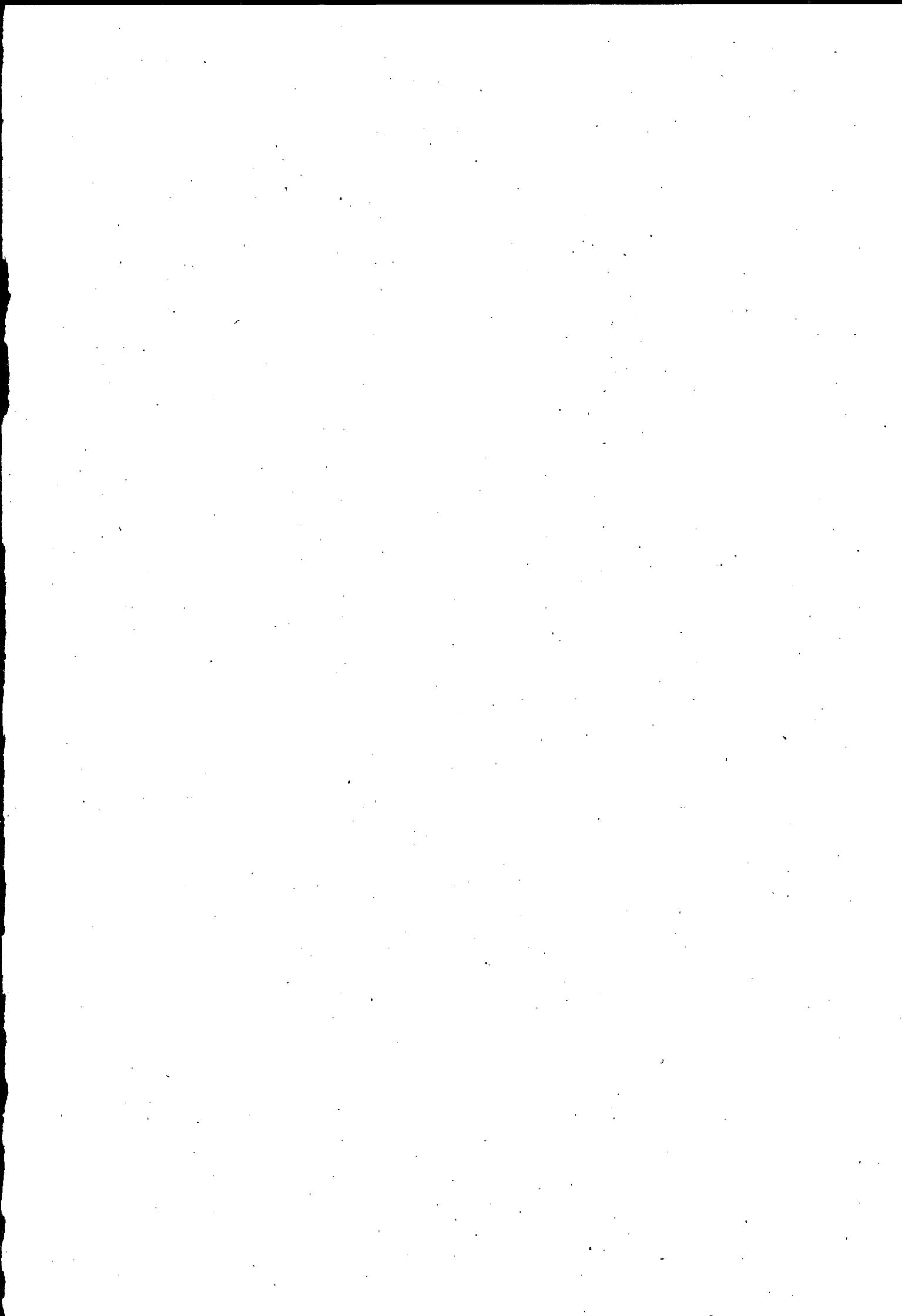
ANGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESBEIT

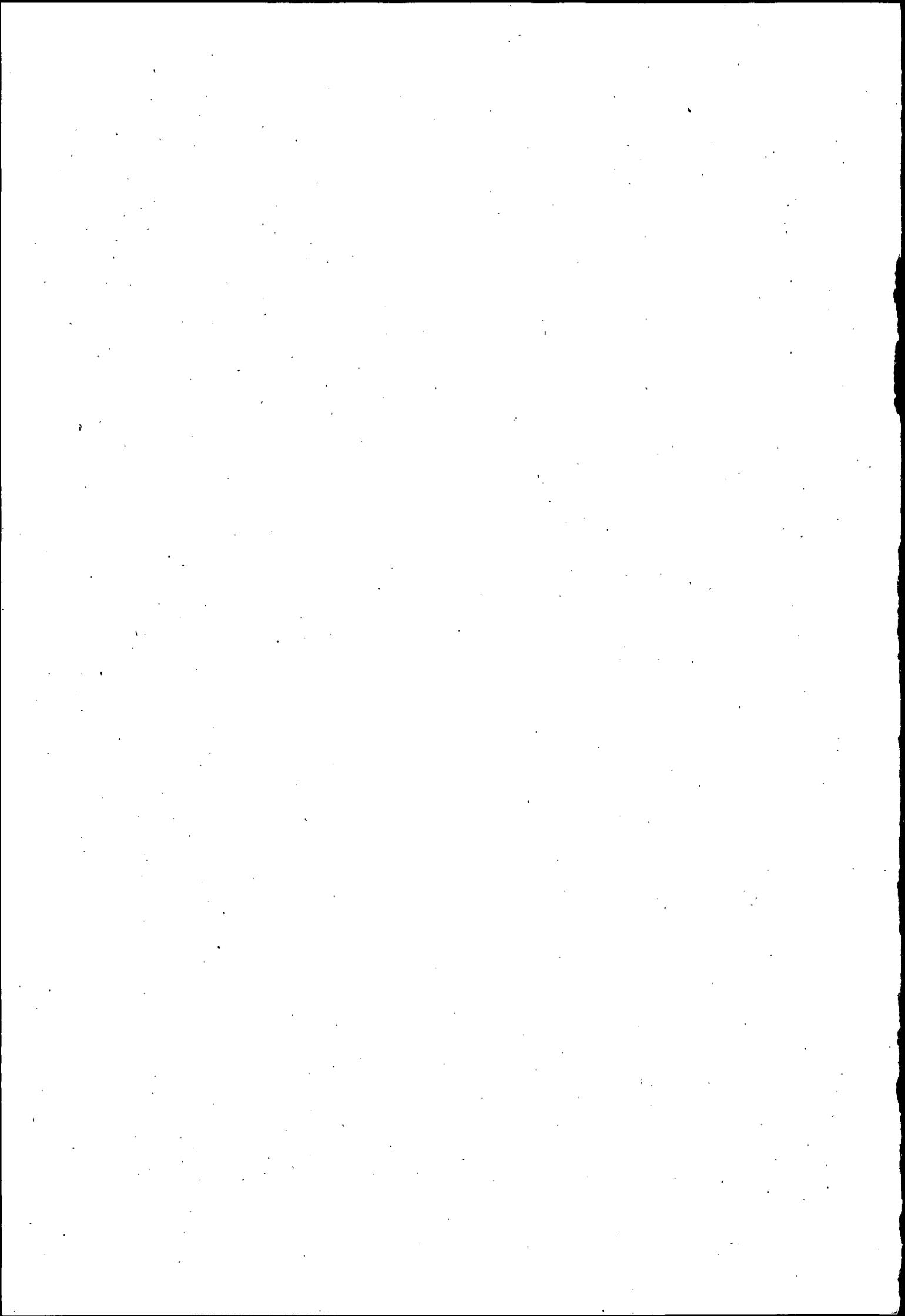
Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	September 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	7,3
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	14,8	13,6
Gestorbene		11,5	12,2	11,4
Arbeitslose	1 000	146	176	99	97	111	108
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 649	8 685 p	...	8 475
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	940	1 043 p	...	1 110
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	40 009	47 893 p	...	45 758
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	7 271	9 144 p	...	8 597
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	149,2	141,9	156,9 r	163,4 p	156,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	143,9	160,4 r	166,5 p	159,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	175,8	180,3	181,8 p	179,3
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	131,2	158,0 r	165,5 p	151,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	127,2	150,1 r	156,7 p	154,1
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	134,4	133,3	136,9 r	148,8 p	144,3
Bauindustrie	"	118,9	127,5	151,7	157,8 r	...	145,6
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 504,7	1 583	1 581,7	...	1 535,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	228,9	250,0	...	255,1
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	4 645,3	5 329,8	...	4 639,0
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	58 701	58 408	57 092	56 770
Bauterfertigungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	25 673	36 769	46 595	43 914
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	151	163	189	168
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	148	161	175	167
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	12 732	11 305
dav. Empfang	"	6 950	8 252	10 279	8 857
Versand	"	1 885	2 329	2 453	2 448
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	119 758	179 604	203 578	202 653
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178	33 148 p	34 484 p	36 420 p	32 916
Getötete Personen	"	1 313	1 382	1 804 p	1 788 p	1 931 p	1 736
Verletzte Personen	"	36 124	39 268	48 177 p	47 800 p	50 394 p	44 811
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 368	3 196	3 308	2 621
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 239	1 416	172	3 587	245	345
Körperschaftsteuer	"	681	908	76	1 847	108	242
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 063	3 223	3 943	3 187	3 040
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	101,5	107,8	108,0	108,5	103,3
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,2	106,5	106,3	105,8
Index der Ausfuhrpreise	"	104,8	111,3	116,9	116,8	117,5	113,1
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5	145,0			
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	"	109,0	119,3	124,0	123,8	124,2	119,8
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	114,2	117,7	116,4	116,4	113,7
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	169,0	169,8	170,8	163,8
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,25	6,53	...	5,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,1	44,9	...	45,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

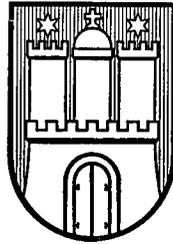
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten.







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Geburten und Sterbefälle von Auswärtigen in Hamburg

Hamburgs Kliniken sind offensichtlich auch für die Bewohner des Umlands verkehrsgünstig gelegen und erfreuen sich eines guten Rufes — zwei wichtige Gründe, die 1970 schätzungsweise 4 000 werdende Mütter bewogen haben, wegen ihrer bevorstehenden Niederkunft die Hansestadt aufzusuchen. Darüber hinaus haben einige weitere hundert — vereinzelt wohl auch unfreiwillig — nicht in Kliniken hier entbunden. Die Zahl der Geburten läßt sich statistisch an Hand der standesamtlichen Zählkarten genau feststellen: Bei einem Monatsdurchschnitt von 383 waren es 4 587 Kinder im Jahre 1970, die in Hamburg geboren wurden. Wie auch in den Vorjahren lagen die Geburten der Monate März bis Mai mit einem Durchschnitt von 410 Geburten höher als in den übrigen Monaten.

Im gleichen Zeitraum ereigneten sich in Hamburg 1 755 Sterbefälle von „Ortsfremden“, d. h. 146 im Monatsdurchschnitt. Hier sind es außer dem August die Monate November, Dezember und Januar, in denen durchschnittlich 175 ortsfremde Menschen in Hamburg starben; das sind fast 20 % mehr als in den witterungsmäßig nicht so belastenden anderen Monaten.

Interessant ist, daß im Jahre 1970 von ortsansässigen Hamburgern 1 636 Sterbefälle außerhalb der Hansestadt registriert wurden und daß nur 319 Kinder Hamburger Mütter auswärts zur Welt kamen.

360 Menschen starben durch Hausunfall

Von den rund 27 000 Personen, die innerhalb eines Jahres in Hamburg starben, waren im Jahr 1969 durch Unfall 1 180 Menschen ums Leben gekommen. Hiervon starben 35 % (420) durch Verkehrsunfälle. Nicht viel weniger, nämlich 30 % (361 Personen) verunglückten tödlich im Hause oder starben an den Unfallfolgen.

Die meisten Hausunfälle entstehen durch Stürze (336 Fälle im Jahr 1969), die allerdings aus der Todesursachenstatistik nicht näher zu definieren sind, ob sie beim Hausputz durch Fall von einer Leiter oder bei anderen Gelegenheiten vorgekommen sind. Überwiegend sind es Stürze von über 70jährigen (303 Fälle: 84 Männer und 219 Frauen), die in ihrem häuslichen Bereich nicht mehr die Sicherheit Jüngerer besitzen.

Die übrigen tödlichen Unfallarten im Hause spielen gegenüber den Stürzen ihrer Zahl nach nur noch eine untergeordnete Rolle. Durch Unvorsichtigkeit mit Feuer und durch Wohnungsbrand büßten 11 Menschen ihr Leben ein, durch Gas starben zwei Personen.

Hohe Verdienstzunahmen in Industrie und Handel

Nach den Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter von 1969 auf 1970 für die Männer von 6,39 DM auf 7,25 DM um 13,5 %, für die Frauen von 4,32 DM auf 4,89 DM um 13,2 %.

Die Bruttowochenverdienste stiegen im gleichen Zeitraum für die männlichen Industriearbeiter von 291 DM auf 329 DM und für die weiblichen von 180 DM auf 202 DM; die prozentuale Veränderung betrug 13,1 % bzw. 12,2 %.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie betrugen im Jahresdurchschnitt 1970 für die männlichen Angestellten 1 611 DM, für die weiblichen 1 105 DM. Sie lagen um 158 DM oder 10,9 % bzw. um 121 DM oder 12,3 % höher als 1969.

In den zusammengefaßten Bereichen „Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ wurden 1970 für die männlichen Angestellten Bruttomonatsverdienste in Höhe von 1 487 DM und für die weiblichen von 1 034 DM errechnet. Die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr betrugen 150 DM oder 11,2 % bzw. 122 DM oder 13,4 %.

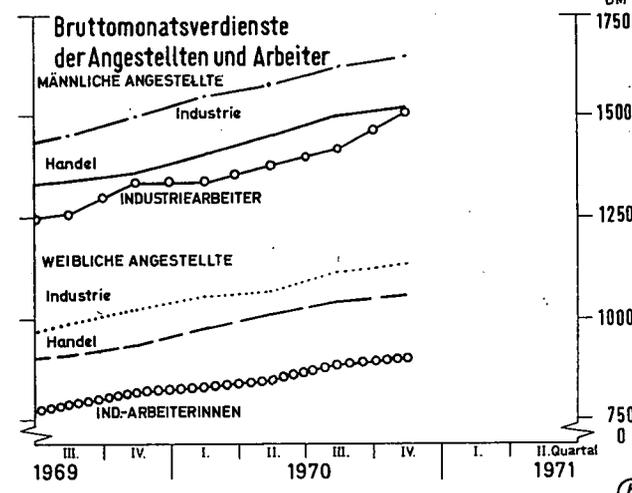
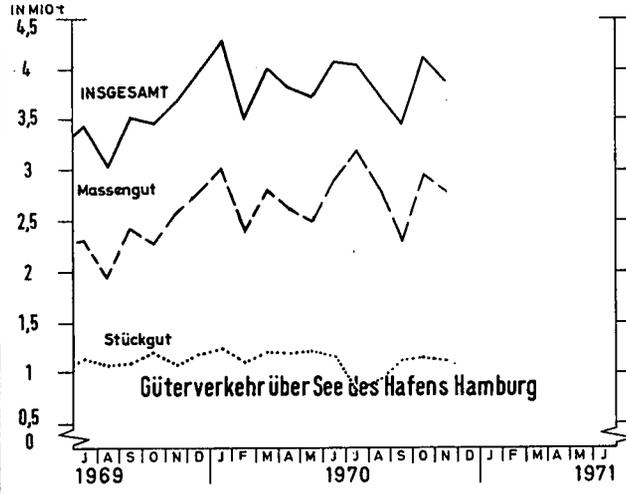
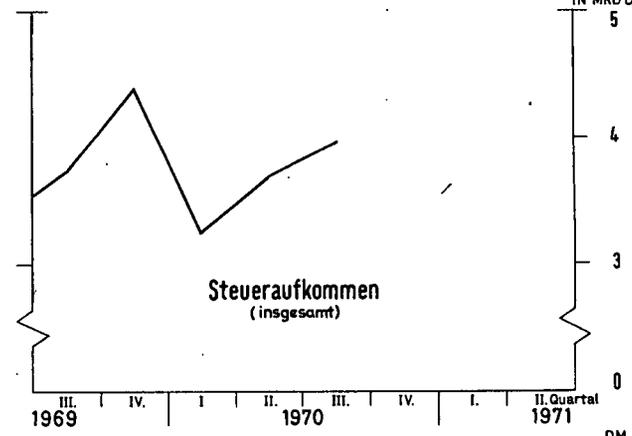
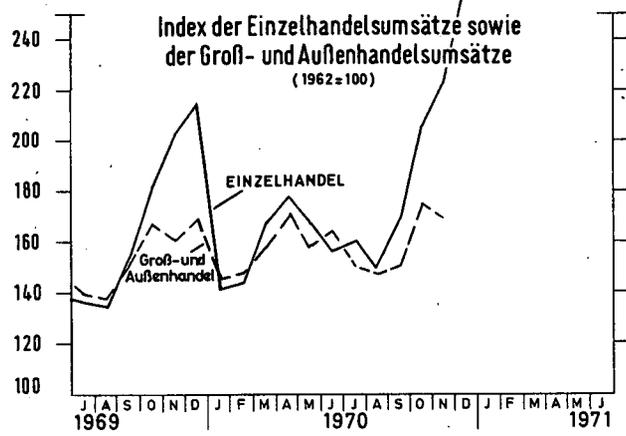
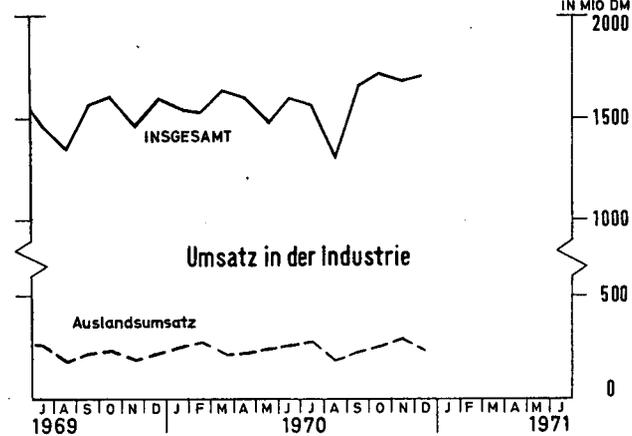
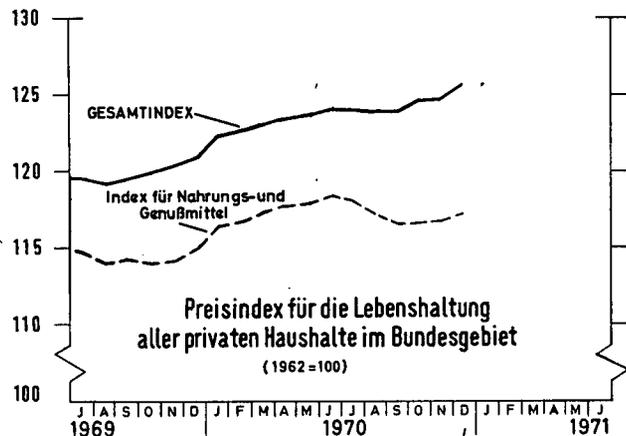
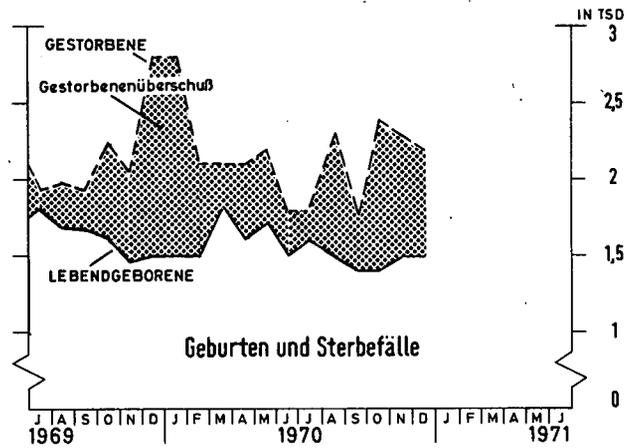
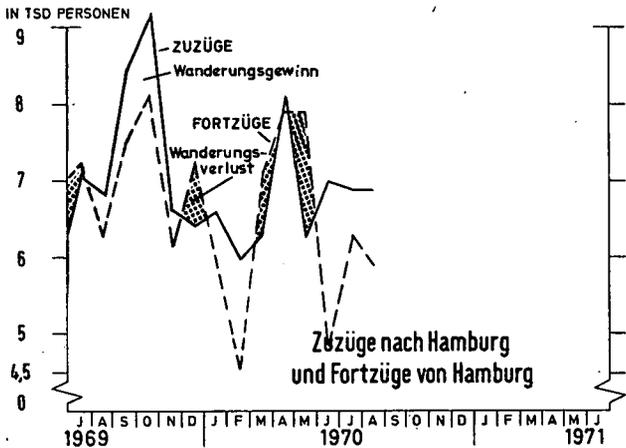
Wandel in der Struktur des Stromverbrauchs

Die Stromerzeugung in Hamburg ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gestiegen. Nach knapp 4 Mrd. Kwh im Jahre 1960 wurde 1970 fast die doppelte Menge (7,6 Mrd. Kwh) produziert.

Interessante Umschichtungen haben sich in diesen Jahren auf der Seite des Stromverbrauchs ergeben. Während die Hamburgische Industrie 1960 mit einem Anteil von 26,5 % noch merklich vor dem der privaten Haushalte lag (21,5 %), sind seither die Haushalte zum wichtigsten Abnehmerkreis geworden. Zwar stieg auch der Stromverbrauch der Industrie bis 1970 um 74 % auf 1,83 Mrd. Kwh, im gleichen Zeitraum erhöhte sich jedoch die von privaten Haushalten verbrauchte Strommenge um mehr als das Doppelte (+ 128 %) und betrug 1,94 Mrd. Kwh im Jahr 1970. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Pro-Kopf-Verbrauch wider (1960 = 463 Kwh und 1970 = 1 072 Kwh). Das ist auf die zunehmende Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten, vor allem aber auf die stark in den Vordergrund getretene elektrische Raumbeheizung (Nachtspeicherstrom) zurückzuführen.

Bemerkenswert ist noch, daß sich die Abgabe von Strom an andere Energieverteiler außerhalb Hamburgs seit 1960 nahezu verdreifacht hat und 1970 immerhin 1,28 Mrd. Kwh betrug.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Studierenden an der Universität Hamburg von 1960 bis 1970

Der desolate Zustand der Hochschulstatistik und des Hochschulinformationswesens macht heute die Hochschulplanung zu einem dilettantischen Geschäft, ihre Verbesserung als Voraussetzung der Planung . . . wird Jahre dauern.

Helmut Schelsky ¹⁾

Dieser Beitrag ist ein Versuch zu zeigen, daß sich zumindest die Statistik über den Hochschulbesuch nicht in jenem niederschmetternd-trostlosen Zustand befindet, der in letzter Zeit im Zuge der Bemühungen um eine intensivere Bildungsplanung der Hochschulstatistik regelmäßig nachgesagt wird. Zuzugeben ist allerdings, daß auch hier – bisher – vornehmlich vergangenheitsbezogene Dokumentation geliefert und weniger zukunftsorientierte Planungsinformation angeboten werden konnte. Darüber hinaus ist die amtliche Statistik zur Zeit noch nicht in der Lage, Ergebnisse der Hochschulverlaufsstatistik zu veröffentlichen, aus der im „statistischen Längsschnitt“ Informationen beispielsweise über die Häufigkeit der Abgänge ohne Examen, über die Verweildauer der Studierenden an einer Hochschule oder über die Zahl der Studienfachwechsler erwartet werden²⁾. Gegenwärtig liegen Strukturangaben lediglich in Form von Bestandszahlen vor.

Von der gut 50jährigen Geschichte der Universität Hamburg soll mit den Jahren 1960 bis 1970 in etwa das letzte Fünftel behandelt werden – großenteils eine Zeit der Kritik, der Auseinandersetzungen, der Proteste und Radikalisierungen, aber auch der Anpassungen und Reformen. Es ist hingegen nicht Sache des Statistikers, sich unter Berufung auf das amtlich gesammelte Zahlenmaterial zu hochschulpolitischen Grundfragen der Universitäts- und Studienreform zu äußern. Wie stets hat der Statistiker auch in diesem Fall Amt und Meinung streng zu trennen und bei allem Engagement darf er doch nur der neutral registrierende Beobachter sein, der den an der Bildungspolitik mitwirkenden Instanzen einen Grundstock an objektiv korrekten und möglichst aktuellen Basisdaten zur Verfügung stellt.

Gesamtüberblick

Die Universität Hamburg ist nach der Münchener und vor der Kölner Universität die zweitgrößte deutsche

Hochschule³⁾. Im Wintersemester (WS) 1969/70 – dem letzten Semester, für das Bundesergebnisse veröffentlicht sind – studierten rd. 6% aller an den Hochschulen⁴⁾ des Bundesgebiets und West-Berlins eingeschriebenen deutschen und ausländischen Studenten an der Hamburger Universität; im Vergleich zum WS 1959/60 ist dieser Anteil unverändert geblieben. Die Zahl der Studierenden in Hamburg hat damit im gleichen Verhältnis zugenommen wie die Studierendenzahlen der deutschen Hochschulen insgesamt.

Im einzelnen betragen die Steigerungen in Hamburg⁵⁾:

WS 1960/61 gegenüber WS 1959/60	+1 011 Studierende oder 8,8 %
WS 1961/62 gegenüber WS 1960/61	+ 922 Studierende oder 8,0 %
WS 1962/63 gegenüber WS 1961/62	+ 787 Studierende oder 5,8 %
WS 1963/64 gegenüber WS 1962/63	+1 147 Studierende oder 8,0 %
WS 1964/65 gegenüber WS 1963/64	+ 796 Studierende oder 5,2 %
WS 1965/66 gegenüber WS 1964/65	+ 203 Studierende oder 1,3 %
WS 1966/67 gegenüber WS 1965/66	+ 290 Studierende oder 1,8 %
WS 1967/68 gegenüber WS 1966/67	+ 295 Studierende oder 1,8 %
WS 1968/69 gegenüber WS 1967/68	+ 537 Studierende oder 3,2 %
WS 1969/70 gegenüber WS 1968/69	+1 263 Studierende oder 7,2 %
WS 1970/71 ⁶⁾ gegenüber WS 1969/70	+2 152 Studierende oder 11,5 %

Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Studierenden vom WS 1960/61 bis zum WS 1970/71 um 67,7% von 12 477 auf 20 939⁷⁾ (vergl. Tabelle 1). Die durchschnittliche Zuwachsrate der letzten zehn Jahre belief sich somit auf nicht ganz 7%. Betragen die jährlichen Zunahmen zu Beginn der 60er Jahre noch etwa 8%, so sanken sie ab 1965 auf 1% bis 2% (in den Sommersemestern 1966 und 1968 ist sogar ein absoluter Rückgang gegenüber dem jeweils vorangehenden Sommersemester zu bemerken) und stiegen erst seit dem WS 1968/69 wieder erheblich an. Diese Schwankungen sind zum Teil durch die unterschiedliche Stärke der zur Hochschulreife gelangenden Geburtenjahrgänge begründet. Die geburtenstarken Jahrgänge der ersten Kriegsjahre nahmen ab 1959/60 ihr Studium auf. Die schwachen Geburtsjahrgänge der letzten Kriegsjahre und der Nachkriegszeit bezogen ab 1965 die Universität. Überlagert wird der von der Stärke der Geburtsjahrgänge auf die Studierendenzahlen ausgehende Einfluß durch die wachsende Zunahme des Anteils Studienberechtigter und auch Studienwilliger an den jeweiligen Altersjahrgängen. Machten in Hamburg beispielsweise 1960 knapp 6% der 19jährigen Jungen und rd. 4% der 19jährigen Mädchen Abitur, waren es 1970 bei den Jungen über 11% und bei den Mädchen nicht ganz 8%.

Bis zum Jahre 1968 konnte als Regel gelten, daß im Wintersemester weniger Studierende an der Universität waren als im vorangegangenen Sommersemester. Seither ist die Gleichförmigkeit der Abnahme vom Sommer- zum Wintersemester zugunsten eines auch

¹⁾ „Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens“, Bertelsmann Universitäts-Verlag, Bielefeld 1969, Seite 147.

²⁾ Um jedem Mißtrauen im voraus zu begegnen: Das in der Hochschulverlaufsstatistik gewonnene Datenmaterial geht zwar aus den Fragebogen hervor, in die jeder Student seine persönlichen Angaben einträgt, die Personaldaten werden jedoch in den statistischen Ämtern sofort verschlüsselt, und von diesem Zeitpunkt ab ist jeder einzelne nur noch ein anonymes „Fall unter Tausenden“. Einzelangaben werden niemals veröffentlicht oder einer dritten privaten oder staatlichen Stelle überlassen.

³⁾ Nach den Ergebnissen der „Kleinen Hochschulstatistik“ für das Wintersemester 1969/70 studierten an der Universität München (einschließlich der Pädagogischen Hochschulen Augsburg, München und Regensburg) insgesamt 27 654, an der Universität Hamburg 18 798 und an der Universität Köln 18 715 Deutsche und Ausländer.

⁴⁾ Ohne Technische Universitäten und Hochschulen sowie ohne Kunst-, Musik- und Sporthochschulen, aber einschließlich Pädagogischer Hochschulen und vergleichbarer Einrichtungen.

⁵⁾ Deutsche und Ausländer; ohne Beurlaubte und Gasthörer.

⁶⁾ Vorläufiges Ergebnis.

⁷⁾ Die für das WS 1970/71 angegebene Zahl ist das Ergebnis einer ersten Auszählung zum Stichtag 9. 12. 1970 und wird sich durch Nachbelegungen im weiteren Verlauf des Semesters noch erhöhen.

Tabelle 1

**Studierende¹⁾ an der Universität Hamburg
nach ausgewählten Semestern**

Sommersemester (SS)	Studierende			
	insgesamt	davon		
		männlich	weiblich	
Wintersemester (WS)	1	2	absolut	in % der Spalte 1
SS 1919	1 729	1 517	212	12,3
WS 1945/46	3 051	2 593	458	15,0
WS 1947/48	5 151	3 889	1 262	24,5
WS 1949/50	4 336	3 286	1 050	24,2
WS 1951/52	4 653	3 538	1 115	24,0
WS 1953/54	5 543	4 153	1 390	25,1
WS 1955/56	7 108	5 277	1 831	25,8
WS 1957/58	9 124	6 698	2 426	26,6
WS 1959/60	11 466	8 117	3 349	29,2
SS 1960	12 674	8 928	3 746	29,6
WS 1960/61	12 477	8 799	3 678	29,5
SS 1961	13 622	9 514	4 108	30,2
WS 1961/62	13 469	9 467	4 002	29,7
SS 1962	14 556	10 116	4 440	30,5
WS 1962/63	14 256	9 982	4 274	30,0
SS 1963	15 709	11 058	4 651	29,6
WS 1963/64	15 403	10 894	4 509	29,3
SS 1964	17 039	11 961	5 078	29,8
WS 1964/65	16 199	11 493	4 706	29,1
SS 1965	17 490	12 402	5 088	29,1
WS 1965/66	16 402	11 784	4 618	28,2
SS 1966	17 332	12 322	5 010	28,9
WS 1966/67	16 692	11 918	4 774	28,6
SS 1967	17 487	12 498	4 989	28,5
WS 1967/68	16 987	12 090	4 897	28,8
SS 1968	17 333	12 472	4 861	28,0
WS 1968/69	17 524	12 637	4 887	27,9
SS 1969	18 368	13 355	5 013	27,3
WS 1969/70	18 787	13 597	5 190	27,6
SS 1970	19 225	13 732	5 493	28,6
WS 1970/71 ²⁾ ..	20 939

1) Deutsche und Ausländer; ohne Beurlaubte und Gasthörer. — 2) vorläufiges Ergebnis.

in den Wintersemestern anhaltenden ständigen Anstiegs der Studierendenzahlen abgelöst. Neben den oben genannten Gründen wird hier die Verlegung des (Schuljahrs- und) Abiturtermins vom Frühjahr auf den Sommer in den meisten Bundesländern mit Ausnahme von Berlin und Hamburg eine Rolle spielen.

Der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden ist in den vergangenen zehn Jahren trotz einer absoluten Steigerung von 3 746 (SS 1960) auf 5 493 (SS 1970) leicht zurückgegangen, und zwar von 29,6% auf 28,6%. Gegenüber dem Tiefststand von 27,3% im SS 1969 kann jedoch bereits wieder eine Zunahme verzeichnet werden.

Eine hamburgische Besonderheit bildete in der Vergangenheit stets die auffallend hohe Zahl von beurlaubten Studierenden. Für das WS 1969/70 hatten sich im Durchschnitt aller wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebietes nur rd. 4% der Studierenden beurlauben lassen, an der Universität Hamburg waren es dagegen 9,5%. Mit dem Fortfall der Studiengebühren ab WS 1970/71 — zu zahlen sind lediglich noch Semesterbeiträge für Krankenkasse, Studentenwerk und Studentische Selbstverwaltung — verringerte sich der Anteil der Beurlaubten um rund die Hälfte auf 5,4% (vergl. Tabelle 2).

*) Vergl. Fußnote 1).

Jeder 15. Studierende an der Hamburger Universität war im WS 1960/61 ein Ausländer, im WS 1970/71 nur noch jeder 18. (vergl. Tabelle 3). Diese Verminderung ist jedoch keine auf die Hamburger Universität beschränkte Entwicklung. Im Bundesdurchschnitt ging der Anteil der Ausländer an allen Studierenden ebenfalls von etwa 6% (WS 1959/60) auf rd. 5% zurück (WS 1969/70). Von allen in Deutschland studierenden Ausländern^{b)} sind etwa 6,3% an der Universität Hamburg immatrikuliert (WS 1969/70). Der Anteil Hamburgs an den ausländischen Studierenden ist damit geringfügig höher als der Hamburger Anteil an den Studierenden insgesamt.

Nicht unwesentliche Veränderungen haben sich in den letzten zehn Jahren bei den Herkunftsländern der in Hamburg studierenden Ausländer ergeben (vergl. Tabelle 4). Der Anteil der Europäer ist von 46,2% auf 34,3% gesunken, insbesondere die Zahl der Griechen hat abgenommen; andererseits stu-

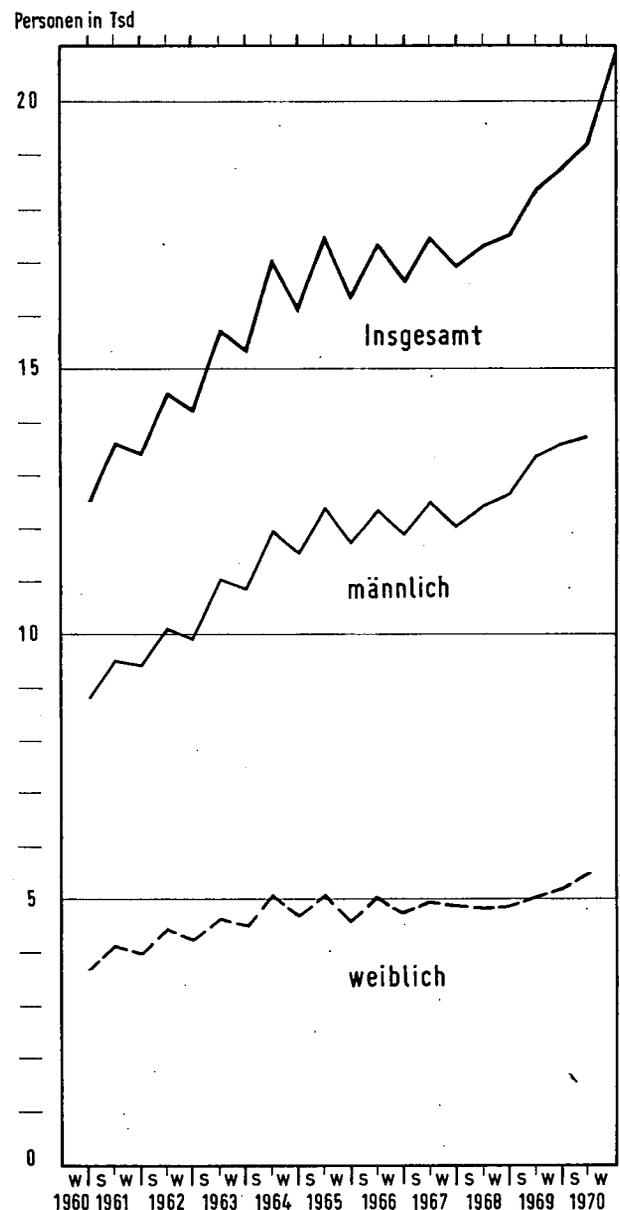
Studierende an der Universität Hamburg 1960 bis 1970


Tabelle 2

**Beurlaubte an der Universität Hamburg
in den WS 1959/60 bis 1970/71¹⁾**

Wintersemester	Beurlaubte ²⁾	
	absolut	in % der Studierenden
1959/60	837	6,8
1960/61	986	7,3
1961/62	1 137	7,8
1962/63	1 373	8,8
1963/64	987	6,0
1964/65	1 250	7,2
1965/66	1 345	7,6
1966/67	1 782	9,6
1967/68	1 880	10,0
1968/69	1 984	10,2
1969/70	1 971	9,5
1970/71 ³⁾	1 195	5,4

¹⁾ Ergebnis aus der „Kleinen Hochschulstatistik“. – ²⁾ Deutsche und Ausländer. – ³⁾ vorläufiges Ergebnis.

dierten im WS 1969/70 erheblich mehr Tschechoslowaken in Hamburg als noch im WS 1966/67. Ebenso gestiegen ist die Zahl der Amerikaner, vor allem der US-Amerikaner. Die Asiaten machen insgesamt 34,6% aller Ausländer an der Universität Hamburg aus; fast jeder vierte Asiate in Hamburg ist entweder Perser oder Indonesier.

In der regionalen Herkunft der deutschen Studierenden sind nur unbedeutende Verschiebungen zu beobachten (vergl. Tabelle 5). Nach wie vor haben auch

⁹⁾ Die Gliederung der Universität in Fachbereiche wurde mit dem WS 1969/70 eingeführt. Um einheitliche Vergleichsgrößen zu gewinnen, wurden die Einzelfächer auch für die vorangehenden Semester nicht mehr in der Gruppierung nach Fakultäten, sondern in einer Zuordnung nach Fachbereichen angegeben.

¹⁰⁾ Der Einfachheit des Sprachgebrauchs wegen werden im folgenden die im ersten Fachsemester stehenden Studierenden als „Studienanfänger“ bezeichnet, obwohl es sich dabei auch um ältere Studenten handeln kann, die bereits Hochschulsemester in anderen Fachbereichen hinter sich haben.

Die in der Tabelle 8 angegebenen absoluten Werte für die WS 1959/60 und 1964/65 einerseits sowie für die WS 1968/69 bis 1970/71 andererseits dürfen nicht miteinander – etwa bei der Berechnung der Zunahmeraten – verglichen werden. Durch die Verlegung des Abiturtermins in den meisten Bundesländern nehmen jetzt aus rein organisatorischen Gründen wesentlich mehr Studenten ihr Studium in einem Wintersemester auf als vor 1967.

Tabelle 3

Ausländische Studierende an der Universität Hamburg in den WS 1959/60 bis 1970/71

Wintersemester	Ausländische Studierende ¹⁾									
	männlich	weiblich	insgesamt		darunter im Fachbereich					
			Anzahl	in % aller Studierenden	Medizin		Wirtschaftswissenschaften		Sprachwissenschaften	
					Anzahl	in % der ausl. Studierenden	Anzahl	in % der ausl. Studierenden	Anzahl	in % der ausl. Studierenden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1959/60	678	114	792	6,9	336	42,4	124	15,7	56	7,1
1960/61	708	117	825	6,6	304	36,8	141	17,1	72	8,7
1961/62	799	151	950	7,1	344	36,2	166	17,5	86	9,1
1962/63	832	143	975	6,8	358	36,7	191	19,6	104	10,7
1963/64	885	146	1 031	6,7	367	35,6	216	21,0	111	10,8
1964/65	955	141	1 096	6,8	391	35,7	224	20,4	92	8,4
1965/66	904	152	1 056	6,4	343	32,5	213	20,2	99	9,4
1966/67	860	171	1 031	6,2	287	27,8	221	21,4	128	12,4
1967/68	782	195	977	5,8	258	26,4	201	20,6	116	11,9
1968/69	743	203	946	5,4	209	22,1	194	20,5	111	11,7
1969/70	756	237	993	5,3	182	18,3	188	18,9	153	15,4
1970/71 ²⁾	1 183	5,6	192	16,2	190	16,1	194	16,4

¹⁾ ohne Beurlaubte und Gasthörer. – ²⁾ vorläufiges Ergebnis.

im WS 1969/70 mehr als 86% aller in Hamburg studierenden Deutschen ihren ständigen Wohnsitz in einem der vier Küstenländer. Aus Hamburg selbst kommen nur 43% der deutschen Studierenden. Im Gegensatz zu der allgemein stärker nach Norden ausgerichteten regionalen Verflechtung Hamburgs wird die Universität mehr von niedersächsischen (20,4%) als von Schleswig-Holsteiner Studierenden (18,2%) in Anspruch genommen. Annähernd jeder 20. Student in Hamburg ist ein Bremer.

Die Entwicklung in den Fachbereichen

Alle Fachbereiche⁹⁾ – mit Ausnahme der Theologie und der Geowissenschaften – sahen sich im WS 1970/71 einer im Vergleich zum WS 1960/61 mehr oder weniger gestiegenen Zahl von Studierenden gegenüber. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind einige wesentliche Schwerpunktverlagerungen in den Ausbildungsinteressen wahrzunehmen (Tabellen 6 und 7).

Der seit kurzem größte Fachbereich Erziehungswissenschaft – er übertrifft seit dem SS 1970 die bis dahin an der Spitze liegenden Wirtschaftswissenschaften – umfaßt jetzt 4 014 Personen oder 20,3% aller deutschen Studierenden; vor zehn Jahren gehörten ihm mit 1 608 Personen nur 13,8% aller Studierenden an. Während dieses Zeitraums ist die Zahl der Studenten des Fachbereichs mithin um das Zweieinhalbfache gestiegen. Von den Studienanfängern des WS 1970/71 wählte fast jeder dritte ein Studienfach dieses Bereichs; die absolute Zahl der im ersten Fachsemester stehenden Studierenden erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 563 auf 898. Bis zum WS 1969/70 waren hier regelmäßig über 60% aller Studienanfänger¹⁰⁾ Mädchen (vergl. Tabelle 8).

Auch in den Fächern des Fachbereichs Philosophie / Psychologie / Sozialwissenschaften hat sich eine beträchtliche Ausweitung vollzogen. Mehr als fünfmal soviel Studenten wie im WS 1960/61 studieren gegenwärtig Psychologie

Tabelle 4

**Ausländische Studierende an der Universität Hamburg nach dem Heimatland
in den Wintersemestern 1959/60, 1963/64, 1966/67 und 1969/70**

Erdteile Länder	Ausländische Studierende im							
	WS 1959/60		WS 1963/64		WS 1966/67		WS 1969/70	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Europa	366	46,2	414	40,2	377	36,5	341	34,3
darunter								
Griechenland	104	13,1	105	10,2	97	9,4	61	6,1
Frankreich	17	2,1	16	1,6	13	1,3	37	3,7
Österreich	11	1,4	21	2,0	38	3,7	31	3,1
CSSR	1	0,1	1	0,1	4	0,4	28	2,8
Großbritannien	11	1,4	24	2,3	16	1,6	20	2,0
Asien	243 ¹⁾	30,7 ¹⁾	379	36,8	345	33,5	344	34,6
darunter								
Iran	69	8,7	80	7,8	87	8,4	79	8,0
Indonesien	—	—	65	6,3	55	5,3	79	8,0
Indien	32	4,0	34	3,3	29	2,8	21	2,1
Jordanien	13	1,6	38	3,7	30	2,9	31	3,1
Amerika	81	10,2	110	10,7	144	14,0	162	16,3
darunter								
USA	45	5,7	68	6,6	87	8,4	97	9,8
Afrika	86 ²⁾	10,9 ²⁾	110	10,7	136	13,2	124	12,6
darunter								
Ver. Arab. Rep. (Ägypten)	54 ²⁾	6,8 ²⁾	34	3,3	29	2,8	32	3,2
Australien	2	0,3	2	0,2	2	0,2	2	0,2
Staatenlos u. Unbekannt	14	1,8	16	1,6	27	2,6	20	2,0
Insgesamt	792	100	1 031	100	1 031	100	993	100

¹⁾ ohne Syrien (VAR). — ²⁾ einschl. Syrien.

(1 057) und annähernd siebenmal so viele Soziologie (489). Die Einführung der Zulassungsbeschränkung für die Psychologie hat im WS 1970/71 die Zahl der Studenten dieses Faches nur noch geringfügig ansteigen lassen. Unter den Studienanfängern ging der Anteil des Fachbereichs, der im WS 1969/70 über 12% betragen hatte, innerhalb eines Jahres auf gut

10% zurück und näherte sich damit dem bei 9,9% liegenden Fachbereichsanteil an den Studierenden insgesamt (WS 1959/60: 3,7%).

Im Fachbereich Rechtswissenschaft nimmt seit dem WS 1963/64 die Studierendenzahl wieder zu; sie beläuft sich im WS 1970/71 auf 2 375. Der Anteil der Studenten der Rechtswissenschaft an der Gesamtheit der Studierenden, der Mitte der 60er Jahre zwischen 10% und 11% betragen hatte, erreicht jetzt genau 12%. Wie ein Vergleich der Zahlenangaben für Studierende im ersten Fachsemester zeigt, ist das rechtswissenschaftliche Studium für Mädchen attraktiver geworden. Im WS 1959/60 waren 8,8% aller Studienanfänger dieses Faches Mädchen (5 von 57), im WS 1969/70 waren es demgegenüber 15,1% (43 von 284).

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften verharrte seit Jahren bei einer Höhe von rd. 3 300 Studierenden. Im WS 1970/71 hatten sich 3 452 Studenten für ein wirtschaftswissenschaftliches Fach entschieden. Die Zahl der Betriebswirte steigt seit dem WS 1960/61 nahezu ohne jede Unterbrechung an; demgegenüber kamen die Volkswirte im WS 1967/68 auf ihren bisherigen Höchststand von 1 021 Studierenden und gehen seither in ihrer Anzahl zurück; im WS 1970/71 gab es in Hamburg nur noch 897 Studierende mit dem Hauptfach Volkswirtschaftslehre. Der ohnehin nicht sehr hohe Anteil der weiblichen Studierenden im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften dürfte sich weiter verringern. Im WS 1959/60 war jeder siebente Studienanfänger eine Studentin, zehn Jahre später jeder

Tabelle 5

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach dem Heimatland in den Wintersemestern 1959/60, 1964/65 und 1969/70

Länder	Deutsche Studierende im					
	WS 1959/60		WS 1964/65		WS 1969/70	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	1 832	17,2	2 512	16,6	3 242	18,2
Hamburg	4 987	46,7	6 575	43,5	7 657	43,0
Niedersachsen	1 984	18,6	3 036	20,1	3 629	20,4
Bremen	426	4,0	552	3,7	849	4,8
Nordrhein-Westfalen	708	6,6	1 192	7,9	1 238	7,0
Hessen	125	1,2	257	1,7	279	1,6
Rheinland-Pfalz	72	0,8	112	0,7	96	0,5
Baden-Württemberg	256	2,4	415	2,8	401	2,2
Bayern	112	1,0	214	1,4	199	1,1
Saarland	14	0,1	16	0,1	30	0,2
Berlin (West)	97	0,9	191	1,3	137	0,8
DDR und Berlin (Ost)	48	0,4	—	—	—	—
Ausland	13	0,1	31	0,2	37	0,2
Insgesamt	10 674	100	15 103	100	17 794	100

Tabelle 6

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach Fachbereichszuordnung sowie nach ausgewählten (ersten) Studienfächern vom WS 1960/61 bis WS 1970/71

Fachbereiche ¹⁾ / Studienfächer	Deutsche Studierende im												
	WS 1960/61	WS 1961/62	WS 1962/63	WS 1963/64	WS 1964/65	WS 1965/66	WS 1966/67	WS 1967/68	WS 1968/69	SS 1969	WS 1969/70	SS 1970	WS 1970/71 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Evangelische Theologie	insges. 268	262	261	272	290	315	271	256	243	246	225	226	222
dar. weibl.	42	35	52	43	37	46	43	34	34	37	32	33	...
Rechtswissenschaft ..	insges. 1 508	1 414	1 386	1 461	1 523	1 566	1 704	1 788	1 960	2 096	2 205	2 231	2 375
dar. weibl.	163	169	161	153	159	182	201	228	234	250	272	266	...
Wirtschaftswissenschaften	insges. 2 520	2 801	2 965	3 230	3 263	3 359	3 352	3 362	3 296	3 331	3 361	3 265	3 452
dar. weibl.	359	387	404	395	357	349	336	294	282	286	262	270	...
darunter:													
Volkswirtschaftslehre	insges. 573	714	832	976	1 004	1 057	1 013	1 021	949	917	914	830	897
dar. weibl.	92	109	128	152	143	154	137	125	100	105	92	91	...
Betriebswirtschaftslehre ..	insges. 1 388	1 497	1 598	1 740	1 777	1 867	1 971	2 022	2 025	2 094	2 135	2 107	2 193
dar. weibl.	108	106	123	114	98	102	116	115	124	131	123	129	...
Medizin	insges. 1 337	1 358	1 590	1 737	1 878	1 939	2 011	2 055	2 063	2 192	2 112	2 232	2 102
dar. weibl.	510	493	554	597	610	593	574	546	488	495	472	497	...
davon:													
Allg. Medizin	insges. 1 163	1 165	1 325	1 466	1 588	1 633	1 648	1 664	1 686	1 799	1 711	1 808	1 705
dar. weibl.	454	426	471	505	516	511	482	466	427	438	414	434	...
Zahnmedizin	insges. 174	193	265	271	290	306	363	391	377	393	401	424	397
dar. weibl.	56	67	83	92	94	82	92	80	61	57	58	63	...
Philosophie, Psychologie, Sozialwissenschaften	insges. 434	470	532	594	765	888	962	1 121	1 342	1 395	1 591	1 754	1 948
dar. weibl.	161	186	188	198	271	304	330	412	508	510	588	637	...
darunter:													
Psychologie	insges. 191	277	272	361	413	470	515	594	744	796	934	1 032	1 057
dar. weibl.	89	125	119	144	167	188	195	247	320	333	410	436	...
Soziologie	insges. 71	54	113	93	211	253	292	366	388	362	375	387	489
dar. weibl.	23	23	35	31	77	83	100	139	140	129	128	133	...
Erziehungswissenschaft¹⁾	insges. 1 608	1 839	2 051	2 249	2 469	2 562	2 868	2 954	3 048	3 119	3 261	3 449	4 014
dar. weibl.	1 126	1 288	1 437	1 582	1 733	1 704	1 856	1 884	1 899	1 937	1 992	2 110	...
darunter:													
Volks- und Real- schullehramt	insges. 1 309	1 526	1 709	1 894	2 104	2 239	2 411	2 433	2 445	2 503	2 617	2 747	3 076
dar. weibl.	1 037	1 187	1 335	1 487	1 635	1 630	1 756	1 763	1 758	1 787	1 836	1 915	...
Sprachwissenschaften	insges. 1 642	1 645	1 804	1 842	1 925	1 791	1 695	1 568	1 499	1 540	1 590	1 622	1 834
dar. weibl.	744	730	812	820	838	771	761	730	675	664	689	723	...
darunter:													
Germanistik	insges. 876	911	1 016	1 027	1 066	967	877	739	663	701	740	750	867
dar. weibl.	371	365	422	414	419	393	374	326	281	288	296	318	...
Anglistik	insges. 472	480	504	515	546	577	691	739	663	701	740	750	867
dar. weibl.	211	201	211	217	228	244	358	326	281	288	296	318	...
Französisch (einschl. Romanistik ohne nähere Ang.)	insges. 681	631	682	716	768	690	691	739	663	701	740	750	867
dar. weibl.	328	337	360	369	376	343	358	326	281	288	296	318	...
darunter:													
ohne nähere Ang.)	insges. 220	191	186	181	192	221	221	220	191	186	181	192	221
dar. weibl.	135	117	103	107	111	111	111	135	117	103	107	111	...
Geschichtswissenschaft	insges. 485	630	590	635	551	499	430	427	376	367	368	362	388
dar. weibl.	133	197	185	186	158	147	119	137	114	112	113	120	...
Kulturgeschichte + Kulturkunde	insges. 120	141	156	152	163	176	173	172	180	201	178	184	209
dar. weibl.	34	44	57	59	74	71	78	76	78	85	74	69	...
Orientalistik	insges. 33	40	32	36	45	49	56	56	54	63	73	80	84
dar. weibl.	10	13	8	13	18	23	17	21	23	22	29	33	...

Noch: Tabelle 6

Fachbereiche ¹⁾ / Studienfächer	Deutsche Studierende im												
	WS 1960/61	WS 1961/62	WS 1962/63	WS 1963/64	WS 1964/65	WS 1965/66	WS 1966/67	WS 1967/68	WS 1968/69	SS 1969	WS 1969/70	SS 1970	WS 1970/71 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Mathematik³⁾ insges.	265	431	429	497	477	452	470	450	498	584	568	638	665
dar. weibl.	44	67	53	72	57	52	64	63	62	74	73	77	...
Physik insges.	668 ⁴⁾	639 ⁵⁾	671 ⁶⁾	727 ⁷⁾	766 ⁸⁾	749 ⁹⁾	680 ¹⁰⁾	678	674	723	724	651	714
dar. weibl.	43	31	34	32	50	34	26	30	24	28	39	24	...
Chemie insges.	258	263	290	360	410	428	454	500	581	594	649	696	778
dar. weibl.	82	75	72	95	96	82	88	98	99	98	122	163	...
Biologie insges.	294	314	320	349	379	376	380	458	583	702	712	633	752
dar. weibl.	67	76	76	70	82	84	93	121	137	169	176	183	...
Geowissenschaften .. insges.	212	272	204	231	199	197	155	165	181	185	176	182	203
dar. weibl.	43	60	38	48	25	24	17	28	27	20	20	19	...
Ohne Angabe insges.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	16
dar. weibl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	...
Insgesamt insges.	11 652	12 519	13 281	14 372	15 103	15 346	15 661	16 010	16 578	17 339	17 794	18 205	19 756
dar. weibl.	3 561	3 851	4 131	4 363	4 565	4 466	4 603	4 701	4 684	4 787	4 953	5 224	...

¹⁾ Studierende des Höheren Lehramts sind den Fachbereichen ihres jeweils angegebenen 1. Studienfaches (auch außerhalb des Fachbereichs Erziehungswissenschaft) zugeordnet.
²⁾ Vorläufige Ergebnisse.
³⁾ Von WS 1960/61 bis einschl. WS 1966/67 ohne Studierende mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁴⁾ Einschl. 126 Studierende (darunter 14 weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁵⁾ Einschl. 27 Studierende (darunter — weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁶⁾ Einschl. 23 Studierende (darunter 5 weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁷⁾ Einschl. 25 Studierende (darunter 4 weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁸⁾ Einschl. 23 Studierende (darunter 3 weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
⁹⁾ Einschl. 4 Studierende (darunter — weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.
¹⁰⁾ Einschl. 4 Studierende (darunter — weibl.) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam.

zehnte. Von der Gesamtzahl der Studierenden vereinigte der Fachbereich im WS 1970/71 auf sich einen Anteil von 17,5%, von den Studienanfängern nur 14,2%. Die Fachbereiche Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften bleiben gegenwärtig trotz absolut steigender Studentenzahlen in ihrer relativen Anziehungskraft zurück.

Wegen der bestehenden Zulassungsbeschränkung für das vorklinische Studium spiegelt die zahlenmäßige Entwicklung der Studierenden im Fachbereich Medizin nicht die für diesen Bereich tatsächlich vorhandene Nachfrage wider. Die Ausbildungskapazität für Mediziner und Zahnmediziner konnte vom WS 1960/61 bis zum WS 1970/71 von 1 337 auf 2 102

Tabelle 7

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach Fachbereichszuordnung vom WS 1960/61 bis WS 1970/71¹⁾ — in % —

Fachbereiche ¹⁾	WS 1960/61	WS 1961/62	WS 1962/63	WS 1963/64	WS 1964/65	WS 1965/66	WS 1966/67	WS 1967/68	WS 1968/69	SS 1969	WS 1969/70	SS 1970	WS 1970/71 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	Evangelische Theologie	2,3	2,1	2,0	1,9	1,9	2,1	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	1,3
Rechtswissenschaft	13,0	11,3	10,4	10,2	10,1	10,2	10,9	11,2	11,8	12,1	12,4	12,3	12,0
Wirtschaftswissenschaften	21,6	22,4	22,3	22,5	21,6	21,9	21,4	21,0	19,9	19,2	18,9	17,9	17,5
Medizin	11,5	10,9	12,0	12,1	12,4	12,6	12,8	12,8	12,4	12,6	11,9	12,3	10,6
Philosophie, Psychologie, Sozialwissenschaften	3,7	3,8	4,0	4,1	5,1	5,8	6,1	7,0	8,1	8,0	8,9	9,6	9,9
Erziehungswissenschaft	13,8	14,7	15,5	15,6	16,4	16,7	18,3	18,5	18,4	18,0	18,3	18,9	20,3
Sprachwissenschaften	14,1	13,1	13,6	12,8	12,7	11,7	10,8	9,8	9,0	8,9	8,9	8,9	9,3
Geschichtswissenschaft	4,2	5,0	4,4	4,4	3,7	3,3	2,8	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0
Kulturgeschichte und Kulturkunde	1,0	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,0	1,0	1,1
Orientalistik	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Mathematik ³⁾	2,3	3,4	3,2	3,4	3,1	2,9	3,0	2,8	3,0	3,4	3,2	3,5	3,4
Physik ³⁾	5,7	5,1	5,1	5,1	5,1	4,9	4,4	4,2	4,1	4,2	4,1	3,6	3,6
Chemie	2,2	2,1	2,2	2,5	2,7	2,8	2,9	3,1	3,5	3,4	3,6	3,8	3,9
Biologie	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,4	2,9	3,5	4,0	4,0	3,5	3,8
Geowissenschaften	1,8	2,2	1,5	1,6	1,3	1,3	1,0	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	0,0	—	0,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Studierende des Höheren Lehramts sind den Fachbereichen ihres jeweils angegebenen 1. Studienfaches (auch außerhalb des Fachbereichs Erziehungswissenschaft) zugeordnet. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Vergleiche Fußnoten³⁾ bis ¹⁰⁾ zu Tabelle 6.

Tabelle 8

**Deutsche Studierende an der Universität Hamburg im 1. Fachsemester nach Fachbereichen
in den Wintersemestern 1959/60, 1964/65 und 1968/69 bis 1970/71**

Fachbereiche ¹⁾	WS 1959/60				WS 1964/65			
	Studierende insgesamt		darunter weiblich		Studierende insgesamt		darunter weiblich	
	abs.	%	abs.	in % v. Sp. 1	abs.	%	abs.	in % v. Sp. 5
	1	2	3	4	5	6	7	8
Evangelische Theologie	21	2,7	4	19,0	9	1,0	1	11,1
Rechtswissenschaft	57	7,4	5	8,8	84	8,8	8	9,5
Wirtschaftswissenschaften	215	27,9	31	14,4	239	25,1	30	12,6
Medizin	76	9,9	32	42,1	42	4,4	5	11,9
Philosophie, Psychologie, Sozialwissenschaften	46	6,0	21	45,7	91	9,6	35	38,5
Erziehungswissenschaft ¹⁾	140	18,2	86	61,4	209	22,0	127	60,8
Sprachwissenschaften	97	12,6	59	60,8	124	13,0	63	50,8
Geschichtswissenschaft	18	2,5	6	33,3	15	1,6	2	13,3
Kulturgeschichte und Kulturkunde	20	2,6	7	35,0	8	0,8	6	75,0
Orientalistik	—	—	—	—	8	0,8	4	50,0
Mathematik	9	1,2	2	22,2	8	0,8	—	—
Physik	17 ²⁾	2,2	2	11,8	31	3,3	5	16,1
Chemie	21	2,7	9	42,9	41	4,3	14	34,1
Biologie	18	2,5	8	44,4	34	3,6	7	20,6
Geowissenschaften	15	2,0	5	33,3	9	0,9	3	33,3
Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	770	100	277	36,0	952	100	310	32,6

Fortsetzung: Tabelle 8

Fachbereiche ¹⁾	WS 1968/69				WS 1969/70				WS 1970/71 ³⁾	
	Studierende insgesamt		darunter weiblich		Studierende insgesamt		darunter weiblich		Studierende insgesamt	
	abs.	%	abs.	in % v. Sp. 9	abs.	%	abs.	in % v. Sp. 13	abs.	%
	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Evangelische Theologie	25	1,2	2	8,0	18	0,8	3	16,7	33	1,2
Rechtswissenschaft	264	13,0	38	14,4	284	11,9	43	15,1	256	9,0
Wirtschaftswissenschaften	333	16,4	33	9,9	383	16,0	39	10,2	403	14,2
Medizin	41	2,0	5	12,2	37	1,6	9	24,3	48	1,7
Philosophie, Psychologie, Sozialwissenschaften	225	11,1	94	41,8	291	12,2	110	37,8	290	10,2
Erziehungswissenschaft ¹⁾	419	20,6	284	67,8	563	23,5	341	60,6	898	31,7
Sprachwissenschaften	235	11,6	110	46,8	276	11,5	137	49,6	309	10,9
Geschichtswissenschaft	36	1,8	11	30,6	36	1,5	7	19,4	42	1,5
Kulturgeschichte und Kulturkunde	34	1,7	20	58,8	16	0,7	8	50,0	38	1,3
Orientalistik	6	0,3	2	33,3	9	0,4	3	33,3	16	0,6
Mathematik	50	2,5	5	10,0	71	3,0	10	14,1	95	3,3
Physik	92	4,5	4	4,3	101	4,2	14	13,9	77	2,7
Chemie	96	4,7	18	18,8	82	3,4	14	17,1	119	4,8
Biologie	151	7,4	35	23,2	197	8,2	54	27,4	186	6,6
Geowissenschaften	24	1,2	11	45,8	27	1,1	4	14,8	23	0,8
Ohne Angabe	—	—	—	—	1	0,0	—	—	3	0,1
Insgesamt	2 032	100	672	33,1	2 392	100	796	33,3	2 836	100

¹⁾ Studierende des Höheren Lehramts sind den Fachbereichen ihres jeweils angegebenen 1. Studienfaches (auch außerhalb des Fachbereichs Erziehungswissenschaft) zugeordnet. — ²⁾ Einschl. 1 Studierender mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam. — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse; eine Unterteilung in männliche und weibliche Studierende liegt noch nicht vor.

Studienplätze vergrößert werden; der prozentuale Anteil des Fachbereichs an allen in Hamburg eingeschriebenen deutschen Studierenden sank von 11,5 % auf 10,6 %.

Die Entwicklung im Fachbereich Sprachwissenschaften war weniger einheitlich als in den meisten übrigen Fachbereichen. Zunächst nahmen die Studierendenzahlen bis zum WS 1964/65 auf 1 925 Personen zu, sanken dann jedoch bis zum SS 1969 auf 1 540. Seither ist eine nicht unerhebliche

Zunahme auf 1 834 Studierende (WS 1970/71) eingetreten. Auch die Zahl der Studienanfänger — unter ihnen 50 % Studentinnen — erhöhte sich. Der Anteil des Fachbereichs an allen Studierenden konnte im WS 1970/71 mit 9,3 % die für das WS 1960/61 errechnete Höhe von 14,1 % jedoch noch nicht wieder erreichen.

Im Fachbereich Geschichtswissenschaft vermindert sich die Zahl der Studenten, die ein Studienfach dieses Fachbereichs angegeben haben,

seit dem WS 1964/65¹⁾). 388 Studierende (= 2,0%) gehörten im WS 1970/71 diesem Fachbereich an.

Entsprechend der Gesamtentwicklung vergrößerten sich die Fachbereiche Kulturgeschichte und Kulturkunde sowie Orientalistik.

¹⁾ Es darf daran erinnert werden, daß das Zuordnungskriterium der Studierenden zu den einzelnen Fachbereichen das auf den Statistik-Fragebogen jeweils zuerst genannte Fach ist. Eine zusätzliche Berücksichtigung von Studierenden, die Fächer aus anderen Fachbereichen als Wahlfach oder als zweites Fach genannt haben, hätte in dieser Zusammenstellung zu Doppelzählungen geführt. Über die tatsächliche Inanspruchnahme der Einrichtungen eines Fachbereiches durch die Studierenden kann anhand der hier vorliegenden Übersicht somit nicht abschließend geurteilt werden.

In den Fachbereichen der früheren mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät studierten im WS 1960/61 mit insgesamt 1 697 Personen 14,5% aller Studenten; im WS 1970/71 entfielen auf diese Gruppe 15,7% oder 3 112 aller Studierenden.

Im Fachbereich Mathematik liegen ab WS 1968/69 die Steigerungsraten der Studierendenzahlen leicht über dem Durchschnitt. 665 Studierende dieses Fachbereichs im WS 1970/71 bedeuten einen Anteil von 3,4% (WS 1960/61: 265 Studierende = 2,3%).

Tabelle 9

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg mit angestrebter Abschlußprüfung „Lehramt an Gymnasien“ nach ausgewählten Studienfächern in den Wintersemestern 1966/67, 1968/69, 1969/70 und 1970/71

Studienfächer	Wintersemester	Geschlecht	Deutsche Studierende			Studienfächer	Wintersemester	Geschlecht	Deutsche Studierende		
			Insgesamt	darunter mit angestrebter Abschlußprüfung „Lehramt an Gymnasien“					insgesamt	darunter mit angestrebter Abschlußprüfung „Lehramt an Gymnasien“	
				absolut	%					absolut	%
1	2	3	1	2	3						
Deutsch	1966/67	männl.	503	308	61,2	1966/67	männl.	616	41	6,7	
		weibl.	374	212	56,7		weibl.	26	9	34,6	
		insges.	877	520	59,3		insges.	642	50	7,8	
	1968/69	männl.	382	292	76,4	1968/69	männl.	608	38	6,3	
		weibl.	281	210	74,7		weibl.	24	1	4,2	
		insges.	663	502	75,7		insges.	632	39	6,2	
	1969/70	männl.	440	352	80,0	1969/70	männl.	662	43	6,5	
		weibl.	296	219	74,0		weibl.	39	7	17,9	
		insges.	736	571	77,6		insges.	701	50	7,1	
	1970/71 ¹⁾	insges.	867	658	75,9	1970/71 ¹⁾	insges.	676	50	7,4	
	Geschichte	1966/67	männl.	215	128	59,5	1966/67	männl.	297	21	7,1
			weibl.	81	54	66,7		weibl.	36	2	5,6
insges.			296	182	61,5	insges.		333	23	6,9	
1968/69		männl.	195	112	57,4	1968/69	männl.	412	39	9,5	
		weibl.	86	57	66,3		weibl.	43	9	20,9	
		insges.	281	169	60,1		insges.	455	48	10,5	
1969/70		männl.	217	122	56,2	1969/70	männl.	437	49	11,2	
		weibl.	96	68	70,8		weibl.	33	10	30,3	
		insges.	313	190	60,7		insges.	470	59	12,6	
1970/71 ¹⁾		insges.	335	193	57,6	1970/71 ¹⁾	insges.	553	109	19,7	
Anglistik		1966/67	männl.	300 ²⁾	259 ²⁾	86,3	1966/67	männl.	208	50	24,0
			weibl.	213	164	77,0		weibl.	92	20	21,7
	insges.		513	423	82,5	insges.		300	70	23,3	
	1968/69	männl.	279	252	90,3	1968/69	männl.	312	84	26,9	
		weibl.	201	158	78,6		weibl.	121	36	29,8	
		insges.	480	410	85,4		insges.	433	120	27,7	
	1969/70	männl.	298	274	91,9	1969/70	männl.	406	134	33,0	
		weibl.	217	173	79,7		weibl.	160	56	35,0	
		insges.	515	447	86,8		insges.	566	190	33,6	
	1970/71 ¹⁾	insges.	577	486	84,2	1970/71 ¹⁾	insges.	643	202	31,4	
	Mathematik	1966/67	männl.	406 ³⁾	183 ³⁾	45,1	1966/67	männl.	208	50	24,0
			weibl.	64	44	68,8		weibl.	92	20	21,7
insges.			470	227	48,3	insges.		300	70	23,3	
1968/69		männl.	424	145	34,2	1968/69	männl.	312	84	26,9	
		weibl.	62	39	62,9		weibl.	121	36	29,8	
		insges.	486	184	37,9		insges.	433	120	27,7	
1969/70		männl.	478	151	31,6	1969/70	männl.	406	134	33,0	
		weibl.	73	46	63,0		weibl.	160	56	35,0	
		insges.	551	197	35,6		insges.	566	190	33,6	
1970/71 ¹⁾		insges.	626	213	34,0	1970/71 ¹⁾	insges.	643	202	31,4	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse; eine Unterteilung in männliche und weibliche Studierende liegt noch nicht vor. — ²⁾ außerdem 2 Studierende (dar. 1 männlich) mit dem Studienfach Englisch und Französisch mit angestrebter Abschlußprüfung „Lehramt an Gymnasien“. — ³⁾ außerdem 4 Studierende (männlich) mit dem Studienfach Mathematik und Physik gemeinsam, darunter 3 Studierende mit angestrebter Abschlußprüfung „Lehramt an Gymnasien“.

Die Zahlenwerte für den Fachbereich *Physik* sind seit dem WS 1960/61 mit rd. 700 Studierenden in etwa konstant geblieben; der Anteil des Fachbereichs an allen Studierenden ist infolge der Expansion der Gesamtstudierendenzahl rückläufig (5,7% im WS 1960/61, 3,6% im WS 1970/71).

Zum größten naturwissenschaftlichen Bereich hat sich die *Chemie* entwickelt. 778 Studierende – die dreifache Anzahl des WS 1960/61 – gehörten im WS 1970/71 dem Fachbereich an, der damit 3,8% aller Studierenden aufnahm. 4,2% der Studienanfänger haben in diesem Semester Chemie als Studienfach angegeben.

Um das Zweieinhalbfache erhöht hat sich innerhalb von zehn Jahren die Studierendenzahl im Fachbereich *Biologie*, einer – wie auch die Chemie – beliebten Ausweichrichtung für nicht zugelassene Mediziner. Bei einem Gesamtanteil an allen Studierenden von 4% (WS 1969/70) bzw. 3,8% (WS 1970/71) belegten 8,2% der Studienanfänger des WS 1969/70 und 6,6% der Studienanfänger des WS 1970/71 Fächer des Fachbereichs Biologie.

Wie viele Studenten wollen Studienrat werden?

Das Lehramt an Gymnasien hat in den letzten Jahren durchweg an Attraktivität gewonnen. Eine Auszählung für sieben Studienfächer ergab folgende Veränderungen (Tabelle 9):

Mehr als drei Viertel der Studierenden des Faches *Deutsch* füllen seit dem WS 1968/69 die Frage des statistischen Erhebungsbogens nach dem angestrebten Abschluß mit „Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen“ aus. Im WS 1966/67 hatten nur knapp 60% der Germanistikstudenten dieses Studienziel.

Im Fach *Geschichte* ist der Anteil der angehenden Studienräte von 61,5% im WS 1966/67 auf 57,6% im WS 1970/71 leicht zurückgegangen. Während im Fach *Deutsch* ein größerer Teil der Studenten als der Studentinnen Lehrer zu werden beabsichtigt, haben sich von den Studierenden des Faches *Geschichte* relativ mehr Studentinnen als Studenten für das Lehramt an Gymnasien entschieden.

Der höchste Anteil künftiger Studienräte findet sich im Fach *Anglistik*. 84 von 100 Studierenden dieses Faches wollen Lehrer werden (WS 1970/71); im WS 1969/70 waren es 91,9% der Studenten und 79,7% der Studentinnen.

Bei den *Mathematik*-Studenten stößt das höhere Lehramt auf weniger Interesse. Im WS 1966/67 wollte noch beinahe jeder zweite Studierende dieses Faches (68,8% der Studentinnen und 45,1% der Studenten) als Lehrer an ein Gymnasium gehen, vier Jahre später war dazu nur noch jeder dritte Mathematik-Student bereit.

Für 7,4% der Studierenden, die als Studienfach *Physik* genannt haben, ist die Prüfung für das höhere Lehramt Studienziel (WS 1970/71). Dieser in

den letzten Jahren nicht entscheidend veränderte Wert stellt unter den hier aufgeführten Fächern den niedrigsten Anteil von späteren Lehramtsbewerbern dar.

Im Fach *Chemie* erhöhte sich der Anteil der Studierenden mit der Prüfung für das höhere Lehramt als vorgesehenem Abschluß recht erheblich. Annähernd jeder fünfte Chemie-Student des WS 1970/71 beabsichtigt die Fakultas zu erwerben; im WS 1966/67 war es nicht einmal jeder vierzehnte.

Auch im Fach *Biologie* wollen im WS 1970/71 mit 31,4% mehr Studierende Gymnasiallehrer werden als im WS 1966/67 (23,3%). Bei den Biologen liegen die sonst für männliche und weibliche Studierende stark voneinander abweichenden Anteile der angehenden Lehrer eng beieinander.

Jeder fünfte Studierende ist älter als 26 Jahre, jeder siebente ist verheiratet

Das Durchschnittsalter für die deutschen Studierenden hat sich von 1960 bis 1970 von 23,4 Jahren auf 23,7 Jahre leicht erhöht (Tabelle 10). Der – aller Wahrscheinlichkeit nach vorwiegend durch Wehr- und Ersatzdienstzeiten bedingte – Unterschied, um den die Studenten im Durchschnitt älter sind als ihre weiblichen Kommilitonen, hat in diesem Zeitraum von 1,1 Jahren auf 1,5 Jahre zugenommen. Der Altersunterschied ist vermutlich auch dadurch begründet, daß Studentinnen häufig Fächer mit kürzerer Studiendauer bevorzugen. Zudem dürften jene Studierenden, die erst in höherem Alter – etwa nach einer Berufsausbildung und einer Zeit der Berufspraxis – an die Universität kommen, zum größeren Teil männliche Studierende sein.

Tabelle 10

Durchschnittsalter der deutschen Studierenden an der Universität Hamburg sowie Anteil der über 26jährigen an der Gesamtheit der deutschen Studierenden im Wintersemester 1959/60, 1964/65 und 1969/70

Wintersemester	Durchschnittliches Alter der deutschen Studierenden			% - Anteil der über 26jährigen deutschen Studierenden an der Gesamtheit der deutschen Studierenden		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
	1	2	3	4	5	6
1959/60	23,7	22,6	23,4	15,5	9,2	13,6
1964/65	24,1	22,9	23,8	16,7	8,6	14,2
1969/70	24,1	22,6	23,7	21,1	10,9	18,3

Trotz einer zahlenmäßigen Zunahme der Studienanfänger ist der prozentuale Anteil der über 26jährigen Studierenden von 13,6% (WS 1959/60) auf 18,3% (WS 1969/70) stark angewachsen; besonders deutlich war diese Steigerung bei den Studenten; 21,1% aller männlichen Studierenden war im WS 1969/70 über 26 Jahre alt (zehn Jahre früher: 15,5%). Der Anteil der über 26jährigen Studentinnen erhöhte sich dagegen nur von 9,2% auf 10,9%.

Tabelle 11 zeigt eine Gruppierung der deutschen Studierenden nach dem Familienstand. Zwischen 1960 und 1970 ist die Zahl der verheirateten Studie-

Tabelle 11

**Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach dem Familienstand
im Wintersemester 1959/60, 1964/65 und 1969/70 sowie im Sommersemester 1970**

Semester	Deutsche Studierende								
	insgesamt	davon waren							
		ledig		verheiratet		verwitwet/ geschieden		ohne Angabe	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
WS 1959/60	11 546	10 512	91,0	923	8,0	91	0,8	20	0,2
WS 1964/65	15 103	13 399	88,7	1 598	10,6	72	0,5	34	0,2
WS 1969/70	17 805	14 906	83,7	2 757	15,5	109	0,6	33	0,2
SS 1970	18 205	15 290	84,0	2 792	15,3	116	0,7	7	0,0

renden absolut um das Dreifache gestiegen, ihr Anteil an allen Studierenden hat sich etwa verdoppelt.

dierende; dabei ist die Erhöhung des Anteils bei den Studenten (von 1,3% auf 6%) größer als bei den Studentinnen (von 1,1% auf 4,6%).

Die Finanzierung des Studiums

Mit dieser Zunahme der Zahl verheirateter Studierender korrespondiert eine deutliche Steigerung von Zahl und Anteil solcher Studentinnen und Studenten, die Lebensunterhalt und Studium aus Mitteln des Ehegatten finanzieren (Tabelle 12). 1959 war dies etwa jeder 100., 1969 und 1970 schon jeder 18. Stu-

dentinnen bringen die Kosten für Lebensunterhalt und Studium auch weniger durch eigene Erwerbstätigkeit auf als männliche Studierende. Im WS 1959/60 konnten 17,8% der Studenten, aber nur 8,4% der Studentinnen als „Werkstudenten“ bezeichnet werden (insgesamt 15%). Der Anteil der Werkstudenten hat sich in den konjunkturell schwachen Jahren ab 1966 bis auf 11% bis 12% verrin-

Tabelle 12

**Deutsche Studierende an der Universität Hamburg
nach der (überwiegenden) Finanzierung des Studiums im vorangehenden Semester**

Semester	Geschlecht	Deutsche Studierende		Von den Studierenden, die im vorhergehenden Semester studiert haben, finanzierten ihr Studium (überwiegend) aus											
		insgesamt	darunter Studierende, die im vorhergehenden Semester nicht studiert haben	eigener Erwerbstätigkeit		Mitteln der Eltern		Mitteln des Ehegatten		öffentlichen Mitteln ¹⁾		sonstigen Mitteln		ohne Angabe	
				absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
WS 1959/60	m.	7 439	336	1 265	17,8	3 540	49,8	94	1,3	1 856	26,1	137	1,9	211	3,0
	w.	3 235	191	255	8,4	1 901	62,4	32	1,1	713	23,4	67	2,2	76	2,5
	zus.	10 674	527	1 520	15,0	5 441	53,6	126	1,2	2 569	25,3	204	2,0	287	2,8
WS 1964/65	m.	10 538	738	1 762	17,8	4 880	49,8	249	2,5	2 587	26,4	207	2,1	115	1,2
	w.	4 565	336	352	8,3	2 574	60,9	71	1,7	1 123	26,6	57	1,3	52	1,2
	zus.	15 103	1 074	2 114	15,1	7 454	53,1	320	2,3	3 710	26,4	264	1,9	167	1,2
WS 1966/67	m.	11 058	1 118	1 377	13,9	4 804	48,3	381	3,8	2 266	22,8	735	7,4	377	3,8
	w.	4 603	573	276	6,8	2 453	60,9	89	2,2	802	19,9	222	5,5	188	4,7
	zus.	15 661	1 691	1 653	11,8	7 257	51,9	470	3,4	3 068	22,0	957	6,9	565	4,0
WS 1967/68	m.	11 308	1 172	1 348	13,3	5 033	49,7	510	5,0	2 232	22,0	755	7,4	258	2,5
	w.	4 702	616	270	6,6	2 587	63,3	137	3,4	789	19,3	217	5,3	86	2,1
	zus.	16 010	1 788	1 618	11,4	7 620	53,6	647	4,5	3 021	21,2	972	6,8	344	2,4
WS 1968/69	m.	11 894	1 571	1 454	14,1	5 114	49,5	594	5,8	2 229	21,6	740	7,2	192	1,9
	w.	4 684	653	287	7,1	2 532	63,0	134	3,3	774	19,2	215	5,3	89	2,2
	zus.	16 578	2 224	1 741	12,1	7 646	53,3	728	5,1	3 003	20,9	955	6,7	281	2,0
WS 1969/70	m.	12 841	1 770	1 618	14,6	5 249	47,4	682	6,2	2 657	24,0	678	6,1	187	1,7
	w.	4 953	792	348	8,4	2 493	59,9	166	4,0	838	20,1	218	5,2	98	2,4
	zus.	17 794	2 562	1 966	12,9	7 742	50,8	848	5,6	3 495	23,0	896	5,9	285	1,9
SS 1970	m.	12 979	1 613	1 727	15,2	5 292	46,6	679	6,0	2 886	25,4	609	5,4	173	1,5
	w.	5 226	812	388	8,8	2 524	57,2	204	4,6	988	22,4	209	4,7	101	2,3
	zus.	18 205	2 425	2 115	13,4	7 816	49,5	883	5,6	3 874	24,6	818	5,2	274	1,7

¹⁾ Einschl. Honnefer Modell, Mitteln nach dem LAG, BSHG, BVG, BEG, dem Heimkehrergesetz und sonstigen Förderungen in Form von Darlehen und verlorenen Zuschüssen.

gert. Studienfinanzierungen aus „Sonstigen Mitteln“ – dies sind in aller Regel Ersparnisse – haben dafür von knapp 2% (WS 1964/65) auf annähernd 7% (WS 1966/67) wesentlich zugenommen. In der jüngsten Zeit steigen die Werte für die eigene Erwerbstätigkeit wieder an (13,4% im SS 1970). Eine geringfügige Erhöhung des Anteils der weiblichen Studierenden, der früher kaum die Hälfte des Anteils der Studenten ausmachte, ist festzustellen (8,8% gegenüber 15,2%).

Die Hauptquelle für die Studienfinanzierung sind für alle Studierenden – für die Mädchen jedoch in einem sehr viel höheren Grad als für die männlichen Studierenden – noch immer die Mittel der Eltern, wenn sich auch der Anteil der auf diese Weise unterstützten Studenten und Studentinnen vom WS 1959/60 bis zum SS 1970 von 53,6% auf 49,5% etwas vermindert hat. Die Verringerung betrifft gleichermaßen weibliche wie männliche Studierende.

Die Finanzierung von Studium und Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln hat – insgesamt gesehen – in den vergangenen zehn Jahren mit dem Anwachsen der Studentenzahlen nicht Schritt gehalten. 25,3% aller Studierenden gaben im WS 1959/60 „Öffentliche Mittel“ als überwiegende Finanzierungsgrundlage an, dagegen nur noch 20,9% im WS 1968/69. Im SS 1970 war dieser Wert allerdings wieder auf 24,6% heraufgegangen. Von den in dieser Gruppe zusammengefaßten Förderungsfällen (vergl. Fußnote 1 zu Tabelle 12) ist der Anteil jener Studierenden besonders angestiegen, die Studienförderung nach dem Honnefer Modell erhalten. Waren anfangs etwa 60% aller mit öffentlichen Mitteln unterstützten Studierenden „Honnef-Fälle“, so waren es im SS 1970 rd. 85%.

Die soziale Herkunft der Studierenden

Nach akademischer Vorbildung und beruflicher Stellung des Vaters werden seit dem WS 1967/68 nur noch die im ersten Hochschulsemester stehenden

Studierenden befragt. Die Angaben dieser Studienanfänger lassen eine bemerkenswerte Verschiebung in der Repräsentation der sozialen Schichten erkennen (Tabelle 13). Der Anteil der Akademikerkinder war zunächst seit dem WS 1949/50 stets ansteigend und erreichte im WS 1966/67 über 35%. Dann aber gaben von den Studienanfängern des WS 1969/70 nur noch knapp 26% eine akademische Vorbildung ihres Vaters an. Anteilmäßig zurückgegangen sind vor allem die Kinder von Beamten, aber auch von Angestellten.

Wesentlich stärker vermindert – von rd. 25% aller Studierenden im WS 1949/50 auf 12% der Studienanfänger im WS 1969/70 – hat sich der Anteil jener Beamtenkinder, deren Vater keinen Hochschulabschluß hat.

Der Anteil der Kinder von Angestellten ohne akademische Vorbildung hat sich dagegen von gut 20% (WS 1949/50) auf rd. 29% beträchtlich erhöht. Relativ konstant vertreten blieben jene Studierenden, deren Väter selbständig sind.

Die berufliche Stellung ist seit langem nicht mehr gleichbedeutend mit einem bestimmten Status der Einkommenshöhe; und es hat den Anschein, als würde allmählich auch die „Milieusperre“ abgebaut, die Arbeiterkinder vom Besuch eines Gymnasiums und einer Universität abhält. Im WS 1949/50 gab es weniger als 3% Arbeiterkinder an der Hamburger Universität, im WS 1959/60 rd. 5%, im WS 1969/70 waren es unter den Studienanfängern fast 9%.

Schlußbemerkung

Die Anforderungen an die Statistik des Bildungswesens hinsichtlich Umfang, Detailliertheit und Aktualität der Informationslieferung sind in der jüngsten Zeit spürbar gestiegen. Angesichts der zunehmenden Bildungsanstrengungen müssen auch die Hilfsmittel zur Abschätzung künftig zu erwartender Entwicklungen

Tabelle 13

Deutsche Studierende¹⁾ an der Universität Hamburg
nach der beruflichen Stellung des Vaters in ausgewählten Semestern
– in % –

Berufliche Stellung des Vaters	WS 1949/50	WS 1954/55	WS 1959/60	WS 1964/65	WS 1966/67	WS 1968/69	WS 1969/70
	1	2	3	4	5	6	7
a) Nichtakademiker	74,0	70,6	66,9	64,5	64,1	70,2	73,5
davon							
Beamte	25,1	22,7	18,4	15,3	12,9	12,4	12,0
Angestellte	20,3	22,7	23,5	25,4	25,4	29,7	29,3
Arbeiter	2,8	3,9	4,8	4,8	5,0	6,3	8,7
Selbständige	25,7	21,3	20,1	18,8	17,4	21,3	22,8
Nichtakademiker ohne genaue Berufsangabe	0,1	0,0	0,1	0,2	3,4	0,5	0,7
b) Akademiker	26,0	29,3	32,9	35,3	35,5	29,1	25,9
davon							
Beamte	13,1	14,3	16,8	17,6	16,7	13,8	11,4
Angestellte	2,2	4,5	6,0	6,7	7,0	5,7	5,2
Selbständige	10,7	10,5	10,1	11,0	10,1	9,4	9,0
Akademiker ohne genaue Berufsangabe	—	—	—	0,0	1,7	0,2	0,3
c) Ohne Beruf und Berufsangabe	—	0,1	0,2	0,2	0,4	0,7	0,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ WS 1968/69 und 1969/70 deutsche Studienanfänger

und zur Beurteilung der zu treffenden Maßnahmen verfeinert und erweitert werden.

Die statistischen Dienste stellen sich auf die neuen Bedürfnisse ein, können jedoch, naturgemäß nicht eine Vielzahl aufwendiger Verbesserungen zugleich und sofort in die Tat umsetzen. Für das Gebiet der Hochschulstatistik wird das gegenwärtig vorbereitete „Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen“ die Grundlage für zusätzliche Aktivitäten schaffen. Eine weitere Hilfe kommt von der Seite der modernen Datenverarbeitungstechnik. Diese wird es ermöglichen, über die Erfassung vergangenheitsbezogener Tatbestandsangaben hinaus die für die

Bildungspolitik und -planung unerläßlichen Zukunftsinformationen in verwertbarer Form bereitzustellen. Mit vorprogrammierten Input-Output-Modellen werden sich auch die Funktionsbereiche des Bildungswesens analytisch einfangen lassen; Simulationsmodelle und Prognoseinstrumente werden konstruiert sein, welche die bisher oft so „überraschenden“ Entwicklungen im voraus aufzeigen. Doch bevor die von Wissenschaft und Politik benötigten Zukunftsinformationen in fertigen Modellrechnungen aus den Computern fließen, wird eine weite Strecke langwieriger Vorbereitungen zurückzulegen sein. Es ist für alle Betroffenen an der Zeit, heute mit diesen Vorarbeiten zu beginnen.

Zusammenfassung

In den vergangenen zehn Jahren erhöhte sich die Studierendenzahl an der Universität Hamburg um fast 70% von rd. 12 500 im WS 1960/61 auf etwa 21 000 Studierende im WS 1970/71. Die Hamburger Universität ist damit die zweitgrößte deutsche Hochschule.

Der Anteil der Studentinnen blieb mit etwa 30% in diesem Zeitraum im großen und ganzen unverändert, der Anteil der Ausländer ist leicht zurückgegangen.

Zum größten Fachbereich hat sich mit rd. 4 000 Studierenden im WS 1970/71 die Erziehungswissenschaft entwickelt; unter den Studienanfängern wählte zuletzt jeder dritte diesen Fachbereich.

Überdurchschnittlich ausgeweitet haben sich zudem die Fachbereiche Philosophie / Psychologie / Sozialwissenschaften sowie Chemie und Biologie.

Von den Studierenden mit den Fächern Deutsch, Anglistik, Chemie und Biologie wollen im WS 1970/71 anteilmäßig mehr Studierende Gymnasiallehrer werden als vor vier Jahren.

Das Durchschnittsalter aller deutschen Studierenden hat sich auf 23,7 Jahre erhöht; die Studenten sind durchschnittlich 1,5 Jahre älter als die Studentinnen.

Bei der Finanzierung von Studium und Lebensunterhalt stützen sich

nach wie vor rd. 50% aller Studierenden überwiegend auf Mittel ihrer Eltern. Etwa 25% der Studierenden erhalten Studien- und Lebenshaltungskosten aus öffentlichen Mitteln.

Während im WS 1949/50 nur 3% aller Studierenden Kinder von Arbeitern waren, gaben unter den Studienanfängern des WS 1969/70 rd. 9% als berufliche Stellung ihres Vaters „Arbeiter“ an. Der Anteil der Akademikerkinder ist unter den Studierenden der Hamburger Universität rückläufig.

Dieter Buch

Die Kriegsofferfürsorge in Hamburg 1966 bis 1969

Vorbemerkungen

Statistische Ergebnisse über die Kriegsofferfürsorge nach dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 liegen nunmehr für einen Zeitraum von 8 Jahren vor. Von 1963 bis 1966 ist die Entwicklung in einer Arbeit, in der auch auf die rechtlichen und methodischen Grundlagen eingegangen wurde, in dieser Zeitschrift bereits dargestellt worden¹⁾. Ergänzend zu bemerken wäre, daß 1969 eine repräsentative Zusatzerhebung für Empfänger „Sonstiger Hilfen“ im Rahmen der Kriegsofferfürsorge stattgefunden hat. Die Ergebnisse werden im Abschnitt 4 dargestellt. Methodisch wurde so vorgegangen, daß für jeden Hilfeempfänger, dessen Familienname mit den Buchstaben L bis Z begann, von den Sozialdienststellen ein Zählblatt auszufüllen und dem Statistischen Landesamt zuzusenden war. Bei der maschinellen Aufbereitung der Bogen erfolgte eine Hochrechnung der Stichprobe für die Ausgaben, nicht aber für die Empfänger.

Im folgenden werden für die Jahre 1966 bis 1969 die Ergebnisse des Teiles I der Jahresstatistik der Kriegsofferfürsorge – Leistungen der Kriegsofferfürsorge –, des Teiles II – Empfänger der Kriegsofferfürsorge – und der Zusatzerhebung 1969 dargestellt. Soweit es zweckmäßig erschien, wurde auch auf frühere Jahre zurückgegriffen.

1. Die Leistungen der Kriegsofferfürsorge in Hamburg

Die Bruttoausgaben der Kriegsofferfürsorge betragen 1969 in Hamburg 17,4 Mio DM. Dies bedeutet gegenüber den Vorjahren einen spürbaren Rückgang, und zwar nahmen die Bruttoausgaben seit 1966, dem Jahr mit den höchsten Ausgaben (19,3 Mio DM) um rd. 10% ab. Bei den einzelnen Hilfearten war die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Sie ist im wesentlichen eine Folge der Veränderung in der altersmäßigen und sozialen Zusammensetzung des berechtigten Personenkreises. Hierdurch hat sich im Laufe der Jahre – wie es auch schon im Zeitraum 1963 bis 1966 der Fall war – eine wesentliche Strukturverschiebung nach Ausgabearten ergeben. Gleichzeitig bedeutet dies eine Veränderung des Schwerpunktes in der Kriegsofferfürsorge überhaupt.

Den größten Ausgabeposten bildet seit 1967 die Position der „Sonstigen Hilfen“. Sie werden nach § 27 b BVG gewährt. „Sonstige Hilfen“ erhalten Beschädigte und Hinterbliebene nach den Bestimmungen des Abschnitts 3 (Hilfe in besonderen Le-

benslagen) des Bundessozialhilfegesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Beschädigten und Hinterbliebenen. Hierzu gehören u. a. folgende Hilfearten: Vorbeugende Gesundheitshilfe, Krankenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Hilfe zur Pflege u. a. Die starke Ausweitung dieser Position hat mit dazu beigetragen, im Jahre 1969 die Zusatzstatistik dieser Hilfeart zu widmen, um einen genaueren Überblick über die Schwerpunkte der Hilfearten bei der Gewährung „Sonstiger Hilfen“ zu erhalten.

Von der Höhe der Ausgaben her an zweiter Stelle stand 1969 die Erziehungsbeihilfe. Sie bildete 1966 noch den höchsten Ausgabeposten. Die Ausgaben an Erziehungsbeihilfen sind seit 1967 rückläufig und werden Kindern von Beschädigten und Waisen gewährt und sollen eine angemessene, ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung sicherstellen.

An dritter Stelle stehen die Ausgaben für die Erholungs-fürsorge, die 1969 erstmalig abnahmen. Sie ist seit 1965 der drittgrößte Ausgabeposten und wird Beschädigten und Hinterbliebenen gewährt, wenn das Gesundheitsamt bestätigt, daß die Erholungs-fürsorge zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit notwendig, die beabsichtigte Art der Erholung zweckmäßig und, soweit es sich um Beschädigte handelt, die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt ist.

Das Niveau der „Ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt“, die 1963 noch an zweiter Stelle stand, hat sich in seiner absoluten Höhe kaum verändert und liegt mit 3,2 Mio DM nur knapp unter den Ausgaben von 1963. Auf Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt haben sowohl Beschädigte als auch Hinterbliebene Anspruch; sie ist zu gewähren, soweit der Lebensunterhalt nicht aus den übrigen Leistungen nach dem BVG und sonstigen Mitteln bestritten werden kann²⁾.

Praktisch im gesamten Zeitraum zurückgegangen sind die Ausgaben für die Berufsfürsorge, und zwar in Form von Beihilfen und Darlehen – lediglich die Darlehen stiegen 1969 geringfügig an. Berufsfürsorge kann der Beschädigte (in begründeten Fällen auch die Witwe) sowohl zur beruflichen Fortbildung, Umschulung, Ausbildung, Schulausbildung, als auch zur Unterhaltung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen erhalten. Sie dient der Erlangung, Wiedererlangung oder Besserung der beruflichen Leistungsfähigkeit und soll den Beschädigten befähigen, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit Nichtbeschädigten zu behaupten. Die Beschaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen regelt jedoch das Schwerbeschädigtengesetz.

Allgemein rückläufig ist – von einigen Ausnahmen abgesehen – die von der Größenordnung her nicht stark ins Gewicht fallende Wohnungsfürsorge. Sie steht Beschädigten und Hinterbliebenen zur Verfügung und besteht in der Beratung in Wohnungs-

¹⁾ „Die Kriegsofferfürsorge in Hamburg 1963 bis 1966“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1967, Dezember-Heft, S. 294 ff.; außerdem: Statistische Berichte K I 5, j/63, Nr. 4 vom 26. August 1965, j/64, Nr. 4 vom 22. Juli 1966, j/65, Nr. 7 vom 12. Oktober 1966, j/66, Nr. 7 vom 19. Oktober 1967, j/67, Nr. 7 vom 6. August 1968, j/68, Nr. 4 vom 21. Juli 1969, j/69, Nr. 4 vom 27. Juli 1970.

²⁾ In diesem Zusammenhang gelten die Bestimmungen des Abschnitts 2 (Hilfe zum Lebensunterhalt) des Bundessozialhilfegesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Beschädigten oder Hinterbliebenen entsprechend.

Tabelle 1

Bruttoausgaben und Einnahmen der Kriegsoffopferfürsorge¹⁾ in Hamburg 1963 und 1966 bis 1969

Art der Angaben	1963	1966	1967	1968	1969
	1 000 DM				
	1	2	3	4	5
Berufsfürsorge					
Beihilfen	1 340	758	849	735	663
Darlehen	2 141	1 403	1 017	993	1 066
Erziehungsbeihilfen insgesamt	5 048	5 230	4 782	4 413	3 917
davon					
an Beschädigte für Kinder	1 254	2 805	2 895	2 937	2 786
an Waisen	3 794	2 425	1 887	1 476	1 131
Erziehungsbeihilfen insgesamt DM je Einwohner	2,72	2,83	2,60	2,42	2,16
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	3 266	3 308 ²⁾	3 009 ²⁾	2 815 ²⁾	3 153 ²⁾
Erholungsfürsorge	884	2 953	3 294	3 552	3 475
Wohnungsfürsorge					
Beihilfen	52	69	68	45	22
Darlehen	324	303	261	251	226
Sonstige Hilfen					
Beihilfen	1 669	4 950	4 806	4 906	4 625
Darlehen	537	163	77	103	137
Leistungen für Berechtigte im Ausland nach § 64 BVG ⁴⁾	133	107	97	77
Darlehen nach § 80 SVG ⁴⁾	. ⁴⁾	. ⁴⁾	. ⁴⁾	. ⁴⁾
Bruttoausgaben insgesamt	15 261	19 270	18 270	17 909	17 361
davon					
nach dem BVG ²⁾	19 146	18 107	17 745	17 182
nach dem SVG ³⁾	124	163	165	179
darunter					
für Sonderfürsorge	2 041	2 967	3 001	2 837	2 759
Bruttoausgaben insgesamt je Einwohner	8,23	10,43	9,97	9,83	9,55
Einnahmen insgesamt	3 173	3 058	4 179	3 422	3 445
darunter					
Tilgung von Darlehen	2 221	1 672	1 985	1 816	1 774
Reine Ausgaben insgesamt	12 088	16 212	14 091	14 487	13 916

¹⁾ einschließlich für Berechtigte im Ausland. - ²⁾ einschließlich der entsprechenden Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und nach dem Häftlingshilfegesetz. - ³⁾ einschließlich der entsprechenden Leistungen nach dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. - ⁴⁾ Auf die einzelnen Hilfearten aufgeteilt. - ⁵⁾ einschließlich Darlehen (1966 = DM 217, 1967 = DM 162, 1968 = DM 162, 1969 = DM 181).

Tabelle 2

Der Anteil der Hilfearten an den Bruttoausgaben in der Kriegsoffopferfürsorge nach Ländern 1963, 1966 und 1969

Hilfearten	Jahre	Schles-	Hamb-	Nieder-	Bremen	Nord-	Hessen	Rhein-	Baden-	Bayern	Saar-	Berlin	Bundes-
		wig-	burg ¹⁾	¹⁾	rhein-		land-	Würt-		land	(West)	gebiet ¹⁾	
		Hol-				west-		Pfalz	temberg				
		Anteil der Hilfearten an den Ausgaben des Landes											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Berufsfürsorge	1963	10,4	23,1	14,5	8,8	9,0	12,1	7,1	8,4	8,7	4,5	3,9	10,0
	1966	7,8	10,8	10,3	5,7	7,3	8,4	5,5	7,5	6,8	8,8	3,3	7,5
	1969	6,9	9,1	9,9	4,5	6,2	7,3	5,0	4,9	5,7	8,2	2,7	6,4
Erziehungsbeihilfen	1963	66,2	32,3	57,9	44,5	59,3	57,3	76,2	67,5	70,7	36,9	48,9	59,4
	1966	53,1	27,8	48,2	27,6	40,9	33,5	50,5	53,7	52,4	39,5	26,8	43,0
	1969	44,5	22,9	38,8	21,8	35,2	29,7	42,5	47,7	50,3	41,9	16,0	37,5
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1963	13,5	21,7	14,1	27,6	18,4	14,3	9,4	16,0	10,1	25,1	32,7	17,3
	1966	13,4	16,4	15,4	28,2	18,0	12,7	8,0	12,3	11,0	15,6	29,8	15,9
	1969	17,3	18,4	13,5	25,1	18,4	13,8	7,8	10,8	12,7	13,6	30,5	15,9
Erholungsfürsorge	1963	1,2	5,9	1,4	8,6	7,4	10,8	2,8	3,2	1,5	8,7	6,7	5,4
	1966	3,3	15,7	4,0	14,7	9,8	14,2	5,1	6,4	3,0	8,2	9,9	8,3
	1969	5,2	20,3	6,7	18,2	14,0	19,0	11,8	9,3	7,4	9,1	12,3	12,0
Wohnungsfürsorge	1963	3,8	2,4	5,9	0,9	2,7	1,4	0,9	1,1	4,0	0,1	0,2	2,6
	1966	9,3	2,0	4,8	3,6	3,4	9,1	4,8	1,9	4,3	0,6	1,9	4,1
	1969	5,9	1,5	7,6	1,1	2,7	3,3	7,4	1,4	3,8	1,6	0,3	3,4
Sonstige Hilfen	1963	4,9	14,6	6,2	9,6	3,2	4,1	3,6	3,8	5,0	24,7	7,6	5,3
	1966	13,1	27,2	17,4	20,2	20,7	22,0	26,1	18,3	22,5	27,3	28,2	21,2
	1969	20,1	27,8	23,5	29,3	23,5	26,9	25,5	25,8	20,2	25,6	38,3	24,7
Insgesamt	1963	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	1966	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	1969	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ In Hamburg und Bremen ohne Leistungen nach § 80 SVG sowie ohne Leistungen nach dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. - ²⁾ Bevölkerungsstand jeweils am 31. Dezember.

und Siedlungsangelegenheiten sowie in der Mitwirkung bei der Beschaffung und Erhaltung ausreichenden und gesunden Wohnraums. Schwerbeschädigten und Witwen können auch Geldleistungen (Beihilfen, Darlehen) gewährt werden, wenn die Besonderheit des Einzelfalles dies rechtfertigt.

Weitere Einzelheiten sind Tabelle 1 zu entnehmen. Zu dem Personenkreis der unter den Beschädigten besonders schwer betroffenen Sonderfürsorgeberechtigten gehören u. a. Kriegsblinde, Ohnhänder, Querschnittgelähmte und Hirnbeschädigte. Die Leistungen an Sonderfürsorgeberechtigte betragen 2,76 Mio DM 1969 und haben seit 1968 abgenommen.

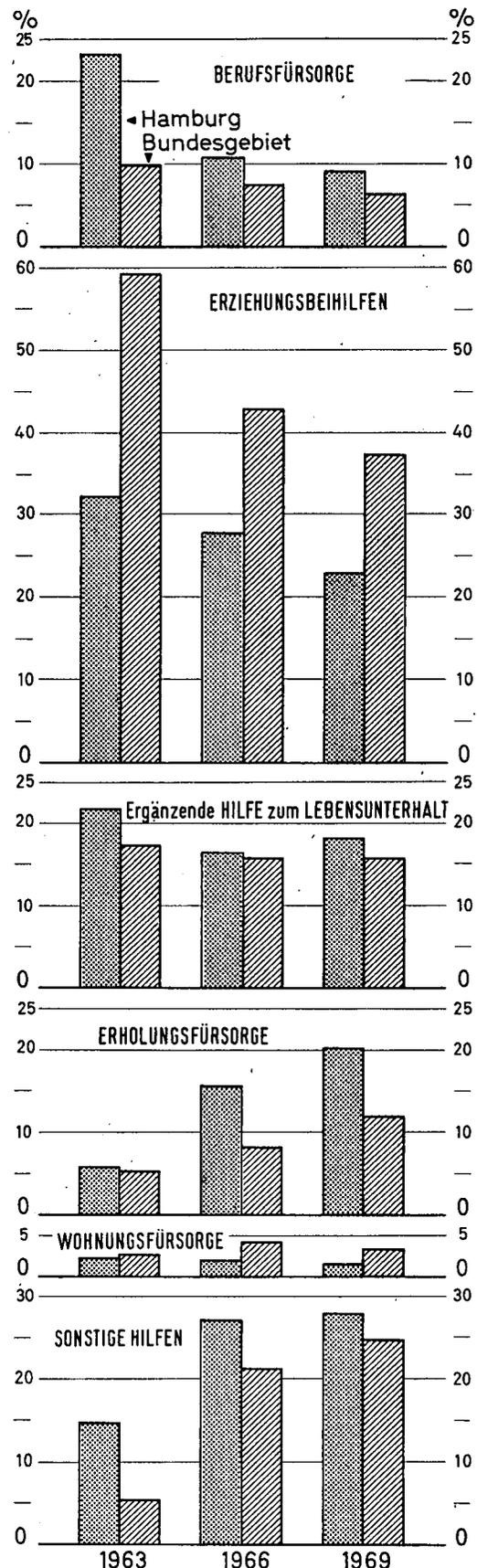
2. Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge im Ländervergleich

Abgesehen von der Veränderung der Ausgabenstruktur in Hamburg ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet (s. Schaubild 1) bzw. zwischen Hamburg und den anderen Bundesländern (s. Tabelle 2). Ebenso können sehr erhebliche Unterschiede in der Höhe der Ausgaben an Kriegsofopferfürsorge je Einwohner und Land festgestellt werden. Die naheliegende Frage nach den Gründen hierfür ist schwer zu beantworten, da die Größen wechselseitig voneinander abhängig sind und außerdem eine Fülle anderer Ursachen eine Rolle spielen mag.

Aus Schaubild 2 sind die außerordentlichen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge je Einwohner und ihre Veränderung in den Jahren 1963 bis 1969 zu entnehmen. Die Niveauunterschiede dürften in erster Linie ihren Grund in der unterschiedlichen altersmäßigen und soziologischen Struktur der Bevölkerung in den Ländern haben. Dieser Faktor allein vermag die großen Unterschiede jedoch nicht zu klären. Auch scheint die Finanzlage der Länder hierbei keine Rolle zu spielen, zumal rd. zwei Drittel der Aufwendungen durch den Bund erstattet werden. Dagegen dürfte in den Ländern eine gewisse Abhängigkeit zwischen der Höhe der Leistungen je Einwohner und dem Anteil der Großstadtbevölkerung bestehen, und zwar sind – von gewissen Ausnahmen wie z. B. Bremen (mit im Verhältnis zum Anteil der Großstadtbevölkerung relativ niedrigen Leistungen) und Niedersachsen, wo entgegengesetzte Verhältnisse bestehen – die Ausgaben je Einwohner um so höher, je höher der Anteil der Großstadtbevölkerung an der Wohnbevölkerung des Landes ist. Dieser beobachtete Zusammenhang kann seine Ursache in einer größeren Häufigkeit von Antragsberechtigten in den Großstädten haben. Möglich ist aber auch – bei gleicher Verteilung der Antragsberechtigten – in den Großstädten eine häufigere Antragstellung, d. h. eine stärkere Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten, die in der Mentalität der Großstadt- bzw. ländlichen Bevölkerung ihren Grund haben mag. Ein möglicher weiterer Grund liegt evtl. in einer unterschiedlichen Handhabung des Gesetzes in den Ländern bzw. in Großstadt- und Landgemeinden. Die Tatsache an sich ist aber so interessant, daß ihr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Schaubild 1

Die Hilffearten in der Kriegsofopferfürsorge in Hamburg und im Bundesgebiet 1963, 1966 und 1969



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 3

**Die Bruttoausgaben in der Kriegsopferversorge je Einwohner 1963 und 1966 bis 1969
nach Hilfearten und Ländern**

Hilfearten	Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg ¹⁾	Niedersachsen	Bremen ¹⁾	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Berufsfürsorge	1963	0,52	1,87	0,79	0,49	0,58	0,68	0,23	0,38	0,30	0,17	0,42	0,54
	1966	0,44	1,10	0,76	0,42	0,75	0,74	0,33	0,45	0,36	0,56	0,41	0,60
	1967	0,44	0,93	0,76	0,40	0,64	0,56	0,31	0,38	0,32	0,50	0,37	0,52
	1968	0,35	0,86	0,71	0,34	0,56	0,59	0,32	0,33	0,32	0,52	0,33	0,48
	1969	0,31	0,85	0,76	0,36	0,60	0,57	0,31	0,30	0,32	0,49	0,32	0,48
Erziehungsbeihilfen	1963	3,30	2,62	3,14	2,48	3,79	3,23	2,49	3,06	2,41	1,41	5,36	3,19
	1966	3,00	2,83	3,58	2,01	4,23	2,94	3,02	3,23	2,80	2,49	3,31	3,39
	1967	2,77	2,61	3,27	1,89	3,84	2,75	2,73	3,13	2,97	2,76	2,85	3,20
	1968	2,42	2,42	3,04	1,77	3,54	2,45	2,69	3,01	3,01	2,76	2,34	3,01
	1969	2,01	2,15	2,97	1,76	3,38	2,30	2,68	2,94	2,81	2,49	1,89	2,85
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1963	0,67	1,76	0,76	1,54	1,18	0,80	0,31	0,73	0,35	0,96	3,58	0,93
	1966	0,76	1,68	1,15	2,06	1,85	1,12	0,48	0,74	0,59	0,98	3,69	1,25
	1967	0,80	1,55	1,07	2,16	1,78	1,01	0,48	0,75	0,58	0,96	3,82	1,21
	1968	0,74	1,54	1,03	2,00	1,74	1,05	0,45	0,72	0,62	0,89	3,42	1,18
	1969	0,78	1,74	1,03	2,02	1,77	1,07	0,49	0,67	0,71	0,81	3,59	1,21
Erholungsfürsorge	1963	0,06	0,48	0,08	0,48	0,47	0,61	0,09	0,14	0,05	0,33	0,74	0,29
	1966	0,18	1,60	0,29	1,08	1,01	1,25	0,30	0,38	0,16	0,51	1,23	0,66
	1967	0,20	1,80	0,41	1,33	1,15	1,30	0,49	0,41	0,24	0,59	1,27	0,75
	1968	0,23	1,95	0,47	1,25	1,22	1,37	0,64	0,50	0,32	0,57	1,36	0,82
	1969	0,24	1,91	0,51	1,47	1,34	1,47	0,74	0,57	0,41	0,54	1,44	0,91
Wohnungsfürsorge	1963	0,19	0,19	0,32	0,05	0,17	0,08	0,03	0,05	0,14	0,00	0,02	0,14
	1966	0,52	0,20	0,36	0,26	0,35	0,80	0,29	0,12	0,23	0,04	0,24	0,32
	1967	0,39	0,18	0,62	0,08	0,39	0,78	0,38	0,11	0,28	0,03	1,25	0,41
	1968	0,43	0,16	0,49	0,07	0,30	0,37	0,42	0,10	0,22	0,10	0,60	0,30
	1969	0,27	0,14	0,58	0,09	0,26	0,26	0,47	0,09	0,22	0,09	0,03	0,26
Sonstige Hilfen	1963	0,25	1,19	0,34	0,54	0,21	0,23	0,12	0,17	0,17	0,94	0,84	0,28
	1966	0,74	2,77	1,29	1,48	2,14	1,93	1,56	1,10	1,20	1,72	3,49	1,67
	1967	0,76	2,66	1,74	1,71	2,00	2,19	1,32	1,23	1,30	1,17	3,66	1,72
	1968	0,82	2,75	1,69	2,07	2,04	1,94	1,24	1,44	1,13	1,36	3,85	1,72
	1969	0,91	2,62	1,80	2,36	2,26	2,09	1,61	1,59	1,13	1,52	4,51	1,88
Insgesamt	1963	4,99	8,11	5,43	5,58	6,40	5,63	3,27	4,53	3,42	3,81	10,96	5,37
	1966	5,64	10,18	7,43	7,31	10,33	8,78	5,98	6,02	5,34	6,30	12,37	7,89
	1967	5,36	9,73	7,87	7,57	9,80	8,59	5,71	6,01	5,69	6,01	13,22	7,81
	1968	4,99	9,68	7,43	7,50	9,40	7,77	5,76	5,92	5,62	6,20	11,90	7,48
	1969	4,52	9,41	7,65	8,06	9,61	7,76	6,30	6,16	5,60	5,94	11,78	7,59

¹⁾ In Hamburg und Bremen ohne Leistungen nach § 80 SVG sowie ohne Leistungen nach dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst.

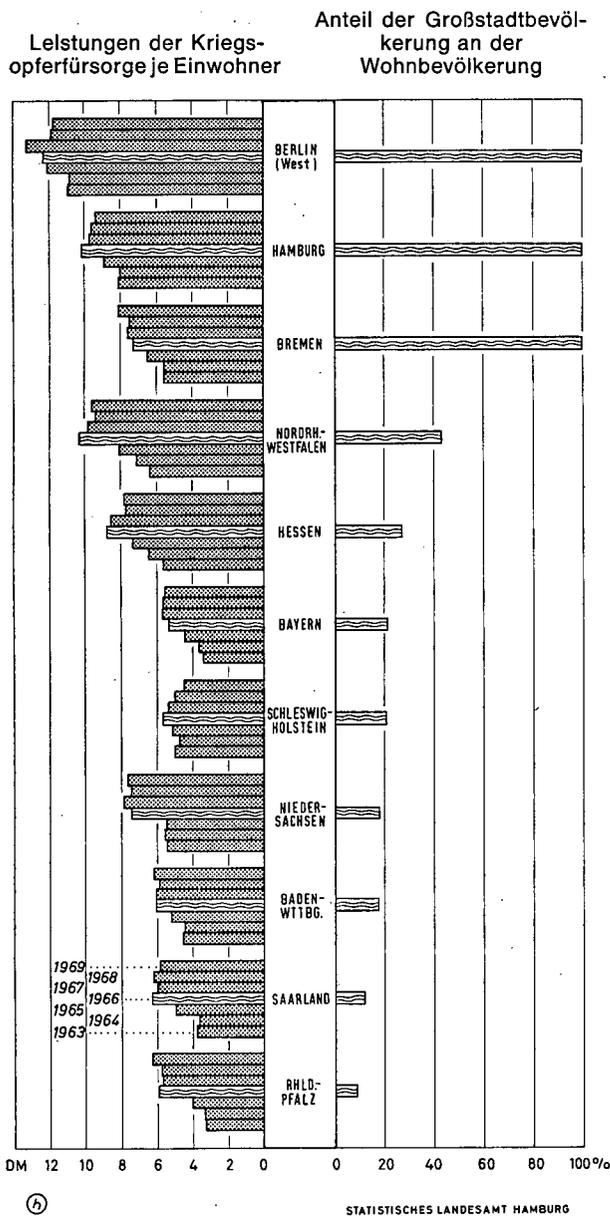
Weiter sei darauf hingewiesen, daß die Ausgabenstruktur länderspezifisch sehr starke Unterschiede aufweist, und zwar (1969) mit folgenden Extremwerten:

Hilfearten	Länder	Anteil an der Gesamtausgabe der Kriegsopferversorge im Land
Berufsfürsorge	Niedersachsen	9,9 %
	Berlin	2,7 %
	Durchschnitt	6,4 %
Erziehungsbeihilfen	Bayern	50,3 %
	Berlin	16,0 %
	Durchschnitt	37,5 %
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Berlin	30,5 %
	Rheinland-Pfalz	7,8 %
	Durchschnitt	15,9 %
Erholungsfürsorge	Hamburg	20,3 %
	Schleswig-Holst.	5,2 %
	Durchschnitt	12,0 %
Wohnungsfürsorge	Niedersachsen	7,6 %
	Berlin	0,3 %
	Durchschnitt	3,4 %
Sonstige Hilfen	Berlin	38,3 %
	Schleswig-Holst.	20,1 %
	Durchschnitt	24,7 %

Einen wesentlichen Einfluß üben jedoch auch die Leistungen je Einwohner nach Hilfearten in den Ländern aus. Auch hier seien die Extremwerte genannt:

Hilfearten	Länder	Ausgabe je Einwohner im Land
Berufsfürsorge	Hamburg	0,85 DM
	Baden-Württemb.	0,30 DM
	Durchschnitt	0,48 DM
Erziehungsbeihilfe	Nordrhein-Westf.	3,38 DM
	Bremen	1,76 DM
	Durchschnitt	2,85 DM
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Berlin	3,95 DM
	Rheinland-Pfalz	0,49 DM
	Durchschnitt	1,21 DM
Erholungsfürsorge	Hamburg	1,91 DM
	Schleswig-Holst.	0,24 DM
	Durchschnitt	0,91 DM
Wohnungsfürsorge	Niedersachsen	0,58 DM
	Berlin	0,03 DM
	Durchschnitt	0,26 DM
Sonstige Hilfen	Berlin	4,51 DM
	Schleswig-Holst.	0,91 DM
	Durchschnitt	1,88 DM

Schaubild 2
Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach Ländern
1963 bis 1969



Eine kontinuierliche Abnahme der Leistungen je Einwohner in den letzten drei Jahren ergibt sich lediglich für Hamburg und Schleswig-Holstein, rückläufige Leistungen für zwei Jahre für Berlin und Hessen, für 1969 allein im Saarland, wogegen alle übrigen Länder für 1969 steigende Leistungen je Einwohner zu verzeichnen hatten.

3. Die Empfänger von Kriegsofopferfürsorge

Die Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge werden in der Statistik jeweils am Ende des Jahres erfaßt, die Empfänger einmaliger Leistungen dagegen für den gesamten Zeitabschnitt des Berichtsjahres.

Als laufende wie auch als einmalige Leistungen können gewährt werden:

³⁾ Statistisch erfaßt wird bei dieser Hilfeart nur die laufende Hilfe.

Berufsfürsorge,
Erziehungsbeihilfe³⁾,
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und
Sonstige Hilfen;

nur als einmalige Leistung werden
Erholungsfürsorge und
Wohnungsfürsorge
gewährt.

Empfänger laufender Leistungen

Unter den Empfängern laufender Leistungen war im Jahre 1969 die Zahl der Empfänger Sonstiger Hilfen mit rd. 2 700 am höchsten. Ihre Zahl hat sich seit 1963 um das Eineinhalbfache erhöht; gegenüber 1966 jedoch nahm sie nur noch um rd. 20 % zu. Die zweithöchste Zahl erreichen nach wie vor die Empfänger von Erziehungsbeihilfen mit 1 450; sie zeigen seit 1964 eine kontinuierliche Abnahme. Hier hat eine Umstrukturierung des Berechtigtenkreises in seinem Schwerpunkt von den Waisen hin zu den Kindern von Beschädigten geführt. Die Zahlen entwickelten sich wie folgt:

Berechtigte	Empfänger von Erziehungsbeihilfen		
	1963	1966	1969
Kinder von Beschädigten	709	1 073	1 173
Waisen	1 571	655	273
Insgesamt	2 280	1 728	1 446

Anscheinend hat die Zahl der Empfänger von Erziehungsbeihilfen für Kinder von Beschädigten 1967 (mit 1 220) ihren Höhepunkt ebenfalls schon überschritten. Die Zahlen sind seit 1968 zurückgegangen, eine Erscheinung, die für das Bundesgebiet in diesem Zeitraum noch nicht zu beobachten war.

Mit 312 Empfängern (1969) sehr in den Hintergrund getreten ist die Zahl der Empfänger, denen im Rahmen der Berufsfürsorge Leistungen zur Unterhaltung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen gewährt werden. Diese Hilfeart stand mit 2 700 Empfängern 1963 an der Spitze aller Arten von laufenden Leistungen der Kriegsofopferfürsorge. Der entscheidende Rückgang trat von 1965 auf 1966 ein, als sich die Zahl von 2 700 auf 470 Empfänger verminderte. Weitere Einzelheiten sind Tabelle 4 zu entnehmen.

Fälle einmaliger Leistungen

Unter den Fällen einmaliger Leistungen der Kriegsofopferfürsorge steht die Erholungsfürsorge für Beschädigte und auch für Hinterbliebene mit 2 600 bzw. 2 100 Fällen weit an der Spitze. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Fälle erhöhte sich 1964 von rd. 30 % auf über 50 % im Jahre 1969. Eine besonders starke Zunahme ist bei der Zahl der Hinterbliebenen von Beschädigten zu beobachten, ihre Zahl war 1969 etwa siebenmal so hoch wie 1963. Der stärkste Aufschwung ergab sich allerdings bereits 1964.

Tabelle 4

Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge¹⁾ in Hamburg am Jahresende 1963 und 1966 bis 1969

Hilfearten	Zahl der Empfänger am Jahresende									
	1963		1966		1967		1968		1969	
	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Berufsfürsorge										
zur beruflichen Fortbildung, Umschulung usw.	114	34	111	73	195	167	169	140	173	134
zur Unterhaltung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen ...	2 701	600	470	69	460	—	482	1	312	—
sonstige Leistungen	40	27	1	—	2	—	—	—	—	—
Erziehungsbeihilfen	2 280	312	1 728	460	1 736	457	1 578	340	1 446	436
davon										
für Kinder von Beschädigten ...	709	312	1 073	460	1 220	457	1 186	340	1 173	436
für Waisen	1 571	—	655	—	516	—	392	—	273	—
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt										
für Beschädigte	507	164	282	58	246	41	225	32	154	25
für Hinterbliebene	1 134	—	1 105	—	1 013	—	921	—	902	—
Sonstige Hilfen	1 018	281	2 261	303	2 433	339	2 647	335	2 673	334

¹⁾ Einschl. Berechtigte im Ausland.

Zahlenmäßig von Bedeutung ist ebenfalls mit rd. 1 900 Fällen die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Hier zeigt sich jedoch — ähnlich wie bei der Erziehungsbeihilfe — eine fallende Tendenz bei der Hilfe für Beschädigte und eine gewisse Zunahme bei der für Hinterbliebene.

Die Gesamtzahl der Fälle einmaliger Leistungen der Kriegsofopferfürsorge hat schon 1966 ihren Höhepunkt erreicht (9 500), ist seitdem rückläufig und betrug 1969 noch 8 700 Fälle. Im Bundesgebiet wurde der höchste Stand ebenfalls 1966 erreicht, jedoch erhöhte sich

die Zahl der Fälle von 1968 auf 1969 um rd. 3 % auf 270 000.

4. Zusatzstatistik 1969 über Sonstige Hilfe nach § 27 b BVG

Im Jahre 1963 betragen die Leistungen an Sonstiger Hilfe im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge rd. 2,2 Mio DM und im Jahre 1966 rd. 5,1 Mio DM. Dies entspricht einer Steigerung auf das fast Zweieinhalbfache bzw. einem Anteil an den Bruttoausgaben von

Tabelle 5

Einmalige Leistungen der Kriegsofopferfürsorge¹⁾ in Hamburg im Laufe der Berichtsjahre 1963 und 1966 bis 1969

Hilfearten	Zahl der Fälle im Berichtsjahr									
	1963		1966		1967		1968		1969	
	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte	insgesamt	darunter Sonderfürsorgeberechtigte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Berufsfürsorge										
zur beruflichen Fortbildung, Umschulung usw.	464	280	300	134	223	85	259	114	218	39
zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen usw.	522	101	19	—	95	—	19	5	26	3
sonstige Leistungen	9	—	279	—	261	—	230	—	215	1
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt										
für Beschädigte	1 013	275	848	235	832	249	886	236
für Hinterbliebene	—	782	—	832	—	909	—	1 005	—
Erholungsfürsorge										
für Beschädigte	1 076	492	2 384	823	2 707	856	2 867	901	2 607	816
für Hinterbliebene	304	—	1 445	—	1 609	—	1 775	—	2 118	—
Wohnungsfürsorge	388	182	2 288	158	2 050	151	1 771	81	1 110	47
Sonstige Hilfen	3 002	622	2 089	450	1 767	354	1 543	399
Fälle einmaliger Leistungen insges. .										
davon			9 512	2 012	8 914	1 777	8 829	1 704	8 728	1 541
nach dem BVG ²⁾	9 459	.	8 836	.	8 712	.	8 652	.
nach dem SVG ³⁾	53	.	78	.	117	.	76	.

¹⁾ einschl. Berechtigte im Ausland. — ²⁾ Vgl. Anmerkung 2 zu Tabelle 1. — ³⁾ Vgl. Anmerkung 3 zu Tabelle 1.

rd. 30%. Obwohl diese Ausgabeart seitdem in Hamburg abnimmt, hat sich ihr Anteil in dieser Zeit noch weiter erhöht, weil der durchschnittliche Rückgang bei den übrigen Hilfearten noch stärker war. Da die Verhältnisse im Bundesgebiet ähnlich liegen, wurde für 1969 die Durchführung einer Zusatzstatistik für diese Empfängergruppe angeordnet⁴⁾. Die Erhebung wurde repräsentativ mit einem Auswahlsatz von 50% durchgeführt. Die Ergebnisse gestatten einen Einblick in die Ausgaben- und Empfängerstruktur dieser Hilfeart. Zu beachten ist, daß die Ausgaben mit den

Ergebnissen des Teiles I der Statistik der Kriegsopferversorge übereinstimmen, wogegen für die Empfänger eine Hochrechnung nicht erfolgte. Ein unmittelbarer Vergleich der Empfängerzahlen ist auch dadurch gestört, daß — im Gegensatz zur Jahresstatistik — in der Zusatzstatistik alle Empfänger laufender Leistungen während des Jahres enthalten sind, wogegen die Jahresstatistik lediglich den Bestand an Empfängern laufender Hilfe am Jahresende berücksichtigt.

Die Zusatzstatistik sieht eine Gliederung der Sonstigen Hilfe nach 10 Positionen (s. Tabelle 6) vor, deren Katalog die Aufgliederung von etwa 75% der Ausgaben für Sonstige Hilfe erlaubt. Das Gewicht der Ausgabearten geht aus der Tabelle hervor. Von den Leistungen an Sonstiger Hilfe entfielen rd. 90%

⁴⁾ Nach § 1 Abs. 2 Buchstabe b und § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe vom 15. 1. 1963 (BGBl. I S. 49) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Kriegsopferversorge über die Leistungen nach § 27 b BVG vom 28. 11. 1968 (Bundesanzeiger Nr. 226 vom 4. 12. 1968).

Tabelle 6

Die Leistungen der Kriegsopferversorge nach § 27 b BVG nach Hilfearten und der Art der Leistung 1969

Hilfearten	Laufende und einmalige Leistungen			Laufende	Einmalige
	insgesamt	außerhalb von Anstalten	innerhalb von Anstalten	Leistungen	
				4	5
	1	2	3		
a) In DM					
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	7 651	805	6 846	524	7 127
2. Krankenhilfe	584 826	433 483	151 343	402 079	182 747
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte ..	639 148	6 544	632 604	630 933	8 215
5. Tuberkulosehilfe	244 092	197 499	46 593	177 742	66 350
6. Blindenhilfe	400 199	372 143	28 056	400 199	—
7. Hilfe zur Pflege	1 479 728	126 529	1 353 199	1 465 396	14 332
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	77 545	77 545	—	62 076	15 469
9. Hilfe für Gefährdete	72 226	—	72 226	72 226	—
10. Altenhilfe	493	493	—	—	493
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	1 256 181	461 862	794 319	1 033 965	222 216
Insgesamt	4 762 089	1 676 903	3 085 186	4 245 140	516 949
b) Anteil an den Gesamtausgaben					
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	0,2	0,0	0,2	0,0	1,4
2. Krankenhilfe	12,3	25,9	4,9	9,5	35,3
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte ..	13,4	0,4	20,5	14,9	1,6
5. Tuberkulosehilfe	5,1	11,8	1,5	4,2	12,8
6. Blindenhilfe	8,4	22,2	0,9	9,4	—
7. Hilfe zur Pflege	31,1	7,6	43,9	34,5	2,8
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	1,6	4,6	—	1,5	3,0
9. Hilfe für Gefährdete	1,5	—	2,3	1,7	—
10. Altenhilfe	0,0	0,0	—	—	0,1
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	26,4	27,5	25,8	24,3	43,0
Insgesamt	100	100	100	100	100
c) Anteil an den Ausgaben der Hilfearten					
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	100	10,5	89,5	6,8	93,2
2. Krankenhilfe	100	74,1	25,9	68,8	31,2
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte ..	100	1,0	99,0	98,7	1,3
5. Tuberkulosehilfe	100	80,9	19,1	72,8	27,2
6. Blindenhilfe	100	93,0	7,0	100	—
7. Hilfe zur Pflege	100	8,6	91,4	99,0	1,0
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	100	100	—	80,1	19,9
9. Hilfe für Gefährdete	100	—	100	100	—
10. Altenhilfe	100	100	—	—	100
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	100	36,8	63,2	82,3	17,7
Insgesamt	100	35,2	64,8	89,1	10,9

Tabelle 7

Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach § 27 b BVG nach Empfängergruppen und Hilfearten 1969

Hilfearten	Leistungen insgesamt	Beschädigte		Kriegerwitwen	Kriegerwaisen	Kriegereltern
		selbst	Familienangehörige			
		1	2			
a) in DM						
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	7 651	281	187	5 965	—	1 218
2. Krankenhilfe	584 826	85 715	29 006	315 038	4 522	150 545
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte	639 148	1 720	29 744	—	605 276	2 408
5. Tuberkulosehilfe	244 092	—	186 513	24 572	9 620	23 387
6. Blindenhilfe	400 199	74 102	5 594	225 607	5 594	89 302
7. Hilfe zur Pflege	1 479 728	202 903	11 543	486 196	194 880	584 206
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	77 545	19 770	3 911	34 675	—	19 189
9. Hilfe für Gefährdete	72 226	21 548	—	12 055	33 068	5 555
10. Altenhilfe	493	—	—	390	—	103
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	1 256 181	499 485	48 798	256 967	403 558	47 373
Insgesamt	4 762 089	905 524	315 296	1 361 465	1 256 518	923 286
b) Anteil an den Gesamtausgaben						
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	0,2	0,0	0,0	0,4	—	0,1
2. Krankenhilfe	12,3	9,5	9,2	23,1	0,4	16,3
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte	13,4	0,2	9,4	—	48,2	0,3
5. Tuberkulosehilfe	5,1	—	59,2	1,8	0,8	2,5
6. Blindenhilfe	8,4	8,2	1,8	16,6	0,4	9,7
7. Hilfe zur Pflege	31,1	22,4	3,7	35,7	15,5	63,3
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	1,6	2,2	1,2	2,6	—	2,1
9. Hilfe für Gefährdete	1,5	2,4	—	0,9	2,6	0,6
10. Altenhilfe	0,0	—	—	0,0	—	0,0
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	26,4	55,1	15,5	18,9	32,1	5,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
c) Anteil an den Ausgaben der Hilfearten						
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe	100	3,7	2,4	78,0	—	15,9
2. Krankenhilfe	100	14,6	5,0	53,9	0,8	25,7
3. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	—	—	—	—	—	—
4. Eingliederungshilfe für Behinderte	100	0,3	4,6	—	94,7	0,4
5. Tuberkulosehilfe	100	—	76,4	10,1	3,9	9,6
6. Blindenhilfe	100	18,5	1,4	56,4	1,4	22,3
7. Hilfe zur Pflege	100	13,7	0,8	32,8	13,2	39,5
8. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	100	25,5	5,0	44,7	—	24,8
9. Hilfe für Gefährdete	100	29,8	—	16,7	45,8	7,7
10. Altenhilfe	100	—	—	79,1	—	20,9
11. Sonstige Hilfe im Rahmen des § 27 b BVG	100	39,8	3,9	20,4	32,1	3,8
Insgesamt	100	19,0	6,6	28,6	26,4	19,4

auf laufende Hilfe, der Rest auf einmalige Hilfe. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ausgabenstruktur für laufende bzw. einmalige Hilfen erhebliche Unterschiede aufweist. Bei weiterer Differenzierung der Ergebnisse ist festzustellen, daß zwei Drittel der Hilfe in Anstalten und der Rest außerhalb von Anstalten gewährt wird. Innerhalb von Anstalten ist die Hauptposition die Hilfe zur Pflege, außerhalb die Restposition sowie die Krankenhilfe und die Blindenhilfe. Einzelheiten sind der Tabelle 6 zu entnehmen.

Eine weitere Gliederungsmöglichkeit ist die nach Empfängergruppen. Sie geht für die Gesamtausgaben aus Tabelle 7 hervor, ist aber auch in Kombination mit den schon genannten Merkmalen (Tabelle 6) möglich. Die nach diesen Gruppen gegliederten Bruttoausgaben insgesamt liegen in der Größenordnung nahe beieinander, wenn man die Gruppe der Beschädigten und ihrer Familienmitglieder zusam-

menfaßt. Für die einzelnen Empfängergruppen sind Schwerpunkte bei ganz unterschiedlichen Hilfearten festzustellen. So dominiert z. B. bei den Kriegerwitwen — auf die der größte Teil der Bruttoausgaben aller Gruppen (28,6 %) entfällt —, wie bei den Kriegereltern die Hilfe zur Pflege und Krankenhilfe, bei den Kriegerwaisen die Eingliederungshilfe für Behinderte, bei den Familienangehörigen der Beschädigten dagegen die Tuberkulosehilfe und bei den Beschädigten selbst die Restposition der Sonstigen Hilfe, die Hilfe für Gefährdete und die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts. Weitere Einzelheiten sind der Tabelle 7 zu entnehmen.

Die Ergebnisse der Zusatzstatistik ermöglichen weiterhin eine Kombination der bisher genannten Merkmale mit den nach Altersgruppen gegliederten Empfängergruppen. Auf eine Darstellung in diesem Rahmen soll jedoch verzichtet werden. Das gleiche gilt

für den Nachweis der Empfänger Sonstiger Hilfe. Die Ergebnisse stehen im Statistischen Landesamt jedoch Interessenten zur Verfügung.

Vergleichszahlen für das Bundesgebiet und andere Länder liegen gegenwärtig aus der Zusatzstatistik noch nicht vor.

Zusammenfassung

Die Zahl der Empfänger und die Ausgaben an Kriegsofopferfürsorge haben in Hamburg im Jahre 1966 ihren Höhepunkt überschritten und sind seitdem rückläufig. Hamburg steht hiermit – für 1969 – im Gegensatz zur Bundesentwicklung und der Mehrzahl der Länder. Für die Länder Bremen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern waren die Ausgaben 1969

die höchsten des Berichtszeitraumes.

Die höchsten Ausgabepositionen bilden in Hamburg die Sonstigen Hilfen, die Erziehungsbeihilfen und die Erholungsfürsorge, im Bundesgebiet die Erziehungsbeihilfen, die Sonstigen Hilfen und die Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Struktur der Ausgaben und die

Ausgaben je Einwohner streuen länderweise außerordentlich stark. Die Höhe der Ausgaben je Einwohner weisen – von Ausnahmen abgesehen – eine positive Korrelation zum Anteil der Großstadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung auf.

Erich Böhm

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	761,8	760,5	766,3	763,6
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	10,5	8,6	2,9	- 3,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	83	84	85	86
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	„ ⁴⁾	7	7	8	7	7	8
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	148	97	49	28
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	70	48	12	28
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	12	10	16	19
Tage mit Niederschlägen	„	256	226	21	20	28	26
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹²⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	263,1 r
Altona	„	264,3	261,1	261,1 r
Eimsbüttel	„	264,6	260,4	259,6 r
Hamburg-Nord	„	401,3	366,2	363,0 r
Wandsbek	„	357,5	368,3	368,6 r
Bergedorf	„	82,6	91,6	94,3 r
Harburg	„	199,0	207,2	207,4 r
Hamburg insgesamt	„	1 856,9	1 819,9	1 815 p	1 814,5 p	1 811 p	1 817,1 r
dav. männlich	„	861,9	844,1	843,6 r
weiblich	„	995,0	975,8	973,5 r
dar. Ausländer ⁴⁾	„	59,8	70,4	94,2	95,9	96,3	77,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 208	1 163 r	972 r	1 200 p	1 262 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	9,8	8,0	7,6 r	6,5	7,8 p	8,2 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	2 235	1 753	1 398 r	1 427 r	1 520 p	1 543 r
dar. unehelich	„	143	129	95 r	97 r	120 p	124 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	14,4	11,6	9,1	9,6 r	9,9 p	10,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	8,4	7,4	6,7 r	6,8 r	7,9 p	8,0 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,4	6,7 r	6,8 r	7,9 p	8,0 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 268	2 325 r	2 219 r	2 640 p	2 770 r
dar. im ersten Lebensjahr	„	39	37	40	36	36 p	39 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	„	13,6	15,0	15,1 r	14,9 r	17,2 p	17,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	17,2	20,7	28,0 r	25,1 r	23,7 p	24,2 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	„	+ 123	- 515	- 927 r	- 792 r	- 1 120 p	- 1 227 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	+ 0,8	- 3,4	- 6,0	- 5,3 r	- 7,3 p	- 7,9 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 818	9 300 p	7 100 p	5 900 p	6 444 r
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	„	6 553	6 784	8 100 p	6 700 p	8 000 p	7 296 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	„	- 379	+ 34	+ 1 200 p	+ 400 p	- 2 700 p	- 852 r
dav. männlich	„	- 37	+ 155	- 558 r
weiblich	„	- 342	- 121	- 294 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	„	14 729	14 909	14 065	14 786	12 970 p	15 575
Nach Gebieten	„	„	„	„	„	„	„
a) Zugezogene aus	„	„	„	„	„	„	„
Schleswig-Holstein	„	1 542	1 687	2 000 p	1 900 p	1 800 p	1 676 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	835	1 003	1 050 p	1 000 p	1 000 p	1 014 r
Niedersachsen	„	1 091	1 114	1 700 p	1 200 p	1 000 p	1 065
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	272	315	550 p	450 p	300 p	283 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	2 006	1 922	2 500 p	1 600 p	1 300 p	1 713 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	„	1 535	2 095	3 100 p	2 400 p	1 800 p	1 990 r
b) Fortgezogene nach	„	„	„	„	„	„	„
Schleswig-Holstein	„	2 351	2 554	2 800 p	2 300 p	2 500 p	2 412 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	1 620	1 825	1 500 p	1 700 p	1 800 p	1 817 r
Niedersachsen	„	1 268	1 241	1 700 p	1 100 p	1 200 p	1 331 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	525	548	600 p	600 p	700 p	647 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	2 167	1 976	2 600 p	2 100 p	2 200 p	1 903 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	„	767	1 013	1 000 p	1 200 p	2 100 p	1 650 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Fortgeschriebener Bevölkerungsstand nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 236	11 229	11 201
Pflegetage		273 169	266 678	273 432	271 373	241 083	243 995
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	84,3	86,2	74,0	74,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	4 573	4 557	4 810	4 810	4 810	4 558
Pflegetage		123 729	123 153	131 741	130 415	119 685	113 120
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	90,5	91,1	80,5	79,6
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	745	763	685	736	725	655
Pflegetage		19 012	19 323	20 467	20 674	15 629	14 276
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	88,1	89,4	66,7	63,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegetage		21 274	19 141	21 397	21 566	18 276	16 699
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	81,6	84,0	68,8	62,9
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	1 084	997	783	783	783	988
Pflegetage		25 626	23 621	18 378	17 741	16 381	20 580
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	83,4	83,2	74,5	67,1
3. Anstalten für Geisteskranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	47 809	47 047	45 548	45 541	47 031
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	90,7	90,7	87,9	89,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 394	39 128	37 709	39 162	39 150
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,7	97,3	97,8	97,7
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 737	43 012	41 644	43 072	43 643
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	98,2	98,1	98,1	98,9
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	718,2	718 629	719,4	713,8 r
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	626,4	628 361	631,0	610,7 r
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	470 796	450 121	392 659	369 528
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	4 859	5 531	5 004	4 811
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	32 878	36 652	29 512	29 148
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	13 596	14 098	12 024	13 150
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	51 057	65 721	59 297	55 908	50 925
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	693,3	696,0	696,7	687,4
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	411,4	413,3	413,0	405,0
Rentner	"	175,5	224,5	229,4	229,7	230,0	226,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	52,5	53,0	53,7	56,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	26,6	23,3	25,8	24,0	25,4
dav. männlich	"	17,9	17,8	15,6	17,2	16,3	17,2
weiblich	"	8,8	8,8	7,7	8,6	7,7	8,2

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 714	2 849	2 975	3 219
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 383	1 489	1 569	1 787
weiblich	"	1 092	1 411	1 331	1 360	1 406	1 432
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	7	11	28	55
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	34	51	68	43
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	37	31	37	45
Elektriker	"	24	12	11	13	17	11
Chemiewerker	"	55	25	24	28	26	27
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	26	27	35	11
Graphische Berufe	"	44	47	44	53	76	52
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	8	5	5	8
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	"	75	66	48	44	45	41
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	74	91	110	161
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	120	120	107	69
Kaufmännische Berufe	"	368	424	389	366	367	384
Verkehrsberufe	"	313	287	193	171	146	240
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	627	640	631	781
Künstlerische Berufe	"	177	181	139	159	136	181
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	29 290	26 917	23 876	23 489
dav. männlich	"	13 014	14 530	17 345	15 678	13 493	12 862
weiblich	"	12 813	12 621	11 945	11 239	10 383	10 627
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾							
dav. männlich	"	5 841	5 942	7 184	6 940	6 045	4 959
weiblich	"	4 134	4 106	5 227	5 194	4 567	3 381
dav. männlich	"	1 707	1 836	1 957	1 746	1 478	1 578
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	8 744	7 027	7 266	8 081	7 737
weiblich	"	9 955	8 038	6 078	6 344	7 129	7 045
dav. männlich	"	572	706	949	922	952	692
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾							
dav. männlich	"	8 299	7 745	8 004	8 108	8 016	7 549
weiblich	"	5 512	3 946	3 777	3 737	3 792	3 552
dav. männlich	"	2 787	3 799	4 227	4 371	4 224	3 997
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	24 746
Weiblich	"	5 157	10 264
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 109	1 294	1 531	1 788
dar. an Molkeereien geliefert	%	86,0	87,7	90,3	90,0	90,6	87,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	7,2	8,6	9,9	10,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkeereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 942	10 770	10 831	10 663
dav. lose	"	3 529	2 526	1 972	1 817	1 787	2 070
in Flaschen	"	6 482	8 653	8 970	8 953	9 044	8 593
Mager- und Buttermilch	"	382	509	274	273	258	240
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	12,8	11,3	10,8	10,1
Kälber	"	2,6	1,7	1,8	1,6	1,7	1,8
Schweine	"	47,0	37,4	39,3	44,7	40,6	39,6
Schafe	"	2,7	1,1	1,2	1,2	0,5	1,1
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	12,5	9,8	10,2	9,4
Kälber	"	2,5	1,7	1,6	1,4	1,6	1,7
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	41,4	44,8	44,6	41,5
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾							
dav. Rinder (ohne Kälber)	t	6 229	6 034	7 413	6 992	6 928	6 431
Kälber	"	1 595	2 128	3 132	2 434	2 565	2 336
Schweine	"	187	139	144	120	133	142
Schafe	"	4 318	3 723	4 093	4 388	4 192	3 910

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 480	1 485	1 481	1 517
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	210	210	208	210
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	138	135	135	133	138
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 987	22 782	21 899	21 763	22 073
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	169	196	186	163
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	105	118	153	149	126
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	9	8	9	11
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 078	2 624	2 360	3 198	2 619
Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ ¹⁰⁾	1 000 Nm ³	"	8 365	19 270	20 054	22 339	11 247
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	65	69	71	93
Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	149	147	149	148
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	"	"	12	13
Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 476	1 730	1 684	1 714	1 602
dar. Auslandsumsatz ⁵⁾	"	155	223	259	295	245	222
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	132,2 r	134,5 p	127,3 p	127,8
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	128,9	131,6 p	124,4 p	126,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	142,2	139,3 p	134,1 p	138,1
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	142,7	148,7 p	141,0 p	134,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	117,6	121,3 p	115,5 p	114,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	103,8	109,9 p	100,5 p	109,0
Bauindustrie	"	103,7	107,3	145,4 r	140,9 p	112,6 p	73,6
Umsatz ⁵⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 476	1 730	1 684	1 714	1 602
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	262	277	266	273	285
Chemische Industrie	"	101	130	149	139	125	116
Elektroindustrie	"	143	164	211	201	237	208
Maschinenbau	"	83	110	140	130	172	143
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	569	670	627	691	781
Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	119	144	172	172
Vj.-Durchschnitt ⁶⁾							
		1965	1969	1. Vj. 1970	2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	3. Vj. 1969
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	85,4	86,2	85,9	84,1
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	111,5	142,6	154,8	122,8
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	106,8	137,7	155,3	121,2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ⁷⁾							
Monatsdurchschnitt							
		1965	1969	Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	47 828	...	46 697	44 669
dar. Inhaber	"	1 365	1 294	1 269	...	1 256	1 286
Angestellte	"	4 684	5 167	5 658	...	5 672	5 309
Arbeiter ⁸⁾	"	43 102	37 982	40 901	...	39 769	38 074
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	7 714	...	5 975	4 039
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 711	2 069	...	1 649	1 069
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	1 511	1 990	...	1 640	1 110
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 657	3 655	...	2 686	1 860
Löhne (Bruttosumme) ⁹⁾	Mio DM	46,3	48,3	79,5	...	70,2	38,8
Gehälter Bruttosumme ⁹⁾	"	5,9	8,4	10,1	...	14,0	11,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	138,0	177,4	...	343,0	276,0
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	37,6	38,5	...	91,3	79,5
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	34,9	47,9	...	102,6	59,3
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	65,5	91,0	...	149,1	137,2
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	176	126	108	181
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	101	54	47	42	59
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	657	419	334	591
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	94,9	64,0	51,0	73,3
Wohnfläche	1 000 qm	95	72	143	90	73	129
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	89	61	108	60
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	801	883	751	362
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	67,6	56,2	87,5	38,1
Nutzfläche	1 000 qm	73	82	135	112	137	72
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	2 037	1 282	1 182	1 918

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	181	116	242	217
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	336	459	266	633	700
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	61,1	38,4	77,3	90,4
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	89	77	167	91
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	701	659	1 550	511
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	57,1	43,3	165,0	40,7
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	1 283	790	1 850	2 230
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	109	167	918	1 016
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	116	64	120	494	608
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	257	335	2 190	2 160
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	31,0	40,4	276,6	265,1
Wohnfläche	1 000 qm	96	86	54	60	478	443
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	75	77	361	370
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	258	689	2 373	2 423
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	21,1	61,6	280,6	291,8
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	51	106	473	460
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	760	868	6 891	6 446
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	420	376	2 574	2 985
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	17 600	17 500	12 600	14 592
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	3 731	6 500	7 000	6 300	3 731
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	183	183	183	182
Wohnungen	"	636	688	692	693	699	688
Wohnräumen, über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 586	2 588	2 613	2 572
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	206	223	263	215
dar. Warenhäuser	"	130	210	226	302	382	341
Facheinzelhandel	"	120	133	164	166	207	187
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	148	175	170	190	169
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	150	170	160	197	172
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	145	186	191	177	164
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	160 086	153 445	165 255	136 130
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	216 091	213 101	208 142	195 639
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	283	349	304	...	268
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	23	36	31	...	21
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	313	273	...	247
dav. Rohstoffe	"	2	2	6	3	...	2
Halbwaren	"	50	65	53	53	...	63
Fertigwaren	"	143	193	254	217	...	182
dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	19	19	...	16
Enderzeugnisse	"	134	177	235	198	...	166
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	208	230	244	...	183
dar. EWG-Länder	"	65	91	125	103	...	90
EFTA-Länder	"	67	91	76	117	...	65

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	148	...	126	127
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	174	...	152	145
Gaststättengewerbe	"	108	114	141	...	125	123
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	133	108	86	83
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	44	33	24	24
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	271	223	177	166
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	90	68	54	48
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 621	1 653 r	1 520 r	1 564 p	1 638
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 675	1 734 r	1 575 r	1 632 p	1 622
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	4 098 r	3 886 r	4 142 p	4 116
dav. Empfang	"	2 229	2 533	3 127 r	2 979 r	3 169 p	3 123
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 520 r	2 392 r	2 578 p	2 444
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 557 r	1 336 r	1 496 p	1 379
Kohle	"	192	167	232 r	283 r	121 p	290
Getreide	"	180	116	186 r	211 r	383 p	184
Sack- und Stückgut	"	595	600	607 r	587 r	591 p	679
Versand	"	713	876	971 r	907 r	973 p	993
dav. Massengut	"	292	365	432 r	389 r	433 p	462
Sack- und Stückgut	"	421	511	539 r	518 r	540 p	531
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	463	415	...	268
* Güterversand	"	309	426	502	526	...	367
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 745 p	2 438 p	2 414 p	2 085
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 744 p	2 439 p	2 413 p	2 083
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	143,2 p	109,0 p	101,5 p	87,2
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	134,8 p	109,1 p	105,4 p	88,1
Angekommene Fracht	t	578	965	1 416 p	1 420 p	1 190 p	1 082
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 429 p	1 423 p	1 644 p	1 219
Angekommene Post	"	185	256	317 p	262 p	338 p	330
Abgegangene Post	"	229	323	402 p	349 p	455 p	428
4. Personenbeförderung (im Stadtverkehr ²⁾) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	12 083	12 033	...	11 905
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	16 240	16 674	...	16 324
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 144	5 222	...	5 760
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	13 502	13 890	...	13 076
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 589	2 518	...	2 283
Private Kraftomnibusse	"	301	239	263	171
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	424,5	454,3	454,6	455,2	424,5
	"	310,8	384,2	410,7	411,0	411,7	384,2
* b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	5 071	5 488	6 445	5 669	...	4 574
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	5 768	5 150	...	4 061
Laskraftwagen	"	362	463	557	429	...	435
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁴⁾	Anzahl	859	959	1 272	1 177 p	1 134 p	1 019
* Getötete Personen	"	26	27	50 r	37 p	42 p	34
* Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 698 r	1 569 p	1 496 p	1 352

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	22 034,9	25 613,0	25 973,1	26 850,8	24 300,8	
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	6 696,7	7 757,8	7 947,1	8 501,9	7 594,7	
an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 655,0	7 755,2	7 919,5	8 449,5	7 590,8	
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) *)	"	2 961,2	3 935,2	3 996,6	4 105,7	3 384,6	
an Unternehmen und Privatpersonen	"	2 621,7	3 574,7	3 635,9	3 722,1	3 054,2	
Langfristige Kredite *)	"	12 377,0	13 920,0	14 029,4	14 243,2	13 321,5	
an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 846,6	12 318,5	12 410,2	12 607,8	11 748,4	
dar. Durchlaufende Kredite	"	636,0	677,3	657,6	659,5	676,0	
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	15 342,2	16 608,7	16 872,4	17 733,1	16 068,7	
dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	"	8 460,7	9 286,8	9 519,2	9 969,6	8 829,2	
Spareinlagen bei Sparkassen	"	7 442,7	7 938,6	8 186,6	8 716,2	7 707,1	
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	4 069,9	6 881,5	7 321,9	7 763,5	7 239,5	
Lastschriften auf Sparkonten	"	2 792,9	4 607,3	4 948,8	4 954,4	4 865,0	
Zinsgutschriften	"	244,3	407,2	431,8	476,4	463,3	
	"	203,9	375,0	361,8	361,8	449,7	
	"	12,9	24,1	1,1	1,1	383,6	
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	15	22	22	24	14
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	979	778	732	786	900
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	2 534	1 988	1 930	2 086
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen*)	Anzahl	20 563	23 244	28 775	22 351	22 274	22 993
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 431	3 316	3 233	3 009	3 151
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 488	1 526	1 422	1 158	1 314
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	462	487	489	383	380
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg	Anzahl	162	152	151	152	.	148
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	4 787	4 951	5 091	.	4 737
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	5 088	5 123	.	4 884
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 332	4 363	.	4 030
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM			507 308	518 057	970 812	
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	299 705	217 272	203 504	554 860	645 508
dav. Lohnsteuer	"	89 007	144 429	186 608	185 829	268 203	245 771
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	75 939	29 661	9 238	185 551	190 223
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	13 484	1 579	2 306	2 982	799
Körperschaftsteuer	"	38 706	65 853	576	6 131	98 124	208 716
Steuern vom Umsatz	"	271 059	290 036	290 036	314 553	415 952	284 319
dav. Umsatzsteuer	"	124 606	138 117	138 117	155 608	164 525	110 802
Einfuhrumsatzsteuer	"	82 827	146 454	151 919	158 945	251 427	173 517
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	818 450	608 521	614 744	991 896	973 339
dar. Zölle	"	45 076	50 217	51 652	50 293	94 644	117 554
Verbrauchssteuern	"	358 150	492 114	542 981	548 124	869 326	830 940
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	392 884	443 948	469 723	711 621	650 805
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	47 161	26 238	65 173	25 879	28 361
dar. Vermögensteuer	"	11 355	14 318	2 369	43 872	4 036	7 040
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	9 754	10 785	9 446	12 040	10 921
Biersteuer	"	2 430	2 894	3 309	3 123	3 371	2 536
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	62 376	32 648	133 987	10 832	26 130
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	47 423	4 798	113 104	9 926	23 627
Grundsteuer A	"	73	84	25	211	104	46
Grundsteuer B	"	5 134	6 769	916	18 706	752	1 236
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	923 346	904 808	954 995	1 560 696	1 470 910
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	241 969	126 720	291 367	219 390 ⁴⁾	460 618
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	194 808	93 732	88 097	93 415 ⁴⁾	419 580
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	6 749	106 131	68 130	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	.	-	31 966	31 966	.
Außerdem:	"
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	62 376	32 648	70 055	- 53 100	26 130
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	.	30 278	27 309	22 108 ⁵⁾	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	189 645	388 731	188 398 ⁵⁾	486 748

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. ⁴⁾ Vermindert um 127 210 409 DM durch Zerlegung der Lohnsteuer und um 25 042 085 DM durch Zerlegung der Körperschaftsteuer. ⁵⁾ Anteilige Verminderung des Gemeindeanteils um 41 417 342 DM infolge Zerlegung der Lohnsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	August 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	148,6	151,3	154,3	133,5
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	148,3	151,0	154,2	133,7
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	148,9	151,7	154,4	133,4
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	148,8	151,6	154,6	133,4
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	148,8	151,8	154,3	133,5
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	134,1	136,7	139,0	120,3
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	150,6	153,8	155,8	133,4
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	135,7	138,5	140,4	120,2
				April 1970	Juli 1970	Oktober 1970	Oktober 1969
Löhne und Gehälter²⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	291	317	327	348	307
weibliche Arbeiter	"	140	180	195	204	209	188
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	6,39	6,94	7,27	7,64	6,70
weibliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,71	4,96	5,07	4,48
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,4	45,6	45,0	45,6	45,8
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,4	41,1	41,2	41,9
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	41,0	42,8	35,5	42,6	44,6
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,5	38,5	30,7	38,7	41,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 098	1 405	1 523	1 564	1 591	1 444
weiblich	"	747	983	1 068	1 113	1 141	1 020
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 182	1 494	1 620	1 671	1 710	1 544
weiblich	"	748	988	1 072	1 127	1 139	1 038
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 043	1 332	1 449	1 498	1 524	1 357
weiblich	"	668	899	998	1 030	1 052	922
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 351	1 468	1 515	1 541	1 380
weiblich	"	688	921	1 016	1 051	1 075	948
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 176	1 496	1 618	1 671	1 708	1 543
weiblich	"	838	1 147	1 263	1 296	1 309	1 214
				Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	391	408	493	514
dav. falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	90	99	126	126	123
bekämpfte Brände	"	221	302	292	282	367	391
dav. Großbrände	"	9	14	11	10	10	17
Mittelbrände	"	28	43	32	18	30	41
Kleinbrände	"	98	130	122	125	153	153
Entstehungsbrände	"	80	105	121	116	157	156
Schornsteinbrände	"	6	10	6	13	17	24
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	785	780	725	"
Rettungswageneinsätze	"	"	"	10 891	10 574	10 932	"
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 767	1 607	1 770	1 545
Betriebsunfälle	"	544	416	560	514	468	450
Krankenbeförderungen	"	"	"	3 843	3 636	3 895	"
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	10 500	10 201	10 450	"
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	12 067	11 762	12 150	"
Außerdem:	"	"	"				
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	82	79	101	82
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	11 716	11 407	13 665	10 523
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	215	198	210	270
Mord und Totschlag	"	4	6	6	4	5	7
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	140	149	149	104
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 293	4 110	4 988	4 626
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	3 692	3 539	4 401	2 235
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	7 985	7 649	9 389	6 861
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	288	280	305	255
Unterschlagung	"	203	229	184	222	199	236
Raub und Erpressung	"	41	67	61	53	97	42
Begünstigung und Hehlerei	"	85	130	78	107	98	179
Betrug und Untreue	"	722	973	979	1 014	1 271	1 026
Brandstiftung	"	33	47	25	46	25	45
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 693	1 575	1 128	970
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 625	12 788	18 937	21 372	14 726
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	423	308	286	256
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	28 957	27 332	25 281	27 933

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

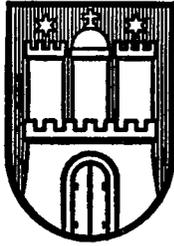
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1970	Oktober 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	6,1
Lebendgeborene	} Einw. und	17,7	14,8	12,9
Gestorbene		1 Jahr	11,5	12,2
Arbeitslose	1 000	146	176	97	111	129	119
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 685 p	8 502
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	1 043 p	1 036
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	47 893 p	42 457
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	9 144 p	7 970
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	156,9 r	163,4 p	171,1	171,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	160,4 r	166,5 p	174,0	175,5
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	180,3	181,8 p	183,3	187,8
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	158,0 r	165,5 p	177,2	175,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	150,1 r	156,7 p	164,9	170,7
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	136,9 r	148,8 p	156,1	155,8
Bauindustrie	"	118,9	127,5	157,8 r	...	158,8	150,9
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 504,7	1 581,7	1 514,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	250,0	217,0
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	5 329,8	4 739,6
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	58 408	57 092	50 480	48 538
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	36 769	46 595	41 964	43 298
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	163	189	193	172
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	148	161	175	170	161
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	11 693	11 163
dav. Empfang	"	6 950	8 252	9 409	8 738
Versand	"	1 885	2 329	2 284	2 425
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	179 604	203 578	184 166	157 805
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178	34 484 p	36 420 p	...	32 794
Getötete Personen	"	1 313	1 382	1 788 p	1 931 p	...	1 885
Verletzte Personen	"	36 124	39 268	47 800 p	50 394 p	...	45 035
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 196	3 308	3 233	2 705
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	3 587	245	144	215
Körperschaftsteuer	"	681	908	1 847	108	81	257
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 063	3 943	3 187	3 632	3 500
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	101,5	108,0	108,5	109,1	103,9
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,5	106,3	106,6	105,5
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	116,8	117,5	118,0	113,4
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5	129,6
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	"	109,0	119,3	123,8	124,2	124,8	120,1
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	116,4	116,4	116,9	113,9
Wohnungsmieten	"	111,1	161,9	169,8	170,8	171,9	164,0
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,25	6,53	...	5,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,1	44,9	...	45,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

600 Personen starben durch Freitod

Unter den rd. 27 000 Hamburger Einwohnern, die jährlich sterben, befanden sich in den letzten Jahren jeweils rd. 600 Personen, die durch eigene Hand aus dem Leben schieden. 1970 waren es 351 Männer und 251 Frauen. Auch dieser Anteilssatz von 3:2 ist durch die Jahre hindurch konstant.

Bei der Art des Selbstmordes dominiert eindeutig die Vergiftung (277 Personen oder 48%), wobei Männer und Frauen zu gleichen Teilen diese Todesart gewählt haben. Das Erhängen und Erdrosseln ist die zweithäufigste Todesart (189 oder 32%); hierbei überwiegt aber eindeutig mit einem Anteil von zwei Dritteln die Zahl der Männer (133). Haushalts- oder Auspuffgas tritt weniger häufig als Tötungsmittel auf (35 Personen), und wiederum waren es die Männer, die das Gas – in erster Linie Kfz-Auspuffgas – verwendeten.

Durch „Sturz aus der Höhe und durch Ertränken“ nahmen sich im Jahr 1970 vorzugsweise Frauen das Leben, auf sie entfielen 32 Selbstmorde dieser Art. In den beiden Vorjahren waren diese Todesarten bei Männern und Frauen fast gleichmäßig vertreten.

Interessant ist zu wissen, daß außer den 602 erfolgreichen Selbstmordfällen des Jahres 1970 noch 3 042 Personen einen Selbstmord versucht haben, darunter 1 952 Frauen (64%).

Es gibt gegenwärtig keine Statistik über die Freitod-Motive. Ihre Aussagefähigkeit wäre wohl auch unzureichend, da sie sich nur aus Auskünften Angehöriger zusammensetzen kann, die oftmals die wahren Hintergründe des Selbstmords auch nicht vollständig durchschauen. Aus 5 Jahre zurückliegenden statistischen Aufzeichnungen kann man jedoch entnehmen, daß sowohl bei den Männern als auch den Frauen weit überwiegend als Motiv eine unheilbare Krankheit und Schwermut (75% bzw. 65%) genannt werden und in rd. 8% Familienzwistigkeiten Anlässe zum Freitod waren.

12 100 neugebaute Wohnungen im Jahre 1970

Im Jahr 1970 hat Hamburg einen Zugang von rd. 12 100 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden zu verzeichnen. Fast 36% davon entfallen auf den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Mehr als 80% aller Wohnungen haben 3 und mehr Wohnräume (einschl. Küchen). Über 97% von ihnen sind mit Zentral- oder Fernheizung und 100% mit Bad oder Dusche ausgestattet.

Die 1970 errichteten 1832 Wohngebäude verteilen sich zu 40,7% auf Mehrfamilienhäuser und zu 59,3% auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Die veranschlagten reinen Baukosten

(ohne Grundstücks-, Erschließungs- und Baunebenkosten) dieser Gebäude, in denen sich 11 745 Wohnungen befinden, belaufen sich auf rd. 489,1 Mio DM. Das bedeutet, daß für jede Wohnung im Durchschnitt rd. 41 600 DM veranschlagt sind. Die durchschnittliche Größe je Wohnung hat sich mit 68,5 qm gegenüber dem Vorjahr kaum geändert.

Überdurchschnittliche Zunahme im ausgehenden Binnenschiffs-Güterverkehr

Der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt des Hamburger Hafens stieg im Jahre 1970 auf insgesamt 10,4 Mio t und lag damit um rd. 450 000 t oder 4,5% über dem Ergebnis des Vorjahres.

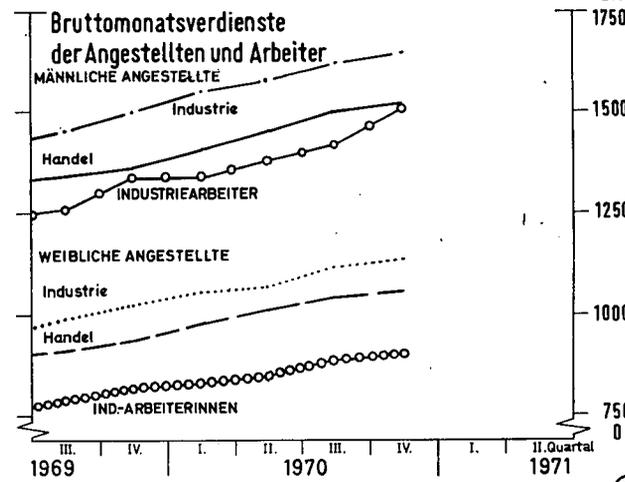
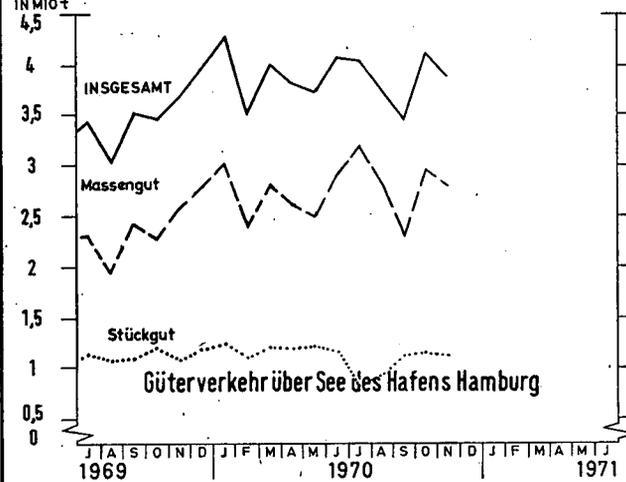
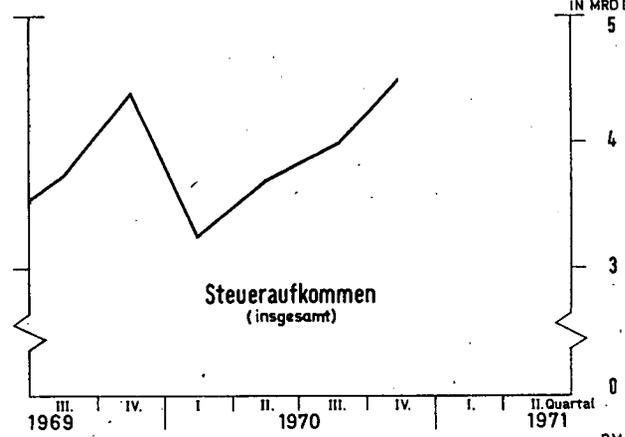
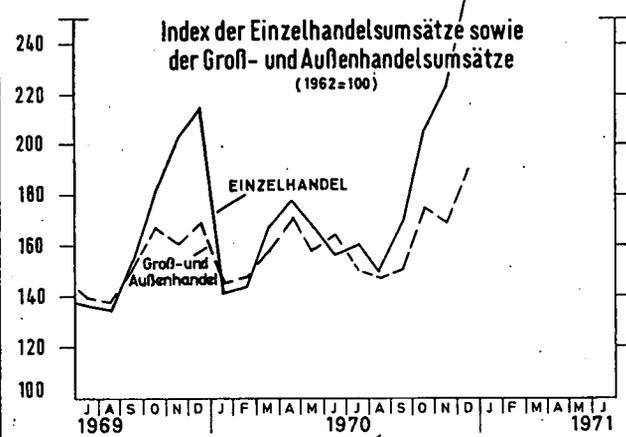
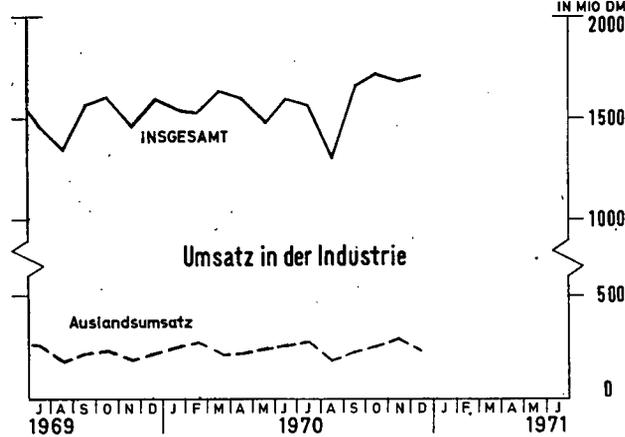
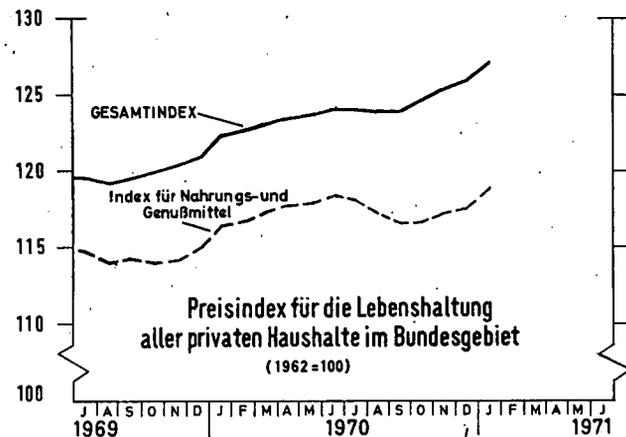
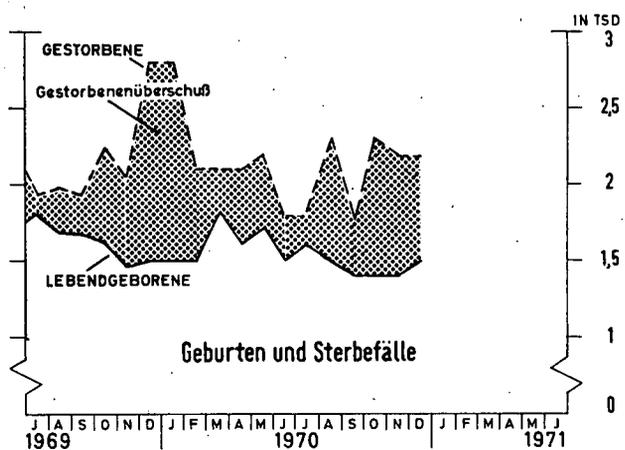
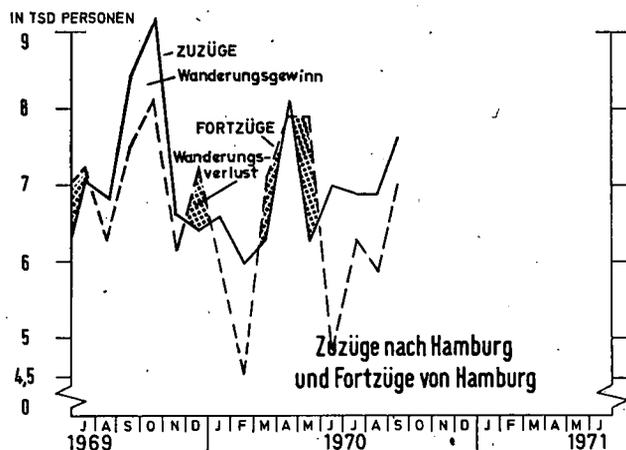
Diese Zunahme betraf jedoch ausschließlich den ausgehenden Verkehr, der sich überdurchschnittlich um 750 000 t oder 14,7% auf 5,9 Mio t erhöhte. Bezeichnend ist, daß hier alle wichtigen Verkehrsgebiete steigende Bedeutung erlangten. Bewirkt wurde dieses Mehr gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich durch den erhöhten Versand von Mineralölzeugnissen (+318 000 t), Steinkohle (+233 000 t), Getreide (+104 000 t) und Ölfrüchten (+68 000 t).

Einbußen bei der Zufuhr von Eisen (-110 000 t), Sand und Kies (-85 000 t), Kraftstoffen und Heizöl (-85 000 t) sowie Getreide (-43 000 t) erbrachten einen Rückgang des Güterempfangs um 300 000 t (-6,4%) auf 4,5 Mio t.

Mehr Zahlungsschwierigkeiten

224 Konkurse und 7 Vergleichsverfahren wurden 1970 von Hamburger Amtsgerichten registriert, das sind 50 Insolvenzen mehr als 1969. Die voraussichtliche Höhe geltend gemachter Forderungen beträgt in 186 Fällen – für die restlichen Konkurse konnten die Forderungen der Gläubiger noch nicht festgestellt werden – insgesamt 51 Mio DM. In dieser Zahl sind 13 Millionenkonkurse enthalten, d. h., die Forderungen liegen bei mindestens 1 Mio DM je Einzelfall. Letztere machen mehr als die Hälfte der angegebenen 51 Mio DM aus. Von den 224 Konkursen entfallen 68 auf Unternehmen und Freie Berufe sowie 156 auf private Haushalte, Nachlässe u. a. m. Von den finanziellen Zusammenbrüchen der Unternehmen ist der Handel mit 27 Fällen am stärksten betroffen. In der zweiten Gruppe sind die Konkurse über das Vermögen Verstorbener stark vertreten. Interessant ist auch, daß fast genau die Hälfte der Konkurse von Amts wegen „mangels Masse“ abgelehnt werden mußte.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Hamburger Strukturdaten aus der Volkszählung 1970

– Erste (vorläufige) Ergebnisse der zehnprozentigen Repräsentativerhebung –

Vorbemerkungen

Die Durchführung und Aufbereitung von Massenerhebungen erfordert – selbst bei Einsatz modernster technischer Einrichtungen – noch immer umfangreiche manuelle Arbeiten bei der Einholung der letzten Erhebungspapiere und bei den unerläßlichen Prüf- und Ergänzungsarbeiten. Auch die anschließenden Plausibilitätskontrollen und automatischen Fehlerkorrekturen benötigen erhebliche Zeit, selbst wenn sie durch die Maschinen vorgenommen werden, denn auch hierfür müssen schwierige und umfangreiche Programme entwickelt werden. Die unausweichliche Folge ist eine für die Benutzer der Zählungsergebnisse vielfach unverständlich lang erscheinende Aufbereitungszeit und die daraus resultierende Kritik an der mangelnden Aktualität des vorgelegten Datenmaterials.

Diesem Aktualitätsverlust der Zählungsergebnisse in Hamburg entgegen zu wirken – für die Lieferung der endgültigen Tabellen aus dem Zählungswerk von 1970 hat sich auch unter optimalen Ablaufbedingungen eine Bearbeitungszeit von ca. 18 Monaten als unumgänglich erwiesen – bot sich die Verbindung der Totalerhebung mit einer 10%igen Stichprobe. Diese konnte wegen ihres erheblich geringeren Materialumfanges bei der Vorbearbeitung und bei der Belegung so wesentlich vorgezogen werden, daß ihre Ergebnisse mit Hilfe eines Sonderprogramms schon jetzt, d. h. knapp 10 Monate nach dem Zählungsttag, vorgelegt werden können. Eine unerläßliche Voraussetzung hierfür war allerdings, daß diese Vorwegaufbereitung aufgrund von unbereinigtem Material durchgeführt wurde, denn die Plausibilitätskontrollen und Fehlerbereinigungen können verständlicherweise nur bei der Aufbereitung des Gesamtmaterials durchgeführt werden. Man mußte also in Kauf nehmen, daß die endgültigen Daten die Vorwegergebnisse in manchem etwas korrigieren können, ganz abgesehen von der Tatsache, daß diese auf einer 10%igen Stichprobe beruhen und daher nur in dem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig sind.

Trotz dieser Einschränkungen, auf die noch näher eingegangen wird, war das Statistische Landesamt der Auffassung, daß eine möglich kurzfristige Lieferung einiger wichtiger, von der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft dringend erwarteter Strukturdaten eine solche Vorwegaufbereitung rechtfertigt. Die zu erwartenden Differenzen werden sich im übrigen in den Grundstrukturen kaum auswirken und es kommt zunächst hauptsächlich darauf an, die wesentlichen demographischen und sozioökonomischen Veränderungen gegenüber 1961, dem letzten Volkszählungsjahr, aufzuzeigen. Daher wird auch weitgehend auf die Wiedergabe von absoluten Zahlen verzichtet und die Größenordnungen werden meist anhand von Prozentwerten kommentiert. Darüber hinaus gebietet die 10%ige Stichprobenerhebung erstmalige Einblicke in

bisher überhaupt noch nicht untersuchte Fragengebiete, wie etwa nach der schulischen Ausbildung der Bevölkerung, dem Einkommen der Erwerbstätigen und der Schichtung des Einkommens in Kombination mit der Stellung im Beruf und dem Schulabschluß, so daß auch diese Zusammenhänge zumindest in ihrer groben Gliederung so schnell wie möglich vorgelegt werden sollten.

Soviel zu den erforderlichen methodischen Vorbemerkungen über die Bedeutung und Grenzen der Aussagekraft dieser Vorwegaufbereitung. Es sei noch ausdrücklich vermerkt, daß das Statistische Bundesamt diese Aktion in dankenswerter Weise durch eine zügige Bearbeitung der Bogen im Belegleser unterstützt hat.

Zur Beurteilung der Entwicklungstendenzen

Die bei der Zählung ermittelten Zahlen zeigen teilweise rückläufige Tendenzen und mögen daher für manchen schockierend sein. Für den kundigen Beobachter sind sie alles andere als überraschend, denn sie offenbaren nur Ergebnisse einer Entwicklung, die schon seit Jahren sich immer deutlicher abgezeichnet hatte.

Worin ist die Erklärung zu suchen? Für den starken Rückgang der Einwohnerzahl sind zwei Ursachen bestimmend:

die Folgen des Krieges im biologischen Aufbau der Bevölkerung
und
die Abwanderung der Bevölkerung in die Umlandräume, d. h. eine Expansion der Stadt in die Region.

In Hamburg kumulierten in den vergangenen 10 Jahren beide Prozesse in voller Wucht.

Die Kriegsfolgen sind bekannt: große Lücken in den Altersjahrgängen von 37 Jahren bis 55 Jahren, die sich insbesondere auf das Potential der Erwerbsbevölkerung auswirken. Hinzu kommen Folgen von gesundheitlichen Kriegsschäden, die ebenfalls zu einer Erhöhung der Sterblichkeit, insbesondere bei den Männern, führten:

Gestorbene auf 10 000 Einwohner:

Jahr	männl.	weibl.
1960	146	112
1965	150	125
1969	160	142

Die Zahlen der jungen Menschen im heiratsfähigen Alter gingen ebenfalls infolge der Geburtenausfälle der Kriegs- und Nachkriegszeit zurück, was zu einem Rückgang der Eheschließungen führte. Das mußte

sich in einem Geburtenrückgang auswirken, der sicherlich durch eine verstärkt einsetzende Familienplanung verschärft worden ist.

Dieser Prozeß war vorhersehbar und ist auch in dieser Zeitschrift bereits behandelt worden („Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung“ im Oktober-Heft 1970 sowie: „Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985“ im April-Heft 1970). Er gilt übrigens nicht nur für Hamburg, sondern für fast alle großen Städte und selbst für das Bundesgebiet wurden erst kürzlich die Prognosezahlen entsprechend verändert. Wir werden ohne Zweifel mit dieser Entwicklung weiter leben müssen bis die Kriegswunden ausgeheilt sind und bis aus den eindeutig wieder stärker besetzten jungen Jahrgängen eine Stabilisierung einsetzen könnte, dieses aber sicher nicht vor Mitte der 80er Jahre.

Die sog. „Randwanderung“; d. h. die Wanderung der Bevölkerung in die Randbezirke der Stadt (vgl. Beitrag in „Hamburg in Zahlen“ September 1968 „Veränderungen im regionalen Bevölkerungsbestand Hamburgs in den letzten Jahren“) und in die Umlandräume (vgl. Beitrag in „Hamburg in Zahlen“, Sonderheft 1, 1967 „Siedlung und Wirtschaft im Raum Hamburg und Umland – Eine ökologische Studie“ –) sind ebenfalls seit längerem bekannte Erscheinungen und nicht nur auf Hamburg begrenzt, sondern typisch für alle großen Städte der BRD und für eine weltweite Entwicklung.

Der Bedarf an modernen Wohnungen und der Wunsch nach einem Eigenheim konnten nur in noch unbebauten Gebieten befriedigt werden und diese lagen eben in den Randgebieten und Umlandräumen; auch Produktionsstätten benötigen im Zuge der Automation und moderner Produktionsverfahren größere Flächen, die ebenfalls nur „vor den Toren der Stadt“ zu beschaffen waren.

So erweiterte sich die Stadt zur Region – Hamburg gab im Laufe von 10 Jahren per Saldo 74 100 Menschen an die Außenzonen der Stadt-Region Hamburg ab, deren Einwohnerzahl um 122 000 anstieg und die Bevölkerung der Region bis auf 2 310 000 anwachsen ließ!

Dieser Verlauf zeichnete sich bereits seit 1965 ab; er wurde bloß durch den Zustrom von Gastarbeitern überdeckt und erst in der Rezession – durch deren teilweise Rückwanderung – offenbar, als die Einwohnerzahl schlagartig um rd. 15 000 abnahm. Die Gastarbeiter kamen wieder zurück, die Randwanderung hielt aber unvermindert an (letzte Zahl ziemlich konstant per Saldo um rd. 10 000 Personen pro Jahr), und man wird mit diesem Phänomen wohl auch noch eine Zeitlang rechnen müssen – wobei die Frage bleibt, ob die Entwicklung der Region prinzipiell schädlich ist oder ob nicht die aufgelockerte „Regionalstadt“ überhaupt die Großstadt der Zukunft sein wird.

Offenbar hat auch die Zahl der Beschäftigten in den Außenzonen beträchtlich zugenommen, denn die Zahl der Auspendler aus den Stadtgebieten von Hamburg hat sich mehr als verdoppelt.

Diese Entwicklung weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer intensiven Regionalplanung in den großstädtischen Agglomerationsräumen hin. Hamburg hat in der Nachkriegszeit hiermit als eine der ersten deutschen Großstädte im Jahre 1955 begonnen und sie im „Landesplanungsrat“ mit Schleswig-Holstein und in der „Gemeinsamen Landesplanungsarbeit“ mit Niedersachsen laufend ausgebaut. Auch der „Entwicklungsplan 2000“ berücksichtigt diese Entwicklung. Dieser Situation wird aber durch entsprechend neuartige Verwaltungsformen Rechnung getragen werden müssen.

Hinweise zur Erhebungsmethode und zum Inhalt des Beitrags

Zur Entlastung der Bevölkerung wurde bei der Volkszählung 1970 erstmals so verfahren, daß 90 % der Bevölkerung in Hamburg – wie auch im übrigen Bundesgebiet – einen einseitigen Fragebogen (mit 18 Fragen) und im Durchschnitt nur jeder zehnte Bürger einen doppelseitigen Bogen (mit insgesamt 39 Fragen) auszufüllen hatten; mit dieser Trennung in einen totalen und einen repräsentativen Teil wird außerdem eine beträchtliche Kosteneinsparung erreicht. In Hamburg wurde dieses Verfahren auch noch – wie einleitend dargelegt – dazu genutzt, durch eine Voreingangsuntersuchung des Stichprobenteils möglichst kurzfristig einige wichtige, von der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft dringend erwartete, Strukturdaten bereitzustellen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse dieser Vorerhebung muß noch einmal auf zwei Einschränkungen hingewiesen werden:

Einmal sind die Ergebnisse einer zehnpromzentigen Erhebung nur in dem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig, so daß schwach besetzte Positionen mehr oder weniger zufallsbedingt sein können. Daher werden statistisch nicht gesicherte Zahlen in den folgenden Tabellen auch nicht hochgerechnet, sondern in den textlichen Ausführungen lediglich die wichtigsten Merkmalshäufigkeiten behelfsmäßig durch Anhängen einer Null hochgeschätzt. Auf die Auswahlmethode für den repräsentativen Teil der Volkszählung wird noch in einem späteren Beitrag ausführlicher eingegangen werden. Hier sei lediglich erwähnt, daß durch eine differenzierte Schichtung und Anordnung der Zählerlisten aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Hamburg rd. 2 700 regionale Einsatzpunkte mit jeweils etwa 30 Haushalten ausgewählt wurden und daß auch die Neubaugebiete (zwischen den beiden Zählungen entstandene) und Anstalten berücksichtigt sind (in der vorliegenden Auswertung ebenfalls mit einem Anteil von 10 Prozent). Insofern repräsentieren die 73 064 ausgewählten Haushalte mit den 168 750 in ihnen lebenden Personen in ihrer Zusammensetzung zweifellos die soziologische Gesamtstruktur aller Hamburger Haushalte bzw. Einwohner.

Die zweite Einschränkung bezieht sich auf die Darbietung regional gegliederter Ergebnisse. Der Stichprobencharakter dieses Erhebungsstells verbietet von vornherein eine Datenbereitstellung unterhalb der Bezirksebene. Im vorliegenden Gesamtüberblick wer-

den daher schwerpunktmäßig Daten für Hamburg dargeboten, eine Analyse der entsprechenden Bezirksergebnisse erfolgt in einem späteren Beitrag.

Der erste Beitrag mit vorläufigen Ergebnissen kann daher nur für das gesamte Gebiet von Hamburg vorgelegt werden. Um den Informationsbedarf der Interessenten an Regionaldaten – so der in der Stadtentwicklungs- und Regionalplanung Tätigen – zu befriedigen, werden die wichtigsten Merkmale aus dem totalen Teil zu gegebener Zeit mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung in einer Aufgliederung bis zu kleinsten räumlichen Einheiten, dem Baublock bzw. Blockseiten oder Straßenabschnitten, zur Verfügung gestellt.

Im folgenden Abschnitt werden die Daten für folgende Bereiche dargeboten:

Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand,
Erwerbstätigkeit nach der Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen,
Innerstädtischer Pendlerverkehr.

Ein wesentliches Anliegen der Stichprobenerhebung war die Gewinnung verbesserter Aussagen zur sozioökonomischen Gliederung der Bevölkerung. Erwerbsstruktur, Ausbildungsstand und Einkommensniveau bestimmen maßgeblich das soziologische Gefüge und die räumliche Verteilung der Bevölkerung. Diese Faktoren beeinflussen auch – in der Regel über die Wohnungsnachfrage bzw. den Wohnungsmarkt – den Grad der Verflechtung zwischen Stadt und Umland sowie zwischen Verdichtungsgebieten (auch über große Distanzen) und ländlichen Räumen.

Die Volkszählung 1970 wurde erstmals dazu genutzt, verbesserte Aussagen über die sozioökonomische Gliederung der Bevölkerung dadurch zu erreichen, daß im repräsentativen Teil die Frage nach dem Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit gestellt wurde. Außerdem wurden alle Bürger gebeten, die Art des Schulabschlusses anzugeben bzw. welche Schule oder Hochschule z. Z. noch besucht wird. Es erschien daher zweckmäßig, im Rahmen des Vorwegprogramms diesen Merkmalen besondere Beachtung zu schenken; dementsprechend werden im nächstfolgenden Abschnitt besprochen die Ergebnisse über

Schulische Ausbildung,
Einkommen der Erwerbstätigen, nach Stellung im Beruf und Schulabschluß gegliedert.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß diese hier entsprechend ihrer soziologischen und ökonomischen Bedeutung ausgewählten Sachverhalte nur einen Bruchteil der Informationen darstellen, die aufgrund des umfangreichen Merkmalskataloges über die Beteiligung am Berufs- und Erwerbsleben, den Bildungsstand, die praktische und schulische Berufsausbildung oder aus dem traditionellen Komplex der Haushalts- und Familienstatistik noch anfallen werden.

Bevölkerungsstand am 27. 5. 1970 nach Geschlecht, Alter und Familienstand

Nach dem für die Aufbereitung von Volkszählungen und die Fortschreibung der Einwohnerzahlen festgelegten Begriff hatte Hamburg am Stichtag der Volkszählung eine Wohnbevölkerung von rd. 1,785 Mio Einwohner. Dabei ist zu beachten, daß bei einer

Bevölkerungszahl von 1,785 Mio

der Fehlerbereich – unter Einschluß des Anteils der Personen mit doppeltem Wohnsitz – bei einer Stichprobe von 10 % rd. $\pm 10\,000$ Personen beträgt. Die Wohnbevölkerung liegt also nach den ersten Ergebnissen aufgrund der 10 %-Erhebung um rd. 47 000 Personen niedriger als die sog. wohnberechtigte Bevölkerung. Bei dieser wohnberechtigten Bevölkerung, deren Zahl am Zählungstichtag rd. 1 832 000 betrug, handelt es sich nicht nur um solche Personen, die ihren Hauptwohnsitz in Hamburg haben, sondern auch um solche mit mehreren Wohnsitzen, die auswärts arbeiten oder studieren und dort einen zweiten Wohnsitz haben. Dieser Begriff der wohnberechtigten Bevölkerung ist nicht ohne Bedeutung: Sie bildet z. B. die unerläßliche Grundlage für alle haushalts- und insbesondere familienstatistischen Untersuchungen; denn bei diesen müssen selbstverständlich alle Personen nach dem Wohnsitz am Familien- und Haushaltsschwerpunkt zusammengeführt werden. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Zweitwohnungen nicht nur mit wachsender Mobilität, sondern mit der Verbreitung von Wochenendhäusern und Ferienwohnungen, insbesondere in großstädtischen Verdichtungsgebieten laufend zu und damit wächst auch der Personenkreis, der die Stadt und ihre Einrichtungen in Anspruch nimmt, unter Umständen erheblich über die Zahl der Wohnbevölkerung hinaus.

Jedenfalls wird man für planerische Überlegungen und Prognosen auf die Dauer nicht mit den Daten der Wohnbevölkerung allein auskommen, ebenso wenig wie man auch mit dem begrenzten Begriff der Bevölkerung der Kernstadt allein, d. h. ohne Berücksichtigung der sie umschließenden Region operieren kann. Es wird sich daher als erforderlich erweisen, die Struktur der Personen mit zweitem Wohnsitz eingehend zu untersuchen und es erscheint auch unerläßlich, die Problematik und die Aussagekraft der verschiedenen Bevölkerungsbegriffe aufgrund der Zählungsergebnisse (bei denen gewisse Eckdaten auch für die wohnberechtigte Bevölkerung aufbereitet werden sollen) eingehend zu analysieren und zu durchdenken.

Das umfangreiche Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung basiert jedoch fast ausschließlich auf der sog. Wohnbevölkerung, die auch die Basis für die Bevölkerungsfortschreibung bildet. In ihr werden – wie bereits erwähnt – bundeseinheitlich Personen mit d o p p e l t e m Wohnsitz an dem Ort zur Bevölkerung gezählt, von dem aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen oder an dem sich nicht berufstätige oder nicht in Ausbildung stehende Personen in der Regel aufhalten. Die nur vorübergehend bei Privatpersonen oder in Beherbergungsbetrieben anwesenden Personen werden an ihrem Heimatwohnsitz gezählt.

Die Gegenüberstellung der wohnberechtigten Bevölkerung Hamburgs von 1961 und 1970 zeigt, daß eine Abnahme der Bevölkerung von 1 857 000 um 25 000 auf 1 832 000 in diesem Zeitraum eingetreten ist.

Vergleicht man die 1970 ermittelte Zahl der Wohnbevölkerung mit der Bevölkerungsfortschreibung, welche seit 1961 nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik durchgeführt wird, dann ergibt sich folgende Differenz:

Fortschreibung zum Volkszählungstichtag	1 811 600
Vorläufig ermittelte Wohnbevölkerung	1 785 300

Differenz	26 300.
-----------	---------

Dies entspricht einer Überhöhung der fortgeschriebenen Bevölkerung um knapp 1,5%, die vor allem auf die bekannten Unsicherheiten in der Erfassung der Zu- und Fortzüge, insbesondere der Ausländer und Personen mit mehreren Wohnsitzen zurückzuführen ist.

Die Zuverlässigkeit der Fortschreibung hängt entscheidend von der Vollzähligkeit und vom Inhalt der An- und Abmeldebescheinigung in den Meldebehörden ab.

Die Bevölkerungsprozesse, die sich in Hamburg zwischen den Volkszählungen 1961 und 1970 vollzogen, lassen sich kurz durch folgende Fakten veranschaulichen:

Lebendgeborene	229 066
Sterbefälle	228 057
Zuzüge	666 725
Fortzüge	691 486
S u m m e	1 815 334.

Das bedeutet also, daß – rein numerisch – im Verlauf von neun Jahren die Hamburger Bevölkerungszahl einmal „umgesetzt“ wurde, wobei die überwiegend durch die intensive Wohnungsbautätigkeit ausgelösten innerstädtischen Umzüge mit einem Volumen von 1,593 Mio Personen nicht einmal berücksichtigt sind. Auf dem Hintergrund dieser außergewöhnlichen Fluktuation muß die vorerwähnte Differenz von rd. 1,5% beurteilt und praktisch als unvermeidbar hingenommen werden.

35% der Hamburger Haushalte bestehen aus nur einer Person – in den anderen leben durchschnittlich drei Personen

Die Auszählung der wohnberechtigten Bevölkerung nach ihrer Haushaltszugehörigkeit ergab folgendes Bild:

Von den 1 832 000 Personen lebten	1 780 900 in Privathaushalten
	51 100 in Anstalten (Lager, Heime und sonstige Gemeinschaftsunterkünfte).

Wie bei früheren Zählungen war auch 1970 der Haushaltsbegriff auf die Personen abgestellt, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenleben, und zwar unabhängig von ihrem Verwandtschaftsverhältnis. Personen, die allein eine Wohnung bewohnen, sowie Untermieter (Einzelpersonen oder Familien) galten – sofern sie allein wirtschaften – ebenfalls als selbständige Haushalte.

Die wohnberechtigte Bevölkerung 1970 gliederte sich in

513 000 Mehrpersonenhaushalte
282 700 Einpersonenhaushalte

795 700 Privathaushalte insgesamt.

Demnach lebten im Durchschnitt in einem Mehrpersonenhaushalt 2,9 Personen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten betrug 35,5%. Mit ziemlicher Sicherheit läßt sich bereits erkennen, daß die Zahl der Haushalte gegenüber der letzten Zählung gestiegen ist – bei rückläufigen Einwohnerzahlen – und daß speziell die Alleinstehenden unter der großstädtischen Bevölkerung weiter zunehmen. Diese Entwicklung ist vor allem durch Haushaltsteilungen infolge der verbesserten Wohnungsverorgung, den Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und weiteren Faktoren verursacht; bei der regionalen Gliederung dieser Ergebnisse werden sich die Schwerpunkte der Neubautätigkeit vermutlich deutlich abheben.

Die von vielen Konsumenten verwendete, sehr globale Maßzahl der durchschnittlichen Haushaltsgröße (ohne Trennung von Ein- und Mehrpersonenhaushalten) wird für Hamburg 1970 voraussichtlich 2,2 Personen betragen gegenüber 2,4 Personen im Jahre 1961.

Abnahme der Wohnbevölkerung gegenüber 1961 um rd. 47 000 und strukturelle Veränderungen im Altersaufbau

Der Altersgliederung der Bevölkerung kommt in den Zählungsergebnissen besondere Bedeutung zu, liefert sie doch zahlreiche Informationen über den Umfang der im Erwerbsleben stehenden bzw. bereits ausgeschiedenen Personen sowie Anhaltspunkte über die noch nicht Schulpflichtigen und die Schüler, so daß sich daraus z. B. wiederum der Bedarf an Schulen und Lehrern ermitteln läßt. Für Vorausschätzungen der Bevölkerung, der Erwerbstätigen, der Wohnberechtigten, von Haushaltsneugründungen, Leistungen der Rentenversicherungen und zahlreiche andere Zwecke ist die Altersstruktur von größter Bedeutung. Hier sei nur noch an die Planung von Krankenhäusern, Altersheimen, Einkaufszentren und Produktionsstätten erinnert, für die zuverlässige demographische Daten benötigt werden.

Zunächst wird eine Gegenüberstellung der Hamburger Wohnbevölkerung 1961 und 1970 vorangestellt.

Von der Bevölkerungsabnahme Hamburgs in Höhe von rd. 47 000 Personen gegenüber 1961 entfielen 27 500 oder 58,5% auf weibliche Personen. Die Geschlechterproportion hat sich in diesem Zeitraum dadurch etwas verändert; auf 1 000 männliche kommen

1970 im Durchschnitt 1 165 weibliche Personen, während bei der Zählung 1961 der Frauenüberschuß etwas höher war (1 172).

Die Wohnbevölkerung in Hamburg

Jahre	Wohnbevölkerung insgesamt	davon			
		männlich		weiblich	
		Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5
1970	1 785 300	824 800	46,2	960 500	53,8
1961	1 832 300	844 300	46,1	988 000	53,9
Differenz Anzahl in %	- 47 000 100	- 19 500 41,5		- 27 500 58,5	

Die Erfassungsquote bei der 10%-Stichprobe aufgrund des Auswahlmaterials der GZ/WZ 1968 betrug 9,45%. Dieser Prozentsatz ergab sich durch die Gegenüberstellung der eingegangenen 10%-VZ-Bogen (168 750) und von 10% der wohnberechtigten Bevölkerung nach den Zählerlisten (183 198), gekürzt um die Personen mit doppeltem Wohnsitz, von dem aus sie zur Ausbildung oder Arbeit gehen (4 668). Dem entsprechend wurden einige wichtige Eckdaten der 9,45% Erhebung mit dem Koeffizienten 1,058 umgerechnet und durch Anhängen einer 0 behelfsmäßig hochgeschätzt.

Die vorstehend bereits erwähnten Mobilitätsvorgänge und die biologischen Veränderungen durch Geburten und Sterbefälle führten zwischen 1961 und 1970 zu einer Regeneration der Hamburger Bevölkerung, die im Altersaufbau erhebliche strukturelle Veränderungen zur Folge hatte.

Das Ausmaß der demographischen Umschichtung kann am eindrucksvollsten durch die unterschiedliche Besetzung der Gruppen der 15- bis unter 65jährigen sowie der darunter bzw. darüber liegenden Altersgruppe zum Stichtag der beiden Volkszählungen dargestellt werden.

Die Gliederung der Hamburger Bevölkerung nach 3 Altersgruppen

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	1970	1961	Veränderung
	1	2	
unter 15	334 300	296 400	+ 37 900
15 bis unter 65	1 142 500	1 278 800	- 136 300
65 und älter ..	308 500	257 100	+ 51 400
Insgesamt	1 785 300	1 832 300	- 47 000

Dieser erste Überblick läßt bereits erkennen, daß ein starker Rückgang der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung eingetreten ist, und daß die alten Jahrgänge sowie die Gruppe der unter 15jährigen höhere Anteile an der Stadtbevölkerung bilden als 1961.

Die detaillierte Altersgliederung, wie sie im S c h a u - bild 1 und der Tabelle 1 dargestellt ist, vermittelt einige zusätzliche Informationen zum Altersaufbau und zum Generationsproblem. Leider stehen aus dem Vorwegprogramm nach dem Geschlecht gegliederte Altersgruppen nicht zur Verfügung, so daß der Interpretation verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt sind. Soziologisch bemerkenswert ist vor allem, daß der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung nunmehr gut 17% beträgt — gegenüber 14% im Jahre 1961 —, dies entspricht 1970 nahezu der Altersgruppe der unter 15jährigen. Besonders augenfällig ist 1970 im Vergleich zur vorangegangenen Zählung der Rückgang bei den 45- bis unter

60jährigen (von rd. 23% auf 18%); es handelt sich dabei um die zwischen 1911 und 1925 Geborenen, unter ihnen also die geburtenschwachen Jahrgänge des ersten Krieges, die im zweiten Weltkrieg stark dezimiert wurden; jeder fünfte Hamburger Einwohner zählte 1970 zur Altersgruppe der 30- bis unter 45jährigen, den zwischen 1926 und 1940 Geborenen, die von unmittelbaren Kriegseinwirkungen im allgemeinen weniger betroffen sind. Im Jahre 1961 betrug der entsprechende Anteil dieser Altersgruppe nur 18%, weil die Besetzung der Jahrgänge 1917 bis 1931 wiederum durch die Folgen der beiden Kriege und der Weltwirtschaftskrise stark beeinflusst war. Nach Vorliegen der Zahlen über die Besetzung der einzelnen Jahrgänge nach dem Geschlecht wird es möglich sein, Verzerrungen des „Lebensbaumes“ deutlich darzustellen, wobei insbesondere auch Auswirkungen der Mobilitätsvorgänge des letzten Jahrzehnts zu untersuchen sein werden.

Zahl der Witwen gegenüber 1961 gestiegen

Die Zusammensetzung der Hamburger Bevölkerung nach dem Familienstand hängt einerseits vom Altersaufbau ab, sie wird aber auch von der Heiratshäufigkeit, vom Heiratsalter und den Ehescheidungen beeinflusst. Der Anteil jüngerer Jahrgänge im noch nicht heiratsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung bestimmt maßgeblich den Anteil der Ledigen, wie andererseits der Anteil der Verwitweten mit demjenigen der über 65jährigen korreliert.

Die hamburgische Bevölkerung nach dem Familienstand

Familienstand	männliche Personen		weibliche Personen	
	1970	1961	1970	1961
	1	2	3	4
Ledig	317 800	333 200	298 500	330 100
Verheiratet	458 000	462 100	454 700	463 800
Verwitwet und geschieden	49 000	49 000	207 300	194 100
Insgesamt	824 800	844 300	960 500	988 000

Tabelle 1

Die Hamburger Wohnbevölkerung nach Altersgruppen — Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10%) —

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Altersgliederung auf 1000 Einwohner bezogen		Veränderung 1970 gegenüber 1961 in Punkten
	1970	1961	
	1	2	3
unter 6	79	69	+ 10
6 bis .. 15	108	93	+ 15
15 .. 18	29	37	- 8
18 .. 21	33	48	- 15
21 .. 30	122	136	- 14
30 .. 45	205	184	+ 21
45 .. 60	180	226	- 46
60 .. 65	71	67	+ 4
65 und älter ...	173	140	+ 33
Insgesamt	1 000	1 000	

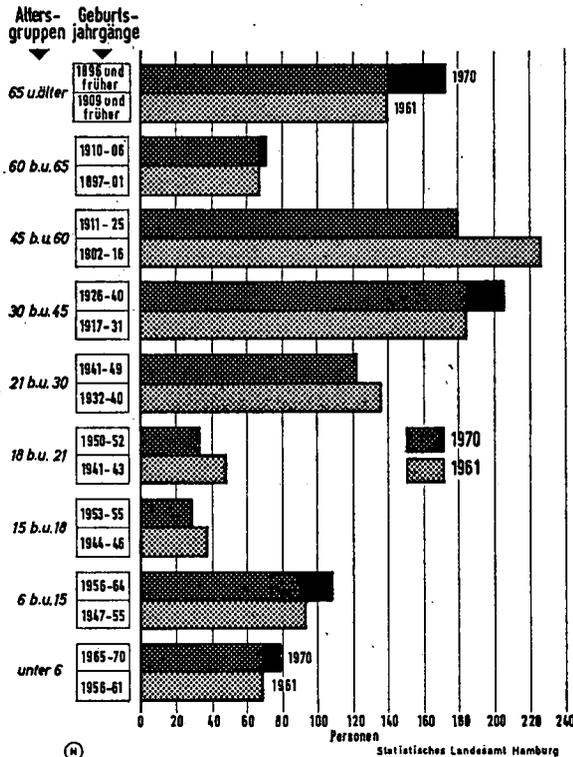
Die Verluste des zweiten Weltkrieges und die längere Lebenserwartung der Frauen sind im wesentlichen die Ursachen für die hohe Zahl der weiblichen Verwitweten; einschl. der Geschiedenen betrug ihre Zahl 1970 gut 207 000, etwa rd. 13 000 mehr als 1961. Unter allen verwitweten und geschiedenen

Personen dominieren die Frauen mit annähernd 81 % (vgl. Tabelle 2).

Schaubild 1

Bevölkerungsgliederung in Hamburg nach Altersgruppen 1970 und 1961

— auf 1000 Einwohner —



Die Zahl der verheirateten Männer und Frauen ist fast gleich groß, auch gegenüber 1961 sind hier keine wesentlichen Änderungen eingetreten; über die Hälfte aller Männer und rd. 48 % aller Frauen waren im Jahre 1970 verheiratet. Um die Jahrhundertwende waren nur je ein Drittel der männlichen und weiblichen Einwohner verheiratet, bedingt durch die breite Basis der damaligen Bevölkerungspyramide mit dem hohen Anteil lediger Personen.

Tabelle 2

Die Hamburger Wohnbevölkerung nach dem Familienstand
— Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) —

Familienstand	In den Jahren	
	1970	1961
	waren von 1 000 der Bevölkerung . . .	
ledig	345	362
verheiratet	511	505
verwitwet/geschieden	144	133
Der Anteil der Frauen innerhalb des entsprechenden Familienstandes in %		
ledig	48,4	49,8
verheiratet	49,7	50,1
verwitwet/geschieden	80,8	79,8

Bemerkenswert ist bei den Ledigen, daß zwischen 1970 und 1961 eine Abnahme um rd. 15 000 unter den männlichen und fast 32 000 unter den weiblichen Personen festgestellt wird, obwohl die jüngeren Jahrgänge 1970 stärker besetzt waren als 1961. Auch hier wird nach Vorliegen der endgültigen, nach

Altersjahren und dem Familienstand gegliederten Ergebnissen zu untersuchen sein, in welchem Umfang die in den vergangenen Jahren eingetretene Verjüngung des Heiratsalters und andere Faktoren zu dieser Entwicklung führten.

Zahl der in Hamburg wohnhaften Erwerbstätigen gegenüber 1961 rückläufig

Informationen über die 1970 im Erwerbsleben stehenden Personen kommt besondere Bedeutung zu, vor allem da seit Einstellung der Beschäftigtenstatistik der Arbeitsämter aus laufenden Erhebungen für die kleineren Länder nur noch Eckdaten aus dem Mikrozensus zur Verfügung stehen. Dabei sind Daten über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben für planerische Überlegungen unentbehrlich; so werden auch für die Berechnungen des Volkseinkommens exakte Unterlagen über die Erwerbstätigen dringend benötigt. Bei den folgenden Ausführungen ist jedoch zu beachten, daß sie sich nur auf diejenigen Erwerbstätigen beziehen, die in Hamburg wohnen bzw. zur Hamburger Wohnbevölkerung gerechnet werden. Es handelt sich also keinesfalls um die Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten, da Pendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen nicht einbezogen sind. Über die Entwicklung des Pendlerverkehrs kann z. Z. leider noch keine Aussage gemacht werden; die Angaben über diesen Personenkreis sind am Volkszählungstichtag in den beiden Nachbarländern — am Wohnsitz der Pendler — erhoben worden und gehen dem Statistischen Landesamt Hamburg erst im Laufe dieses Jahres zu. Bei der Volkszählung 1961 gab es rd. 102 000 Einpendler nach Hamburg; ihre Zahl dürfte 1970 höher liegen, da zwischen den beiden Zählungen — begünstigt durch Motorisierung, relativ gute Erreichbarkeit und offenbar günstigere Wohnungsmarktlage im Umland — die Verflechtung mit den Hamburger Randkreisen stark zunahm. Zwischen 1961 und Ende 1969 verzeichneten diese insgesamt einen Wanderungsgewinn gegenüber Hamburg von 94 400 Personen.

Die Hochschätzung der (in Hamburg wohnhaften) Erwerbstätigen ergab rd. 800 000 Personen, unter ihnen 306 000 oder 38 % Frauen.

Geschlecht	Erwerbsquoten		
	Wohnbevölkerung	Erwerbstätige	Erwerbsquote %
	1	2	3
1970			
männlich	824 800	494 300	59,9
weiblich	960 500	305 900	31,8
Insgesamt	1 785 300	800 200	44,8
1961			
männlich	844 300	549 400	67,1
weiblich	988 000	338 300	34,2
Insgesamt	1 832 300	887 700	48,4

Gegenüber 1961 ist demnach ein beträchtlicher Rückgang bei den Erwerbstätigen festzustellen, und zwar sowohl bei den Männern (rd. 55 000) als auch bei den Frauen (über 32 000). Dementsprechend errechnen sich für 1970 erheblich niedrigere Erwerbsquoten als 1961; die Erwerbsquote für sämtliche Männer und

Frauen betrug 1970 nur 44,8 % gegenüber 48,4 % im Jahre 1961.

Diese in Anbetracht der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung und der angespannten Arbeitsmarktsituation zunächst unverständliche Aussage wird plausibler, wenn nach dem Alter der Erwerbstätigen gegliederte Ergebnisse verglichen werden.

Erwerbstätige nach Altersgruppen

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Geschlecht	1970	1961	Ver- änderung 1970 gegenüber 1961
		1	2	
unter 20	männlich	29 400	48 800	- 19 400
	weiblich	26 300	45 400	- 19 100
	zusammen	55 700	94 200	- 38 500
20 bis unter 40	männlich	232 100	224 900	+ 7 200
	weiblich	136 400	154 600	- 18 200
	zusammen	368 500	379 500	- 11 000
40 bis unter 60	männlich	174 700	214 400	- 39 700
	weiblich	122 200	118 000	+ 4 200
	zusammen	296 900	332 400	- 35 500
60 und älter ..	männlich	58 100	61 300	- 3 200
	weiblich	21 000	20 300	+ 700
	zusammen	79 100	81 600	- 2 500
Insgesamt	männlich	494 300	549 400	- 55 100
	weiblich	305 900	338 300	- 32 400
	zusammen	800 200	887 700	- 87 500

Die größte Abnahme, nämlich 38 500 Personen oder 44 % der Gesamtabnahme entfällt allein auf die jüngsten Erwerbstätigen, die 19jährigen oder jüngeren. In diesem Zusammenhang sei auch auf Ergebnisse der Schulstatistik verwiesen: 1969 lag die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden und an berufsbildenden Schulen weit höher als 1961.

Schüler – bis einschließlich 19 Jahre alt – 1969 und 1961

Art der Schulen	1969	1961	Zunahme 1969 gegenüber 1961
	1	2	
Allgemein- bildende Schulen	212 838	182 985	29 853
Berufsbildende Schulen	7 814	5 753	2 061
Zusammen	220 652	188 738	31 914

In der stärksten Altersgruppe, bei den 20- bis unter 40jährigen Erwerbstätigen, verzeichneten die Männer gegenüber 1961 sogar einen Zugang um gut 7 000 Erwerbstätige, dem allerdings bei den Frauen ein relativ hoher Beschäftigtenrückgang um über 18 000 gegenübersteht. Inwieweit sich hier Änderungen der Verheiratetenquote und im Altersaufbau bemerkbar machen, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt untersucht werden. Der ungünstige Altersaufbau der 1970 im Alter von 40 bis unter 60 Jahren stehenden männlichen Erwerbstätigen einerseits und die vorstehend erwähnte Abwanderung in das Umland dürfen jedenfalls die große Differenz gegenüber 1961 begründen, wobei nicht auszuschließen ist, daß ge-

rade in dieser Altersgruppe die Lücke durch entsprechend höhere Pendlerzahlen teilweise geschlossen wird.

Die soziale Gliederung der Erwerbstätigen erfolgte 1970 – wie bei früheren Zählungen – nach der Stellung im Beruf, d. h. nach Selbständigen, Mithelfenden Familienangehörigen, Beamten (einschl. Richter), Angestellten, Arbeitern (einschl. Heimarbeiter) und Lehrlingen (getrennt für gewerbliche einerseits, kaufmännische, technische und Verwaltungslehrlinge andererseits). Die Zuordnung zu diesen groben Gruppen erfolgte durch die Haushalte selbst; an die Genauigkeit der Eintragungen darf kein strenger Maßstab angelegt werden, da eine Definition dieser vorgegebenen Kategorien bzw. systematischen Einheiten im Volkszählungsbogen der 90 %-Erhebung selbst nicht gegeben war. Die Unterscheidung der Tätigkeitsmerkmale dieser sozialen Gruppen hinsichtlich manueller Ausübung bzw. büro- oder verwaltungsmäßiger Funktion wird mit zunehmender Automation der Arbeitsabläufe immer schwieriger. Hinzu kommt, daß Lohnzahlungsperioden vielfach Gehaltszahlungsterminen angeglichen wurden, so daß der rechtliche Status von Angestellten und Arbeitern im Betrieb primär von der Art der Alters- und Krankenversorgung abhängt. Danach wurde aber 1970 – im Gegensatz zu 1961 – nicht gefragt, so daß der zeitliche Vergleich dieser Ergebnisse problematisch wird. Im Rahmen der 10 %-Erhebung ist beabsichtigt, über die relativ grobe Gliederung nach der Stellung im Beruf hinaus zu einer verbesserten sozioökonomischen Schichtung zu gelangen, nicht zuletzt um die internationale Vergleichbarkeit der entsprechenden Censusergebnisse zu gewährleisten. Vorwiegend über die bisher heterogene Gruppe der Selbständigen und der freien Berufe (letztere gegliedert nach Selbständigen und Abhängigen), aber auch über Angestellte und Arbeiter in leitender oder aufsichtsführender Stellung werden zusätzliche Informationen über deren spezifische Berufsausübung aufgrund des Stichprobenteils der Erhebung bereitgestellt werden.

Tabelle 3

Die Erwerbstätigen(am Wohnort) nach der Stellung im Beruf

– Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) –

Stellung im Beruf	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Anteil der Männer in der entsprechen- den Stellung im Beruf	
	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961
	auf 1 000 Erwerbstätige						in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Selbständige und Mithelfende Familienangehörige	109	126	114	128	101	124	64,7	62,6
Beamte/Richter	78	55	105	77	33	21	83,9	85,8
Angestellte (einschließlich Lehrlinge)	443	377	358	296	580	509	50,1	48,6
Arbeiter (einschließlich Heimarbeiter und Lehrlinge)	370	442	422	500	286	347	70,5	70,0

Die einfache Auszählung der Frage nach der Stellung im Beruf ergab für 1970 einen sehr hohen Anteil von Angestellten; er betrug 44 % gegenüber 38 %

im Jahre 1961 (vgl. Tabelle 3); umgekehrt hatten damals 44% der Erwerbstätigen sich als Arbeiter bezeichnet, 1970 betrug ihr Anteil nur noch 37%. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in diesem Zeitraum Veränderungen im Arbeitsprozeß, Tarifrecht bzw. in der Tarifgestaltung eingetreten sind, die tendenziell zu einer Erhöhung der Zahl der Angestellten – insbesondere in den Dienstleistungsbereichen und hier wiederum speziell bei den Frauen – geführt haben. Ob aber die Umstrukturierung das vorstehend beschriebene Ausmaß angenommen hat, läßt sich nicht mit Sicherheit belegen; es könnte z. B. durchaus sein, daß Arbeiter mit monatlicher Lohnzahlung sich teilweise in den Erhebungsbogen als Angestellte eingetragen haben.

Die Erwerbstätigen 1970 nach der Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	Erwerbstätige insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
	1	2	3
Selbständige einschl. Mithelfende Familienangehörige	87 400	56 500	30 900
Beamte/Richter	62 000	52 000	10 000
Angestellte (einschl. Lehrlinge)	354 400	177 600	176 800
Arbeiter (einschl. Lehrlinge)	296 400	209 000	87 400
Insgesamt	800 200	495 100	305 100

Besonders aufschlußreich ist die Umschichtung im Bereich der Selbständigen und der Mithelfenden Familienangehörigen; gab es 1961 noch rd. 112 000 Erwerbstätige in dieser Gruppe, waren es 1970 nur noch rd. 87 000. Im Augenblick läßt sich die Trennung nach Selbständigen und Mithelfenden leider nicht vornehmen, so daß noch nicht beurteilt werden kann, in welchem Umfang die Stilllegung kleinerer Betriebe – vor allem von Einzelhandelsgeschäften – sowie der Rückgang der Mithelfenden dazu beigetragen haben.

Aus Tabelle 3 ist u. a. noch ersichtlich, daß 1970 der Anteil der Frauen unter den Beamten höher war als 1961, bei den übrigen Bereichen war dies nicht der Fall. Die Zahl der weiblichen Angestellten kam 1970 nahe an diejenige der männlichen heran, gegenüber 1961 ergab sich keine wesentliche Änderung dieser Relation.

Produzierendes Gewerbe verzeichnet starken Beschäftigungsrückgang gegenüber 1961, hat aber immer noch die meisten Erwerbstätigen

Die Hochschätzung der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen für die Wirtschaftsbereiche und der Vergleich mit 1961 geben weitere Hinweise auf die Beschäftigtenentwicklung innerhalb der Branchen. Wie 1961 war auch 1970 das Produzierende Gewerbe – an der Zahl der Erwerbstätigen gemessen – der größte Wirtschaftsbereich, es wird aber hier ein Rückgang von fast 57 000 Erwerbstätigen festgestellt, darunter 21 000 Frauen.

Hier haben Rationalisierungsmaßnahmen und Automation offensichtlich die Freisetzung von Arbeitskräften ermöglicht, die Abwanderung von Firmen – vor allem in das Umland – mag im Vergleich dazu eine

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1970 und Veränderung gegenüber 1961

Wirtschaftsbereiche	1970 ¹⁾			Veränderung 1970 gegenüber 1961 ¹⁾		
	männlich	weiblich	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen
	1	2	3	4	5	6
Produzierendes Gewerbe	215 200	72 400	287 600	-35 800	-20 900	-56 700
Handel	70 600	78 100	148 700	-11 000	+ 8 600	-19 600
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	71 600	19 600	91 200	-16 600	- 1 000	-17 600
Kredit- und Vers.-Gewerbe	19 900	18 700	38 600	+ 3 500	+ 3 800	+ 7 300
Dienstleistungen usw.	66 400	96 300	162 700	+ 3 500	- 5 800	- 2 300
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	43 600	17 200	60 800	+ 5 800	+ 3 600	+ 9 400
Land- und Forstwirtschaft	6 300	4 300	10 600	- 1 600	- 700	- 2 300
Insgesamt	494 300	305 900	800 200	-52 200	-29 600	-81 800

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Runden.

untergeordnete Rolle spielen. In den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind die Zahlen der Erwerbstätigen gegenüber 1961 ebenfalls rückläufig, wobei im Verkehrswesen die Abnahme fast ausschließlich die männlichen Beschäftigten betraf, während im Handel, wo mehr Frauen als Männer tätig sind, der Rückgang sich gleichmäßiger auf die männlichen und weiblichen Beschäftigten verteilte. Es bleibt abzuwarten, ob evtl. höhere Pendlerzahlen in diesen Bereichen die Relationen verändern werden. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie bei den Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherungen waren 1970 mehr Männer und Frauen erwerbstätig als 1961.

Eine Sonderentwicklung zeichnet sich im Dienstleistungsbereich ab, wo fast 6 000 weibliche Erwerbstätige weniger gezählt wurden als 1961, andererseits wird bei den männlichen Erwerbstätigen – vermutlich durch Gastarbeiter – eine Zunahme um 3 500 verzeichnet. Im Bereich der Landwirtschaft war – wie zu erwarten – die Beschäftigtenzahl rückläufig.

Tabelle 4a

Die Altersgliederung der Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1970

– Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10-%) –

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Von 1 000 Erwerbstätigen des jeweiligen Wirtschaftsbereiches standen im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Dienstleistungen usw.	Geb.-Körperschaften, Sozialversicherung
		1	2	3	4	5	6
unter 20 ..	männl.	70	65	53	57	27	40
	weibl.	74	91	74	134	92	49
	zus.	71	79	57	94	65	42
20 – 40 ...	männl.	498	443	445	452	439	416
	weibl.	486	408	461	484	455	352
	zus.	495	424	448	467	448	398
40 – 60 ...	männl.	330	323	400	391	382	434
	weibl.	392	411	422	346	376	534
	zus.	345	369	405	370	378	462
60 und älter	männl.	101	167	100	98	151	108
	weibl.	46	88	39	33	75	64
	zus.	87	126	87	66	107	96
Insgesamt		1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000

In den Tabellen 4 a und 4 b sowie im Schaubild 2 sind die Erwerbstätigen nach dem Alter und ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsbereichen gegliedert. Diese Ergebnisse lassen erkennen, daß die Altersstruktur der Erwerbstätigen in einzelnen Bereichen z. T. recht unterschiedlich ist. Auf folgende Besonderheiten aus der Vielfalt des dort dargebotenen Materials sei hingewiesen:

Produzierendes Gewerbe

Die Hälfte aller Erwerbstätigen in diesem großen Wirtschaftsbereich war zwischen 20 und 40 Jahre alt, jeder dritte männliche und 40 % der weiblichen Erwerbstätigen stand im Alter von 40 bis unter 60 Jahren. In der höchsten Altersgruppe befand sich jeder zehnte männliche Beschäftigte, von den Frauen dagegen nur noch 5 %. Bemerkenswert ist ferner, daß jeder zweite männliche Hamburger Erwerbstätige unter 19 Jahren im Produzierenden Gewerbe tätig ist (Tabelle 4 b).

Handel

Im Handel – dem für die Metropole Hamburg besonders bedeutsamen Wirtschaftsbereich – ist das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen etwas höher als im Produzierenden Gewerbe, es sind dort vor allem auch relativ viel ältere Frauen beschäftigt. Es sei daran erinnert, daß 1970 im Handel 78 000 weibliche und 71 000 männliche Erwerbstätige beschäftigt waren. Jeder sechste männliche Erwerbstätige war 60 Jahre oder älter. Die 20- bis unter 40jährigen –

in fast allen Wirtschaftsbereichen die dominierende Altersschicht – waren im Handel verhältnismäßig schwach vertreten (44 % der männlichen, 41 % der weiblichen Erwerbstätigen). Bei den Mädchen scheint eine Beschäftigung im Handel noch attraktiv zu sein; 9 % aller weiblichen Beschäftigten waren unter 20 Jahre alt und 26 % aller erwerbstätigen Hamburgerinnen in der jüngsten Altersgruppe haben diesen Wirtschaftszweig ausgewählt.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß annähernd jede dritte Frau, die mit 60 Jahren oder darüber noch erwerbstätig ist, im Handel beschäftigt war.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Charakteristisch für diesen Wirtschaftszweig – in dem vor allem die Beschäftigten von Bahn und Post, der HHA und Taxi-Unternehmen enthalten sind – ist, daß die Zahl der männlichen Erwerbstätigen diejenige der weiblichen weit übertrifft. Die Altersstruktur der Männer wird dadurch gekennzeichnet, daß die 40- bis unter 60jährigen in diesem Bereich bereits 40 % bilden, 10 % sind älter.

Der männliche Nachwuchs für diesen Bereich scheint gesichert zu sein. Jeder achte erwerbstätige Hamburger in der jüngsten Altersklasse – also bis 19 Jahre alt – hatte sich für diesen Wirtschaftszweig entschieden.

Kredit- und Versicherungsgewerbe

Hier sind fast ebenso viele Frauen (rd. 19 000) wie Männer (20 000) erwerbstätig, auf die beachtliche Zunahme der Beschäftigten seit 1961 wurde bereits hingewiesen. Die Präferenzen junger Frauen für diesen Wirtschaftsbereich zeichnen sich deutlich ab: Von 100 im Kredit- und Versicherungswesen erwerbstätigen Frauen waren 13 unter 20 Jahre alt, es ist dies mit Abstand der höchste Anteil unter allen Wirtschaftsbereichen. Gut 48 % der erwerbstätigen Frauen waren 20 bis unter 40 Jahre alt, 35 % im Alter von 40 bis unter 60 Jahren.

Die höchste Altersgruppe ist – besonders bei den Frauen – anteilmäßig nur schwach besetzt.

Dienstleistungen

In diesem Bereich ist eine Fülle verschiedenartiger Wirtschaftsgruppen zusammengefaßt, wie Wäschereien, Reinigungsgewerbe, Gaststättengewerbe, die Gruppe Kunst, Theater, Film und Rundfunk, das Wohnungs- und Grundstückswesen, bis zum Friseur oder privaten Bestattungsgewerbe. Es ist dies – neben dem Handel – auch der einzige Wirtschaftsbereich, in dem die Frauen überwiegen, kommen doch hier auf 100 männliche Erwerbstätige 145 weibliche. Rund 31 % aller erwerbstätigen Frauen in Hamburg sind in Dienstleistungsberufen tätig. In Anbetracht der heterogenen Zusammensetzung dieses Wirtschaftsbereiches sind die Vorwegergebnisse darüber wenig aussagefähig. Aus den Tabellen 4 a und 4 b geht hervor, daß sich unter den männlichen Erwerbstätigen dieses Bereiches auffallend wenige Jugendliche

Tabelle 4 b

Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen und Altersgruppen 1970

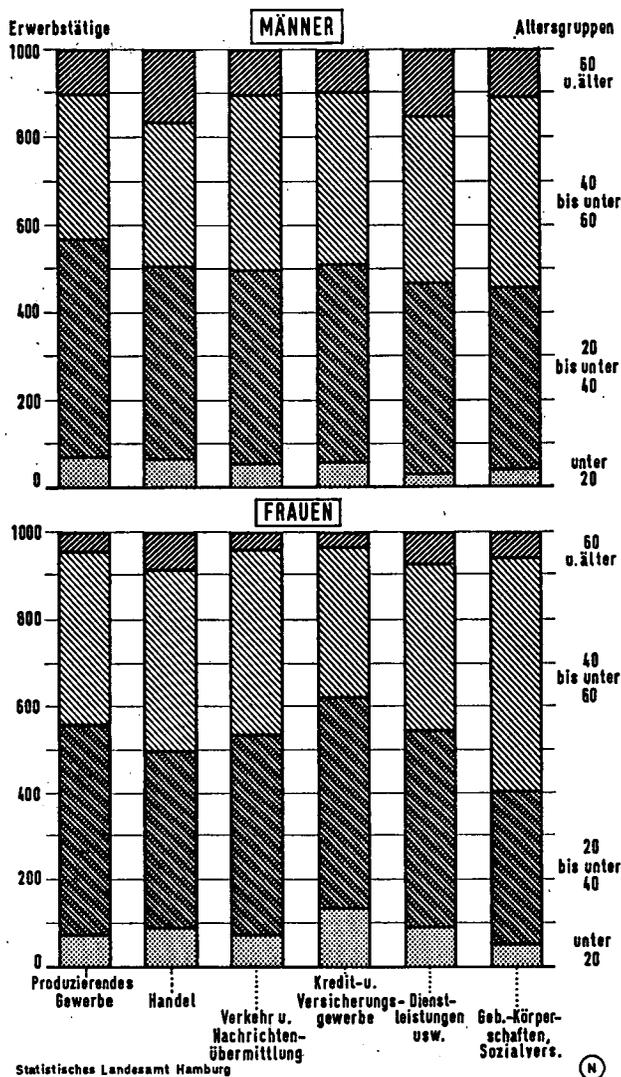
– Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) –

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Auf jeweils 1000 Erwerbstätige in den Altersgruppen bezogen	Von diesen gehörten folgenden Wirtschaftsbereichen an ...					Geb.-Körperschaften, Sozialversicherung
			Produzierendes Gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Dienstleistungen usw.	
			1	2	3	4	5	
Erwerbstätige insgesamt	männlich	1 000	424	139	141	39	131	86
	weiblich	1 000	230	249	63	60	306	55
davon unter 20	zusammen	1 000	350	181	111	47	198	74
	männlich	1 000	500	154	126	38	59	58
20 bis unter 40	weiblich	1 000	199	263	54	93	328	32
	zusammen	1 000	358	205	92	64	186	45
40 bis unter 60	männlich	1 000	450	132	134	38	122	77
	weiblich	1 000	251	229	65	65	313	44
60 und älter ..	zusammen	1 000	377	168	108	48	193	64
	männlich	1 000	396	127	160	43	142	106
60 und älter ..	weiblich	1 000	226	257	66	52	289	74
	zusammen	1 000	326	181	121	47	202	93
60 und älter ..	männlich	1 000	364	198	120	33	168	80
	weiblich	1 000	157	322	36	28	336	51
60 und älter ..	zusammen	1 000	309	231	98	31	213	72

befinden, und daß immerhin 15% bereits 60 Jahre oder älter sind. Bemerkenswert ist schließlich auch noch die Tatsache, daß von allen erwerbstätigen Frauen im Alter von 60 Jahren oder darüber über ein Drittel auf den Dienstleistungssektor entfallen.

Schaubild 2

Die Altersgliederung der Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1970
— auf 1000 männliche bzw. weibliche Erwerbstätige des jeweiligen Wirtschaftsbereiches bezogen —



Gebietskörperschaften, Sozialversicherung

Für Behörden und sonstige Organisationen einschließlich der Sozialversicherungen werden rd. 61 000 Erwerbstätige nachgewiesen. Der Altersaufbau im öffentlichen Dienst ist verhältnismäßig ungünstig; von 100 Erwerbstätigen waren 44 unter 40 Jahre alt; im Produzierenden Gewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe betrug der entsprechende Anteil jeweils 56, in den übrigen Bereichen etwa 50.

Der Anteil von Mädchen (unter 20 Jahre) war beträchtlich niedriger als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Aus Tabelle 4a geht hervor, daß 53% der weiblichen Erwerbstätigen des öffentlichen Dienstes zwischen 40 und 60 Jahre alt sind, im Kredit-

und Versicherungsgewerbe beträgt der entsprechende Anteil nur 35%.

Da unter den Gebietskörperschaften und sonstigen Organisationen ebenfalls sehr unterschiedliche Behörden und Einrichtungen zusammengefaßt sind, können erst die nach einzelnen Geschäftszweigen gegliederten endgültigen Ergebnisse Hinweise auf altersstrukturelle Zusammenhänge vermitteln.

Im Innerstädtischen Verkehr benutzen täglich 306 000 Erwerbstätige öffentliche Verkehrsmittel

Die Volkszählungsbogen enthielten für Erwerbstätige, Schüler und Studierende die Frage, welches Verkehrsmittel hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte benutzt wird. Das Ausmaß dieser Fluktuation zwischen der Hamburger Wohnung und der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte — der sogenannte innerstädtische Pendlerverkehr — und die Inanspruchnahme der verschiedenen Verkehrsmittel sind wichtige Richtgrößen für die Verkehrsplaner.

Innerstädtische Pendler sind die Hamburger Erwerbstätigen, Schüler und Studierenden, die täglich ihr Wohngrundstück verlassen, um ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte aufzusuchen. Nicht zu den Pendlern zählen Handelsvertreter, Reisende und Personen, deren Arbeitsstätte auf dem Wohngrundstück liegt.

Die Auszählung der Vorwegergebnisse wurde zunächst auf den Kreis der Erwerbstätigen begrenzt, die Ausbildungspendler sind also nicht enthalten; auch können die für den Stadt- und Verkehrsplaner besonders wichtigen regionalen Verflechtungstabellen (Herkunft und Ziel) erst zu einem späteren Zeitpunkt bereitgestellt werden.

Daß die vom Umland hereinkommenden Erwerbstätigen (Einpendler) mit ihrem Arbeitsziel in Hamburg, den benutzten Verkehrsmitteln und dem benötigten Zeitaufwand erst später untersucht werden können, wurde bereits erwähnt.

Für die 800 200 Erwerbstätigen in Hamburg ergaben sich aus der Vorwegauszählung folgende Orientierungsdaten:

- a) auf dem gleichen Grundstück arbeiteten 106 400 oder 13,3%
- b) das Grundstück wird zwecks Erreichen der Arbeitsstätte täglich verlassen (innerstädtische Pendler) 676 200 oder 84,5%
- c) es arbeiteten außerhalb von Hamburg (Auspendler) 17 600 oder 2,2%

Zunächst überrascht die hohe Zahl derjenigen Erwerbstätigen, bei denen Wohnung und Arbeitsstätte sich auf dem gleichen Grundstück befinden. Unter ihnen befindet sich aber zweifellos ein großer Teil der 87 400 Selbständigen und Mithelfenden; in den

Wohngebieten sind bei Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben vielfach Arbeitsplatz und Wohnung von der Grundstückslage her identisch. Auch in der Innenstadt haben häufig Hausverwalter, Pförtner usw. eine Wohnung im Betriebsgebäude.

Bemerkenswert ist auch die Zahl der auswärts beschäftigten Hamburger: Fast 18 000 in Hamburg wohnhafte Erwerbstätige haben ein Arbeitsziel außerhalb der Hansestadt, ihre Zahl betrug 1961 nur 7 700.

Die Gliederung der 676 300 innerstädtischen Pendler nach Fußgängern und Benutzern von Verkehrsmitteln ergab folgende Größenordnungen:

Fußgänger	112 300 oder 16,6 %
Zweiradfahrer	24 400 oder 3,6 %
Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel	306 300 oder 45,3 %
Pkw-Selbstfahrer	212 300 oder 31,4 %
Pkw-Mitfahrer	21 000 oder 3,1 %

Die Bedeutung der öffentlichen Nahverkehrsmittel – U-Bahn, S-Bahn, Omnibus und Straßenbahn – für die Bewältigung des Berufsverkehrs (ohne Wirtschafts- und Gelegenheitsverkehr) wird aus diesen Relationen klar erkennbar, ebenso wie die starke Belastung des Straßennetzes durch 212 000 Pkw. Interessant ist auch die Feststellung, daß mindestens 90% der Pkw-Fahrer allein – also ohne Mitfahrer – ihre Arbeitsstätte erreichen.

In groben Umrissen geht die Verteilung der Erwerbstätigen nach der Lage ihrer Wohnung und die Art ihrer Beteiligung am innerstädtischen Verkehr aus Tabelle 5 hervor, in der die sieben Bezirke berücksichtigt worden sind.

In Wandsbek und Hamburg-Nord, den der Einwohner-

zahl nach größten Bezirken, wohnen zusammen 40 % der Hamburger Erwerbstätigen. In Wandsbek arbeiteten 15,4% der Erwerbstätigen auf dem Wohngrundstück, in Hamburg-Nord dagegen nur 12,5 %. Auch zwischen Bergedorf und Harburg gibt es beachtliche Unterschiede: Arbeitete in Bergedorf gut jeder fünfte Erwerbstätige auf dem gleichen Grundstück, traf dies in Harburg nur für jeden zehnten zu. Die regional tiefer gegliederten Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung nach Branchen und Betriebsgrößen werden hier zweifellos interessante Zusammenhänge aufzeigen.

Die Inanspruchnahme der Verkehrsmittel durch die Erwerbstätigen ist stark vom regionalen Angebot der öffentlichen Verkehrsleistungen abhängig, vom privaten Kraftfahrzeugbesitz und zahlreichen anderen Faktoren, welche die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes beeinflussen. Aus den globalen Bezirksergebnissen ergibt sich bereits, daß in Wandsbek mit seinen großen Neubaugebieten verhältnismäßig viele Erwerbstätige mit dem Pkw zur Arbeitsstätte fahren (auch die Zahl der Pkw-Mitfahrer ist dort dementsprechend deutlich höher als in den anderen Bezirken). Dagegen verzeichnet Hamburg-Mitte relativ wenig Pkw-Fahrer; hier macht sich bemerkbar, daß die in der Nähe der Arbeitszentren Wohnenden teils zu Fuß oder mit dem Zweirad den Arbeitsplatz erreichen können. Auch die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im Innenstadtbereich dürfte – vom Zeitaufwand und den Parkmöglichkeiten her – vielfach der Fahrt mit dem Pkw vorzuziehen sein. Die höchste Nachfrage bei den öffentlichen Verkehrsmitteln geht von den Erwerbstätigen des Bezirkes Hamburg-Nord aus, sie stellen mehr als ein Fünftel der täglichen Benutzer, die Quote der Pkw-Fahrer liegt dort unter dem städtischen Gesamtdurchschnitt. Weitere Einzelheiten sind der Tabelle 5 zu entnehmen; nach Vorliegen der endgültigen Zahlen werden auch entsprechende Ergebnisse für die Orts- und Stadtteile zur Verfügung gestellt.

Tabelle 5

Erwerbstätige, Pendler und benutzte Verkehrsmittel in den 7 Hamburger Bezirken 1970
– Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10%) –

Bezirke	Erwerbstätige zusammen	davon			Von den innerstädtischen Pendlern (Sp. 4) benutzte Verkehrsmittel bzw. Fußgänger				
		arbeiteten auf gleichem Grundstück	waren Auspendler	waren innerstädtische Pendler	Fußgänger	Öffentliche Verkehrsmittel	Zweirad	PKW-Selbstfahrer	PKW-Mitfahrer
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
– Hamburg insgesamt = 100 –									
Hamburg-Mitte	15,9	12,8	9,6	16,5	21,2	17,2	20,5	12,8	13,6
Altona	13,4	13,1	16,5	13,3	14,8	13,2	10,9	13,0	13,1
Eimsbüttel	14,4	14,6	14,1	14,4	14,9	14,1	11,2	14,8	16,9
Hamburg-Nord	19,6	18,5	19,6	19,8	19,1	21,4	13,6	18,7	18,0
Wandsbek	20,5	23,7	20,4	20,0	11,1	19,7	18,5	25,1	22,2
Bergedorf	5,2	8,6	10,4	4,6	4,9	3,9	8,7	4,9	4,5
Harburg	11,0	8,7	9,4	11,4	14,0	10,5	16,6	10,7	11,7
Hamburg insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
– jeweiliger Bezirk = 100 –									
Hamburg-Mitte	100	10,7	1,3	88,0	21,4	47,2	4,4	24,4	2,6
Altona	100	13,1	2,7	84,2	18,6	44,8	2,9	30,6	3,1
Eimsbüttel	100	13,4	2,1	84,5	17,2	44,2	2,8	32,1	3,7
Hamburg-Nord	100	12,5	2,2	85,3	16,0	49,0	2,5	29,6	2,9
Wandsbek	100	15,4	2,2	82,4	9,2	44,6	3,3	39,4	3,5
Bergedorf	100	21,8	4,3	73,9	17,8	38,8	6,8	33,5	3,1
Harburg	100	10,5	1,9	87,6	20,4	41,8	5,2	29,4	3,2
Hamburg insgesamt	100	13,3	2,2	84,5	16,6	45,3	3,6	31,4	3,1

Jüngere Altersgruppen haben verbesserte Schulbildung

Kennzeichnend für den Ausbildungsstand der Hamburger Bevölkerung ist die für Männer und Frauen gleichermaßen offensichtliche Zunahme höherqualifizierter Schulabschlüsse in den jüngeren Altersgruppen. Der Anteil an Abiturienten und Abiturientinnen weist dabei die auffallendste Steigerung auf. In der Altersgruppe der 60jährigen und älteren Einwohner haben weniger als 1% der Frauen und knapp

3% der Männer die Reifeprüfung bestanden; demgegenüber besitzen in der Gruppe der 20- bis unter 40jährigen bereits 4% der Frauen und rd. 7% der Männer ein Abiturzeugnis (vgl. Tabelle 6).

Eine verstärkte Zunahme der Absolventen von Berufsfach- und Fachschulen, Ingenieurschulen sowie Universitäten und Hochschulen ist ebenfalls unter den jüngeren Altersgruppen festzustellen. Insbesondere der Anteil der Berufsfach- und Fachschulabschlüsse liegt mit mehr als 10% bei den 20- bis

Tabelle 6

Die Wohnbevölkerung nach schulischer Vorbildung, Altersgruppen und Geschlecht 1970

— Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10%) —
in %

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Wohnbevölkerung		Von 100 ¹⁾ Personen mit Schulabschluß haben den höchsten Abschluß an einer/einem					
		Insgesamt	darunter haben einen Schul- abschluß	Volks- und/oder Berufsschule ²⁾	Realschule	Gymnasium	Berufsfach- Fach- schule ³⁾ (einschl. Techniker- schule)	Ingenieur- schule	Hochschule
Insgesamt (einschließlich nicht zuzu- ordnender Fälle)	männlich	100	76,5	65,6	12,9	4,9	9,0	2,9	4,7
	weiblich	100	80,2	72,6	15,7	2,5	7,0	0,0	2,1
	insgesamt	100	78,5	69,4	14,4	3,6	7,9	1,3	3,3
davon unter 20	männlich	100	16,4	77,0	19,4	1,8	1,7	—	—
	weiblich	100	17,2	71,8	21,9	1,9	4,3	—	—
20 — 40	männlich	100	98,5	60,8	13,4	6,7	10,8	3,2	5,0
	weiblich	100	98,5	63,8	18,7	4,0	10,4	0,1	3,3
40 — 60	männlich	100	98,9	63,5	12,6	4,8	10,1	3,6	5,4
	weiblich	100	98,5	70,9	16,3	3,0	7,8	0,0	2,0
60 und älter	männlich	100	96,8	72,9	11,1	2,7	6,5	2,5	4,3
	weiblich	100	95,6	82,7	11,6	0,9	3,3	—	1,5

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Berufsschulen sind berufs begleitende Teilzeit-Pflichtschulen, die von allen in der praktischen Berufsausbildung stehenden — oder erwerbslosen — Jugendlichen besucht werden. — ³⁾ Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende Vollzeitschulen mit einem mindestens ein Jahr umfassenden Unterricht zur Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse und Fertigkeiten. — Fachschulen sind freiwillige berufsbildende Schulen, die der Berufsbildung dienen und zu einem qualifizierten Abschluß führen; die Lehrgänge umfassen mindestens insgesamt 600 Unterrichtsstunden oder einen Halbjahreskurs mit Ganztagsunterricht.

Tabelle 7

Die Erwerbstätigen am Wohnort nach schulischer Vorbildung und Stellung im Beruf 1970

— Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10%) —
in %

Stellung im Beruf	Erwerbstätige am Wohnort mit Schul- abschluß ¹⁾	Von 100 Erwerbstätigen haben den höchsten Schulabschluß an einer/einem					
		Volks- und/oder Berufsschule ²⁾	Realschule	Gymnasium	Berufsfach-/ Fachschule ³⁾ (einschl. Techniker- schule)	Ingenieur- schule	Hochschule
Insgesamt (einschließlich nicht zuzu- ordnender Fälle)	100	65,0	15,5	3,2	10,0	2,0	4,4
davon							
Selbständige und Mithelfende							
Familienangehörige	100	52,1	19,3	5,7	12,9	2,6	7,4
Beamte/Richter	100	39,0	16,3	6,9	14,3	3,0	20,4
Angestellte (einschließl. kaufm., techn. und Ver- waltungslehrlinge)	100	50,0	24,0	4,1	14,0	3,4	4,4
Arbeiter/Heimarbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	100	91,6	4,2	0,4	3,5	0,1	0,2

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 6. — ³⁾ Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 6.

unter 40jährigen Frauen und Männern erheblich höher als bei den 60jährigen und älteren Hamburgern (knapp 7 % bei den Männern und gut 3 % bei den Frauen); unter letzteren verfügen nicht einmal 2 von 100 Frauen über einen Hochschulabschluß, während von den 20- bis unter 40jährigen Hamburgerinnen mehr als jede dritte ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen hat¹⁾).

Insgesamt besitzen 1,401 Mio Hamburger — d. h. 80 % der Bevölkerung — einen Schulabschluß, 8 % stehen noch in einer Schulausbildung, etwa 10 % sind Kinder, die eine Ausbildung noch nicht begonnen haben. Von allen Männern haben gut drei Viertel eine abgeschlossene Schulbildung; der entsprechende Anteil liegt bei den Frauen mit mehr als vier Fünfteln überraschenderweise höher. Andererseits übertrifft der Anteil der Männer, die über die Volks- und Berufsschule hinaus weiterführende Schulen besucht haben, deutlich den vergleichbaren Anteil bei den Frauen (34 % gegenüber 27 %).

Ausbildungsniveau der sozialen Gruppen sehr unterschiedlich

Im großen und ganzen entspricht die schulische Ausbildung der erwerbstätigen Hamburger dem Ausbildungsniveau der Hamburger Bevölkerung insgesamt. Gut ein Drittel aller Erwerbstätigen haben Mittlere Reife, Abitur, den Abschluß einer weiterführenden berufsbildenden Schule oder einer Hochschule. Etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen verfügen über einen Volks- oder Berufsschulabschluß (vgl. Tabelle 7).

¹⁾ Für die Bevölkerungsgruppe der 19jährigen und jüngeren kann in diesem Zusammenhang keine abschließende Darstellung des Ausbildungsstandes gegeben werden, da annähernd fünf Sechstel der Jungen und Mädchen dieser Gruppe entweder ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen oder den „Ernst des Lebens“ überhaupt noch vor sich haben.

Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Volks- und Berufsschulabsolventen sind der Stellung im Beruf nach Arbeiter; ihr Anteil an den Hamburger Erwerbstätigen insgesamt beläuft sich dagegen nur auf gut ein Drittel (vgl. Tabelle 8). Von allen Volks- oder Berufsschülern sind nur rd. ein Drittel als Angestellte und nicht einmal 9 % als Selbständige tätig; von ihnen haben aber jeweils etwa die Hälfte einen Volks- oder Berufsschulabschluß.

Erwartungsgemäß entfällt der größte Anteil von Erwerbstätigen mit höherqualifizierten Schulabschlüssen auf Angestellte, die auch unter den Erwerbspersonen des Handels- und Dienstleistungszentrums Hamburg mit knapp 44 % die stärkste Gruppe bilden. Als Angestellte sind in Hamburg weitaus mehr als die Hälfte der Abiturienten und etwa zwei Drittel der Realschul- sowie Berufsfach- und Fachschulabsolventen beschäftigt. Zudem sind drei Viertel der Erwerbstätigen mit Ingenieurschulabschluß und über zwei Fünftel der Erwerbstätigen mit abgeschlossenem Hochschulstudium ihrer beruflichen Stellung nach Angestellte. Obwohl die Erwerbspersonen, die eine weiterführende Schule besucht haben, ganz überwiegend eine Tätigkeit als Angestellte wählten, zeigt eine Betrachtung der jeweiligen Anteile von Absolventen höherer Schulen an den Selbständigen, Beamten und Angestellten doch eine gewisse Gleichgewichtigkeit; so befinden sich unter jeweils 100 Selbständigen, Beamten und Angestellten übereinstimmend etwa 3 erwerbstätige Hamburger mit Ingenieurschulabschluß, 13 oder 14 mit dem Abschluß einer anderen weiterführenden berufsbildenden Schule und 4 bis 7 Abiturienten.

Die Anteile der Akademiker weisen indessen erhebliche Unterschiede auf. Attraktiv sind für Hochschulabsolventen allem Anschein nach die Tätigkeiten im Staatsdienst; denn mehr als ein Drittel aller erwerbs-

Tabelle 8

Die Erwerbstätigen am Wohnort nach schullischer Vorbildung und Stellung im Beruf 1970
— Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) —
in %

Stellung im Beruf	Erwerbstätige am Wohnort mit Schulabschluß	davon mit dem höchsten Schulabschluß an einer/einem					
		Volks- und/oder Berufsschule ¹⁾	Realschule	Gymnasium	Berufsfach-/ Fachschule ²⁾ (einschl. Technikerschule)	Ingenieurschule	Hochschule
	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt (einschließlich nicht zuzuordnender Fälle)	100	100	100	100	100	100	100
davon							
Selbständige und Mithelfende Familienangehörige	10,7	8,6	13,4	19,1	13,9	13,6	18,1
Beamte/Richter	7,7	4,6	8,0	16,7	10,9	11,5	35,9
Angestellte (einschließl. kaufm., techn. und Verwaltungslehrlinge)	43,6	33,7	67,7	56,8	61,2	73,0	43,7
Arbeiter/Heimarbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	36,2	51,1	9,7	5,0	12,7	1,3	1,3

¹⁾ Vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 6. — ²⁾ Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 6.

tätigen Akademiker arbeiten als Beamte. Während von allen im Erwerbsleben stehenden Hamburgern nur jeder 25. ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, ist es bei den Beamten – begründet durch den hohen Anteil an Lehrern – jeder fünfte. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil an Hochschulabsolventen unter den Selbständigen.

Sozialstruktur und Ausbildung bestimmen die Höhe des Einkommens

Erstmals wurde – wie eingangs erwähnt – 1970 in einer deutschen Volks- und Berufszählung die Frage nach dem Einkommen gestellt, und zwar eine Frage nach dem Netto-Erwerbseinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder²⁾. Dieser Einkommensbegriff wurde gewählt, weil die Ermittlung des Nettogesamteinkommens weit schwieriger ist und die psychologischen Hemmungen, darüber Auskunft zu geben, größer sind. Auf eine zweite Frage nach dem Haushaltseinkommen wurde verzichtet. Mit der Frage nach dem Erwerbseinkommen ist nicht beabsichtigt, eine Einkommensstatistik aufzustellen. Das wäre schon deshalb nicht möglich, weil nicht nach der effektiven Höhe des Einkommens gefragt wird, sondern nur nach der Zuordnung nach relativ groben Einkommensgruppen. Die Einkommensfrage dient in erster Linie als ergänzendes Kriterium zur sozioökonomischen Gliederung der Erwerbsbevölkerung, aber auch für die Zwecke der Bildungsstatistik.

Die Stellung im Beruf bestimmt zwar wesentlich das Nettoeinkommen der Erwerbstätigen; sie ist jedoch nicht der einzige Bestimmungsfaktor für die Verdienstunterschiede wie sie in der Tabelle 9 ausgewiesen sind. Die Gründe dafür liegen vielmehr in anderen, mit dieser Statistik nicht feststellbaren Ursachen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang neben den Verzerrungen, die sich aus den Einkommensangaben der Teilzeitbeschäftigten und der Lehrlinge ergeben, vor allem die unterschiedliche Ausbildungszeit der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen sowie die frühzeitige Beendigung und später oftmals wieder aufgenommene Berufstätigkeit der verheirateten Frauen³⁾.

Bei den Selbständigen ist die Einkommensgruppe 2 500 DM und mehr stärker besetzt als in den anderen sozialen Gruppen. Fast jeder fünfte männliche Selbständige erzielt ein Einkommen von 2 500 DM und mehr; bei den Frauen ist dies bei jeder dreißigsten der Fall. In der untersten Einkommensgruppe werden fast entgegengesetzte Verhältnisse ausgewiesen. Der hohe prozentuale Anteil der Frauen, die unter 500 DM verdienen, läßt sich allein durch ihre Tätigkeit als „Mithelfende“ erklären.

²⁾ Das Nettoerwerbseinkommen gemäß Frage 26 des Individualfragebogens (Repräsentativteil) ermittelt sich bei den Angestellten, Arbeitern, Beamten und Lehrlingen aus dem Bruttoerwerbseinkommen abzüglich Steuern und Sozialversicherung (gegebenenfalls auch abzüglich der Beiträge für private, kommunale oder staatliche Zusatzversicherungskassen). Es waren ausschließlich Einkünfte aus Erwerbstätigkeit anzugeben. Ermittelt wurde also nicht das Einkommen gemäß Einkunftsarten, wie es das Einkommenssteuergesetz vorsieht.

³⁾ Erste statistische Unterlagen über den Verlauf des Erwerbslebens brachte 1966 die im Anschluß an den 1%-Mikrozensus durchgeführte Zusatzbefragung.

Bei den Beamten (einschl. Richter) wird die Verteilung der männlichen und weiblichen Beamten auf die Verdienstklassen weitgehend von der Gruppe der Lehrer und Polizisten bestimmt, deren Anteil an der Gesamtzahl aller Beamten in Hamburg weit mehr als die Hälfte ausmacht. Die starke Besetzung der Einkommensklasse 800 DM bis unter 1 200 DM durch

Tabelle 9

Die Erwerbstätigen nach Geschlecht, Stellung im Beruf und monatlichem Nettoeinkommen 1970

– Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) –

Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Selbständige u. Mithelf. Fam.-Ang.	Beamte/Richter	Angest. (und Lehrlinge)	Arbeiter (und Lehrlinge)	ohne Angabe Stellung im Beruf	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6
männlich						
unter 500	5,4	12,0	5,7	9,0	7,8	7,7
500– 800 ..	8,9	11,1	11,9	27,2	22,6	18,0
800–1 200 ..	20,1	33,4	37,7	47,5	26,3	39,1
1 200–1 800 ..	17,2	28,1	27,0	5,3	6,0	16,7
1 800–2 500 ..	10,7	10,8	7,9	0,2	1,3	5,2
2 500 und mehr	20,6	2,2	5,3	0,0	1,8	4,5
Selbständige u. Mithelf. Familienangehörige in der Landwirtschaft, Ausländer	12,9	2,4	4,4	10,8	31,1	8,3
Ohne Angabe des Einkommens	4,3	—	0,0	0,0	3,1	0,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
weiblich						
unter 500	24,5	4,2	29,3	59,7	43,6	36,9
500– 800 ..	11,9	16,0	37,1	27,9	19,7	31,0
800–1 200 ..	11,0	32,9	25,3	2,2	5,5	17,2
1 200–1 800 ..	6,1	38,0	4,1	0,1	1,0	4,2
1 800–2 500 ..	2,9	7,5	0,4	—	—	0,8
2 500 und mehr	2,9	0,1	0,2	0,0	0,3	0,4
Selbständige u. Mithelf. Familienangehörige in der Landwirtschaft, Ausländer	10,3	1,3	3,5	10,0	22,2	6,4
Ohne Angabe des Einkommens	30,4	—	0,1	0,1	7,7	3,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

34 % der männlichen Beamten und die starke Häufung der weiblichen Beamten (38 %) in der Einkommensgruppe 1 200 DM bis unter 1 800 DM verdeutlichen diesen Tatbestand; denn im Gegensatz zur Lehrerschaft – über die Hälfte des Personals an den Schulen Hamburgs sind Frauen – wird die Verdienstsichtung bei der Polizei fast ausschließlich durch Männer bestimmt.

Bei den Angestellten konzentrieren sich die Gehälter auf die untere Hälfte der in Tabelle 9

Tabelle 10a

Die Erwerbstätigen am Wohnort nach schulischer Vorbildung und Nettoeinkommensgruppen 1970
 – Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) –
 in %

Nettoeinkommensgruppen von ... bis unter ... DM	Erwerbstätige am Wohnort)	davon mit dem höchsten Schulabschluß an einer / einem					
		Volks- und / oder Berufsschule)	Realschule	Gymnasium	Berufsfach-/ Fachschule (einschl. Techniker- schule)	Ingenieur- schule	Hochschule
		1	2	3	4	5	6
Insgesamt (einschließlich nicht zuzu- ordnender Fälle)	100	100	100	100	100	100	100
davon							
unter 500	18,9	22,6	17,7	11,0	9,4	0,9	2,8
500 – 800	23,0	26,8	20,1	9,2	18,5	2,0	6,7
800 – 1 200	30,9	32,4	30,2	19,3	37,3	19,1	11,1
1 200 – 1 800	12,0	7,1	15,7	21,7	20,4	43,9	29,9
1 800 – 2 500	3,6	1,0	5,0	11,7	4,7	18,4	21,0
2 500 und mehr	2,9	0,6	4,5	14,0	2,9	10,9	19,6
Ohne Angabe, da selbst- ständige Landwirte oder Mithelfende Familienangehörige	1,6	1,8	1,5	1,6	1,2	0,1	0,2

) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – *) Vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 6. – *) Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 6.

aufgeführten Gehaltsklassen. Ein gutes Drittel der männlichen Angestellten verdient 800 DM bis unter 1 200 DM. Ihre Kolleginnen erreichen einen ähnlichen Anteilswert in der Verdienstkategorie 500 DM bis unter 800 DM. Während nur rd. 6 % der männlichen Angestellten unter 500 DM verdienen und Tätigkeiten ausüben, für die ein abgerundetes Berufskönnen nicht notwendig ist, sind es bei den weiblichen Angestellten rd. 30 %.

Bei den Arbeitern ist die Streuung der Verdienste wesentlich geringer als bei den Gehaltsempfängern. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen wird ein Einkommen von 2 500 DM und mehr

nicht erreicht. Die Monatsverdienste der Frauen liegen wesentlich niedriger als die der Männer. Während nur knapp 10 % der Arbeiter unter 500 DM verdienen, sind es bei den Arbeiterinnen, die häufig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, 60 %. Nur 2 % der Arbeiterinnen gelingt der Aufstieg in die Klasse 800 DM bis unter 1 200 DM; von den Arbeitern gehört fast jeder zweite dieser Verdienstkategorie an.

Unter gesellschaftspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Aspekten ist der Zusammenhang zwischen Ausbildung und Einkommen von besonderer Bedeutung. Eine wesentliche Rolle spielt hier die Dauer der Ausbildung, gibt sie doch

Tabelle 10b

Die Erwerbstätigen am Wohnort nach schulischer Vorbildung und Nettoeinkommensgruppen 1970
 – Ergebnisse aus dem Vorwegprogramm der VZ (10 %) –
 in %

Nettoeinkommensgruppen von ... bis unter ... DM	Erwerbstätige am Wohnort)	von 100 Erwerbstätigen haben den höchsten Schulabschluß an einer / einem					
		Volks- und / oder Berufsschule)	Realschule	Gymnasium	Berufsfach-/ Fachschule (einschl. Techniker- schule)	Ingenieur- schule	Hochschule
		1	2	3	4	5	6
Insgesamt (einschließlich nicht zuzu- ordnender Fälle)	100	65,0	15,5	3,2	10,0	2,0	4,4
davon							
unter 500	100	77,9	14,6	1,9	5,0	0,1	0,6
500 – 800	100	75,8	13,5	1,3	8,1	0,2	1,3
800 – 1 200	100	68,0	15,1	2,0	12,1	1,2	1,6
1 200 – 1 800	100	38,6	20,3	5,8	17,0	7,4	10,9
1 800 – 2 500	100	18,3	21,7	10,5	13,3	10,5	25,8
2 500 und mehr	100	14,3	23,9	15,2	9,9	7,5	29,2
Ohne Angabe, da selbst- ständige Landwirte oder Mithelfende Familienangehörige	100	73,4	14,7	3,2	7,9	0,2	0,6

) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – *) Vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 6. – *) Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 6.

an, welche volkswirtschaftlichen Kosten dadurch entstehen, daß Personen während ihrer Ausbildung an der wirtschaftlichen Wertschöpfung nicht teilnehmen.

Der Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Ausbildung läßt sich von zwei Seiten beleuchten. Zum einen kann nach der Einkommensschichtung der Absolventen der einzelnen Schularten (vgl. Tabelle 10 a) gefragt werden und zum anderen nach der Besetzung der einzelnen Einkommensgruppen durch die Absolventen der verschiedenen Schularten (vgl. Tabelle 10 b).

a) Bei der ersten Fragestellung ergibt sich, daß von den Volks- und/oder Berufsschulabsolventen (520 100) gut drei Viertel unter 1 200 DM verdienen. Nur 7 % der Erwerbstätigen mit dieser Ausbildung erzielen ein Einkommen der Verdienstgruppe 1 200 DM bis unter 1 800 DM.

Bei den Realschülern (124 000) und den Abiturienten (25 600) liegen die Einkommensverhältnisse günstiger. Während zwei Drittel der Erwerbstätigen, die das Zeugnis der mittleren Reife erwarben, unter 1 200 DM verdienen, sind es bei den Erwerbstätigen mit Hochschulreife nur rd. 40 %.

Bei den Absolventen einer Berufsfach-/Fachschule (80 000) liegt der Anteilswert der Erwerbstätigen, die unter 1 200 DM verdienen, bei 65 %.

Bei den Ingenieuren und den Hochschulabsolventen sind die unteren Einkommensgruppen bedeutend

schwächer besetzt. Knapp die Hälfte der Erwerbstätigen mit Ingenieurschulabschluß (16 000) erzielt ein Einkommen von 1 200 DM bis unter 1 800 DM. Fast jeder elfte von ihnen erreicht die höchste Einkommensklasse. Auch bei den Hochschülern (35 200) ist die Gruppe 1 200 DM bis unter 1 800 DM am stärksten besetzt. Ein Einkommen von 2 500 DM und mehr erzielt jeder fünfte Akademiker.

b) Bei dem Fragenkomplex, wie sich die Einkommensempfänger der verschiedenen Gruppen auf die einzelnen Schularten verteilen, fällt auf, daß in der untersten Einkommensgruppe gut drei Viertel Volks- und/oder Berufsschüler sind. Den niedrigsten Anteilswert weisen in dieser Gruppe die Ingenieure auf, während es bei den Hochschülern 0,6 % sind.

In den Einkommensgruppen 500 DM bis unter 800 DM und 800 DM bis unter 1 200 DM liegen die Volks- und/oder Berufsschüler ebenfalls weit vorn. Erst in der nächsten Verdienstklasse geht ihr Anteil auf rd. 39 % zurück, einer Einkommensgruppe, an der die Hochschulabsolventen mit fast 11 % beteiligt sind.

In den beiden oberen Einkommensgruppen sind die Hochschüler mit einem Viertel bzw. einem Drittel stark vertreten, dicht gefolgt von den Erwerbstätigen mit Realschulabschluß.

Olaf Boustedt/Werner Matti und Mitarbeiter

Die Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung Hamburgs

— Regionalanalyse für das Stadtgebiet nach der Lohnsteuerstatistik 1968 —

1. Vorbemerkung

Bei allen Regionalanalysen steht die Frage nach der räumlichen Verteilung der Einkommen, der Kaufkraft und der Schichtung der Einkommensbezieher mit im Vordergrund des Interesses. Entsprechende Daten konnten aber bisher — abgesehen von einer Untersuchung über die Ergebnisse der hamburgischen Einkommensteuer für die Jahre 1883 bis 1892 (vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XVII) — sowohl aus finanziellen als auch aus technischen Gründen nicht bereitgestellt werden.

Der Eindruck der Ortsteilsnummern der Wohnschrift des Steuerpflichtigen auf den hamburgischen Lohnsteuerkarten und der Einsatz moderner datenverarbeitender elektronischer Geräte beim Lohnsteuer-Jahresausgleich ermöglichten es, für die unselbständig erwerbstätige Bevölkerung im Rahmen der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 Angaben über die Zahl der Steuerpflichtigen und die Höhe des Bruttolohns erstmals auch in einer tiefen regionalen Gliederung zu ermitteln. Die hierbei angewendete Methode wird am Schluß des Beitrages näher erläutert. Die Bedeutung derartiger Feststellungen liegt darin, daß sich aus dem regionalen Gefälle, d. h. aus der Unterschiedlichkeit der Einkommen zwischen den gebietlichen Einheiten, Rückschlüsse auf Fragen der Stadtplanung und Stadtforschung sowie der soziologischen Struktur in diesen Räumen ziehen lassen. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von rd. 9 Mrd. DM im Jahre 1968 umfaßt zwar nicht die gesamten Einkommen in der Stadt, doch dürfte dieser Betrag immerhin etwa zwei Drittel des Nettosozialprodukts zu Faktorkosten (Volkseinkommen) ausmachen. Ob und inwieweit für die übrigen Einkommensbezieher, insbesondere für die rd. 75 000 bis 80 000 Selbständigen, Regionaldaten im Zuge der maschinellen Einkommensteuerveranlagung zu beschaffen sind, wird weiter geprüft werden müssen.

2. Einkommensunterschiede in den Bezirken

Die sieben Hamburger Bezirke halten hinsichtlich der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und auch der Höhe ihres Bruttolohns annähernd die Reihenfolge ein, die der Größe ihrer Bevölkerung entspricht. An erster Stelle steht Hamburg-Nord mit rd. 175 000 Steuerpflichtigen oder 21,2% der Gesamtlohnsteuerpflichtigen und einem Bruttolohnbetrag von 1 887,6 Mio DM oder 21,1% am Gesamtbruttolohnbetrag (Bevölkerungsanteil 20,6%). Den letzten Platz hat der dünnbevölkerte Bezirk Bergedorf inne, der auf rd. 36 000 Steuerpflichtige (4,3%) und einem Bruttolohnbetrag von 379,1 Mio DM (4,2%) kommt.

Für die Analyse der regionalen Einkommensunterschiede werden drei Maßzahlen berechnet:

- Zahl der Lohnsteuerpflichtigen auf 1000 Einwohner
- Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in DM je Einwohner
- Bruttolohn in DM je Lohnsteuerpflichtigen

Der Lohnsteuerpflichtigenbesatz ist in Hamburg-Mitte am höchsten — Bergedorf an letzter Stelle

Die erste Maßzahl sagt etwas über die unterschiedliche Zusammensetzung der Einkommensbezieher in den einzelnen Gebietsteilen aus.

Die Durchsetzung der Bevölkerung mit Lohnsteuerpflichtigen wird durch mehrere Faktoren bestimmt, wie z. B. Alters- und Geschlechtsgliederung, Umfang und Art der Erwerbstätigkeit sowie soziale Schichtung ihrer Einwohner. Von großem Einfluß auf die Höhe des Anteils der Lohn- und Gehaltsempfänger an der Gesamtzahl der Bevölkerung ist seit langem

Tabelle 1

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Bezirken Hamburgs 1968

Bezirke	Einwohnerzahl am 1. 1. 1968		Lohnsteuerpflichtige		Auf 1000 Einwohner kommen Steuerpflichtige	Bruttolohn					
	absolut	%	absolut	%		Mio DM	%	je Einwohner DM	Abweichung vom Landesmittel in DM	je Steuerpflichtigen DM	Abweichung vom Landesmittel in DM
Hamburg-Mitte	273 849	14,9	130 514	15,8	477	1 293,7	14,5	4 724	— 158	9 913	— 908
Altona	259 463	14,2	116 380	14,1	449	1 312,3	14,7	5 058	+ 176	11 276	+ 455
Eimsbüttel	259 679	14,2	115 771	14,0	445	1 262,0	14,1	4 860	— 22	10 901	+ 80
Hamburg-Nord	378 300	20,6	175 413	21,2	464	1 887,6	21,1	4 990	+ 108	10 761	+ 60
Wandsbek	365 974	20,0	156 894	19,0	429	1 820,2	20,3	4 973	+ 91	11 601	+ 780
Bergedorf	88 889	4,8	35 817	4,3	403	379,1	4,2	4 265	— 617	10 585	— 236
Harburg	206 406	11,3	96 017	11,6	465	992,1	11,1	4 806	— 76	10 332	— 489
Hamburg insgesamt	1 832 560	100	826 806 ¹⁾	100	451	8 947,0 ¹⁾	100	4 882		10 821	

¹⁾ Abweichungen in den Ergebnissen beim Vergleich mit der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 sind methodisch bedingt.

auch der Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit. Bei der Verschiedenheit dieser Fakten in den einzelnen Gebietsteilen ist deshalb der Lohnsteuerpflichtigenbesatz verschieden hoch.

In den Hamburger Bezirken zeigen sich, wie aus der Tabelle 1, Sp. 5, hervorgeht, nicht unerhebliche Unterschiede. In Bergedorf ist die Zahl der auf 1 000 der Bevölkerung entfallenden Lohnsteuerpflichtigen mit 403 geringer als im Landesdurchschnitt (451). Es handelt sich hier um große landwirtschaftliche und gartenbauliche Gebiete, die eine geringere Durchsetzung mit Lohnsteuerpflichtigen aufweisen. Gerade in der Landwirtschaft wird die Mehrzahl der Steuerpflichtigen als Selbständige veranlagt, nicht aber wie die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger in anderen Gebieten, die dem Lohnsteuerabzug unterliegen. Umgekehrt haben Hamburg-Mitte (477) und Harburg (465) die stärkste Durchsetzung mit Lohnsteuerpflichtigen aufzuweisen.

Lohneinkommen je Einwohner am höchsten in Altona

Die Maßzahl des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der Lohnsteuerpflichtigen im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Wohngebietes führt insofern näher zur durchschnittlichen Kaufkraft als auch die Höhe des Einkommens eingeschlossen wird. Die Umrechnung von Einkommensbeträgen auf die Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Zahl der Steuerpflichtigen, die die Beträge aufbringen, stempelt diese Prokopfberechnung zu einer Durchschnittszahl allgemeiner Art. Denn es wird noch nicht ersichtlich, ob wenige Steuerpflichtige hohe Einkommen haben oder viele Steuerpflichtige kleine oder mittlere Einkommen. Ein weiterer Gesichtspunkt muß hier insofern berücksichtigt werden, als die Einkommen der veranlagten Selbständigen – wie bereits erwähnt – in der Prokopfberechnung der Gebiete fehlen. Die Hinzurechnung der Einkommensbeträge der Veranlagten muß danach, da die Bevölkerungszahl gleich bleibt, die Beträge je Einwohner ungleichmäßig verschieben. Über die Durchschnittsbeträge je Einwohner und je Lohnsteuerpflichtigen gibt Tabelle 1, Sp. 8 bis 11 Auskunft. Das Durchschnittseinkommen je Einwohner ist abhängig einmal von der Höhe des Durchschnittseinkommens je Steuerpflichtigen und sodann von der Stärke des Lohnsteuerpflichtigenbesatzes. Demzufolge kann sich in einzelnen Fällen bei starker Durchsetzung der Bevölkerung mit Steuerpflichtigen trotz eines nicht allzu hohen Durchschnittseinkommens je Pflichtigen auf den Kopf der Bevölkerung doch ein verhältnismäßig hoher Betrag ergeben. Dies trifft insbesondere für die innerstädtischen Stadtteile, wie z. B. Hamburg-Altstadt und Hamm-Nord zu.

Der Bezirk Altona mit den verhältnismäßig einkommensstarken Elbvororten repräsentiert das höchste Bruttolohneinkommen je Einwohner. Es war 1968 mit 5 058 DM um 176 DM höher als der dem Landesdurchschnitt entsprechende Betrag. Bergedorf charakterisiert sich umgekehrt als besonders einkommensschwach. Dies erklärt sich daraus, daß dieser Bezirk sowohl den geringsten Lohnsteuerpflichtigenbesatz als auch ein verhältnismäßig niedriges Einkommen je Steuerpflichtigen aufweist. Alle anderen

Bezirke liegen nur wenig über oder unter dem Landesmittel.

Bezirk Wandsbek mit 11 601 DM Einkommen je Pflichtigen an erster Stelle

Ein tieferes Eindringen in die Einkommensverhältnisse eines Gebietes gestattet uns aber erst die Berechnung des auf einen Lohnsteuerpflichtigen entfallenden Bruttolohneinkommens. Diese Prokopfberechnung weist bereits auf die Zusammensetzung des Gesamteinkommens eines Gebietes aus kleinen, mittleren oder großen Einkommen hin.

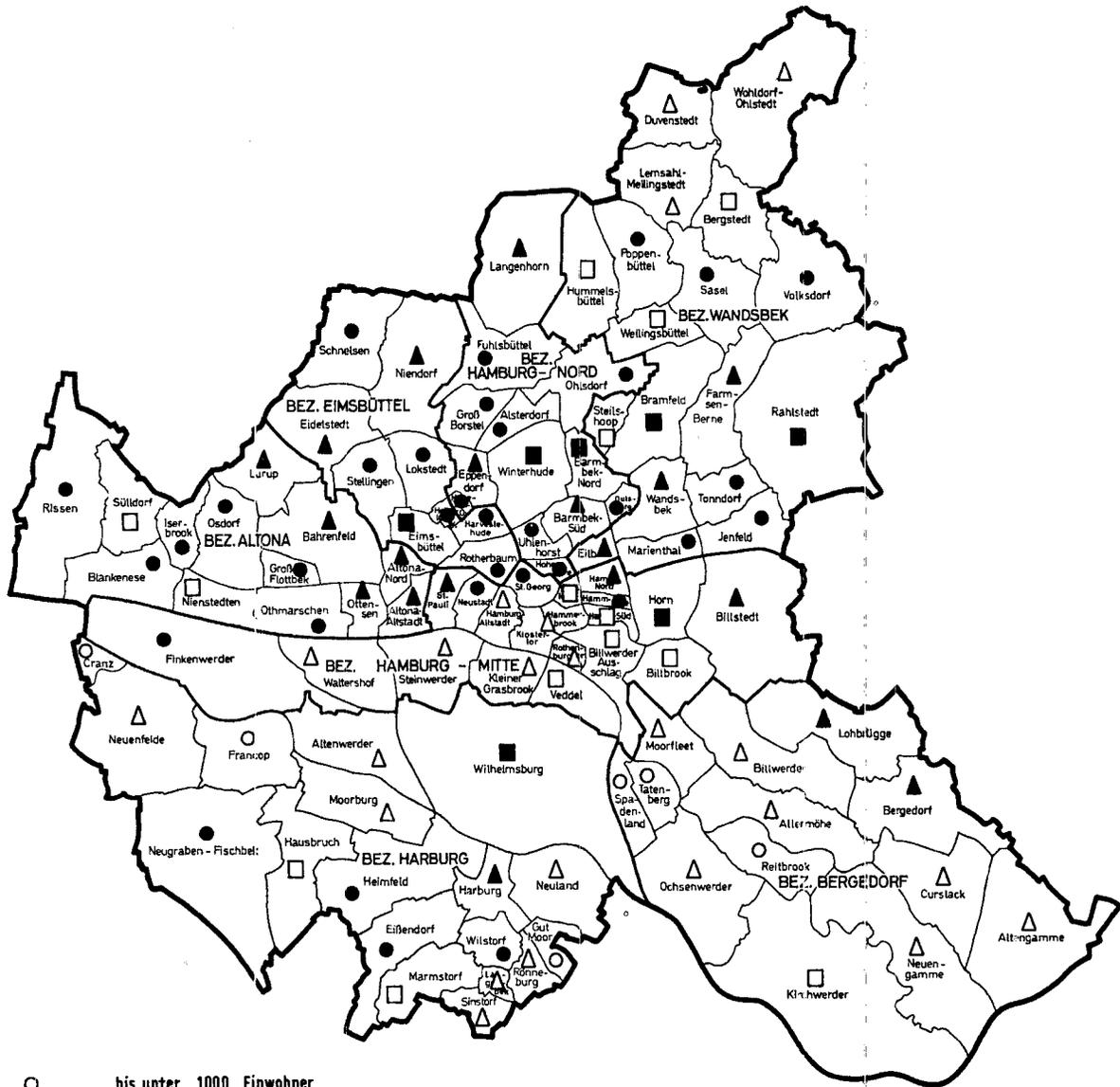
Die auf einen Lohnsteuerpflichtigen entfallenden Durchschnittsbeträge an Bruttolohneinkommen müssen in jenen Bezirken über den Durchschnitt hinausgehen, die bei der Betrachtung des Verhältnisses der Anteile an den Pflichtigen zu denen am Gesamteinkommen eine Steigerung erkennen lassen oder umgekehrt. Im Landesdurchschnitt entfiel 1968 auf einen Pflichtigen ein Einkommen von 10 821 DM. Aus dem Durchschnitt heben sich auch hier wieder die einkommensstarken Bezirke Wandsbek (11 601 DM) und Altona (11 276 DM) hervor. Unter dem Landesdurchschnitt liegen mit Ausnahme von Eimsbüttel alle übrigen vier Bezirke, unter denen sich vor allem Hamburg-Mitte und Harburg befinden, und zwar beträgt das Durchschnittseinkommen bei Hamburg-Mitte 9 913 DM (–908 DM) und bei Harburg 10 332 DM (–489 DM).

Zu einem weiteren Urteil über die Einkommensverhältnisse in regionaler Hinsicht führt der Einblick in die Schichtung der Einkommen, mit anderen Worten, deren Verteilung auf die einzelnen Lohngrößklassen, die in Tabelle 2 vorgekommen ist. Es ergibt sich bei der Betrachtung der auf die einzelnen Größenklassen entfallenden Bruttolohneinkommen ein verhältnismäßig ausgeglichenes Bild insofern, als sich die sieben Bezirke nicht allzuweit vom Landesdurchschnitt entfernen.

In Hamburg entfallen vom Bruttolohn der 827 000 Lohnsteuerpflichtigen 197 000 oder 23,8% auf die Bruttolohngrößklassen bis unter 4 800 DM. Zu der verhältnismäßig starken Besetzung dieser Größenklasse ist zu bemerken, daß es sich bei den in Frage kommenden Steuerpflichtigen in erster Linie wohl um Jugendliche, die noch in der Ausbildung stehen, Ruhegeldempfänger, nicht ganzjährig Beschäftigte und um Nebeneinkommen, z. B. von mitarbeitenden Familienangehörigen, handeln wird. Naturgemäß werden in der Größenklasse bis unter 4 800 DM diejenigen Bezirke mit den höchsten Anteilen erscheinen, in denen der Durchschnittsbruttolohn je Steuerpflichtigen niedrig war. So liegen mit ihren Anteilen über dem Landesdurchschnitt die Bezirke Hamburg-Mitte (25,2%), Harburg und Bergedorf; dagegen unter dem Durchschnitt Wandsbek (22,8%) und Altona.

300 700 oder 36,4% aller Lohnsteuerpflichtigen liegen in Hamburg in den zusammengefaßten Bruttolohngrößklassen 4 800 bis unter 12 000 DM. Auch hier hat der Bezirk mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen je Lohnsteuerpflichtigen den größten Anteil

Der Einwohnerstand in den Hamburger Stadtteilen am 1. 1. 1968



○	bis unter 1000	Einwohner	
△	1000	„ „	5000
□	5000	„ „	10000
●	10000	„ „	25000
▲	25000	„ „	50000
■	50000 und mehr	„	

Tabelle 2

Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen auf die Bruttolohngrößenklassen in den Bezirken Hamburgs 1968

Bruttolohngrößenklassen von ... DM bis unter ... DM	Hamburg- Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	Hamburg insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8
Zahl der Lohnsteuerpflichtigen								
unter 2 400	18 492	15 534	14 719	24 597	20 979	5 395	13 905	113 621
2 400 bis " 4 800	14 430	12 045	11 372	17 932	14 734	3 381	9 333	83 227
4 800 " " 7 200	15 092	12 676	11 818	18 266	15 023	3 552	9 512	85 939
7 200 " " 9 600	15 755	13 442	13 476	20 161	16 267	3 878	11 041	94 020
9 600 " " 12 000	19 375	17 148	17 709	25 550	21 562	5 154	14 197	120 695
12 000 " " 14 400	19 516	16 419	17 900	25 436	22 756	5 456	15 866	123 349
14 400 " " 16 800	12 956	10 894	11 475	17 030	16 070	3 578	10 622	82 625
16 800 " " 20 000	7 979	7 327	7 905	11 503	12 056	2 644	6 018	55 432
20 000 " " 25 000	4 534	5 244	5 159	7 969	8 875	1 666	3 367	36 814
25 000 " " 36 000	1 931	3 576	3 109	5 037	5 970	886	1 682	22 191
36 000 " " 50 000	336	1 119	741	1 260	1 628	162	300	5 546
50 000 " " 75 000	94	526	281	466	658	44	125	2 194
75 000 " " 100 000	13	198	64	105	180	13	26	599
100 000 und mehr	11	232	43	101	136	8	23	554
Insgesamt	130 514	116 380	115 771	175 413	156 894	35 817	96 017	826 806 ¹⁾
In %								
unter 2 400	14,2	13,3	12,7	14,0	13,4	15,1	14,5	13,7
2 400 bis " 4 800	11,0	10,4	9,8	10,2	9,4	9,4	9,7	10,1
4 800 " " 7 200	11,6	10,9	10,2	10,4	9,6	9,9	9,9	10,4
7 200 " " 9 600	12,1	11,5	11,7	11,5	10,4	10,8	11,5	11,4
9 600 " " 12 000	14,8	14,7	15,3	14,6	13,7	14,4	14,8	14,6
12 000 " " 14 400	14,9	14,1	15,5	14,5	14,5	15,2	16,5	14,9
14 400 " " 16 800	9,9	9,4	9,9	9,7	10,2	10,0	11,1	10,0
16 800 " " 20 000	6,1	6,3	6,8	6,5	7,7	7,4	6,3	6,7
20 000 " " 25 000	3,5	4,5	4,5	4,5	5,7	4,7	3,5	4,4
25 000 " " 36 000	1,5	3,1	2,7	2,9	3,8	2,5	1,8	2,7
36 000 " " 50 000	0,3	1,0	0,6	0,7	1,0	0,5	0,3	0,7
50 000 " " 75 000	0,1	0,4	0,2	0,3	0,4	0,1	0,1	0,2
75 000 " " 100 000	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
100 000 und mehr	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Abweichungen in den Ergebnissen beim Vergleich mit der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 sind methodisch bedingt.

an Pflichtigen (Hamburg-Mitte 38,5%), während umgekehrt der Bezirk mit dem höchsten Durchschnittseinkommen am niedrigsten (Wandsbek 33,7%) vertreten ist.

Relativ geringe Abweichungen vom Landesdurchschnitt nach oben und unten treten auch in den zusammengefaßten Größenklassen 12 000 bis unter 20 000 DM auf, in denen 261 400 oder 31,6% der gesamten Lohnsteuerpflichtigen erfaßt sind. Der Vornhundertatz schwankt zwischen 29,8% (Altona) und 33,9% (Harburg).

Größer sind die Unterschiede für die übrigen Bruttolohngrößenklassen über 20 000 DM, die im Landesdurchschnitt mit 8,2% der Pflichtigen vertreten sind. Mit den höchsten Ziffern erscheinen hier im allgemeinen die gleichen Bezirke, die auch beim Durchschnittseinkommen je Pflichtigen auffielen, wie Wandsbek (11,1%) und Altona (9,4%). Von den im Jahre 1968 in Hamburg insgesamt erfaßten 826 800 Lohnsteuerpflichtigen hatten 554 ein Bruttoeinkommen von mehr als 100 000 DM, 39 Lohnsteuerpflichtige sogar ein solches von über 300 000 DM, wovon 20 allein im Bezirk Altona wohnhaft sind. Die restlichen verteilen sich – mit Ausnahme von Bergedorf – etwa gleichmäßig auf die übrigen Bezirke.

3. Differenzierung des Lohneinkommens nach kleineren Gebietseinheiten

Die Darstellung in den vorhergehenden Abschnitten war auf den Vergleich der Bezirke untereinander und mit dem Landesdurchschnitt abgestellt. Dabei ist von dem einzelnen Bezirk als geschlossener Einheit ausgegangen worden, ohne daß berücksichtigt wurde, wie sich in den Bezirksergebnissen die Besonderheiten der kleineren Gebietsteile auswirken. Daher soll nunmehr für die Stadtteile untersucht werden, wie sich die Ergebnisse in diesen Räumen zu dem Landesdurchschnitt verhalten.

Hierbei kann sich die beschreibende Darstellung verhältnismäßig kurz fassen, weil die Untersuchung eine starke Stütze in drei Schaubildern hat, aus denen für jeden Stadtteil der Lohnsteuerpflichtigenbesatz und die auf den Einwohner bzw. Steuerpflichtigen entfallenden Beträge an Einkommen hervorgehen. Auf diese drei Schaubilder und auf die dazugehörige Tabelle 3 wird im einzelnen verwiesen. Da die Darstellung der Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen auf die 17 erfaßten Bruttolohngrößenklassen zu weit gehen und auch nur verwirren würde, ist der besseren Übersicht halber in der erwähnten Tabelle eine Zusammenziehung in 4 Einkommensklas-

Tabelle 3

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Orts- und Stadtteilen Hamburgs 1968

Ortsteile Stadtteile Bezirke	Einwohner- zahl am 1. 1. 1968	Zahl der erfaßten Lohnsteuer- pflichtigen	davon entfallen auf die Bruttolohngrößenklassen				Auf 1 000 Ein- wohner ent- fallen ... Lohn- steuer- pflich- tige	Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn		Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn je Lohnsteuer- pflichtigen in DM	Rang- ziffer der Stadt- teile
			unter 4 800	4 800 bis unter 12 000	12 000 bis unter 20 000	20 000 und mehr			in 1 000 DM	Je Ein- wohner in DM			
			DM										
			in v. H. der Sp. 2										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
101	1 536	1 005	25,6	43,0	27,1	4,3	654	.	9 534	6 207	.	9 486	.
102+103	1 195	842	28,5	39,7	28,4	3,4	705	.	7 674	6 422	.	9 114	.
101-103 Hamburg- Altstadt	2 731	1 847	27,0	41,5	27,6	3,9	676	1	17 208	6 301	2	9 317	96
104	5 538	2 745	30,4	36,8	29,3	3,5	496	.	24 684	4 457	.	8 992	.
105	4 492	1 907	27,9	41,8	27,4	2,9	425	.	17 073	3 801	.	8 953	.
106	4 583	2 523	29,8	44,8	22,6	2,8	551	.	21 068	4 597	.	8 351	.
107	2 857	1 312	26,6	45,9	23,1	4,4	459	.	12 011	4 204	.	9 155	.
104-107 Hamburg- Neustadt	17 470	8 487	29,0	41,9	25,9	3,2	486	21	74 836	4 284	83	8 818	100
108	9 177	4 063	27,5	43,6	26,3	2,6	443	.	35 925	3 915	.	8 842	.
109	4 157	1 985	26,9	44,2	26,8	2,1	478	.	17 568	4 226	.	8 851	.
110	6 876	3 299	27,9	44,2	25,0	2,9	480	.	28 791	4 187	.	8 727	.
111	8 094	3 716	24,9	46,6	26,1	2,4	459	.	33 296	4 114	.	8 960	.
112	7 086	2 866	27,0	43,9	26,4	2,7	404	.	25 499	3 599	.	8 897	.
108-112 St. Pauli .	35 390	15 929	26,8	44,6	26,1	2,5	450	45	141 079	3 986	88	8 857	98
113	6 083	2 634	26,7	42,5	27,1	3,7	433	.	24 410	4 013	.	9 267	.
114	10 552	4 270	31,0	45,6	20,6	2,8	405	.	36 111	3 422	.	8 457	.
113-114 St. Georg	16 635	6 904	29,4	44,4	23,1	3,1	415	66	60 521	3 638	92	8 766	101
115-119 Klostertor und Hammerbrook	2 304	1 448	25,7	43,0	28,9	2,4	628	2	12 336	5 354	18	8 519	102
120	1 613	1 104	19,5	38,1	33,4	9,0	684	.	12 441	7 713	.	11 269	.
121	5 837	2 754	23,1	34,2	33,6	9,1	472	.	30 183	5 171	.	10 960	.
120-121 Borgfelde	7 450	3 858	22,1	35,3	33,5	9,1	518	9	42 624	5 721	11	11 048	37
122	7 864	3 989	20,0	34,6	34,6	10,8	507	.	45 922	5 840	.	11 512	.
123	8 614	4 650	21,7	34,1	34,5	9,7	540	.	52 882	6 139	.	11 373	.
124	14 442	7 415	22,5	34,7	32,1	10,7	513	.	83 031	5 749	.	11 198	.
122-124 Hamm- Nord	30 920	16 054	21,7	34,5	33,4	10,4	519	8	181 835	5 881	5	11 326	34
125	5 783	2 623	22,4	34,6	34,7	8,3	454	.	28 583	4 943	.	10 897	.
126	7 493	3 916	23,1	36,7	34,4	5,8	523	.	40 020	5 341	.	10 219	.
125-126 Hamm- Mitte	13 276	6 539	22,9	35,8	34,5	6,8	493	16	68 603	5 167	25	10 491	54
127	2 926	1 423	26,7	41,2	29,4	2,7	486	.	12 932	4 420	.	9 088	.
128	2 266	1 199	22,8	37,1	36,7	3,4	529	.	11 991	5 292	.	10 001	.
127-128 Hamm- Süd	5 192	2 622	25,0	39,3	32,7	3,0	505	11	24 923	4 800	54	9 505	89
129	21 159	10 783	25,1	37,2	32,6	5,1	510	.	106 820	5 048	.	9 906	.
130	30 266	13 208	25,3	36,6	31,9	6,2	436	.	132 922	4 392	.	10 064	.
129-130 Horn ...	51 425	23 991	25,2	36,8	32,3	5,7	467	31	239 742	4 662	61	9 993	72
131 Billstedt	44 538	20 243	23,1	38,1	33,5	5,3	455	42	206 101	4 628	65	10 181	62
132 Billbrook	7 682	3 527	24,8	43,8	28,9	2,5	459	38	40 751	5 305	20	11 554	27
133 Billwerder- Ausschlag	6 891	3 735	25,8	39,1	31,3	3,8	542	4	35 485	5 149	26	9 501	90
134 Rothenburgs- ort	4 966	2 748	31,5	34,2	30,7	3,6	553	3	24 327	4 899	51	8 853	99
135 Veddel	5 962	2 917	27,8	37,1	30,8	4,3	489	19	27 574	4 625	66	9 453	92
136 Kleiner Gras- brook	1 862	1 002	39,0	30,9	26,8	3,3	538	5	8 085	4 342	80	8 069	103
137 Steinwerder ..	1 257	658	24,3	26,1	44,9	4,7	523	7	7 022	5 586	15	10 671	47
138 Waltershof ...	2 072	760	27,0	32,9	36,1	4,0	367	89	7 581	3 659	90	9 975	73
139 Finkenwerder	15 826	7 245	25,0	35,4	35,1	4,5	458	39	73 105	4 619	67	10 090	66
Bezirk Hamburg-Mitte ...	273 849	130 514	25,2	38,5	31,0	5,3	477	I	1 293 738	4 724	VI	9 913	VII

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Orts- und Stadtteilen Hamburgs 1968

Ortsteile Stadtteile Bezirke	Einwohner- zahl am 1. 1. 1968	Zahl der erfaßten Lohnsteuer- pflichtigen	davon entfallen auf die Bruttolohngrößenklassen				Auf 1000 Ein- wohner ent- fallen Lohn- steuer- pflich- tige	Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn		Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn je Lohnsteuer- pflichtigen in DM	Rang- ziffer der Stadt- teile
			unter 4800	4800 bis unter 12000	12000 bis unter 20000	20000 und mehr			in 1000 DM	je Ein- wohner in DM			
			DM										
			in v. H. der Sp. 2										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
201	4 063	2 024	26,9	45,1	25,6	2,4	498	.	18 040	4 440	.	8 913	.
202	5 245	2 714	30,5	37,8	26,8	4,9	517	.	24 677	4 705	.	9 092	.
203	4 515	1 923	21,8	39,9	31,2	7,1	426	.	20 353	4 508	.	10 584	.
204	6 864	3 420	24,7	42,8	28,6	3,9	498	.	32 464	4 730	.	9 492	.
205	6 162	3 839	23,0	39,7	32,2	5,1	623	.	38 380	6 228	.	9 997	.
206	7 815	2 663	27,4	41,0	27,4	4,2	341	.	24 470	3 131	.	9 189	.
201-206 Altona- Altstadt	34 664	16 583	25,6	40,9	28,9	4,6	478	25	158 384	4 569	69	9 551	88
207	9 172	4 441	28,4	39,7	28,2	3,7	484	.	40 609	4 427	.	9 144	.
208	6 270	3 116	23,7	40,6	31,6	4,1	497	.	30 478	4 861	.	9 781	.
209	10 140	5 102	25,5	41,1	29,6	3,8	503	.	48 522	4 785	.	9 510	.
207-209 Altona- Nord	25 582	12 659	26,1	40,5	29,6	3,8	495	15	119 609	4 676	59	9 449	94
210	6 814	3 422	27,1	43,3	27,4	2,2	502	.	30 298	4 446	.	8 854	.
211	14 457	7 170	23,5	35,9	30,9	9,7	496	.	79 984	5 533	.	11 155	.
212	7 517	3 490	24,6	44,9	28,7	1,8	464	.	31 875	4 240	.	9 133	.
213	10 473	5 180	23,8	42,2	29,0	5,0	495	.	50 846	4 855	.	9 816	.
210-213 Ottensen	39 261	19 262	24,5	40,5	29,4	5,6	491	17	193 003	4 916	47	10 020	70
214	10 315	4 814	25,8	42,9	28,6	2,7	467	.	43 871	4 253	.	9 113	.
215	12 287	5 890	25,5	35,9	30,3	8,3	476	.	61 081	4 971	.	10 370	.
216	11 107	5 016	22,2	36,9	30,6	10,3	452	.	54 976	4 950	.	10 960	.
214-216 Bahren- feld	33 709	15 720	24,6	38,4	29,9	7,1	466	33	159 928	4 744	56	10 174	63
217 Groß-Flottbek	12 307	5 007	20,8	30,9	26,6	21,7	407	74	74 112	6 022	4	14 802	4
218 Othmarschen	11 687	4 493	19,2	30,8	26,3	23,7	384	85	82 760	7 081	1	18 420	1
219 Lurup	30 338	13 143	24,1	36,5	34,2	5,2	433	55	133 479	4 400	78	10 156	64
220 Osdorf	19 541	7 723	20,2	33,7	31,0	15,1	395	80	101 800	5 210	23	13 181	11
221 Nienstedten ..	7 631	3 120	22,1	34,6	25,0	18,3	409	72	44 721	5 860	7	14 334	5
222	10 827	4 403	23,5	33,4	28,2	14,9	407	.	57 297	5 292	.	13 013	.
223	4 988	2 077	19,2	29,8	27,7	23,3	416	.	35 480	7 113	.	17 082	.
222-223 Blanke- nese	15 815	6 480	22,2	32,2	28,1	17,5	410	71	92 777	5 866	6	14 317	6
224 Iserbrook	11 318	4 923	21,5	34,9	33,5	10,1	435	52	56 291	4 974	39	11 434	33
225 Sülldorf	6 958	2 900	23,5	32,2	30,1	14,2	417	62	35 664	5 126	29	12 298	17
226 Rissen	10 652	4 367	22,4	31,1	28,6	17,9	410	70	59 770	5 611	13	13 687	7
Bezirk Altona	259 463	116 380	23,6	37,2	29,8	9,4	449	IV	1 312 298	5 058	I	11 276	II
301	8 377	3 848	25,7	42,1	29,4	2,8	459	.	35 286	4 212	.	9 170	.
302	8 327	3 800	25,5	41,2	30,9	2,4	456	.	35 255	4 234	.	9 278	.
303	7 572	3 667	23,5	41,2	30,9	4,4	484	.	35 843	4 734	.	9 775	.
304	9 303	4 537	24,8	37,8	33,2	4,2	488	.	44 753	4 811	.	9 864	.
305	7 615	3 544	22,4	34,6	35,4	7,6	465	.	35 982	4 725	.	10 153	.
306	5 490	2 455	23,1	38,3	31,0	7,6	447	.	25 689	4 679	.	10 464	.
307	5 563	2 815	23,6	39,0	32,0	5,4	506	.	27 850	5 006	.	9 893	.
308	7 067	3 510	24,6	36,9	31,7	6,8	497	.	36 057	5 102	.	10 273	.
309	10 442	4 879	23,1	40,8	29,5	6,6	467	.	50 113	4 799	.	10 271	.
310	7 514	3 515	26,7	41,6	28,2	3,5	468	.	32 560	4 333	.	9 263	.
301-310 Eims- büttel	77 270	36 570	24,4	39,3	31,3	5,0	473	26	359 388	4 651	63	9 827	79
311	11 149	4 921	24,2	41,1	28,8	5,9	441	.	49 207	4 414	.	9 999	.
312	12 548	5 045	21,8	37,6	28,9	11,7	402	.	60 775	4 843	.	12 047	.
311-312 Rother- baum	23 697	9 966	23,0	39,5	28,8	8,7	421	60	109 982	4 641	64	11 036	38
313	11 504	5 305	20,9	35,8	29,9	13,4	461	.	72 009	6 259	.	13 574	.
314	12 052	4 803	22,0	35,4	26,4	16,2	399	.	63 992	5 309	.	13 323	.
313-314 Harveste- hude	23 556	10 108	21,4	35,6	28,3	14,7	429	59	136 001	5 774	10	13 455	10
315	8 487	3 929	22,5	39,0	31,5	7,0	463	.	41 100	4 843	.	10 461	.
316	9 499	4 530	24,0	37,6	32,8	5,6	477	.	45 932	4 835	.	10 140	.
315-316 Hoheluft- West	17 986	8 459	23,4	38,3	32,1	6,2	470	27	87 032	4 839	53	10 289	57

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Orts- und Stadtteilen Hamburgs 1968

Ortstelle Stadtteile Bezirke	Einwohner- zahl am 1. 1. 1968	Zahl der erfaßten Lohnsteuer- pflichtigen	davon entfallen auf die Bruttolohngrößenklassen				Auf 1 000 Ein- wohner ent- fallen ... Lohn- steuer- pflich- tige	Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn		Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn je Lohnsteuer- pflichtigen in DM	Rang- ziffer der Stadt- teile			
			unter 4 800	4 800 bis unter 12 000	12 000 bis unter 20 000	20 000 und mehr			in 1 000 DM	je Ein- wohner in DM						
			DM													
			in v. H. der Sp. 2													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13.				
317 Lokstedt	21 075	9 219	21,2	32,6	33,4	12,8	437	50	111 062	5 270	21	12 047	21			
318 Niendorf	32 195	13 080	19,9	32,9	35,2	12,0	406	75	156 925	4 874	52	11 997	23			
319 Schnelsen ...	14 244	5 879	22,6	37,4	32,1	7,9	413	69	63 897	4 486	74	10 869	41			
320 Eidelstedt ...	26 812	11 788	20,8	36,8	36,3	6,1	440	47	125 449	4 679	58	10 642	49			
321 Stellingen ...	22 844	10 702	22,6	37,3	33,4	6,7	468	29	112 270	4 915	49	10 491	55			
Bezirk Eimsbüttel	259 679	115 771	22,5	37,2	32,2	8,1	445	V	1 262 006	4 860	IV	10 901	III			
401	7 968	3 707	23,6	41,2	30,0	5,2	465		36 628	4 597		9 881				
402	5 660	2 501	25,5	37,8	29,2	7,5	442		25 813	4 561		10 321				
401-402 Hoheluft- Ost	13 628	6 208	24,4	39,8	29,7	6,1	456	41	62 441	4 582	68	10 058	68			
403	11 477	5 055	27,1	37,2	27,3	8,4	440		52 403	4 566		10 367				
404	10 148	4 121	23,4	37,2	27,1	12,3	406		48 427	4 772		11 751				
405	10 252	4 644	27,2	38,8	29,0	5,0	453		44 598	4 350		9 603				
403-405 Eppendorf	31 877	13 820	26,0	37,7	27,8	8,5	434	54	145 428	4 562	70	10 523	52			
406 Groß Borstel .	16 318	6 781	26,9	39,4	27,0	6,7	416	64	67 104	4 112	84	9 896	77			
407 Alsterdorf ...	14 900	5 852	24,7	35,3	27,9	12,1	393	82	71 489	4 798	55	12 216	18			
408	13 801	6 227	25,0	38,8	28,5	7,7	451		63 504	4 601		10 198				
409	11 625	5 358	23,0	36,0	31,1	9,9	461		60 391	5 195		11 271				
410	9 577	4 452	23,8	34,8	31,5	9,9	465		49 704	5 190		11 164				
411	12 127	5 916	25,3	36,6	31,3	6,8	488		61 714	5 089		10 432				
412	7 529	3 500	26,9	41,2	29,3	2,6	465		31 894	4 236		9 113				
413	11 300	4 919	24,4	36,2	28,4	11,0	435		59 111	5 231		12 017				
408-413 Winter- hude	65 959	30 372	24,7	37,1	30,1	8,1	460	35	326 318	4 947	44	10 744	46			
414	10 080	4 625	22,0	33,4	31,4	13,2	459		57 530	5 707		12 439				
415	11 889	5 005	21,5	30,5	30,8	17,2	421		65 968	5 549		13 180				
414-415 Uhlen- horst	21 969	9 630	21,7	31,9	31,1	15,3	438	48	123 498	5 621	12	12 824	13			
416	5 149	2 363	23,7	35,7	29,6	11,0	459		26 962	5 236		11 410				
417	6 473	3 057	21,5	37,6	29,4	11,5	472		35 430	5 474		11 590				
416-417 Hohen- felde	11 622	5 420	22,4	36,7	29,5	11,4	466	32	62 392	5 368	17	11 512	31			
418	7 139	3 311	24,6	41,0	30,1	4,3	464		31 757	4 448		9 591				
419	7 599	3 568	26,2	36,7	32,7	4,4	470		34 321	4 517		9 619				
420	4 679	2 681	24,1	37,0	32,1	6,8	573		27 582	5 895		10 288				
421	7 321	3 599	23,3	35,9	34,0	6,8	492		37 444	5 115		10 404				
422	8 129	4 079	23,3	34,1	32,6	10,0	502		45 123	5 551		11 062				
423	9 191	4 745	22,2	37,7	33,8	6,3	516		49 714	5 409		10 477				
418-423 Barmbek- Süd	44 058	21 983	23,8	37,0	32,7	6,5	499	14	225 941	5 128	27	10 278	58			
424	9 549	5 042	25,5	40,2	30,3	4,0	528		47 979	5 025		9 516				
425	14 470	7 549	25,6	40,4	30,5	3,5	660		71 004	4 907		9 406				
424-425 Dulsberg	24 019	12 591	25,6	40,3	30,4	3,7	524	6	118 983	4 954	43	9 450	93			
426	9 910	4 983	25,6	36,9	31,4	6,1	503		49 721	5 017		9 978				
427	11 428	5 889	24,1	35,2	33,1	7,6	515		63 002	5 513		10 698				
428	19 305	10 777	25,2	37,1	32,5	5,2	558		107 178	5 552		9 945				
429	14 094	6 494	25,1	37,1	31,8	6,0	461		64 527	4 578		9 936				
426-429 Barmbek- Nord	54 737	28 143	25,0	36,7	32,3	6,0	514	10	284 428	5 196	24	10 107	65			
430 Ohlsdorf	17 774	7 670	23,7	32,5	31,5	12,3	432	56	89 096	5 013	33	11 616	26			
431 Fuhsbüttel ..	15 178	7 017	21,9	34,9	31,9	11,3	462	34	80 906	5 330	19	11 530	28			
432 Langenhorn .	46 261	19 926	22,6	34,0	32,1	11,3	431	57	229 598	4 963	41	11 523	29			
Bezirk Hamburg-Nord ...	378 300	175 413	24,2	36,5	30,8	8,5	464	III	1 887 622	4 990	II	10 761	IV			

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Orts- und Stadtteilen Hamburgs 1968

Ortsteile Stadtteile Bezirke	Einwohnerzahl am 1. 1. 1968	Zahl der erfaßten Lohnsteuer- pflichtigen	davon entfallen auf die Bruttolohngrößklassen				Auf 1 000 Ein- wohner ent- fallen ... Lohn- steuer- pflichtige	Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn		Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn je Lohnsteuer- pflichtigen in DM	Rang- ziffer der Stadt- teile
			unter 4 800	4 800 bis unter 12 000	12 000 bis unter 20 000	20 000 und mehr.			in 1 000 DM.	je Ein- wohner in DM			
			DM										
			in v. H. der Sp. 2										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
501	9 278	4 325	20,1	33,2	31,9	14,8	466	.	55 964	6 032	.	12 940	.
502	5 604	2 809	21,7	33,5	33,3	11,5	501	.	32 630	5 823	.	11 616	.
503	5 903	3 043	20,5	31,7	35,6	12,2	516	.	35 846	6 073	.	11 780	.
504	5 982	2 859	23,0	32,5	33,5	11,0	478	.	32 260	5 393	.	11 284	.
501-504 Eilbek ..	26 767	13 036	21,2	32,7	33,4	12,7	487	20	156 700	5 854	8	12 021	22
505	4 195	2 044	21,8	35,8	33,3	9,1	487	.	22 496	5 363	.	11 006	.
506	5 458	2 651	24,9	34,1	35,1	5,9	486	.	27 099	4 965	.	10 222	.
507	4 527	2 214	23,4	37,7	31,9	7,0	489	.	22 843	5 046	.	10 318	.
508	10 015	5 243	22,2	35,4	35,0	7,4	524	.	56 843	5 676	.	10 842	.
509	14 791	6 733	23,2	32,5	34,5	9,8	455	.	74 589	5 043	.	11 078	.
505-509 Wandsbek	38 986	18 885	23,1	34,5	34,2	8,2	484	22	203 870	5 229	22	10 795	44
510	5 825	2 305	21,3	32,3	29,3	17,1	396	.	31 386	5 388	.	13 616	.
511	7 284	3 130	22,0	29,9	29,9	18,2	430	.	41 965	5 761	.	13 407	.
510-511 Marienthal	13 109	5 435	21,7	31,0	29,7	17,6	415	67	73 351	5 595	14	13 496	9
512 Jenfeld	17 696	7 045	25,2	37,6	31,1	6,1	398	79	71 030	4 014	87	10 082	67
513 Tonndorf	15 255	7 008	22,2	36,2	34,0	7,6	459	36	75 574	4 954	42	10 784	45
514 Farmsen-Berne	31 343	13 466	24,7	35,6	32,3	7,4	430	58	141 013	4 499	73	10 472	56
515 Bramfeld	56 021	25 292	22,9	34,1	34,6	8,4	451	44	274 904	4 907	50	10 869	40
516 Steilshoop ..	7 037	3 532	24,1	35,8	34,4	5,7	502	12	36 075	5 126	28	10 214	61
517 Wellingsbüttel	9 142	3 478	22,6	31,4	25,4	20,6	380	87	53 039	5 802	9	15 250	2
518 Sasel	18 402	7 233	22,1	31,6	31,0	15,3	393	81	91 445	4 969	40	12 643	15
519 Poppenbüttel	16 441	6 407	24,1	32,0	28,9	15,0	390	83	80 812	4 915	48	12 613	16
520 Hummelsbüttel	7 169	2 737	22,4	31,8	29,4	16,4	382	86	35 913	5 009	34	13 121	12
521 Lemsahl- Mellingstedt	3 197	1 137	22,6	33,3	31,6	12,5	356	91	13 858	4 335	81	12 189	19
522 Duvenstedt ..	3 344	1 131	19,2	35,2	30,7	14,9	338	93	14 443	4 319	82	12 770	14
523 Wohldorf- Ohlstedt	3 738	1 375	22,5	32,7	28,0	16,8	368	88	18 679	4 997	37	13 585	8
524 Bergstedt	6 733	2 465	22,8	32,1	31,1	14,0	366	90	29 779	4 423	77	12 081	20
525 Volksdorf	14 752	5 944	21,9	29,1	25,7	23,3	403	78	89 447	6 063	3	15 048	3
526 Rahlstedt	76 842	31 288	22,2	33,6	33,2	11,0	407	73	360 218	4 688	57	11 513	30
Bezirk Wandsbek ..	365 974	156 894	22,8	33,7	32,4	11,1	429	VI	1 820 150	4 973	III	11 601	I
601 Lohbrügge ..	35 335	15 461	22,9	32,4	34,8	9,9	438	49	174 685	4 944	45	11 298	35
602	12 798	5 804	25,1	37,7	30,8	6,4	454	.	58 955	4 607	.	10 158	.
603	14 448	6 573	26,1	36,5	29,2	8,2	455	.	68 163	4 718	.	10 370	.
602-603 Bergedorf	27 246	12 377	25,7	37,0	29,9	7,4	454	43	127 118	4 666	60	10 271	59
604 Curslack	2 322	700	26,2	40,3	29,3	4,2	301	96	6 728	2 898	96	9 611	86
605 Altengamme ..	2 070	585	24,1	37,3	34,0	4,6	283	97	5 823	2 813	97	9 953	75
606 Neuengamme ..	3 793	1 030	24,5	40,5	31,3	3,7	272	99	9 917	2 615	100	9 628	85
607 Kirchwerder ..	7 804	2 090	25,8	36,1	34,2	3,9	268	100	20 394	2 613	101	9 758	80
608 Ochsenwerder	2 414	682	26,9	37,2	31,3	4,6	283	98	6 530	2 705	98	9 574	87
609 Reitbrook	521	122	34,5	28,7	31,9	4,9	234	102	1 132	2 173	103	9 276	97
610 Allermöhe	1 527	519	25,2	40,1	31,4	3,3	340	92	4 917	3 220	95	9 474	91
611 Billwerder	2 880	1 168	26,0	37,8	31,6	4,6	406	76	11 306	3 926	89	9 680	83
612 Moorfleet	2 042	851	26,2	35,2	34,9	3,7	417	63	8 278	4 054	85	9 727	82
613 Tatenberg	475	125	29,6	27,2	38,4	4,8	263	101	1 246	2 623	99	9 967	74
614 Spadenland ..	460	107	28,0	44,9	19,7	7,4	233	103	1 057	2 298	102	9 881	78
Bezirk Bergedorf ..	88 889	35 817	24,5	35,1	32,6	7,8	403	VII	379 131	4 265	VII	10 585	V

Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Orts- und Stadtteilen Hamburgs 1968

Ortsteile Stadtteile Bezirke	Einwohner- zahl am 1. 1. 1968	Zahl der erfaßten Lohnsteuer- pflichtigen	davon entfallen auf die Bruttolohngrößenklassen				Auf 1 000 Ein- wohner ent- fallen ... Lohn- steuer- pflich- tige	Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn		Rang- ziffer der Stadt- teile	Bruttolohn je Lohnsteuer- pflichtigen in DM	Rang- ziffer der Stadt- teile
			unter 4 800	4 800 bis unter 12 000	12 000 bis unter 20 000	20 000 und mehr			in 1 000 DM	je Ein- wohner in DM			
			DM										
			in v. H. der Sp. 2										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
701	12 947	6 631	26,3	37,0	32,3	4,4	512		64 223	4 960		9 685	
702	15 325	7 558	26,2	40,5	30,2	3,1	493		76 433	4 987		10 113	
701-702 Harburg	28 272	14 189	26,3	38,9	31,1	3,7	502	13	140 656	4 975	38	9 913	76
703 Neuland	1 757	776	26,1	35,7	36,0	2,2	442	46	7 944	4 521	71	10 238	60
704 Gut Moor	332	129	27,2	42,7	24,7	5,4	389	84	1 210	3 645	91	9 378	95
705 Wilstorf	18 222	8 930	23,2	37,2	34,4	5,2	490	18	89 746	4 925	46	10 050	69
706 Rönneburg ..	2 190	919	22,8	36,5	33,4	7,3	420	61	9 770	4 461	76	10 631	50
707 Langenbek ..	2 664	1 243	20,3	30,6	38,1	11,0	467	30	14 798	5 555	16	11 905	24
708 Sinstorf	3 113	1 424	22,7	37,0	34,6	5,7	457	40	15 576	5 004	35	10 938	39
709 Marmstorf ...	8 210	3 560	23,5	29,0	37,1	10,4	434	53	41 885	5 102	30	11 765	25
710 Eißendorf ...	22 713	10 664	24,8	34,4	33,2	7,6	470	28	113 551	4 999	36	10 648	48
711 Heimfeld	24 341	11 692	24,4	36,6	31,6	7,4	480	24	124 117	5 099	31	10 616	51
712	32 737	16 422	24,7	38,4	33,8	3,1	502		158 441	4 840		9 648	
713	18 414	8 329	23,8	38,8	34,2	3,2	452		80 828	4 389		9 704	
714	1 009	362	29,9	33,9	34,0	2,2	359		3 342	3 312		9 233	
712-714 Wilhelms- burg	52 160	25 113	24,5	38,5	33,9	3,1	481	23	242 611	4 651	62	9 661	84
715 Altenwerder ..	2 183	904	21,5	36,6	35,7	6,2	414	68	9 497	4 350	79	10 506	53
716 Moorburg ...	1 541	622	26,5	32,9	36,9	3,7	404	77	6 223	4 038	86	10 004	71
717 Hausbruch ...	9 717	4 237	22,8	31,3	36,0	9,9	436	51	48 724	5 014	32	11 500	32
718 Neugraben- Fischbek	23 254	9 660	22,5	33,8	35,9	7,8	415	65	104 742	4 504	72	10 843	43
719 Francop	551	253	26,5	34,4	34,3	4,8	459	37	2 466	4 475	75	9 746	81
720 Neuenfelde ..	4 519	1 484	21,5	28,8	44,8	4,9	328	94	16 125	3 568	94	10 866	42
721 Cranz	667	218	27,1	28,8	34,4	9,7	327	95	2 418	3 625	93	11 093	36
Bezirk Harburg ..	206 406	96 017	24,2	36,2	33,9	5,7	465	11	992 059	4 806	V	10 332	VI
Hamburg insgesamt	1 832 560	826 806 ¹⁾	23,8	36,4	31,6	8,2	451	—	8 947 004 ¹⁾	4 882	—	10 821	—

¹⁾ Abweichungen in den Ergebnissen beim Vergleich mit der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 sind methodisch bedingt.

sen, (bis unter 4 800 DM, 4 800 bis unter 12 000 DM, 12 000 bis unter 20 000 DM und 20 000 DM und darüber) erfolgt.

Schließlich mußten aus Gründen der Geheimhaltung in einzelnen Fällen auf die Nachweisung der absoluten und auch der Relativzahlen verzichtet werden, vor allem in Gebietsteilen, in denen die Einwohnerzahl und damit auch die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen verhältnismäßig klein ist.

Verhältnismäßig starke Streuung der Pflichtigenziffern

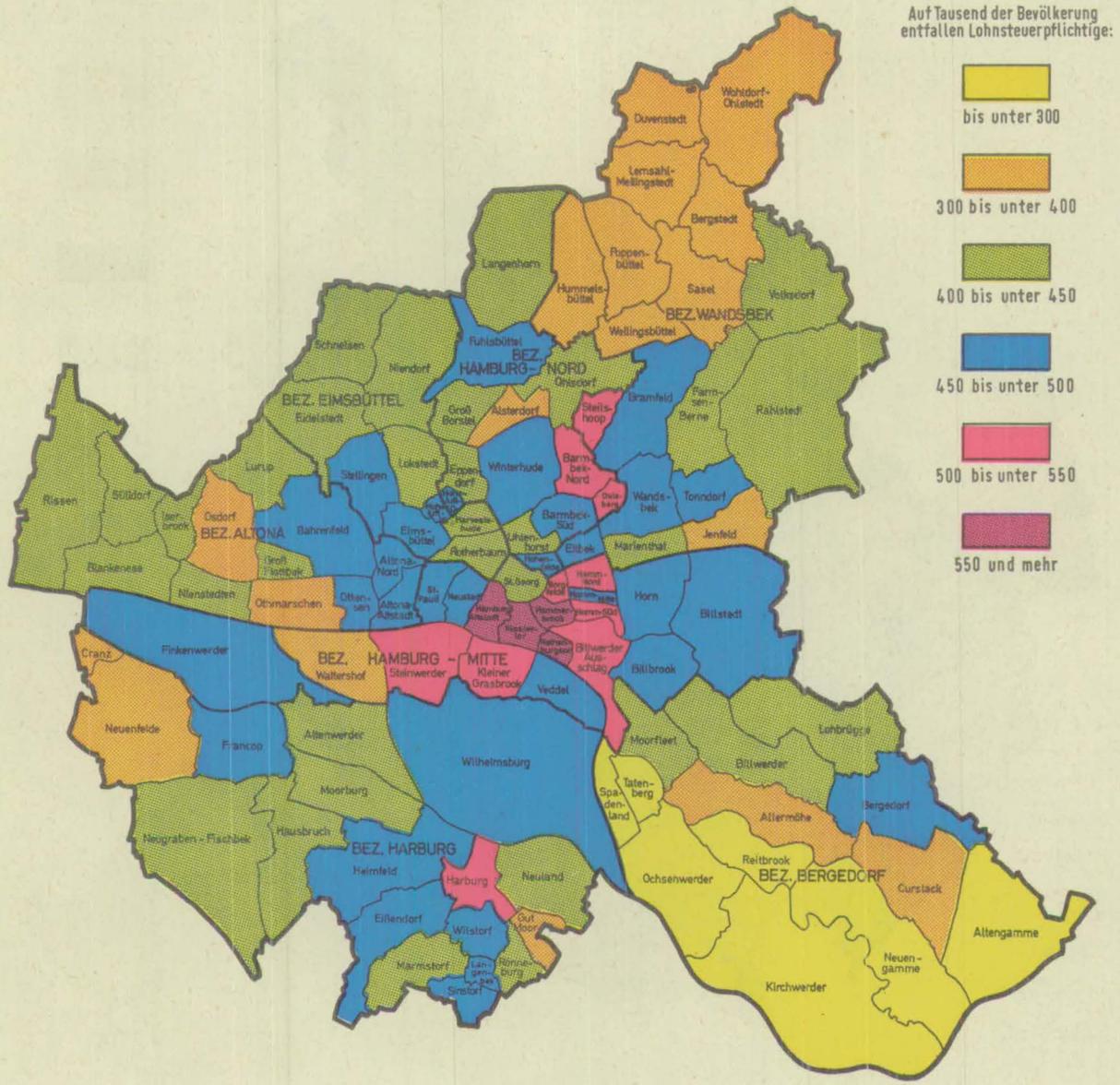
Die Durchsetzung der Bevölkerung mit Lohnsteuerpflichtigen ist in Stadtteilen mit hohen Anteilen der abhängig Erwerbstätigen an der Bevölkerung am stärksten. Des weiteren kann man feststellen, daß in Stadtteilen, in denen viele Einpersonenhaushalte und kinderlose Ehepaare wohnen, die Pflichtigenziffer

wegen der stärkeren Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben höher liegt als in den aufgelockerten Randgebieten mit zumeist größeren Haushalten. Besonders hoch ist der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an der Gesamtzahl der Bevölkerung in einigen im Zentrum gelegenen Stadtteilen, aber auch in Harburg, Billwerder, Steinwerder und Kleiner Grasbrook, wo er 1968 erheblich über dem Landesdurchschnitt (451 je 1 000 Einwohner) hinausging; in den Stadtteilen Hamburg-Altstadt und Klostertor mit Hammerbrook überstieg die Pflichtigenziffer sogar 600.

Weniger als 300 Steuerpflichtige auf 1 000 Einwohner zählten nur 7 Stadtteile, von denen alle in den Vier- und Marschlanden gelegen sind. Wenngleich ein landwirtschaftliches Gebiet stets eine geringere Pflichtigendurchsetzung aufweist als ein sogenanntes industrielles Gebiet, so stellt sich doch die Pflichtigenziffer der Vier- und Marschlande auch mit anderen landwirtschaftlichen Gebieten Hamburgs als auf-

Schaubild 1

Durchsetzung der Bevölkerung mit Lohnsteuerpflichtigen in den Stadtteilen Hamburgs im Jahre 1968



Statistisches Landesamt Hamburg

fallend niedrig dar. In den ländlichen Gebietsteilen der Süderelbe, wie z. B. Altenwerder, Moorburg und Francop, also wo der Obstbau der Landwirtschaft das Gepräge gibt, erreicht der Pflichtigenbesatz über 400 v. T. Untersucht man weiter auf dem Schaubild 1 die Gebiete, in welchen 1968 eine verhältnismäßig geringe Pflichtigenziffer vorhanden war, das ist die Gruppe 300 bis unter 400 Lohnsteuerpflichtige auf 1 000 Einwohner, so werden als geschlossenes Gebiet vor allem die im Nordosten gelegenen Wald-dörfergebiete einschließlich Poppenbüttel, Hummelsbüttel und Wellingsbüttel erkennbar. In den übrigen Stadtteilen nähert sich der Pflichtigenbesatz mehr oder weniger dem Landesdurchschnitt.

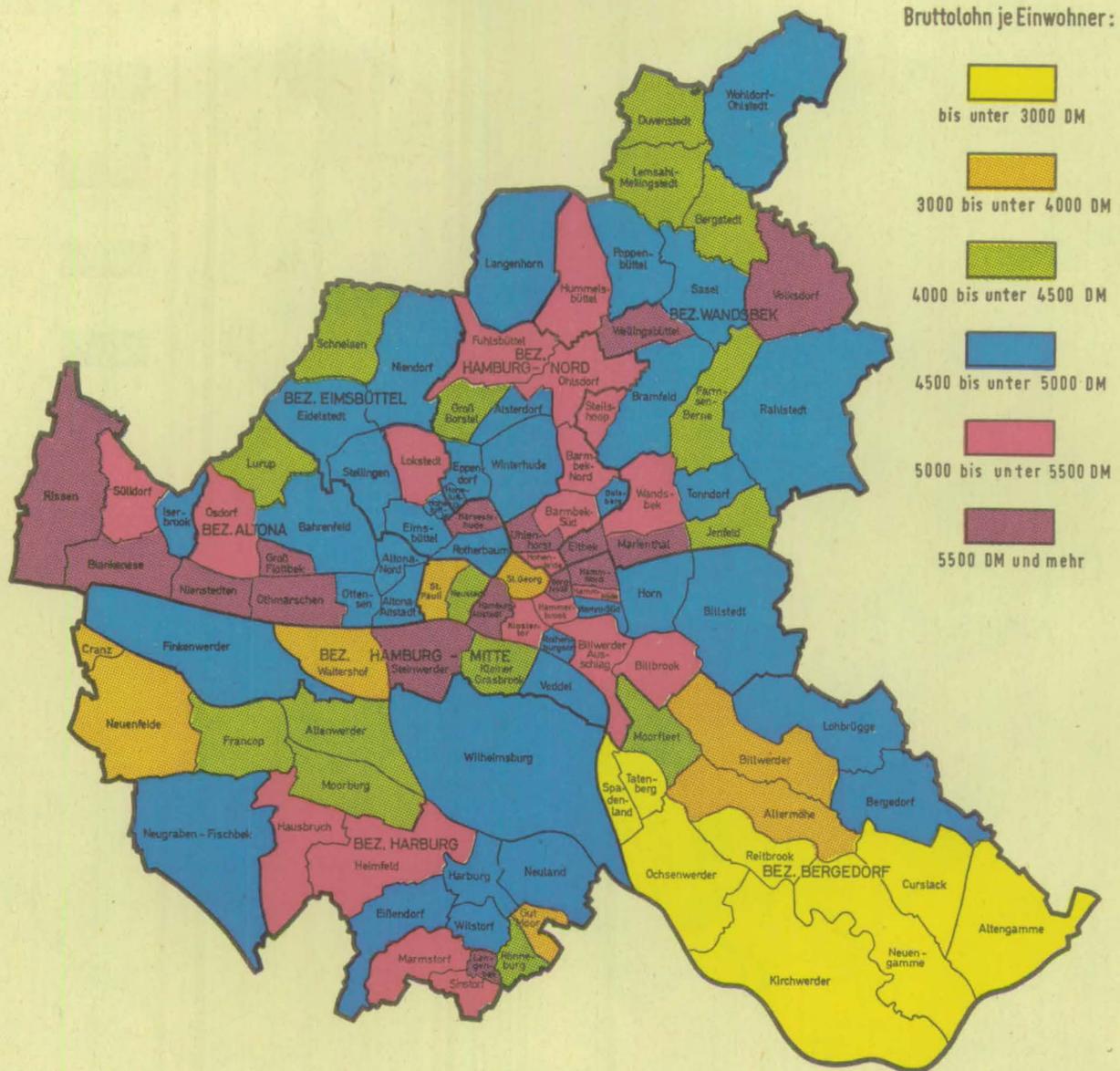
Bei der Darstellung der in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlichen relativen Häufigkeit des Vorkommens von Lohnsteuerpflichtigen ist zu beachten, daß der durch Farbtonung angezeigte Pflichtigenbesatz stets nur einen Durchschnittswert für den gesamten

Stadtteil wiedergibt. Sie ist daher mit den Mängeln aller statistischen Durchschnitte behaftet. Außerdem treten bei den Schaubildern die flächenmäßig großen, aber dünn besiedelten Stadtteile rein optisch zu stark hervor. Aus diesem Grunde ist eine transparente Stadtteilkarte beigelegt, die zur Verdeutlichung der Schaubilder auf diese gelegt werden kann und die die Verteilung der Bevölkerung widerspiegelt.

Othmarschen mit 7 081 DM Bruttolohn je Einwohner am Anfang und Reitbrook mit 2 173 DM am Ende der Rangskala

Bei der Betrachtung des Schaubildes 2 und der Spalten 9 und 10 der Tabelle 3 fällt ins Auge, daß sich 1968 die 16 verdienststärksten Stadtteile (über 5 500 DM Bruttolohn je Einwohner) nicht unwesentlich von den übrigen abheben, und daß besonders der Stadtteil Othmarschen mit seinem durch-

Durchschnittlich auf einen Einwohner entfallender Bruttoloohn in den Stadtteilen Hamburgs im Jahre 1968



Statistisches Landesamt Hamburg

schnittlichen Kopfbetrag an Bruttoloohn (7 081 DM) über alle anderen hinausragt. Daß er auch in Hamburg-Altstadt mit 6 301 DM noch relativ hoch ist, erklärt sich aus dem bereits erwähnten verhältnismäßig großen Lohnsteuerpflichtigenbesatz; das gleiche gilt auch für die Stadtteile Hamm-Nord, Borgfelde, Eilbek und Steinwerder. Dem höheren durchschnittlichen Bruttoloohn je Pflichtigen ist es dagegen zuzuschreiben, daß alle übrigen verdienststärksten Gebiete (über 5 500 DM Bruttoloohn je Einwohner) bei der Umrechnung des Bruttoloohns auf den Einwohner weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Diese 16 Stadtteile mit einem Einkommen je Einwohner von 5 500 DM und mehr umschließen zusammen 11,6% der Gesamtbevölkerung Hamburgs.

Als verdienstschwächste Gegend heben sich die Vier- und Marschlande heraus, ferner die agraren Gebiete Cranz, Neuenfelde und z. T. Gut Moor. Auch noch die Stadtteile Waltershof, St. Georg und St. Pauli haben ein durchschnittliches Bruttolohneinkommen je Ein-

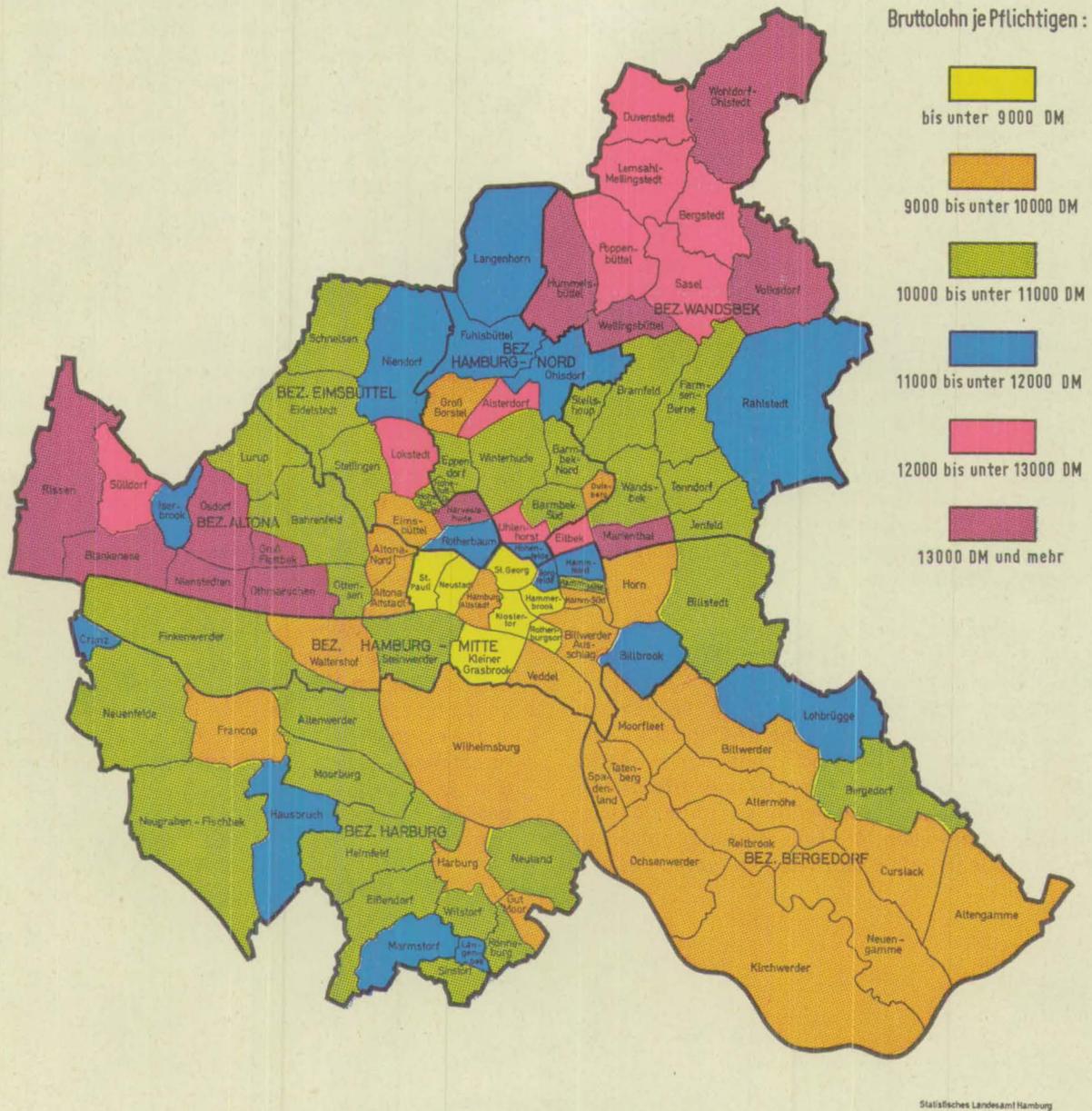
wohner bis unter 4 000 DM im Jahr. Die Gesamtheit dieser ebenfalls 16 Stadtteile umfaßt aber nur 4,6% der Bevölkerung. Der Rest der Bevölkerung verteilt sich zu 8,2% auf die 15 Stadtteile mit durchschnittlich auf einen Einwohner entfallenden Bruttoloohnbetrag von 4 000 DM bis unter 4 500 DM, zu 58,2% auf 37 Stadtteile mit einem Betrag von 4 500 DM bis unter 5 000 DM und zu 17,4% auf 19 Stadtteile mit einem Betrag von 5 000 DM bis unter 5 500 DM.

Othmarschen mit 18 420 DM Bruttoloohn je Pflichtigen wiederum am höchsten

Der durchschnittlich auf einen Lohnsteuerpflichtigen entfallende Bruttoloohnbetrag zeigt in großen Zügen eine dem Durchschnittseinkommen je Einwohner parallele Entwicklungsreihe. Beträchtliche Abweichungen ergeben sich lediglich in Stadtteilen, die eine verhältnismäßig dichte Pflichtigendurchsetzung aufweisen. Othmarschen mit einem Bruttolohneinkom-

Schaubild 3

Durchschnittlich auf einen Lohnsteuerpflichtigen entfallender Bruttolohn in den Stadtteilen Hamburgs im Jahre 1968



men je Lohnsteuerpflichtigen von 18 420 DM im Jahre 1968 eröffnet wieder die Reihe mit weitem Vorsprung gegenüber den beiden Stadtteilen Wellingsbüttel und Volksdorf, deren Zahlen mit 15 250 DM und 15 048 DM eng beieinander liegen. Es folgen dann die übrigen Gebiete der Elbvororte Groß-Flottbek, Nienstedten, Blankenese und Rissen. Der Durchschnittsbetrag je Steuerpflichtigen bewegt sich in den an 8. bis 12. Stelle der Skala stehenden Stadtteile Wohldorf-Ohlstedt, Marienthal, Harvestehude, Osdorf und Hummelsbüttel zwischen 13 585 DM und 13 121 DM. Auch hier läßt sich wieder beobachten, daß die Gebiete mit hohem Durchschnittseinkommen in den Bruttolohngrößtenklassen über 20 000 DM, auf die im Landesdurchschnitt 8,2% der Pflichtigen entfallen, verhältnismäßig hohe Anteile haben. So liegen in dieser Größenklasse beispielsweise in Othmarschen 23,7% und in Volksdorf 23,3%. In allen anderen hier aufgeführten Stadtteilen liegt der entsprechende Anteil

mindestens doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt, wenn man von Harvestehude absieht.

Naturgemäß treten dem gegenüber die Stadtteile mit niedrigen Durchschnittseinkommen je Pflichtigen in den oberen Einkommensgrößtenklassen über 20 000 DM wenig hervor. Die geringste Besetzung in diesen Größtenklassen haben Rothenburgsort, Hamburg-Neustadt, Kleiner Grasbrook, St. Georg, St. Pauli sowie Klosterort mit Hammerbrook mit unter 3,6% der Pflichtigen. Diese Stadtteile rangieren unter allen Stadtteilen am Ende der Skala und ihr Bruttolohn je Pflichtigen liegt unter 9 000 DM.

4. Zur Methode

Ausgangspunkt für die regionale Untersuchung waren die Lohnsteuerkarten für das Jahr 1968. Aus diesen

wurden für jeden Steuerpflichtigen, sofern ein Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragt worden war, von den Finanzämtern außer den erforderlichen steuerlichen Angaben auch das Wohnviertel nach den dreistelligen Ortsteilnummern in die Eingabewertbogen übertragen. Nach Ablochung der so ausgefüllten Bogen und nach der maschinellen Errechnung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs wurden die auf Magnetbändern gespeicherten Angaben dem Statistischen Landesamt für die Durchführung der Lohnsteuerstatistik 1968 und der Sonderuntersuchung zur Verfügung gestellt.

Die von den Finanzämtern eingesandten Lohnsteuerkarten der Steuerpflichtigen ohne maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleich wurde — wie bei früheren Lohnsteuerstatistiken — nach der repräsentativen Methode aufbereitet. Die in die Stichprobe gelangten Lohnsteuerkarten wurden ebenfalls auf Datenträger übernommen, so daß eine Restmasse von ca. 350 000 Lohnsteuerkarten verblieb, die im Statistischen Landesamt manuell ausgewertet wurden. Das Ergebnis dieser manuell bearbeiteten Fälle wurde anschließend den total aufbereiteten Fällen aus den Datenträgern des maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Stichprobe hinzugerechnet.

Für die regionale Zuordnung der Lohnsteuerpflichtigen war grundsätzlich der Ortsteil maßgebend, in dem der Arbeitnehmer am Stichtag der Ausstellung der Lohnsteuerkarte, am 20. September 1967, seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Im Hinblick auf die immer noch anhaltenden relativ starken innerstädtischen Umzüge und grenzüberschreitenden Wanderungen wäre es ohne Zweifel zweckmäßiger gewesen, die Untersuchung auf einen Stichtag im Jahre 1968 abzustellen, um die statt-

gefundenen Adressenänderungen einbeziehen zu können. Hiervon mußte aus erhebungstechnischen aber auch aus finanziellen Gründen Abstand genommen werden. Karten, die von Gemeinden in anderen Ländern ausgestellt worden waren, und lohnsteuerpflichtige Einpendler sind in den Ergebnissen nicht mit einbegriffen. Für ein bestimmtes Gebiet (Bezirk, Stadt- oder Ortsteil) werden daher nicht die erwirtschafteten Lohneinkommen, sondern die der dort wohnenden und für die Sonderuntersuchung erfaßten Lohnsteuerpflichtigen nachgewiesen.

Nicht enthalten in den veröffentlichten Ergebnissen sind alle Steuerpflichtigen, deren Wohnsitz nicht festgestellt werden konnte und die ständig an Bord von Schiffen lebenden Arbeitnehmer. Damit weicht die Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen und ihr Bruttolohn geringfügig von den im Rahmen der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 veröffentlichten Zahlen ab.

Lohnsteuerpflichtig sind Arbeitnehmer, die aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Zum Arbeitslohn gehören alle einmaligen oder laufenden Einnahmen aus einem derartigen Dienstverhältnis; außer Löhnen und Gehältern zählen dazu auch Gratifikationen, Tantiemen, Warte-, Ruhe-, Witwen- und Waisengelder u. ä. Einkünfte. Bei der Erfassung der Steuerpflichtigen handelt es sich um Voll- und Teilbeschäftigte bzw. nicht ganzjährig Beschäftigte. Dies bedeutet, daß der Ausgabewert insbesondere der Lohnschichtung und des errechneten Durchschnittslohns je Steuerpflichtigen und je Einwohner durch den mehr oder weniger großen Anteil von Teilzeitbeschäftigten und nicht ganzjährig Beschäftigten stark beeinflusst wird.

5. Zusammenfassung

Die für diese Analyse erforderlichen Daten wurden im Zusammenhang mit der Durchführung der bundeseinheitlichen Lohnsteuerstatistik 1968 festgestellt. Sie hat für die abhängig erwerbstätige Bevölkerung zum ersten Male wertvolle Informationen über die Einkommensunterschiede in den Bezirken, Stadtteilen und Ortsteilen Hamburgs geliefert.

Wie aufgrund der sozialökonomischen Gegebenheiten nicht anders zu erwarten, ergeben sich in den einzelnen Gebietsteilen Unterschiede in dem Lohnsteuerpflichtigenbesatz und in der Höhe des durchschnittlichen Bruttolohns je Einwohner und je Steuerpflichtigen. Innerhalb der Bezirke repräsentiert

Altona das höchste Durchschnittseinkommen je Einwohner. Es war 1968 mit 5 058 DM um 176 DM oder gut 3 % höher als der Landesdurchschnitt (4 882 DM). Je Steuerpflichtigen ist zwar das Durchschnittseinkommen in Hamburg-Mitte und Harburg niedriger als in Bergedorf, aber durch die bedeutend geringere Durchsetzung der Bevölkerung mit Lohnsteuerpflichtigen rangiert Bergedorf mit 4 265 DM je Einwohner an letzter Stelle der sieben Bezirke. Der Durchschnitt des auf einen Pflichtigen entfallenden Einkommens beträgt in Hamburg 10 821 DM. An der Spitze steht der Bezirk Wandsbek mit einem Betrag von 11 601 DM, der um 780 DM oder 7 % über dem Landesdurchschnitt liegt. Am niedrigsten ist der Durch-

schnittswert je Steuerpflichtigen in Hamburg-Mitte mit 9 913 DM, also 908 DM oder 8 % unter dem Landesmittel.

Ziemlich übereinstimmend mit den Feststellungen über die Einkommenskraft der Unselbständigen anhand der verschiedenen Prokopfberechnungen zeigt sich, daß die schwach hervortretenden Bezirke Hamburg-Mitte und Harburg hohe Bestände an Pflichtigen, aber auch hohe Beteiligung an den unteren und mittleren Lohngrößenklassen aufweisen. Dagegen sind die als einkommensstark hervortretenden Bezirke Altona und Wandsbek in den unteren Größenklassen weniger stark vertreten. Von den erfaßten 554 Lohnsteuerpflichtigen mit

einem Bruttolohn von über 100 000 DM waren 1968 allein 232 Steuerpflichtige in Altona und 136 in Wandsbek wohnhaft.

Der durchschnittliche Bruttolohn je Einwohner der Stadtteile bewegte sich 1968 zwischen 7 081 DM in Othmarschen und 2 173 in Reitbrook.

37 aller 104 Stadtteile massieren sich mit einem Prokopfbetrag zwischen 4 500 DM bis unter 5 000 DM und umschließen fast 60 % der Gesamtbevölkerung Hamburgs.

Mit über 18 400 DM Bruttolohn je Pflichtigen repräsentiert der Stadtteil Othmarschen wiederum die mit

Abstand höchste Einkommenskraft aller Stadtteile. Dieser Bruttolohnbetrag ist mehr als doppelt so hoch wie der am Ende der Rangskala rangierenden Stadtteile Kleiner Grasbrook und Klostertor mit Hammerbrook.

Gustav Hohmann

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	761,2	760,5	766,3	759,6	759,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,2	6,6	2,9	2,9	— 2,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	84	85	82	86
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	7	7	5	8
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	751	97	49	30	22
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 482	48	12	18	31
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	95	10	16	11	19
Tage mit Niederschlägen	"	256	226	20	28	25	21
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	265,1	262,1 r
Altona	"	264,3	261,1	261,1 r
Eimsbüttel	"	264,6	260,4	259,4 r
Hamburg-Nord	"	401,3	366,2	362,3 r
Wandsbek	"	357,5	368,3	368,5 r
Bergedorf	"	82,6	91,6	94,4 r
Harburg	"	199,0	207,2	207,3 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 819,9	1 814,5 p	1 811 p	1 810 p	1 815,1 r
dav. männlich	"	861,9	844,1	842,7 r
weiblich	"	995,0	975,8	972,4 r
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	70,4	95,9	96,3	97,5	78,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	1 208	972	1 200 p	730 p	801 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	8,0	6,5	7,8 p	4,7 p	5,2
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 753	1 427	1 520 p	1 470 p	1 522 r
dar. unehelich	"	143	129	97	120 p	120 p	128 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	11,6	9,6	9,9 p	9,6 p	9,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,4	6,8	7,9 p	8,1 p	8,5 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 268	2 219	2 640 p	2 070 p	2 758 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	37	36	36 p	30 p	26 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	15,0	14,9	17,2 p	13,5 p	17,9 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	20,7	25,1	23,7 p	20,4 p	16,5 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+	-	-	-	-	-
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 515	- 792	- 1 120 p	- 600 p	- 1 236 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 3,4	- 5,3	- 7,3 p	- 3,9 p	- 8,0 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 818	7 100 p	5 900 p	6 400 p	6 115 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 784	6 700 p	8 000 p	6 200 p	6 911 r
Fortgezogene Personen	"	- 379	+ 34	+ 400 p	- 2 700 p	+ 200 p	- 796 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	- 37	+ 155	- 334 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	+ 121	- 462 r
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 909	14 786	12 970 p	13 663 p	15 005 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 687	1 900 p	1 800 p	1 850 p	1 487 r
Schleswig-Holstein	"	835	1 003	1 000 p	1 000 p	1 200 p	932 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 091	1 114	1 200 p	1 000 p	1 150 p	947 r
Niedersachsen	"	272	315	450 p	300 p	400 p	240 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	2 006	1 922	1 600 p	1 300 p	1 450 p	1 630 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 095	2 400 p	1 800 p	1 950 p	2 051 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	2 351	2 554	2 300 p	2 500 p	2 500 p	2 744 r
b) Fortgezogene nach	"	1 620	1 825	1 700 p	1 800 p	1 950 p	2 132 r
Schleswig-Holstein	"	1 268	1 241	1 100 p	1 200 p	1 300 p	1 385 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	525	548	600 p	700 p	750 p	637 r
Niedersachsen	"	2 167	1 976	2 100 p	2 200 p	1 750 p	888 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	767	1 013	1 200 p	2 100 p	650 p	1 896 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Fortgeschriebener Bevölkerungsstand nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 193	11 236	11 229	11 229	11 200
Pflegetage		273 169	266 678	271 373	241 083	269 126	271 910
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	81,8	86,2	74,0	82,4	82,1
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 557	4 810	4 810	4 790	4 639
Pflegetage		123 729	123 153	130 415	119 685	140 894	125 478
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,3	91,1	80,5	94,4	86,8
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	763	736	725	725	655
Pflegetage		19 012	19 323	20 674	15 629	19 532	17 385
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	89,4	66,7	84,2	82,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	856	856	856	856	856
Pflegetage		21 274	19 141	21 566	18 276	20 047	20 750
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	75,2	84,0	68,8	75,5	78,2
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	997	783	783	761	998
Pflegetage		25 626	23 821	17 741	16 381	17 726	21 637
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	80,2	83,2	74,5	82,5	70,1
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	47 809	45 548	45 541	46 792	47 541
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	92,0	90,7	87,9	90,2	90,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 394	37 709	39 162	39 218	39 159
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,7	97,3	97,8	97,9	97,8
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 415	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 737	41 644	43 072	42 950	43 236
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,8	98,1	98,1	97,9	98,0
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	709,2	718 629	719,4	685 359	715 001
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	600,0	628 361	631,0	610 834	612 439
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	386 303	450 121	392 659	451 125	427 515
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 445	5 531	5 004	5 714	5 282
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	33 862	36 652	29 512	34 441	34 294
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	15 286	14 098	12 024	12 940	12 968
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 981	51 057	59 297	55 908	58 448	42 303
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,4	696,0	696,7	693,7	684,4
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	400,5	413,3	413,0	409,9	405,2
Rentner	"	175,5	224,5	229,7	230,0	230,5	226,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	56,4	53,0	53,7	53,3	52,8
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	26,6	25,8	24,0	21,2	34,1
dav. männlich	"	17,9	17,8	17,2	16,3	14,6	23,5
weiblich	"	8,8	8,8	8,6	7,7	6,6	10,6

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 366	2 849	2 975	3 819	3 480
dav. männlich	"	2 318	1 955	1 489	1 569	1 973	1 923
weiblich	"	1 092	1 411	1 360	1 406	1 846	1 557
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	98	11	28	48	39
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	45	51	68	74	48
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	65	31	37	43	60
Elektriker	"	24	12	13	17	21	20
Chemiewerker	"	55	25	28	26	33	20
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	11	27	35	31	15
Graphische Berufe	"	44	47	53	76	74	58
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	12	5	5	9	11
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	66	44	45	57	47
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	161	91	110	173	153
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	93	120	107	124	102
Kaufmännische Berufe	"	368	424	366	367	483	422
Verkehrsberufe	"	313	287	171	146	208	232
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	692	640	631	785	782
Künstlerische Berufe	"	177	181	159	136	170	187
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	27 151	26 917	23 876	24 279	25 385
dav. männlich	"	13 014	14 530	15 678	13 493	13 305	13 754
weiblich	"	12 813	12 621	11 239	10 383	10 974	11 631
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 942	6 940	6 045	5 610	5 845
dav. männlich	"	4 134	4 106	5 194	4 567	3 971	4 165
weiblich	"	1 707	1 836	1 746	1 478	1 639	1 680
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 744	7 266	8 081	6 809	9 639
dav. männlich	"	9 955	8 038	6 344	7 129	6 093	8 874
weiblich	"	572	706	922	952	716	765
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 745	8 108	8 016	9 384	8 435
dav. männlich	"	5 512	3 946	3 737	3 792	4 367	3 956
weiblich	"	2 787	3 799	4 371	4 224	5 017	4 479
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	24 746			40 664	28 733
Weiblich	"	5 157	10 264			15 581	11 650
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	2 008	1 294	1 531	1 803	2 107
dar. an Molkereien gellefert	%	86,0	87,7	90,0	90,6	92	89,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,9	8,6	9,9	11,7	13,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 179	10 770	10 831	11 374	10 724
dav. lose	"	3 529	2 526	1 817	1 787	2 075	2 177
in Flaschen	"					987	1 942
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 653	8 953	9 044	7 970	6 365
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"					62	—
Ultra-hocherhitzte Milch	"					280	240
Mager- und Buttermilch	"	382	509	273	258	331	251
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,5	11,3	10,8	10,0	9,7
Kälber	"	2,6	1,7	1,6	1,7	1,7	1,5
Schweine	"	47,0	37,4	44,7	40,6	40,5	36,5
Schafe	"	2,7	1,1	1,2	0,5	0,8	1,2
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,5	9,8	10,2	8,9	8,7
Kälber	"	2,5	1,7	1,4	1,6	1,7	1,5
Schweine ³⁾	"	49,6	39,0	44,8	44,6	41,5	38,1
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 034	6 992	6 928	6 464	6 176
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 128	2 434	2 565	2 293	2 205
Kälber	"	187	139	120	133	132	124
Schweine	"	4 318	3 723	4 388	4 192	3 996	3 792

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 530	1 485	1 481	...	1 503
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	209	210	208	...	211
dar. Arbeiter ²⁾	-	152	138	135	133	...	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	-	24 859	21 987	21 999	21 763	...	21 951
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	144	196	186	...	147
• Gehälter (Bruttosumme)	-	75	105	153	149	...	113
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	9	...	13
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 Nm ³	6 418	2 076	2 360	3 198	...	2 923
• Erdgasverbrauch (Ho = 43 000 kcal/m ³ , n ¹⁰⁾)	1 000 Nm ³	-	8 365	20 054	22 339	...	21 965
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	69	71	...	96
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	138	147	149	...	153
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	13	...	12	...	14
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 478	1 684	1 714	...	1 544
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	-	155	223	295	245	...	248
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	122,1	134,5 p	127,3 p	122,0 p	121,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,0	131,6 p	124,4 p	118,4 p	119,5
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	128,4	139,3 p	134,1 p	129,1 p	129,5
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	123,8	148,7 p	141,0 p	125,0 p	121,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,7	121,3 p	115,5 p	104,4 p	105,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	110,0	109,9 p	100,5 p	104,3 p	110,5
Bauindustrie	"	103,7	107,3	140,9 p	112,6 p	102,4 p	63,8
• Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 476	1 684	1 714	...	1 544
dar. Mineralölverarbeitung	-	215	262	266	273	...	244
Chemische Industrie	-	101	130	139	125	...	147
Elektroindustrie	-	143	164	201	237	...	172
Maschinenbau	-	83	110	130	172	...	88
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	589	627	691	727	789
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	102	144	172	194	178
Vj.-Durchschnitt⁸⁾							
		1965	1969	2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	4. Vj. 1969
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	84,3	86,2	85,9	85,4	86,8
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	126,9	142,6	154,8	194,1	171,3
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	125,0	137,7	155,3	195,8	173,3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe⁹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 443	47 020	46 697	45 369	43 690
dar. Inhaber	-	1 365	1 294	1 262	1 256	1 209	1 309
Angestellte	-	4 684	5 167	5 677	5 672	5 663	5 276
Arbeiter ¹⁾	-	43 102	37 982	40 081	39 769	38 497	37 105
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 879	6 828	5 975	4 280	3 341
dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	1 711	1 741	1 649	1 108	811
gewerblich und Industr. Bauten	-	1 673	1 511	1 814	1 640	1 428	1 108
öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 657	3 273	2 686	1 744	1 422
• Löhne (Bruttosumme) ¹⁾	Mio DM	46,3	48,3	74,6	70,2	45,9	31,4
• Gehälter (Bruttosumme) ¹⁾	-	5,9	8,4	13,0	14,0	10,2	8,7
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	138,0	231,6	343,0	155,3	130,4
dav. im Wohnungsbau	-	42,2	37,6	43,7	91,3	45,6	53,4
gewerblich und Industr. Bau	-	31,0	34,9	104,2	102,6	40,5	19,4
öffentlichen und Verkehrsbaus	-	53,0	65,5	83,7	149,1	69,2	57,6
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	169	126	108	94	186
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	101	47	42	74	139
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	350	419	334	123	283
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	46,0	64,0	51,0	19,8	38,0
• Wohnfläche	1 000 qm	95	72	90	73	26	59
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	87	61	108	78	98
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	444	883	751	1 522	674
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	34,0	56,2	87,5	82,4	51,6
• Nutzfläche	1 000 qm	73	82	112	137	139	107
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 049	1 282	1 182	294	764

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/m³, n.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	164	116	242	87	131
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	338	266	633	186	188
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	42,7	38,4	77,3	25,9	25,3
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	80	77	167	47	63
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	440	659	1 550	1 169	458
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	32,3	43,3	165,0	55,1	31,8
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 000	790	1 850	570	578
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	199	167	918	...	30
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	118	120	494	...	23
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	415	335	2 190	...	102
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,1	40,4	276,6	...	5,7
Wohnfläche	1 000 qm	98	88	60	478	...	9
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	83	77	361	...	25
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	400	689	2 373	...	108
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	38,8	61,6	280,6	...	9,6
Nutzfläche	1 000 qm	69	79	106	473	...	22
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 243	868	6 891 p	...	114
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	600	376	2 574 p	...	32
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	14 592	17 500	12 600 p	...	15 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 731	7 000	6 300 p	...	3 900
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	182	183	183	...	182
Wohnungen	"	636	688	693	699	...	688
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 572	2 588	2 613	...	2 572
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	156	223	263	...	142
dar. Warenhäuser	"	130	210	302	382	...	205
Facheinzelhandel	"	120	133	166	207	...	132
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	...	148	170	190	...	146
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	...	150	160	197	...	145
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	...	145	191	177	...	147
3. Handel mit Berlin (West) *)							
• Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	137 586	153 445	165 255	149 390	133 503
• Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 354	213 101	208 142	202 537	199 651
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
	Mio DM	212	283	304	349	...	275
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft	"	17	23	31	35	...	16
• Gewerblichen Wirtschaft	"	195	260	273	314	...	259
• dav. Rohstoffe	"	2	2	3	3	...	2
• Halbwaren	"	50	65	53	62	...	50
• Fertigwaren	"	143	193	217	249	...	207
• dav. Vorerzeugnisse	"	9	16	19	24	...	15
• Enderzeugnisse	"	134	177	198	225	...	192
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
• ländern							
• Europa	"	152	208	244	256	...	179
• dar. EWG-Länder	"	65	91	103	125	...	66
• EFTA-Länder	"	67	91	117	91	...	93

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	122	...	126	...	130
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	151	...	152	...	136
Gaststättengewerbe	"	108	114	...	125	...	128
6. Fremdenverkehr¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	123	108	86	...	96
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	33	24	...	25
* Fremdenübernachtungen	"	232	238	223	177	...	200
dar. von Auslandsgästen	"	90	78	68	54	...	54
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 621	1 520	1 564 p	1 477 p	1 375
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 675	1 575	1 632 p	1 516 p	1 466
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 409	3 886	4 142 p	4 012 p	4 093
dav. Empfang	"	2 229	2 533	2 979	3 169 p	3 100 p	3 110
dav. Massengut	"	1 634	1 933	2 392	2 578 p	2 522 p	2 473
dar. Mineralöle	"	968	1 248	1 336	1 496 p	1 615 p	1 813
Kohle	"	192	167	283	121 p	250 p	324
Getreide	"	180	116	211	383 p	138 p	110
Sack- und Stückgut	"	595	600	587	591 p	578 p	632
Versand	"	713	876	907	973 p	912 p	983
dav. Massengut	"	292	365	389	433 p	387 p	421
Sack- und Stückgut	"	421	511	518	540 p	525 p	567
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	399	415	382	...	69
* Güterversand	"	309	426	526	604	...	170
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 403	2 438 p	2 414 p	2 379 p	2 130
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 398	2 439 p	2 413 p	2 379 p	2 130
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	105,7	109,0 p	101,5 p	103,8 p	88,3
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	105,7	109,1 p	105,4 p	103,9 p	89,3
Angekommene Fracht	t	578	965	1 420 p	1 190 p	964 p	982
Abgegangene Fracht	"	587	1 148	1 423 p	1 644 p	967 p	1 068
Angekommene Post	"	185	256	262 p	338 p	233 p	247
Abgegangene Post	"	229	323	349 p	455 p	330 p	322
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 211	12 033	11 588
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 047	16 674	15 815
Straßenbahn	"	9 436	5 501	5 222	5 574
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 123	13 890	12 672
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 114	2 518	2 270
Private Kraftomnibusse	"	301	239	233
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	424,5	454,6	455,2	455,3	424,9
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	384,2	411,0	411,7	411,8	384,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 488	5 669	5 287	...	4 394
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 943	5 150	4 729	...	4 002
Lastkraftwagen	"	362	463	429	467	...	338
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	959	1 177 p	1 134 p	941 p	894
Getötete Personen	"	26	27	37 p	42 p	38 p	35
Verletzte Personen	"	1 106	1 260	1 569 p	1 496 p	1 266 p	1 163

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM		22 034,9	25 973,1	26 850,8	26 900,8	24 302,0
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)			6 696,7	7 947,1	8 501,9	8 374,4	7 502,9
an Unternehmen und Privatpersonen			6 655,0	7 919,5	8 449,5	8 321,8	7 497,7
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ²⁾			2 961,2	3 996,6	4 105,7	4 172,0	3 378,6
an Unternehmen und Privatpersonen							
Langfristige Kredite ³⁾			2 621,7	3 635,9	3 722,1	3 762,0	3 045,1
an Unternehmen und Privatpersonen			12 377,0	14 029,4	14 243,2	14 354,4	13 420,5
dar. Durchlaufende Kredite			10 846,6	12 410,2	12 607,8	12 691,1	11 845,9
dar. Durchlaufende Kredite			636,0	657,6	659,5	670,5	679,0
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			15 342,2	16 872,4	17 733,1	17 558,8	15 828,8
dav. Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen			8 460,7	9 519,2	9 969,6	9 733,4	8 560,4
Spareinlagen			7 442,7	8 186,6	8 716,2	8 385,8	7 427,8
bei Sparkassen		4 069,9	6 881,5	7 353,2	7 763,5	7 825,4	7 268,4
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		2 792,9	4 607,3	4 954,4	5 228,0	5 262,2	4 901,3
Lastschriften auf Sparkonten		244,3	407,2	392,0	476,4	592,8	606,0
Zinsgutschriften		203,9	375,0	361,8	449,7	538,0	593,3
		12,9	24,1	1,1	383,6	7,1	2,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	15	22	24	22	16
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	979	732	786	734	882
Betrag	1 000 DM	1 314	1 863	1 988	1 930	1 525	2 684
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ⁴⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 244	22 351	22 274	18 316	19 743
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 431	3 233	3 009	2 879	3 463
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 198	1 488	1 422	1 158	1 492	1 717
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		353	462	489	383	432	520
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	152	152	150	150	149
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 787	5 091	5 050	5 060	4 738
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	4 729	5 123	5 160	5 177	4 888
Stammkapital	Mio DM	2 962	3 865	4 363	4 616	4 607	4 030
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
	1 000 DM			518 057	970 812	592 667	469 392
dav. Steuern vom Einkommen		200 385	299 705	203 504	554 860	324 451	210 549
dav. Lohnsteuer		89 007	144 429	185 829	268 203	234 155	164 856
Veranlagte Einkommensteuer		64 393	75 939	9 238	185 551	26 992	16 241
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	13 484	2 306	2 982	49 883	32 505
Körperschaftsteuer		36 706	65 853	6 131	98 124	13 422	— 3 053
Steuern vom Umsatz		271 059	271 059	314 553	415 952	268 216	258 843
dav. Umsatzsteuer		82 827	124 606	155 608	164 525	207 275	172 949
Einfuhrumsatzsteuer			146 454	158 945	251 427	60 941	85 894
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 085	818 450	614 744	991 896	302 838	268 899
dar. Zölle		45 078	50 810	50 289	94 646	19 755	4 512
Verbrauchssteuern		358 150	491 522	548 128	869 325	264 919	250 846
dar. Mineralölsteuer		261 342	392 884	469 723	711 621	220 219	209 898
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	47 161	65 173	25 879	36 242	36 139
dar. Vermögensteuer		11 355	14 318	43 872	4 036	3 458	4 635
Kraftfahrzeugsteuer		7 992	9 754	9 446	12 040	10 326	10 132
Biersteuer		2 430	2 894	3 123	3 371	2 875	2 783
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	62 376	133 987	10 832		
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 764	47 423	113 104	9 926		
Grundsteuer A		73	84	211	104		
Grundsteuer B		5 134	6 769	18 706	752		
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	923 346	954 995	1 560 696	634 535	542 687
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
	1 000 DM	157 752	241 969	291 367	219 390 ⁴⁾		135 727
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen		122 235	194 808	88 097	93 415 ⁴⁾	143 945	92 598
Anteil an den Steuern vom Umsatz				106 130	68 130		6 990
Anteil an der Gewerbesteuerumlage				31 966	31 966		
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern		46 355	62 376	70 055	53 100		
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer				27 309	22 108 ⁵⁾		
Einnahmen des Landes insgesamt				388 731	188 398 ⁵⁾		

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

⁴⁾ Vermindert um 127 210 409 DM durch Zerlegung der Lohnsteuer und um 25 042 085 DM durch Zerlegung der Körperschaftsteuer. ⁵⁾ Anteilige Verminderung des Gemeindeanteils um 41 417 342 DM infolge Zerlegung der Lohnsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1970	August 1970	November 1970	November 1969
		1965	1969				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	127,7	148,6	151,3	154,3	133,5
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	128,1	148,3	151,0	154,2	133,7
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	127,4	148,9	151,7	154,4	133,4
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	127,5	148,8	151,6	154,6	133,4
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	126,9	148,8	151,8	154,3	133,5
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	113,9	134,1	136,7	139,0	120,3
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	125,8	150,6	153,8	155,8	133,4
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	113,4	135,7	138,5	140,4	120,2
Löhne und Gehälter²⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	291	317	327	348	307
männliche Arbeiter	"	140	180	195	204	209	188
Bruttostundenverdienste	"	5,10	6,39	6,94	7,27	7,64	6,70
männliche Arbeiter	"	3,32	4,32	4,71	4,98	5,07	4,48
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,4	45,6	45,0	45,6	45,8
männliche Arbeiter	"	42,2	41,7	41,4	41,1	41,2	41,9
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	41,0	42,8	35,5	42,6	44,6
männliche Arbeiter	"	37,2	36,5	38,5	30,7	38,7	41,0
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 405	1 523	1 564	1 591	1 444
männlich	"	747	983	1 068	1 113	1 141	1 020
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 182	1 494	1 620	1 671	1 710	1 544
männlich	"	748	988	1 072	1 127	1 139	1 036
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 332	1 449	1 498	1 524	1 357
männlich	"	668	899	998	1 030	1 052	922
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 351	1 468	1 515	1 541	1 380
männlich	"	688	921	1 016	1 051	1 075	948
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 176	1 496	1 618	1 671	1 708	1 543
männlich	"	838	1 147	1 263	1 296	1 309	1 214
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	392	408	493	543	423
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	90	126	126	160	121
bekämpfte Brände	"	221	302	282	367	383	302
dav. Großbrände	"	9	14	10	10	10	11
Mittelbrände	"	28	43	18	30	39	43
Kleinbrände	"	98	130	125	153	169	119
Entstehungsbrände	"	80	105	116	157	143	111
Schornsteinbrände	"	6	10	13	17	22	18
Hilfeleistungen aller Art	"	"	"	780	725	807	819
Rettungswageneinsätze	"	"	"	10 574	10 932	10 764	11 344
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 364	1 607	1 770	1 422	1 589
Betriebsunfälle	"	544	416	514	468	407	434
Krankenbeförderungen	"	"	"	3 636	3 895	3 906	4 589
Anzahl der beförderten Personen	"	"	"	10 201	10 450	10 305	11 881
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	"	11 762	12 150	12 114	12 586
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	"	79	101	107	85
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten	Anzahl	8 102	10 403	11 407	13 665	6 158	9 198
dar. Sittlichkeitsdelikte	"	214	265	198	210	157	163
Mord und Totschlag	"	4	6	4	5	1	5
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	124	149	149	71	135
Einfacher Diebstahl	"	3 413	4 368	4 110	4 988	2 147	3 792
Schwerer Diebstahl	"	1 822	2 255	3 539	4 401	1 879	2 151
Diebstähle zusammen	"	5 235	6 623	7 649	9 389	4 026	5 943
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	256	280	305	148	224
Unterschlagung	"	203	229	222	199	93	221
Raub und Erpressung	"	41	67	53	97	54	44
Begünstigung und Hühlerlei	"	85	130	107	98	33	134
Betrug und Untreue	"	722	973	1 014	1 271	466	807
Brandstiftung	"	33	47	46	25	32	52
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 234	1 575	1 128	1 312	1 219
Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ⁶⁾	"	8 929	16 825	18 937	21 372	13 944	13 888
Ordnungswidrigkeitenberichte	"	423	600	308	286	326	768
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	29 706	27 332	25 281	22 101	23 427

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

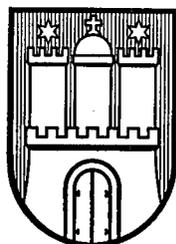
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1970	November 1970	Dezember 1970	Dezember 1969
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4	61 194,6
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	6,5
Lebendgeborene	} Elnw. und Gestorbene	17,7	14,8	13,6
1 Jahr		11,5	12,2	17,2
Arbeitslose	1 000	146	176	111	129	175	192
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 479
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	987
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	42 897
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 947
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsst. täglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	163,4 p	171,1	157,1 p	155,8
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	166,5 p	174,0	159,5 p	159,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	181,8 p	183,3	165,2 p	166,9
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	165,5 p	177,2	167,5 p	167,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	156,7 p	164,9	146,9 p	149,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	148,8 p	156,1	141,2 p	137,5
Bauindustrie	"	118,9	127,5	...	158,8	121,0 p	88,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 473
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	133,3
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	6 337
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	57 092	50 480	43 158	40 717
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	46 595	41 964	...	186 963
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	189	193	244	219
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		148	175	170	162	148
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	11 332
dav. Emplang	"	8 950	8 252	8 897
Versand	"	1 885	2 329	2 435
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	203 578	184 166	171 869	147 942
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178	36 420 p	33 163 p	32 306 p	26 369
Getötete Personen	"	1 313	1 382	1 931 p	1 965 p	1 769 p	1 375
Verletzte Personen	"	36 124	39 268	50 394 p	45 533 p	44 612 p	36 265
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 308	3 233	4 263,7 p	3 524,1
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	245	144	3 918,2 p	3 831,6
Körperschaftsteuer	"	681	908	108	81	1 762,7 p	2 644,1
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 063	3 187	3 632	3 579,2 p	3 050,8 p
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	101,5	108,5	109,1	109,6	104,3
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,3	106,6	106,5	106,8
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	117,5	118,0	118,3	113,7
Preisindex für Wohngebäude	"	112,6	124,5
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	"	109,0	119,3	124,2	124,8	125,2	120,6
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	116,4	116,9	117,2	114,7
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	170,8	171,9	172,2	164,3
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,25	6,53	...	5,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,1	44,9	...	45,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Starker Anstieg von Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge

Im Jahre 1970 wurde mit 74 998 Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge das Vorjahresergebnis (65 860) um 13,9% übertroffen. Die in Hamburg erreichte Zuwachsrate entspricht ziemlich genau der des Bundesgebietes insgesamt (13,7%). Überdurchschnittlich groß war der Anstieg (+ 14,6%) bei den Personenkraftfahrzeugen, die mit 61 456 Neuzulassungen die mit Abstand größte Gruppe stellten. Ähnlich hoch war die Zunahme bei den Kombinationskraftwagen (13,8%), während die LKW mit knapp 6 000 Neuzulassungen nur ein Plus von 6,4% erzielten.

Der bei den PKW seit Jahren beobachtete Trend zum hubraumgrößerem Wagen läßt sich auch hier nachweisen. Begünstigt davon ist vor allem die auch zahlenmäßig stark besetzte obere Mittelklasse zwischen 1,5l und 2l Hubraum, deren Zulassungszahlen mit 28,2% weit überdurchschnittlich anstiegen. Selbst bei den größeren Wagen war eine Zunahme von immerhin 10,6% zu verzeichnen, während die Zulassungen für Wagen unter 1 500 ccm nur um 7,0% höher waren als im Vorjahr.

Hohe Zahl von Schädel- und Wirbelsäulenbrüchen bei tödlichen Kfz-Unfällen

In einer Sonderauszählung hat das Statistische Landesamt 960 Unfälle mit tödlichem Ausgang zusätzlich nach der Art der Verletzung untersucht. Diese 1969 festgestellten Todesfälle teilen sich in zwei große Gruppen auf: 418 tödliche Kraftfahrzeugunfälle von Hamburger Einwohnern und 542 Stürze auf der Straße oder im häuslichen Bereich.

In nahezu der Hälfte der Kfz-Unfälle (202 Personen = 48%) erlitten die Verunglückten Schädel- und Wirbelsäulenbrüche, die den Tod zur Folge hatten. Dazu kommen 21% (89 Fälle), bei denen Gehirnverletzungen als tödliche Schädigung festgestellt wurden. Auch schwere innere Verletzungen, wie von Brust, Bauch und Becken, waren nicht selten (52 Fälle), dagegen sind die reinen Knochenbrüche, die durch lange Bettlägerigkeit bei älteren Leuten Komplikationen nach sich zogen und zuletzt tödlich verliefen, in ihrer Zahl relativ gering (39 Personen).

Die Unfälle durch Sturz führten überwiegend (zu 75%) zu Knochenbrüchen, deren lange Behandlungsdauer wiederum von den meist älteren Patienten nicht überstanden wurde. Schädel- und Wirbelsäulenbrüche oder Gehirnverletzungen mit Todesfolge wurden bei 20% der Verunglückten festgestellt.

City-Kinos nach wie vor attraktiv

Drei- bis viermal durchschnittlich besuchte jeder Hamburger im vergangenen Jahr ein Kino, darunter zweimal ein Lichtspieltheater im Bezirk Hamburg-Mitte. Die Attraktivität der Kinos dieses Bezirkes – in erster Linie der Premientheater in der Innenstadt, vermutlich aber auch der Kinos auf St. Pauli – ist in den letzten zehn Jahren relativ gestiegen: Während 1960 knapp 40% aller Eintrittskarten in Hamburg-Mitte verkauft wurden, waren es 1970 sogar 60%. Absolut betrachtet sind aber die Besucherzahlen in diesem Zeitraum sowohl für die Hamburger Kinos insgesamt (von 26,9 Mio auf 6,4 Mio), als auch für die Theater des Bezirks Mitte (von 10,2 Mio auf 3,8 Mio) ganz erheblich zurückgegangen.

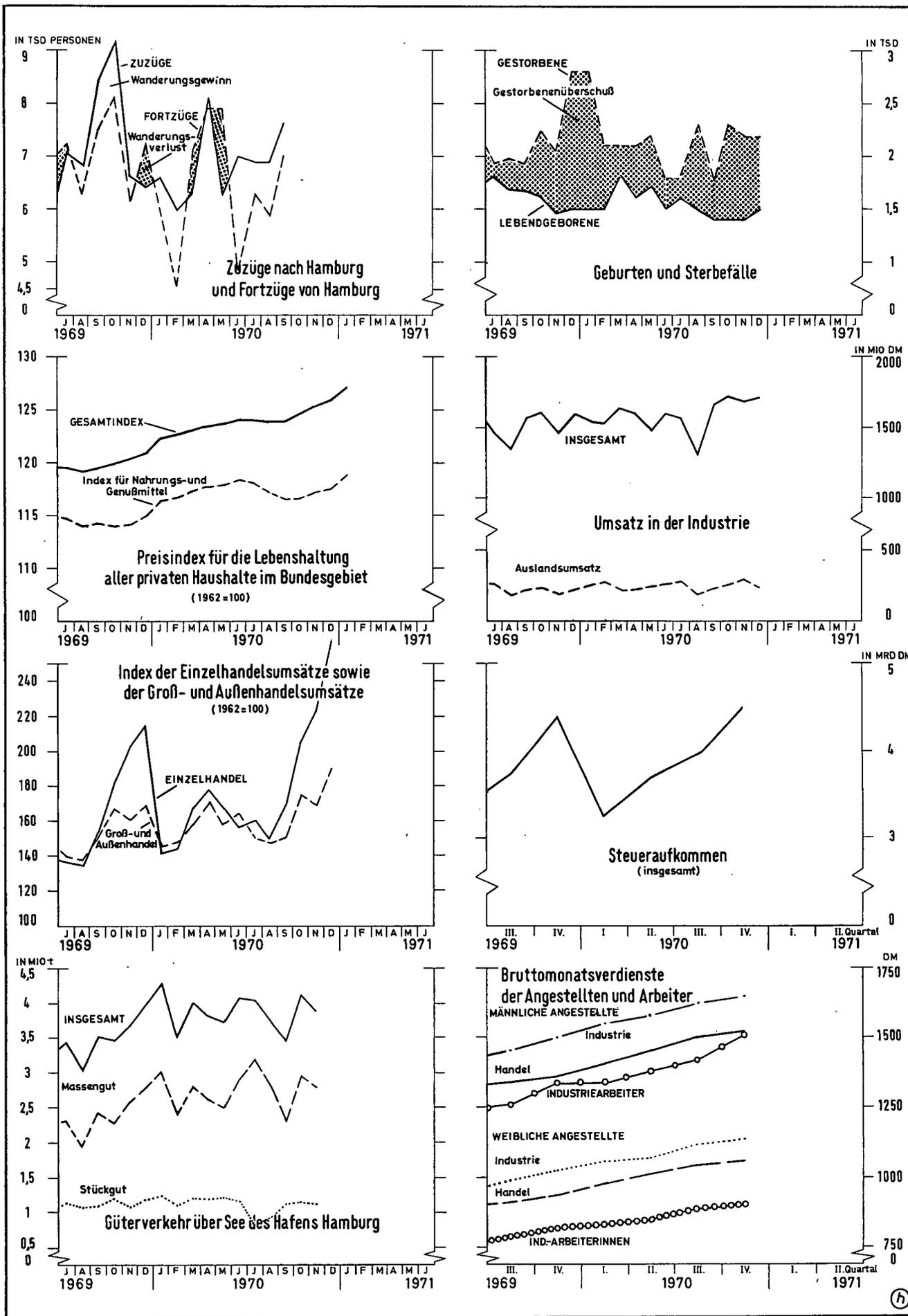
Von jeweils drei Hamburger Lichtspieltheatern mußten in den vergangenen zehn Jahren zwei geschlossen werden; Ende 1960 gab es 173 Kinos mit zusammen 93 000 Plätzen, demgegenüber bestanden Ende 1970 lediglich noch 61 Kinos mit zusammen 32 000 Plätzen. Vor zehn Jahren wurde das wesentlich größere Platzangebot zu durchschnittlich 26% ausgenutzt, 1970 dagegen waren je Vorstellung nur noch 17% der Plätze besetzt.

Im Bezirk Hamburg-Mitte verminderte sich die Zahl der Lichtspieltheater von 44 (mit insgesamt 26 000 Plätzen) auf 23 (mit insgesamt 14 000 Plätzen); die Platzausnutzung sank von 27% auf 19%.

Grundstücksverkäufe tendenziell rückläufig

Im Jahr 1970 sind in Hamburg 1392 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 3,3 Mio qm zu einem Betrag von 169,1 Mio DM durch Verkauf in andere Hände übergegangen. Im Vergleich mit 1969 bedeutet dies jedoch einen erheblichen Rückgang sowohl der Fläche (-24,7%) als auch dem Betrag nach (-21,7%). Mit 37,0% entfällt der weitaus größte Anteil des Verkaufs der Fläche nach auf „baureifes Land“. Regional betrachtet, haben sich die Verkäufe mit 43,2% der Fläche besonders auf das hamburgische Gebiet südlich der Elbe konzentriert. Unter den Gebietseinheiten weisen die Ortsamtsgebiete Alstertal, Walddörfer, Lokstedt, Billstedt, Rahlstedt, Blankenese und das Kerngebiet des Bezirks Wandsbek mit jeweils zwischen 4% und 8% noch hohe Anteile auf. Daraus wird erkennbar, daß sich die Verkäufe zum größten Teil auf die Gebiete erstrecken, in denen ohnehin rege Neubautätigkeit herrscht.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Zweitwohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968

In den letzten Jahren haben Zweitwohnungen so an Bedeutung zugenommen, daß ihre Erfassung und Darstellungen über dieses Teilgebiet des Wohnungsmarktes und -bestandes allseits als wünschenswert angesehen wurden. Aus diesem Grunde enthielt der Wohnungsbogen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. 10. 1968 die Frage, ob die jeweilige Wohnung als ständiger Wohnsitz oder nur als Wochenend-/Ferienhaus bzw. Zweitwohnung – also vorübergehend oder zeitlich begrenzt – genutzt werde.

Da andererseits aus dem Gebäudebogen hervorging, ob es sich bei dem betreffenden Gebäude um ein Wochenend-/Ferienhaus oder um ein anderes Gebäude mit Wohnungen handelte, war es möglich, bei der Aufbereitung die nicht ständigen Wohnsitze in Wochenend-/Ferienhäusern und in anderen Gebäuden voneinander zu trennen. Nur um letztere geht es in diesem Beitrag.

Um eventuell auftretenden Mißverständnissen vorzubeugen, muß an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, daß im folgenden Untermietverhältnisse – auch wenn dadurch ein zweiter Wohnsitz errichtet wird – nicht behandelt werden; Zweitwohnungen sind stets selbständige Wohnungen.

Welchen Zwecken dienen Zweitwohnungen?

Bei der Betrachtung der Zwecke, denen Zweitwohnungen dienen können, lassen sich zwei Arten unterscheiden: Zum einen kann eine Wohnung, die nicht als ständiger Wohnsitz genutzt wird, eine Wochenend- oder Ferienwohnung sein. Diese Art von Zweitwohnungen wird hauptsächlich in typischen Ferien- und Erholungsgebieten vorkommen, und es ist anzunehmen, daß solche Wochenend- oder Ferienwohnungen in einer Großstadt wie Hamburg nur selten und dann überwiegend in landschaftlich reizvollen Gegenden zu finden sein werden.

Die andere Art von Zweitwohnungen umfaßt diejenigen nicht ständigen Wohnsitze, die als Ausgangspunkt für eine berufliche Tätigkeit, für eine Ausbildung oder – was auch denkbar wäre – für Vergnügungen dienen.

Ist eine Zweitwohnung aus beruflichen Gründen erforderlich, so wird im allgemeinen diese Wohnung während der Arbeitswoche oder für längere Zeit genutzt und nur am Wochenende oder in größeren Zeitabständen wird der ständige Wohnsitz – an dem wohl meist die Familie wohnt – aufgesucht. Es gibt aber auch die Möglichkeit, daß ein Beruf regelmäßig an mehreren Orten ausgeübt wird – z. B. von Schauspielern, Musikern, Dozenten, Fernfahrern, Vertretern – und an jedem dieser Orte eine Wohnung vorhanden sein muß, von denen eine oder mehrere

Zweitwohnungen sind. Ferner gibt es Zweitwohnungen, die gleichzeitig als Büro dienen, wenn eine regional übergreifende geschäftliche Tätigkeit an verschiedenen Plätzen erforderlich ist.

Auch bei der Ausbildung – vor allem beim Studium an einer Hochschule – ist die Errichtung eines zweiten Wohnsitzes häufig anzutreffen. Wenn dabei Zweitwohnungen bezogen werden, dürften diese im allgemeinen nicht sehr groß und aufwendig sein. Derartige Zweitwohnungen sind in Hamburg mit seinen verschiedenen Hochschulen (Universität, Akademie für Wirtschaft und Politik, Staatliche Hochschule für bildende Künste, Staatliche Hochschule für Musik und darstellende Kunst) und Fachschulen in größerer Anzahl vorhanden und werden oft nahe der jeweiligen Ausbildungsstätte liegen.

Die dritte oben genannte Gruppe sind die Zweitwohnungen als Ausgangspunkt (oder Endpunkt) von Vergnügungen; z. B. wenn ein außerhalb Hamburgs Ansässiger hier eine Wohnung hat, um von dort ins Theater, in die Oper oder auch zur Reeperbahn zu gehen und danach nicht wieder nach Hause fahren kann oder will und dann seine näher gelegene Zweitwohnung aufsucht.

Für alle die genannten Zwecke, für die eine Zweitwohnung denkbar ist, könnte wohl auch eine Untermiete in Frage kommen. Diese spielt selbstverständlich auch nach wie vor eine große Rolle, z. B. bei Studenten. Aber im Zuge des wachsenden Wohlstandes werden nach und nach immer mehr Untermietverhältnisse aufgegeben und dafür Zweitwohnungen beschafft; im Zusammenhang mit der wertbeständigen und unter Umständen steuerlich reizvollen Geldanlage¹⁾ nicht selten auch als Eigentumswohnung.

Fast 2 500 Zweitwohnungen in Hamburg

In Hamburg wurden am 25. 10. 1968 – dem Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung – 2 497 Zweitwohnungen ermittelt, das sind fast 0,4 % des gesamten Bestandes von rd. 670 000 Wohnungen. Von diesen Zweitwohnungen befinden sich:

- 10 % in Wohngebäuden mit einer Wohnung
- 7 % in Wohngebäuden mit zwei Wohnungen
- 80 % in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen
- 3 % in sonstigen Gebäuden (z. B. Fabrik- oder Verwaltungsgebäude, Geschäftshaus)

Etwa ein Drittel aller Zweitwohnungen (rd. 32 %) liegt in Wohngebäuden, die in der Zeit von 1949 bis 1960 errichtet wurden. Dieser hohe Anteil läßt sich unmittelbar aus der starken Bautätigkeit in jenen Jahren erklären, die mit rd. 37 % bei den Wohnungen insgesamt den Prozentsatz der Zweitwohnungen noch klar übertrifft. Auch in den 1919 bis 1948 errichteten Wohngebäuden sind die Zweitwohnungen unterpro-

¹⁾ durch die sog. 7 b-Abschreibung.

portional vertreten. Dagegen zeigen die restlichen drei Baualtersgruppen — bis 1900, 1901 bis 1918 sowie 1961 und später — alle einen deutlich größeren Anteil der Zweitwohnungen als die entsprechenden Gruppen bei den Wohnungen insgesamt (Tabelle 1). Das gilt übrigens nicht nur für alle Wohngebäude zusammen, sondern auch für die Gruppe der Wohngebäude mit einer Wohnung, für die Gruppe der Wohngebäude mit zwei Wohnungen und für die Gruppe der Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen; eine Ausnahme macht nur die Baualtersgruppe „1961 und später“ in Wohngebäuden mit einer Wohnung.

Tabelle 1
Wohnungen und Zweitwohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Gebäudeart und Baualter

Gebäudeart Baualtersgruppe	Wohnungen insgesamt		darunter Zweitwohnungen	
	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4
Wohngebäude ¹⁾				
bis 1900	76 185	11,4	352	14,1
1901 — 1918	76 720	11,4	326	13,1
1919 — 1948	121 536	18,1	307	12,3
1949 — 1960	246 165	36,8	810	32,4
1961 und später	138 977	20,8	617	24,7
Zusammen	659 583	98,5	2 412	96,6
darunter mit Eigentums- wohnungen	20 696	3,1	152	6,1
Sonstige Gebäude				
bis 1900	2 600	0,4	15	0,6
1901 — 1918	1 716	0,3	11	0,4
1919 — 1948	1 400	0,2	15	0,6
1949 — 1960	3 155	0,5	26	1,0
1961 und später	1 455	0,2	18	0,7
Zusammen	10 326	1,5	85	3,4
Insgesamt	669 909	100	2 497	100

¹⁾ ohne Wochenend- u. Ferlenhäuser.
Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

Die auffällige Bevorzugung älterer und ganz neuer Zweitwohnungen hat sicher mehrere Gründe. Denkbar wäre ein Zusammenhang mit dem weiter unten dargestellten überproportionalen Anteil der kleinen und der sehr großen Zweitwohnungen. Bei dem Übergewicht der Zweitwohnungen in bis 1918 errichteten Wohngebäuden wird neben der im allgemeinen billigeren Miete bestimmt auch eine Rolle gespielt haben, daß in vielen Gebieten, in denen Zweitwohnungen benötigt werden, gerade die Wohngebäude dieser Baualtersgruppen dominieren. Der größere Anteil der Zweitwohnungen in seit 1961 errichteten Wohngebäuden kann durch die schon erwähnten Eigentumswohnungen mitverursacht sein. Denn es ist beachtlich, daß rd. 6 % der Zweitwohnungen sich in Gebäuden mit Eigentumswohnungen befinden, während der Anteil bei den Wohnungen insgesamt nur etwa halb so groß ist (Tabelle 1). Es ist

²⁾ Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

anzunehmen, daß hierbei die oben bereits erwähnte Geldanlage ein Rolle gespielt hat.

In den sonstigen Gebäuden war in allen Baualtersgruppen der relative Anteil der Zweitwohnungen — bei einer recht geringen absoluten Anzahl — deutlich höher als bei den Wohnungen insgesamt (Tabelle 1); hierbei dürfte es sich wohl überwiegend um Zweitwohnungen handeln, die aus geschäftlichen Gründen in Fabriken und Geschäftshäusern unterhalten werden.

Etwa die Hälfte aller Zweitwohnungen in Eimsbüttel und Hamburg-Nord

Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, liegt etwa die Hälfte aller Zweitwohnungen in den beiden Bezirken Eimsbüttel (22 %) und Hamburg-Nord (28 %); es sind dies auch die Gebietsteile, in denen der Anteil der Zweitwohnungen am gesamten Wohnungsbestand — der im hamburgischen Durchschnitt bei 0,4 % und in den 4 Bezirken Hamburg-Mitte, Altona, Wandsbek und Harburg bei 0,3 % liegt — mit 0,6 % (Eimsbüttel) und 0,5 % (Hamburg-Nord) überdurchschnittlich hoch ist. Bergedorf ist der Bezirk mit der absolut und relativ geringsten Zahl an Zweitwohnungen; das dürfte mit der Randlage dieses Bezirkes und seinen ungünstigeren Verkehrsverbindungen zum Zentrum Hamburgs zusammenhängen. Überraschend gering ist dagegen die Zahl der Zweitwohnungen im Bezirk Hamburg-Mitte; hier hätte man — wegen der zentralen geschäftlichen Lage — mehr Zweitwohnungen erwarten können; es zeigt sich, daß wohl häufig der besseren Wohngegend der Vorzug vor einer Lage im Zentrum gegeben worden ist.

Tabelle 2
Zweitwohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Bezirken (ohne Zweitwohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

Bezirke	Zweitwohnungen		
	absolut	%	Anteil am gesamten Wohnungs- bestand in %
	1	2	3
Hamburg-Mitte	245	9,8	0,3
Altona	325	12,9	0,3
Eimsbüttel	558	22,4	0,6
Hamburg-Nord .	694	27,8	0,5
Wandsbek	405	16,2	0,3
Bergedorf	71	2,8	0,2
Harburg	201	8,1	0,3
Hamburg insgesamt	2 497	100	0,4

Überproportionaler Anteil kleiner Zweitwohnungen

Bei einer prozentualen Aufgliederung der Wohnungen insgesamt und der Zweitwohnungen ergeben sich sowohl nach der Wohnfläche als auch nach der Zahl der Räume²⁾ beachtliche Unterschiede:

Wohnfläche Raumzahl	Wohnungen insgesamt	Zweitwohnungen
unter 40 qm 1-2 Räume	14 11	33 32
40 bis unter 60 qm 3 Räume	38 34	28 27
60 bis unter 80 qm 4 Räume	30 36	21 22
80 bis unter 100 qm 5 Räume	10 12	8 11
100 und mehr qm 6 und mehr Räume	8 7	9 9

So ist der Anteil der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen bzw. unter 40 qm Wohnfläche bei den Zweitwohnungen ganz beträchtlich höher als bei den Wohnungen insgesamt. Bei den 3- bis 5-Raum-Wohnungen bzw. den Wohnungen von 40 bis unter 100 qm Wohnfläche ist dagegen der Anteil der Zweitwohnungen deutlich geringer und bei den noch größeren Wohnungen dann wieder – wenn auch nur wenig – höher. Das gilt sowohl für Hamburg insgesamt als auch – mit einigen unbedeutenden Abweichungen – für die sieben Bezirke, so daß man hier von einer allgemeinen Erscheinung sprechen kann.

Tabelle 3 zeigt die Verteilung der Zweitwohnungen nach Raumzahl und Wohnfläche in den sieben Hamburger Bezirken. Aus dieser Übersicht wird deutlich, daß die Prozentwerte der beiden Aufgliederungen einander gruppenweise recht genau entsprechen. Mit gewissen Einschränkungen kann man davon ausgehen, daß im allgemeinen die Zweitwohnungen mit 1 und 2 Räumen unter 40 qm, mit 3 Räumen von 40 bis unter 60 qm, mit 4 Räumen von 60 bis unter 80 qm, mit 5 Räumen von 80 bis unter 100 qm und mit 6 und mehr Räumen 100 und mehr qm Wohnfläche haben. Lediglich im Bezirk Bergedorf gibt es bei den Zweitwohnungen mit 3 Räumen und im Be-

zirk Harburg bei den Zweitwohnungen mit 1 und 2 Räumen sowie mit 5 Räumen größere Abweichungen von dieser Übereinstimmung.

Auffallend ist, daß im Bezirk Hamburg-Nord und – in geringerem Maße – auch im Bezirk Eimsbüttel der Anteil der Zweitwohnungen mit einer Wohnfläche von unter 40 qm bzw. mit 1 und 2 Räumen besonders hoch ist. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich in beiden Bezirken eine große Zahl von Ausbildungsstätten der Universität, der Hoch- und Fachschulen befindet und diese – relativ kleinen – Zweitwohnungen von Studenten bewohnt sind, denen an einer Wohnung in der Nähe ihres Ausbildungsplatzes gelegen ist.

Beachtlich über dem Durchschnitt liegt der Anteil der Zweitwohnungen mit 3 Räumen bzw. mit einer Wohnfläche von 40 bis unter 60 qm in den Bezirken Hamburg-Mitte und Harburg. Es ist möglich, daß es sich hier vorwiegend um Zweitwohnungen von Geschäftsleuten handelt, für die eine günstige Lage zur City bzw. zur Industrie im Harburger Raum wichtig ist. Bei den größeren Zweitwohnungen mit 5 Räumen bzw. mit 80 bis unter 100 qm Wohnfläche fällt der relativ hohe Anteil in den Bezirken Altona und Bergedorf auf; für Bergedorf trifft diese Feststellung übrigens ebenso bei den Zweitwohnungen mit 6 und mehr Räumen bzw. mit 100 und mehr qm Wohnfläche zu. Für Altona überrascht dieses Ergebnis nicht; sind doch z. B. Othmarschen und Blankenese bevorzugte und repräsentative Wohngegenden, in denen natürlich auch entsprechende Zweitwohnungen liegen. Für Bergedorf dagegen ist eine Erklärung nicht ohne weiteres möglich; hier ist allerdings die absolute Zahl der großen Zweitwohnungen mit rd. 20 auch zu gering.

Die gesamte Wohnfläche aller Zweitwohnungen in Hamburg beträgt 142 100 qm, und sie enthalten insgesamt 8 422 Räume. Die prozentuale Aufteilung der Gesamtwohnfläche und der gesamten Räume auf die sieben hamburgischen Bezirke weicht nicht wesent-

Tabelle 3
Zweitwohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Zahl der Räume¹⁾, Wohnfläche und nach Bezirken
(ohne Zweitwohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

Bezirke	Zweit- wahnun- gen ins- gesamt	davon mit									
		1 und 2 Räumen	unter 40 qm Wohn- fläche	3 Räume	40 bis unter 60 qm Wohn- fläche	4 Räumen	60 bis unter 80 qm Wohn- fläche	5 Räumen	80 bis unter 100 qm Wohn- fläche	6 und mehr Räumen	100 und mehr qm Wohn- fläche
		in Prozent von Spalte 1									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Hamburg-Mitte	245	29	33	32	31	24	24	8	8	7	4
Altona	323	29	29	29	29	19	20	14	13	8	8
Eimsbüttel	558	32	33	27	31	23	20	8	6	10	10
Hamburg-Nord	694	41	41	24	25	17	17	10	7	7	10
Wandsbek	405	29	29	23	26	26	25	12	9	9	11
Bergedorf	71	19	21	25	32	25	21	17	14	13	11
Harburg	201	18	27	34	34	24	25	13	6	10	7
Hamburg insgesamt	2 497	32	33	27	28	22	21	11	8	9	9

¹⁾ Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

lich von der in Tabelle 2 dargestellten Aufteilung der Zweitwohnungen auf die Bezirke ab. Aus den verhältnismäßig geringen Abweichungen kann man aber ersehen, daß im Durchschnitt in Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord kleinere, in Altona, Wandsbek und Bergedorf größere und in Eimsbüttel und Harburg etwa gleichgroße Zweitwohnungen – sowohl nach der Fläche als auch nach der Raumzahl – zu finden sind, als es dem hamburgischen Durchschnitt entspricht.

Über 60 % der Zweitwohnungen haben Sammelheizung

Von den 2 497 Zweitwohnungen in Hamburg haben 62 % Sammelheizung, 18 % Ofenheizung mit Öl, Gas oder Strom und 20 % mit Kohle, Holz oder Torf. Im Vergleich mit den Wohnungen insgesamt – bei denen auf Sammelheizung und Ofenheizung jeweils die Hälfte entfallen – ergibt sich bei den Zweitwohnungen eine qualitativ bessere Ausstattung mit Beheizung. In einigen Bezirken sind allerdings erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnitt festzustellen (Tabelle 4). So haben die Zweitwohnungen mit Sammelheizung im Bezirk Wandsbek mit 74 % einen besonders hohen und im Bezirk Harburg mit 39 % einen besonders geringen Anteil; in Harburg ist dementsprechend der Anteil der Zweitwohnungen, in denen Ofenheizung festgestellt wurde, mit 61 % besonders hoch. Das deutet darauf hin, daß ein Teil dieser Zweitwohnungen Wochenend- und Ferienwohnungen in landschaftlich schönen Gegenden im Südwesten dieses Bezirkes sind.

Tabelle 4
Zweitwohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968
nach Beheizung, Ausstattung und nach Bezirken
(ohne Zweitwohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

Bezirke	Zweit- wöh- nun- gen ins- ge- samt	davon in %				
		nach der Beheizung		nach der Ausstattung		
		mit Sam- mel- hei- zung (Fern-, Zen- tral-, Etagen- hei- zung)	mit Ein- zel- oder Mehr- raum- ofen- hei- zung	mit Bad und WC	ohne Bad, mit WC	son- stige
1	2	3	4	5	6	
Hamburg-Mitte .	245	55	45	70	29	2
Altona	323	67	34	73	25	3
Eimsbüttel	558	62	38	74	23	2
Hamburg-Nord .	694	62	37	85	13	1
Wandsbek	405	74	26	88	8	3
Bergedorf	71	59	41	68	23	10
Harburg	201	39	61	55	35	10
Hamburg insgesamt	2 497	62	38	77	20	3
Wohnungen insgesamt	669 909	50	50	77	21	2

Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

³⁾ Es sind die Ortsteile: 115, 116, 118, 134, 136, 314, 315, 317, 401, 402, 404, 409, 410, 414, 418, 422, 428 und 502.

Sanitäre Ausstattung der Zweitwohnungen entspricht dem Durchschnitt aller Wohnungen

Wenn auch die Ausstattung der Zweitwohnungen mit Bad und WC etwa dem Durchschnitt aller Wohnungen entspricht (Tabelle 4), so zeigen sich doch in einigen Bezirken charakteristische Abweichungen. Diese sind vor allem – wie bei der Beheizung – in Wandsbek mit einem besonders hohen Anteil (88 %) von Zweitwohnungen mit Bad und WC und in Harburg mit einem besonders geringen Anteil (55 %) derartiger Zweitwohnungen festzustellen. Demzufolge sind auch in Harburg die qualitativ geringwertigeren Zweitwohnungen mit einem Anteil von 45 % so hoch wie in keinem anderen Bezirk. In der Gruppe „Sonstige Wohnungen“ hat mit 10 % aller Zweitwohnungen auch Bergedorf einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

Bei einem Vergleich hinsichtlich der sanitären Ausstattung zwischen den Wohnungen insgesamt und den Zweitwohnungen in den einzelnen Bezirken ist auffallend, daß neben Harburg und Bergedorf auch in Hamburg-Mitte und Wandsbek bei den Zweitwohnungen der Anteil, der mit Bad und WC ausgestattet ist, deutlich geringer als bei den Wohnungen insgesamt ist. Hieraus geht hervor, daß offensichtlich bei der sanitären Ausstattung eher als bei der Beheizung eine geringere Qualität akzeptiert wird, wenn es sich „nur“ um eine Zweitwohnung handelt.

Deutliche Schwerpunkte in der regionalen Verteilung der Zweitwohnungen

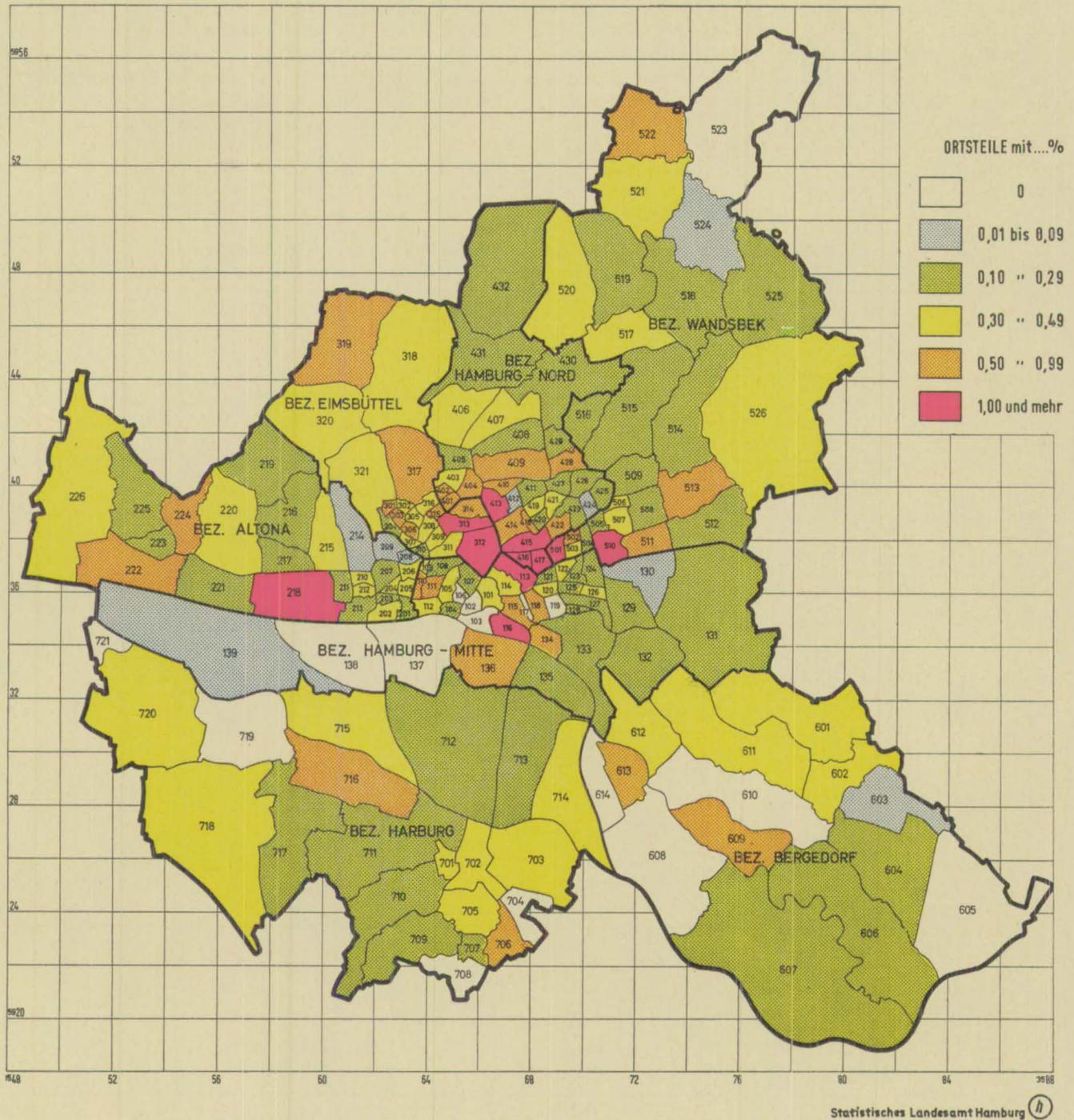
Durch das Schaubild, das den Anteil der Zweitwohnungen in Prozent des Wohnungsbestandes in den einzelnen Ortsteilen ausweist, soll die bisher nur grob nach den sieben Hamburger Bezirken dargestellte regionale Verteilung anschaulicher gezeigt werden.

Von den 179 Hamburger Ortsteilen haben – nach den 6 im Schaubild verwendeten Prozentgruppen – einen Zweitwohnungsanteil am Wohnungsbestand von

0 %	16 Ortsteile
über 0 % bis unter 0,1 %	9 Ortsteile
0,1 % bis unter 0,3 %	60 Ortsteile
0,3 % bis unter 0,5 %	51 Ortsteile
0,5 % bis unter 1 %	32 Ortsteile
1 % und mehr	11 Ortsteile

Als regionale Schwerpunkte fallen im Schaubild insbesondere die Gebiete mit einem Zweitwohnungsanteil von 1 % und mehr auf. Sie bilden – von einigen Ausnahmen abgesehen – mit den 8 Ortsteilen 113 (nordöstliches St. Georg), 312 (östliches Rotherbaum), 313 (südliches Harvestehude), 413 (südwestliches Winterhude), 415 (südliches Uhlenhorst), 416/417 (Hohenfelde) und 501 (westliches Eilbek) eine geschlossene regionale Gruppe, in der mit 420 Zweitwohnungen fast 17 % aller dieser Wohnungen vereinigt sind. An dieses Gebiet schließen sich mehr oder weniger unmittelbar weitere 18 Ortsteile³⁾ an, die auch relativ stark mit Zweitwohnungen (0,5 % und mehr aller Wohnungen) besetzt sind und ebenfalls 420 Zweitwohnungen aufweisen. In den genann-

Zweitwohnungen in % aller Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Ortsteilen
(ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)



ten 26 Ortsteilen befindet sich demnach fast genau ein Drittel aller hamburgischen Zweitwohnungen.

Die aus dem Schaubild ersichtliche und eben beschriebene regionale Häufung der Zweitwohnungen überrascht nicht, da es sich bei der Mehrzahl der genannten Ortsteile um gute oder sogar bevorzugte Wohngebiete mit günstiger Verkehrslage handelt. Außerdem liegen dort oder in benachbarten Ortsteilen wichtige Ausbildungsstätten wie die Hauptgebäude der Universität, die Musikhochschule und die Akademie für Wirtschaft und Politik (Ortsteil 312), das Universitätskrankenhaus Eppendorf (Ortsteil 403), die Hochschule für bildende Künste (Ortsteil 415) und

eine Reihe von Berufsfach-, Fach- und Ingenieurschulen (Ortsteile 113, 114, 311, 312, 403, 415, 416 und 422).

In einigen der oben genannten 26 Ortsteile, die alle einen Zweitwohnungsanteil von 0,5 % und mehr am gesamten Wohnungsbestand aufweisen, ist allerdings die absolute Zahl der Zweitwohnungen sehr gering. Geht man davon aus, daß ein Ortsteil nur dann als repräsentativ für Zweitwohnungen angesehen werden kann, wenn er einen Zweitwohnungsanteil von mindestens 0,5 % und eine absolute Zahl von 25 und mehr Zweitwohnungen aufweist, und vergleicht die 22 Ortsteile, die diesen Bedingungen genügen, mit

der obigen Zusammenstellung, so sind 10 von den 26 Ortsteilen nicht mehr enthalten⁴⁾, 6 andere Ortsteile neu dazugekommen⁵⁾.

Das Bild der Verteilung dieser 22 Ortsteile ist weniger kompakt als das der vorher genannten 26 Ortsteile; es sind allerdings alle 8 Ortsteile der geschlos-

senen Kerngruppe mit einem Zweitwohnungsanteil von 1% und mehr nach wie vor enthalten. Bei den sechs neu hinzugekommenen Ortsteilen handelt es sich z. T. um bevorzugte Wohngebiete, wie Othmarschen (218), südliches Blankenese (222) und westliches Marienthal (510). Die Zahl der Zweitwohnungen in diesen 22 Ortsteilen beträgt 918 und damit fast 37% aller Zweitwohnungen in Hamburg.

Da an dieser Stelle der Platz fehlt, die Struktur der

⁴⁾ Es sind die Ortsteile: 115, 116, 118, 134, 136, 315, 401, 402, 418 und 502.
⁵⁾ Und zwar die Ortsteile: 218, 222, 301, 319, 510 und 513.

Tabelle 5

Zweitwohnungen¹⁾ in 22 ausgewählten hamburger Ortsteilen am 25. 10. 1968 nach Ausstattung, Beheizung, Wohnfläche, Raumzahl, Gebäudeart und Baualter

Ortsteil Nr.	Zweitwohnungen insgesamt	davon								
		nach der Ausstattung					nach der Beheizung			
		mit Bad, WC		ohne Bad		sonstige	Fern- heizung	Zentral- Etagen-	Ofenheizung mit	
		mit Sammel- heizung	ohne Sammel- heizung	WC in der Wohnung	WC im Gebäude				Öl, Gas, Strom	Kohle, Holz, Torf
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
113	30	21	1	3	5	—	6	16	2	6
218	44	35	4	3	1	1	2	35	5	2
222	33	14	7	6	4	2	—	18	12	3
301	27	8	4	12	2	1	2	6	4	15
312	56	34	14	5	2	1	5	32	11	8
313	66	51	4	4	7	—	30	31	4	1
314	36	26	4	3	3	—	7	22	4	3
317	65	46	10	3	4	2	5	44	11	5
319	26	12	5	6	1	2	—	12	4	10
404	36	28	6	2	—	—	4	25	4	3
409	35	21	5	5	1	3	1	20	7	7
410	27	11	12	3	1	—	1	10	14	2
413	51	39	3	5	2	2	1	42	2	6
414	34	21	7	3	3	—	—	26	6	2
415	83	71	8	2	1	1	7	67	7	2
416	55	30	22	3	—	—	5	26	21	3
417	31	22	3	2	3	1	1	25	3	2
422	25	17	8	—	—	—	1	16	5	3
428	57	5	51	1	—	—	1	4	45	7
501	48	42	4	1	—	1	—	43	5	—
510	25	18	5	—	1	1	—	19	4	2
513	28	17	9	1	—	1	1	16	8	3

Fortsetzung: Tabelle 5

Ortsteil Nr.	noch: davon														
	nach der Wohnfläche							nach der Raumzahl							mit Koch- nischen
	mit einer Wohnfläche von ... qm					Gesamt- wohnfl. in 1000 qm	Wohn- fläche je Woh- nung	mit ... Räumen ²⁾ (einschl. Küche)						Räume ²⁾ insge- samt	
	unter 40	40 bis unter 60	60 bis unter 80	80 bis unter 100	100 oder mehr			1	2	3	4	5	6 oder mehr		
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
113	19	8	1	1	1	1,2	41	6	11	9	2	1	1	74	11
218	15	6	8	10	5	2,8	65	3	13	9	8	8	3	146	4
222	12	5	6	4	6	2,1	63	4	5	10	5	5	4	115	9
301	7	15	4	—	1	1,3	47	4	—	12	5	4	2	93	4
312	8	12	9	9	18	4,9	87	3	7	10	13	10	13	255	3
313	34	17	11	2	2	2,8	43	12	23	18	10	1	2	169	14
314	8	3	8	5	12	3,4	96	1	5	10	3	7	10	170	2
317	22	25	14	2	2	3,1	48	13	13	19	15	3	2	183	15
319	9	7	6	3	1	1,4	52	2	6	6	8	2	2	87	3
404	12	5	2	3	14	3,4	94	8	5	2	4	8	9	159	10
409	11	8	7	5	4	2,1	60	3	9	8	8	5	2	116	4
410	17	8	1	—	1	1,0	39	6	12	7	—	1	1	62	6
413	12	7	10	7	15	4,0	78	5	8	14	9	10	5	195	8
414	12	7	4	4	7	2,1	62	1	12	9	5	3	4	114	5
415	29	20	11	7	16	5,8	70	7	25	19	10	9	13	305	7
416	39	4	7	3	2	2,1	38	16	23	7	4	4	1	125	17
417	14	9	5	2	1	1,4	46	3	12	11	4	1	—	81	3
422	18	4	2	1	—	0,8	33	8	10	2	3	1	1	57	8
428	42	10	5	—	—	1,7	30	26	15	7	7	1	1	116	28
501	22	11	6	4	5	2,6	54	4	18	12	7	4	3	144	4
510	13	6	3	1	2	1,3	50	3	13	4	1	2	2	68	3
513	5	4	15	3	1	1,7	60	1	6	3	6	8	4	110	2

Ortsteil Nr.	noch: davon											
	nach der Gebäudeart											
	in				und dem Baualter					in		in
	Wohn- gebäuden m. 1 Wohn.	Wohn- gebäuden m. 2 Wohn.	Wohn- gebäuden m. 3 u. m. W.	landw. Wohn- gebäuden	in Wohngebäuden errichtet . . .					Wohn- Gebäuden zu- sammen	darunter in Gebäuden m. Eigen- tumswohn- ungen	Sonstigen Gebäuden
					bis 1900	1901 bis 1918	1919 bis 1948	1949 bis 1960	1961 und später			
26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
113	—	—	27	—	6	—	—	15	6	27	—	1
218	7	2	35	—	2	4	4	15	19	44	3	—
222	10	4	19	—	14	7	7	5	—	33	—	—
301	—	1	26	—	6	9	2	6	4	27	—	—
312	1	6	46	—	32	11	1	8	1	53	2	1
313	1	—	64	1	15	8	—	42	1	66	3	—
314	2	3	31	—	18	13	—	4	1	36	3	2
317	9	4	51	—	1	7	9	9	38	64	5	1
319	7	4	14	—	2	3	11	3	6	25	—	—
404	1	1	34	—	2	15	4	7	8	36	—	—
409	3	1	31	—	8	11	5	8	3	35	—	3
410	—	—	27	—	—	4	—	16	7	27	2	—
413	2	1	47	—	15	13	1	14	7	50	2	—
414	—	—	34	—	4	5	2	19	4	34	8	3
415	—	1	80	—	16	7	4	40	14	81	—	3
416	—	—	54	—	1	3	—	19	31	54	2	—
417	1	—	30	—	6	2	3	14	6	31	—	—
422	—	—	25	—	—	—	—	9	16	25	1	—
428	—	—	54	—	—	—	2	51	1	54	2	3
501	1	—	47	—	1	2	1	35	9	48	1	—
510	1	2	22	—	—	4	1	11	9	25	—	—
513	5	2	18	—	—	1	4	11	9	25	14	1

1) ohne Zweitwohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern. — 2) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

Zweitwohnungen in den als repräsentativ ausgewählten 22 Ortsteilen zu untersuchen und darzustellen, sei auf die Tabelle 5 verwiesen, aus der alle näheren Einzelheiten entnommen werden können.

In Zweitwohneinheiten überwiegend Arbeitnehmer und 1-Personen-Wohnparteien

Um über die soziale Stellung der Haushaltsvorstände, die Größe der Wohnparteien und das Besitzverhältnis Aussagen machen zu können, ist es erforderlich, zu den bisher behandelten Zweitwohnungen noch die Zweitwohngelegenheiten⁶⁾ hinzuzufügen, weil die gewünschten Daten aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nur für Zweitwohneinheiten vorliegen. Tabelle 6 gibt die Zahl der Zweitwohneinheiten und ihre Aufteilung in Zweitwohnungen und Zweitwohngelegenheiten nach Bezirken wieder; sie zeigt, daß Zweitwohngelegenheiten im Vergleich zu Hamburg insgesamt überdurchschnittlich stark in den Bezirken Hamburg-Mitte, Altona, Wandsbek und Harburg vertreten sind. Tabelle 7 enthält — für Hamburg insgesamt — die Wohnparteien in Zweitwohneinheiten nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände, der Größe der Wohnparteien sowie dem Besitzverhältnis⁷⁾. Aus der Aufgliederung geht hervor, daß fast die Hälfte der Haushaltsvorstände Arbeitnehmer, fast 30% Selbständige und annähernd ein Viertel Nichterwerbstätige sind. Über die Hälfte der Wohnparteien besteht aus nur einer Person; bei den Nichterwerbstätigen steigt dieser Anteil sogar auf mehr als 60%, was vor allem auf die hierin enthaltenen Studenten zurückzuführen sein dürfte. Ein Viertel der Wohnparteien besteht aus 2 Personen und ein Fünftel aus 3 und mehr Personen, wobei die Selbständigen bei beiden Wohnparteiengrößen mit fast 30% einen überdurchschnittlich hohen Anteil stellen. Etwas mehr als 80% der Zweitwohneinheiten sind gemietet und nur knapp ein Fünftel befindet sich im Eigentum der Bewohner. Bei den Selbständigen liegt erwartungsgemäß der Eigentumsanteil mit etwa 25% über und

Tabelle 6

Zweitwohneinheiten in Wohngebäuden und Sonstigen Gebäuden in Hamburg am 25. 10. 1968 nach Bezirken
(ohne Zweitwohneinheiten in Wochenend- und Ferienhäusern)

Bezirke	Zweitwohneinheiten insgesamt	davon			
		Zweitwohnungen		Zweitwohngelegenheiten	
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1
	1	2	3	4	5
Hamburg-Mitte	279	245	87,8	34	12,2
Altona	386	323	83,7	63	16,3
Eimsbüttel	614	558	90,9	56	9,1
Hamburg-Nord	725	694	95,7	31	4,3
Wandsbek	452	405	89,6	47	10,4
Bergedorf	74	71	95,9	3	4,1
Harburg	233	201	86,3	32	13,7
Hamburg insgesamt	2 763	2 497	90,4	266	9,6

6) Als Zweitwohngelegenheiten kommen hier in Betracht: Zweitwohneinheiten ohne eigene Küche und Kochnische sowie in Kellergeschossen.

7) Da in Tabelle 7 die Untermieterwohnparteien nicht enthalten sind, ist im folgenden eine Übertragung der Zahlen für Wohnparteien (in Zweitwohneinheiten) auf die Zweitwohneinheiten selbst und eine Gleichsetzung der Inhaber von Zweitwohneinheiten mit den Haushaltsvorständen möglich.

Tabelle 7

Wohnparteien in Zweitwohneinheiten ¹⁾ in Hamburg am 25. 10. 1968
nach der Größe der Wohnpartei, dem Besitzverhältnis und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands
 (ohne Untermieterwohnparteien)

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Wohnparteien in Zweitwohneinheiten insgesamt		davon														
			nach der Größe der Wohnpartei									nach dem Besitzverhältnis					
	mit 1 Person			mit 2 Personen			mit 3 und mehr Personen			Eigentümer			Mieter				
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Selbständige ..	808	29,2		328	22,2		240	34,0		240	41,5		208	42,4		600	26,4
		100			40,6			29,7			29,7			25,7			74,3
Arbeitnehmer ..	1 304	47,2		742	50,2		288	40,8		274	47,4		144	29,3		1 160	51,1
		100			56,9			22,1			21,0			11,0			89,0
Nicht-erwerbstätige.	651	23,6		409	27,7		178	25,2		64	11,1		139	28,3		512	22,5
		100			62,8			27,3			9,8			21,4			78,6
Insgesamt	2 763	100		1 479	100		706	100		578	100		491	100		2 272	100
		100			53,5			25,6			20,9			17,8			82,2

¹⁾ in Wohngebäuden (ohne Wochenend- und Ferienhäuser) und Sonstigen Gebäuden.
 Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung

bei den Arbeitnehmern mit 11 % erheblich unter diesem Durchschnitt.

Zu einer regional etwas detaillierteren Untersuchung der Zweitwohneinheiten nach der sozialen Stellung ihrer Inhaber sollen wieder die oben bereits genannten 22 Ortsteile als repräsentativ für die Verhältnisse in Hamburg herangezogen werden.

Im Vergleich zu ihrem prozentualen Anteil in Hamburg insgesamt sind

in 13 Ortsteilen die Selbständigen,
 in 12 Ortsteilen die Arbeitnehmer und
 in 8 Ortsteilen die Nichterwerbstätigen
 als Inhaber von Zweitwohnungen überdurchschnittlich vertreten. Dabei sind in 11 Ortsteilen eine dieser Gruppen allein und in ebenfalls 11 Ortsteilen jeweils

Tabelle 8

Wohnparteien in Zweitwohneinheiten ¹⁾ in Hamburg am 25. 10. 1968
nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands und 22 ausgewählten Ortsteilen

Ortsteile			Wohnparteien insgesamt	davon nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands					
Nr.	Lagehinweis Stadtteil	Zeichen ²⁾		Selbständige		Arbeitnehmer		Nichterwerbstätige	
				in % v. Sp. 1	Zeichen ²⁾	in % v. Sp. 1	Zeichen ²⁾	in % v. Sp. 1	Zeichen ²⁾
			1	2	3	4	5	6	7
113	Teil von St. Georg	○●	31	38,7	○	32,3		29,0	●
218	Othmarschen	●	46	28,3		45,7		26,1	●
222	Teil von Blankenese	○●	37	29,7	○	35,1		35,1	●
301	Teil von Eimsbüttel	○●	29	37,9	○	37,9		24,1	●
312	Teil von Rotherbaum	○●	70	30,0	○	25,7		44,3	●
313	Teil von Harvestehude	△	72	20,8		62,5	△	16,7	
314	Teil von Harvestehude	○	40	40,0	○	42,5		17,5	
317	Lokstedt	△	66	28,8		59,1	△	12,1	
319	Schnelsen	△●	31	16,1		54,8	△	29,0	●
404	Teil von Eppendorf	●	37	27,0		43,2		29,7	●
409	Teil von Winterhude	○△	36	33,3	○	50,0	△	16,7	
410	Teil von Winterhude	△	30	26,7		63,3	△	10,0	
413	Teil von Winterhude	○	57	47,4	○	31,6		21,1	
414	Teil von Uhlenhorst	○△	38	31,6	○	52,6	△	15,8	
415	Teil von Uhlenhorst	○	85	48,2	○	38,8		12,9	
416	Teil von Hohenfelde	○△	56	39,3	○	50,0	△	10,7	
417	Teil von Hohenfelde	○△	31	38,7	○	48,4	△	12,9	
422	Teil von Barmbek-Süd	△	25	20,0		60,0	△	20,0	
428	Teil von Barmbek-Nord	△●	57	12,3		63,2	△	24,6	●
501	Teil von Eilbek	△	53	28,3		52,8	△	18,9	
510	Teil von Marienthal	○△	26	42,3	○	53,8	△	3,8	
513	Tonndorf	○	30	46,7	○	43,3		10,0	
Hamburg insgesamt			2 763	29,2		47,2		23,6	

¹⁾ in Wohngebäuden und Sonstigen Gebäuden; ohne Untermieterwohnparteien.

²⁾ Zeichen für überdurchschnittliche Anteile von
 Selbständigen ○
 Arbeitnehmern △
 Nichterwerbstätigen ●

Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundung.

zwei Gruppen in unterschiedlicher Kombination mit einem höheren Anteilssatz, als er für Hamburg insgesamt ermittelt wurde, festzustellen (Tabelle 8).

Die Selbständigen, die in Hamburg 29,2% aller Zweitwohneinheiten als Haushaltsvorstand bewohnen, stellen besonders hohe Anteile in den Ortsteilen 415 (südliches Uhlenhorst) mit 48,2%, 413 (südwestliches Winterhude) mit 47,4%, 513 (Tonnendorf) mit 46,7%, 510 (westliches Marienthal) mit 42,3% und 314 (nördliches Harvestehude) mit 40,0%. Bis auf den Ortsteil 510 sind dies alles Ortsteile, in denen nur die Selbständigen überdurchschnittlich vertreten sind; im Ortsteil 510 haben außerdem die Arbeitnehmer einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

47,2% der Haushaltsvorstände in hamburgischen Zweitwohneinheiten sind Arbeitnehmer. Die Ortsteile, in denen diese Gruppe besonders hohe Anteile stellt, sind: 410 (mittleres Winterhude) mit 63,3%, 428 (mittleres Barmbek-Nord) mit 63,2%, 313 (südliches Harvestehude) mit 62,5%, 422 (südöstliches Barmbek-Süd) mit 60,0% und 317 (Lokstedt) mit 59,1%. Auch hier sind es wieder – bis auf den Ortsteil 428 – alle Ortsteile, in denen nur die Arbeitnehmer überdurchschnittlich vertreten sind; im Ortsteil 428 kommen dann noch die Nichterwerbstätigen mit einem überdurchschnittlichen Anteil hinzu.

Nichterwerbstätige sind in Hamburg insgesamt 23,6% aller Haushaltsvorstände in Zweitwohneinheiten. Besonders hohe Anteile weist diese Gruppe in folgenden Ortsteilen auf: 312 (östliches Rotherbaum) mit 44,3%, 222 (südliches Blankenese) mit 35,1%, 404 (südöstliches Eppendorf) mit 29,7%, 113 (nordöstliches St. Georg) und 319 (Schnelsen) mit jeweils 29,0%. Von diesen Ortsteilen weist allein der Ortsteil 404 einen überdurchschnittlichen Anteil nur von Nichterwerbstätigen auf; bei den Ortsteilen 312, 222 und 113 haben auch die Selbständigen und im Ortsteil 319 auch die Arbeitnehmer einen höheren Anteil als in Hamburg insgesamt.

Die meisten Zweitwohnungen der deutschen Großstädte in Berlin (West)

Ein Vergleich der Zweitwohnungen in den deutschen Großstädten mit 400 000 und mehr Einwohnern zeigt, daß sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der Zweitwohnungen am Gesamtwohnungsbestand sehr unterschiedliche Größen aufweisen (Tabelle 9). Weit an der Spitze mit 12 168 Zweitwohnungen steht Berlin (West), gefolgt von München mit 8 708, Frankfurt a. M. mit 3 851 und Köln mit 2 659 Zweitwohnungen. Erst die fünfte Stelle nimmt dann Hamburg mit seinen 2 497 Zweitwohnungen ein. Die Reihenfolge nach den prozentualen Anteilen am Gesamtwohnungsbestand gibt ein anderes Bild; hier rangieren München (2,0%) und Frankfurt a. M. (1,5%) noch vor Berlin (West) (1,3%). Diese drei Großstädte sind auch die einzigen, in denen der Anteil der Zweitwohnungen mehr als 1% des gesamten Wohnungsbestandes ausmacht. Wenig darunter liegen dann Köln

Tabelle 9

Wohnungen und Zweitwohnungen in 14 Großstädten der Bundesrepublik Deutschland am 25. 10. 1968 (ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern)

Großstädte ¹⁾	Wohnungen insgesamt	darunter Zweitwohnungen	
		Anzahl	in % von Sp. 1
	1	2	3
Berlin (West) ...	962 417	12 168	1,3
Hamburg	669 909	2 497	0,4
München	442 978	8 708	2,0
Köln	297 931	2 659	0,9
Frankfurt a. M. ...	255 906	3 851	1,5
Essen	245 753	738	0,3
Düsseldorf	237 143	2 007	0,8
Dortmund	227 570	686	0,3
Bremen	218 436	1 073	0,5
Stuttgart	209 477	1 600	0,8
Hannover	197 404	1 389	0,7
Nürnberg	177 599	1 549	0,9
Duisburg	160 221	377	0,2
Wuppertal	147 347	424	0,3

¹⁾ mit über 400 000 Einwohnern; Reihenfolge nach dem Wohnungsbestand (Sp. 1).

und Nürnberg (jeweils 0,9%) sowie Düsseldorf und Stuttgart (jeweils 0,8%). Auch Hannover (0,7%) und Bremen (0,5%) haben noch einen größeren Zweitwohnungsanteil als Hamburg (0,4%). Es folgen Essen, Dortmund und Wuppertal (jeweils 0,3%) vor Duisburg, das mit nur 377 Zweitwohnungen und 0,2% am Gesamtwohnungsbestand sowohl bei den absoluten Zahlen als auch bei den prozentualen Anteilen am Ende der Skala steht.

Die Spitzenstellung der Großstädte Berlin (West), München und Frankfurt a. M. – bei den absoluten und den prozentualen Werten – dürfte auf überwiegend unterschiedliche Tatsachen zurückzuführen sein. Gemeinsam ist allen drei Großstädten eine starke wirtschaftliche Aktivität; aber das gilt natürlich auch für andere Großstädte, wie z. B. Hamburg und Düsseldorf. Bei Berlin (West) kommt die besondere Lage dieser Stadt hinzu, die manche Geschäftsleute und Arbeitnehmer veranlaßt, aus den verschiedensten Gründen nur vorübergehend dort zu wohnen und ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik beizubehalten. Für München als bevorzugten Zweitwohnsitz sprechen das besondere „Klima“, das dieser Stadt eigen ist, die Fülle kultureller Veranstaltungen und die vielen Naherholungsgebiete. Außerdem wird auch die große Zahl der Studierenden eine maßgebliche Rolle spielen. Bei Frankfurt a. M. dürfte die Bedeutung als Wirtschaftszentrum mit vielen Banken, Versicherungen und Verbänden, mit Ausstellungen und Messen sowie die günstige zentrale Verkehrslage (z. B.: Flughafen Rhein/Main) ausschlaggebend für die verhältnismäßig große Zahl von Zweitwohnungen sein.

Detlef Schmidt

Strukturanalyse des öffentlichen Dienstes in Hamburg

– Hauptergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst nach dem Stande vom 2. Oktober 1968 –

INHALT

1. Einleitung	112
2. Methodisches	112
3. Ergebnisse und ihre Analyse	
3.1 Personalbestand in der Gesamtschau	113
3.2 Tätigkeitsbereiche und Dienstverhältnis	114
3.3 Altersaufbau, Geschlecht und Laufbahnen	118
3.4 Stand der Vor- und Ausbildung insbesondere bei den Beamten und Angestellten	121
3.5 Unterschiedliche Arten von Beamten	125
3.6 Anstellungsverhältnis der Angestellten	126
3.7 Berufsgliederung des höheren Dienstes	127
3.8 Personal in Ausbildung	128
4. Zusammenfassung	129

1. Einleitung

Im Jahrgang 1970 der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ sind bereits drei Traktate über Themen aus der einmaligen „Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst 1968“ erschienen. Sie befaßten sich im einzelnen mit der Verdienstsituation der beim Hamburger Staat Beschäftigten¹⁾, der Personalfuktuation in der hamburgischen Verwaltung²⁾ und den Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes³⁾. Mit dieser vierten und letzten Folge werden die eigentlichen Kernergebnisse der Erhebung vorgestellt und interpretiert. Kapitel, wie jenes über den Altersaufbau oder die Vor- und Ausbildung, liefern bislang unbekannte, höchst aufschlußreiche Informationen über den Personalbestand der Freien und Hansestadt Hamburg und sein Gefüge.

Für Interessenten, die ein noch detaillierteres Datenmaterial suchen als hier geboten werden kann, wird demnächst vom Statistischen Landesamt ein umfassendes Quellenwerk über sämtliche Teile des Zählungswerkes in der Veröffentlichungsreihe „Statistik des hamburgischen Staates“ herausgegeben werden.

Zum besseren Verständnis der Statistik ist es notwendig, nicht nur die Umrisse ihrer Methode – wie weiter unten dargelegt –, sondern auch die Beweggründe, die ihre Entstehung veranlaßt haben, zu kennen.

¹⁾ „Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten – Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne für September 1968.“ – In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, März-Heft.

²⁾ „Personalfuktuation in der hamburgischen Verwaltung 1968/69 – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst.“ – In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, Mai-Heft.

³⁾ „Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst in Hamburg nach dem Stand vom 2. 10. 1968.“ – In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, August-Heft.

⁴⁾ BGBl. 1960, Teil I, S. 322 f.

⁵⁾ Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968, BGBl. 1968, Teil I, S. 385 f.

Im Laufe der Zeit hat sich erwiesen, daß die Ergebnisse der aufgrund des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960⁴⁾ jährlich durchgeführten Personalinventuren zu summarisch sind. Sie reichten für die personalwirtschaftliche Planung der öffentlichen Verwaltung auf weite Sicht immer weniger aus. Die gegenwärtige Entwicklung, die durch umfangreiche und zum Teil neuartige Aufgaben, Einflüsse supranationaler Organisationen, Technisierung und Automatisierung der Verwaltung und damit durch wachsende Anforderungen an die Ausbildung charakterisiert ist, macht Maßnahmen auf vielen Gebieten des öffentlichen Dienst- und Tarifrechts erforderlich. Zu ihrer Vorbereitung werden sorgfältige Planungsanalysen für längere Zeiträume gebraucht, die sich auf fundierte statistische Unterlagen stützen müssen. Hierzu fehlte es bisher insbesondere an Angaben über die Altersgliederung, den Vor- und Ausbildungsstand sowie die effektive Bezahlung der Bediensteten. Um diese Bedarfslücke zu schließen und somit die Lösung der vordringlichen Probleme des Nachwuchsbedarfs der öffentlichen Verwaltung, vor allem im höheren Dienst, die Fortentwicklung des Laufbahnrechts und des Besoldungsrechts zu fördern, wurde die einmalige Veranstaltung einer gründlichen Personalstrukturuntersuchung gesetzlich angeordnet⁵⁾. Die Nachfrage nach ausführlichen Personaldaten aus dem Staatsdienst ging hauptsächlich von den verschiedenen obersten Bundes- und Landesbehörden, dem Deutschen Bundestag, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Gewerkschaften, Berufsverbänden und einer Reihe wissenschaftlicher Institute aus.

2. Methodisches

Im angekündigten Quellenband wird auf den Modus procedendi der Personalstrukturhebung in allen Einzelheiten eingegangen. An dieser Stelle sollen deshalb nur Erläuterungen gegeben werden, die zur Aufschließung des nachfolgend präsentierten Zahlen-

materials unerlässlich sind. Begriffsdefinitionen, soweit nicht allgemeiner Natur, sind dort, wo es darauf ankommt, in die textlichen Ausführungen eingestreut.

Die umfassende Personalbestandsaufnahme, um die es hier geht, war als Totalerhebung angelegt, da sie an die laufende Personalstandstatistik angeschlossen, die ebenfalls das gesamte Personal erfaßt. Auch aufbereitungstechnische Gründe spielten dafür eine Rolle; die total erfaßten Daten sollten nämlich die Auswahlbasis und Unterlagen für die Hochrechnung der repräsentativen Teilerhebung der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst abgeben.

Stichtag für die Ermittlung der Bestandsmassen war der 2. Oktober 1968. Man wählte den 2. Oktober als Termin, weil dieser Zeitpunkt sich bereits bei der routinemäßigen Personalstandstatistik hinsichtlich des zu der Jahreszeit vollziehenden Personalwechsels als besonders geeignet erwiesen hat, und man damit zugleich auch für das Berichtsjahr 1968 diese periodische Statistik einzusparen vermochte.

Es handelt sich also bei der Personalstrukturstatistik um eine statistische Momentaufnahme, die den inneren Aufbau des öffentlichen Dienstes ausschließlich zu besagtem Zeitpunkt widerspiegelt. Wer sich über Strukturwandlungen der hamburgischen Verwaltung à la longue und ihre Bestimmungsgründe unterrichten lassen will, dem sei empfohlen, die instruktive Abhandlung von Becker „Zur Veränderung der Struktur der Verwaltung“⁴⁾ nachzulesen.

Als Adressaten der Erhebung kamen in Hamburg die Hoheitsverwaltung, die nichtrechtsfähigen, kaufmännisch betriebenen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sowie die der Landesaufsicht unterstellten Sozialversicherungsträger in Frage. Die Miteinbeziehung letzterer war wegen enger Verflechtung mit der öffentlichen Finanzwirtschaft nicht zu umgehen. Der hier analysierte Bereich erstreckt sich jedoch nur auf die Hoheitsverwaltung, da die beiden anderen Bereiche mit einem Personalanteil von nicht mehr als 0,1 % bzw. 3,6 % quantitativ gesehen unbedeutend sind. Der vorgesehene Quellenband wird diese Bereiche jedoch berücksichtigen.

Von jedem vollbeschäftigten Bediensteten – einschließlich der Nachwuchskräfte und des Personals mit Zeitvertrag – war ein gegenüber dem Bundesmuster verkürzter Fragebogen (Individualbogen) zu beantworten. Ein Großteil der verlangten Daten konnte rationeller Weise auf sekundärstatistischem Wege aus der maschinellen Lohn- und Gehaltsabrechnung der Besoldungs- und Versorgungsstelle hinzu gewonnen werden. Lediglich die vollbeschäftigten Kräfte, die zwar am 2. Oktober 1968 bereits im Dienste der Freien und Hansestadt Hamburg standen, aber mit ihren Merkmalen zur Person und zur Bezahlung noch nicht in die maschinellen Lohn- und Gehaltsbänder der zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle aufgenommen waren sowie die bei den Sozialversicherungsträgern Beschäftigten hatten die komplette, ungekürzte Fassung des Individualbogens auszufüllen. Für längere Zeit beurlaubte (auch

zum Grundwehrdienst) oder erkrankte Bedienstete hatte die jeweilige Berichtsstelle aufgrund der Personalakte die Angaben im Fragebogen zu machen. Die Daten auf dem Individualbogen der einzelnen Bediensteten wurden durch Personalbestandsangaben der Beschäftigungsstellen auf einem speziellen Dienststellenbogen (Kontrollbogen) ergänzt, die sich allerdings nur summarisch, neben dem vollbeschäftigten Personal in Ausbildung auch den zunehmend an Bedeutung gewinnenden Teilzeitbeschäftigten (mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden) widmeten.

Gänzlich von der Erhebung ausgespart blieben Senatoren, Abgeordnete usw., ehrenamtliche Kräfte sowie im mittelbaren Dienstverhältnis (z. B. aufgrund eines Kollektivvertrages mit einem Mutterhaus eingesetzte Krankenschwestern) oder im Werkvertragsverhältnis Tätige.

Als „Richter“ waren alle Berufsrichter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes vom 8. September 1961 anzusehen.

Unter dem Begriff „Beamte“ hat die Zählung allein solche Bedienstete verstanden, die durch eine Ernennungsurkunde explizite in das Beamtenverhältnis berufen worden sind; dazu gehörten auch die Beamtenanwärter (Beamte auf Widerruf). In einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehende Verwaltungslehrlinge, Dienstanfänger, Verwaltungspraktikanten usw. wurden dagegen nicht als Beamte angesehen; sie mußten sich als Angestellte bzw. Arbeiter ausgeben.

Als „Angestellte“ galten alle Dienstkräfte im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis (einschl. Angestellte mit Beamtenbesoldung), soweit sie nicht Lohnempfänger (Arbeiter) waren.

Hervorgehoben sei noch, daß sich die anschließenden Darstellungen nur auf die hamburgischen Landesbediensteten beziehen; das Personal der Bundesdienststellen in Hamburg wird folglich nicht behandelt.

3. Ergebnisse und ihre Analyse

3.1 Personalbestand in der Gesamtschau

Die Aufbereitung der Personalstrukturserhebung hat viel Zeit beansprucht; etwa zweieinhalb Jahre sind seit dem Zählungsstichtag vergangen. Inzwischen liegen auch schon die Resultate der Personalstandstatistiken vom 2. Oktober 1969 und 2. Oktober 1970 vor. Ein Gesamtüberblick nach dem Stand vom 2. Oktober 1968 kann eo ipso – im Gegensatz zu einer Analyse der sich nicht so schnell wandelnden Struktur – nicht mehr besonders aktuell sein. Es soll aber trotzdem nicht darauf verzichtet werden, weil nur so ersichtlich wird, welche Rolle die einzelnen Strukturen im Rahmen des Ganzen spielen.

Hamburgischer Staat für jeden achten abhängig Erwerbstätigen Arbeitgeber

Die Personalinventur in der öffentlichen Verwaltung Hamburgs vom 2. Oktober 1968 ergab den eindrucksvollen

⁴⁾ Becker, Ulrich, Zur Veränderung der Struktur der Verwaltung, in: Die Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft, 3. Band, 1970, Heft 4, S. 389 ff.

vollen Bestand von fast 90 000 Bediensteten. Für rund jeden achten abhängig Erwerbstätigen in der Hansestadt war also der hamburgische Staat unmittelbarer Arbeitgeber. Kein anderes Unternehmen in Hamburg reichte an diese Größenordnung heran. Etwa neun Zehntel des Personals waren voll- und ein Zehntel teilbeschäftigt (mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden). Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Personalstandstatistik des Vorjahres (Stand: 2. Oktober 1967) zeigt, daß die Gesamtzahl der öffentlichen Bediensteten um mehr als tausend oder 1,2 % gestiegen ist. Von 1966 auf 1967 betrug die Zunahme noch gut 1 700 oder 2,0 %. Auch in den Jahren davor waren Personalverstärkungen um 1,8 % (1966), 1,9 % (1965) und 2,2 % (1964) registriert worden. Die Verlangsamung in der Entwicklung des Personalbestandes von 1967 auf 1968 dürfte weitgehend statistisch-methodisch bedingt sein: Das nicht genauer quantifizierbare Wachstumsdefizit ist vermutlich auf die in der Personalstrukturhebung angewandte, von der laufenden Personalstandstatistik abweichende Erfassung des Personals unter Verwendung von Individualzählblättern zurückzuführen. Betrachtet man die Gruppe der Voll- und die der Teilbeschäftigten getrennt voneinander, dann war bei ersteren sogar ein Rückgang zu verzeichnen, der allerdings durch den Zugang bei letzteren überkompensiert wurde. Dieser in sich verschobene Sachverhalt findet nun aber seine plausible Erklärung dadurch, daß am 2. Oktober 1967 rd. 2 000 in halben Planstellen geführte Personen unerkannter Weise als vollbeschäftigte Planstelleneinhaber gezählt worden sind.

Wesentliches über das Untersuchungsobjekt vermögen im Rahmen dieses Gesamtüberblicks die beiden allgemeingültigen Merkmale „Geschlecht“ und „Dienstverhältnis“ in ihren zutreffenden Variationen auszusagen.

Öffentlicher Dienst kein Reservat mehr für männliche Arbeitnehmer

Wie sehr der öffentliche Dienst aufgehört hat, ein Reservat für männliche Arbeitnehmer zu sein, geht daraus hervor, daß von seinen rd. 90 000 Angehörigen rd. 37 000 oder 41 % weiblichen Geschlechts waren. Dazu tragen die vielen im Staatsdienst vertretenen Frauenberufe (Lehrerin, Krankenschwester, Stenotypistin, Erzieherin, Fürsorgerin, Technische Assistentin u.a.m.) bei. Natürlich hat auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, daß mehr und mehr Frauen von der öffentlichen Hand beschäftigt werden. Ferner darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß der Staat seinen männlichen wie weiblichen Arbeitnehmern bei gleicher Tätigkeit gleiche Bezahlung zukommen läßt. Auch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung hat der Frauenarbeit – insbesondere verheirateter Frauen – im öffentlichen Dienst Auftrieb gegeben. Letztere ist geradezu zu einer Spezialität der Frauen geworden, denn von den im Herbst 1968 gezählten 9 581 Teilbeschäftigten waren 8 858 bzw. 92 % weiblich. Vorwiegend handelte es sich dabei um Reinnachefrauen. Das starke Übergewicht der Frauen in der Teilzeitbeschäftigung hat eine Verschiebung der Geschlechtsrelation in der Gruppe der Vollbeschäftigten zugunsten der Männer zufolge. Diese waren

nämlich hier zu 65 % vertreten, während die Frauen einen Anteil von 35 % erlangten.

Der Staatsbedienstete ist längst nicht immer Beamter; die Anzahl der Angestellten und Arbeiter zusammen war sogar erheblich größer als die der Beamten.

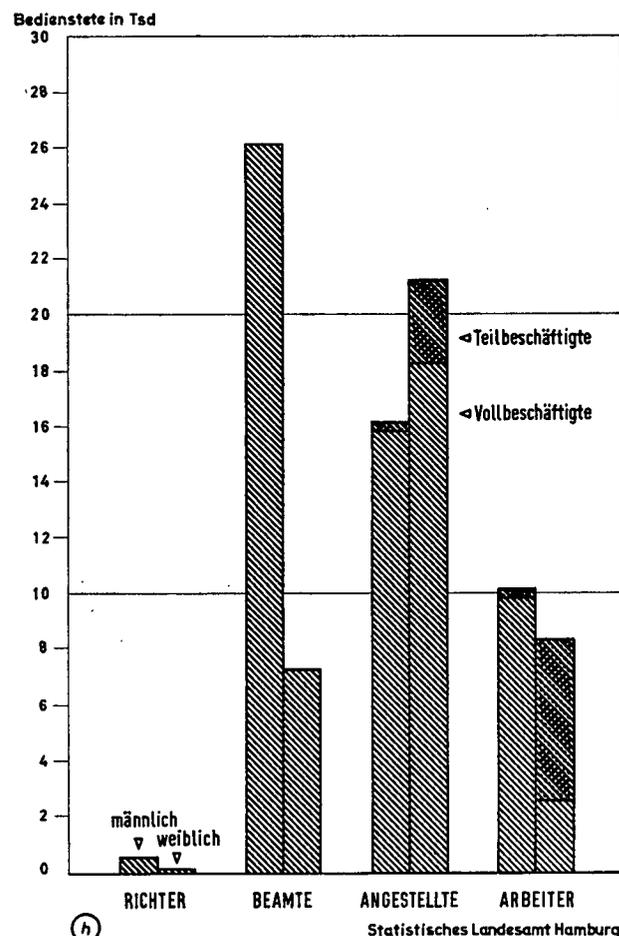
Die Freie und Hansestadt Hamburg beschäftigt ihr Personal in vier unterschiedlichen Dienstverhältnissen: als Richter, Beamte, Angestellte und Arbeiter. Von den 80 213 volltätigen Bediensteten waren am 2. 10. 1968 0,7 % Richter, 41,6 % Beamte, 42,5 % Angestellte und 15,2 % Arbeiter. Unter den Teilzeitbeschäftigten befanden sich keine Richter und Beamte; 65,0 % waren vielmehr Arbeiter und 35,0 % Angestellte. Die überkommene, verbreitete Meinung, daß Staatsbedienstete in jedem Fall mit Beamten gleichzusetzen seien, bedarf also in unserer Zeit einer gründlichen Korrektur, da die Anzahl der vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter zusammen sogar erheblich größer ist als die der Beamten. Bei Einbeziehung der Teilbeschäftigten gewinnen die Nichtbeamten quantitativ ein noch stärkeres Übergewicht.

3.2 Tätigkeitsbereiche und Dienstverhältnis

Der moderne, fortschrittliche Wohlfahrtsstaat nimmt ein viel umfassenderes Tätigkeitsfeld für sich in An-

Schaubild 1

Das Personal der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. 10. 1968 nach Dienstverhältnis und Geschlecht sowie Voll-/Teilzeitbeschäftigung



spruch als der „Nachwächterstaat“ von früher, dem lediglich die Sorge für Ruhe, Ordnung und Sicherheit oblag. „Vereinfacht kann das Ziel staatlicher Tätigkeit darin gesehen werden, die Bedürfnisse der Menschen nach Freiheit, Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, wachsendem Wohlstand und nach technischer Versorgung zu erfüllen. Dazu gehört nicht nur, den heutigen Bedarf zu decken; in immer stärkerem Maße schafft der Staat auch Grundlagen für eine gesicherte soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft in der Zukunft. Neben die Fürsorge für den einzelnen ist mehr und mehr eine umgreifende Vorsorge für alle getreten. Im Prinzip soll der Staat aber erst dann einspringen, wenn alle anderen Kräfte erschöpft sind“⁷⁾).

Tabelle 1 gibt Aufschluß über die Mannigfaltigkeit der Funktionsbereiche und legt dar, wie das Verwaltungspersonal zur Erfüllung der diversen Aufgaben aufgeteilt war. Die verwendete Systematik ist somit nicht am institutionellen Ressortprinzip orientiert, sondern wie in der Finanzstatistik am Real- oder Funktionalprinzip.

Ein erstes Durchgehen der Aufgabenbereichsgliederung offenbart, wie sehr die öffentliche Verwaltung den Charakter eines Dienstleistungsbetriebes hat. Mit materieller Produktion in Industriebetrieben befaßt sie sich kaum. Das besorgen in erster Linie privatwirtschaftliche Unternehmen, dann aber auch Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die dem Staat ganz oder teilweise gehören, aber nicht zur Hoheitsverwaltung rechnen.

Unterrichtswesen personalintensivster Aufgabenbereich

Als personalintensivster Aufgabenbereich präsentiert sich in Tabelle 1 das Unterrichtswesen. Fast 16 % aller vollbeschäftigten Bediensteten waren allein in diesem Zweig tätig. Männliche und weibliche Bedienstete hielten sich dabei etwa die Waage. Innerhalb des Unterrichtswesens rangierten die Volks-, Real- und Sonderschulen quantitativ an der Spitze. Bei diesen Schularten überwog das weibliche Personal. Eine Trennung der Volks- und Realschulen in der Darstellung ist nicht durchführbar, weil in Hamburg die Volks- und Realschulen in einem gemeinsamen Schulsystem unter dem gleichen Schulleiter und mit einem einheitlichen Lehrkörper zusammengefaßt sind; die Realschulen werden nicht als selbständige Organisationsformen mit gesondertem Lehrkörper geführt. Die Gymnasien und die berufsbildenden Schulen, zu denen Berufs-, Berufsfach-, Fach- und Ingenieurschulen zählen, waren so ziemlich gleich stark mit Personal versehen. Hier überwog dagegen mit über zwei Dritteln eindeutig das männliche Personal.

Erstaunlich der hohe Personalanteil der Krankenhäuser

An zweiter Stelle stand dem Umfang der Beschäftigung nach der Aufgabenzweig „Gesundheit, Sport, Leibesübungen“, dichtgefolgt vom Aufgabenbereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“. 13,7 % des Gesamtbestandes an vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern waren im wesentlichen den Krankenhäusern und Heilstätten zugeteilt. Unter Einbeziehung der Hochschulklinik Eppendorf erforderte der Krankenhaussektor sogar einen Personalanteil von genau 15,6 %. Damit wird deutlich, wie außerordentlich die Morbidität unserer gegenwärtigen urbanen Gesellschaft belastet. Wie alarmierend die Situation allein durch die Umwelteinflüsse geworden ist, hat der Hamburger Gesundheitssenator erst vor kurzem geschildert, indem er bekannt gab, daß bereits jedes vierte Krankenhausbett in der Welt mit einem Menschen belegt ist, der seiner ungesunden, giftigen, lärmenden Umwelt nicht gewachsen war⁸⁾. Von den 12 521 Vollbeschäftigten in den Krankenhäusern war nur jeder dritte männlich (hauptsächlich Ärzte, Krankenpfleger, Apotheker). Krankenschwestern, Krankengymnastinnen, med.-techn. Assistentinnen, Laborantinnen usw. bildeten hingegen das Gros des Beschäftigtenkontingents in den Spitälern.

Die „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ partizipierte mit 13,4 % am Personalbestand der Verwaltung. Für diese Aufgabe ist namentlich die Polizei zuständig. Ihre Personalquote belief sich denn auch gemessen am Gesamtbestand auf 11,2 %. Die Verteilung nach dem Geschlecht beweist, daß der Polizeiberuf bis jetzt Domäne der Männer geblieben ist.

Insgesamt 8 424 (10,5 %) vollbeschäftigte Bedienstete waren zur „Sozialen Sicherung“ der Hamburger Bevölkerung eingesetzt. Darunter befanden sich 5 462 weibliche Kräfte mit Berufen wie Fürsorgerinnen, Pflegerinnen und Kindergärtnerinnen.

Auf der Skala der Personalintensität war an fünfter Stelle der Komplex „Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen“ zu finden. Hinter dieser Sammelbezeichnung verbirgt sich ein Bündel von Aufgaben und Einrichtungen, nämlich die Beleuchtung und Reinigung des Stadtgebietes, das Feuerlöschwesen; die Schlachthöfe, das Marktwesen, das Bestattungswesen, Park- und Gartenanlagen, sowie die öffentlichen Leihanstalten. 7 874 Personen arbeiteten ganztägig auf diesen Gebieten für den Staat, was einer Personalquote von 9,8 % entsprach. Nur eine verschwindend kleine Zahl der Dienstkräfte war hier weiblichen Geschlechts.

Die übrigen Aufgabengebiete hatten allesamt eine geringere Personalausstattung zu verzeichnen. Auf sie braucht deshalb nicht noch besonders eingegangen zu werden.

Die meisten Beamten hauptsächlich als Lehrer in den Schulen

Tabelle 1 gibt auch Auskunft darüber, in welchen Aufgabenbereichen welche Dienstverhältnisse am häufigsten vorkamen. Danach waren die meisten Be-

⁷⁾ „Der Wettlauf zwischen Anspruch und Leistung – Produktive öffentliche Verwaltung in Hamburg“, herausgegeben vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Senatsamt für den Verwaltungsdienst, Organisationsamt, Februar 1970.

⁸⁾ dpa-Meldung vom 3. Februar 1971.

Tabelle 1

Personal der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Aufgabenbereichen und Dienstverhältnis

Aufgabenbereiche	Vollbeschäftigtes Personal ¹⁾												Außerdem: teilzeit- beschäftigtes Personal ²⁾	
	Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter						davon							
	zusammen		davon				Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter			
			männlich		weiblich									
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Oberste Staatsorgane u. Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	2 477	3,1	1 716	3,3	761	2,7	1 373	4,0	995	2,9	109	0,9	228	2,4
darunter Polizei	8 948	11,2	8 421	16,1	527	1,9	7 881	23,2	703	2,1	364	3,0	176	1,8
Rechtsschutz	5 105	6,4	4 020	7,7	1 085	3,9	3 608	10,6	1 391	4,1	106	0,9	217	2,3
darunter Ordentliche Gerichte und Staats- anwaltschaften	3 604	4,5	2 742	5,2	862	3,1	2 440	7,2	1 090	3,2	74	0,6	194	2,0
Innere Verwaltung und allgemeine Staats- aufgaben	1 868	2,3	1 204	2,3	664	2,4	450	1,3	1 353	4,0	65	0,5	230	2,4
Finanzverwaltung	5 157	6,4	3 887	7,4	1 270	4,5	3 344	9,9	1 745	5,1	68	0,6	150	1,6
Unterricht	12 753	15,9	6 592	12,6	6 161	22,0	10 387	30,6	2 074	6,1	292	2,4	3 232	33,7
darunter Volks-/ Sonderschulen, Realschulen (Mittelschulen)	7 379	9,2	2 916	5,6	4 463	16,0	6 171	18,2	1 048	3,1	160	1,3	2 222	23,2
Gymnasien (Höhere Schulen) ...	2 517	3,1	1 643	3,1	874	3,1	2 253	6,6	235	0,7	29	0,2	453	4,7
Berufsbildende Schulen	2 357	2,9	1 677	3,2	680	2,4	1 762	5,2	528	1,5	67	0,5	513	5,4
Wissenschaft	5 883	7,3	2 958	5,7	2 925	10,5	1 184	3,5	3 863	11,3	836	6,8	1 164	12,1
darunter Wissen- schaftl. Hochschulen Hochschulkliniken ..	1 916	2,4	1 358	2,6	558	2,0	598	1,8	1 176	3,5	142	1,2	553	5,8
Wissenschaftl. Institute u. Bibliotheken, Museen, Archive	3 152	3,9	1 062	2,0	2 090	7,5	401	1,2	2 143	6,3	608	5,0	485	5,1
Kunst, Volksbildung, Heimspflege	615	0,8	251	0,5	364	1,3	19	0,1	568	1,7	28	0,2	107	1,1
darunter Theater u. Konzerte	146	0,2	144	0,3	2	0,0	—	—	145	0,4	1	0,0	12	0,1
Soziale Sicherung	8 424	10,5	2 962	5,7	5 462	19,5	1 220	3,6	6 525	19,2	679	5,5	1 577	16,5
darunter Einrich- tungen der Sozialhilfe Einrichtungen der Jugendhilfe	1 626	2,0	610	1,2	1 016	3,6	44	0,1	1 286	3,8	296	2,4	605	6,3
Gesundheit, Sport, Leibesübungen	3 342	4,2	421	0,8	2 921	10,4	84	0,2	2 948	8,7	310	2,5	711	7,4
darunter Kranken- häuser u. Heilstätten. Sport u. Leibes- übungen	10 955	13,7	4 002	7,7	6 953	24,9	618	1,8	7 920	23,2	2 417	19,8	2 144	22,4
Ernährung, Landwirt- schaft, Forsten	9 369	11,7	3 223	6,2	6 146	22,0	124	0,4	6 962	20,4	2 283	18,7	1 915	20,0
Wasserwirtschaft u. Kulturbau	84	0,1	82	0,2	2	0,0	5	0,0	7	0,0	72	0,6	18	0,2
Förderung der gewerbl. Wirtschaft	488	0,6	420	0,8	68	0,2	85	0,3	291	0,9	112	0,9	160	1,7
Gemeindliche Anstalten u. Einrichtungen	273	0,3	255	0,5	18	0,1	50	0,1	162	0,5	61	0,5	—	—
darunter Feuerlösch- wesen	246	0,3	184	0,4	62	0,2	67	0,2	169	0,5	10	0,1	9	0,1
Verkehr	7 874	9,8	7 507	14,4	367	1,3	1 734	5,1	1 231	3,6	4 909	40,1	60	0,6
darunter Straßen- baubehörden	1 505	1,9	1 489	2,9	16	0,1	1 466	4,3	29	0,1	10	0,1	8	0,1
Wasserstraßen- behörden	4 420	5,5	4 125	7,9	295	1,1	657	1,9	1 875	5,5	1 888	15,4	33	0,3
Landesplanung u. Raumordnung, Bauverwaltung u. Wohnungswirtschaft.	708	0,9	619	1,2	89	0,3	200	0,6	456	1,3	52	0,4	12	0,1
Sonstige	473	0,6	395	0,8	78	0,3	179	0,5	288	0,8	6	0,0	3	0,0
Insgesamt	80 213	100	52 234	100	27 979	100	33 910	100	34 067	100	12 236	100	9 581	100

¹⁾ einschl. Personal in Ausbildung. — ²⁾ Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden.
Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

amten (einschl. Richter) hauptsächlich als Lehrer in den Schulen tätig (30,6%). Beinahe jeder vierte Beamte arbeitete bei der Polizei und jeder zehnte an den Gerichten oder im Strafvollzug. Die Finanzverwaltung beanspruchte 9,9% aller vollbeschäftigten Beamten für ihre Zwecke. Erwartungsgemäß waren also Beamte überall dort am stärksten vertreten, wo hoheitliche Aufgaben im engeren oder weiteren Sinn vorlagen.

Angestellte am häufigsten auf dem Sektor „Gesundheit, Sport und Leibesübungen“

Die Angestellten waren am häufigsten anzutreffen auf dem Sektor „Gesundheit, Sport und Leibesübungen“; ihr Anteil an der Gesamtzahl der vollbeschäftigten Angestellten betrug hier 23,2%, unter Einbeziehung der Universitätsklinik Eppendorf sogar 29,5%. Nahezu jeder fünfte Angestellte schließlich ging einem Sozialberuf nach.

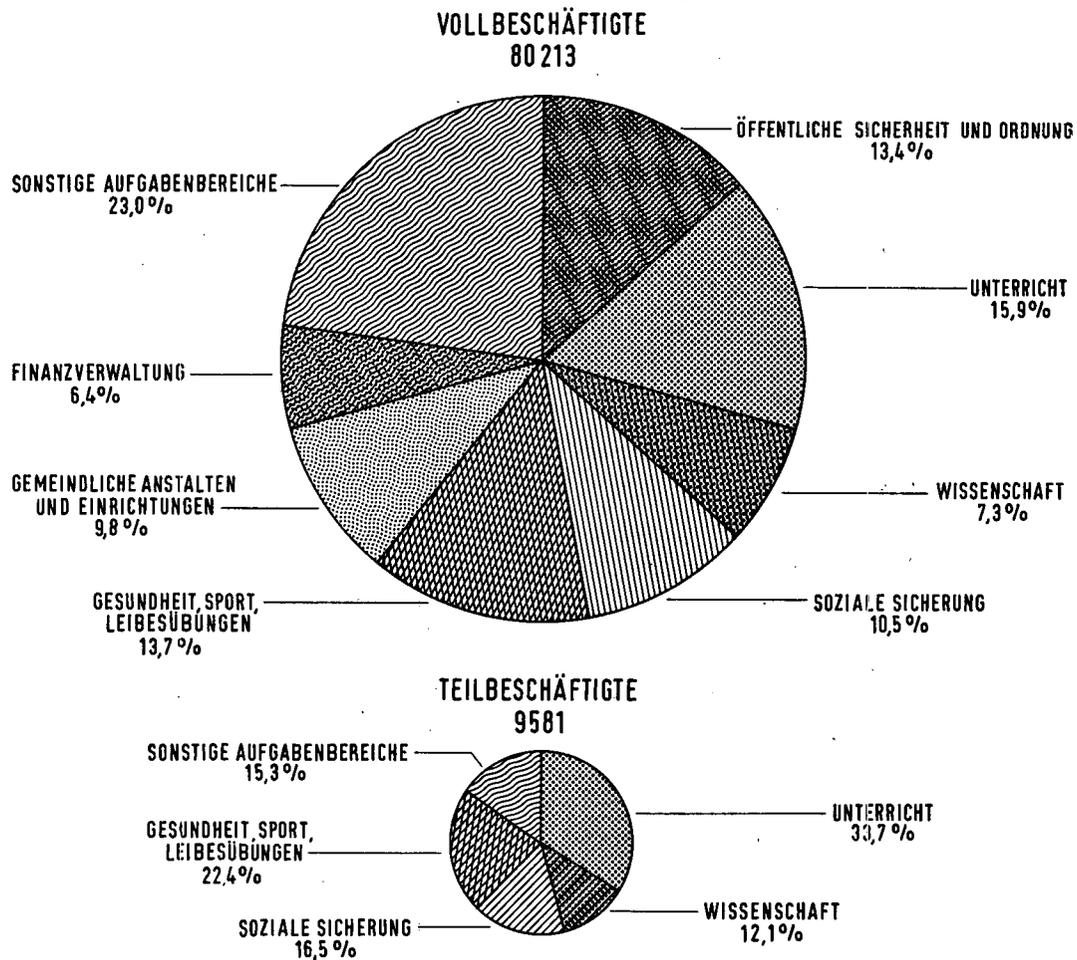
Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeiter waren die „Gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen“

Die Arbeiter verteilten sich zu 40,1% auf die „Gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen“, zu 19,8% auf „Gesundheit, Sport und Leibesübungen“ sowie zu 15,4% auf den „Verkehr“; der Rest streute mit wesentlich kleineren Quoten über die übrigen Aufgabenbereiche.

Reinmachefrauen bildeten das Gros der Teilzeitbeschäftigten

Am Schluß dieses Kapitels noch ein kurzer Blick auf die Teilzeitbeschäftigten (mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden). Ihr Verteilungsbild bei den Aufgabenbereichen ist entscheidend beeinflusst durch die Tatsache, daß die Masse der Teilzeitbeschäftigten als Reinmachefrauen wirkten. Aufgabengebiete, in denen die öffentliche Verwaltung eine große Zahl von Betriebsgebäuden und -einrichtungen unterhält, be-

Schaubild 2
Das Personal der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. 10. 1968 nach ausgewählten Aufgabenbereichen



schäftigten demzufolge auch die überwiegende Mehrzahl der Teilzeitkräfte. In erster Linie traf das für die Schulen zu, die ein Drittel aller Teilbeschäftigten auf sich zogen, dann aber auch auf die Krankenhäuser, in denen sich – die Universitätsklinik Eppendorf mitgerechnet – jeder vierte Teilbeschäftigte betätigte. Ferner wäre noch der Bereich der „Sozialen Sicherung“ zu nennen, auf den 16,5 % der Teilzeitkräfte entfielen.

3.3 Altersaufbau, Geschlecht und Laufbahnen

Die Nachwuchsplanung eines Unternehmens muß von der Altersstruktur seiner Belegschaft ausgehen, da sich aus dem Altersgefüge Anhalte für den künftigen Personalbedarf gewinnen lassen. Das durchschnittliche Lebensalter der Betriebsangehörigen nützt hier nichts. Mit der Personalstrukturhebung wurden endlich Schritte unternommen, auch der Personalplanung für den öffentlichen Dienst die so dringend benötigten Angaben über die Zusammensetzung des Personals nach Altersgrößenklassen zu verschaffen. Um eventuell auftretende Veränderungen im Altersaufbau in Zukunft verfolgen zu können, sieht der Entwurf einer Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz vor, alle sechs Jahre das Merkmal „Alter des Bediensteten“ in Verbindung mit der Personalstandstatistik zu erfassen.

45 % der Bediensteten jünger und 55 % älter als 40 Jahre

Die Altersschichtung der vollbeschäftigten Bediensteten der Hamburger Verwaltung insgesamt gibt zumindest keine groben Unausgewogenheiten zu erkennen; die Altersstufen zwischen 20 Jahren und 60 Jahren sind vielmehr ungefähr gleich stark besetzt. Zwischen 20 Jahren und 40 Jahren waren 41,5 %, zwischen 40 Jahren und 60 Jahren 46,6 %. Bezieht man die unterste und die beiden obersten Altersstufen in die Betrachtung mit ein, dann waren 45,2 % der Bediensteten jünger und 54,6 % älter als 40 Jahre. Eine leichte Überalterung ist also nicht von der Hand zu weisen.

Jüngere, besonders leistungsfähige Jahrgänge in der öffentlichen Verwaltung schwächer vertreten als in der Gesamtheit der abhängig Erwerbstätigen

Zwecks richtiger Beurteilung muß natürlich diese Verteilung auf dem Hintergrund der Altersgliederung aller abhängig Erwerbstätigen in Hamburg gesehen werden. Und da stellt sich heraus, daß die kraftvollen Jahrgänge zwischen 20 Jahren und 40 Jahren dort etwas stärker vertreten waren; ihr Anteil belief sich auf 45,7 %. Da auch die Besetzung der niedrigsten Altersstufe günstiger ausfiel, war die Mehrzahl (52,3 %) der abhängig Erwerbstätigen jünger als 40 Jahre. Wenn in der öffentlichen Verwaltung die jüngeren, besonders leistungsfähigen Jahrgänge relativ schwächer vertreten sind als in der Gesamtheit der abhängig Erwerbstätigen, wird die Personalplanung gut daran tun, eine Aufstockung dieses Sektors ins Auge zu fassen.

Frauen im öffentlichen Dienst jünger als Männer

Signifikante Unterschiede existierten im Altersaufbau von männlichen und weiblichen Bediensteten der staatlichen Verwaltung, nicht aber so sehr bei der Gesamtmasse der abhängig Erwerbstätigen. Weniger als 40 Jahre alt waren unter den Frauen 53,1 %, unter den Männern dagegen nur 41,1 %; die vergleichbaren Quoten der abhängig Erwerbstätigen lauteten 52,5 % und 52,2 %.

Die beim weiblichen Personal mit 28,8 % am stärksten besetzte Einzelgrößenklasse war die von 20 Jahren bis unter 30 Jahren, beim männlichen Personal mit 24,5 % die von 50 Jahren bis unter 60 Jahren. Relativ die meisten Erwerbstätigen waren bei den Frauen (24,6 %) ebenfalls 20 Jahre bis unter 30 Jahre, bei den Männern (24,1 %) 30 Jahre bis unter 40 Jahre alt. Zur summarischen Charakterisierung dieser Feststellungen seien noch die arithmetischen Mittelwerte angegeben: Im Schnitt war jeder vollbeschäftigte Bedienstete 41,5 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der männlichen Bediensteten betrug 43,2 Jahre, das der weiblichen 38,2 Jahre.

Tabelle 2

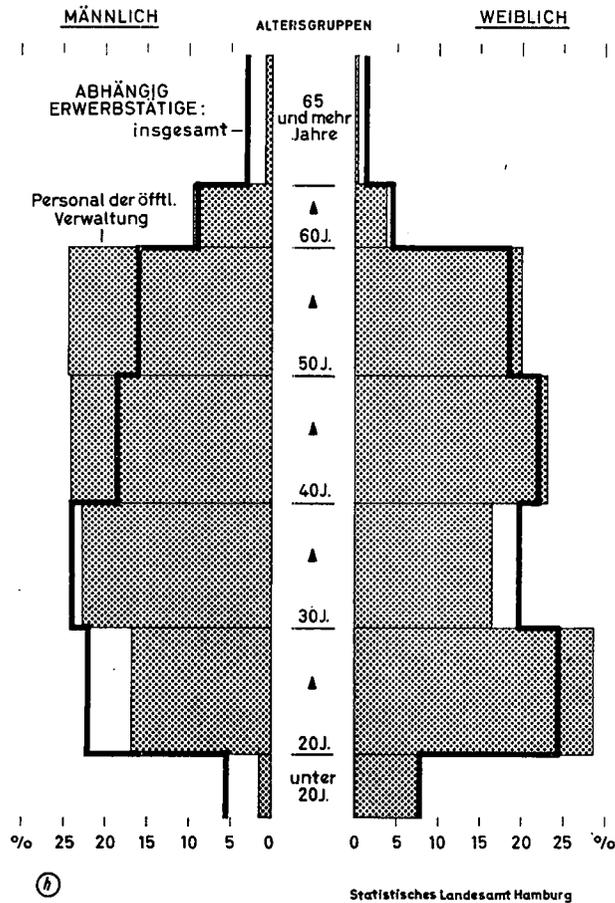
Personal der öffentlichen Verwaltung und abhängig Erwerbstätige in Hamburg nach Altersgrößenklassen und Geschlecht

Altersgrößenklassen	Vollbeschäftigtes Personal *) am 2. 10. 1968						Abhängig Erwerbstätige am 24. 4. 1968 *)					
	insgesamt		davon				insgesamt		davon			
			männlich		weiblich				männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
unter 20 Jahre	2 962	3,7	777	1,5	2 185	7,8	48 100	6,6	25 600	5,8	22 500	7,9
20 bis unter 30 Jahre	16 802	20,9	8 756	16,8	8 046	28,8	168 900	23,2	99 200	22,3	69 700	24,6
30 bis unter 40 Jahre	16 557	20,6	11 932	22,8	4 625	16,5	163 800	22,5	107 200	24,1	56 600	20,0
40 bis unter 50 Jahre	19 027	23,7	12 565	24,1	6 462	23,1	147 500	20,3	84 000	18,9	63 500	22,4
50 bis unter 60 Jahre	18 406	22,9	12 814	24,5	5 592	20,0	125 500	17,2	72 400	16,3	53 100	18,7
60 bis unter 65 Jahre	5 968	7,4	4 961	9,5	1 007	3,6	55 100	7,6	41 400	9,3	13 700	4,8
65 und mehr Jahre	491	0,6	429	0,8	62	0,2	19 400	2,7	15 100	3,4	4 300	1,5
Insgesamt	80 213	100	52 234	100	27 979	100	728 300	100	444 900	100	283 400	100

*) einschl. Personal in Ausbildung. – *) Ergebnisse nach dem Mikrozensus (Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens). Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

Schaubild 3

Prozentuale Verteilung des vollbeschäftigten Personals der öffentlichen Verwaltung am 2. 10. 1968 und der abhängig Erwerbstätigen am 24. 4. 1968 in Hamburg auf die Altersgrößenklassen, getrennt nach dem Geschlecht



In der Personalstrukturstatistik sind die Altersgrößenklassen mit noch feineren Intervallen aufbereitet worden, als sie die Tabelle 2 darstellt, die der größeren Gliederung des Mikrozensus angepaßt werden mußte. Die detailliertere Auffächerung liegt der Tabelle 3 zugrunde, die zudem die kombinierten Merkmale „Dienstverhältnis“ und „Laufbahngruppe“ ausweist. Wer sich also für die Häufigkeit des Vorkommens ganz bestimmter Jahrgangsguppen im öffentlichen Dienst interessiert, der kann sich darüber anhand der Tabelle 3 informieren.

38 % der Richter, 53 % der Beamten, 41 % der Angestellten und 37 % der Arbeiter unter 40 Jahre alt

Wie sieht nun die Altersverteilung nach dem Dienstverhältnis aus? Rechnet man die unter 40 Jahre alten Bediensteten zur jüngeren, die 40 Jahre bis unter 56 Jahre alten zur im mittleren Alter befindlichen und die über 56 Jahre zählenden zur älteren Belegschaft, dann ergibt sich folgendes Bild:

Über die Hälfte der Beamten (53,2 %) gehörte zu den jüngeren Beamten; bei den Angestellten waren es nur 40,5 %, bei den Richtern 37,8 % und den Arbeitern sogar lediglich 36,9 %, die zur jüngeren Generation zählten.

Die mittleren Jahrgänge waren bei sämtlichen vier

Dienstverhältnissen in etwa gleich stark repräsentiert, während bei den älteren wieder Unterschiede auftraten, und zwar betrug ihr Anteil unter den Beamten 12,4 %, unter den Angestellten 20,1 %, den Arbeitern 26,9 % und unter den Richtern 27,2 %.

Zusammenfassend ist hierzu festzustellen, daß zumindest prima facie die Verhältnisse auf den Kopf gestellt zu sein scheinen, denn ausgerechnet die Beamtenschaft, an die wohl im Vergleich zu den anderen Dienstverhältnissen hinsichtlich Schul- und Hochschulausbildung zum großen Teil die höchsten Anforderungen gestellt werden, und die dadurch automatisch einen späteren Berufsbeginn hat, zeichnete sich durch den günstigsten Altersaufbau aus, die Arbeiter hingegen mit normalerweise einfacher Schulbildung durch den ungünstigsten. Die Angestellten nahmen eine Mittelstellung ein. An Gründen für diese Diskrepanzen lassen sich anführen, daß die Beamten frühzeitig als Anwärter in den öffentlichen Dienst eintreten, weil sie eine Stellung auf Lebenszeit suchen, daß andererseits die Eintrittsmöglichkeit als Lehrling in den öffentlichen Dienst weitgehend fehlt, und oft älteres Personal aus der Privatwirtschaft ins Angestellten- oder Arbeiterverhältnis vom Staat übernommen wird. Die Altersstruktur der Richter entspricht im großen und ganzen den Erwartungen. Da Richter durchweg eine Universitätsausbildung durchlaufen, können sie zwangsläufig auch erst entsprechend spät beim Staat als Referendar Anstellung nehmen.

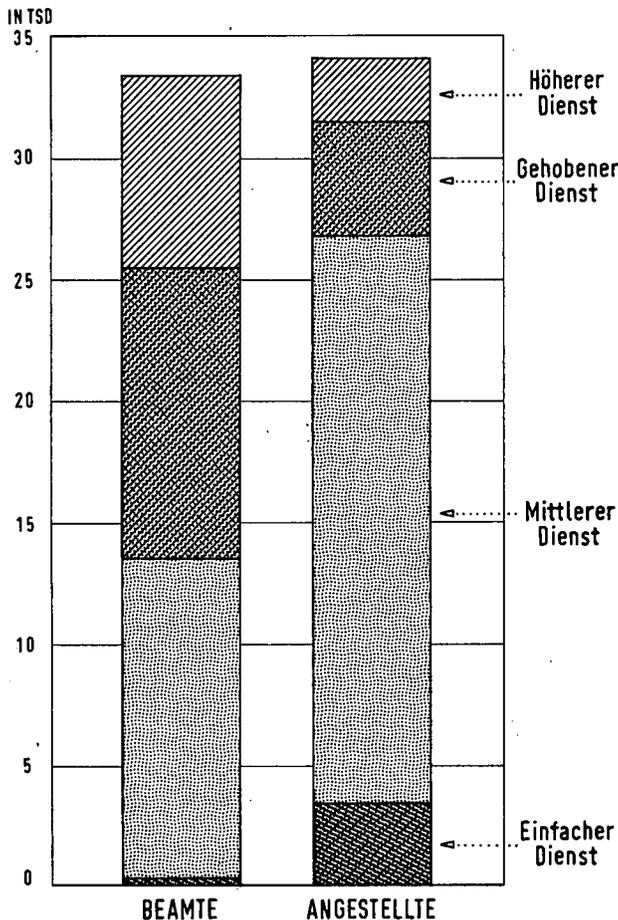
Ein weiterer Schritt in der Analyse der Altersstruktur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst besteht darin, innerhalb der Dienstkategorien die einzelnen Laufbahnen und ihre altersmäßige Zusammensetzung zu untersuchen. Unter dem Laufbahnprinzip, das zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG gehört, versteht man die Aufgliederung der Beamtenverhältnisse in die vier hierarchisch abgestuften Laufbahngruppen des höheren, gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes, für die die Bewerber durch eine bestimmte Vorbildung, durch einen besonderen Gang der Ausbildung und durch abschließende Prüfungen den Nachweis ihrer Befähigung erbringen müssen. Im Kapitel 3.4 wird einiges über die Bestimmungen, die das Hamburgische Beamtengesetz dazu erlassen hat, ausgeführt. Eine tarifrechtlich geregelte Einteilung der Angestellten nach Laufbahngruppen gibt es dagegen nicht; sie lassen sich jedoch ihrer Funktion gemäß weitgehend den Beamten vergleichbar einstufen, so daß bestimmte Vergütungsgruppen den Besoldungsgruppen einer Beamtenlaufbahn korrespondieren. Bei den Arbeitern existiert diese Klassifizierung überhaupt nicht. Die Richter schließlich gehören en bloc zur höheren Laufbahn.

Der einfache Dienst spielte in der Beamtenschaft Hamburgs keine Rolle

Zunächst nun ein paar Konstatierungen darüber, welche Gewichtigkeit die diversen Laufbahngruppen besitzen. Die Verteilung der vollbeschäftigten Bediensteten auf die Laufbahngruppen war bei den Beamten (ohne Richter) anders als bei den Angestellten. Mit nur 262 Beschäftigten spielte der einfache Dienst in der Beamtenschaft Hamburgs so gut wie keine

Schaubild 4

Vollbeschäftigte Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. 10. 1968 nach Laufbahngruppen



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

Rolle. Bei den Angestellten rechnete immerhin jeder zehnte dazu. Das Schwergewicht bei den Angestellten lag aber mit einem Anteil von 68,4% ganz ausgeprägt beim mittleren Dienst, während bei den Beamten mittlere (39,4%) und gehobene Laufbahnen (35,9%) zirka gleich stark vertreten waren. Auch die Quoten vom höheren Dienst differierten auffällig: 23,8% der Beamten gehörten dieser Laufbahn an, aber bloß 7,6% der Angestellten. Die unterschiedliche Besetzung der höheren und gehobenen Laufbahn bei Beamten und Angestellten ist hauptsächlich auf die Lehrer zurückzuführen, die ganz überwiegend Beamte des höheren oder gehobenen Dienstes waren.

Graduell günstigster Altersaufbau bei den Beamten im mittleren Dienst

Die relative Zusammensetzung der höheren Beamten nach dem Alter demonstriert, daß gut die Hälfte von ihnen weniger als 40 Jahre alt war, jeder fünfte zählte sogar nur 25 bis unter 30 Lebensjahre. Die vielen noch in der Ausbildung befindlichen Referendare trugen zu diesen verhältnismäßig hohen Anteilen bei. Die mittleren Jahrgänge kamen hingegen mit 30,8% nicht ganz so häufig vor wie in den drei übrigen Laufbahngruppen. Im Vergleich zur gesamten Beamtenschaft war der Anteil der älteren Beamten

im höheren Dienst (56 Jahre und älter) mit 17,0% überdurchschnittlich groß. Das Bild des gehobenen und mittleren Dienstes bei den Beamten ist nicht grundverschieden von dem des höheren. Bei beiden Laufbahngruppen waren lediglich die mittleren Jahrgänge etwas kräftiger und die betagteren schwächer repräsentiert. Im Falle des mittleren Dienstes betrug der Anteil der 56 Jahre alten und älteren Beamten nur knapp 9%. Zweifellos hatte der mittlere Dienst bei den Beamten den graduell günstigsten Altersaufbau. Im Gegensatz dazu ließ die Altersstruktur der einfachen Beamten zu wünschen übrig: Nur 17,6% gehörten hier zu den jüngeren Beamten, aber 53,2% zu denen im mittleren und 29,5% zu denen im fortgeschrittenen Lebensalter. Das liegt daran, daß die Funktionen der Beamten des einfachen Dienstes in zunehmendem Maße Angestellten der vergleichbaren Vergütungsgruppen übertragen werden und somit der Nachwuchs fehlt. Da, wie weiter oben bereits angemerkt, der einfache Beamtendienst eine Quantität négligeable darstellte, braucht diesen Erkenntnissen keine übermäßige Bedeutung beigegeben zu werden.

Vorteilhafte Altersstruktur bei den höheren Angestellten

Untersucht man den Altersaufbau der Angestellten getrennt nach den Laufbahngruppen, so drängt sich die Tatsache der außerordentlich vorteilhaften Altersstruktur bei den 2 598 höheren Angestellten in den Vordergrund. Mehr als zwei Drittel (68,2%) unter ihnen hatten ein Lebensalter von unter 40 Jahren. Fast ein Drittel war sogar jünger als 30 Jahre. Auf die zusammengefaßten Altersgrößenklassen von 40 Jahren bis unter 56 Jahren entfielen dann noch 21,6% der höheren Angestellten. Nur jeder zehnte war bereits 56 Jahre und älter. Im gehobenen und im mittleren Dienst herrschten die Jahrgänge zwischen 40 Jahren und 56 Jahren vor. Jeder vierte Angestellte der gehobenen Laufbahn und jeder fünfte der mittleren gehörte zu den älteren Angestellten. Die unter 30jährigen erreichten mit 15,8% ihre geringste Quote im gehobenen Dienst. Das läßt den Schluß zu, daß es dieser Laufbahn bei den Angestellten an ausreichendem Nachwuchs mangelt. Der Angestelltenbestand im einfachen Dienst verteilte sich mit 44,7% auf die unter 40 Jahre alten Bediensteten, mit 33,5% auf die 40 Jahre bis unter 56 Jahre alten und mit 21,8% auf die darüber liegenden Jahrgänge.

Höchstes Durchschnittsalter bei den Richtern, niedrigstes bei den Beamten

Aus der Vielzahl der Einzelerkenntnisse läßt sich mittels des Durchschnittsalters folgendes Resümee ziehen: Das höchste Durchschnittsalter hatten mit 46,3 Jahren die Richter. Ihnen folgten die Arbeiter mit einem durchschnittlichen Alter von 45,3 Jahren und die Angestellten mit einem solchen von 42,5 Jahren. Das niedrigste Alter hatten im Schnitt die Beamten mit 39,5 Jahren aufzuweisen. Differenziert nach Laufbahngruppen waren die Beamten des einfachen Dienstes mit 49,4 Jahren durchschnittlich am ältesten. Im höheren Dienst betrug das Durchschnittsalter der Beamten 41,0 Jahre, im gehobenen 40,1 Jahre. Im

Tabelle 3

Vollbeschäftigtes Personal¹⁾ der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach detaillierten Altersgrößenklassen, Dienstverhältnis und Laufbahngruppen

Altersgrößenklassen	Richter, Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammen	davon											Arbeiter				
		Richter	Beamte						Angestellte								
			zusammen	davon				zusammen	davon								
				höherer	gehobener	mittlerer	einfacher		höherer	gehobener	mittlerer	einfacher					
														Dienst			
														Dienst			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13					
1. Grundzahlen																	
unter 18 Jahre	1 063	—	205	—	—	205	—	809	—	24	576	209	49				
18 bis unter 20 Jahre	1 899	—	666	—	80	586	—	1 102	—	35	791	276	131				
20 bis unter 25 Jahre	5 867	—	2 549	186	781	1 582	—	2 875	55	185	2 306	329	443				
25 bis unter 30 Jahre	10 935	20	6 242	1 616	2 425	2 193	8	3 641	780	509	2 120	232	1 032				
30 bis unter 35 Jahre	9 279	116	4 849	1 436	1 615	1 782	16	2 932	656	405	1 649	222	1 382				
35 bis unter 40 Jahre	7 278	68	3 268	918	1 242	1 086	22	2 459	280	364	1 557	258	1 483				
40 bis unter 45 Jahre	9 008	59	4 050	943	1 692	1 380	35	3 481	213	539	2 446	283	1 418				
45 bis unter 50 Jahre	10 019	59	3 683	846	1 369	1 428	40	4 836	208	709	3 564	355	1 441				
50 bis unter 52 Jahre	2 416	13	781	196	277	295	13	1 253	41	199	889	124	369				
52 bis unter 54 Jahre	3 424	22	1 245	195	410	621	19	1 658	38	250	1 206	164	499				
54 bis unter 56 Jahre	4 596	36	1 674	268	530	844	32	2 191	61	366	1 546	218	695				
56 bis unter 58 Jahre	4 134	29	1 398	358	499	512	29	1 968	69	306	1 363	230	739				
58 bis unter 60 Jahre	3 836	28	1 250	367	459	401	23	1 769	70	282	1 256	161	789				
60 bis unter 62 Jahre	2 778	35	745	284	304	144	13	1 356	53	275	886	142	642				
62 bis unter 64 Jahre	2 220	12	491	216	190	78	7	1 122	45	205	732	140	595				
64 bis unter 65 Jahre	970	12	216	89	95	27	5	491	21	99	315	56	251				
65 und mehr Jahre	491	31	58	40	18	—	—	124	8	10	88	18	278				
Insgesamt	80 213	540	33 370	7 958	11 986	13 164	262	34 067	2 598	4 762	23 290	3 417	12 236				
2. Prozentzahlen der Spaltensummen																	
unter 18 Jahre	1,3	—	0,6	—	—	1,6	—	2,4	—	0,5	2,5	6,1	0,4				
18 bis unter 20 Jahre	2,4	—	2,0	—	0,7	4,5	—	3,2	—	0,7	3,4	8,1	1,1				
20 bis unter 25 Jahre	7,3	—	7,6	2,3	6,5	12,0	—	8,4	2,1	3,9	9,9	9,6	3,6				
25 bis unter 30 Jahre	13,6	3,7	18,7	20,3	20,2	16,7	3,1	10,7	30,0	10,7	9,1	6,8	8,4				
30 bis unter 35 Jahre	11,6	21,5	14,5	18,0	13,5	13,5	6,1	8,6	25,3	8,5	7,1	6,5	11,3				
35 bis unter 40 Jahre	9,1	12,6	9,8	11,5	10,4	8,2	8,4	7,2	10,8	7,6	6,7	7,6	12,1				
40 bis unter 45 Jahre	11,2	10,9	12,1	11,8	14,1	10,5	13,4	10,2	8,2	11,3	10,5	8,3	11,6				
45 bis unter 50 Jahre	12,5	10,9	11,0	10,6	11,4	10,8	15,3	14,2	8,0	14,9	15,3	10,4	11,8				
50 bis unter 52 Jahre	3,0	2,4	2,3	2,5	2,3	2,2	5,0	3,7	1,6	4,2	3,8	3,6	3,0				
52 bis unter 54 Jahre	4,3	4,1	3,7	2,5	3,4	4,7	7,3	4,9	1,5	5,2	5,2	4,8	4,1				
54 bis unter 56 Jahre	5,7	6,7	5,0	3,4	4,4	6,4	12,2	6,4	2,3	7,7	6,6	6,4	5,7				
56 bis unter 58 Jahre	5,2	5,4	4,2	4,5	4,2	3,9	11,1	5,8	2,7	6,4	5,9	6,7	6,0				
58 bis unter 60 Jahre	4,8	5,2	3,7	4,6	3,8	3,0	8,8	5,2	2,7	5,9	5,4	4,7	6,4				
60 bis unter 62 Jahre	3,5	6,5	2,2	3,6	2,5	1,1	5,0	4,0	2,0	5,8	3,8	4,2	5,2				
62 bis unter 64 Jahre	2,8	2,2	1,5	2,7	1,6	0,6	2,7	3,3	1,7	4,3	3,1	4,1	4,9				
64 bis unter 65 Jahre	1,2	2,2	0,6	1,1	0,8	0,2	1,9	1,4	0,8	2,1	1,4	1,6	2,1				
65 und mehr Jahre	0,6	5,7	0,2	0,5	0,2	—	—	0,4	0,3	0,2	0,4	0,5	2,3				

¹⁾ einschl. Personal in Ausbildung.

Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

mittleren Dienst sah es für die Beamten mit durchschnittlich 37,9 Lebensjahren am günstigsten aus. Bei den Angestellten waren die der gehobenen Laufbahn mit 45,6 Jahren im Schnitt am ältesten. Danach folgten der mittlere Dienst mit einem Durchschnittsalter von 42,6 Jahren, der einfache Dienst mit 41,0 Jahren und der höhere Dienst mit dem jüngsten Durchschnittsalter von 37,3 Jahren.

Auf die teilweise von der Altersstruktur des vollbeschäftigten Personals insgesamt divergierende Altersstruktur einzelner im öffentlichen Dienst Hamburgs vertretenen Berufsgruppen, wie beispielsweise der Lehrer, Hochschullehrer, der Polizeibediensteten oder der Maschinenbauingenieure, soll in diesem Rahmen nicht eingegangen werden. Es sei in diesem Zusammenhang nur darauf aufmerksam gemacht, daß nicht in allen, besonders von weiblichen Kräften besetzten Berufsgruppen ein eventuell niedriges Durchschnittsalter von vornherein immer als günstig zu werten ist, weil es dort gerade die jüngeren Jahrgänge sind, die zu starker Fluktuation neigen.

3.4 Stand der Vor- und Ausbildung insbesondere bei den Beamten und Angestellten

Die Art der Schul- und Hochschulbildung ist nicht nur generell Kennzeichen für die Berufsqualifizierung, sie stellt auch im öffentlichen Dienst die Vorbedingung für die Einstellung in die jeweils maßgebliche Laufbahn dar. So fordert das Hamburgische Beamten-gesetz für den Eintritt in den einfachen Dienst den erfolgreichen Besuch einer Volksschule oder einen entsprechenden Bildungsstand sowie einen Vorbereitungsdienst von sechs Monaten (§ 18 HmbBG), für die Einstellung als Beamter der mittleren Laufbahn ebenfalls den Volksschulabschluß bzw. einen vergleichbaren Bildungsstand, zusätzlich einen Vorbereitungsdienst von höchstens zwei Jahren und die Ablegung einer speziell auf den mittleren Dienst zugeschnittenen Prüfung. Die Laufbahnvorschriften können ferner eine vor dem Vorbereitungsdienst abzuleistende Verwaltungslehrezeit bis zu zwei Jahren vorschreiben (§ 19 HmbEG). Für die gehobene Laufbahn ist neben dem erfolgreichen Besuch einer Real-

Tabelle 4

**Vollbeschäftigte Beamte (einschl. Richter) der öffentlichen Verwaltung in Hamburg
am 2. Oktober 1968 nach ihrer Vor- und Ausbildung sowie nach Laufbahngruppen**

Vor- und Ausbildung	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Beamte (einschl. Richter) insgesamt		darunter weiblich	
	Dienst								Anzahl	%	Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Beamte (einschl. Richter) insgesamt	8 498	100	11 986	100	13 164	100	262	100	33 910	100	7 262	100
davon hatten:												
Abschluß einer allgemeinbildenden Schule												
Volksschule	76	0,9	1 060	8,8	8 918	67,7	253	96,6	10 307	30,4	268	3,7
Mittlere Reife	202	2,4	4 278	35,7	4 048	30,8	9	3,4	8 537	25,2	1 806	24,9
Abitur	8 220	96,7	6 648	55,5	198	1,5	—	—	15 066	44,4	5 188	71,4
Außerdem hatten:												
Abschluß einer berufsbildenden Schule												
Berufsschule	539	6,3	991	8,3	7 086	53,8	176	67,2	8 792	25,9	192	2,6
Berufsfachschule oder Fachschule ..	367	4,3	1 671	13,9	1 980	15,0	30	11,5	4 048	11,9	1 013	13,9
Ingenieurschule ..	236	2,8	914	7,6	49	0,4	—	—	1 199	3,5	101	1,4
Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule (Volks-, Realschul-, Sonderschullehrer usw.) ¹⁾	1 124	13,2	5 311	44,3	—	—	—	—	6 435	19,0	3 775	52,0
Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule (ausgenommen Volks-, Realschul-, Sonderschullehrer usw.)	7 580	89,2	72	0,6	4	0,0	—	—	7 656	22,6	1 616	22,3

¹⁾ einschl. der nicht an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Pädagogen.

schule (mittlere Reife) oder einem entsprechenden Bildungsstand ein dreijähriger Vorbereitungsdienst und die Ablegung einer Prüfung für den gehobenen Dienst vorgeschrieben. Die Laufbahnvorschriften können auch ein vor dem Vorbereitungsdienst abzuleistendes Verwaltungspraktikum bis zu zwei Jahren vorschreiben (§ 20 HmbBG). Mindestanforderungen für die höhere Beamtenlaufbahn sind ein an einer Universität, einer technischen Hochschule oder einer anderen gleichstehenden Hochschule absolviertes Studium, die Ablegung der ersten Staatsprüfung, oder, soweit üblich, einer Universitäts- oder Hochschulprüfung, ein Vorbereitungsdienst von zweieinhalb Jahren Dauer sowie die Ableistung eines zweiten Staatsexamens (§ 21 HmbBG). Das Tarifrecht stellt – von einer Reihe von Ausnahmen abgesehen – keine solchen präzisen Anforderungen an die Vorbildung zwecks Eingruppierung der Angestellten, wie überhaupt eine Abgrenzung nach Laufbahngruppen darin völlig fehlt. Für Vergleiche mit den Beamten lassen sich jedoch die Vergütungskategorien der Angestellten passend zu den Laufbahngruppen systematisieren.

Fast jeder zweite Beamte mit Abitur

Von den am 2. 10. 1968 in Hamburg erfaßten 33 910 Beamten und Richtern meldeten 44,4 % als abgeschlossene Schulbildung das Abitur sowie 30,4 %

die Volksschule; jeder vierte hatte die mittlere Reife erlangt. Bei den Erhebungsangaben über die Schulbildung an allgemeinbildenden Schulen galten als „Mittlere Reife“ das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch von sechs Klassen einer höheren Schule, ferner das Abschlußzeugnis einer Mittel-(Real-)Schule einschließlich der sonstigen gleichwertigen Schulabschlüsse; als Abitur galt auch der Abschluß einer Wirtschafts- oder Frauenoberschule und anderweitige Schulabschlüsse mit Hochschulberechtigung. Die Qualifikation der 7 262 weiblichen Beamten war noch wesentlich stärker von der Reifeprüfung geprägt: 71,4 % von ihnen hatten dieses Schulziel erreicht. Nur 3,7 % der Beamtinnen hatten Volksschulabschluß, während 24,9 % bei der mittleren Reife stehengeblieben sind. Der auffallend hohe Prozentsatz von Abiturientinnen hängt mit der Verbreitung des Lehrerinnenberufs bei diesen Bediensteten zusammen.

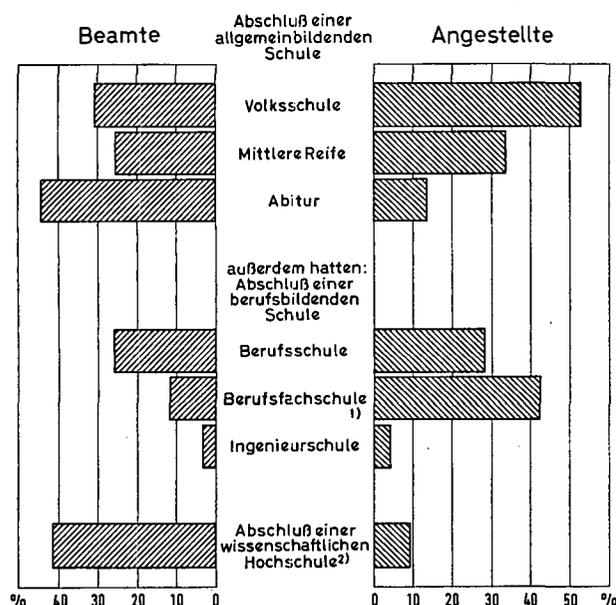
42 % der Beamten hatten abgeschlossene Universitätsausbildung

41,6 % aller Beamten hatten neben der allgemeinen Schulbildung eine Universitätsausbildung aufzuweisen. Zu dieser erstaunlichen Quote ist zu sagen, daß in ihr auch die Volks- und Realschullehrer enthalten sind, deren Vor- und Ausbildung sich nach den §§ 24 sowie 34 und 35 HmbLLVO regelte. Der Werdegang

dieser Lehrer war typischerweise folgender: Studium an der Universität Hamburg von mindestens sechs vorgeschriebenen Semestern unter Einschluß der praktisch-pädagogischen Ausbildung für den Beruf, Bestehen der Ersten Lehrerprüfung, unmittelbare Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe als „Lehrer zur Anstellung“ mit Bezügen nach der Besoldungsgruppe A 12, Ablegung der Zweiten Lehrerprüfung innerhalb der Probezeit, Anstellung als „Lehrer“ der Besoldungsgruppe A 12 nach erfolgreicher Ableistung der Probezeit. Das vorbezeichnete Universitätsstudium mit der Ersten Lehrerprüfung war Anlaß für die Lehrkräfte an Volks- und Realschulen sich mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung in die Fragebogen einzutragen. Ohne die Grund- und Realschullehrer betrug der Anteil der wissenschaftlich qualifizierten Beamten, zu denen die Studienräte mitzählten, 22,6%. Unter den Beamten weiblichen Geschlechts befanden sich 52,0%, also etwas über die Hälfte, die u. a. als Volks- und Realschullehrerinnen einen hochschulmäßigen Bildungsgang durchlaufen haben.

Schaubild 5

Vollbeschäftigte Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. 10. 1968 in prozentualer Verteilung auf ihre Vor- und Ausbildung



¹⁾ einschl. Fachschule

²⁾ einschl. der Volks-, Real- und Sonderschullehrer sowie der nicht an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Pädagogen

Statistisches Landesamt Hamburg (4)

42% der Beamten mit zusätzlicher Berufsschul-ausbildung

Praktisch genau so viele Beamte wie mit zusätzlicher wissenschaftlicher Ausbildung gab es mit dem zusätzlichen Abschluß einer berufsbildenden Schule, nämlich 41,3%. Zur besseren Unterscheidung der zu den berufsbildenden Schulen gehörenden Schularten seien hier die Definitionen der Personalstrukturerhebung wiedergegeben: Berufsschulen sind berufs begleitende Teilzeitschulen mit wöchentlich eintägigem, höchstens zweitägigem Unterricht, die pflichtmäßig von allen Jugendlichen nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht oder nach dem Abgang aus höheren

Schuljahrgängen der Realschulen (Mittelschulen) oder Gymnasien (höheren Schulen) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bzw. bis zur Beendigung der Lehre besucht werden. Dazu rechnen gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche, gartenbauliche, landwirtschaftliche Berufsschulen u.a.m. Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit minimal einjähriger Ausbildungszeit. Sie werden nach erfüllter Vollzeitschulpflicht an einer allgemeinbildenden Schule fakultativ an Stelle der Berufsschule besucht und dienen der Vorbereitung auf einen Beruf oder der kompletten Berufsausbildung und ersetzen damit ganz oder teilweise die betriebliche Lehre. Beispiele für Berufsfachschulen sind Handelsschulen, Wirtschafts-oberschulen, Haushaltungsschulen, Kinderpflegerin-nenschulen und Musikschulen. Unter Fachschulen endlich versteht man Vollzeitschulen mit einer ein bis sechs Semester bzw. mindestens 600 Unterrichtsstunden umfassenden Ausbildungsdauer. Zur Abgrenzung von den Berufsfachschulen setzen sie eine Berufsausbildung und Berufserfahrung oder auch nur eine praktische Arbeitserfahrung nach einer abgeschlossenen Schulbildung – sehr oft auch den Abschluß der Realschule (Mittelschule) – voraus. Sie werden im allgemeinen von nicht mehr berufsschulpflichtigen Jugendlichen im Alter von wenigstens 18 Jahren freiwillig besucht. Zu den Fachschulen gehören u. a. höhere Landbauschulen, Forstschulen, Wirtschaftsfachschulen, Schulen für Krankenpflege, Dolmetscherschulen, Kunstschulen. Verwaltungsschulen und andere interie Ausbildungseinrichtungen der öffentlichen Hand wurden nicht erfragt, da sie sich von anderen Schularten dadurch unterscheiden, daß sie nicht der Schulaufsicht unterstehen, nicht für jedermann zugänglich sind, und daß ihr Lehrkörper nicht unbedingt aus Personen bestehen muß, welche die Prüfung für das Lehramt besitzen. Die Zahlenverhältnisse der Beamten auf dem Sektor der berufsbildenden Schulen sahen nun so aus: 25,9% hatten eine Berufsschule, 11,9% eine Berufsfachschule oder Fachschule und 3,5% eine Ingenieurschule absolviert. Die Beamtinnen unter ihnen hatten ihre weiterführende Berufsausbildung dagegen zur Hauptsache auf den Berufsfachschulen und Fachschulen bekommen. Erste Ansätze auch an dem technischen Männerberuf „Ingenieur“ teilzuhaben, sind darin zu sehen, daß immerhin rd. 100 weibliche Beamte eine Ingenieurschule besucht hatten.

Strukturelle Unterschiede im Vor- und Ausbildungsstand der Beamten je nach Laufbahngruppe

Der Vor- und Ausbildungsstand der Beamten bezogen auf ihre vier Laufbahngruppen ist nicht gleichstrukturiert mit demjenigen der Gesamtmasse der Beamten, weil, wie schon erwähnt, das Beamtenrecht voneinander abweichende Anforderungen an die Aspiranten für den öffentlichen Dienst hinsichtlich ihrer schulischen Qualifizierung stellt, und zwar je nachdem welche Laufbahn vom einzelnen ergriffen wird. Von diesem Prinzip existieren jedoch Ausnahmen bei den sogenannten Aufstiegsbeamten (Kapitel 3.5). Das hat beispielsweise zur Folge, daß im gehobenen Dienst nicht alle Beamten im Besitz der mittleren Reife oder des Abiturs, im höheren Dienst nicht alle im Besitz des Abiturzeugnisses sind. Beim Betrachten der Tabelle 4 fällt noch auf, daß die Anzahl der

Beamten des höheren Dienstes mit abgeschlossener Hochschulbildung zusammengekommen gegenüber der der Oberbeamten insgesamt etwas überhöht ist. Das liegt an einer Reihe von Doppelangaben, die an Stelle der Zählung von realen Einheiten zu einer Fallzählung geführt haben. Im Erhebungsbogen wurde nämlich die Frage nicht nach einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung bei Volks-, Real- und Sonderschullehrern, sondern nach der pädagogischen Ausbildung dieser Lehrer gestellt. In den Fällen, in denen nun ein Bediensteter sowohl eine pädagogische als auch eine wissenschaftliche Hochschulbildung sein eigen nannte, hat er denn auch beide Fragen positiv beantwortet. Im Zuge der Auswertung der hamburgischen Ergebnisse wurden jedoch die pädagogisch ausgebildeten Lehrkräfte wegen ihres Universitätsstudiums – das im Bundesgebiet einen Sonderfall darstellt – als wissenschaftlich ausgebildet, in einer Gruppe für sich nachgewiesen. Durch diese methodische Besonderheit wird aber das Strukturbild nicht substantiell beeinträchtigt.

Mehr als die Hälfte der Angestellten hatte Volksschulabschluß – nur jeder zehnte eine wissenschaftliche Ausbildung

Die statistische Verteilung der Angestellten nach ihrer Vor- und Ausbildung zeigt erheblich andere Konturen als die der Beamten. Im Rahmen der allge-

meinen Schulbildung steht hier nicht das Abitur im Vordergrund, sondern der Volksschulabschluß, den rd. 53 % der 34 067 vollbeschäftigten Angestellten hatten. Im Besitze eines Reifezeugnisses befanden sich nicht mehr als 13,4 %. Jeder dritte Angestellte gehörte der Gruppe mit mittlerer Reife an. Bei den weiblichen Angestellten waren die Volksschulabgänger sowie die Abgänger mit mittlerer Reife etwa gleich stark vertreten, während bloß jede zehnte Angestellte das Abitur nachweisen konnte. Den Abschluß einer berufsbildenden Lehranstalt hatten am Stichtag der Erhebung außerdem insgesamt 25 435 Angestellte (74,7 %), wovon 14 452 Fälle (42,4 %) auf die Berufsfach- oder Fachschule, 9 603 Fälle (28,2 %) auf die – meist eine dem öffentlichen Dienst vorangegangene Lehre begleitende – Berufsschule und 1 380 Fälle (4,1 %) auf die Ingenieurschule entfielen. Lag bei den Beamten in der Berufsausbildung das Schwergewicht auf der Berufsschule, so bei den Angestellten auf der Berufsfach- oder Fachschule. Eine quantitativ untergeordnete Rolle spielten die wissenschaftlich ausgebildeten Angestellten. Einschließlich der Volks-, Realschul- und Sonderschullehrer im Angestelltenverhältnis belief sich ihre Quote auf knapp 10 %. Etwas über ein Drittel der wissenschaftlichen Angestellten war weiblichen Geschlechts. Wie bei der Beamtenschaft so treten auch bei den Angestellten Unterschiede im Vor- und Ausbildungsstand von Laufbahn- zu Laufbahngruppe auf, dergestalt, daß im einfachen und mittleren Dienst der Volksschulabschluß, im gehobenen Dienst die mittlere Reife und

Tabelle 5

Vollbeschäftigte Angestellte der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach ihrer Vor- und Ausbildung sowie nach Laufbahngruppen

Vor- und Ausbildung	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Angestellte insgesamt		darunter weiblich	
	Dienst											
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Angestellte insges.	2 598	100	4 762	100	23 290	100	3 417	100	34 067	100	18 268	100
davon hatten:												
Abschluß einer allgemeinbildenden Schule												
Volksschule	21	0,8	1 294	27,2	13 798	59,2	2 898	84,8	18 011	52,9	8 521	46,6
Mittlere Reife	70	2,7	2 347	49,3	8 606	37,0	465	13,6	11 488	33,7	7 916	43,3
Abitur	2 507	96,5	1 121	23,5	886	3,8	54	1,6	4 568	13,4	1 831	10,0
Außerdem hatten:												
Abschluß einer berufsbildenden Schule												
Berufsschule	57	2,2	715	15,0	7 124	30,6	1 707	50,0	9 603	28,2	3 467	19,0
Berufsfachschule oder Fachschule ..	101	3,9	2 024	42,5	11 695	50,2	632	18,5	14 452	42,4	10 201	55,8
Ingenieurschule ..	73	2,8	1 095	23,0	207	0,9	5	0,1	1 380	4,1	128	0,7
Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule (Volks-, Realschul-, Sonderschullehrer usw.)	50	1,9	497	10,4	82	0,4	—	—	629	1,9	492	2,7
Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule (ausgenommen Volks-, Realschul-, Sonderschullehrer usw.)	2 429	93,5	86	1,8	78	0,3	6	0,2	2 599	7,6	654	3,6

¹⁾ einschl. der nicht an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Pädagogen. Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

im höheren Dienst das Abitur am häufigsten vorkommt. Dabei ist die gewichtigste Abweichung gegenüber den Beamten in, der gehobenen Laufbahn zu konstatieren, bei denen nicht die mittlere Reife, sondern das Abitur überwog. Weitere Einzelheiten können der Tabelle 5 entnommen werden.

Arbeiter durchweg Volksschulabgänger — mehr als zwei Drittel jedoch mit zusätzlichem Abschluß einer berufsbildenden Schule

Die Analyse des Vor- und Ausbildungsstandes der Arbeiterschaft in der öffentlichen Verwaltung Hamburgs offenbart im Gegensatz zu Beamten und Angestellten das beinahe totale Fehlen einer Differenzierung. So gut wie sämtliche vollbeschäftigten Arbeiter waren nämlich Volksschulabgänger. Außerdem gaben 69,0% der Arbeiter den Abschluß einer berufsbildenden Lehranstalt an, und zwar darunter 60,0% den einer Berufsschule und 8,9% den einer Berufsfach- oder Fachschule. Wissenschaftlich qualifizierte Arbeiter wurden eo ipso nicht registriert.

Tabelle 6

Vollbeschäftigte Arbeiter der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach ihrer Vor- und Ausbildung

Vor- und Ausbildung	Anzahl		%	
	1	2	1	2
Arbeiter insgesamt	12 236		100	
davon hatten:				
Abschluß einer allgemeinbildenden Schule				
Volksschule	12 043		98,4	
Mittlere Reife	182		1,5	
Abitur	11		0,1	
Außerdem hatten:				
Abschluß einer berufsbildenden Schule				
Berufsschule	7 342		60,0	
Berufsfachschule oder Fachschule	1 094		8,9	
Ingenieurschule	7		0,1	
Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule	—		—	

Tabelle 7

Vollbeschäftigte Beamte ¹⁾ der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Arten und Laufbahngruppen

Arten	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Beamte insgesamt		darunter weiblich	
	Dienst											
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Laufbahnbeamte ..	5 571	70,0	4 925	41,1	11 153	84,7	262	100	21 911	65,7	2 927	40,5
Aufstiegsbeamte einer Einheitslaufbahn ..	80	1,0	570	4,8	319	2,4	—	—	969	2,9	15	0,2
Sonstige Aufstiegsbeamte ..	107	1,3	437	3,6	56	0,4	—	—	600	1,8	21	0,3
Beamte besonderer Fachrichtung	2 114	26,6	5 987	49,9	1 620	12,3	—	—	9 721	29,1	4 260	58,9
Andere Bewerber ..	86	1,1	67	0,6	16	0,1	—	—	169	0,5	9	0,1
Insgesamt	7 958	100	11 986	100	13 164	100	262	100	33 370	100	7 232	100

¹⁾ ohne Richter.

Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

3.5 Unterschiedliche Arten von Beamten

Neue, ebenfalls der Fortentwicklung des Laufbahnrechts dienende Aufschlüsse vermittelt die in der Personalstrukturhebung durchgeführte Unterteilung nach den für den Beamtenberuf erfüllten dienstrechtlichen Voraussetzungen. Dabei wurden fünf Beamtenkategorien unterschieden: allgemeine Laufbahnbeamte, Aufstiegsbeamte einer Einheitslaufbahn, sonstige Aufstiegsbeamte, Beamte besonderer Fachrichtung und „andere Bewerber“. Was versteht man unter diesen Bezeichnungen?

Als Laufbahnbeamter gilt, wer die vorgeschriebene oder übliche Vorbildung besitzt, den vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst ableistet und die vorgeschriebene oder übliche Laufbahnprüfung ablegt.

Zum Begriff „Aufstiegsbeamter“ wäre folgendes zu sagen: Das Laufbahnprinzip geht ja grundsätzlich davon aus, daß der Laufbahnbewerber für eine bestimmte Laufbahn des einfachen, mittleren, gehobenen oder höheren Dienstes angenommen wird und auch in dieser Laufbahn verbleibt. Eine wichtige Konkretisierung des Leistungsprinzips, von dem das Laufbahnwesen beherrscht wird, ist es jedoch, daß besonders befähigten, leistungstüchtigen Beamten über die übliche Anerkennung ihrer dienstlichen Leistungen (durch Beförderung) hinaus Gelegenheit zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn gegeben werden soll. Die spezielle Gruppe der Aufstiegsbeamten einer Einheitslaufbahn bezieht sich nur auf die Aufstiegsbeamten bei den Polizeivollzugsbediensteten vom Polizeikommissar oder Kriminalkommissar an aufwärts sowie die Beamten des allgemeinen Feuerwehrdienstes vom Brandinspektor bis zum Brandoberamtmann. In der Einheitslaufbahn bei Polizei und Feuerwehr steht einem Bewerber grundsätzlich der Zugang zu sämtlichen Ämtern offen, die sonst üblicherweise den vier Laufbahngruppen zugeordnet sind. Der Aufstieg in einen höheren Abschnitt der Einheitslaufbahn kann aber erst nach weiterer Ausbildung und Prüfung erfolgen.

Die Beamten besonderer Fachrichtung sind Beamte des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes von

denen ein Vorbereitungsdienst mit Laufbahnprüfung nicht gefordert wird. Sie wurden durch definitio per enumerationem simplicem abgegrenzt. Danach sind Beamte besonderer Fachrichtung im mittleren Dienst beispielsweise Betriebsassistenten, Feuerwehrmänner, Maschinenmeister, Schleusenmeister, Sielmeister; im gehobenen Dienst Betriebsinspektoren, Gewerbeinspektoren, Hafenlotsen, Lehrkräfte usw.; im höheren Dienst Assistenzärzte, Dozenten an Ingenieurschulen, Medizinalräte, Studienräte im berufsbildenden Schulwesen, soweit diese keinen Vorbereitungsdienst abgeleistet und keine Laufbahnprüfung abgelegt haben, Wissenschaftliche Räte u.a.m.

Hauptmerkmal für die „anderen Bewerber“ ist, daß ihre Befähigung für den öffentlichen Dienst durch die sogenannte unabhängige Stelle festgestellt sein muß (§§ 6 Abs. 2, 24 und 25 HmbBG, §§ 40 bis 43 HmbLVO). Andere Bewerber haben ihre Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung meist außerhalb des Staatsdienstes erworben. Der Begriff „anderer Bewerber“ ist in Hamburg erst durch das Hamburgische Beamtengesetz vom 13. März 1961 eingeführt worden. Der Auskunftspflichtige hatte nur eine der fünf in Frage kommenden Beamtenkategorien anzugeben. Trafen zufällig zwei zu, so war von ihm die speziellere bzw. chronologisch zuletzt erworbene Qualität einzutragen.

Nur knapp 5% aller Beamten waren Aufstiegsbeamte und nur 0,5% andere Bewerber

Innerhalb der vorgenannten beamtenrechtlichen Unterscheidungen bildeten die Laufbahnbeamten mit 21 911 der 33 370 Beamten – also rd. zwei Drittel – den größten Block. Die Gruppe der Aufstiegsbeamten umfaßte mit 1 569 Kräften nur 4,7 % aller beamteten Landesbediensteten. Darunter machte der Anteil der Aufstiegsbeamten im engeren Sinn weniger als 2 % aus. Zahlenmäßig relevanter waren dagegen wieder die Beamten besonderer Fachrichtung; ihre Quote belief sich auf 29,1 %. Wenn man weiß, daß die Grund- und Realschullehrer zu den Beamten besonderer Fachrichtung rechnen und welch buntes Berufsgemisch diese Beamtenkategorie ansonsten darstellt, dann wird man sich über den Prozentsatz nicht verwundern. Andere Bewerber kamen nur in der Größenordnung eines Erinnerungspostens vor. Bei der Teilmasse „weibliche Beamte“ bestand die Mehrzahl (58,9 %) aus Kräften spezieller Fachrichtung.

Erst an zweiter Stelle folgten die allgemeinen Laufbahnbeamtinnen. Nur ganz wenige weibliche Beamte sind in die nächsthöhere Laufbahn bzw. in den nächsthöheren Abschnitt einer Einheitslaufbahn aufgestiegen. Betrug der Anteil der Aufstiegsbeamten an den Beamten insgesamt 4,7 %, so derjenige an den weiblichen Beamten lediglich 0,5 %. Eine gewisse Variabilität gegenüber der Gesamtstruktur zeigt die relative Zusammensetzung der Laufbahngruppen nach den fünf Beamtenarten. Im einfachen Dienst, so lauten die Ergebnisse in Tabelle 7, wurden ausschließlich Laufbahnbeamte eruiert. Das war eigentlich auch nicht anders zu erwarten, da Aufstiegsbeamte ex definitione im einfachen Dienst nicht vorkommen und Beamte besonderer Fachrichtung ebenfalls ex definitione erst ab mittlerem Dienst auftreten konnten. Auch andere Bewerber kann es im einfachen Dienst nicht geben, da der Eintritt in diese Laufbahn direkt, d. h. ohne Zwischenschaltung der sog. unabhängigen Stelle erfolgt. In den drei übrigen Laufbahnen haben ebenso wie bei der Gesamtheit der Beamten nur die Kategorien „Laufbahnbeamte“ und „Beamte besonderer Fachrichtung“ quantitatives Gewicht, freilich mit jeweils unterschiedlicher Ausprägung. Eine gewisse Ausnahme macht allerdings der gehobene Dienst insofern, als er neben den beiden bedeutendsten Gruppen der Laufbahnbeamten und der Beamten besonderer Fachrichtung mit 8,4 % einen überdurchschnittlich hohen Anteil Aufstiegsbeamte aufzuweisen hatte. Rund die Hälfte der insgesamt 169 anderen Bewerber wurden im höheren Dienst registriert. Nicht dazu zählten die Akademiker, die über den sog. Vorstellungstermin in das Beamtenverhältnis berufen worden sind. Bei diesen handelte es sich vielmehr um Laufbahnbewerber. Ihr Vorstellungstermin hat nichts mit der unabhängigen Stelle zu tun.

3.6 Anstellungsverhältnis der Angestellten

Den Normaltypus repräsentiert der Angestellte mit Angestelltenvergütung. In der hamburgischen Verwaltung gibt es aber eine kleine Gruppe vollbeschäftigter Angestellter mit Sonderdienstvertrag, die sich von der Masse der Angestellten nur dadurch unterscheiden, daß sie Vergütung in Höhe der vergleichbaren Beamten beziehen. Ihre Versorgung hingegen ist wie die der sonstigen Angestellten geregelt. Sie sind also nicht mit den Dienstordnungs-Angestellten (DO-Angestellten) der Sozialversicherungsträger zu verwechseln.

Tabelle 8

Vollbeschäftigte Angestellte der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Anstellungsverhältnis und Laufbahngruppen

Anstellungsverhältnis	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Angestellte insgesamt		darunter weiblich	
	Dienst											
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Angestellte mit Angestelltenvergütung	2 189	84,3	4 239	89,0	23 289	100	3 417	100	33 134	97,3	17 761	97,2
davon kündbar ...	1 826	70,3	2 142	45,0	16 335	70,1	2 708	79,3	23 011	67,5	14 405	78,9
unkündbar..	363	14,0	2 097	44,0	6 954	29,9	709	20,7	10 123	29,7	3 356	18,4
Angestellte mit Beamtenbesoldung	409	15,7	524	11,0	—	—	—	—	933	2,7	507	2,8
Insgesamt	2 598	100	4 763	100	23 289	100	3 417	100	34 067	100	18 268	100

Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

seln, die gemäß RVO sozialversicherungs- und krankenversicherungsfrei bleiben.

Rund 1000 Angestellte wurden wie Beamte bezahlt

Bei den Angestellten mit Beamtenbesoldung handelte es sich in erster Linie um Lehrer, die aus bestimmten Gründen nicht verbeamtet werden konnten, auf Wunsch aber die Bezüge vergleichbar eingesetzter Beamten erhielten. Von den 34 067 vollbeschäftigten Angestellten hatten am 2. Oktober 1968 933 oder 2,7 % diesen Sonderstatus. Über die Hälfte davon war weiblichen Geschlechts. Ihr Vorkommen blieb auf die beiden Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes beschränkt.

30% der Angestellten unkündbar

Eine für die Angestelltenschaft wichtige Unterscheidung ist die in kündbares und unkündbares Arbeitsverhältnis; sie wurde in der Personalstrukturhebung bei den Angestellten mit Angestelltenvergütung, nicht aber bei denen mit Beamtenbesoldung getroffen. Kündbare Angestellte sind solche, die nach § 53 Abs. 1 und 2 des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) einer ordentlichen Kündigung oder nach § 54 BAT einer außerordentlichen Kündigung unterliegen. Angestellte werden laut § 53 Abs. 3 BAT nach einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren, frühestens jedoch nach Vollendung des vierzigsten Lebensjahres, unkündbar. Die Unkündbarkeit ist jedoch eine relative, denn § 55 Abs. 1 BAT bestimmt, daß dem unkündbaren Angestellten aus in seiner Person oder in seinem Verhalten liegenden wichtigen Gründen fristlos gekündigt werden kann. Die Befragung hat erbracht, daß von den 34 067 vollbeschäftigten Angestellten am Stichtag 67,5 % kündbar und 29,7 % unkündbar gewesen sind. Die entsprechenden Quoten der weiblichen Angestellten lauteten 78,9 % und 18,4 %. Prozentual die meisten unkündbaren Arbeitsverhältnisse entfielen auf die Angestellten des gehobenen Dienstes (44,0 %), die wenigsten auf die höheren Angestellten (14,0 %).

3.7 Berufsgliederung des höheren Dienstes

In Verbindung mit der periodischen Personalstandstatistik 1962 wurde für die Zwecke einer Gutachterkommission zur Überprüfung der juristischen Ausbildung im Bundesgebiet eine Art Juristenenquete innerhalb des öffentlichen Dienstes durchgeführt. Als die Ergebnisse für diese namhafte Einzelgruppe vorlagen, erkannte man umso mehr die Notwendigkeit, auch die quantitative Zusammensetzung des höheren Dienstes nach allen anderen Berufsgruppen in den Griff zu bekommen. Denn die Nachwuchsprobleme im höheren Dienst konzentrierten sich nicht allein auf die Juristen; sie betrafen die gesamte Laufbahngruppe. Die Personalstrukturstatistik hat es deshalb unternommen, die vollbeschäftigten Richter, Beamten und Angestellten überdies nach der Art ihres Hochschulabschlusses zu befragen.

Juristen im höheren Staatsdienst eine herausragende Berufsgruppe unter vielen anderen

Wenn man vom höheren Staatsdienst spricht, dann ergibt sich beinahe unwillkürlich die Assoziation mit dem Begriff „Juristenmonopol“. So sehr ist noch die Ansicht verbreitet, der Jurist sei die vorherrschende Figur der höheren Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung. Wie verhält es sich nun wirklich damit?

Tabelle 9

Vollbeschäftigtes Personal des höheren Dienstes in der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Berufsgruppen

Berufsgruppen	Personal insgesamt		darunter weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
Juristen mit 2. Staatsprüfung	1 101	9,9	61	2,6
Dipl.-Volkswirte	179	1,6	19	0,8
Dipl.-Kaufleute, Dipl.-Betriebswirte	93	0,8	6	0,3
Ärzte ¹⁾	1 475	13,3	317	13,4
Tierärzte	78	0,7	2	0,1
Zahnärzte	74	0,7	21	0,9
Apotheker	46	0,4	17	0,7
Dipl.-Ingenieure	658	5,9	8	0,3
davon Bauwesen	412	3,7	7	0,3
Vermessungswesen	29	0,3	—	—
Elektrizitätswesen	54	0,5	—	—
Sonstige Fachrichtung ..	163	1,5	1	0,0
Dipl.-Landwirte	13	0,1	—	—
Dipl.-Forstwirte	3	0,0	—	—
Dipl.-Mathematiker....	37	0,3	1	0,0
Dipl.-Physiker	87	0,8	2	0,1
Dipl.-Chemiker	106	1,0	4	0,2
Sonstige wissenschaftl. Ausbildung ²⁾	6 059	54,6	1 687	71,5
Übriger höherer Dienst	1 087	9,8	215	9,1
Insgesamt	11 096	100	2 360	100

¹⁾ mit Approbation. — ²⁾ einschl. Ärzte ohne Approbation und Referendare.

Abweichungen in den Prozentsummen beruhen auf Runden der prozentualen Einzelwerte.

Ein erster Blick auf die Tabelle 9 vermittelt den Eindruck von den Juristen als einer Berufsgruppe unter vielen. Bezogen auf das Total des vollbeschäftigten Personals im höheren Dienst betrug der Anteil der Juristen mit 2. Staatsprüfung 9,9 %, das bedeutet, daß jeder zehnte Bedienstete der höheren Laufbahn fertig ausgebildeter Jurist war. Diese Quote erhöht sich auf praktisch 13 %, wenn sie nur von den Richtern und höheren Beamten ausgeht. So gesehen läßt sich für den Bereich der hamburgischen Verwaltung die Behauptung vom Juristenmonopol nicht aufrechterhalten. Beschränkt man die Aussage vom Juristenmonopol auf den Teil des höheren Dienstes, der die allgemeinen, nichttechnischen Aufgaben wahrnimmt, dann zeigt sich, daß die Bediensteten zwar noch weitgehend am richterlichen Leitbild orientiert sind, daß daneben aber auch schon die wirtschaftswissenschaftlich ausgebildeten Kräfte (Dipl.-Volkswirte, Dipl.-Kaufleute, Dipl.-Betriebswirte) in nicht unbedeutender Anzahl auftreten. Von einem Monopol im strengen Sinne des Wortes kann demzufolge nicht mehr die Rede sein.

Gymnasial- und Berufsschullehrer am häufigsten vorkommende Berufsgruppe des höheren Dienstes, gefolgt von Ärzten und Juristen

Läßt man zunächst die Sammelpositionen „Sonstige wissenschaftliche Ausbildung“ unberücksichtigt, dann waren die approbierten Ärzte mit 13,3% die stärkste Berufsgruppe innerhalb des höheren Dienstes, während die Juristen erst an zweiter Stelle rangierten. Der Häufigkeit nach an dritter Stelle folgte mit einem Anteil von insgesamt 5,9% der Block der Diplom-Ingenieure, die besonders im Bauwesen vorkamen. Auf dem vierten Platz dieser Rangskala waren mit einer Quote von 2,4% die Ökonomen wiederzufinden. Die mehr als die Hälfte des Personals im höheren Dienst umfassende Sammelgruppe „Sonstige wissenschaftliche Ausbildung“ beinhaltet u. a. die Gymnasial- und Berufsschullehrer, welche für sich genommen die – noch vor den Ärzten – größte Einzelgruppe der höheren Laufbahn überhaupt darstellen, das wissenschaftliche Hochschulpersonal, die Medizinalassistenten, Referendare und anderen Bediensteten in Ausbildung für den höheren Dienst; rd. 40% der unter „Sonstige wissenschaftliche Ausbildung“ nachgewiesenen Bediensteten gehörten zum Nachwuchs. Um jeglichen Irrtum auszuschließen, sei darauf hingewiesen, daß die Volks- und Realschullehrer in dieser Sammelposition nicht enthalten sind; sie besitzen zwar eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung, rechnen jedoch aufgrund ihrer bezahlungsmäßigen Einstufung nicht zum höheren Dienst. In der Position „Übriger höherer Dienst“ der Tabelle 9 sind alle Bedienstete zusammengefaßt, die einerseits der höheren Laufbahn angehören, andererseits aber keine Akademiker sind. Dabei handelt es sich z. B. um Aufstiegsbeamte.

Die Besetzung der Berufsgruppen beim weiblichen Personal des höheren Dienstes offenbart in einigen Punkten Abweichungen von der Berufsstruktur im gesamten höheren Dienst. Von den 2360 weiblichen Personen dieser Laufbahn waren bloß 2,6% Juristinnen mit 2. Staatsprüfung und sogar nur 0,3% Diplom-Ingenieurinnen. Dafür traten die unter „Sonstige wissenschaftliche Ausbildung“ zusammengeschlossenen Kräfte noch relativ erheblich stärker hervor.

3.8 Personal in Ausbildung

Zur Bestandsmasse der vollbeschäftigten Bediensteten der öffentlichen Verwaltung gehört als Teilmasse das Personal in Ausbildung. Spezifische Angaben über die Personalgruppe sollen die vorliegende Strukturanalyse des öffentlichen Dienstes in Hamburg beschließen. Sie vermögen das effektive Nachwuchsreservoir am Erhebungsstichtag zu skizzieren.

Gemessen am vollbeschäftigten Personalbestand insgesamt betrug die Quote des Personals in Ausbildung 7,9%. 6368 Personen bereiteten sich also auf die Übernahme von ihnen erstrebter Dienstposten im Rahmen der Verwaltung und all ihrer Sparten vor, aber auch auf Berufe in der Privatwirtschaft (Ärzte, Rechtsanwälte). Getrennt nach dem Geschlecht war die Versorgung des männlichen Personals mit Nachwuchsbediensteten unterdurchschnittlich, die des weiblichen

Tabelle 10

Personal in Ausbildung der öffentlichen Verwaltung in Hamburg am 2. Oktober 1968 nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Personal in Ausbildung					
	männlich		weiblich		zusammen	
	absolut	in % des voll- beschäftigten Personals	absolut	in % des voll- beschäftigten Personals	absolut	in % des voll- beschäftigten Personals
	1	2	3	4	5	6
Beamte und Richter zusammen	2 496	9,4	939	12,9	3 435	10,1
davon Höherer Dienst Gehobener Dienst	1 357	20,2	506	28,4	1 863	21,9
Mittlerer Dienst	395	5,3	150	3,3	545	4,5
Einfacher Dienst	744	6,1	283	29,0	1 027	7,8
Angestellte zusammen	—	—	—	—	—	—
davon Höherer Dienst Gehobener Dienst	689	4,4	2 187	12,0	2 876	8,4
Mittlerer Dienst	378	18,7	170	29,3	548	21,1
Einfacher Dienst	74	2,4	132	7,7	206	4,3
Arbeiter	227	2,5	1 699	11,9	1 926	8,3
Insgesamt	10	0,6	186	11,1	196	5,7
	52	0,5	5	0,2	57	0,5
	3 237	6,2	3 131	11,2	6 368	7,9

dagegen überdurchschnittlich. Signifikante Unterschiede manifestierten sich ferner in den Gliederungen nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppe. In Ausbildung zum Beamten oder Richter befanden sich seinerzeit 3435 Unterhaltszuschußempfänger bzw. 10,1% aller Vollbeschäftigten dieser Personalkategorie. Die Mehrzahl von ihnen präparierte sich als Studien- oder Justizreferendar auf den höheren Dienst an Schulen, Gerichten, in der allgemeinen Verwaltung und auf juristische Berufe in der Privatwirtschaft. Der Tatbestand, daß viele Justizreferendare sich von vornherein gar nicht für die öffentliche Verwaltung, sondern z. B. zum Rechtsanwalt oder Syndikus in der Privatwirtschaft ausbilden lassen, ist bei der Beurteilung der Nachwuchsquote des höheren Dienstes in Rechnung zu stellen; sie ist deshalb vergleichsweise zu denen der übrigen Laufbahnen überhöht. Unterhaltszuschußempfänger im gehobenen Dienst – 545 an der Zahl – waren vor allem Regierungsinspektoranwälter, Finanzanwälter, Technische Inspektoranwälter und Rechtspflegeanwälter. Die 1027 Nachwuchskräfte der Beamten des mittleren Dienstes setzten sich hauptsächlich zusammen aus Polizeianwärttern, Regierungsassistentenanwältern, Steueranwältern und Oberwachtmeisteranwältern im Strafvollzugsdienst. Im ohnehin in Hamburg schwach besetzten einfachen Dienst wurden überhaupt keine Nachwuchsbeamten registriert. Wie erinnerlich werden die Funktionen der einfachen Beamten, die vornehmlich noch im Justizdienst (Justizwachtmeister) wirken, mehr und mehr vergleichbaren Angestellten übertragen. Auch bei den Angestellten ist das Nachwuchspersonal mit 21,1% am stärksten in der höhe-

ren Laufbahn vertreten. Mutatis mutandis spielt hier derselbe Grund eine Rolle wie beim höheren Beamten-dienst: Längst nicht alle Unterhaltszuschußemp-fänger werden für den Staatsdienst geschult. Das be-trifft in erster Linie die noch nicht approbierten Ärzte, die sog. Medizinalassistenten, die später zum guten Teil eine eigene Praxis aufzumachen beabsichtigen. Zum Nachwuchs der höheren Angestellten gehörten im wesentlichen noch die wissenschaftlichen Hilfs-kräfte des Hochschulbereichs. Der absoluten Zahl nach fanden sich die meisten Kräfte in Ausbildung

unter den Angestellten des mittleren Dienstes, was speziell auf die vielen vorhandenen Lernschwestern, Lernpfleger usw. zurückzuführen war. Ohne nennens-werten, eines noch der Instruktion bedürftigen Nach-wuchses präsentierte sich die Arbeiterschaft der Ham-burger Verwaltung, die kaum mehr als eine Handvoll Handwerkslehrlinge aufzuweisen hatte. Bei Eintritt in den Staatsdienst haben die Arbeiter eben ihre volle berufsmäßige Ausbildung als angelernte, gelernte oder Facharbeiter meist schon hinter sich.

4. Zusammenfassung

Mit der Personalstrukturerhebung 1968 ist man ein gutes Stück auf dem Weg zu einer statistischen Transparenz des öffentlichen Dienstes vorangekommen. Bislang zahlenmäßig unbekannt, wesentliche Seiten und Züge des Personalkörpers, wie sein Altersaufbau sowie sein Vor- und Ausbildungsstand, sind dabei erschlossen worden. In der vorliegenden vierten und letzten Folge beschäftigt sich „Hamburg in Zahlen“ mit diesen Struktur-ergebnissen.

Die Personalinventur in der öffent-lichen Verwaltung Hamburgs vom 2. Oktober 1968 ergab den ein-drucksvollen Bestand von fast 90 000 Bediensteten. Für rund jeden achten abhängig Erwerbstätigen in der Hansestadt war damit der hambur-gische Staat unmittelbarer Arbeit-geber. Kein anderes Unternehmen in Hamburg reichte an diese Grö-ßenordnung heran. Etwa neun Zehntel des Personals waren voll- und ein Zehntel mit 20 und mehr Wochen-arbeitsstunden teilbeschäftigt.

Wie sehr der öffentliche Dienst aufge-hört hat, ein Reservat für männliche Arbeitnehmer zu sein, geht daraus hervor, daß von seinen Angehörigen rd. 37 000 oder 41 % weiblichen Ge-schlechts waren. Dazu tragen die vielen im Staatsdienst vertretenen Frauenberufe (Lehrerin, Krankenschwester, Stenotypistin, Erzieherin u.a.m.) bei. Natürlich hat auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, daß mehr und mehr Frauen von der öffentlichen Hand beschäftigt werden. Ferner darf in diesem Zusammenhang nicht ver-gessen werden, daß der Staat seinen männlichen wie weiblichen Ar-beitnehmern bei gleicher Tätigkeit gleiche Bezahlung zukommen läßt. Auch die Möglichkeit der Teilzeitbe-

schäftigung hat der Frauenarbeit im öffentlichen Dienst Auftrieb gege-ben. Letztere ist geradezu zu einer Spezialität der Frauen geworden, denn von den im Herbst 1968 gezähl-ten 9 581 Teilbeschäftigten waren 8 858 bzw. 92 % weiblich.

Die Freie und Hansestadt beschäf-tigte ihr Personal in vier unterschied-lichen Dienstverhältnissen: 0,7 % als Richter, 41,6 % als Beamte, 42,5 % als Angestellte und 15,2 % als Ar-beiter. Unter den Teilzeitbeschäftig-ten befanden sich keine Richter und Beamte; 65,0 % waren vielmehr Ar-beiter und 35,0 % Angestellte. Die überkommene, verbreitete Meinung, daß Staatsbedienstete in jedem Fall mit Beamten gleichzusetzen seien, bedarf also in unserer Zeit einer gründlichen Korrektur, da die Anzahl der Angestellten und Arbeiter zu-sammen sogar erheblich größer ist als die der Beamten.

Der moderne, fortschrittliche Wohl-fahrtsstaat nimmt ein viel umfas-senderes Tätigkeitsfeld für sich in Anspruch als der „Nachtwächter-staat“ von Anno dazumal, dem ledig-lich die Sorge für Ruhe, Ordnung und Sicherheit oblag. Als personalinten-sivster Aufgabenbereich präsen-tiert sich das Unterrichtswesen. Fast 16 % aller vollbeschäftigten Bedien-steten waren allein in diesem Zweig tätig. Männliche und weibliche Be-dienstete hielten sich dabei etwa die Waage. An zweiter Stelle stand dem Umfang der Beschäftigung nach der Aufgabenzweig „Gesundheit, Sport, Leibesübungen“, dichtgefolgt vom Aufgabenbereich „Öffentliche Si-cherheit und Ordnung“. 13,7 % des Gesamtbestandes an vollbeschäftig-ten Beamten, Angestellten und Ar-beitern waren im wesentlichen den Krankenhäusern zugeteilt. Unter Einbeziehung der Hochschulklinik

Eppendorf erforderte der Kranken-haussektor sogar einen Personal-anteil von 15,6 %. Damit wird deut-lich, wie außerordentlich die Morbi-dität unsere gegenwärtige urbane Gesellschaft belastet. Von den 12 521 Vollbeschäftigten in den Krankenhäusern war nur jeder dritte männlich; Krankenschwestern, Kran-kegymnastinnen, Laborantinnen usw. bildeten hingegen das Gros des Beschäftigtenkontingents in den Spitälern. Die „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ partizipierte mit 13,4 % am Personalbestand der Verwaltung. Für diese Aufgabe ist namentlich die Polizei zuständig. Ihre Personalquote belief sich denn auch auf 11,2 %. Die Verteilung nach dem Geschlecht beweist, daß der Polizeiberuf bis jetzt Domäne der Männer geblieben ist. Das Vertei-lungsbild der Teilzeitbeschäftigten mit 20 und mehr Wochenarbeitsstun-den bei den Aufgabenbereichen ist entscheidend beeinflusst durch die Tatsache, daß die Masse der Teil-zeitbeschäftigten als Reinmache-frauen wirkten. Aufgabengebiete, in denen die öffentliche Verwaltung eine große Zahl von Betriebsgebäu-den und -einrichtungen unterhält, beschäftigen demzufolge auch die überwiegende Mehrzahl der Teil-zeitkräfte.

Die Altersschichtung der vollbe-schäftigten Bediensteten der Ham-burger Verwaltung insgesamt gibt zumindest keine groben Unausge-wogenheiten zu erkennen; die Al-tersstufen zwischen 20 Jahren und 60 Jahren sind vielmehr ungefähr gleich stark besetzt. Zwischen 20 Jahre und 40 Jahre alt waren 41,5 %, zwi-schen 40 Jahre und 60 Jahre 46,6 %. Bezieht man die unterste und die beiden obersten Altersstufen mit ein, dann waren 45,2 % der Bedien-steten jünger und 54,6 % älter als

40 Jahre. Eine leichte Überalterung ist also nicht von der Hand zu weisen. Die jüngeren, besonders leistungsfähigen Jahrgänge waren in der öffentlichen Verwaltung auch relativ schwächer vertreten als in der Gesamtheit der abhängig Erwerbstätigen. Signifikante Unterschiede existierten im Altersaufbau von männlichen und weiblichen Bediensteten der staatlichen Verwaltung, nicht aber bei der Gesamtmasse der abhängig Erwerbstätigen. Weniger als 40 Jahre alt waren unter den Frauen 53,1 %, unter den Männern dagegen nur 41,1 %; die vergleichbaren Quoten unter den abhängig Erwerbstätigen lauteten 52,5 % und 52,2 %. Im Schnitt war jeder vollbeschäftigte Bedienstete 41,5 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der männlichen Bediensteten betrug 43,2 Jahre, das der weiblichen 38,2 Jahre. Rechnet man die unter 40 Jahre alten Bediensteten zur jüngeren, die 40 Jahre bis unter 56 Jahre alten zur im mittleren Alter befindlichen und die über 56 Jahre zählenden zur älteren Belegschaft, dann gehörte über die Hälfte der Beamten (53,2 %) zu den jüngeren Beamten; bei den Angestellten waren es nur 40,5 %, bei den Richtern 37,8 % und den Arbeitern sogar lediglich 36,9 %, die zur jüngeren Generation zählten. Die mittleren Jahrgänge waren bei sämtlichen vier Dienstverhältnissen in etwa gleich stark repräsentiert, während bei den älteren wieder Unterschiede auftraten, und zwar betrug ihr Anteil unter den Beamten 12,4 %, unter den Angestellten 20,1 %, den Arbeitern 26,9 % und unter den Richtern 27,2 %.

Die Verteilung der vollbeschäftigten Bediensteten auf die Laufbahngruppen war bei den Beamten anders als bei den Angestellten. Mit nur 262 Beschäftigten spielte der einfache Dienst in der Beamtenschaft Hamburgs so gut wie keine Rolle. Bei den Angestellten rechnete immerhin jeder zehnte dazu. Das Schwergewicht bei den Angestellten lag aber mit einem Anteil von 68,4 % ganz ausgeprägt beim mittleren Dienst, während bei den Beamten mittlere (39,4 %) und gehobene Laufbahnen (35,9 %) zirka gleich stark vertreten waren. Auch die Quoten vom höheren Dienst differierten auffällig:

23,8 % der Beamten gehörten dieser Laufbahn an, aber bloß 7,6 % der Angestellten. Die unterschiedliche Besetzung der höheren und gehobenen Laufbahn bei Beamten

und Angestellten ist hauptsächlich auf die Lehrer zurückzuführen, die ganz überwiegend Beamte des höheren oder gehobenen Dienstes waren.

Das höchste Durchschnittsalter hatten mit 46,3 Jahren die Richter. Ihnen folgten die Arbeiter mit einem durchschnittlichen Alter von 45,3 Jahren und die Angestellten mit einem solchen von 42,5 Jahren. Das niedrigste Alter hatten im Schnitt die Beamten mit 39,5 Jahren aufzuweisen. Differenziert nach Laufbahngruppen waren die Beamten des einfachen Dienstes mit 49,4 Jahren durchschnittlich am ältesten. Im höheren Dienst betrug das Durchschnittsalter der Beamten 41,0 Jahre, im gehobenen 40,1 Jahre. Im mittleren Dienst sah es für die Beamten mit durchschnittlich 37,9 Lebensjahren am günstigsten aus. Bei den Angestellten waren die der gehobenen Laufbahn mit 45,6 Jahren im Schnitt am ältesten. Danach folgten der mittlere Dienst mit einem Durchschnittsalter von 42,6 Jahren, der einfache Dienst mit 41,0 Jahren und schließlich der höhere Dienst mit dem jüngsten Durchschnittsalter von 37,3 Jahren.

Im öffentlichen Dienst Hamburgs besteht eine Art Ausbildungsgefälle, das der unterschiedlichen Natur der zu bewältigenden Aufgaben entspricht: Beamte und Richter halten den höchsten Vor- und Ausbildungsstand, Arbeiter den niedrigsten, während die Angestellten eine Mittelstellung einnehmen. Von den am 2. 10. 1968 erfaßten 33 910 Beamten und Richtern meldeten 44,4 % als abgeschlossene Schulbildung das Abitur sowie 30,4 % die Volksschule; jeder vierte hatte die mittlere Reife erlangt. Die Qualifikation der 7 262 weiblichen Beamten war noch wesentlich stärker von der Reifeprüfung geprägt: 71,4 % von ihnen hatten dieses Schulziel erreicht. Nur 3,7 % der Beamtinnen hatten Volksschulabschluß, während 24,9 % bei der mittleren Reife stehengeblieben sind. Der auffallend hohe Prozentsatz von Abiturientinnen hängt mit der Verbreitung des Lehrerinnenberufs bei dieser Bedienstetenkategorie zusammen. 41,6 % aller Beamten hatten neben der allgemeinen Schulbildung eine Universitätsausbildung aufzuweisen und fast genauso viele den zusätzlichen Abschluß einer berufsbildenden Schule.

Die Häufigkeitsverteilung der Ange-

stellten nach ihrer Vor- und Ausbildung zeigt erheblich andere Konturen als die der Beamten. Im Rahmen der allgemeinen Schulbildung steht hier nicht das Abitur im Vordergrund, sondern der Volksschulabschluß, den rund 53 % der 34 067 vollbeschäftigten Angestellten hatten. Im Besitze eines Reifezeugnisses befanden sich nicht mehr als 13,4 %. Jeder dritte Angestellte gehörte der Gruppe mit mittlerer Reife an. Eine quantitativ untergeordnete Rolle spielten die wissenschaftlich ausgebildeten Angestellten. Einschließlich angestellter Volks-, Realschul- und Sonderschullehrer belief sich ihre Quote auf knapp 10 %. Etwas über ein Drittel der wissenschaftlichen Angestellten war weiblichen Geschlechts. Wie bei der Beamtenschaft so treten auch bei den Angestellten Unterschiede im Vor- und Ausbildungsstand von Laufbahngruppe zu Laufbahngruppe auf, dergestalt, daß im einfachen und mittleren Dienst der Volksschulabschluß, im gehobenen Dienst die mittlere Reife und im höheren Dienst das Abitur am häufigsten vorkommt. Dabei ist die gewichtigste Abweichung gegenüber den Beamten in der gehobenen Laufbahn zu konstatieren, bei denen nicht die mittlere Reife, sondern das Abitur überwog.

Die Analyse des Vor- und Ausbildungsstands der Arbeiterschaft in der öffentlichen Verwaltung Hamburgs offenbart im Gegensatz zu Beamten und Angestellten das beinahe totale Fehlen einer Differenzierung. So gut wie sämtliche vollbeschäftigten Arbeiter waren nämlich Volksschulabgänger. Außerdem gaben 69,0 % der Arbeiter den Abschluß einer berufsbildenden Lehranstalt an. Wissenschaftlich qualifizierte Arbeiter wurden eo ipso nicht registriert.

Innerhalb der entsprechenden beamtenrechtlichen Unterscheidungen bildeten die Laufbahnbeamten mit 21 911 der 33 370 Beamten – also rd. zwei Drittel – den größten Block. Die Gruppe der Aufstiegsbeamten umfaßte mit 1 569 Kräften bloß 4,7 % aller beamteten Landesbediensteten, die der sog. anderen Bewerber kam gar nur in der Größenordnung eines Erinnerungspostens vor. Zahlenmäßig relevanter waren dagegen wieder die Beamten besonderer Fachrichtung; ihre Quote belief sich auf 29,1 %. Bei der Teilmasse „weibliche Beamte“ bestand die Mehrzahl (58,9 %) aus Kräften spezieller Fach-

richtung. Erst an zweiter Stelle folgten die allgemeinen Laufbahnbeamtinnen. Nur ganz wenige weibliche Beamte sind in die nächsthöhere Laufbahn bzw. in den nächsthöheren Abschnitt einer Einheitslaufbahn aufgestiegen (0,5 %).

Den Normaltypus des Angestellten repräsentiert der Angestellte mit Angestelltenvergütung. In der hamburgischen Verwaltung gibt es aber eine kleine Gruppe vollbeschäftigter Angestellter mit Sonderdienstvertrag, die sich von der Masse der Angestellten nur dadurch abheben, daß sie Vergütung in Höhe der vergleichbaren Beamten beziehen. Es handelt sich in erster Linie um Lehrer, die aus bestimmten Gründen nicht verbeamtet werden konnten, auf Wunsch aber die Bezüge vergleichbarer eingesetzt Beamten erhielten. 933 Angestellte oder 2,7 % hatten diesen Sonderstatus.

Eine für die Angestelltenschaft wich-

tige Unterscheidung ist die in kündbares und unkündbares Arbeitsverhältnis. Angestellte werden laut § 53 Abs. 3 BAT nach einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren, frühestens jedoch nach Vollendung des vierzigsten Lebensjahres, unkündbar. Die Zählung ermittelte 67,5 % kündbare und 29,7 % unkündbare Angestellte. Die entsprechenden Quoten der Teilmasse „weibliche Angestellte“ betragen 78,9 % und 18,4 %.

Die Personalstrukturstatistik hat es auch unternommen, die vollbeschäftigten Richter, Beamten und Angestellten des höheren Dienstes nach der Art ihres Hochschulabschlusses zu befragen. Dabei stellte sich heraus, daß nicht der Jurist die vorherrschende Figur der höheren Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung ist. Als stärkste Berufsgruppe traten vielmehr die Gymnasial- und Berufsschullehrer hervor. Quantitativ an zweiter Stelle rangierten die approbierten Ärzte, und erst dann folgten

die Juristen mit einem Anteil von knapp 10 %. Noch darunter lagen die Gruppen der Diplom-Ingenieure (5,9 %) und der Ökonomen (2,4 %).

Um das Nachwuchsreservoir abschätzen zu können, wurde die Teilmasse „Personal in Ausbildung“ zusätzlich separat untersucht. Gemessen am vollbeschäftigten Personalbestand insgesamt betrug die Quote des Personals in Ausbildung 7,9 %. 6 368 Personen bereiteten sich also auf die Übernahme von ihnen erstrebter Dienstposten im Rahmen der Staatsverwaltung und all ihrer Sparten vor, aber zum Teil auch auf Berufe in der Privatwirtschaft (Ärzte, Rechtsanwälte). Getrennt nach dem Geschlecht war die Versorgung des männlichen Personals mit Nachwuchsbediensteten unterdurchschnittlich, die des weiblichen dagegen überdurchschnittlich.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	766,3	759,6	762,8	754,9
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	2,9	2,9	3,4	- 0,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	85	82	82	85
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	7	5	7	8
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	49	30	36	70
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	12	18	15	33
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	16	11	13	15
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	28	25	22	26
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹²⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	261,9 r
" Altona	"	264,3	261,5 r
" Eimsbüttel	"	264,6	259,6 r
" Hamburg-Nord	"	401,3	361,9 r
" Wandsbek	"	357,5	368,5 r
" Bergedorf	"	82,6	94,4 r
" Harburg	"	199,0	207,5 r
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 814 p	1 811 p	1 810 p	1 811 p	1 815,3 r
dav. männlich	"	861,9	842,9 r
weiblich	"	995,0	972,4 r
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	...	96,3	97,5	99,2	79,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 166 p	1 193 r	730 p	860 p	936 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7 p	7,7 r	4,7 p	6,2 p	6,7
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533 p	1 518 r	1 470 p	1 420 p	1 479 r
dar. unehelich	"	143	117 p	125 r	120 p	150 p	112 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	10,1 p	9,9	9,6 p	10,2 p	10,6 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,7 p	8,3 r	8,1 p	10,4 p	7,7 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 213 p	2 641 r	2 070 p	1 520 p	2 080 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	33 p	37 r	30 p	34 p	34 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,6 p	17,1 r	13,5 p	10,9 p	14,9 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	21,5 p	24,9 r	20,4 p	23,9 p	22,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 680 p	- 1 123 r	- 600 p	- 100 p	- 601 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 0,8	- 4,5 p	7,3	3,9 p	0,7 p	4,3 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	5 900 p	6 400 p	6 500 p	6 032 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	8 000 p	6 200 p	6 100 p	5 176 r
Fortgezogene Personen	"	379	...	- 2 700 p	+ 200 p	+ 400 p	+ 856 r
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	+ 595 r
dav. männlich	"	342	+ 261 r
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	12 970 p	13 663 p	14 000 p	13 127 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 800 p	1 850 p	1 600 p	1 492 r
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	835	...	1 000 p	1 200 p	1 100 p	897 r
Niedersachsen	"	1 091	...	1 000 p	1 150 p	900 p	1 060 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	...	300 p	400 p	400 p	335 r
Übrige Bundesländer einschl.	"						
Berlin (West)	"	2 006	...	1 300 p	1 450 p	1 600 p	1 557 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	...	1 800 p	1 950 p	2 400 p	1 923 r
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 500 p	2 500 p	2 200 p	1 821 r
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	1 620	...	1 800 p	1 950 p	1 800 p	1 367 r
Niedersachsen	"	1 268	...	1 200 p	1 300 p	1 400 p	895 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	...	700 p	750 p	1 000 p	372 r
Übrige Bundesländer einschl.	"						
Berlin (West)	"	2 167	...	2 200 p	1 750 p	1 700 p	1 533 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	...	2 100 p	650 p	800 p	927 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Fortgeschriebener Bevölkerungsstand nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	11 749	11 221	11 229	11 229	11 229	11 200
Pflegelage		273 169	264 719	241 083	269 126	259 967	262 321
Bettenausnutzung ²⁾)	%	81,8	82,2	74,0	82,4	88,1	37,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	4 573	4 670	4 810	4 790	4 802	4 639
Pflegelage		123 729	125 308	119 685	140 894	125 130	119 951
Bettenausnutzung ²⁾)	%	89,1	88,1	80,5	94,4	92,9	91,4
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	745	681	725	725	790	659
Pflegelage		19 012	17 965	15 629	19 532	19 461	17 934
Bettenausnutzung ²⁾)	%	81,8	82,6	66,7	84,2	88,0	91,8
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	885	856	856	856	820	856
Pflegelage		21 274	20 557	18 276	20 047	20 414	20 172
Bettenausnutzung ²⁾)	%	81,7	79,7	68,8	75,5	87,0	84,2
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	1 084	883	783	761	761	998
Pflegelage		25 626	19 232	16 381	17 726	17 084	20 842
Bettenausnutzung ²⁾)	%	85,0	76,0	74,5	82,5	87,3	74,6
3. Anstalten für Geisteskrankhe							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegelage		48 245	46 126	45 541	46 792	42 078	43 783
Bettenausnutzung ²⁾)	%	91,4	90,3	87,9	90,2	89,8	92,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegelage		38 084	38 682	39 162	39 218	35 364	35 938
Bettenausnutzung ²⁾)	%	98,2	98,0	97,8	97,9	97,8	99,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾)	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegelage		43 630	42 329	43 072	42 950	38 807	38 950
Bettenausnutzung ²⁾)	%	97,1	98,1	98,1	97,9	98,0	97,8
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ¹⁾)							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾)	1 000	667,8	717,9	719,4	685,4	685,3	714,7
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾)	"	455,8	622,9	631,0	610,8	612,1	613,2
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherel)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	392 659	451 125	426 460	400 508
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 410	5 004	5 714	5 109	3 948
3. Wissenschaftliche Büchereien ¹⁾)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	29 512	34 441	36 531	35 980
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 828	12 024	12 940	14 110	16 548
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	57 443	55 908	58 448	68 132	48 115
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾)							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	696,7	693,7	692,2	683,6
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	409,3	413,0	409,9	408,9	407,2
Rentner	"	175,5	228,5	230,0	230,5	231,3	227,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	51,7	53,7	53,3	52,0	49,0
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	25,6	24,0	21,2	24,0	34,9
dav. männlich	"	17,9	17,3	16,3	14,6	16,2	23,0
weiblich	"	8,8	8,3	7,7	6,6	7,8	11,9

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	2 975	3 819	3 488	3 401
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 569	1 973	1 785	1 863
weiblich	"	1 092	1 268	1 406	1 846	1 703	1 538
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	28	48	21	25
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	40	67	74	59	48
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	36	38	43	43	54
Elektriker	"	24	12	17	21	34	12
Chemiewerker	"	55	20	26	33	25	28
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	18	35	31	25	18
Graphische Berufe	"	44	49	76	74	61	45
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	10	5	9	8	10
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	41	45	57	61	56
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	96	110	173	136	118
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	103	107	124	169	100
Kaufmännische Berufe	"	368	411	367	483	441	538
Verkehrsberufe	"	313	162	146	208	202	239
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	574	631	785	616	728
Künstlerische Berufe	"	177	159	136	170	190	167
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	23 876	24 279	25 656	28 137
dav. männlich	"	13 014	17 678	13 493	13 305	13 799	15 494
weiblich	"	12 813	12 832	10 383	10 974	11 857	12 643
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	6 045	5 610	6 553	7 020
dav. männlich	"	4 134	5 085	4 567	3 971	4 720	5 084
weiblich	"	1 707	1 762	1 478	1 639	1 833	1 936
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	8 081	6 809	5 758	9 844
dav. männlich	"	9 955	7 880	7 129	6 093	4 960	9 020
weiblich	"	572	934	952	716	798	824
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	8 016	9 384	9 681	9 047
dav. männlich	"	5 512	3 686	3 792	4 367	4 396	4 282
weiblich	"	2 787	4 174	4 224	5 017	5 285	4 765
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	46 485		40 664		
Weiblich	"	5 157	33 303		15 581		
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 531	1 803	1 672	1 612
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	89,9	90,6	92	90,2	89,4
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	9,9	11,7	12,0	11,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	10 831	11 374	10 843	10 237
dav. lose	"	3 529	2 056	1 787	2 075	2 177	2 037
in Flaschen	"		1 636		987	903	1 755
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	9 044	7 970	7 438	6 239
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"				62	60	
Ultra-hocherhitzte Milch	"		304		280	265	206
Mager- und Buttermilch	"	382	442	258	331	391	268
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	10,8	10,0	8,6	8,3
Kälber	"	2,6	1,9	1,7	1,7	1,4	1,5
Schweine	"	47,0	38,1	40,6	40,5	38,8	33,2
Schafe	"	2,7	1,0	0,5	0,8	0,8	0,9
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	10,2	8,9	8,1	7,5
Kälber	"	2,5	1,8	1,6	1,7	1,4	1,5
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	44,6	41,5	39,7	34,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	6 928	6 464	5 914	5 363
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 565	2 293	2 070	1 886
Kälber	"	187	152	133	132	119	120
Schweine	"	4 318	3 828	4 192	3 996	3 689	3 316

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 481	1 476	1 470	1 513
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	208	208	209	212
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	133	133	133	139
• Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	"	24 859	21 756	21 763	20 988	20 574	21 701
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	186	165	159	146
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	149	130	129	113
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	9	8	8	11
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	3 198	3 805	4 499	2 688
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	"	18 272	22 339	28 575	25 500	20 971
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	71	77	71	85
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	149	151	145	144
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	11	12	12	12	12
• Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 714	1 588	1 502	1 531
• dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	245	206	228	251
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	127,2 r	119,9 r	129,7 p	126,8
Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	124,3 r	118,3 r	128,4 p	122,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	134,1 r	129,1	143,1 p	133,2
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	140,4 r	124,6 r	138,7 p	132,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	115,5 r	104,4	111,9 p	127,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	100,5 r	104,3	106,7 p	109,8
Bauindustrie	"	103,7	122,5	112,9 r	90,2 r	111,7 p	68,9
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 714	1 588	1 502	1 531
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	259	273	264	249	239
Chemische Industrie	"	101	140	125	164	149	130
Elektroindustrie	"	143	193	237	156	188	181
Maschinenbau	"	83	122	172	120	114	114
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	12	12
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	691	727	629	691
• Gaserzeugung (brutto)	Mio Nm ³	59	68 r	172	90 r	72	88 r
Vj.-Durchschnitt ⁴⁾							
		1965	1970	2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	4. Vj. 1969
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	98,5	85,7	86,2	85,9	85,4	86,8
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	142,6	154,8	194,1	171,3
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	137,7	155,3	195,8	173,3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	46 697	45 369	45 183	43 397
dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 256	1 209	1 219	1 279
• Angestellte	"	4 684	5 566	5 672	5 663	5 703	5 354
• Arbeiter ²⁾	"	43 102	39 789	39 769	38 497	38 261	36 764
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	5 975	4 280	5 687	3 430
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 649	1 108	1 489	830
• gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 640	1 428	1 655	1 123
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	2 686	1 744	2 543	1 477
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	62,8	70,2	45,9	59,7	30,4
• Gehälter Bruttosumme ³⁾	"	5,9	10,3	14,0	10,2	10,2	8,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	343,0	155,3	126,6	89,3
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	91,3	45,6	27,7	19,8
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	51,8	102,6	40,5	53,9	14,3
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	149,1	69,2	45,0	55,2
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	108	94	221	119
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	98	42	74	78	71
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	334	123	596	221
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	51,0	19,8	86,8	30,4
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	73	26	126	47
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	108	78	73	69
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	751	1 522	396	402
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	87,5	82,4	49,5	24,0
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	137	139	79	73
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	1 182	294	1 754	633

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	153	242	87	133	23
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	302	633	186	338	47
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	77,3	25,9	48,8	6,7
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	77	167	47	55	28
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	545	1 550	1 169	301	362
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	165,0	55,1	38,3	25,6
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 850	570	1 049	151
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	918	40	90	47
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	90	494	29	61	31
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	2 190	58	169	97
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	276,6	8,2	26,7	13,2
Wohnfläche	1 000 qm	96	70	476	13	30	21
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	74	361	32	42	18
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	407	2 373	176	539	110
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	39,9	280,6	16,1	47,9	9,2
Nutzfläche	1 000 qm	69	78	473	36	80	17
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	6 891	164	556	271
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	2 574	57	39	162
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 549	13 549 r	14 000	14 500	14 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 857	4 857 r	4 600	5 300	4 400
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	183	183	184	182
Wohnungen	"	636	699	699	699	699	688
Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 613	2 612	2 613	2 572
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	263	153	156	144
dar. Warenhäuser	"	130	238	382	239	212	176
Facheinzelhandel	"	120	149	207	137	133	123
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	190	152	152	148
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	197	155	152	153
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	177	146	152	139
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	165 255	149 390	...	131 002
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	208 142	202 537	...	215 907
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	349	250
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	35	22
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	314	228
dav. Rohstoffe	"	2	4	3	3
Halbwaren	"	50	62	62	68
Fertigwaren	"	143	203	249	157
dav. Vorerzeugnisse	"	9	18	24	16
Enderzeugnisse	"	134	185	225	141
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	209	256	175
dar. EWG-Länder	"	65	94	125	79
EFTA-Länder	"	67	87	91	71

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125
Gaststättengewerbe	"	108
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	125	86	96	...	92
dar. von Auslandsgästen	"	42	43	24	27	...	25
* Fremdenübernachtungen	"	232	248	177	202	...	185
dar. von Auslandsgästen	"	90	83	54	58	...	51
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 582 r	1 468 r	1 443 p	1 309
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 645	1 635 r	1 513 r	1 501 p	1 321
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 645	1 635 r	1 513 r	1 501 p	1 321
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	4 245 r	3 966 r	3 891 p	3 677
dav. Empfang	"	2 229	3 006	3 236 r	3 040 r	2 995 p	2 797
dav. Massengut	"	1 634	2 370	2 625 r	2 469 r	2 453 p	2 204
dar. Mineralöle	"	968	1 454	1 458 r	1 610 r	1 493 p	1 445
Kohle	"	192	249	134 r	245 r	305 p	224
Getreide	"	180	168	427 r	123 r	188 p	71
Sack- und Stückgut	"	595	636	610 r	571 r	541 p	593
Versand	"	713	908	1 009 r	926 r	896 p	880
dav. Massengut	"	292	379	452 r	404 r	377 p	394
Sack- und Stückgut	"	421	528	557 r	522 r	519 p	486
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	374	382	166	...	101
* Güterversand	"	309	488	604	274	...	204
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	2 427	2 379 p	2 091 p	1 971
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 685	2 415	2 379 p	2 091 p	1 968
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	101,8	103,8 p	92,9 p	89,8
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	124,3	105,1	103,9 p	91,2 p	88,3
Angekommene Fracht	t	578	1 192	1 163	964 p	922 p	1 030
Abgegangene Fracht	"	587	1 328	1 674	967 p	963 p	1 167
Angekommene Post	"	185	274	326	233 p	201 p	267
Abgegangene Post	"	229	337	453	330 p	305 p	325
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	12 554	11 777	11 055	10 765
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 858	17 744	15 860	15 294	14 860
Straßenbahn	"	9 436	5 276	5 438	5 062	4 695	5 182
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 750	14 306	13 359	12 324	11 679
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 307	2 581	2 567	...	2 185
Private Kraftomnibusse	"	301	284	188	226	...	216
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	455,2	455,3	457,5	427,4
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	411,7	411,7	411,8	413,7	387,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 250	5 287	4 998	...	5 563
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	5 660	4 729	4 343	...	4 988
Lastkraftwagen	"	362	493	467	557	...	500
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	1 134	941	871	902
* Getötete Personen	"	26	32	42	38	18	32
* Verletzte Personen	"	1 106	1 442	1 516	1 266	1 185	1 194

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
(Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
* Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	26 850,8	26 897,4 r	27 209,6	24 495,5
dav. Kurzfristige Kredite	.	.	7 673,3	8 501,9	8 371,0 r	8 557,0	7 637,0
(bis zu 1 Jahr einschl.)	.	.	7 661,3	8 449,5	8 321,8	8 483,7	7 630,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen
* Mittelfristige Kredite	.	.	3 710,3	4 105,7	4 172,0	4 198,0	3 399,5
(von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	3 347,3	3 722,1	3 762,0	3 771,2	3 060,5
* Langfristige Kredite ³⁾	.	.	13 693,5	14 243,2	14 354,4	14 454,6	13 459,0
(von 4 Jahren und darüber)
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	12 112,6	12 607,8	12 691,1	12 760,5	11 871,5
dar. Durchlaufende Kredite	.	.	665,4	659,5	670,5	645,1	671,4
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	.	.	16 355,8	17 733,1	17 558,8	17 699,4	15 974,3
dav. Sicht- und Termingelder	.	.	9 050,0	9 969,6	9 733,4	9 798,0	8 689,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	.	.	7 831,5	8 716,2	8 385,8	8 409,5	7 502,0
Spareinlagen	.	4 069,9	7 305,8	7 763,5	7 825,4	7 901,4	7 285,0
dar. bei Sparkassen	.	2 792,9	4 941,6	5 228,0	5 262,2	5 307,5	4 923,0
* Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	.	244,3	439,1	476,4	592,6	431,4	430,3
* Lastschriften auf Sparkonten	.	203,9	430,1	449,7	538,0	355,7	413,9
* Zinsgutschriften	.	12,9	33,2	383,6	7,1	0,3	0,2
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	24	22	23	14
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	786	734	718	863
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	1 930	1 525	2 366	2 215
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen⁴⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	22 274	18 316	23 318	21 941
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	3 058	3 303	3 009	2 879	3 195	3 473
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	1 196	1 440	1 158	1 492	1 552	1 271
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	.	353	457	383	432	510	449
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	150	150	148	149
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 050	5 060	5 060	4 740
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 160	5 177	5 189	4 917
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 616	4 607	4 814	4 099
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	.	585 154	970 812	592 667	564 344	476 998
* dav. Steuern vom Einkommen	.	200 385	298 399	554 860	324 451	204 685	197 168
dav. Lohnsteuer	.	89 007	178 167	268 203	234 155	185 669	133 063
Veranlagte Einkommensteuer	.	64 393	66 980	185 551	26 992	14 019	12 796
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	.	10 279	14 446	2 982	49 883	2 193	47 487
Körperschaftsteuer	.	36 706	38 805	98 124	13 422	2 804	3 822
* Steuern vom Umsatz	.	82 827	286 756	415 952	268 216	359 658	279 830
dav. Umsatzsteuer	.	.	135 525	164 525	207 275	154 693	121 743
Einfuhrumsatzsteuer	.	.	151 231	251 427	60 941	204 965	158 086
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	991 896	302 838	635 797	519 031
* dar. Zölle	.	45 076	49 486	94 646	19 755	86 338	54 462
* Verbrauchsteuern	.	358 150	535 718	869 325	264 919	529 598	446 189
dar. Mineralölsteuer	.	261 342	440 497	711 621	220 219	434 248	385 758
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	25 879	36 242	68 100	59 674
* dar. Vermögensteuer	.	11 355	16 648	4 036	3 458	46 851	37 309
* Kraftfahrzeugsteuer	.	7 992	10 207	12 040	10 326	10 635	9 107
* Biersteuer	.	2 430	3 057	3 371	2 875	2 125	2 003
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	59 558	10 832	.	.	.
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	.	34 764	43 302	9 926	.	.	.
* Grundsteuer A	.	73	85	104	.	.	.
* Grundsteuer B	.	5 134	6 939	752	.	.	.
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	946 077	1 560 696	634 535	975 922	803 286
6. Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	157 752	191 333	219 390 ⁴⁾	.	.	157 429
Anteil an den Steuern vom Umsatz	.	122 235	119 351	93 415 ⁴⁾	143 945	88 365	88 374
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	21 416	68 130	.	.	9 381
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	10 500	31 966	.	.	.
* Außerdem:
Einnahmen aus Gemeindesteuern	.	46 355	38 558	53 100	.	.	.
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	.	.	30 869	22 108 ⁵⁾	.	.	.
Einnahmen des Landes insgesamt	.	.	260 761	188 398 ⁴⁾⁵⁾	.	.	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. ⁴⁾ Vermindert um 127 210 409 DM durch Zerlegung der Lohnsteuer und um 25 042 065 DM durch Zerlegung der Körperschaftsteuer. ⁵⁾ Anteilige Verminderung des Gemeindeanteils um 41 417 342 DM infolge Zerlegung der Lohnsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	November 1970	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	148,9	151,3	154,3	158,2	141,5
Einfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,3	148,8	151,0	154,2	158,0	141,5
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	"	113,0	149,1	151,7	154,4	158,3	141,5
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	"	112,8	149,2	151,6	154,6	158,6	141,8
Bürogebäude A ¹⁾	"	112,2	149,2	151,8	154,3	158,3	141,7
Bürogebäude B ¹⁾	"	"	134,4	136,7	139,0	142,6	127,6
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	"	112,4	150,6	153,8	155,8	160,7	142,1
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	"	"	135,7	138,5	140,4	144,7	128,0
				Juli 1970	Oktober 1970	Januar 1971	Januar 1970
Löhne und Gehälter²⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	329	327	348	344	308
• weibliche Arbeiter	"	140	202	204	209	205	191
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	7,25	7,27	7,64	7,70	6,78
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,89	4,98	5,07	5,18	4,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,5	45,0	45,6	44,6	45,5
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,4	41,1	41,2	39,5	41,7
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	40,7	35,5	42,6	40,3	41,7
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,4	30,7	38,7	35,5	37,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 555	1 564	1 591	1 658	1 497
• weiblich	"	747	1 104	1 113	1 141	1 189	1 049
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	1 661	1 671	1 710	1 796	1 587
• weiblich	"	748	1 109	1 127	1 139	1 200	1 083
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 482	1 488	1 524	1 571	1 403
• weiblich	"	668	1 020	1 030	1 052	1 086	962
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 501	1 515	1 541	1 593	1 427
• weiblich	"	688	1 042	1 051	1 075	1 112	984
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 178	1 660	1 671	1 708	1 791	1 587
• weiblich	"	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
				Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	493	543	452	358
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	126	160	113	85
bekämpfte Brände	"	221	337	367	383	339	273
dav. Großbrände	"	9	14	10	10	9	11
Mittelbrände	"	28	44	30	39	35	27
Kleinbrände	"	98	151	153	169	145	117
Entstehungsbrände	"	80	119	157	143	132	99
Schornsteinbrände	"	6	10	17	22	18	19
Hilfeleistungen aller Art	"	"	739	725	807	603	612
Rettungswageneinsätze	"	"	10 271	10 832	10 764	9 510	9 431
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 770	1 422	1 273	1 461
Betriebsunfälle	"	544	505	468	407	362	437
Krankenbeförderungen	"	"	3 660	3 895	3 906	3 481	3 617
Anzahl der beförderten Personen	"	"	10 086	10 450	10 305	9 147	9 389
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	11 454	12 150	12 114	10 565	10 401
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	87	101	107	87	71
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	13 665	6 158	10 432	9 466
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	5	1	7	6
Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	210	157	201	179
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	130	149	71	106	107
Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	97	54	76	73
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	4 988	2 147	3 704	3 923
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	4 401	1 879	3 246	2 037
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	9 389	4 026	6 950	5 960
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	"	"	"	"	"	"
diebstahl	"	180	287	305	148	283	194
Unterschlagung	"	203	202	199	93	156	244
Begünstigung und Hehlerei	"	85	134	98	33	67	94
Betrug und Untreue	"	722	936	1 271	466	925	928
Brandstiftung	"	33	38	25	32	38	43
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 463	1 128	1 312	1 464	1 439
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁶⁾	"	8 929	17 425	21 372	13 944	20 559	16 653
Ordnungswidrigkeiten	"	423	435	285	328	421	529
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	"	31 317	26 905	25 281	22 101	28 649	27 620

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

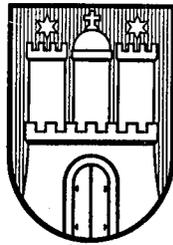
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Dezember 1970	Januar 1971	Januar 1970
		1965	1969				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	60 842,4
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,3	47
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	14,8	13,0
Gestorbene	1 Jahr	11,5	12,2	16,5
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 308	8 683	8 618 p	...	8 488
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	995	1 048	1 007 p	...	990
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	39 537	46 808	47 862 p	...	38 569
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	7 747	8 934	9 819 p	...	7 343
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	148,2	171,1	157,4 r	152,6 p	143,3
Verarbeitende Industrie	"	119,1	151,5	174,0	159,7 r	155,8 p	146,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	170,0	183,3	167,1 r	165,3 p	163,2
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	146,5	177,2	166,8 r	160,3 p	144,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	144,2	164,9	146,6 r	145,7 p	137,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	134,4	156,1	141,2	135,2 p	126,6
Bauindustrie	"	118,9	127,5	158,8	123,9 r	75,1 p	65,4
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 504,7	1 550,3	1 412,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	203,3	231,0	105,7
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	3 968,6	6 060,8	2 956,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	50 480	43 158	35 420	35 396
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	41 660	41 964	193 785	16 046	11 309
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	152	193	244	156	141
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	148	170	162	152	146
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 581	11 746	11 035
dav. Empfang	"	6 950	8 252	9 398	8 631
Versand	"	1 885	2 329	2 348	2 404
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	171 971	184 166	171 869	144 964	137 551
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	28 178	33 344	32 306 p	25 029 p	21 983
Getötete Personen	"	1 313	1 382	1 982	1 769 p	1 327 p	1 052
Verletzte Personen	"	36 124	39 268	45 758	44 612 p	34 935 p	31 078
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 255	3 233	4 263,8 r	4 049,2	3 206,4
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 416	144	3 918,2	462,4	358,8
Körperschaftsteuer	"	681	908	81	1 762,8 r	205,1	283,4
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 063	3 632	3 587,3 r	4 193,7	3 842,0
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	101,5	109,1	109,6	110,9	105,8
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	108,0	106,6	106,5	107,9	107,5
Index der Ausführpreise	"	104,8	111,3	118,0	118,3	119,9	115,0
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	112,6	124,5	151,8
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	119,3	124,8	125,2	126,6	122,1
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	114,2	116,9	117,2	118,8	116,5
Wohnungsmieten	"	118,5	161,9	171,9	172,2	173,3	165,2
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	5,71	6,53	6,76	...	6,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,9	45,0	...	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Mehr Zuzüge als Fortzüge — aber mehr Sterbefälle als Geburten in Hamburg

Die Gesamtzahl der 1970 in Hamburg neu zugezogenen Personen übertraf mit 83 370 die Zahl der fortgezogenen Hamburger (80 950) um mehr als 2 400. Die spürbaren Wanderungsverluste der Jahre 1965 bis 1968 sind damit von einem deutlich positiven Wanderungssaldo abgelöst worden, nachdem bereits 1969 ein leichter Wanderungsgewinn von 410 Personen verzeichnet werden konnte. Vor allem der verstärkte Zuzug von Ausländern führte zu den Überschüssen der Wanderungsbilanz. Geringfügig nachgelassen hat im übrigen die Abwanderung der (deutschen) Hamburger-Bevölkerung in die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randkreise (1969: 13 700 Personen; 1970: 13 100 Personen).

Insgesamt setzte sich jedoch der seit 1965 anhaltende Bevölkerungsrückgang auch 1970 fort. Bei 18 390 Geborenen und 26 470 Gestorbenen ergab sich — trotz des nicht unerheblichen Wanderungsgewinns von 2 400 Personen — eine Verminderung der hamburgischen Bevölkerung um 5 700 Einwohner.

Zahl der Berufsschüler stark zurückgegangen

Knapp 53 000 Schüler besuchten am 15. November 1970 — dem bundeseinheitlichen Erhebungstichtag — die berufsbildenden Schulen in Hamburg; dies waren rund 5 600 Schüler oder 10 % weniger als 1969.

Vermindert hat sich die Zahl der Schüler in allen Schulgattungen: Bei den Berufsschulen, deren Besuch für alle in einem Arbeitsverhältnis oder in der praktischen Berufsausbildung stehenden Jugendlichen Pflicht ist, betrug der Rückgang 8 %; weniger als 41 000 Berufsschüler wurden gezählt (1969: 44 700). Die rückläufige Entwicklung hat ihre Ursache vorwiegend in dem Eintritt der schwächeren Geburtsjahrgänge aus der Mitte der 50er Jahre in das berufsschulpflichtige Alter und im Ausscheiden der diesen vorangehenden geburtenstärkeren Jahrgänge aus den Berufsschulen.

An den Berufsfachschulen — d. h. an Schulen, die im Vollzeitunterricht auf einen Beruf vorbereiten — sank die Schülerzahl um 4 % auf 8 100.

Um nur 2 % verringerte sich die Anzahl der Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens; die Schulen dieser Schulgattung hatten im ganzen rund 2 000 Schüler.

Die Angaben für die (einer Berufsbildung dienenden) Fachschulen können nicht mehr mit den Vorjahresergebnissen verglichen werden. Mehrere Fachschulen und Höhere Fachschulen wurden in Fachbereiche der Fachhochschule Hamburg übergeleitet und sind damit nicht mehr dem Schul-, sondern dem Hochschulbereich zuzuordnen. Rund 1 800 Schüler besuchten am Stichtag die noch als Fachschulen geltenden öffentlichen und privaten Einrichtungen.

Mehr als 3 Millionen beförderte Flugpassagiere

Der in den letzten Jahren beobachtete Anstieg im Luftverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel hat sich auch im Jahre 1970 fortgesetzt. So wurde im Personenverkehr mit 3 130 000 beförderten Passagieren erstmals die 3-Millionengrenze überschritten; die Zuwachsrate gegenüber 1969 erreichte damit 18,1 %. Rund 90 % aller Passagiere wurden im Linienverkehr befördert. Der größte Aufschwung ist jedoch in dem von der anhaltenden Zunahme der Pauschalflugreisen geprägten Gelegenheitsverkehr zu verzeichnen. Hier betrug die Steigerungsrate gegenüber 1969 33,4 %, was auf die immer größere Beliebtheit des Flugtourismus zurückzuführen ist.

Etwas geringer war die Zunahme bei den Flugzeugbewegungen. Hier wurde mit 64 400 Starts und Landungen das Vorjahresergebnis um rund 11,7 % übertroffen. Dieses relative Zurückbleiben hinter der Entwicklung im Personenflugverkehr findet seine Erklärung darin, daß in immer stärkerem Ausmaß kleinere Flugzeugtypen von größeren und leistungsfähigeren verdrängt werden.

Im gewerblichen Luftfrachtverkehr stieg die beförderte Gütermenge im Jahre 1970 auf 34 600 Tonnen an und übertraf damit das Ergebnis von 1969 um knapp 10 %. Außerdem wurden im Luftpostverkehr 8 000 Tonnen Postgut befördert (+5,3 %).

Wetter begünstigte Bautätigkeit

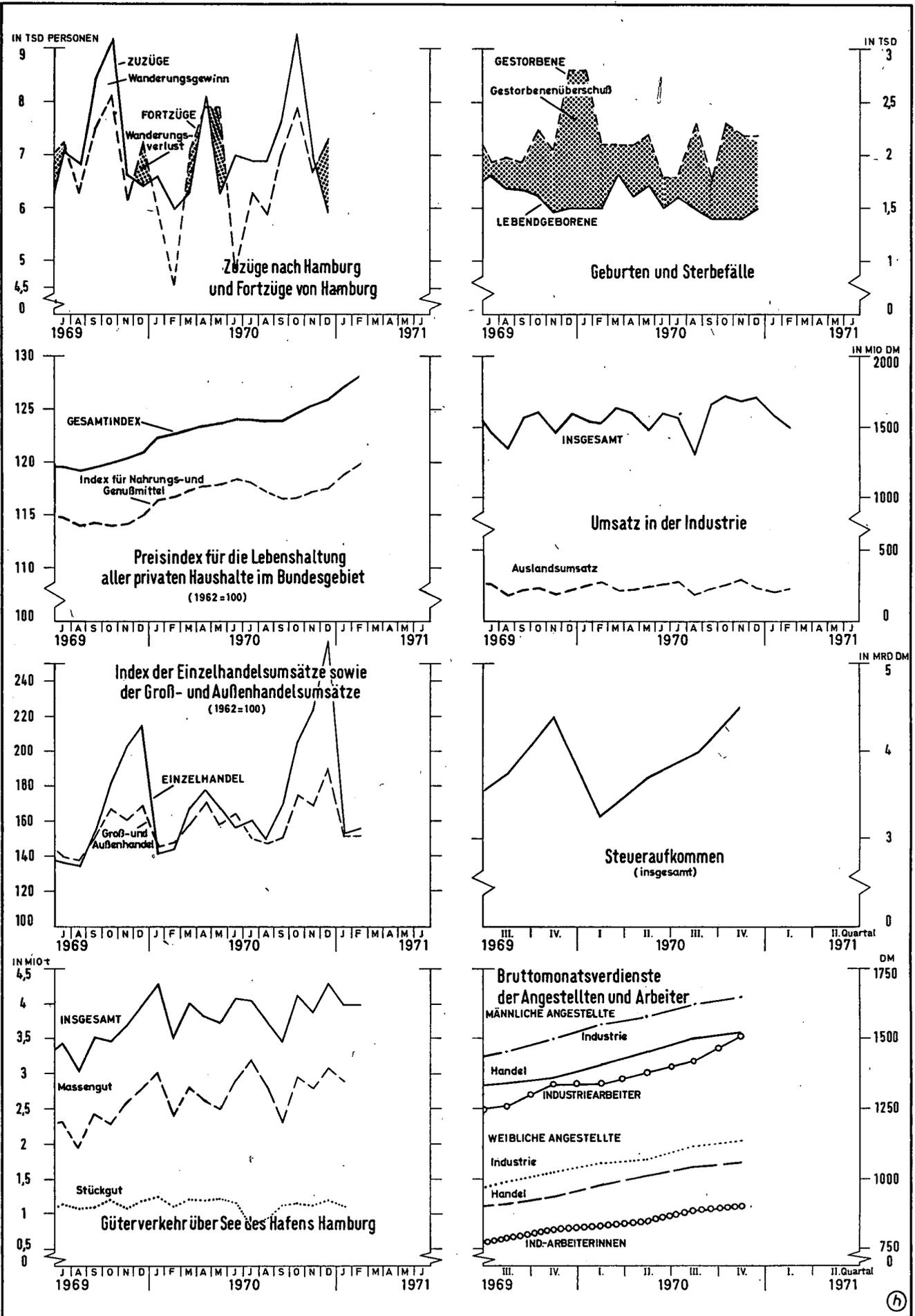
In den ersten zwei Monaten dieses Jahres hatte die Bautätigkeit in Hamburg — durch das relativ milde Wetter bedingt — einen für diese Winterzeit außergewöhnlich hohen Stand zu verzeichnen.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe — sonst zumeist die niedrigste um diese Zeit des Winters — war mit knapp 10 Millionen um 47,2 % höher als das Vergleichsergebnis für Januar und Februar 1970 (rund 6,8 Mio Stunden).

Alle Bauarten profitierten von dieser Situation. Insbesondere die Arbeitsleistung im Wohnungsbau war um mehr als die Hälfte (+58,3 %) größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Noch stärker zeigte sich die Gunst der Witterung bei der besonders witterungsabhängigen Sparte des Öffentlichen und Verkehrsbaus: dem Straßenbau; hier erschien ein Plus von 142,4 %.

Der Einfluß der günstigen Witterung trat auch bei der Zahl der Beschäftigten hervor. Mit mehr als 45 000 Personen hielt sie einen Stand, der um 4 % über den der gleichen Zeit des Vorjahres hinauskam und nur um ca. 1 400 Personen unter dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 1970 blieb.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



(h)

Die Studien- und Berufsziele der Hamburger Abiturienten

Ergebnisse der Abiturientenbefragung 1971

Anlaß und Verfahren der Erhebung

Mit diesem Beitrag werden Ergebnisse der im Januar/Februar 1971 durchgeführten Befragung der Hamburger Abiturienten nach ihren Studien- und Berufsabsichten veröffentlicht¹⁾. Die Erhebung erfolgte im Rahmen einer von der Kultusministerkonferenz und der Bund/Länder-Kommission für Bildungsplanung für das gesamte Bundesgebiet angeregten Befragung der Abiturienten des Schuljahrs 1970/71 sowie der wehr- und ersatzdienstleistenden Abiturienten, deren Dienstzeit in diesem Jahr abläuft; das Statistische Bundesamt arbeitet gegenwärtig an einer ausführlichen Aufbereitung des Gesamtmaterials.

Ziel der Erhebung war vor allem die Gewinnung von Anhaltspunkten für eine — nach Studienfächern und Hochschulorten differenzierte — Vorausschätzung des in den nächsten Semestern zu erwartenden Zustroms von Studienanfängern zu den deutschen Hochschulen, um angesichts der nach wie vor anschwellenden Studentenzahlen den für die Planung im Hochschulwesen verantwortlichen Instanzen Informationen zumindest über die in der nahen Zukunft eintretenden Entwicklungen zur Verfügung zu stellen.

Da die Hamburger Oberprimaner — erstmals — bereits nach den schriftlichen Prüfungen im November 1970 vom Schulbesuch beurlaubt waren, konnte die Erhebung in Hamburg nicht mehr in den Schulen abgewickelt werden. Das Statistische Landesamt hat daher im Einvernehmen mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung den Schülern der Abschlußklassen der öffentlichen und privaten Gymnasien (einschließlich der Abendgymnasien und des Hansa-Kollegs) einen Fragebogen mit der Post zugesandt. Insgesamt wurden 2 295 Schüler angeschrie-

ben. Bis zum Abschluß der Auszählung hatten 2 128 von ihnen den Fragebogen zurückgeschickt; der Rücklauf erreichte damit die erfreuliche Höhe von 93 %. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, waren die Bogen vollständig und sorgfältig ausgefüllt worden.

Die „Verweigerer“ sind aller Wahrscheinlichkeit nach zum großen Teil solche Schüler, die das Abitur nicht bestanden haben. Somit können die ermittelten Angaben nicht nur im Hinblick auf die ohnehin geringe Ausfallquote für die Schüler in den Hamburger Abiturklassen insgesamt als repräsentativ gelten, sondern die Zahlenangaben dürften darüber hinaus den tatsächlichen Gegebenheiten für die Gesamtheit der Schüler, die im Schuljahr 1970/71 in Hamburg die Hochschulreife erworben haben, sehr nahe kommen.

Gesamtüberblick

88 % der Schülerinnen und Schüler des Abiturientenjahrgangs 1971 werden ein Studium aufnehmen (vergl. Tabelle 1). Dieser Anteil ist bei den Mädchen nur um gut 1 % geringer als bei den Jungen. Allerdings beläuft sich die Gesamtzahl der Abiturientinnen lediglich auf etwa zwei Drittel der Zahl der männlichen Abiturienten.

Gegenüber der Frage „Studieren oder nicht studieren?“ sind die Jungen deutlich unentschlossener als die Mädchen. 8 % der männlichen, aber kaum 4 % der weiblichen Abiturienten hatten sich noch nicht grundsätzlich für Studium oder Berufsausübung entschieden.

Für knapp 10 % der Schülerinnen stand im Zeitpunkt der Befragung fest, daß sie nicht studieren werden; von den Jungen hatten sich dagegen nur gut 4 % zum Eintritt in das Berufsleben ohne vorheriges Hochschulstudium entschlossen.

¹⁾ Die Aufbereitung der Daten wurde manuell vorgenommen und mußte sich auf die Auszählung der wichtigsten Tatbestände beschränken. Diese Ergebnisse sind der Universität Hamburg und den vorwiegend interessierten Behörden bereits übermittelt worden.

Tabelle 1

Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 nach der Studienwilligkeit

Geschlecht	Abiturienten insgesamt		davon					
			Abiturienten mit Studienabsicht		Abiturienten ohne Studienabsicht		Abiturienten, die sich noch nicht für Beruf oder Studium entschieden haben	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
männlich	1 262	100	1 112	88,1	56	4,4	94	7,5
weiblich	866	100	750	86,6	84	9,7	32	3,7
zusammen	2 128	100	1 862	87,5	140	6,6	126	5,9

Die Studienziele der Abiturienten

Mehr als jeder dritte Abiturient will Lehrer werden ²⁾

Die Studienwünsche der Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 lassen eine leichte Verlagerung der Ausbildungsinteressen gegenüber den zur Zeit von den Studenten an den Hochschulen des Bundesgebiets belegten Studienfächern erkennen. An Attraktivität gewinnen insbesondere die verschiedenen Lehrämter.

Bereits mehr als ein Drittel aller künftigen Studierenden streben ein Lehramt an, von den Abiturientinnen haben sogar 52% dieses Berufsziel. Jede dritte Studienanfängerin will allein Volks- und Realschullehrerin werden; absolut gesehen wird die Zahl der weiblichen Studienanfänger mit dem Studienziel

²⁾ Bei den Anteilsangaben dieses Abschnitts handelt es sich um die jeweiligen Anteile an den „studienwilligen“ Abiturienten, nicht um Quoten, die auf die Gesamtheit der Abiturienten bezogen sind.

„Lehramt an Volks- und Realschulen“ die entsprechende Zahl der Männer um das Doppelte übertreffen (249 gegenüber 83; vergl. T a b e l l e 2).

Bei den angehenden Gymnasiallehrern überwiegen dagegen noch die Männer; 151 männliche und 109 weibliche Abiturienten haben sich für das höhere Lehramt entschieden. Das beliebteste Fach bei allen Abiturienten, die Studienrat werden wollen, ist Germanistik. Am zweithäufigsten wird Englisch gewählt, alsdann Mathematik, Gemeinschaftskunde/Soziologie und Geschichte. Außerordentlich selten genannt wurde Latein (vergl. T a b e l l e 3). Die Kombinationen Mathematik/Physik (24 Abiturienten), Germanistik/Gemeinschaftskunde (19) und Germanistik/Geschichte (15) waren die am häufigsten bevorzugten Fächerverbindungen.

Für das mitunter als „Basiswissenschaft der Automation“ bezeichnete Fach Informatik, das als eigenständiges Studienfach erst seit dem Sommerseme-

T a b e l l e 2

Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 nach angestrebtem Studienfach,

Studienfach / Lehramt	Abiturienten mit Studienabsicht				Darunter beabsichtigen ihr Studium in Hamburg aufzunehmen		Von den Abiturienten, die in Hamburg studieren wollen (Sp. 5), beabsichtigen ihr Studium aufzunehmen im:		
	männlich	weiblich	zusammen		insgesamt	darunter weiblich	SS 71	WS 71/72	SS 72
			Zahl	%					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Theologie	8	2	10	0,5	9	2	8	1	—
Rechtswissenschaft	101	29	130	7,0	110	24	96	5	—
Volkswirtschaftslehre	51	7	58	3,1	50	4	38	1	2
Betriebswirtschaftslehre	113	16	129	6,9	101	12	72	5	—
Medizin	94	70	164	8,8	144	59	134	4	1
Zahnmedizin	25	12	37	2,0	36	12	29	2	—
Soziologie	15	14	29	1,6	19	8	16	1	1
Psychologie	41	25	66	3,6	58	19	48	4	—
Lehramt an Volks- und/oder Realschulen	83	249	332	17,8	301	224	278	10	3
Gymnasien	151	109	260	14,0	242	99	191	16	7
Sonderschulen	10	28	38	2,0	35	25	33	—	2
berufsbild. Schulen	18	4	22	1,2	21	4	18	1	—
Germanistik	16	12	28	1,5	23	11	20	3	—
Englisch	2	4	6	0,3	4	2	1	—	—
Französisch	1	4	5	0,3	5	4	4	1	—
Mathematik	44	15	59	3,2	53	12	47	2	—
Informatik	18	4	22	1,2	19	3	18	—	—
Physik	39	8	47	2,5	41	7	34	1	—
Chemie	41	5	46	2,5	44	5	37	2	—
Pharmazie	16	28	44	2,4	36	22	5	5	1
Biologie	16	16	32	1,7	30	14	27	—	1
Kunst	3	7	10	0,5	5	3	3	1	—
Musik	10	9	19	1,0	16	8	13	—	—
Architektur	27	12	39	2,1	14	7	8	5	—
Bauingenieurwesen	17	1	18	1,0	2	1	—	1	1
Maschinenbau	16	1	17	0,9	2	1	1	—	1
Elektrotechnik	22	1	23	1,2	5	1	—	1	2
Sonstige Fächer und ohne Angabe	114	58	172	9,2	91	32	60	15	7
Insgesamt	1 112	750	1 862	100,0	1 516	625	1 239	87	29

ster 1970 besteht und auch in Hamburg seit dem vergangenen Wintersemester von Studenten mit bestandener Diplom-Vorprüfung in Mathematik, Physik oder Elektrotechnik studiert werden kann, haben bereits 22 Abiturienten Interesse bekundet, beinahe ebenso viele wie für die bislang recht beliebte Soziologie (29).

3,6 % (= 66) der Abiturienten haben sich für Psychologie entschieden. Der Prozentsatz entspricht in etwa dem Anteil, den die im ersten Hochschulsemester stehenden Psychologen an allen Studienanfängern des Wintersemesters 1970/71 – nach der Einführung des numerus clausus in diesem Fach – an der Hamburger Universität erreichen³⁾. Bei der Erhebung wurde den Abiturienten auch die Frage gestellt, auf welche Fachrichtung sie am ehesten ausweichen würden, falls sie für das von ihnen zunächst gewählte Studienfach nicht

³⁾ Insgesamt jedoch hatten im Wintersemester 1970/71 über 5 % der deutschen Studierenden in Hamburg Psychologie als erstes Studienfach belegt (Bundesdurchschnitt für das Wintersemester 1969/70: rund 2 %).

zugelassen werden könnten. Die Psychologen gaben als akzeptable Ausweichmöglichkeit in erster Linie Erziehungswissenschaft (14 Nennungen) und Soziologie (11 Nennungen) an.

Der Anteil der Abiturienten, die Medizin (164) oder Zahnmedizin (37) studieren möchten, ist mit zusammen 11 % geringfügig höher als der rund 10 % ausmachende prozentuale Anteil der Mediziner und Zahnmediziner an den deutschen Studierenden insgesamt⁴⁾. Die Abiturienten mit der Studienabsicht Medizin nannten als Ausweichstudienfach für den Fall einer Nichtzulassung vor allem Biologie (33 Nennungen), Psychologie (14 Nennungen) und Chemie (12 Nennungen).

In der Rechtswissenschaft liegt der Anteil der künftigen Studienanfänger aus Hamburg mit 7 % geringfügig unter dem der Juristen an allen deutschen Studierenden des Wintersemesters 1969/70 (rund 9 %) und erheblich unter dem Anteil der Juristen an den

voraussichtlichem Studienbeginn und Schultyp der zuletzt besuchten Schule

Studienfach / Lehramt	Von den Abiturienten, die in Hamburg studieren wollen (Sp. 5), beabsichtigen ihr Studium aufzunehmen im:			Von den Abiturienten (Sp. 3) besuchten zuletzt ein:					
	WS 72/73	SS 73 u. später	ohne Angabe	alt-sprachliches	neu-sprachliches	math.-naturwiss.	sozialwiss. u. wirtschaftswiss.	musisches	sonstiges
	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Theologie	—	—	—	3	2	3	—	—	2
Rechtswissenschaft	1	8	—	19	70	10	17	1	13
Volkswirtschaftslehre	1	8	—	4	22	17	14	—	1
Betriebswirtschaftslehre	5	19	—	6	51	31	34	—	7
Medizin	2	3	—	26	74	42	2	3	17
Zahnmedizin	2	3	—	6	12	9	4	—	6
Soziologie	1	—	—	4	14	9	—	—	2
Psychologie	3	2	1	5	37	14	4	—	6
Lehramt an									
Volks- und/oder Realschulen	5	5	—	9	191	46	61	1	24
Gymnasien	13	10	5	32	116	60	25	1	26
Sonderschulen	—	—	—	—	21	8	6	2	1
berufsbild. Schulen	1	—	1	—	6	2	5	—	9
Germanistik	—	—	—	6	16	1	1	—	4
Englisch	1	2	—	1	5	—	—	—	—
Französisch	—	—	—	—	5	—	—	—	—
Mathematik	2	2	—	6	17	27	7	—	2
Informatik	—	1	—	2	5	13	2	—	—
Physik	2	3	1	3	4	35	2	—	3
Chemie	1	4	—	2	9	32	—	—	3
Pharmazie	—	25	—	2	23	17	—	—	2
Biologie	1	1	—	1	9	15	1	1	5
Kunst	—	1	—	1	6	2	—	1	—
Musik	2	1	—	4	7	3	1	3	1
Architektur	1	—	—	1	17	13	2	3	3
Bauingenieurwesen	—	—	—	—	4	13	1	—	—
Maschinenbau	—	—	—	—	1	14	1	—	1
Elektrotechnik	1	1	—	2	3	15	—	—	3
Sonstige Fächer und ohne Angabe	4	4	1	17	70	48	12	4	21
Insgesamt	49	103	9	162	817	499	202	20	162

deutschen Studierenden der Universität Hamburg im Wintersemester 1970/71 (12 %).

Tabelle 3

Häufigkeit der von den 260 Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 mit dem Studienziel „Lehrer an Gymnasien“ genannten Studienfächer

Studienfächer	Zahl der Nennungen als 1. bzw. 2. Studienfach
Germanistik	73
Anglistik	53
Mathematik	44
Gemeinschaftskunde/Soziologie	41
Geschichte	39
Kunst	31
Leibesübungen	30
Biologie	28
Physik	28
Französisch	26
Geographie	20
Musik	18
Chemie	13
Latein	5
Sonstige Fächer und ohne Angabe	71
Zahl der Nennungen insgesamt	520

Ebenfalls nachzulassen scheint die Neigung, ein wirtschaftswissenschaftliches Studium aufzunehmen: An der Universität Hamburg waren im vergangenen Wintersemester 11 % der Studierenden Betriebswirte und 5 % Volkswirte; unter den diesjährigen Abiturienten wollen demgegenüber nur noch 7 % Betriebswirtschaftslehre und 3 % Volkswirtschaftslehre studieren.

Als annähernd gleichbleibend erweist sich der Beliebtheitsgrad der Naturwissenschaften. Mathematik, Physik, Chemie oder Biologie haben – einschließlich der angehenden Gymnasiallehrer – über 13 % der Hamburger Abiturienten als ihr künftiges Studienfach angegeben. An den Hochschulen des Bundesgebiets hatten im Wintersemester 1969/70 etwa 14 % der deutschen Studierenden diese Fächer belegt.

Zudem beeinflusst das Fehlen einer Technischen Hochschule in Hamburg die auf eine technische Ausbildung gerichteten Studienwünsche offensichtlich in negativer Richtung. Beispielsweise haben lediglich jeweils rund 1 % der Abiturienten als Studienfach Elektrotechnik, Maschinenbau oder Bauingenieurwesen gewählt, während im Wintersemester 1969/70 insgesamt fast 7 % aller deutschen Studenten für diese drei Fachrichtungen eingeschrieben waren.

Ein Fünftel der Altsprachler wird Mediziner

Ein deutlicher, wenn auch nicht extrem ausgeprägter Zusammenhang ist zwischen der Wahl des Studienfachs und dem besuchten Zweig des Gymnasiums erkennbar.

So treten bei den Neusprachlern – der größten Gruppe der Abiturienten – die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer mit zusammen gut 10 % erwartungsgemäß etwas in den Hintergrund. Diese Abiturienten stellen aber wesentlich mehr als

^{*)} Dieser und ebenso die noch folgenden Vergleiche mit den Daten für das Bundesgebiet stützen sich auf die Zahlenangaben der „Kleinen Hochschulstatistik“ für das Wintersemester 1969/70.

die Hälfte der angehenden Volks- und Realschullehrer, Psychologen und Juristen des Hamburger Abiturientenjahrgangs 1971.

Rund 40 % der Abiturienten aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der Gymnasien streben ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium an; andererseits möchten jedoch zum Beispiel 10 % dieser Abiturienten Volks- oder Betriebswirte werden.

Die Humanisten bevorzugen das höhere Lehramt (20 %) sowie die alten Fakultäten „Juristerei und Medizin“ (12 % und 20 %), beabsichtigen aber auch zu mehr als 11 %, sich für naturwissenschaftlich-technische Fächer einschreiben zu lassen.

Von den Abiturienten der Wirtschaftsgymnasien und des sozialwissenschaftlichen Gymnasiums hat knapp ein Viertel angegeben, Volkswirtschaftslehre oder Betriebswirtschaftslehre studieren zu wollen, etwa die Hälfte aber wird sich um ein Lehramt bewerben, 8 % haben vor, Juristen zu werden, und 3 % möchten ein Medizinstudium aufnehmen.

Die nur wenigen Abiturienten aus dem musischen Gymnasium konzentrieren ihre Studienwünsche auf Architektur und Musik, haben jedoch auch Medizin oder ein Lehramt gewählt.

Bei den im übrigen in Tabelle 2 unter den „sonstigen“ Gymnasien zusammengefaßten Schultypen handelt es sich vorwiegend um Abendgymnasien und um (staatlich genehmigte) private Schulen, die eine Gliederung in Schulzweige nicht kennen.

Über 80 % der Abiturienten mit Studienabsicht wollen in Hamburg studieren

80 % der studienwilligen Hamburger Abiturienten und 83 % der Abiturientinnen werden ihr Studium auch an einer Hamburger Hochschule – zumeist an der Universität – beginnen. Diese für die Gesamtheit geltenden Anteile treffen in aller Regel ebenso für die Relationen in den einzelnen Fächern zu. Nur bei den Soziologen ist der Anteil der Abiturienten, die an einer auswärtigen Hochschule studieren möchten, etwas größer.

Die sich nach den Antworten der Abiturienten ergebende Verteilung auf die einzelnen Hochschulen zeigt Tabelle 4. Von den Hamburger Abiturienten werden Großstädte, insbesondere Berlin, eher als auswärtiger Studienort ins Auge gefaßt als kleinere Hochschulstädte. Bemerkenswert erscheint, daß auch 26 Abiturienten eine Ausbildung an der Fachhochschule Hamburg anstreben. An der Hamburger Musikhochschule wollen 21 und an der Hochschule für bildende Künste 45 Abiturienten ein Studium aufnehmen.

Für solche Abiturienten, die an der Universität Hamburg die numerus clausus-Fächer Medizin und Psychologie studieren möchten, wurden auch die Ausweichstudienorte ausgezählt. Für den Fall einer Nichtzulassung in Hamburg würden die Mediziner Kiel (29 Nennungen), Berlin (19) und Freiburg (8)

Tabelle 4

Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 nach bevorzugten Hochschulen und Hochschulorten sowie nach dem Studienbeginn.

Hochschulen	Abiturienten mit Studienabsicht				Davon beabsichtigen ihr Studium aufzunehmen im					
	männlich	weiblich	zusammen		SS 1971		WS 1971/72 und später		ohne Angabe	
			Zahl	%	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A) Universitäten insgesamt	928	674	1 602	86,0	712	590	208	83	8	1
darunter										
Hamburg	837	582	1 419	76,2	663	522	168	59	6	1
Berlin	17	14	31	1,7	9	11	7	3	1	—
München	10	17	27	1,5	4	12	6	5	—	—
Köln	4	1	5	0,3	2	1	2	—	—	—
B) Technische Hochschulen bzw. Technische Universitäten insgesamt	91	3	94	5,1	22	—	68	1	1	2
darunter										
Braunschweig	26	1	27	1,5	1	—	25	1	—	—
Hannover	24	1	25	1,3	4	—	19	1	1	—
C) Pädagogische Hochschulen insgesamt	1	5	6	0,3	—	—	1	3	—	2
D) Kunst-, Musik- und Sporthochschulen insgesamt	36	41	77	4,1	21	29	14	12	1	—
darunter										
Hamburg:										
Hochschule für Musik	10	11	21	1,1	8	8	2	3	—	—
Hochschule für bildende Künste ..	22	23	45	2,4	12	16	9	7	1	—
E) Übrige Hochschulen	22	11	33	1,8	7	5	15	6	—	—
darunter										
Fachhochschule Hamburg	15	11	26	1,4	6	5	9	6	—	—
F) Hochschulen im Ausland	11	6	17	0,9	7	1	4	4	—	1
G) Ohne Angabe	23	10	33	1,8	9	3	12	3	2	4
Insgesamt	1 112	750	1 862	100,0	778	628	322	112	12	10

als annehmbare Ersatzstudienorte ansehen, die Psychologen Berlin (11 Nennungen) und Kiel (7).

Nur wenige Abiturienten beabsichtigen, ihr Studium nach dem Sommersemester 1971 aufzunehmen

Aus Tabelle 4 ist weiter ersichtlich, daß nur 29 % der männlichen und 15 % der weiblichen Abiturienten ihr Studium noch nicht im Sommersemester 1971 beginnen wollen oder können.

Auch von den Abiturienten, die sich zunächst in Hamburg immatrikulieren lassen werden, wird mit 82 % die überwiegende Mehrzahl in diesem Sommersemester in die Hochschulen einziehen. Ein fä-

cherspezifisch unterschiedlicher Studienbeginn ist im allgemeinen nicht erkennbar; lediglich bei den Abiturienten, die ein wirtschaftswissenschaftliches oder pharmazeutisches Studium gewählt haben, findet sich — vermutlich bedingt durch voruniversitäre Praktikums- und Lehrzeiten — ein hoher Anteil mit einem für das „Sommersemester 1973 oder später“ angegebenen Studienbeginn.

Zur sozialen Herkunft der Abiturienten

Die bekannte Tatsache, daß Maßnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungswesen nicht erst im Tertiärbereich einsetzen dürfen, belegen auch die von den Hamburger Abiturienten gegebenen Antworten auf die Frage nach der Stellung des Vater im Beruf⁵⁾.

Obwohl etwa 42 %⁶⁾ der männlichen erwerbstätigen Hamburger ihrer sozialversicherungsrechtlichen Stellung nach Arbeiter sind, beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an allen Abiturienten nicht einmal 7 %. Bei

⁵⁾ Die Frage nach der Stellung des Vaters im Beruf sollte anfänglich in den bundeseinheitlichen Fragebogen aufgenommen werden, wurde später jedoch wieder gestrichen. In Hamburg ist der Erhebung der erweiterte Fragebogenentwurf zugrunde gelegt worden, da wegen des frühen — von den übrigen Bundesländern mit Ausnahme Berlins abweichenden — Abiturtermins die Entscheidung über den endgültigen Fragenkatalog nicht abgewartet werden konnte, ohne die erfolgreiche Durchführung der Befragung zu gefährden.

⁶⁾ Vorwegergebnis der Volkszählung 1970.

Tabelle 5

Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 nach der Stellung des Vaters im Beruf

Stellung des Vaters im Beruf	Abiturienten insgesamt						davon					
							Abiturienten mit Studienabsicht					
	männlich		weiblich		zusammen		männlich		weiblich		zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Arbeiter	112	8,9	36	4,2	148	6,9	98	8,8	28	3,7	186	6,8
Angestellter	525	41,8	349	40,3	877	41,2	467	42,0	299	39,9	766	41,1
Beamter	275	21,8	197	22,7	472	22,2	241	21,7	174	23,2	415	22,3
Selbständiger	303	24,0	256	29,6	559	26,3	268	24,1	226	30,1	494	26,5
Sonstige Stellung	38	3,0	26	3,0	64	3,0	33	3,0	21	2,8	54	2,9
Ohne Angabe	6	0,5	2	0,2	8	0,4	5	0,4	2	0,3	7	0,4
Insgesamt	1 262	100	866	100	2 128	100	1 112	100	750	100	1 862	100

Fortsetzung: Tabelle 5

Stellung des Vaters im Beruf	nach: davon											
	Abiturienten ohne Studienabsicht						Abiturienten, die sich noch nicht für Beruf oder Studium entschieden haben					
	männlich		weiblich		zusammen		männlich		weiblich		zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Arbeiter	4	7,1	8	9,5	12	8,6	10	10,6	—	—	10	7,9
Angestellter	24	42,9	37	44,0	61	43,6	37	39,4	13	40,6	50	39,7
Beamter	10	17,8	15	17,9	25	17,8	24	25,5	8	25,0	32	25,4
Selbständiger	15	26,8	20	23,8	35	25,0	20	21,3	10	31,1	30	23,8
Sonstige Stellung	3	5,4	4	4,8	7	5,0	2	2,1	1	3,1	3	2,4
Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	1	1,1	—	—	1	0,8
Insgesamt	56	100	84	100	140	100	94	100	32	100	126	100

den Mädchen sind sogar nur 4% die Töchter von Arbeitern, bei den Jungen sind 9% Arbeitersöhne (vergl. Tabelle 5).

Eine sehr hohe Bereitschaft, ihre Kinder — insbesondere ihre Töchter — Abitur machen zu lassen, zeigen demgegenüber vor allem die Selbständigen. Rund 11%⁷⁾ der männlichen Erwerbstätigen in Hamburg sind Selbständige, aber von den Schülerinnen und Schülern in den Abiturklassen kommen beinahe 30% der Mädchen und ein knappes Viertel der Jungen aus einer Familie, in der der Vater selbständig tätig ist.

Stark überrepräsentiert sind unter den Abiturienten auch die Beamtenkinder. Mehr als ein Fünftel aller Abiturientinnen und Abiturienten stammen aus einer Beamtenfamilie, während die Beamten unter den männlichen Erwerbstätigen nur gut ein Zehntel⁷⁾ ausmachen.

Die meisten Abiturienten (40%) sind die Kinder von Angestellten, die unter den männlichen Erwerbstätigen mit 36%⁷⁾ die zweitgrößte Gruppe bilden.

Diese für die Abiturienten insgesamt beobachtete sozialschichtenspezifische Verteilung gilt ohne wesentliche Abweichungen gleichermaßen für die studienwilligen Abiturienten wie für diejenigen, die nicht studieren werden.

⁷⁾ Vorwegergebnis der Volkszählung 1970.

Über 20% Arbeiterkinder unter den Schülern der Abendgymnasien

Die Auszählung der Abiturienten nach der Stellung des Vaters im Beruf und dem Schulzweig des zuletzt besuchten Gymnasiums bestätigt die Auffassung, daß die Kinder von Arbeitern mehr zur Wahl von Ausbildungsrichtungen neigen, in denen das sprachlich-verbale Element zugunsten des Gebrauchs von formelhaft vorgeprägten technisch-mathematischen Bedeutungschiffren ein wenig zurücktritt. Annähernd ein Drittel aller Abiturienten aus Arbeiterfamilien besuchten den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig eines Gymnasiums und stellten dort rund 8% aller Schüler (vergl. Tabelle 6). Auf der anderen Seite waren unter den Altsprachlern nicht einmal 4% (6 von 166) Arbeiterkinder; ebenso groß war ihr Anteil an den Schülern des neusprachlichen Zweiges der Gymnasien (36 von 939). Von den Abiturienten der Wirtschaftsgymnasien stammte jeder neunte aus einer Arbeiterfamilie. Den höchsten Anteil erreichten die Arbeiterkinder mit 22% an den Abendgymnasien.

Auch bei den Angestelltenkindern war der Anteil an den Abiturienten aus den mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien etwas größer und an den Altsprachlern deutlich geringer als der entsprechende Anteil an den Abiturienten insgesamt.

Die Kinder von Beamten und Selbständigen hingegen waren an den humanistischen Gymnasien anteilmäßig

Tabelle 6

**Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71 nach der Stellung des Vaters im Beruf
und dem Schultyp der zuletzt besuchten Schule**

Stellung des Vaters im Beruf	Abiturienten insgesamt		davon besuchten zuletzt ein										sonstiges Gymnasium	
			altsprachl.		neusprachl.		mathem.- naturw.		sozialwiss. u. wirtschaftsw.		musi- sches		insgesamt	
	Gymnasium													
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Arbeiter	148	6,9	6	3,6	36	3,8	45	7,9	27	10,9	—	34	18,3	22
Angestellter	877	41,2	59	35,6	403	42,9	246	43,3	102	41,3	9	58	31,2	28
Beamter	472	22,2	40	24,1	228	24,3	111	19,5	59	23,9	3	31	16,7	21
Selbständiger	559	26,3	58	34,9	245	26,1	150	26,4	48	19,4	8	50	26,9	22
Sonstige Stellung	64	3,0	1	0,6	25	2,7	14	2,5	11	4,5	2	11	5,9	7
Ohne Angabe	8	0,4	2	1,2	2	0,2	2	0,4	—	—	—	2	1,0	—
Insgesamt	2 128	100	166	100	939	100	568	100	247	100	22	186	100	100

¹⁾ Abendgymnasien und Abendwirtschaftsgymnasium.

zumeist stärker vertreten als an den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweigen, aber auch als an den neusprachlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasien.

Auffallende Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Zweigen der Gymnasien auch hinsichtlich der jeweiligen Quote der studienwilligen Abiturienten. Aus der Gegenüberstellung der Werte für die Abiturienten, die ein Studium aufnehmen werden, (Tabelle 2) mit der Gesamtzahl der Schüler in den verschiedenen Schultypen (Tabelle 6) kann errechnet werden, daß von den Altsprachlern 98 % der Abiturienten studieren wollen, von den Abiturienten aus den Wirtschaftsgymnasien hingegen nur 82 %. Für die neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweige sowie für die sonstigen Gymnasien entspricht der Anteil der Abiturienten, die eine Hochschulausbildung anstreben, fast genau dem bei 88 % liegenden Gesamtdurchschnitt.

Die Berufsziele der nicht studierenden Abiturienten

10 % der Abiturientinnen und 4 % der Abiturienten haben vor, nach dem Abschluß der Schulzeit sofort in die berufliche Praxis zu gehen. Durch den besonders bei den Jungen relativ hohen Anteil von Unentschlossenen müssen diese Zahlenangaben allerdings mit Vorsicht gehandhabt werden. Dem derzeitigen Anschein nach überwiegen unter den „Nichtstudenten“ die weiblichen Abiturienten.

Für die Abiturienten und in noch stärkerem Maße für die Abiturientinnen, die nicht beabsichtigen zu studieren, ist die gehobene Beamtenlaufbahn das mit erheblichem Abstand beliebteste Berufsziel: knapp ein Drittel dieser Schüler und über 40 % dieser Schülerinnen werden nach dem Abitur einen Verwaltungsberuf ergreifen. Der öffentliche Dienst, dem in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer das Odium des trockenen Bürokratismus anhaftet, erweist sich damit gegenüber den Berufsangeboten der Wirtschaft als überraschend konkurrenzfähig.

Jeder sechste Abiturient und jede zehnte Abiturientin, die nicht studieren wollen, möchten „Kaufmann“ werden; absolut betrachtet handelt es sich bei diesen Angaben aber um einstellige Zahlen. Den glei-

chen Rang des Interesses können Berufe, in denen Fremdsprachen eine Rolle spielen — wie etwa Dolmetscher oder fremdsprachliche Korrespondentinnen —, für sich beanspruchen. Von den nicht studierenden männlichen Abiturienten hat zwar jeder siebente das Ziel, Flugzeugpilot zu werden, kein einziger jedoch hat die Frage nach dem gewählten Beruf mit „Offizier“ beantwortet.

Schlußbemerkung

Bei allen Befragungen, die auf ein in der Zukunft liegendes Handeln von Menschen abzielen, tragen die eingeholten Antworten stets den Charakter von mehr oder minder unverbindlichen Absichtserklärungen und sind als solche ihrer Natur nach mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Um den Verlässlichkeitswert insbesondere von Abiturientenbefragungen zu ermitteln, sollen die von den Abiturienten erhobenen Angaben in den nächsten Semestern mit den hochschulstatistischen Daten der erstimmatrikulierten Studienanfänger verglichen und hinsichtlich ihrer Realisierung überprüft werden. Im Rahmen der

Tabelle 7

**Hamburger Abiturienten des Schuljahres 1970/71
ohne Studienabsicht nach dem Berufsziel**

Berufsziele	männlich		weiblich		zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4	5	6
Beamter	18	32,1	36	42,8	54	38,6
Kaufmann	9	16,1	8	9,5	17	12,1
Dolmetscher(in)/ Korrespondent(in)	9	16,1	9	10,7	18	12,9
Datenverarbeitungsberufe	4	7,1	6	7,1	10	7,1
Luftverkehrsberufe	8	14,3	3	3,6	11	7,9
Werbungsberufe	2	3,6	4	4,8	6	4,3
Sonstige	1	1,8	14	16,7	15	10,7
Ohne Angabe	5	8,9	4	4,8	9	6,4
Insgesamt	56	100	84	100	140	100

Hochschulverlaufsstatistik wird zudem beobachtet werden können, in welchem Ausmaß sich die Studenten während des Studiums von den ursprünglich erklärten Absichten entfernen und sich auf geänderte Studienziele festlegen. Da die Hamburger Abiturienten zum größten Teil bereits im diesjährigen Som-

mersemester ihr Studium beginnen, können hier auch die ersten Zusammenführungen vorgenommen und die ersten Ergebnisse ausgewertet werden. Das Statistische Landesamt wird diese Resultate ebenfalls kurzfristig nach Abschluß der Auswertungsarbeiten bekanntgeben.

Zusammenfassung

Von den Schülerinnen und Schülern des Abiturientenjahrgangs 1971 werden annähernd 90% ein Studium aufnehmen.

Fast ein Viertel der männlichen studienwilligen Abiturienten beabsichtigen, Lehrer – zumeist Studienrat – zu werden. Bei den Abiturientinnen strebt mehr als jede zweite ein Lehrstudium an, und zwar ganz überwiegend das Volks- und Real-schullehramt.

An Beliebtheit nachgelassen haben die juristischen und wirtschaftswis-

senschaftlichen Studiengänge.

Über 80% der studienwilligen Hamburger Abiturienten werden ihr Studium an einer Hamburger Hochschule beginnen. Der Zeitpunkt für die Aufnahme des Studiums ist in aller Regel das Sommersemester 1971.

Nicht einmal 7% der Abiturienten sind die Kinder von Arbeitern, über 40% stammen aus einer Angestelltenfamilie, bei rund 25% der Abiturienten ist der Vater selbständig tätig und bei über 20% ist der Vater

Beamter. Relativ häufig besuchten die Arbeiterkinder den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der Gymnasien.

Für 10% der Abiturientinnen und 4% der Abiturienten steht es fest, nicht zu studieren (4% der Mädchen und 8% der Jungen sind noch unentschlossen). Beinahe 40% der nichtstudierenden Abiturienten haben sich für die Beamtenlaufbahn entschieden.

Dieter Buch

Eigentumswohnungen in Hamburg am 25. Oktober 1968

Fast 21 000 Eigentumswohnungen in Hamburg

Am 25. 10. 1968, dem Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung, gab es in Hamburg 2 465 Gebäude mit 20 836 Eigentumswohnungen; das sind Wohnungen, für die nach dem „Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht“ vom 15. 3. 1951 (BGBl. I, S. 175) im Wohnungsgrundbuch ein Sondereigentum für den Eigentümer der Wohnung eingetragen ist. Damit hatten die Eigentumswohnungen einen Anteil von etwas mehr als 3% des gesamten Bestandes von 669 929 Wohnungen zu diesem Zeitpunkt. Hiervon befanden sich im Bezirk

Hamburg-Mitte	360 Gebäude mit 3 595 Eigentumswohnungen
Altona	262 Gebäude mit 1 913 Eigentumswohnungen
Eimsbüttel	570 Gebäude mit 4 824 Eigentumswohnungen
Hamburg-Nord	365 Gebäude mit 3 531 Eigentumswohnungen
Wandsbek	591 Gebäude mit 4 505 Eigentumswohnungen
Bergedorf	70 Gebäude mit 524 Eigentumswohnungen
Harburg	247 Gebäude mit 1 945 Eigentumswohnungen

Es überrascht nicht, daß die Bezirke mit dem höchsten absoluten Zuwachs an Wohnungen in den vergangenen 12 Jahren – Eimsbüttel und Wandsbek¹⁾ – auch die höchsten Zahlen an Gebäuden mit Eigentumswohnungen und an solchen Wohnungen aufzuweisen hatten, kann es doch Eigentumswohnungen erst ab 1951 geben²⁾. Allerdings war im Bezirk Wandsbek, wo der Wohnungszugang von 1956 bis 1968 mehr als doppelt so hoch war wie im Bezirk Eimsbüttel, der Bestand an Eigentumswohnungen um 320 Einheiten geringer. Auffallend ist, daß im Bezirk Hamburg-Nord, der bei weitem die meisten Wohnungen aufweist¹⁾, die Zahl der Eigentumswohnungen sogar noch etwas geringer ist als im Bezirk Hamburg-Mitte; beide Bezirke hatten allerdings einen etwa gleich großen Zuwachs zwischen 1956 und 1968 aufzuweisen¹⁾.

Diese Vergleiche zeigen, daß die Zahl von Eigentumswohnungen in den sieben Bezirken Hamburgs keine vom Wohnungsbestand oder von der Bautätigkeit in den letzten Jahren allein abhängige Größe ist; sie wurde offensichtlich von anderen Faktoren mitbestimmt, zu denen u. a. die jeweilige Lage der entsprechenden Bauvorhaben zählen dürfte.

Die Größe der Eigentumswohnungen entsprach etwa der Größe der Wohnungen insgesamt

Die durchschnittliche Wohnfläche aller Eigentumswohnungen in Hamburg betrug 60 qm und war damit nur wenig geringer als der entsprechende Wert für die Wohnungen insgesamt (62 qm). Betrachtet man

die Eigentumswohnungen nach Größenklassen ihrer Wohnflächen, so zeigt sich folgende Verteilung:

unter 40 qm Wohnfläche	3 027 Eigentumswohnungen
40 bis unter 60 qm Wohnfläche	7 700 Eigentumswohnungen
60 bis unter 80 qm Wohnfläche	7 379 Eigentumswohnungen
80 bis unter 100 qm Wohnfläche	1 902 Eigentumswohnungen
100 und mehr qm Wohnfläche	828 Eigentumswohnungen
Zusammen	20 836 Eigentumswohnungen

In den genannten fünf Größenklassen weicht die durchschnittliche Wohnfläche der Eigentumswohnungen (32 – 50 – 68 – 86 – 125 qm), mit Ausnahme der höchsten Klasse, nur jeweils um 1 qm vom Durchschnitt aller Wohnungen (31 – 49 – 67 – 87 – 130 qm) ab.

Etwas anders wird das Bild, wenn die Eigentumswohnungen nach der Zahl der Räume³⁾ betrachtet und mit den Wohnungen insgesamt verglichen werden:

1 Raum	293 oder 1% aller Eigentumswohnungen
2 Räume	2 672 oder 13% aller Eigentumswohnungen
3 Räume	7 677 oder 37% aller Eigentumswohnungen
4 Räume	7 773 oder 37% aller Eigentumswohnungen
5 Räume	1 928 oder 9% aller Eigentumswohnungen
6 oder mehr Räume	493 oder 2% aller Eigentumswohnungen

Wie bei den Wohnungen insgesamt liegt das Hauptgewicht mit etwa gleichem Anteil auch bei den Eigentumswohnungen bei 4 Räumen, doch hatten die größeren Eigentumswohnungen einen geringeren und die Eigentumswohnungen mit 2 und mit 3 Räumen einen größeren Anteil als es den Relationen für alle Wohnungen entspräche.

Alle Eigentumswohnungen zusammen hatten 72 666 Räume und eine Wohnfläche von 1 252 600 qm; das ist etwas mehr als die gesamte Fläche des Stadtteils Dulsberg.

Weniger als die Hälfte der Eigentumswohnungen waren „selbstbewohnt“

Von den am Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung ermittelten 20 836 Eigentumswohnungen waren nur 9 493 – das sind etwa 46% – von den Eigentümern selbst bewohnt. Die Mehrzahl aller Eigentumswohnungen wurden in Hamburg demnach von Nichteigentümern genutzt und dürften in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle vermietet worden sein. Das läßt darauf schließen, daß die Beschaffung einer Eigentumswohnung häufig nicht der Befriedigung des eigenen Wohnbedürfnisses dient, sondern vielmehr als steuerlich reizvolle⁴⁾ und rentable Geldanlage angesehen wird.

Von den 9 493 Wohnparteien, die ihre Eigentumswohnungen selbst bewohnten, waren unter den Haushaltsvorständen:

¹⁾ Siehe „Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968“ in Hamburg in Zahlen, Sonderheft 2/1970.

²⁾ Eine Umwandlung früher gebauter Wohnungen in Eigentumswohnungen ist zwar auch möglich; etwa 1/5 der Eigentumswohnungen in Hamburg wurden aber nach 1948 errichtet.

³⁾ Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung.

⁴⁾ Wegen der Möglichkeit der sog. 7b-Abschreibung.

1 133 oder 12 % Selbständige

1 347 oder 14 % Arbeiter

4 864 oder 51 % Beamte und Angestellte

2 149 oder 23 % Nichterwerbstätige

Berechnet man die Anteile dieser Wohnparteien in Eigentumswohnungen nach der sozialen Stellung ihrer Haushaltsvorstände, an der Gesamtzahl der entsprechenden Haushaltungen, so zeigt es sich, daß es etwa 1,7 % aller Selbständigen, 0,8 % aller Arbeiter, 2,0 % aller Beamten und Angestellten und 0,8 % aller Nichterwerbstätigen waren. In beiden Aufstellungen stehen zwar die Beamten und Angestellten an der Spitze, doch wird der Anteil von 51 % der Beamten- und Angestellten-Haushaltsvorstände an den gesamten Wohnparteien in selbstbewohnten Eigentumswohnungen erheblich relativiert, wenn man bedenkt, daß es nur etwa 2 % der Haushalte dieser sozialen Schicht in Hamburg waren.

In selbstbewohnten Eigentumswohnungen wurden 2 393 Einpersonenzohnparteien — darunter 1 889 Frauen — und 7 100 Mehrpersonenzohnparteien mit 19 705 Personen ermittelt, so daß im Durchschnitt 2,8 Personen auf jede dieser Mehrpersonenzohn-

parteien entfielen. Im einzelnen wurde die Größe dieser Wohnparteien wie folgt ermittelt:

2 Personen hatten	3 464 Wohnparteien
3 Personen hatten	2 107 Wohnparteien
4 Personen hatten	1 252 Wohnparteien
5 Personen hatten	229 Wohnparteien
6 oder mehr Personen hatten	48 Wohnparteien

Von allen Wohnparteien in Hamburg lebten knapp 1,3 % in selbstbewohnten Eigentumswohnungen; von den Wohnparteien mit 2 Personen, 3 Personen und 4 Personen waren es mit rund 1,4 % geringfügig mehr, während die Einpersonenzohnparteien einen unter dem Durchschnitt liegenden Anteil von 1,1 %, die Wohnparteien mit 5 Personen von 0,7 % und mit 6 und mehr Personen sogar nur von rund 0,3 % stellten. Hieraus zeigt sich, daß die größeren Familien mit 5 und mehr Personen im allgemeinen sozial schwächer gestellt sind und sich Eigentumswohnungen nur in einem unterdurchschnittlichen Maße „leisten“ können.

Detlef Schmidt

Industrielle Unternehmen in Hamburg

(Ergebnisse der Jahresunternehmenserhebung in der Industrie)

1. Hamburg als Sitz industrieller Unternehmen

Hamburgs Industrieunternehmen stellen fast ein Zehntel des Umsatzes industrieller Unternehmen in der Bundesrepublik

„Hamburg – größte Industriestadt des Bundesgebietes“, aus der monatlichen Industrieberichterstattung kennt man diesen Tatbestand schon seit langem. Daß Hamburg im industriellen Bereich sogar ein noch größeres Gewicht zukommt, betrachtet man die Stadt nicht allein – wie es die monatliche Industrieberichterstattung tut – als Stätte industrieller Produktion (in Betrieben, den sogenannten „örtlichen Einheiten“), sondern als Sitz industrieller Unternehmen mit allen ihren Teilen, zeigen neuerdings die Ergebnisse einer anderen Statistik im Bereich der Industrie: die Jahresunternehmenserhebungen in der Industrie.

Hamburgs Industriebetriebe sind nach Ausweis der monatlichen Industrieberichterstattung mit etwa 4 % an dem Umsatz der Industriebetriebe des Bundesgebietes beteiligt. Dieser Anteilssatz verwandelt sich, rechnet man mit den Daten für die Industrieunternehmen, in eine mehr als doppelt so hohe Quote. Für das Jahr 1968 kann man diese Quote vermutlich – endgültige Bundesergebnisse lagen bei Abschluß dieses Beitrages noch nicht vor – auf etwa 9 % bis 10 % veranschlagen.

Betriebe und Unternehmen in Hamburgs Industrie

In der monatlichen Industrieberichterstattung wird von „Betrieben“ gesprochen, bei den Jahreserhebungen von „Unternehmen“. Was es mit Unterschieden bei statistischen Einheiten jeweils auf sich hat, ist eine Frage, die der Benutzer meist wenig zu beachten pflegt. Bei der Unterscheidung zwischen Betrieben und Unternehmen der Industrie muß er es aber, und zwar sogar sehr genau, will er nicht zu falschen Schlüssen kommen.

andere Einheiten – andere Daten – andere Aspekte

Betriebe und Unternehmen sind in ihrer Konzeption zwei grundverschiedene Einheiten, die sich wohl vielfach praktisch sogar völlig decken können, in einer großen Zahl von Fällen, und zwar dann zumeist sehr gewichtigen Fällen jedoch jeweils etwas ganz Verschiedenes darstellen und überhaupt nicht einander

gleichgesetzt werden können. Der Einfluß dieser divergierenden Fälle auf das jeweilige Gesamtergebnis ist so groß, daß bei jeder der beiden Erhebungen ganz unterschiedliche Größenordnungen von zudem ganz verschiedenem Charakter herauskommen: im Jahre 1969¹⁾ ermittelte die monatliche Industrieberichterstattung insgesamt 17,7 Mrd DM Umsatz der Industriebetriebe Hamburgs, der Umsatz, auf den die Jahreserhebung in der Industrie für die Unternehmen kam, bewegte sich dagegen in ganz anderen Dimensionen: mit 40,8 Mrd DM lag er um mehr als das Zweieinhalbfache höher als der der Betriebe.

Die monatliche Industrieberichterstattung erfaßt den „Betrieb“, das „Werk“, die „örtliche Einheit“. Darunter wird ein Gebilde verstanden, das alle Produktionseinrichtungen einschließt, die „auf einem Grundstück, in einem Gebäudekomplex untergebracht sind“, einschl. aller Verwaltungs- und Hilfsbetriebe, die der Herstellung von Gütern dienen (Lagerplätze, Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten, Fuhrpark u. dgl. mehr). Ausgeklammert bleiben dagegen die sogenannten „nichtindustriellen Betriebs- teile“, als da sind: reine Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen und Bauabteilungen, soweit diese überwiegend für fremde Rechnungen arbeiten.

Die Jahresunternehmenserhebung in der Industrie beschäftigt sich, wie schon der Name sagt, mit dem „Unternehmen“, einem im Gegensatz zum Betrieb weit umfassenderen Gebilde. Unter einem Unternehmen, einer Firma, einer wirtschaftlichen Einheit wird die kleinste nach außen selbständig auftretende, selbst bilanzierende rechtliche Einheit begriffen. Zu einem solchen Unternehmen zählen alle seine Teile, industrielle sowohl als auch – anders als bei der monatlichen Industrieberichterstattung – sämtliche nichtindustrielle, so wie sie in einer einheitlichen Buchführung zusammengefaßt sind und in einen gemeinsamen Geschäftsabschluß eingehen²⁾. Nachgewiesen werden die Gesamtzahlen für das Unternehmen dort, wo seine Hauptniederlassung ihren Sitz hat, gleichgültig wo im übrigen seine einzelnen Produktionsstätten, Handelsniederlassungen, Transportabteilungen usw. liegen mögen. Unter dem Mantel eines Unternehmens können die ungleichartigsten Tätigkeiten vereint sein – nicht nur Fabriken und Werkstätten zur Herstellung unterschiedlichster Erzeugnisse, sondern auch Läden, Reedereien, alle möglichen Betriebe des Dienstleistungsgewerbes wie Hotels, Restaurants, Grundstücksverwaltungen, Konstruktionsbüros u. dgl. mehr.

Solche gemischten Unternehmen müssen ganz demjenigen Zweig zugeordnet werden, auf den der überwiegende Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit entfällt (Schwerpunktprinzip). Nach diesem Prinzip entscheidet sich zunächst einmal, welche der gemischten Un-

¹⁾ Es liegen bisher nur Ergebnisse bis zum Jahre 1969 vor. Die Erhebung ist zu einem erheblichen Teil auf Auskünfte angewiesen, die bei den Jahresabschlüssen der Unternehmen anfallen. Die Erhebung muß daher warten, bis diese Abschlüsse bei den Industrieunternehmen vorliegen. Etliche, insbesondere größere Unternehmen, können ihre Abschlüsse jedoch erst relativ spät aufstellen.

²⁾ Lediglich die im Ausland angesiedelten Zweigniederlassungen werden beiseite gelassen, ebenso die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmensteile, die nicht unmittelbar dem Unternehmen dienen.

ternehmen überhaupt in die Jahresunternehmenserhebung aufzunehmen sind: gemischte Unternehmen, die zwar eine industrielle Tätigkeit ausüben, deren Schwerpunkt jedoch in einem anderen Tätigkeitsbereich liegt, werden nicht erfaßt.

Unternehmen mit gemischter Fertigung erscheinen als Ganzes mit ihrem vollen Gewicht in einem Fertigungszweig, in dem sie nur zu einem Teil – wenn auch dem mehr oder weniger überwiegenden – arbeiten. Diesem Zweig wird durch ein solches Verfahren u. U. ein Volumen verliehen, das er „an sich“ nicht besitzt. Im Extrem kann eine solche globale Zuordnung manchmal zu geradezu grotesken Ergebnissen führen. Auch in Hamburg kommt das vor. Vor kommt hier auch der andere Fall, daß in Hamburg zwar in keiner Werkstatt und in keiner Fabrik ein einziger Hammerschlag fällt oder sich kein einziges Rad dreht, hier aber dennoch etwa hohe Umsatzzahlen ausgewiesen werden, weil hier die „Befehlszentrale“ eines großen Unternehmens ihren Sitz hat. Auf eine Reihe solcher Fälle kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden, weil es sich um geheim zu haltende Angaben handelt.

Das Volumen der Industrieunternehmen in Hamburg

Die Ergebnisse der Jahresunternehmenserhebungen in der Industrie weisen Hamburg aus als Sitz bedeutender Industrieunternehmen mit großer wirtschaftlicher Ausstrahlung, die weit über das Gewicht ihrer eigenen und aller übrigen hier angesiedelten Produk-

tionsstätten hinausgeht und beträchtlich über das Gebiet der Stadt hinausreicht. Die Tabelle 1 zeigt für eine Reihe ausgewählter Industriegruppen oder -zweige die Ergebnisse der monatlichen Industrieberichterstattung und daneben die der Jahresunternehmenserhebung in der Industrie aus dem Jahre 1969. Sie läßt die Unterschiede zwischen beiden Erhebungen, wie sie sich insbesondere in der Zahl der Beschäftigten und in den Umsätzen niederschlagen, deutlich erkennen.

Tabelle 1 führt die Industriegruppen und -zweige auf, bei denen die Unterschiede zwischen Betrieben und Unternehmen besonders hervortreten oder die in der Unternehmenserhebung ein besonderes Gewicht besitzen. Bei bestimmten an sich ebenfalls erwähnenswerten Industriegruppen mußte darauf verzichtet werden, sie gesondert anzuführen, da sich dies aus Gründen der Geheimhaltung verbot. Die einzelnen Sparten sind angeordnet nach der Höhe ihres Gesamtumsatzes in der Jahresunternehmenserhebung (Tabelle 1, Spalte 7).

Bei der Zahl der in beiden Erhebungen jeweils erfaßten Einheiten (Tabelle 1, Spalten 1 und 2) spürt man von einem Unterschied zwischen ihnen noch nicht sonderlich viel – in der Summe ist ihre Zahl sogar so gut wie identisch mit einem wenn auch nur winzigen Vorsprung der Betriebe nach der monatlichen Industrieberichterstattung: bei der großen Masse der Einheiten fallen Betriebe und Unternehmen eben in eins zusammen. Immerhin treten auch bei den Einheiten im einzelnen bereits einige be-

Tabelle 1

Beschäftigte und Umsätze der Industriebetriebe und -Unternehmen in Hamburg 1969
(Einheiten mit 10 und mehr Beschäftigten)

Ausgewählte Industriegruppen bzw. Zweige	Einheiten		Beschäftigte		Umsatz		
	Betriebe monatlicher Industriebericht	Unternehmen Jahreserhebung	monatlicher Industriebericht	Jahresunternehmenserhebung	monatlicher Industriebericht Umsatz	Jahresunternehmenserhebung	
						Umsatz in eigenen Erzeugnissen	Umsatz insgesamt
	Anzahl				Mio DM		
1	2	3	4	5	6	7	
Mineralölverarbeitung ...	21	16	10 475	23 744	3 157	11 783	14 916
Chemische Industrie	120	127	16 179	31 201	1 425	2 431	2 708
Margarineindustrie	5	5	3 343	10 755	293	1 976	2 314
Fleischverarbeitung	13	14	1 842	13 785	163	908	1 942
Elektrotechnische Industrie	80	64	25 179	33 404	1 992	1 341	1 932
Maschinenbau	151	152	27 691	28 966	1 241	1 327	1 509
NE-Metallindustrie	10	7	3 559	3 406	866	848	1 439
Kaffee u. Tee verarbeitende Industrie	21	27	3 396	5 766	938	806	874
Gummi- u. Asbestindustrie	16	15	12 694	13 831	626	631	725
Futtermittelindustrie	13	16	1 232	2 014	385	654	709
Stahlbau	61	63	8 893	12 824	307	503	578
Schiffbau	27	23	21 230	10 769	927	509	520
Druckerei- u. Vervielfältigungs-Industrie	178	183	10 771	8 719	476	338	345
Brauereien	6	5	3 026	4 160	242	300	344
Industrie der Steine und Erden	45	61	2 639	4 904	163	320	333
Eisen-, Blech- u. Metallwaren-Industrie	59	64	5 993	6 018	255	242	278
Ölmühlen	5	4	1 777	1 155	613	261	274
Süßwarenindustrie	16	15	3 381	2 375	317	165	183
Straßenfahrzeugbau	19	11	5 091	745	300	33	37
Sonstige Industriegruppen und -Zweige	381	374	40 847	56 059	3 025	8 473	8 835
Industrie insgesamt	1 247	1 246	209 238	274 600	17 709	33 850	40 794

zeichnende Unterschiede hervor, so etwa bei der Chemischen Industrie oder bei der Industrie der Steine und Erden.

Herausragende Stellung der Mineralölunternehmen

Insgesamt die krassesten und zugleich damit am stärksten zu Buch schlagenden Unterschiede zeigen die Umsätze der Mineralölverarbeitung. Schon mit ihren in Hamburg arbeitenden Raffinerien hatte sie unter den in Hamburg produzierenden Industrie-sparten ein deutliches Übergewicht mit einem Vorsprung von mehr als 1 Mrd DM vor der ihr am nächsten folgenden Elektroindustrie (Tabelle 1, Spalte 5: 3,2 Mrd DM gegenüber 2,0 Mrd DM). Aber diese 3,2 Mrd DM der Mineralölverarbeitungsbetriebe in Hamburg werden um ein Vielfaches – um fast das Fünffache – übertroffen von den rd. 15 Mrd DM Umsatz, den die Mineralölunternehmen erzielten (Tabelle 1, Spalte 7). Mit diesem Umsatzvolumen halten die 16 Mineralölfirmen einen Abstand, der sie weit hinaushebt über alle übrigen Industrie-gruppen. Keine der hinter dem Mineralölsektor rangierenden Industrie-gruppen reicht auch nur im entferntesten an dieses Niveau heran. Erst die nächsten 8 auf den Mineralölbereich folgenden Industrie-gruppen – Chemische Industrie, Margarineindustrie, Fleischverarbeitung, Elektrotechnische Industrie, Maschinenbau, NE-Metallindustrie, Kaffee und Tee verarbeitende Industrie und Gummi- und Asbestindustrie – stellen eine vergleichbare Summe von 14,91 Mrd DM Umsatz. An dem Gesamtumsatz der Industrieunternehmen in Hamburg (40,8 Mrd DM) sind die Mineralölfirmen zu nicht ganz zwei Fünfteln beteiligt.

Weitere Unterschiede

Neben der Mineralölverarbeitung wären noch einige andere Bereiche mit ebenfalls relativ starkem, manchmal sogar noch stärkerem Unterschied in den Umsätzen zwischen Betrieben und Unternehmen bei einem Übergewicht der Unternehmen hervorzuheben (Tabelle 1, Spalten 5 und 7): Chemische Industrie, Margarineindustrie (Unternehmen etwa 8 mal mehr Umsatz als Betriebe), NE-Metallindustrie und Futtermittelindustrie. Die ausschlaggebenden Unternehmen dieser Industrie-gruppen haben zudem weiterhin noch etwas anderes mit den großen Mineralölfirmen gemeinsam: die Bedeutung auf dem Weltmarkt gehandelter Rohstoffe.

Im Stahlbau und in der Industrie der Steine und Erden haben einige größere Unternehmen Hamburg als ihren Sitz erkoren. Den umgekehrten Fall findet man im Schiffbau, bei den Druckereien, den Ölmühlen und der Süßwarenindustrie.

Zu der Fleischverarbeitung, die mit einem hier nachgewiesenen Unternehmensumsatz von 1,9 Mrd DM an vierter Stelle steht (Tabelle 1, Spalte 7), wäre schließlich zu bemerken, daß es sich hier um einen der Fälle handelt, in dem das Schwerpunktprinzip ein reichlich verzerrtes Bild geschaffen hat. Der Umsatz umfaßt hier ungemein vieles, was mit Fleisch überhaupt nichts mehr zu tun hat.

Die großen Unternehmen

Schon die Angaben der Tabelle 1 deuteten darauf hin, daß einer Handvoll großer weitverzweigter Unternehmen das Hauptgewicht unter den Industrieunternehmen Hamburgs zukommt. Sie vor allem haben einen Großteil dessen beigesteuert, was die Ergebnisse der Unternehmenserhebung von denen der monatlichen Industrieberichterstattung unterscheidet.

Es sind nicht einmal vier Dutzend Firmen (45) – gerade 4% aller 1 246 Unternehmen –, die ein wenig mehr als vier Fünftel – 33 Mrd DM von 41 Mrd DM – des gesamten Umsatzes der Industrieunternehmen aus dem Jahre 1969 stellten (Tabelle 2, Spalten 5 und 6): an ihrer Spitze wiederum einige Mineralölfirmen, außerdem solche aus der Chemischen Industrie, der Margarineindustrie, der Fleischverarbeitung und der Elektrotechnischen Industrie, zu denen sich noch das eine oder andere Unternehmen aus einer ganzen Reihe von Branchen gesellte.

Zwar nicht so hoch, aber doch noch um einiges größer als der aller übrigen Unternehmen war auch der Anteil dieser großen Unternehmen an der Zahl der Beschäftigten: mit nicht ganz 153.000 Personen waren sie zu mehr als der Hälfte (55,6%) an der Gesamtzahl der Beschäftigten beteiligt (Tabelle 2, Spalten 3 und 4). Aber diese Anteile mußten schon allein deshalb erheblich niedriger sein als bei den Umsätzen, weil diese großen Unternehmen vorwiegend zu Industrien mit hoher Kapitalintensität gehören, vielfach sogar zu den kapitalintensivsten der hamburgischen Industrie überhaupt. In der Intensität des Kapitaleinsatzes – ausgedrückt in der Höhe des Um-

Tabelle 2

Die Unternehmen der Industrie in Hamburg 1969 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklassen	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz		Umsatz je Beschäftigten in 1 000 DM
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5	6	7
bis unter 25 Mio DM	1 127	90	77 899	28	4 130	10	53
25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	47	4	23 249	8	1 679	4	72
50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	27	2	20 616	8	1 896	5	91
100 Mio DM bis unter 250 Mio DM	25	2	40 449	15	3 984	10	98
250 Mio DM und mehr	20	2	112 387	41	29 105	71	258
Insgesamt	1 246	100	274 600	100	40 794	100	572

satzes je Beschäftigten – steht wiederum die Mineralölverarbeitung mit weitem Abstand vor allen anderen Sparten an erster Stelle: sie erarbeitete einen Umsatz von nicht ganz 630 000 DM je Beschäftigten. Die Margarineindustrie brachte es auf 215 000 DM. Arbeitsintensivere Branchen wie Stahlbau, Maschinenbau, Schiffbau oder Druckereien erzielten dagegen lediglich Beträge zwischen 40 000 DM und 55 000 DM.

Insgesamt kamen die 20 größten Unternehmen der hamburgischen Industrie auf einen Umsatz von 258 000 DM je Beschäftigten (Tabelle 2, Spalte 7), ein Betrag, hinter dem die nächstgrößten Unternehmen mit knapp 100 000 DM bereits weit zurückblieben. Die große Masse der kleineren Unternehmen erreichte schließlich gerade etwas mehr als die Hälfte dieser Leistung, nämlich 53 000 DM.

Etwa jede fünfte Mark Umsatz kam aus dem Handelsgeschäft

Einen nicht geringen Teil zu der Höhe des Umsatzes der industriellen Unternehmen, zumal zu dem der größeren Unternehmen, haben Erlöse aus den Aktivitäten beigetragen, die nicht in den industriellen Bereich fallen – und daher auch nicht in den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung erscheinen.

Diese Kategorie von Umsätzen wurde in den Jahresunternehmenserhebungen in zwei Positionen erfaßt: einmal als Umsatz in Handelsware – die bei weitem größere unter den beiden Positionen – und zum anderen als Erlöse aus Nebengeschäften. Der Umsatz in Handelsware ist der Umsatz eingekaufter Rohstoffe oder Waren, die ohne Be- oder Verarbeitung (und ohne Einbau in eigene Erzeugnisse) weiterverkauft wurden; Erlöse aus Nebengeschäften sind Erlöse aus dem Verkauf von Produktionsabfällen (Schrott, Gußbruch, Wollabfälle u. ä.) und Energie (Elektrizität, Gas, Dampf, Wärme), aus Belegschaftseinrichtungen (Werksküche u. ä.), aus Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen und Einrichtungen sowie Lizenzentnahmen, Provisionen u. ä.

Umsätze in diesem nichtindustriellen Tätigkeitsbereich kommen in allen Sektoren vor. Aber was die

Erlöse aus Nebengeschäften zu dem Gesamtumsatz von 41 Mrd DM beisteuerten, war allenthalben relativ wenig (Tabelle 3, Spalten 9 bis 11). Ihr Beitrag erreichte lediglich 1% – ein einziges Mal 2% der jeweiligen Gesamtumsätze. Immerhin flossen den Unternehmen aus diesen Geschäften insgesamt rund eine halbe Milliarde DM zu; den weit überwiegenden Betrag von 353 Mio DM nahmen dabei die 20 Großunternehmen ein.

Mit erheblich höheren Beträgen kann der Umsatz in Handelsware aufwarten (Tabelle 3, Spalten 6 bis 8). Im Jahre 1969 stellte dieser industriefremde Geschäftszweig der Industrieunternehmen mit 6,4 Mrd DM 16% des gesamten Umsatzes – grob gerechnet stammte etwa jede fünfte vereinnahmte Mark aus dieser Sparte. Selbst viele der kleineren Unternehmen waren an diesen Einnahmen beteiligt. Sie konnten sogar immerhin nicht so ganz geringe Anteile wie 9% erzielen (Tabelle 3, Spalte 8). Für die beiden untersten Klassen der Unternehmenshierarchie waren das zusammen mehr als eine halbe Milliarde D-Mark. Die beiden größeren Klassen kamen sogar noch auf einen nun mehr als 100 Mio DM höheren Betrag: Anteil an ihrem jeweiligen Gesamtumsatz 11%.

Allerdings reichten diese Beträge bei weitem nicht an die Größenordnungen heran, die die 20 Großunternehmen für diesen Geschäftszweig auswiesen; ihre Ergebnisse übertrafen das Gesamtergebnis aller übrigen Unternehmen um ein Vielfaches. Sie vereinigten damit den Löwenanteil aller Umsätze in Handelsware auf sich. Rund 5,3 Mrd DM machten 82% des gesamten Handelsgeschäftes aus und 18% der insgesamt 29,1 Mrd DM Umsatz dieser Firmen. Das Gewicht dieser 5,3 Mrd DM Handelsumsatz läßt sich auch daran ablesen, daß es nur eine halbe Milliarde D-Mark weniger ausmacht als die 5,8 Mrd DM Gesamtumsatz aller 1 174 kleineren Industrieunternehmen und immer noch größer ist als die rd. 4 Mrd DM Gesamtumsatz der 25 Unternehmen mit 100 Mio DM bis unter 250 Mio DM Umsatz.

Mehrbetriebsunternehmen und Mehrländerunternehmen

Niederlassungen hamburgischer Industrieunternehmen gibt es an vielen Plätzen der Bundesrepublik. Ihr

Tabelle 3

Umsätze der Industrie in Hamburg 1969 nach Umsatzkategorien und nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklassen	Umsatz insgesamt		davon								
			Umsatz in eigenen Erzeugnissen			Umsatz in Handelsware			Erlöse aus Nebengeschäften		
	Mio DM	%	Mio DM	%	Sp. 1 = 100	Mio DM	%	Sp. 1 = 100	Mio DM	%	Sp. 1 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
bis unter 25 Mio DM	4 130	10	3 718	11	90	364	6	9	48	9	1
25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	1 679	4	1 502	4	90	160	2	9	17	3	1
50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	1 896	5	1 676	5	88	198	3	11	22	4	1
100 Mio DM bis unter 250 Mio DM	3 984	10	3 473	10	87	437	7	11	74	15	2
250 Mio DM und mehr ..	29 105	71	23 481	70	81	5 271	82	18	353	69	1
Insgesamt	40 794	100	33 850	100	83	6 430	100	16	514	100	1

Anteil an der Zahl der Beschäftigten und an dem Umsatz der hamburgischen Unternehmen wird in den Jahresunternehmenserhebungen in der Industrie nicht gesondert ausgewiesen. Angaben darüber sind dagegen in den Ergebnissen einer anderen Erhebung festgehalten worden, die sich ebenfalls – allerdings nur in größeren Abständen – mit den Unternehmen der Industrie beschäftigt: in dem Industriezensus. Der letzte Zensus war im Jahre 1967. Das ist zwar inzwischen schon etliche Zeit her, aber an der Struktur in der hamburgischen Industrie hat sich seitdem nicht so viel geändert, daß die Angaben für 1967 nicht auch für die Verhältnisse von heute stehen könnten.

Aus diesem Zensus ist indes nur etwas darüber zu erfahren, wie sich die Zahl der Beschäftigten auf Niederlassungen in Hamburg und auf solche in anderen Bundesländern verteilt. Es wurde darauf verzichtet, auch die Umsätze nach Ländern aufgegliedert melden zu lassen, da es für viele Unternehmen schwierig, wenn nicht gar unmöglich gewesen wäre festzustellen, welche Anteile am Umsatz ihren einzelnen Niederlassungen zuzuschreiben wären.

Außerdem unterscheidet das Aufbereitungsprogramm diese Erhebung nur nach zwei Kategorien: Einbetriebsunternehmen – Unternehmen, die aus einer einzigen Niederlassung bestehen – und nach Mehrbetriebsunternehmen – Unternehmen mit mehreren Niederlassungen. Eine besondere Kategorie unter diesen Mehrbetriebsunternehmen bilden die Mehrländerunternehmen, d. h. solche Unternehmen, die mit ihren Niederlassungen nicht allein auf das Gebiet der Stadt Hamburg beschränkt sind, sondern außerdem auch Niederlassungen in anderen Bundesländern unterhalten. Aber diese Kategorie hat das Aufbereitungsprogramm nicht gesondert herausgestellt. Ihre Zahl und die ihrer Beschäftigten insgesamt ist daher in den Angaben für die Mehrbetriebsunternehmen insgesamt untergegangen. Sie können deshalb, obwohl es in diesem Zusammenhang gerade darauf angekommen wäre, sie für sich allein zu kennen, durchweg nur zusammen mit den nur auf Hamburg beschränkten Mehrbetriebsunternehmen aufgeführt werden. Immerhin war doch soviel möglich, für die relativ kleine Zahl der wichtigsten Großunternehmen dieser Kategorie auch die

Zahl der Beschäftigten insgesamt gesondert auszuwählen.

Im übrigen findet der Leser in den dieses Kapitel behandelnden Tabellen 4 und 5 nur jeweils eine auf einige wenige Positionen zusammengedrückte Übersicht. Mehr zu geben war aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht möglich.

Jeder dritte Beschäftigte arbeitet in einer Niederlassung außerhalb Hamburgs

Wie Tabelle 4 zeigt, arbeitet die überwiegende Zahl aller in hamburgischen Industrieunternehmen Tätigen auch in Hamburg. Immerhin beschäftigen die hamburgischen Unternehmen aber auch in ihren außerhalb der Stadt liegenden Niederlassungen eine stattliche Zahl von Arbeitskräften. Insgesamt sind es 88 961 von insgesamt 275 169 Personen: etwa jeder dritte Beschäftigte ist Angehöriger einer außerhalb Hamburgs liegenden Niederlassung. Fast 89 000 Personen sind außerdem nicht sonderlich viel weniger als die 97 500 Beschäftigten der hamburgischen Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen und außerdem noch um einige Personen mehr als die 88 700 Beschäftigten der hamburgischen Einbetriebsunternehmen.

Zwar sind die Mehrländerunternehmen nicht gesondert ausgewiesen, immerhin läßt sich aber doch einiges über das Gefüge dieser bedeutsamen Kategorie von Unternehmen aussagen: über die wichtigsten der hier beteiligten Industriegruppen bzw. -zweige (Tabelle 4) sowie über eine Reihe besonders hervorragender Mehrländerunternehmen (Tabelle 5).

Schwergewicht bei einigen wenigen Branchen

Als Fachbereiche, die besonders große Niederlassungen außerhalb Hamburgs besitzen und dort auch erheblich viel mehr Arbeitskräfte beschäftigen als in Hamburg, treten 5 Industriegruppen hervor: Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie, Margarineindustrie, Fleischverarbeitung und Elektrotechnische Industrie. Auch in einer Reihe anderer Industriegrup-

Tabelle 4

Beschäftigte der Mehrbetriebsunternehmen in der Industrie in Hamburg 1967 nach zusammengefaßten Industriegruppen oder -zweigen und nach Niederlassungen in Hamburg und in anderen Bundesländern

Bereiche	Mehrbetriebsunternehmen	Beschäftigte am 30. 9. 1967				
		Einbetriebsunternehmen	Insgesamt	darunter in		
	Hamburg			anderen Bundesländern		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in % von Spalte 2	Anzahl	in % von Spalte 2
1	2	3	4	5	6	
Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie, Margarineindustrie, Fleischverarbeitung, Elektrotechnische Industrie	72	94 996	42 304	45	52 692	55
Übrige Mehrbetriebsunternehmen	220	91 441	55 172	60	36 269	40
Mehrbetriebsunternehmen insgesamt ...	292	186 437	97 476	52	88 961	48
Einbetriebsunternehmen	998	88 732	88 732	100	—	—
Insgesamt	1 290	275 169	186 208	68	88 961	32

pen gibt es das eine oder andere Unternehmen, das außerhalb Hamburgs mehr Beschäftigte führt als in Hamburg, aber bei diesen Sparten überwiegt insgesamt doch die Zahl der in Hamburg selbst beschäftigten Personen bei weitem.

Die 72 Mehrbetriebsunternehmen der Mineralölverarbeitung und der anderen 4 Industriegruppen beschäftigten 1967 in auswärtigen Niederlassungen knapp 52 700 Personen (Tabelle 4): etwa 10 000 mehr als in ihren hamburgischen Niederlassungen, nicht ganz drei Fünftel aller auswärtigen Beschäftigten (89 000) und knapp ein Fünftel aller von hamburgischen Industrieunternehmen überhaupt beschäftigten Personen (275 200). In den 220 übrigen Mehrbetriebsunternehmen kam dagegen die Zahl der in Hamburg beschäftigten Arbeitskräfte um fast 20 000 über die der in auswärtigen Niederlassungen Beschäftigten hinaus (55 200 zu 36 300).

Allein 56 400 auswärtige Beschäftigte bei 18 Großfirmen

Es sind nicht allein einige wenige Branchen, bei denen Unternehmen mit großen Niederlassungen außerhalb Hamburgs auftreten, auch die Zahl der Unternehmen, zu denen diese Niederlassungen gehören, ist obendrein relativ klein. Zwar ist diese Zahl nicht gesondert ausgewiesen, dennoch ist soviel zu erkennen, daß sie insgesamt nicht als sonderlich hoch zu veranschlagen sein dürfte. Allein 18 Unternehmen, deren Verhältnisse außerhalb des normalen Aufbereitungsprogramms untersucht wurden, stellten etwas weniger als insgesamt 100 000 Beschäftigte, von diesen waren etwas mehr als 56 400 in Niederlassungen außerhalb Hamburgs beschäftigt (Tabelle 5). Zu wieviel Unternehmen die restlichen 32 500 Beschäftigten außerhalb Hamburgs gehörten, bleibt ungewiß. Auch unter diesen Unternehmen dürfte es noch etliche geben, die jeweils außerhalb der hamburgischen Stadtgrenzen mehr unterhielten als ein oder einige wenige Lager, Reparaturwerkstätten u. dgl. mehr. Es dürfte vielleicht 40 oder, wenn es hochkommt, vielleicht auch 50 solcher Unternehmen mit auswärtigen Niederlassungen von einigem Gewicht geben. Die große Masse der übrigen Mehrbetriebsunternehmen hat dagegen entweder überhaupt keine Niederlassungen auswärts oder wenn, dann nur solche von untergeordneter Bedeutung.

Von den 18 Unternehmen, auf die es vor allem ankommt, hat die Mehrzahl — 14 — ihr Schwergewicht, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, außerhalb Hamburgs. Einige von ihnen haben in der Stadt sogar allein ihre „Befehlszentralen“, alle ihre übrigen Teile dagegen außerhalb. Bei den anderen 4 Firmen übertrifft demgegenüber das Gewicht der hamburgischen Niederlassungen das all ihrer auswärtigen bei weitem.

Das Übergewicht der auswärtigen Niederlassungen bei den 14 ausgewählten Mehrländerunternehmen ist sehr ausgeprägt: von den insgesamt 75 400 Beschäftigten dieser Kategorie waren fast genau zwei Drittel außerhalb Hamburgs tätig. Mit seinen 50 300 auswärtigen Arbeitskräften stellte dieser Firmenkreis außerdem nicht viel weniger als drei Fünftel aller Beschäftigten in auswärtigen Niederlassungen.

Auch die anderen 4 ausgewählten Mehrländerunternehmen halten mit 6 100 dort beschäftigten Personen ebenfalls bedeutende Niederlassungen außerhalb Hamburgs, aber diese Zahl stand doch sehr deutlich unter der von 16 700 Beschäftigten in den Niederlassungen des Hamburger Raums. Damit verglichen lag bei der Gruppe der übrigen zumeist kleineren Mehrländerunternehmen, die man unter den 274 Mehrbetriebsunternehmen zu suchen hat, das Schwergewicht sogar wieder mehr bei den Niederlassungen außerhalb Hamburgs: von den insgesamt 88 300 Beschäftigten dieser Unternehmen arbeiteten 32 500 oder mehr als ein Drittel außerhalb Hamburgs. Aber unter den in dieser Kategorie mit angeführten Mehrländerunternehmen gibt es etliche, gelegentlich auch größere, deren Haupttätigkeit mit dem Platz Hamburg an sich nur noch reichlich schwach verbunden ist, die jedoch aus irgendwelchen, für einen Außenstehenden im einzelnen nicht näher zu ergründenden Überlegungen heraus Hamburg als ihren Sitz angegeben haben. Das geht in einigen Fällen so weit, daß hier wenig mehr als nur eine Adresse vorhanden ist, die eigentliche Tätigkeit des Unternehmens sich aber außerhalb Hamburgs abspielt.

2. Die Entwicklung bis zum Jahre 1969

Schwierigkeiten der Beurteilung

Das Unternehmensprinzip, das Prinzip der Zuordnung nach dem Schwerpunkt und das Prinzip der

Tabelle 5

Beschäftigte in ausgewählten Mehrländerunternehmen in der Industrie in Hamburg 1967 nach Niederlassungen in Hamburg und in anderen Bundesländern

Unternehmensgruppen	Beschäftigte am 30. 9. 1967					
	insgesamt		darunter in			
	Anzahl	Anzahl	Hamburg		anderen Bundesländern	
			Anzahl	in % v. Sp. 2	Anzahl	in % v. Sp. 2
1	2	3	4	5	6	
Ausgewählte Mehrländerunternehmen ...	14	75 378	25 029	33	50 349	67
Ausgewählte Mehrländerunternehmen ...	4	22 791	16 695	73	6 096	27
Übrige Mehrbetriebsunternehmen	274	88 268	55 752	63	32 516	37
Mehrbetriebsunternehmen insgesamt ...	292	186 437	97 476	52	88 961	48
Einbetriebsunternehmen	998	88 732	88 732	100	—	—
Insgesamt	1 290	275 169	186 208	68	88 961	32

Zuordnung nach dem Sitz des Unternehmens enthalten Elemente, die es bisweilen schwer machen, gewisse, ab und an durchgreifende Veränderungen der Ergebnisse zu durchschauen und zutreffend zu beurteilen.

Gewandelt hat sich in etlichen Fällen ausgewiesener fühlbarer Veränderungen nicht das Volumen von Beschäftigung oder Umsatz an sich, gewandelt hat sich vielmehr lediglich die Zuordnung von Unternehmen. Durch einen solchen Wechsel in der Zuordnung können u. U. Hunderte von Millionen DM Umsatz auf einen Schlag verlagert werden. Es ist aber für ein Urteil etwas wesentlich anderes, ob Ausschläge solcher Art Ausdruck sachlicher Veränderungen, von Auftrieb oder Rückgang sind, oder ob hinter ihnen allein methodische Elemente der Zuordnung stehen, wenn sich der Status eines Unternehmens geändert hat: sei es, daß es durch Fusion seine Selbständigkeit eingebüßt hat und dadurch aus dem Berichtskreis ausgeschieden ist; sei es, daß es durch eine Fusion andere Unternehmen in seinen Organismus aufgenommen hat und jetzt in den Ergebnissen mit einem größeren Volumen erscheint; sei es, daß in einem Industrieunternehmen die Handelstätigkeit schneller und kräftiger wächst und dadurch die Überhand gewinnt, d. h., daß das Unternehmen dadurch seinen industriellen Schwerpunkt verliert und aus dem Berichtskreis ausscheidet (mit vollem Volumen); sei es, daß es durch den umgekehrten Vorgang in den Berichtskreis aufgenommen werden muß (mit vollem Gewicht); sei es schließlich, daß ein Unternehmen formell seinen Sitz verlegt — nach Hamburg oder aus Hamburg hinaus —, während die Tätigkeit der Niederlassungen unberührt davon weiterläuft wie bisher.

Durch Veränderungen solcher Art sind in Hamburg im Laufe der Jahre ständig namhafte Unternehmen in den Berichtskreis der Jahrerhebung in der Industrie hineingekommen oder aus ihm ausgeschieden. Zumeist kann auf diesen Wechsel nicht näher eingegangen werden; da es sich in der Regel um Einzelfälle handelt, verbietet es das Prinzip der Geheimhaltung von Einzelangaben über sie zu berichten, so daß der Benutzer der Ergebnisse darüber im Unklaren bleiben muß, welches Gewicht ihnen im konkreten Fall zukommt.

Wie in den Vorjahren spielten auch 1969 einige Vorgänge dieser Art mit in die Entwicklung hinein und mischten sich mit den übrigen Entwicklungsfaktoren, ohne daß sie sich hier exakt trennen ließen.

Im übrigen kann man solchen Vorgängen in der Regel nicht allein formalen Charakter beilegen. Damit können ohne weiteres auch erhebliche Einflüsse auf Hamburgs Wirtschaft verbunden sein. Sitzverlegungen etwa vermögen sehr wohl auch die Position des Platzes Hamburg zu stärken — oder zu schwächen — und werden nicht selten gerade mit Rücksicht auf das Hamburger „Klima“ vorgenommen.

Hauptkennzeichen der Entwicklung

Die Entwicklung der Industrieunternehmen ist, so wie sie sich in ihren Hauptdaten darstellt (Tabelle 6), gekennzeichnet durch:

- eine ständig geringer werdende Zahl an Unternehmen;
- eine weit unter dem Stand früherer Jahre liegende Zahl an Beschäftigten;
- einen im Gegensatz dazu laufend zunehmenden Umsatz — dabei ist allerdings ein Vergleich mit den Jahren vor 1968 durch Änderungen des Umsatzbegriffes gestört (Einführung der Mehrwertsteuer);
- Hauptanteil an dieser Zunahme des Umsatzes hatte der Umsatz in eigenen Erzeugnissen und Leistungen — gegenüber 1962 erhöhte er sich bis 1969 um rund die Hälfte (bei dieser Rechnung wurden die Vergleichsstörungen vernachlässigt);
- der Erlös aus Nebengeschäften — die absolut kleinste Sparte der drei ausgewiesenen Umsatzkategorien — konnte sich in der gleichen Zeit sogar fast verdoppeln;
- der Umsatz in Handelsware hatte zwischendurch einmal Rückgänge ausgewiesen (1964), konnte sich dann aber wieder erholen und erreichte 1969 ein Niveau von über 6 Mrd DM = um rund ein Viertel mehr als im Jahre 1962 oder um über ein Drittel mehr als im Tiefpunkt der Entwicklungsreihe von 1964.

Tabelle 6

Die Unternehmen der Industrie in Hamburg 1962 bis 1969
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Unternehmen		Beschäftigte ¹⁾		Umsatz in eigenen Erzeugnissen und Leistungen ²⁾		Erlöse aus Nebengeschäften ²⁾		Umsatz in Handelsware ²⁾		Umsatz insgesamt ²⁾	
	Anzahl	1962 = 100	Anzahl	1962 = 100	Mio DM	1962 = 100	Mio DM	1962 = 100	Mio DM	1962 = 100	Mio DM	1962 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1962	1 434	100	314 325	100	22 642	100	269	100	5 058	100	27 969	100
1963	1 377	96,0	307 417	97,8	24 421	107,9	287	106,7	5 147	101,8	29 855	106,7
1964	1 348	94,0	304 053	96,7	26 435	116,8	320	119,0	4 694	92,8	31 449	112,4
1965	1 338	93,3	304 864	97,0	28 610	126,4	309	114,9	4 734	93,6	33 653	120,3
1966	1 318	91,9	293 525	93,4	30 140	133,1	335	124,5	5 135	101,5	35 610	127,3
1967	1 290	89,9	275 169	87,5	32 314	142,7	419	155,8	5 971	118,1	38 704	138,4
1968	1 268	88,4	264 738	84,2	32 658	144,2	445	165,4	5 632	111,3	38 735	138,5
1969	1 246	86,9	274 600	87,4	33 850	149,5	514	191,1	6 430	127,1	40 794	145,9
Veränderung 1969 gegenüber 1968 in %	-1,7	—	+3,7	—	+3,6	—	+15,5	—	+14,2	—	+5,3	—

¹⁾ Jahresdurchschnitt; ab 1967 Beschäftigte am 30. September ohne Heimarbeiter. — ²⁾ Im Jahre 1968 wurde der Umsatzbegriff geändert (Einführung der Mehrwertsteuer); Ergebnisse daher nur bedingt mit denen der Vorjahre vergleichbar.

Seit Jahren zum ersten Mal mehr Beschäftigte

Das letzte Jahr für das Ergebnisse vorliegen, das Jahr 1969, zeigte insgesamt bemerkenswerte Zunahmen gegenüber dem Vorjahr.

Die Zahl der Beschäftigten war seit 1962 fast Jahr für Jahr um einige tausend Personen – einmal (1967) sogar allein um fast 20 000 – zurückgegangen. Von den 1962 gezählten 314 300 Beschäftigten waren dadurch im Jahre 1968 zuletzt noch 264 700 geblieben (Tabelle 6, Spalten 3 und 5). Im Jahre 1969 zeigten sich zum ersten Mal wieder deutliche Auftriebstendenzen: mit mehr als 10 000 Mann oder + 3,7 % kam eine sogar relativ große Zahl von Arbeitskräften hinzu. Mit 274 600 Personen blieb die Zahl der Beschäftigten aber noch unter dem Stand des Jahres 1967 und lag noch weit entfernt von den 314 000 Personen des Jahres 1962 (87,4 % von damals).

Umsatzsteigerung auf über 40 Mrd DM

Der Umsatz der Industrieunternehmen in Hamburg überschritt im Jahre 1969 ein wenig die 40 Mrd DM-Grenze: mit fast 41 Mrd DM war er um 5,3 % größer als im Jahr davor (Tabelle 6, Spalten 11 und 12). Zu den 1969 insgesamt gegenüber 1968 hinzugekommenen 2 Mrd DM steuerte der Umsatz in eigenen Erzeugnissen und Leistungen mit rd. 1,2 Mrd DM den absolut größten Betrag bei (Tabelle 6, Spalten 5 und 6). Das entsprach einer Steigerungsrate von + 3,6 %. Dieser Satz bleibt jedoch weit unter dem, was der Umsatz in Handelsware hinzugewann (Tabelle 6, Spalten 9 und 10). Dieser Teil der Geschäftstätigkeit in den industriellen Unternehmen Hamburgs – an dem Gesamtumsatz etwa zu einem Siebtel beteiligt – trug zu dem Umsatzanstieg des Jahres 1969 mit rd. 0,8 Mrd DM zwei Fünftel bei und kam dadurch auf eine Zuwachsrate von + 14,2 %. Dieser Steigerungssatz wurde sogar noch um ein gutes Stück übertroffen durch die + 15,5 % Zuwachs bei den an sich im

übrigen relativ unbedeutenden Erlösen aus Nebengeschäften (Tabelle 6, Spalten 7 und 8).

Zahl der Unternehmen weiterhin abnehmend

Die Zahl der Unternehmen setzte auch 1969 die seit Jahren übliche Tendenz fort und nahm weiter ab. Dieser Rückgang um 22 Einheiten oder – 1,7 % hielt sich in etwa auf der unteren Linie der Einbußen in den Jahren zuvor; in drei der seit 1962 vorausgegangen 6 Jahre war er zum Teil erheblich höher gewesen.

Viele Branchen an der Entwicklung beteiligt

Die Zunahmen des Jahres 1969 sind einer ganzen Reihe von Industriegruppen zu verdanken. Dabei zeigen sich einige Unterschiede bei den Beschäftigten und den Umsätzen.

An der Spitze der Industriegruppen mit erhöhten Zahlen bei den Beschäftigten stand die Chemische Industrie. Sie gewann allein mehr als 4 000 Arbeitskräfte hinzu. Danach kamen Stahlbau und Maschinenbau. Bei ihnen kamen je rund 2 000 Personen hinzu. Mit einem Mehr von über 1 000 Mann trat die Elektrotechnische Industrie auf, mit 500 mehr die Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie. Der gesamte Komplex der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit seinen rd. 67 000 Beschäftigten konnte dagegen nur einen relativ schwachen Zuwachs von insgesamt 400 Personen verbuchen. Dieser Bereich gehörte daher auch mit zu den Branchen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten sich verringerte (Tabelle 7, Spalten 2 und 4). Ebenso ging es der Mineralölverarbeitung, der NE-Metallindustrie und dem Schiffbau. Diese drei meldeten 1969 zusammen fast 1 000 Beschäftigte weniger als 1968. Alles in allem waren die angeführten Verschiebungen jedoch relativ geringfügig; an der jeweiligen Position der einzelnen Sparte im Rahmen der hamburgischen Industrie änderte sich dadurch so gut wie nichts.

Tabelle 7

**Beschäftigte und Umsätze der Industrie der Industrieunternehmen in Hamburg
in ausgewählten Industriegruppen 1968 und 1969
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)**

Industriegruppen	Beschäftigte am 30. September				Umsatz insgesamt ohne Umsatzsteuer in Mio DM			
	1968		1969		1968		1969	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Mineralölverarbeitung	24 224	9,2	23 744	8,7	14 717	38,0	14 916	36,6
NE-Metallindustrie	3 720	1,4	3 406	1,2	1 537	4,0	1 439	3,5
Stahlbau	10 661	4,0	12 824	4,6	415	1,1	578	1,4
Maschinenbau	26 807	10,1	28 966	10,6	1 173	3,0	1 509	3,7
Schiffbau	10 842	4,1	10 769	3,9	538	1,4	520	1,3
Elektrotechnische Industrie	32 181	12,2	33 404	12,3	1 797	4,6	1 932	4,8
Chemische Industrie	27 068	10,2	31 201	11,4	2 295	5,9	2 707	6,6
Gummi- und Asbest verarbeitende Industrie	13 339	5,1	13 831	5,0	607	1,6	725	1,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie ..	66 793	25,2	67 240	24,4	13 401	34,6	14 006	34,3
Ausgewählte Industriegruppen zusammen	215 635	81,5	225 385	82,1	36 480	94,2	38 332	94,0
Industrie insgesamt	264 738	100	274 600	100	38 735	100	40 794	100

Ebenso behaupteten die einzelnen Branchen in etwa auch ihre jeweilige Position nach der Höhe ihres Umsatzes (Tabelle 7, Spalten 6 und 8). Während NE-Metallindustrie und Schiffbau wie bei den Beschäftigten auch bei den Umsätzen Rückgänge auswiesen, nahm der Umsatz der Mineralölverarbeitung entgegen der bei den Beschäftigten aufgetretenen Tendenz leicht zu.

Umsatzzunahme bei Großfirmen am geringsten

Der schwache Umsatzanstieg bei der Mineralölverarbeitung – einer Industriegruppe mit durchweg großen Unternehmen – beeinflusste zu einem erheblichen Teil auch das Bild, das eine Aufteilung nach Umsatzgrößenklassen bietet.

Was in der Klasse der Unternehmen mit Umsätzen von 250 Mio DM und mehr im Jahre 1969 hinzukam, war mit + 1,9% wenig im Vergleich zu den Zuwachsraten bei allen übrigen Umsatzgrößenklassen (Tabelle 8, Spalte 5). Mit 550 Mio DM war der hinzugekommene Betrag sogar absolut geringer als der Zuwachs von nahezu 800 Mio DM bei der wesentlich kleineren Klasse der Unternehmen mit 100 Mio DM bis unter 250 Mio DM Umsatz. Diese Klasse hatte damit auch die höchste Zuwachsrate bei den Umsätzen des Jahres 1969 erzielt. Nicht all-

zuviel geringer als diese + 24,0% war auch der Steigerungssatz von + 20,3% bei den Unternehmen mit 50 Mio DM bis unter 100 Mio DM. Weit niedriger aber auch noch über dem Durchschnitt von + 5,3% waren die Sätze bei den übrigen Unternehmen: + 8,8% bzw. 7,1%. Daß die durchschnittliche Steigerungsrate nicht über + 5,3% hinauskam, ist also allein dem relativ schwachen Anstieg bei den Großunternehmen mit 250 Mio DM und mehr zuzuschreiben.

Tabelle 8

Umsätze der Industrieunternehmen in Hamburg nach Umsatzgrößenklassen in den Jahren 1968 und 1969

Umsatzgrößenklassen	Umsatz				Veränderung 1969 gegenüber 1968 in %
	1968		1969		
	Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5
bis unter 25 Mio DM	3 855	9,9	4 130	10,1	+ 7,1
25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	1 543	4,0	1 679	4,1	+ 8,8
50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	1 576	4,1	1 896	4,6	+ 20,3
100 Mio DM bis unter 250 Mio DM	3 212	8,3	3 984	9,8	+ 24,0
250 Mio DM und mehr	28 549	73,7	29 105	71,4	+ 1,9
Insgesamt	38 735	100	40 794	100	+ 5,3

Zusammenfassung

Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg halten einen hervorragenden Platz unter den Industrieunternehmen des Bundes: ihren Anteil an dem Umsatz industrieller Unternehmen in der Bundesrepublik kann man auf etwa 9% bis 10% veranschlagen. Die monatliche Industrieberichterstattung, die nur die Industriebetriebe erfaßt, weist dagegen nur einen Anteil von 4% aus.

Den Hauptanteil an dem Umsatzvolumen der hamburgischen Industrieunternehmen stellen die 16 Mineralölunternehmen. Mit all ihren Niederlassungen – einschl. derjenigen außerhalb Hamburgs – sowie mit ihrem Handelsgeschäft erreichten sie 1969 einen Umsatz von 15 Mrd DM (Industrieberichterstattung 3,2 Mrd DM) = 37% des Gesamtumsatzes von 41 Mrd DM. In weitem Abstand folgen Chemische Industrie (2,7 Mrd DM), Margarineindustrie (2,3 Mrd DM), Fleischverarbeitung (1,9 Mrd DM).

Das Hauptgewicht unter den Industrieunternehmen Hamburgs kommt 45 großen weitverzweigten Unternehmen zu; sie stellten 33 Mrd DM von den 41 Mrd DM Umsatz. Auch an der Zahl der Beschäftigten (274 600) waren sie mit 153 000 Personen oder zu mehr als der Hälfte beteiligt.

Neben dem Umsatz an eigenen Erzeugnissen (fast 34 Mrd DM) kam auch dem Handelsgeschäft der Industrieunternehmen ein beträchtliches Gewicht zu; 6,4 Mrd DM Umsatz in dieser Sparte bedeutet: etwa jede fünfte Mark Umsatz kam aus dem Handelsgeschäft.

Die überwiegende Zahl aller in hamburgischen Industrieunternehmen Tätigen arbeitet auch in Hamburg – 186 200 von 275 200 Personen. Aber auch die Zahl der in auswärtigen Niederlassungen arbeitenden Beschäftigten ist groß (89 000); etwa jeder dritte Beschäftigte ist Angehöriger einer außer-

halb Hamburgs liegenden Niederlassung.

Besonders große Niederlassungen Hamburgs unterhalten Unternehmen der Mineralölverarbeitung, der Chemischen Industrie, der Margarineindustrie und der Elektrotechnischen Industrie.

Allein 56 400 auswärtige Beschäftigte waren 1969 bei 18 Großfirmen tätig.

Seit Jahren zum ersten Mal hatten die Industrieunternehmen 1969 mehr Beschäftigte: 274 600 gegenüber 264 700 im Jahre 1968. Der Umsatz überschritt im Jahre 1969 ein wenig die 40 Mrd DM-Grenze.

An der steigenden Entwicklung des Jahres 1969 waren viele Branchen beteiligt.

Die Umsatzzunahme war bei den Großfirmen am geringsten.

Willi Lellau

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	759,6	762,8	760,9	756,5
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	2,9	3,4	2,7	2,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	82	82	76	82
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	5	7	6	8
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	30	38	26	80
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	18	15	91	77
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	11	13	6	12
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	25	22	21	26
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	261,5
Altona	"	264,3	261,5
Eimsbüttel	"	264,6	259,1
Hamburg-Nord	"	401,3	361,4
Wandsbek	"	357,5	368,8
Bergedorf	"	82,6	94,5
Harburg	"	199,0	207,4
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 814 p	1 810 p	1 811 p	1 810,1 p	1 814,1
dav. männlich	"	861,9	842,6
weiblich	"	995,0	971,5
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	...	97,5	99,2	101,3	79,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	1 166 p	730 p	860 p	1 120 p	1 352 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7 p	4,7 p	6,2 p	7,3 p	8,8 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533 p	1 470 p	1 420 p	1 630 p	1 799 r
dar. unehelich	"	143	117 p	120 p	150 p	130 p	154 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	10,1 p	9,6 p	10,2 p	10,6 p	11,7
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,7 p	8,1 p	10,4 p	8,0 p	8,6 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 213 p	2 070 p	1 520 p	2 290 p	2 274 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	33 p	30 p	34 p	40 p	39 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,6 p	13,5 p	10,9 p	14,9 p	14,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	21,5 p	20,4 p	23,9 p	24,5 p	22,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 680 p	- 600 p	- 100 p	- 660 p	- 475 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 0,8	- 4,5 p	- 3,9 p	- 0,7 p	- 4,3 p	- 3,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	6 400 p	6 500 p	7 150 p	6 331
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	6 200 p	6 100 p	7 700 p	7 127
Fortgezogene Personen	"	379	...	+ 200 p	+ 400 p	550 p	796
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	175
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	621
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	13 664 r	13 915 r	13 030 p	13 080
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"						
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 850 p	1 600 p	1 700 p	1 691
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	...	1 200 p	1 100 p	1 150 p	1 096
Niedersachsen	"	1 091	...	1 150 p	900 p	1 050 p	1 031
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	...	400 p	400 p	350 p	286
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 008	...	1 450 p	1 600 p	1 500 p	1 791
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	...	1 950 p	2 400 p	2 900 p	1 818
b) Fortgezogene nach	"						
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 500 p	2 200 p	2 800 p	2 435
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	...	1 950 p	1 800 p	1 950 p	1 818
Niedersachsen	"	1 268	...	1 300 p	1 400 p	1 350 p	1 266
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	...	750 p	1 000 p	700 p	466
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 750 p	1 700 p	2 500 p	2 230
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	...	650 p	800 p	1 050 p	1 196

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Fortgeschriebener Bevölkerungsstand nach dem Ergebnis der Volkszählung 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 221	11 229	11 229	11 220	11 186
Pflegetage		273 169	264 719	269 126	259 967	281 992	283 096
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,2	82,4	88,1	86,1	85,0
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 670	4 790	4 802	4 802	4 653
Pflegetage		123 729	125 308	140 894	125 130	138 509	137 482
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,1	94,4	92,9	92,1	94,4
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	681	725	790	790	685
Pflegetage		19 012	17 965	19 532	19 461	22 417	18 570
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,6	84,2	88,0	87,9	87,4
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	856	856	820	820	856
Pflegetage		21 274	20 557	20 047	20 414	21 792	21 127
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,7	75,5	87,0	85,7	79,6
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	883	761	761	761	998
Pflegetage		25 626	19 232	17 726	17 094	19 078	21 946
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	76,0	82,5	87,3	88,8	70,9
3. Anstalten für Geisteskrankte							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	46 126	46 792	42 078	46 283	47 487
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	90,3	90,2	89,8	89,2	90,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 682	39 218	35 364	39 168	39 111
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	98,0	97,9	97,8	97,8	97,6
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 329	42 950	38 807	42 678	43 282
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,1	97,9	98,0	97,5	99,2
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	717,9	685,4	685,3	686,1	715,6
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	622,9	610,8	612,1	613,1	616,1
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 688	404 866	451 125	426 460	479 857	407 978
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 410	5 714	5 109	6 484	3 909
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	34 441	36 531	37 937	32 251
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 828	12 940	14 110	14 466	14 818
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
Anzahl	Anzahl	43 981	57 443	58 448	68 132	66 860	64 733
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	693,7	692,2	691,8	682,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	409,3	409,9	408,9	409,3	406,2
Rentner	"	175,5	228,5	230,5	231,3	231,9	227,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	51,7	53,3	52,0	50,6	49,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	25,6	21,2	24,0	22,6	32,1
dav. männlich	"	17,9	17,3	14,6	16,2	15,4	21,4
weiblich	"	8,8	8,3	6,6	7,8	7,2	10,7

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	3 819	3 488	3 210	3 016
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 973	1 785	1 702	1 607
weiblich	"	1 092	1 268	1 846	1 703	1 508	1 409
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	48	21	73	23
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	40	74	59	50	40
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	36	43	43	40	35
Elektriker	"	24	12	21	34	28	14
Chemiewerker	"	55	20	33	25	17	17
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	"	24	18	31	25	30	16
Graphische Berufe	"	44	49	74	61	50	52
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	10	9	8	21	8
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	"	75	41	57	61	54	54
Warennachseher, Versandarbeiter und Lagerverwalter	"	132	96	173	136	129	114
Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	"	81	103	124	169	118	102
Kaufmännische Berufe	"	368	411	483	441	381	498
Verkehrsberufe	"	313	162	208	202	179	198
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	574	785	616	597	580
Künstlerische Berufe	"	177	159	170	190	173	158
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	24 279	25 656	26 874	30 958
dav. männlich	"	13 014	17 678	13 305	13 799	14 560	17 667
weiblich	"	12 813	12 832	10 974	11 857	12 314	13 291
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	5 610	6 553	7 226	7 036
dav. männlich	"	4 134	5 085	3 971	4 720	5 249	5 107
weiblich	"	1 707	1 762	1 639	1 833	1 977	1 929
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	6 809	5 758	5 593	9 654
dav. männlich	"	9 955	7 880	6 093	4 960	4 394	8 838
weiblich	"	572	934	716	798	1 199	816
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	9 384	9 681	9 135	8 358
dav. männlich	"	5 512	3 686	4 367	4 396	4 212	3 862
weiblich	"	2 787	4 174	5 017	5 285	4 923	4 496
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	40 664	.	42 471	29 800
Weiblich	"	5 157	13 182	15 581	.	16 151	12 267
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 803	1 672	2 097	2 233
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	92	90,2	92,0	90,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	11,7	12,0	13,6	13,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 374	10 843	11 977	10 841
dav. lose	"	3 529	2 056	2 075	2 177	2 478	2 142
in Flaschen	"	1 636	1 636	987	903	962	1 753
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	7 970	7 438	8 179	6 717
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	}	62	62	60	74	-
Ultra-hocherhitzte Milch	"	}	304	280	265	284	229
Mager- und Buttermilch	"	382	442	331	391	457	322
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	10,0	8,6	10,7	8,6
Kälber	"	2,6	1,9	1,7	1,4	2,2	2,0
Schweine	"	47,0	38,1	40,5	38,8	47,1	42,9
Schafe	"	2,7	1,0	0,8	0,8	1,4	1,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,9	8,1	8,9	7,4
Kälber	"	2,5	1,8	1,7	1,4	2,1	1,8
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	41,5	39,7	47,3	42,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	6 464	5 914	6 873	6 096
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 293	2 070	2 283	1 859
Kälber	"	187	152	132	119	186	160
Schweine	"	4 318	3 828	3 996	3 689	4 346	4 023

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 476	1 470	...	1 570
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	208	208	...	214
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	133	133	...	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 756	20 988	20 574	...	22 265
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	165	159	...	156
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	130	129	...	117
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	13	14	...	12
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	3 805	4 495
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	"	18 272	28 575	25 525
• Heizölverbrauch	1 000 t	89	70	77	71	...	80
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	151	145	...	148
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	11	12	12	...	14
• Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 588	1 502	...	1 643
• dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	206	228	...	208
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	119,9	130,2	...	134,1
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	118,3	128,4	...	133,2
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	129,1	143,1	...	137,8
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	124,6	138,7	...	138,3
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	104,4	111,9	...	137,6
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	104,3	106,7	...	121,0
• Bauindustrie	"	103,7	122,5	90,2	121,1	...	95,0
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 593	1 588	1 502	...	1 643
• Chemische Industrie	"	215	259	264	249	...	262
• Elektroindustrie	"	101	140	164	149	...	133
• Maschinenbau	"	143	193	156	188	...	203
• Maschinenbau	"	83	122	121	114	...	121
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	12	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	727	629	702	704
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	90	72	81	154
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				2. Vj. 1970	3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	4. Vj. 1969
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	88,2	85,9	85,4	86,8
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	142,8	154,8	194,1	171,3
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	137,7	155,3	195,8	173,3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 369	45 183	45 385	44 067
• dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 209	1 219	1 218	1 302
• Angestellte	"	4 684	5 566	5 663	5 703	5 703	5 354
• Arbeiter ²⁾	"	43 102	39 789	38 497	38 261	38 444	37 411
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	4 280	5 687	15 693	11 573
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 108	1 489	4 042	2 905
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 428	1 655	4 794	3 586
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	1 744	2 543	6 857	5 082
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	62,8	45,9	59,7	166,6	105,3
• Gehälter Bruttosumme ⁴⁾	"	5,9	10,3	10,2	10,2	30,7	26,3
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	155,3	128,6	464,1	298,9
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	45,6	27,7	120,0	99,7
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	51,8	40,5	53,9	156,3	58,1
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	69,2	45,0	187,8	141,1
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	94	221	121	240
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	98	74	78	87	164
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	123	596	200	367
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	19,8	86,8	33,1	48,9
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	26	126	42	76
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	78	73	66	77
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	1 522	396	274	349
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	82,4	49,5	30,5	23,8
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	139	79	57	55
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	294	1 754	488	1 033

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	153	87	133	164	125
Umbauter Raum	1 000 cbm	366	302	186	338	400	277
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	25,9	48,8	57,6	36,8
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	77	47	55	53	61
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	545	1 169	301	366	271
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	55,1	38,3	44,9	17,3
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	570	1 049	1 198	835
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	40	90	108	43
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	90	29	61	47	28
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	58	169	237	119
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	8,2	26,7	32,5	16,1
Wohnfläche	1 000 qm	98	70	13	30	51	25
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	74	32	42	23	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	407	176	539	131	139
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	39,9	16,1	47,9	13,0	6,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	78	36	80	21	35
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	164	556	732	409
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	57	39	491	28
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 549	14 000	14 500	14 900	15 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	4 857	4 600	5 300	4 600	4 600
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	183	184	184	182
Wohnungen	"	638	699	699	699	700	689
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 612	2 613	2 616	2 574
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	153	156	196	168
dar. Warenhäuser	"	130	238	239	212	247	213
Fach Einzelhandel	"	120	149	137	133	161	141
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	152	152	175	158
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	155	152	179	163
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	146	152	166	148
3. Handel mit Berlin (West) *)							
• Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890	147 169	149 390	161 743	...	142 591
• Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	202 537	210 266	...	245 036
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	241	331	...	243
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft	"	17	26	25	33	...	18
• Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	216	298	...	225
• dav. Rohstoffe	"	2	4	2	3	...	3
• Halbwaren	"	50	62	48	75	...	58
• Fertigwaren	"	143	203	166	220	...	164
• dav. Vorerzeugnisse	"	9	18	16	19	...	17
• Enderzeugnisse	"	134	185	150	201	...	147
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
• Europa	"	152	209	188	233	...	179
• dar. EWG-Länder	"	65	94	73	92	...	82
• EFTA-Länder	"	67	87	91	92	...	74

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125
Gaststättengewerbe	.	108
6. Fremdenverkehr¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	125	96	91	106	114
dar. von Auslandsgästen	.	42	43	27	26	32	33
* Fremdenübernachtungen	.	232	248	202	187	219	234
dar. von Auslandsgästen	.	90	83	58	55	65	68
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 468	1 443 p	1 551 p	1 535
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 645	1 513	1 501 p	1 629 p	1 590
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 966	3 891 p	4 172 p	4 006
dav. Empfang	.	2 229	3 006	3 040	2 995 p	3 216 p	3 162
dav. Massengut	.	1 634	2 370	2 469	2 453 p	2 583 p	2 479
dar. Mineralöle	.	968	1 454	1 610	1 493 p	1 699 p	1 710
Kohle	.	192	249	245	305 p	265 p	237
Getreide	.	180	168	123	188 p	192 p	152
Sack- und Stückgut	.	595	636	571	541 p	633 p	683
Versand	.	713	908	926	896 p	956 p	844
dav. Massengut	.	292	379	404	377 p	370 p	332
Sack- und Stückgut	.	421	528	522	519 p	586 p	512
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	374	166	317	...	291
* Güterversand	.	309	488	274	494	...	592
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	2 379 p	2 091 p	2 648 p	2 248
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	2 685	2 379 p	2 091 p	2 648 p	2 244
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	103,8 pp	92,9 p	127,4 p	106,7
Abgeleitete Fluggäste	.	71,0	124,3	103,9 pp	91,2 p	128,1 p	107,8
Angekommene Fracht	t	578	1 192	964 p	922 p	1 296 p	1 214
Abgegangene Fracht	.	587	1 328	987 p	963 p	1 278 p	1 298
Angekommene Post	.	185	274	233 p	201 p	276 p	271
Abgegangene Post	.	229	337	330 p	305 p	374 p	333
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	11 777	11 055	12 541	11 493
Hoch- u. Untergrundbahn	.	13 705	15 858	15 860	15 294	17 219	15 936
Straßenbahn	.	9 438	5 276	5 062	4 695	5 323	5 472
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	12 750	13 359	12 324	13 933	12 511
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 307	2 567	2 402	2 579	2 289
Private Kraftomnibusse	.	301	284	226	168	...	265
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	455,3	457,5	462,2	432,2
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	310,8	411,7	411,8	413,7	417,8	391,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 250	4 998	6 023	...	7 545
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	4 632	5 660	4 343	5 388	...	6 906
Lastkraftwagen	.	362	493	557	556	...	543
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	941	871	936 p	1 012
Getötete Personen	.	26	32	38	18	25 p	22
Verletzte Personen	.	1 106	1 442	1 266	1 185	1 230 p	1 363

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	26 897,4	27 209,6	27 190,2	24 382,1
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	"	7 673,3	8 371,0	8 557,0	8 353,4	7 414,3
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	"	7 661,3	8 321,8	8 483,7	8 260,6	7 411,3
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	"	3 710,3	4 172,0	4 198,0	4 282,1	3 502,7
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	"	3 347,3	3 762,0	3 771,2	3 825,1	3 148,8
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	"	13 693,5	14 354,4	14 454,6	14 554,7	13 465,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	"	12 112,6	12 691,1	12 760,5	12 856,2	11 886,7
• dar. Durchlaufende Kredite	"	"	665,4	670,5	645,1	639,9	667,1
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	"	16 355,8	17 558,8	17 699,4	17 802,2	15 643,1
• dav. Sicht- und Termingelder	"	"	9 050,0	9 733,4	9 798,0	9 852,7	8 382,3
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	"	7 831,5	8 385,8	8 409,5	8 494,8	7 346,9
• Spareinlagen	"	4 069,9	7 305,8	7 825,4	7 901,4	7 949,5	7 260,8
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	4 941,6	5 262,2	5 307,5	5 328,2	4 916,9
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	439,1	592,8	431,4	476,9	417,8
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	430,1	538,0	355,7	429,1	442,3
• Zinsgutschriften	"	12,9	33,2	7,1	0,3	0,3	0,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	22	23	24	15
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	734	718	765	834
• Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	1 525	2 366	1 618	1 912
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen⁴⁾	Anzahl	20 563	23 373	18 316	23 318	27 445	20 927
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 303	2 879	3 195	3 939	3 275
• Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 440	1 492	1 552	1 573	1 380
• Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	353	457	432	510	465	513
• Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg	Anzahl	162	151	150	148	148	151
• Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	4 862	5 060	5 060	5 060	4 744
• Grundkapital	Anzahl	3 877	5 015	5 177	5 189	5 225	4 934
• Gesellschaften m.b.H.	Mio DM	2 962	4 234	4 607	4 814	4 823	4 103
• Stammkapital	"
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
• dav. Steuern vom Einkommen	1 000 DM	.	585 154	592 667	564 344	649 530	685 544
• dav. Lohnsteuer	"	200 385	298 399	324 451	204 685	478 206	423 373
• Veranlagte Einkommensteuer	"	89 007	178 167	234 155	185 669	169 396	142 017
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	64 393	66 980	26 992	14 019	187 735	160 636
• Körperschaftsteuer	"	10 279	14 446	49 883	2 193	12 320	9 180
• Steuern vom Umsatz	"	36 706	38 805	13 422	2 804	108 755	111 540
• dav. Umsatzsteuer	"	286 756	268 216	268 216	359 658	171 324	262 171
• Einfuhrumsatzsteuer	"	82 827	135 525	207 275	154 693	104 701	127 103
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	151 231	60 941	204 965	66 622	135 068
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	302 838	635 797	731 426	550 440
• dar. Zölle	"	45 076	49 486	19 755	86 338	93 398	45 682
• Verbrauchsteuern	"	358 150	535 718	264 919	529 598	613 892	485 109
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	440 497	220 219	434 248	499 914	378 137
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	36 242	68 100	28 937	26 181
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 648	3 458	46 851	2 209	3 032
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	10 207	10 326	10 635	12 113	10 589
• Biersteuer	"	2 430	3 057	2 875	2 125	2 506	2 274
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	59 558
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	43 302	.	.	10 718	9 611
• Grundsteuer A	"	73	85
• Grundsteuer B	"	5 134	6 939
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	946 077	634 535	975 922	1 065 176	924 461
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	191 333	.	.	253 755	224 867
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	122 235	119 351	143 945	88 365	214 104	190 501
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	21 416	.	.	10 715	8 185
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 500
• Außerdem:	"
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	38 558
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	30 869	.	.	49 998	42 371
• Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	260 761

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. ⁴⁾ Vermindert um 127 210 409 DM durch Zerlegung der Lohnsteuer und um 25 042 085 DM durch Zerlegung der Körperschaftsteuer. ⁵⁾ Anteilige Verminderung des Gemeindeanteils um 41 417 342 DM infolge Zerlegung der Lohnsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1970	November 1970	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude A ¹⁾	1962 = 100	113,1	148,9	151,3	154,3	158,2	141,5
Einfamiliengebäude A ¹⁾	•	113,3	148,8	151,0	154,2	158,0	141,5
Mehrfamiliengebäude A ¹⁾	•	113,0	149,1	151,7	154,4	158,3	141,5
Gemischt genutzte Gebäude A ¹⁾	•	112,8	149,2	151,6	154,6	158,6	141,8
Bürogebäude A ¹⁾	•	112,2	149,2	151,8	154,3	158,3	141,7
Bürogebäude B ¹⁾	•	•	134,4	136,7	139,0	142,6	127,6
Gewerbliche Betriebsgebäude A ¹⁾	•	112,4	150,6	153,8	155,8	160,7	142,1
Gewerbliche Betriebsgebäude B ¹⁾	•	•	135,7	138,5	140,4	144,7	128,0
Löhne und Gehälter²⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	327	348	344	308
• männliche Arbeiter	•	140	202	204	209	205	191
• weibliche Arbeiter	•	•	•	•	•	•	•
Bruttostundenverdienste	•	5,10	7,25	7,27	7,64	7,70	6,78
• männliche Arbeiter	•	3,32	4,89	4,98	5,07	5,18	4,57
• weibliche Arbeiter	•	•	•	•	•	•	•
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	45,0	45,6	44,6	45,5
• männliche Arbeiter	•	42,2	41,4	41,1	41,2	39,5	41,7
• weibliche Arbeiter	•	•	•	•	•	•	•
Geleistete Wochenarbeitszeit	•	41,4	40,7	35,5	42,6	40,3	41,7
• männliche Arbeiter	•	37,2	36,4	30,7	38,7	35,5	37,7
• weibliche Arbeiter	•	•	•	•	•	•	•
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 564	1 591	1 658	1 497
• männlich	•	747	1 104	1 113	1 141	1 189	1 049
• weiblich	•	•	•	•	•	•	•
Technische Angestellte	•	1 182	1 661	1 671	1 710	1 796	1 587
• männlich	•	748	1 109	1 127	1 139	1 200	1 063
• weiblich	•	•	•	•	•	•	•
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	•	1 043	1 482	1 498	1 524	1 571	1 403
• männlich	•	668	1 020	1 030	1 052	1 086	962
• weiblich	•	•	•	•	•	•	•
In Industrie und Handel³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	•	1 058	1 501	1 515	1 541	1 593	1 427
• männlich	•	688	1 042	1 051	1 075	1 112	984
• weiblich	•	•	•	•	•	•	•
Technische Angestellte	•	1 178	1 660	1 671	1 708	1 791	1 587
• männlich	•	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
• weiblich	•	•	•	•	•	•	•
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	543	452	507	425
dav. falsche Alarme und Ufugmeldungen	•	67	107	160	113	113	109
bekämpfte Brände	•	221	337	383	339	394	316
dav. Großbrände	•	9	14	10	9	7	9
Mittelbrände	•	28	44	39	35	57	42
Kleinbrände	•	88	151	169	145	178	138
Entstehungsbrände	•	80	119	143	132	137	113
Schornsteinbrände	•	6	10	22	18	15	14
Hilfeleistungen aller Art	•	•	739	807	603	671	705
Rettungswageneinsätze	•	•	10 271	10 764	9 510	11 104	10 065
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	•	1 156	1 653	1 422	1 273	1 420	1 540
Betriebsunfälle	•	544	505	407	362	468	437
Krankenbeförderungen	•	•	3 660	3 906	3 481	4 284	3 708
Anzahl der beförderten Personen	•	•	10 086	10 305	9 147	11 029	9 891
Gesamtzahl der Alarmierungen	•	•	11 454	12 114	10 565	12 282	11 195
Außerdem:	•	•	•	•	•	•	•
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	•	•	87	107	87	96	71
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	6 158	10 432	12 722	10 980
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	•	4	6	1	7	7	6
Sittlichkeitsdelikte	•	214	213	157	201	239	227
Körperverletzung ⁴⁾	•	91	130	71	106	130	128
Raub, räuberische Erpressung	•	41	68	54	76	108	73
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	•	3 413	4 431	2 147	3 704	4 475	4 829
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	•	1 822	3 015	1 879	3 246	3 968	2 204
Diebstähle zusammen	•	5 235	7 446	4 026	6 950	8 443	7 033
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	•	•	•	•	•	•	•
diebstahl	•	180	287	148	283	342	240
Unterschlagung	•	203	202	93	156	175	226
Begünstigung und Hehlerei	•	85	134	33	67	80	356
Betrug und Untreue	•	722	936	466	925	1 065	928
Brandstiftung	•	33	38	32	38	68	47
Außerdem:	•	•	•	•	•	•	•
Verkehrsvergehen ⁵⁾	•	778	1 463	1 312	1 464	1 440	1 606
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁶⁾	•	8 929	17 425	13 944	20 559	21 981	20 657
Ordnungswidrigkeiten	•	423	435	328	421	378	574
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁷⁾	•	31 317	26 905	22 101	23 649	27 700	29 230

¹⁾ A = mit Umsatz-(Mehrwert-)steuer, B = ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ³⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ⁴⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁷⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

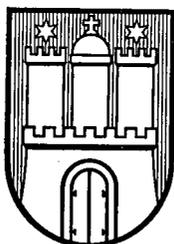
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3
Lebendgeborene	Einw. und	17,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 618 r	8 585	...	8 532
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	...	1 007 r	968	...	994
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	47 862 r	41 670	...	39 503
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	9 819 r	8 062	...	7 743
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiegew.)	1962=100	118,2	156,6	157,4	153,5 r	158,5	150,7
Verarbeitende Industrie	"	119,1	159,9	159,7	155,9 r	161,5	155,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	178,1	167,1	165,5 r	178,6	171,4
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,4	166,8	159,8 r	162,3	156,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	147,2	146,6	147,9 r	151,3	147,0
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	138,4	141,2	134,3 r	134,4	126,3
Bauindustrie	"	118,9	134,9	123,9	89,5 r	105,7	69,4
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 529	1 515	1 406
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	2 526	190	109
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	8 159	2 398
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	43 158	35 420	45 008	40 291
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	39 825	193 785	16 046	16 668	14 731
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	244	156	149	133
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	-	162	162	152	152	139
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	12 026	10 118
dav. Empfang	"	6 950	9 378	9 502	7 846
Versand	"	1 885	2 386	2 524	2 272
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	171 869	144 864	184 579	169 227
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	31 377	32 308	25 029 p	23 972 p	24 785
Getötete Personen	"	1 313	1 594	1 769	1 327 p	1 216 p	1 192
Verletzte Personen	"	36 124	44 186	44 612	34 935 p	32 923 p	34 666
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	4 263,8	4 049,2	3 073 p	2 290
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 333	3 918,2	462,4	224 p	167
Körperschaftsteuer	"	681	726	1 762,8	205,1	1 p	135
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 177	3 587,3	4 193,7	3 789 p	3 158
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	109,6	110,9	111,5	106,3
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	107,2	106,5	107,9	108,2	108,0
Index der Ausführpreise	"	104,8	116,6	118,3	119,9	120,9	115,4
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	147,4	-	-	155,8	140,8
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	123,7	125,2	126,6	127,7	122,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,4	117,2	118,8	120,2	116,9
Wohnungsmieten	"	118,5	168,5	172,2	173,3	174,4	166,0
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	6,53	6,76	...	6,75
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	44,9	45,0	...	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrielerichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Die Hälfte aller Führerscheineulinge sind Frauen

Im Jahre 1970 wurden in Hamburg etwas mehr als 42 000 allgemeine Fahrerlaubnisse erteilt, was einer Steigerungsrate von 2,4 % entspricht. Davon entfielen rund zwei Drittel (28 300) auf Ersterteilungen, den Rest bilden Erweiterungen auf eine andere Führerscheinklasse, Umschreibungen, Erteilungen an Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis sowie ein verhältnismäßig hoher Anteil von Wiedererteilungen nach dem Entzug des Führerscheins (6 600; 15,7 %). Betrachtet man die mit großem Abstand bedeutsamste Gruppe der Pkw-Führerscheinerteilungen, so sind die weiblichen Führerscheineulinge hier deutlich in der Überzahl. Bei den 25 700 Ersterteilungen der Klasse 3 wurden nicht weniger als 13 700 (53,4 %) Führerscheine an Frauen ausgehändigt. Von den Ersterteilungen insgesamt entfielen 13 800 oder 48,7 % auf Frauen, dagegen spielte ihr Anteil bei den Erweiterungen auf eine andere Führerscheinklasse, Umschreibungen usw. so gut wie keine Rolle.

Immer mehr Studenten wollen Lehrer werden

An der Universität Hamburg waren bis zum 26. Mai 1971 — dem Schluß der Belegfrist — für das laufende Sommersemester insgesamt 22 400 Studenten immatrikuliert (ohne Beurlaubte und Gasthörer). Gegenüber dem Sommersemester 1970 bedeutet dies eine Zunahme um 17 %. Um 30 % gestiegen ist dagegen im gleichen Zeitraum die Zahl der Studenten, die sich an der Hamburger Universität auf ein Lehramt vorbereiten. Im jetzigen Sommersemester sind bereits 7 250 Studenten angehende Studienräte, Gewerbelehrer, Sonderschullehrer oder Volks- und Realschullehrer; im Sommersemester des vergangenen Jahres hatten erst 5 600 Studenten diese Lehramter als Studienziel. Der prozentuale Anstieg war bei Gymnasiallehrern und bei Volks- und Realschullehrern etwa gleich groß. Absolut betrachtet erhöhte sich die Zahl der künftigen Lehrer an Volks- und Realschulen (einschl. der Sonderschullehrer) um 900 auf 3 770 und die Zahl der künftigen Studienräte um 700 auf 3 050.

Überdurchschnittliche Zunahme des Ungarn-Transits über Hamburg

Mit 230 000 t erreichte die Durchfuhr Ungarns über den Hamburger Hafen im Jahre 1970 einen neuen Nachkriegs-Höchststand und übertraf damit das Ergebnis des Vorjahres um rd. 86 000 t oder fast 60 %.

Auf die seewärts eingehende Durchfuhr entfielen dabei insgesamt 129 000 t (+ 48 000 t). Bemerkenswert waren vor allem die Zunahmen beim Umschlag von Kautschuk, Steinkohle, Holzmasse sowie bei Zucker und Südfrüchten, während bei Rohkakao und Rundhölzern sich gewisse Einbußen ergaben.

Auch der seewärts ausgehende Transit — insgesamt 101 000 t — erreichte mit einem Plus von 38 000 t ebenfalls einen weit überdurchschnittlichen Zuwachs. Den bedeutendsten Anteil an dieser Steigerung hatte die Durchfuhr von Stab- und Formeisen (+ 26 000 t), Aluminium, sowie Obst- und Gemüsekonserven.

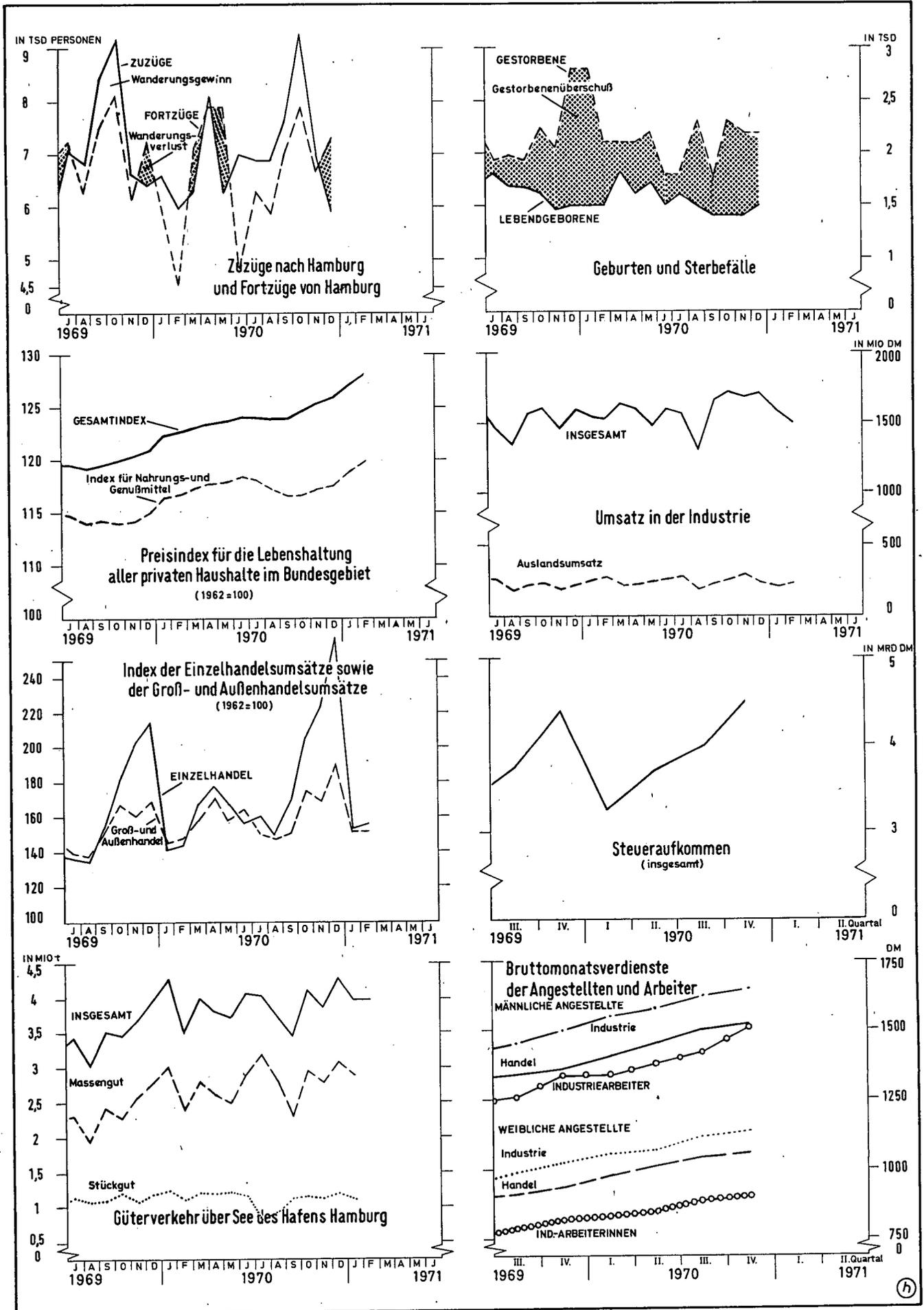
Rückgang des Krankenausfalls in der öffentlichen Verwaltung

Die Hamburger Verwaltung hatte im abgelaufenen Berichtsjahr von April 1970 bis März 1971 einen merklich geringeren Arbeitsausfall durch Krankheit zu verkräften; auf 6,3 % belief sich ihr Krankenstand im Jahresdurchschnitt; 1969/70 betrug er dagegen 7,2 % und im entsprechenden Zeitraum davor 6,8 %. Dieser Rückgang ist hauptsächlich mit dem Wegfall der durch die seinerzeitige Grippewelle verursachten Extremwerte zu erklären. Daneben hat sich aber offenbar auch eine allgemeine Verbesserungstendenz ausgewirkt, denn die meisten monatlichen Stichtagsergebnisse lagen unter denen aus der Vergleichsperiode 1969/70.

Am höchsten war der Krankenstand mit 7,6 % im Februar 1971, am niedrigsten mit 4,9 % im August 1970, was einer Variationsbreite von 2,7 Punkten entspricht. Die Differenz zwischen der größten und der kleinsten Quote betrug 1969/70 hingegen noch 6,2 Punkte.

Das strukturelle Bild des Krankenausfalls hat sich nicht verändert; in axiomatischer Klarheit unterschieden sich die Erkrankungsquoten nach wie vor bei den Dienstverhältnissen und die der Frauen von denen der Männer: Die Beamten hatten den niedrigsten, die Arbeiter den höchsten Ausfall, die Angestellten nahmen eine Mittelstellung ein; prozentual sind nicht unerheblich mehr weibliche als männliche Bedienstete arbeitsunfähig krank gewesen. Interessant ist weiter, daß bei den Arbeitern die statistische Abnahme des Krankenstands am größten war. Das mit dem 1. Januar 1970 in Kraft getretene „Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung“ vom 27. Juli 1969 hat also den Krankenausfall der Arbeiter keinesfalls negativ beeinflusst.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Statistisches Landesamt Hamburg

Anlageinvestitionen hamburgischer Industriebetriebe

Schlüsselzahl „Investitionen“

Investitionen sind nach den neueren Theorien der Wirtschaftswissenschaften über Kreislauf, Konjunkturen und Wachstum einer ihrer Zentralbegriffe. Über den sogenannten Einkommenseffekt und den Kapazitätseffekt beeinflusst die Investitionstätigkeit die Wirtschaftslage entscheidend. Zumal auf den Anlageinvestitionen beruht weithin das Wachstum jeder Volkswirtschaft: auf dem Einsatz von Anlagegütern, der dazu dient, den Produktionsapparat zu erhalten bzw. ihn zu verbessern und/oder zu vergrößern und damit eine bessere Versorgung mit Gütern für die Zukunft zu erreichen.

Einer der Hauptwachstumsträger der Wirtschaft des Bundes und – trotz Handel und Verkehr – auch der Hamburgs ist die Industrie. Investitionsausgaben der hamburgischen Industrie bestimmen daher in besonderem Maße über die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

Heutzutage, da die Wirtschaftspolitik auf Vollbeschäftigung angelegt ist und eine starke Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung herrscht, ist es für den Wirtschaftspolitiker doppelt wichtig, etwas über die Investitionen und auch über die Investitionsabsichten zu erfahren, um daran ablesen zu können, ob und in welchem Ausmaß sich eine Steigerung der Produktivität erreichen läßt.

Entgegen der zentralen Bedeutung der Größe der Investitionen, insbesondere über den Bereich der Industrie und entgegen mancherlei Anläufen diese gravierende Lücke zu schließen, fehlte dieses Element lange Zeit in der amtlichen Nachkriegsstatistik. Nach einigen sporadischen Anfängen gehört eine Investitionsstatistik erst neuerdings zu dem festen Repertoire der Statistik im Produzierenden Gewerbe, insbesondere der Industriestatistik¹⁾.

Gegenüber zuvor verwendeten Aushilfen, die nicht von Angaben der Investoren, sondern von anderen Größen ausgingen und nur auf indirekten Wegen durch Schätzungen zu lediglich globalen Größenangaben kamen, besitzt die Jahreserhebung über Investitionen einen bedeutsamen Vorzug: sie kann nicht allein unmittelbar festgestellte Daten vorlegen, sie kann dieses Material in einer tiefen Gliederung nach Branchen darbieten. Ein Einblick dieser Tiefe, wie er zuvor nicht möglich war, macht sie dem Wirtschaftspolitiker besonders wertvoll. Dafür ist sie allerdings anderen schnelleren Verfahren in einem anderen Punkt weit unterlegen: sie kann die ermittelten Daten erst relativ spät vorlegen. Jetzt, im Jahre 1971 kann daher auch erst über Investitionen bis zum Jahre 1969 berichtet werden. Das hängt vor allem damit zusammen, daß die Erhebung angewiesen ist auf Angaben, die aus den Abschlußdaten der Befragten ent-

nommen werden müssen. Etliche und insbesondere gerade größere Einheiten mit bedeutsamen Investitionen können ihre Abschlüsse jedoch erst relativ spät aufstellen. Auf diese späten Termine muß sich die Erhebung einstellen.

Die für den Wirtschaftspolitiker bedeutsame Frage, welche der investierten Summen für Erweiterungsinvestitionen ausgegeben worden sind und welche für Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, läßt sich mit dem Material der Investitionsstatistik nicht beantworten. In ihren Erhebungsbogen hätte diese Statistik ein so schwieriges Element, wie es die Unterscheidung dieser beiden Kategorien ist, kaum aufnehmen können; das hätte zu viele Befragte überfordert. Es ist auch nicht möglich, etwa auf indirektem Wege irgendetwas über das Verhältnis beider Kategorien zu erfahren und dazu, wie man es versuchen könnte, von dem Verhältnis auszugehen, in dem die einzelnen Investitionsarten untereinander stehen. Das Material der Erhebung bietet keine Anhaltspunkte, die auch nur einigermaßen ausreichen könnten, auf dieser Basis auch nur zu vagen Schätzungen, geschweige denn zu entscheidenden Aussagen zu kommen.

Läßt das vorliegende Material der Investitionsstatistik in der Industrie daher mancherlei offen, so bietet es doch in seiner vorliegenden Form eine Fülle bislang vermißter wichtiger Informationen.

Etwa 2 DM von jeweils 3 DM Investitionen im Produzierenden Gewerbe in den „Großbetrieben“ der Industrie angelegt

Die Investitionsstatistik bezieht nicht alle Einheiten des Produzierenden Gewerbes (Industrie, Handwerk, Baugewerbe) in ihre Erhebung ein. Sie verzichtet ganz auf die große Masse der kleinen Einheiten und beschränkt sich auf die größeren. Immerhin vereinigen aber diese ausgewählten Einheiten den Hauptteil des hamburgischen Produktionspotentials auf sich und ebenso auch den Hauptteil des Investitionsvolumens im Produktionsbereich.

Unter den erfaßten Einheiten haben wiederum die größeren Industriebetriebe eine zentrale Stellung. Für die Investitionserhebung werden bei der Industrie Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erfaßt – anders als im Baugewerbe und im produzierenden Handwerk, bei denen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten befragt werden. Im Jahre 1969 gab es etwa 570 Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten: nicht ganz ein Viertel aller 2380 Industriebetriebe, die die Totalerhebung vom September des Jahres gezählt hatte. Diese relativ kleine Zahl an Betrieben stellte mit nicht ganz 200 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von schätzungsweise 16 Mrd DM etwa 90 % der Beschäftigten und sogar 99 % des Umsatzes der hamburgischen Industrie.

¹⁾ Ihre Anordnung im Jahre 1965 als Jahreserhebung geht auf eine Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurück.

Mit Raten etwa dieser Größenordnung dürften 1969 auch die Investitionen von 677 Mio DM der 570 „Großbetriebe“ am gesamten Investitionsvolumen der hamburgischen Industriebetriebe beteiligt gewesen sein. Für die Weiterentwicklung des hamburgischen Industriepotentials kam diesen 570 Betrieben also eine beherrschende Stellung zu.

Eine weit überragende Position besitzt diese relativ kleine Schar von Betrieben nicht allein im Rahmen der Industrie, sondern außerdem auch in dem um einiges größeren Rahmen des gesamten Produzierenden Gewerbes. Die Unterlagen, die für die beiden anderen Sparten des Produzierenden Gewerbes – für das Baugewerbe und das Verarbeitende Gewerbe (Handwerk ohne Bau und ohne Dienstleistungshandwerk) – vorliegen, sind relativ mager. An exakten Angaben geben sie weit weniger her als bei der Industrie, Vergleichsdaten lassen sich daher nur in sehr grober Annäherung abschätzen und können daher schließlich nicht mehr sein als runde Faustzahlen mit erheblichem Spielraum.

Exakte Angaben gibt es nur für eine ebenfalls relativ kleine Zahl von Betrieben – die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Aber obwohl hier also die Erhebungsgrenze weiter hinausgesetzt wurde als bei der Industrie, ist damit doch nur ein relativ geringerer Teil an Betrieben erfaßt worden als in der Industrie, ein Teil, der vor allem auch einen Teil des Beschäftigungs- und Investitionsvolumens von Baugewerbe und Handwerk repräsentiert, der bei weitem nicht an die Anteilssätze in der Industrie heranreicht. Für das gesamte Baugewerbe und für das gesamte Verarbeitende Gewerbe kann man alles in allem für 1969 eine Investitionssumme von vielleicht 250 Mio DM veranschlagen. Diese Zahl mag um einiges zu hoch oder ebensogut um einiges zu niedrig angesetzt sein. Aber selbst wenn sie um etliche Mio DM von dem wirklichen Wert abweichen sollte, soviel wird immerhin noch bestehen bleiben – und darauf kommt es in diesem Zusammenhang an –, daß von jedem im Produzierenden Gewerbe Hamburgs investierten 3 DM jeweils 2 DM bei den Großbetrieben der Industrie angelegt wurden.

Kräftiger Anstieg der Investitionen im Jahre 1969

Das Jahr 1969 – das zur Zeit letzte Jahr, für das Ergebnisse über die Anlageinvestitionen vorliegen – hatte einen kräftigen Anstieg der Investitionsausgaben in der Industrie gebracht. Veränderungsraten der Investitionstätigkeit pflegen zumeist mit einer größeren Streubreite aufzutreten als die Umsätze oder gar die Zahl der Beschäftigten. Dennoch ist der Unterschied dieser Raten für das Jahr 1969 beachtlich. Er weist den Zuwachs bei den Investitionen als ungewöhnlich kräftig aus. Die Zahl der Beschäftigten in den Industriebetrieben mit Investitionsangaben stieg 1969 um 1,8 %; die Umsätze aller Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten – die der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten liegen nicht vor – nahmen um 5,4 % von 16,8 Mrd DM auf 17,7 Mrd DM zu; demgegenüber erhöhten sich die Investitionen um 24,2 % von 545 Mio DM auf 677 Mio DM (Tabelle 1, Spalten 3 und 4).

Tabelle 1

Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969

Jahre	Betriebe		Beschäftigte ¹⁾	Investitionen	
	insgesamt	darunter mit Investitionen		absolut	je Beschäftigten
	Anzahl			Mio DM	DM
	1	2	3	4	5
1964	643	633	204 443	465	2 277
1965	632	611	205 051	570	2 781
1966	611	593	201 442	740	3 673
1967	595	569	192 086	694	3 613
1968	578	554	195 167	545	2 794
1969	571	553	198 625	677	3 410
Veränderung 1969 gegenüber 1968 in %	-1,2	-0,2	+1,8	+24,2	+22,0

¹⁾ 1964 bis 1966 im Jahresdurchschnitt; 1967 bis 1969 am 30. September.

Der Anstieg des Jahres 1969 löste eine Periode rückläufiger Tendenz ab. Nach einer kräftigen Aufwärtsentwicklung in den Jahren 1964 bis 1966, die die Anlageinvestitionen 1966 auf den ungemein hohen Stand von 740 Mio DM gebracht hatte, waren die Investitionen in den Jahren 1967 und 1968 zunächst nur leicht, danach jedoch recht fühlbar zurückgegangen: mit 545 Mio DM lagen sie 1968 auf einem Niveau um einiges über dem Ausgangsstand des Jahres 1964 von 465 Mio DM, aber – wenn auch nur relativ wenig – unter den 570 Mio DM des Jahres 1965.

Der Zuwachs des Jahres 1969, so kräftig er an sich war, den hohen Stand des Jahres 1966 – die Spitze der vorausgegangenen fünf Jahre (740 Mio DM) – und auch des Jahres 1967 – den immerhin zweithöchsten Stand dieser Jahre (694 Mio DM) – vermochte er nicht voll zurückzubringen. Dennoch ist das 1969er Niveau dem Volumen aus den Jahren 1966 und 1967 so weit angenähert, daß das Jahr 1969 mit zu der Kategorie der Jahre hoher Investitionstätigkeit gerechnet werden kann.

Vorrang der „Maschineninvestitionen“

Die Investitionsstatistik unterscheidet drei Kategorien von Anlageinvestitionen:

1. Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen,
2. bebaute Grundstücke,
3. unbebaute Grundstücke.

Absoluten Vorrang unter diesen Investitionsarten besitzen die Investitionen in Maschinen und maschinellen Anlagen, Werkzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen (Tabelle 2). Der größte Teil des von den hamburgischen Industriebetrieben für Investitionen ausgegebenen Geldes wurde alle sechs Jahre von 1964 bis 1969 ständig in die Ausrüstung mit diesen Anlagegütern gesteckt. Ihr Anteil an den Investitionen insgesamt hielt Jahr für Jahr einen ho-

Tabelle 2

Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969 nach Investitionsarten

Jahre	Investitionen				Anteil der Investitionsarten in %		
	insgesamt	davon			Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausst.	bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke
		Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausst.	bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke			
	Mio DM				in % von Spalte 1		
1	2	3	4	5	6	7	
1964	465	348	106	11	75	23	2
1965	570	381	183	6	67	32	1
1966	740	552	179	9	75	24	1
1967	694	498	176	20	72	25	3
1968	545	403	124	18	74	23	3
1969	677	532	134	11	78	20	2
1964-1969	3 691	2 714	902	75	74	24	2

hen Stand (Tabelle 2, Spalte 5). Ein einziges Mal – 1965 – sank er auf 67%; ansonsten bewegte er sich zumeist um einige Punkte über 70; 1969 erreichte er mit 78% sogar einen Höhepunkt. Auch absolut war die 1969 für diese Anlageart aufgewendete Summe beachtlich. Sie kam mit 532 Mio DM (Tabelle 2, Spalte 2) zwar nicht ganz an den Spitzenbetrag des Jahres 1966 von 552 Mio DM heran, belegte aber relativ dicht hinter ihm den zweiten Platz unter den 6 Jahren ziemlich weit vor den Beträgen der anderen Jahre.

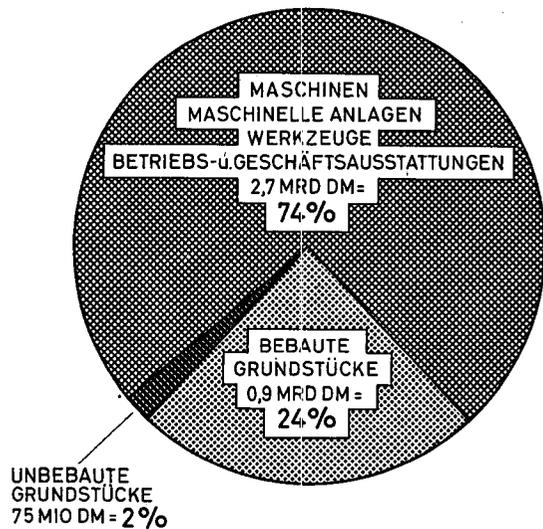
Einen wesentlich anderen Rhythmus zeigt die Entwicklung der Ausgaben für die bebauten Grundstücke und einen davon nochmals wiederum sehr verschiedenen Ablauf die der Ausgaben für die unbebauten Grundstücke. Für die bebauten Grundstücke lag der Höhepunkt der Investitionstätigkeit relativ früh: er wurde bereits 1965 erreicht und dann die nächsten beiden Jahre in etwa beibehalten. Nachdem dann im Jahre 1968 relativ wenig für Bauten ausgegeben worden war – ein Rückgang der viel weiter auf die Ausgangslage des Jahres 1964 zurückgeführt hatte als bei den Maschineninvestitionen, wurden 1969 auch für Bauarbeiten wieder mehr Gelder ausgegeben, aber anders als bei den Maschineninvestitionen blieben diese Summen weit unter denen der vorausgegangenen „guten“ Jahre.

Mag schon bei den Investitionen in Maschinen usw. eine Reihe größerer Einzelobjekte, die erheblich auf das Gesamtvolumen durchschlugen, bei dem gezeigten Entwicklungsbild mitgesprochen haben, bei dem dritten und kleinsten Sektor der Anlageninvestitionen, bei den Ausgaben für unbebaute Grundstücke dürfte dieser Umstand noch weit mehr im Spiele gewesen sein. Es mag daher auffallen, daß entgegen der insgesamt beobachteten Tendenz in den Jahren 1967 und 1968 – als bei den anderen Investitionsarten weniger Geld aufgewendet wurde – für unbebaute Grundstücke gerade die höchsten Summen und oben-

drein sogar mit Abstand höchsten Beträge ausgelegt wurden. Aus diesen Daten können jedoch keine allzu weitgehenden Schlüsse über die in diesem Sektor jeweils herrschende Grundtendenz gezogen werden; dazu ist die Zahl der hier in Betracht kommenden Objekte zu gering und die in Rechnung zu stellende Abhängigkeit von der einen oder anderen Sonderbewegung daher zu groß.

In den sechs Jahren von 1964 bis 1969 haben die hamburgischen Industriebetriebe für rund 3,7 Mrd DM investiert. Dabei waren die für Maschinen usw. ausgegebenen Summen mit 2,7 Mrd DM genau dreimal so groß wie die in bebauten Grundstücken angelegten. Unbebaute Grundstücke waren an der Gesamtinvestition mit einem relativ geringfügigen Betrag von 75 Mio DM oder rd. 2% beteiligt.

Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969 nach Investitionsarten



Statistisches Landesamt Hamburg (h)

Die meisten Betriebe in fast allen Industriegruppen investierten

Es gibt in Hamburg einige ganz wenige Sparten von untergeordneter Bedeutung, zu denen auch nicht ein einziger Betrieb mit 50 und mehr Beschäftigten gehört. Da die Investitionserhebung sich lediglich an die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten wendet, erscheinen diese paar Sparten auch nicht in den Ergebnissen dieser Erhebung. Unter der Masse der übrigen Industriegruppen, die für Investitionsmeldungen in Betracht kämen, war 1969 nicht eine einzige, die keine Investitionen ausgewiesen hätte. Ganz selten sind auch die Fälle, daß eine Industriegruppe einmal mit Investitionen von weniger als einer halben Million DM aufgetreten ist. Bei der überwiegenden Zahl der Industriegruppen waren auch alle in Betracht kommenden Betriebe an der Investitionstätigkeit beteiligt. Nur hier und da meldeten einmal ein oder zwei Betriebe einer Industriegruppe keine Investitionen; insgesamt kamen von den 571 Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten 18 Betriebe ohne Investitionen zusammen.

In den Tabellen 3, 4 und 5 sind nur die In-

dustriegruppen von einiger Bedeutung einzeln aufgeführt — und zwar angeordnet nach der Höhe ihres Investitionsvolumens. In dieser Reihenfolge fehlen jedoch einige Sparten, die an sich hätten nachgewiesen werden müssen. Sie mußten aber trotz ihres Gewichts mit den übrigen unbedeutenderen Sparten in einer Summe zusammengefaßt werden, da ihre Angaben als Einzelangaben geheimgehalten werden müssen. Daran liegt es auch, daß diese Sammeldisposition der sonstigen Industriegruppen und -zweige in den Übersichten mit einem relativ hohen Gewicht erscheint, das sie ohne diese Geheimhaltungsfälle bei weitem nicht besitzen würde.

Mehr als zwei Drittel der Investitionen bei 9 Industriegruppen

Zu den Hauptinvestoren in der hamburgischen Industrie zählt ein Kreis von 9 Industriegruppen. Dazu gehören allen anderen voran die Mineralölverarbeitung, der alle Jahre von 1964 bis 1969 ein besonderes Gewicht zukommt. Ihr folgen die Chemische Industrie, der Maschinenbau, die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, die Elektrotechnische Industrie, der Schiffbau, die Brauereien, die Gummi- und asbestverarbeitende Industrie sowie die NE-Metallindustrie. Diese 9 Sparten stellen — bei allerdings unterschiedlicher Gewichtsverteilung — auch das Hauptkontingent des Umsatzes und der Beschäftigten bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten. Für das Jahr 1969 — beziehungsweise für den September 1969 bei dem Umsatz — zeigen alle drei Merkmale für diese 9 Branchen Anteilssätze nahezu gleicher Größenordnung, 63,7% bei den Beschäftigten, 63,2% bei dem Umsatz und einen um einiges höheren Satz von 69,7% bei den Investitionen (Tabelle 3, Spalten 2, 4 und 6).

Die ganze Zeit von 1964 bis 1969 waren diese 9 Bereiche ständig die Hauptträger der Investitionstätigkeit bei den Industriebetrieben in Hamburg gewesen. Ihren Anteil an dem Gesamtinvestitionsvolumen hatten sie während dieser 6 Jahre im Schnitt nur wenig geändert. An der Summe der Investitionen in diesem Zeitraum — 3,7 Mrd DM — waren sie mit 2,6 Mrd DM oder 70,8% beteiligt (Tabelle 4, Schaubild 2).

Die übrigen 6 in der Tabelle dieser Arbeit gesondert ausgewiesenen Industriegruppen Ölmühlen, Margarine-Industrie, Herstellung von Süßwaren, Stahlbau, Futtermittelindustrie sowie Industrie der Steine und Erden brachten es 1969 zusammen mit 74 Mio DM auf einen Beitrag zu den Investitionen, der mit einem Anteilssatz von 10,9% um einige wenige Punkte über den des zweitgrößten Investors, der Chemischen Industrie (9,4%) hinausging (Tabelle 3, Spalten 5 und 6). Mit diesem hatten sie 1969 gegenüber früheren Jahren sogar ein wenig aufholen können: für die Zeit von 1964 bis 1969 weist die Tabelle 4 bei diesen 6 Gruppen insgesamt einen Anteil von 9% aus.

Auch zu den 127 Betrieben der Sammeldisposition „Sonstige Industriegruppen und -zweige“ zählt etwa

Tabelle 3

Beschäftigte, Umsätze, Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1969 nach ausgewählten Industriegruppen

Industriegruppen	Beschäftigte ¹⁾		Umsatz Sept. 1969		Investitionen	
	Anzahl	%	Mio DM	%	Mio DM	%
	1	2	3	4	5	6
Mineralölverarbeitung .	11 386	5,7	261,3	17,6	191,1	28,2
Chemische Industrie .	16 131	8,1	123,9	8,3	63,7	9,4
Maschinenbau	26 345	13,3	103,5	7,0	53,5	7,9
Druckerei- u. Vervielf. Industrie .	7 854	4,0	36,1	2,4	34,2	5,1
Elektrotechnische Industrie .	25 252	12,7	166,4	11,2	32,7	4,8
Schiffbau . .	20 581	10,4	77,2	5,2	28,9	4,3
Brauereien.	2 942	1,5	21,7	1,5	28,7	4,2
Gummi- u. asbestverarb. Industrie .	12 714	6,4	54,5	3,7	23,2	3,4
NE-Metallindustrie .	3 273	1,6	93,9	6,3	16,1	2,4
Ölmühlen .	1 747	0,9	53,3	3,6	14,1	2,1
Margarine-Industrie .	2 700	1,4	24,2	1,6	13,4	2,0
Süßwarenindustrie .	3 481	1,7	33,3	2,2	13,1	1,9
Stahlbau . .	9 327	4,7	24,5	1,7	11,6	1,7
Futtermittelindustrie .	1 285	0,6	26,7	1,8	11,5	1,7
Industrie d. Steine u. Erden . . .	2 095	1,1	12,2	0,8	10,4	1,5
Ausgewählte Industriegr. zusammen	147 113	74,1	1 112,7	74,9	546,2	80,6
Sonstige Industriegruppen u. zweige . . .	51 512	25,9	372,6	25,1	131,1	19,4
Industrie insgesamt	198 625	100	1 485,3	100	677,3	100

¹⁾ 1964 bis 1966 im Jahresdurchschnitt; 1967 bis 1969 am 30. September.

ein Dutzend Betriebe mit Investitionssummen, die manchen der Spitzenklasse nicht nachstehen, die hier aber — wie bereits in dem vorausgegangenen Kapitel erwähnt wurde — aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gesondert ausgewiesen werden können. Auf diese Großbetriebe kommt ein Großteil der für 1969 in dieser Sammeldisposition ausgewiesenen 131,1 Mio DM; das sind zusammen immerhin rund ein Fünftel (19,4%) aller Investitionen des Jahres 1969 (Tabelle 3, Spalten 5 und 6). Zu dieser Sammeldisposition zählen insbesondere der Luftfahrzeugbau, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, die Papierverarbeitung sowie aus dem Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie die Zigarettenindustrie, die Obst- und Gemüseverarbeitung, die Limonadenherstellung und die Essigindustrie.

Schaubild 2

**Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969
nach ausgewählten Industriegruppen**

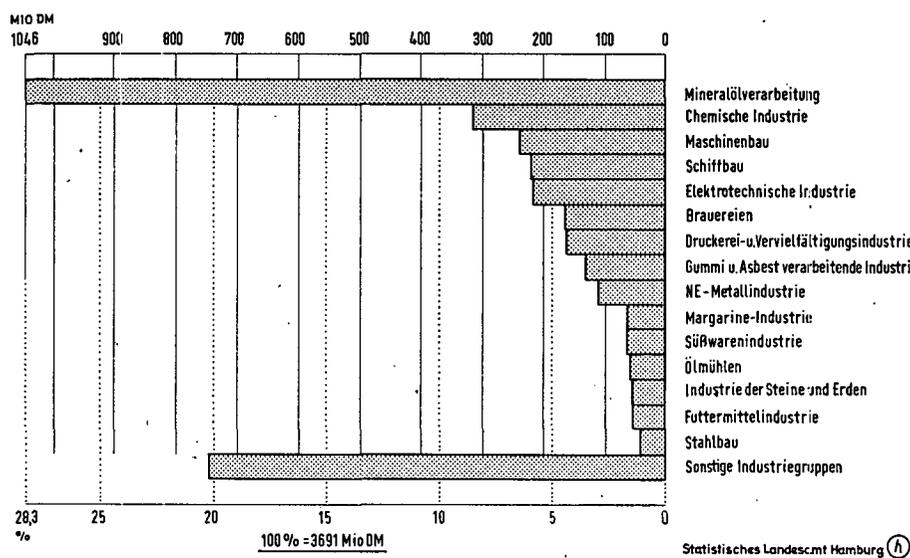


Tabelle 4

**Die Investitionen der Industriebetriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969
nach ausgewählten Industriegruppen**

Industriegruppen	1964 bis 1969	
	In Mio DM	%
	1	2
Mineralölverarbeitung	1 046	28,3
Chemische Industrie	316	8,6
Maschinenbau	238	6,5
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie ..	163	4,4
Elektrotechnische Industrie ..	218	5,9
Schiffbau	221	6,0
Brauereien	166	4,5
Gummi- und asbest- verarbeitende Industrie ...	132	3,6
NE-Metallindustrie	111	3,0
Ölmühlen	58	1,6
Margarine-Industrie	63	1,7
Süßwarenindustrie	63	1,7
Stahlbau	42	1,1
Futtermittelindustrie	53	1,4
Industrie der Steine u. Erden	54	1,5
Ausgewählte Industriegruppen zusammen	2 944	79,8
Sonstige Industriegruppen und -zweige	747	20,2
Industrie insgesamt	3 691	100

Betriebe der Mineralölverarbeitung mit erheblichem Vorsprung führend

Wie es auch sonst ihrem Gewicht in der hamburgischen Industrie entspricht (Anteil am Umsatz etwa 18 %), steht die Mineralölverarbeitung auch mit ihren Investitionen an der Spitze der Industriegruppen. Von 1964 bis 1969 hielt sie dabei stets einen erheblichen Vorsprung vor der ihr jeweils in der Rangordnung folgenden Sparte (Tabelle 5). Insbesondere in den Jahren 1966 und 1967 – den Jahren mit

den höchsten Investitionssummen im Mineralölsektor – betragen diese Investitionen ein Vielfaches der von der nächstfolgenden Industriegruppe angelegten Beträge. Auch im Jahre 1969 investierten die 17 Betriebe der Mineralölverarbeitung in Hamburg mit 191,1 Mio DM eine um das Dreifache höhere Summe als die ihr folgende Chemische Industrie. Sie stellten damit allein 28,2 % aller Investitionen in den hamburgischen Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten; die Chemische Industrie brachte es auf 9,4 %.

Mit ihren Investitionen ist die Mineralölwirtschaft für Hamburg ein Wachstumsträger erster Ordnung geblieben, obwohl sie zugleich auch erhebliche Beträge in Betrieben außerhalb Hamburgs investiert hat. Der Anteil der hamburgischen Betriebe an den Gesamtinvestitionen der Mineralölunternehmen, die in Hamburg ihren Sitz haben, konnte sich in letzter Zeit sogar wieder erhöhen (Tabelle 6). In den Jahren 1964 bis 1967, als diese Unternehmen besonders hohe Beträge investierten, hatten zwar auch die hamburgischen Betriebe relativ hohe Summen abbekommen, ihre Anteile an den Gesamtinvestitionen waren jedoch relativ niedrig. Insbesondere im Jahre 1967 mit der enormen Investitionssumme von über 1 Mrd DM waren Hamburger Betriebe zwar ebenfalls mit dem zweithöchsten Betrag des gesamten Zeitraumes von 1964 bis 1969 – mit 253 Mio DM – an diesen Investitionen beteiligt, das war jedoch zugleich auch ein relativ niedriger Anteilssatz von nicht ganz einem Viertel, den nur das Jahr 1964 mit einer Quote von 13,9 % noch unterboten hatte. In den Jahren 1968 und 1969 waren die investierten Summen wesentlich niedriger als in den beiden Jahren zuvor. An diesen Beträgen waren aber hamburgische Betriebe vor allem 1968 aber auch 1969 zwar nicht ganz so stark, aber wiederum doch nicht allzu viel weniger beteiligt als die Betriebe außerhalb der Stadt (45,9 % bzw. 42,1 %). Insgesamt gingen in den Jahren 1964 bis 1969 etwas mehr als eine Mrd DM der insgesamt während dieser Zeit von den Mineralölunternehmen investierten 3,5 Mrd DM in hamburgische Betriebe, nicht ganz ein Drittel (30,1 %).

Tabelle 5

**Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969
nach ausgewählten Industriegruppen**

Industriegruppen	1964		1965		1966		1967		1968		1969	
	Mio DM	%										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Mineralölverarbeitung ...	75,1	16,1	140,2	24,6	267,3	36,1	252,9	36,5	120,0	22,0	191,1	28,2
Chemische Industrie	41,1	8,8	51,9	9,1	53,5	7,2	56,8	8,2	49,2	9,0	63,7	9,4
Maschinenbau	35,4	7,6	40,1	7,1	36,4	4,9	35,3	5,1	36,9	6,8	53,5	7,9
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	17,8	3,8	32,3	5,7	23,9	3,2	19,4	2,8	35,5	6,5	34,2	5,1
Elektrotechnische Industrie	44,9	9,6	37,6	6,6	47,6	6,4	29,5	4,2	25,5	4,7	32,7	4,8
Schiffbau	34,0	7,3	25,8	4,5	76,4	10,3	26,2	3,8	29,4	5,4	28,9	4,3
Brauereien	24,9	5,4	28,9	5,0	28,1	3,8	24,1	3,5	32,0	5,9	28,7	4,2
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	18,2	3,9	28,5	5,0	23,6	3,2	15,1	2,2	23,9	4,4	23,2	3,4
NE-Metallindustrie	6,1	1,3	11,8	2,1	22,8	3,1	34,0	4,9	19,9	3,6	16,1	2,4
Ölmühlen	9,2	2,0	8,5	1,5	6,2	0,9	10,0	1,5	9,8	1,8	14,1	2,1
Margarine-Industrie	13,2	2,9	7,8	1,3	9,4	1,3	9,1	1,3	10,5	1,9	13,4	2,0
Herstellung von Süßwaren	6,4	1,4	7,9	1,4	7,6	1,1	16,2	2,3	11,6	2,1	13,1	1,9
Stahlbau	5,9	1,3	9,6	1,7	7,5	1,0	3,7	0,5	3,7	0,7	11,6	1,7
Futtermittelindustrie	4,8	1,0	6,7	1,2	8,8	1,2	17,4	2,5	4,3	0,8	11,5	1,7
Industrie der Steine und Erden	8,3	1,8	9,9	1,7	4,6	0,6	9,0	1,3	11,6	2,1	10,4	1,5
Ausgewählte Industrie- gruppen zusammen ..	345,3	74,2	447,5	78,5	623,7	84,3	558,7	80,6	423,8	77,7	546,2	80,6
Sonstige Industriegruppen und -zweige	120,3	25,8	122,8	21,5	116,2	15,7	134,9	19,4	121,6	22,3	131,1	19,4
Industrie insgesamt	465,6	100	570,3	100	739,9	100	693,6	100	545,4	100	677,3	100

Tabelle 6

Die Investitionen der Unternehmen und Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten der Mineralölgewirtschaft in Hamburg 1964 bis 1969

Jahre	Investitionen		
	der Unternehmen mit Sitz in Hamburg	der Betriebe in Hamburg	
	Mio DM	Mio DM	Anteil in %
	1	2	3
1964	539	75	13,9
1965	455	140	30,8
1966	721	267	37,0
1967	1 041	253	24,3
1968	261	120	45,9
1969	454	191	42,1
1964-1969 .	3 471	1 046	30,1

Die acht anderen Großinvestoren

Die Investoren in der Mineralölverarbeitung stellen ob ihres jede einzelne andere Summe weit überragenden Umfangs eine besondere Kategorie unter den Investitionen in den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten der hamburgischen Industrie dar. Das insgesamt größere Gewicht kommt jedoch den Beträgen zu, welche die 265 Betriebe der auch in der Rangfolge auf die Mineralölverarbeitung folgenden Industriegruppen von der Chemischen Industrie bis zur NE-Metallverarbeitung angelegt haben (Tabelle 5). Im Jahre 1969 investierten diese Betriebe insgesamt 281 Mio DM oder 41,5 % der Gesamtinvestitionen (Tabelle 5, Spalten 11 und 12). In den Jahren 1964 bis 1969 kamen diese Betriebe sogar mit Inve-

stitionen von mehr als 1,5 Mrd DM noch auf einen etwas höheren Anteil von 42,5 % (Tabelle 4).

Der Kreis dieser acht Industriegruppen hat zusammen die ganzen sechs Jahre von 1964 bis 1969 das Hauptkontingent der Investitionen in der hamburgischen Industrie gestellt. Gewechselt haben während dieser Zeit die Anteile der einzelnen Industriegruppen an der jeweilig von diesem Kreis investierten Gesamtsumme; gewechselt hat damit gelegentlich auch der Platz, den die einzelne Sparte jeweils innerhalb der Reihe einnahm. Aber solche Wechsel waren relativ selten und noch seltener von größerem Gewicht. Alles in allem blieb es zumeist bei einer gewissen Grundordnung.

Nach ihr hielt die Chemische Industrie unter den acht die meiste Zeit die Spitze. Einmal hatte sie diesen Rang an die Elektrotechnische Industrie (1964) und einmal an den Schiffbau (1966) abtreten müssen, der damals die überhaupt höchsten Investitionen dieser sechs Jahre erlebte: er hatte es allein in diesem Jahr mit 76,4 Mio DM auf rund ein Drittel der insgesamt von 1964 bis 1969 im Schiffbau investierten 221 Mio DM gebracht. Das waren aber noch fast 100 Mio DM weniger, als die Chemische Industrie in dieser Zeit angelegt hatte (316 Mio DM). Auch der Maschinenbau blieb mit einer Investitionssumme von 238 Mio DM in den Jahren von 1964 bis 1969 über der des Schiffbaues. Er hatte in der Vergangenheit ab und an seinen Platz mit der Elektrotechnischen Industrie gewechselt, zog aber vor allem im Jahre 1969 kräftig an ihr vorbei — er erreichte in diesem Jahr einen Höchststand, die Elektrotechnische Industrie blieb dagegen 1969 weit unter

dem Investitionsniveau früherer Jahre. Sie kam dadurch für die ganze Zeit von 1964 bis 1969 auf eine Investitionssumme von 218 Mio DM, was sie unter den acht Industriegruppen auf den vierten Platz hinter dem Maschinenbau und auch noch hinter dem Schiffbau brachte.

Verschiebungen ähnlicher Art lassen sich auch für die übrigen Industriegruppen beobachten. Bemerkenswert wäre unter diesen Veränderungen etwa, daß im Jahre 1964 die Margarineindustrie eine Sparte des Kreises der herausgehobenen Industriegruppen, die NE-Metallindustrie, überflügelt hatte und im Jahre 1967 Ähnliches im Verhältnis der Herstellung von Süßwaren zu der Gummi- und asbestverarbeitenden Industrie geschah.

Bei all solchen Vergleichen einzelner Jahresdaten untereinander ist allerdings eins zu bedenken. Investitionen in ein einzelnes Großobjekt können sich über etliche Jahre erstrecken. Was davon in den einzelnen Jahren auf den Anlagekonten der Betriebe als Zugang verbucht wird, hängt nicht allein von der tatsächlichen Entwicklung ab, sondern häufig noch mehr von der Verrechnungsweise und der Bilanzpolitik. Schon allein deshalb kann mancher in den Angaben der Betriebe erscheinende Jahresbetrag relativ hoch oder relativ niedrig gegenüber manch anderen erscheinen.

Starke Unterschiede bei den Investitionen je Beschäftigten

Das Verhältnis der Investitionen zu der Zahl der Beschäftigten ist eine Kennziffer, an der die Intensität, mit der die einzelnen Bereiche der Industrie investiert haben, abzulesen ist.

Diese Kennziffer nahm im Jahre 1969 für die gesamte hamburgische Industrie nach einem erheblichen Rückgang im Jahre 1968 wieder beträchtlich zu; sie stieg gegenüber 1968 um 22,0% auf 3410 DM (Tabelle 7, Spalte 3). Ihre Spitze hatte diese Ziffer jedoch einige Jahre zuvor mit 3673 DM im Jahre 1966 erreicht. Auch das Jahr 1967 hatte noch einen wesentlich höheren Stand gebracht: 3613 DM.

Die Kennziffern für die einzelnen Industriegruppen unterscheiden sich von Gruppe zu Gruppe zum Teil

Tabelle 7
Die Investitionen je Beschäftigten der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1964 bis 1969

Jahre	Beschäftigte ¹⁾	Investitionen	
		insgesamt	je Beschäftigten
	Anzahl	Mio DM	DM
	1	2	3
1964	204 443	465	2 277
1965	205 051	570	2 781
1966	201 442	740	3 673
1967	192 086	694	3 613
1968	195 167	545	2 794
1969	198 625	677	3 410

¹⁾ 1964 bis 1966 im Jahresdurchschnitt; 1967 bis 1969 am 30. September.

erheblich voneinander. Die Übersicht der Tabelle 8 für das Jahr 1969 zeigt eine ungemein breit ausgefächerte Skala von Werten. Für die dort gesondert ausgewiesenen 15 Industriegruppen reicht diese Skala von fast 17 000 DM am obersten Punkt bis hinab zu ein wenig mehr als 1 000 DM am anderen Ende.

Tabelle 8
Die Investitionen je Beschäftigten der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1969 nach ausgewählten Industriegruppen in der Rangfolge der Höhe der Investitionen je Beschäftigten

Industriegruppen	Beschäftigte ¹⁾	Investitionen	
		absolut	je Beschäftigten
	Anzahl	Mio DM	DM
	1	2	3
Mineralölverarbeitung ...	11 386	191,1	16 779
Brauereien	2 942	28,7	9 735
Futtermittelindustrie	1 285	11,5	8 940
Ölmühlen	1 747	14,1	8 074
Margarine-Industrie	2 700	13,4	4 963
Industrie der Steine und Erden	2 095	10,4	4 958
NE-Metallindustrie	3 273	16,1	4 902
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	7 854	34,2	4 356
Chemische Industrie	16 131	63,7	3 951
Süßwarenindustrie	3 481	13,1	3 763
Maschinenbau	26 345	53,5	2 032
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie.	12 714	23,2	1 822
Schiffbau	20 581	28,9	1 409
Elektrotechnische Industrie	25 252	32,7	1 295
Stahlbau	9 327	11,6	1 247
Ausgewählte Industriegruppen zusammen ...	147 113	546,2	3 713
Sonstige Industriegruppen und -zweige	51 512	131,1	2 545
Industrie insgesamt	198 625	677,3	3 410

¹⁾ 1964 bis 1966 im Jahresdurchschnitt; 1967 bis 1969 am 30. September.

Ebenso auffällig wie diese breite Streuung, wenn nicht vielleicht noch krasser als diese, dürfte die völlig veränderte Reihenfolge sein, in der sich die einzelnen Industriegruppen hier der Höhe ihrer Investitionskennziffer nach anordnen: mit einer einzigen Ausnahme hat keine der 15 Gruppen den gleichen Platz, wie er aus den vorausgegangenen Tabellen geläufig ist; diese Verschiebungen haben die meisten Industriegruppen in völlig anderen Regionen der Skala angesiedelt.

Die Ausnahme: die Mineralölverarbeitung. Wie auch sonst bisher behauptet sie in dieser Reihenfolge wieder die Spitze und zwar ebenfalls wieder mit dem extrem hohen Wert von rund 16 800 DM Investitionen je Beschäftigten. Die der Mineralölverarbeitung sonst der Höhe ihrer Investitionssummen nach folgenden Industriegruppen Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnische Industrie, Schiffbau haben dagegen ihre Spitzenplätze vertauscht mit Positionen weit unten in der Reihenfolge. Abgesehen von der Chemischen Industrie, die einen Stand etwa in der Mitte der Reihe und ein wenig

über dem Durchschnitt behauptete, wiesen diese Gruppen außerdem zum Teil erheblich unter diesem Durchschnitt liegende Kennziffern aus; Schiffbau und Elektrotechnische Industrie befanden sich damit sogar auf den letzten Stellen der Reihe knapp vor dem auf den letzten Platz zurückgewichenen Stahlbau.

Dafür findet man hinter den von dem siebenten auf den zweiten Platz gerückten Brauereien etliche ansonsten relativ weit hinten in der Reihe aufgetretene Industriegruppen hier weit vorn: Futtermittelindustrie, Ölmühlen, Margarine-Industrie, Industrie der Steine und Erden.

Margarine-Industrie sowie Industrie der Steine und Erden gehören bereits zu dem Mittelfeld der Reihe mit Werten zwischen knapp 5 000 DM und etwas weniger als 4 000 DM. Die übrigen vier Glieder dieses Kreises sind die NE-Metallindustrie, die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, die Chemische Industrie und die Süßwarenindustrie.

Bei den Industriegruppen, die an das Ende der Reihe gerückt sind, handelt es sich — ausgenommen die Süßwarenindustrie — um Branchen mit dem größten Kontingent an Beschäftigten in der gesamten hamburgischen Industrie.

Die Kennziffer der Sammelposition „Sonstige Industriegruppen und -zweige“ liegt mit 2 545 DM zwar

um einiges unter dem Gesamtdurchschnitt von 3 410 DM. Sie ist aber weit höher als die der letzten fünf gesondert ausgewiesenen Industriegruppen. Sie enthält eine ganze Reihe von Investitionen, deren Wert je Beschäftigten in seiner Höhe mehr oder weniger nahe an den Extremwert der Mineralölverarbeitung heranreicht und ihn in einem Fall sogar überschreitet.

Die in der Tabelle 8 gezeigte Reihenfolge der Industriegruppen nach der Höhe des Wertes ihrer Investitionen je Beschäftigten für das Jahr 1969 kann nicht ohne weiteres auf die vorausgegangenen Jahre übertragen werden. Dazu sind die Schwankungen der Investitionen in den einzelnen Industriegruppen — wie Tabelle 5 gezeigt hat — zu groß. Jedes der anderen 5 Jahre von 1969 dürfte daher mancherlei andere Züge aufweisen als die hier für 1969 dargestellt.

Vorrang der Investitionen im Maschinenpark bei großen Unterschieden im einzelnen

Der Hauptteil der von den Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg investierten Gelder ging 1969 nicht nur insgesamt vor allem in den „Maschinenpark“ (Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung). Auch bei den einzelnen Industriegruppen lag der

Tabelle 9

Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1969 nach ausgewählten Industriegruppen und Investitionsarten

Industriegruppen	Investitionen				Anteil der Investitionsarten in %		
	Insgesamt	davon			Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke
		Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke			
	Mio DM				in % von Spalte 1		
1	2	3	4	5	6	7	
Mineralölverarbeitung	191,1	159,9	30,8	0,4	84	16	—
Chemische Industrie	63,7	39,6	18,8	5,3	62	30	8
Maschinenbau	53,5	42,1	10,3	1,1	79	19	2
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	34,2	29,0	4,8	0,4	85	14	1
Elektrotechnische Industrie ..	32,7	25,7	6,7	0,3	79	20	1
Schiffbau	28,9	21,9	6,6	0,4	76	23	1
Brauereien	28,7	26,8	1,9	—	93	7	—
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie ..	23,2	18,8	3,8	0,6	81	16	3
NE-Metallindustrie	16,1	11,6	4,1	0,4	72	25	3
Ölmühlen	14,1	10,5	3,4	0,2	74	24	2
Margarine-Industrie	13,4	7,5	5,9	—	57	43	—
Süßwarenindustrie	13,1	7,1	5,4	0,6	54	41	5
Stahlbau	11,6	7,5	3,4	0,7	65	29	6
Futtermittelindustrie	11,5	7,4	4,1	—	64	36	—
Industrie der Steine und Erden	10,4	9,7	0,5	0,2	93	5	2
Ausgewählte Industriegruppen zusammen	546,2	425,1	110,5	10,6	78	20	2
Sonstige Industriegruppen und -zweige	131,1	107,1	23,6	0,4	82	18	—
Industrie insgesamt	677,3	532,2	134,1	11,0	78	20	2

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit durchweg bei dieser Investitionsart.

Allerdings war das, was die einzelne Sparte in den anderen beiden Investitionsarten anlegte, zuweilen ebenfalls recht beträchtlich. Das gilt vornehmlich für die Investitionsart der bebauten Grundstücke, trifft in einigen Fällen aber selbst für den Sektor der unbebauten Grundstücke zu. Im einzelnen gibt daher die Tabelle 9 ein relativ buntes Bild mit einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Akzente.

Mehr noch als die übrigen für das Jahr 1969 nach Industriegruppen und einzelnen Merkmalen aufgestellten Tabellen trägt die besonders stark untergliederte Tabelle 9 ihre eigenen allein für das Jahr 1969 zutreffenden Züge, die noch weniger als die der anderen Tabellen auf andere Jahre übertragen werden können. Sie stellt in ihren Einzeldaten kein auch sonst gültiges Grundschema der Verteilung der Werte dar, bietet jedoch ein instruktives „Moment“-bild mit einer Reihe weiterführender Aspekte.

Große und kleine Investoren

Die im Jahre 1969 von den größeren Betrieben der hamburgischen Industrie investierten Summen verteilten sich ziemlich breit über die verschiedenen Kategorien großer und kleiner Investoren (Tabelle 10, Spalten 1 und 2). Nicht nur die ganz großen Investoren haben erhebliche Anteile zu den insgesamt investierten Summen beigetragen. Auch kleinere Investoren haben zusammen recht beachtliche Beiträge gestellt. Selbst die Gruppe der kleinsten Investoren – die Größenklasse der Betriebe mit Investitionen unter einer Million DM – trat zusammen noch mit einer Summe und einem Anteil auf, die nicht hinter denen der übrigen Klassen zurückstanden, sie zum Teil sogar übertrafen.

Zwar kommt das Hauptgewicht der Investitionen einigen wenigen Betrieben mit Investitionen von 20 Mio DM und mehr zu: diese 4 Betriebe stellten fast 175 Mio DM oder rund ein Viertel aller registrierten Investitionen. Die Anteilssätze aller übrigen in Tabelle 10 gebildeten Größenkategorien lagen jedoch nicht übermäßig weit darunter und blieben dabei vor allem in den einzelnen Stufen ziemlich dicht beieinander; sie schwankten leicht zwischen 14,5% und 17,5%. Lediglich die Klasse der Betriebe mit Investitionen von 1 Mio DM bis unter 2 Mio DM machte eine fühlbare Ausnahme: sie brachte es auf einen geringeren Anteilssatz von nicht ganz 10%.

Das Verteilungsbild bei den Investitionen in Maschinen, maschinellen Anlagen usw. entsprach nahezu gleichlautend dem der Gesamtinvestitionen (Tabelle 10, Spalten 3, 4 und 9). Anders war es dagegen bei den anderen beiden Investitionsarten (Tabelle 10, Spalten 5 bis 8 sowie 10 und 11). In bebauten Grundstücken hatten auch wieder die 4 Großinvestoren das meiste Geld angelegt; sie kamen mit ihren 39,2 Mio DM sogar auf einen höheren Anteilssatz (29,2%) als bei den Ausgaben für den Maschinenpark. Für unbebaute Grundstücke hatten sie dagegen nur die relativ geringe Summe von 700 000 DM ausgegeben, die selbst absolut nicht an die Beträge heranreichte, die zumal bei den kleineren Investoren in diese Anlagenart flossen. Gegenüber den Anteilssätzen von 21,8%, 35,5% und 19,1% bei diesen kleineren nehmen sich die der größeren Investoren von 6,4% oder sogar nur 3,6% recht gering aus (Tabelle 10, Spalte 8). Bei den für bebaute Grundstücke aufgewendeten Beträgen treten besonders die relativ hohen Anteile der Betriebe mit Investitionen von 2 Mio DM bis unter 5 Mio DM hervor; ihr Anteilssatz von 21,6% (Tabelle 10, Spalte 6) ging weit über das hinaus, was sonst bei dieser Betriebsgruppe zu beobachten war.

Tabelle 10

Die Investitionen der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Hamburg 1969 nach Größenklassen und Investitionsarten

Betriebe mit Investitionen von ... Mio DM bis unter ... Mio DM	Investitionen								Anteil der Investitionsarten in %		
	insgesamt		davon						Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke
			Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäftsausstattung		bebaute Grundstücke		unbebaute Grundstücke				
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	in % von Spalte 1		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1 Mio DM bis unter 2 Mio DM	65,8	9,7	48,6	9,1	14,8	11,0	2,4	21,8	73,9	22,5	3,6
2 Mio DM bis unter 5 Mio DM	108,0	15,9	77,6	14,6	28,9	21,6	1,5	13,6	71,8	26,8	1,4
5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	98,0	14,5	81,4	15,3	12,7	9,5	3,9	35,5	83,1	12,9	4,0
10 Mio DM bis unter 20 Mio DM	118,5	17,5	95,7	18,0	22,4	16,7	0,4	3,6	80,8	18,9	0,3
20 Mio DM und mehr ...	174,5	25,8	134,6	25,3	39,2	29,2	0,7	6,4	77,1	22,5	0,4
1 Mio DM und mehr insgesamt	564,8	83,4	437,9	82,3	118,0	88,0	8,9	80,9	77,5	20,9	1,6
Übrige Betriebe	112,5	16,6	94,3	17,7	16,1	12,0	2,1	19,1	83,8	14,3	1,9
Insgesamt	677,3	100	532,2	100	134,1	100	11,0	100	78,6	19,8	1,6

Zusammenfassung

„Wachstum erfordert Investitionen“ lautet eine Formel der modernen Wirtschaftstheorie.

Für den Hauptwachstumsträger der Wirtschaft — die Industrie — wird daher seit einigen Jahren eine Investitionsstatistik geführt. Sie unterrichtet u. a. über die Anlageinvestitionen in den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten.

570 Betriebe dieser Größenklasse investierten 1969 insgesamt 677 Mio DM. Man kann annehmen, daß diese 677 Mio DM etwa zwei Drittel der gesamten Investitionen im Produzierenden Gewerbe (Industrie, Baugewerbe, verarbeitendes Handwerk) Hamburgs ausmachten.

Das Jahr 1969 — das zur Zeit letzte Jahr, für das Angaben vorliegen — hatte einen kräftigen Anstieg der Investitionsausgaben in der Industrie Hamburgs gebracht. Der Höhepunkt der Investitionsleistung des Jahres 1966 (740 Mio DM) wurde 1969 zwar mit den 677 Mio DM In-

vestitionen nicht voll erreicht; dennoch kann das Jahr 1969 mit zu der Kategorie der Jahre hoher Investitionstätigkeit in Hamburg gerechnet werden.

Alle Industriegruppen, zu denen Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten gehören, und das sind nahezu alle, waren an den Investitionen des Jahres 1969 beteiligt.

Mehr als zwei Drittel der Investitionen entfielen auf 9 Industriegruppen, die auch sonst zu den führenden Industriegruppen Hamburgs zählen.

An der Spitze dieser 9 Gruppen führte die Mineralölverarbeitung mit einem erheblichen Vorsprung. Sie stellte allein 28,2% aller Investitionen in den von der Statistik erfaßten hamburgischen Industriebetrieben. Die ihr folgende Chemische Industrie brachte es 1969 auf den weit niedrigeren Satz von 9,4%. Die übrigen Gruppen: Maschinenbau, Druckereien, Elektro-

technische Industrie, Schiffbau, Brauereien, Gummi- und Asbestverarbeitung sowie NE-Metallindustrie wiesen noch um einiges geringere Anteilssätze aus.

Diesen 8 Industriegruppen von der Chemischen Industrie bis zur NE-Metallindustrie kommt das größte Gewicht unter den Industriegruppen Hamburgs zu: sie investierten von 1964 bis 1969 mit mehr als 1,5 Mrd DM rund 43% der Gesamtinvestitionen dieser 6 Jahre.

Unter den drei Investitionsarten kommt den Investitionen in dem Maschinenpark (einschl. Geschäftsausstattung) ein absoluter Vorrang vor denen in bebauten und unbebauten Grundstücken zu. Von den 1964 bis 1969 für Investitionen ausgegebenen 3,7 Mrd DM kamen 2,7 Mrd DM (74%) auf Maschineninvestitionen, 902 Mio DM (24%) auf bebaute Grundstücke und 75 Mio DM (2%) auf unbebaute Grundstücke.

Willi Lellau

Hamburger Modelluntersuchung zur multikausalen Todesursachenstatistik

1. Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt die Multikausaltabellierung und -analyse der Todesursachen

Im Handbuch der Internationalen Klassifizierung der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1948 (Bd. 1 S. 399) war bereits ein Vorschlag für die Tabellierung mehrfacher Todesursachen veröffentlicht, der Anhaltspunkte über eine Dreier-Gruppierung jeder Todesursache enthielt.

Anläßlich der Internationalen Konferenz zur 8. Revision des Internationalen Verzeichnisses der Krankheiten im Juli 1965 in Genf, die von der WHO einberufen und von 36 Mitgliedstaaten besucht worden war, wurden mehrere Berichte zum Thema einer umfassenden Multikausalanalyse der Todesursachen vorgelegt. Die Konferenz erkannte die Notwendigkeit an, die bisher nur unikausal ausgewerteten Todesursachenstatistik durch eine Auswertung sämtlicher auf den Todesbescheinigungen aufgeführten Krankheitserscheinungen zu ergänzen; ebenso wichtig erschien der Konferenz die Aufgabe, statistisches Material über die zum Tode führenden Krankheitskombinationen bereitzustellen. In London beschäftigte sich 1967 erneut eine internationale Konferenz mit der Statistik der multikausalen Todesursachen, wobei auch schon Überlegungen angestellt wurden, den Aufbau des internationalen Totenscheines daraufhin abzustellen bzw. zu verändern. Eine weitere Beratung zum Thema der Analyse von multiplen Krankheitszuständen fand im Oktober 1969 bei der WHO in Genf statt. Die 11 Sachverständigen aus Ländern, die an dieser Konsultation interessiert waren, erkannten an, „daß sich dieses Gebiet noch im Versuchsstadium befindet, aber man hielt es für nützlich, einige grundlegende Mindestanforderungen für die Signier- und Tabellisierungsverfahren aufzustellen, die einen sinnvollen Vergleich zwischen den Analysen verschiedener Herkunft ermöglichen“ (WHO/HS/Nat. Com./69.251). Die Nationalen Ämter für Bevölkerungsstatistik und sonstige in Betracht kommende Organisationen wurden gebeten, Versuche zur multiplen Mortalitätsstatistik auf methodologischer Basis durchzuführen und Ergebnisse der WHO zur Verfügung zu stellen. Aufgrund dieser Erfahrungen und Ergebnisse möchte sodann die WHO Empfehlungen für ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten bei einer künftigen Multikausalana-

lyse ausarbeiten, um in der Folge zuverlässige internationale Vergleiche anstellen zu können.

Aus den bei der Konsultation in Genf 1969 vorgelegten Papieren wird ersichtlich, daß außer den USA und der UdSSR noch Dänemark, Schweden, England, die Tschechoslowakei und Israel die Multikausaltabellierung entweder bereits eingeführt haben oder im Begriff sind, dies zu tun. Um den Anschluß an diese Entwicklung nicht zu verlieren, sollten in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls entsprechende Untersuchungen durchgeführt und Erfahrungen gesammelt werden. Da in Hamburg – wie noch im folgenden näher erläutert wird – die Voraussetzungen für eine Multikausalanalyse relativ günstig sind, ist als erster Versuch die vorliegende pilot study konzipiert und gefertigt worden, wobei die von der Genfer Konsultation 1969 empfohlene tabellarische Darstellung etwas modifiziert wurde.

Dem Gesundheitsamt Hamburg-Nord wird für die Genehmigung zur Einsichtnahme in das für die Untersuchung benötigte Material der Stichprobe gedankt; die Auswertung erfolgte unter strenger Beachtung der Bestimmungen über die statistische Geheimhaltung.

2. Frühere deutsche Untersuchungen zur multiplen Todesursachenstatistik

Die erste grundlegende Studie über eine Auszählung der Todesursachen nach Haupt- und Nebenkrankheiten wurde aufgrund von Ergebnissen der Magdeburger Todesursachenstatistik für die Jahre 1926/1930 von Dr. med. E. Roesle gefertigt (Statistisches Jahrbuch der Stadt Magdeburg für das Jahr 1930, 7. Jg. 1931 S. 105 ff). Dr. Roesle war Leiter der Gesundheitsstatistik in der obersten deutschen Gesundheitsbehörde und Mitglied eines statistischen Fachausschusses der Gesundheitsorganisation des Völkerbundes; er war maßgeblich an den Vorschlägen für die 4. Revision des Internationalen Todesursachenverzeichnisses (1929) beteiligt. Seine Monographie über eine notwendige Erweiterung der Todesursachen-Gruppen in dem vorangegangenen Verzeichnis von 1920 wurde 1928 vom Völkerbund veröffentlicht. Die Magdeburger Untersuchung wurde bereits nach der neuen – offiziell erst 1931 in Kraft getrete-

nen – Klassifizierung durchgeführt und dabei die klinischen mit den nachträglich pathologisch-anatomisch gewonnenen Diagnosen verglichen und ausgewertet. In den Vorbemerkungen der Magdeburger Ergebnisse führt er aus:

„... es galt, statistische Materialien zu schaffen, aus denen man das gleichzeitige Vorkommen mehrerer Krankheiten verfolgen kann, eine Aufgabe, die zur Aufstellung einheitlicher Regeln für die Wahl der in der Statistik allein erscheinenden Haupttodesursache, der sogenannten statistischen Ursache, dringend erforderlich scheint und die bisher nur vereinzelt in Angriff genommen wurde. Es ist klar, daß eine solche kombinierte Statistik viel erkenntnisreicher sein muß als die einfache Statistik, welche die vielfachen Zusammenhänge von Krankheiten unterdrücken muß und dadurch nur ein unvollständiges Bild von der Häufigkeit gewisser Krankheiten als Todesursache geben kann.“

Roesle bezeichnet an anderer Stelle die unikausale Todesursachenstatistik als statistisches Kunstprodukt, den Stand der damaligen Reichsstatistik auf diesem Gebiete als so primitiv und unwürdig den Fortschritten der wissenschaftlichen Medizin, daß auf dieser Grundlage keine wissenschaftlichen Untersuchungen angestellt werden können. Die wesentlich verbesserten Erkenntnisse der Magdeburger Todesursachenanalyse über die Häufigkeiten von Haupt- und Nebenkrankheiten, insbesondere bei Diabetes, bösartigen Geschwülsten und syphilitischen Leiden hätten mit der massiven Kritik des international anerkannten Experten Roesle am bisherigen System der Unikausal-Analyse eigentlich weitergehende Untersuchungen erwarten lassen. Aber erst nach dem zweiten Weltkrieg sind wieder einige Ansätze zur multikausalen Todesursachenstatistik vorhanden, so 1947 und 1948 in den Jahresberichten des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf (43. und 44. Jg.), wo Häufigkeitsberechnungen aufgrund von Auszählungen der primären und sekundären Todesursachen vorgenommen wurden. Eine ähnliche Auswertung wurde vom Verfasser für die rd. 13 250 Sterbefälle des Jahres 1950 von Württemberg-Hohenzollern durchgeführt (vgl. Württ.-Hohenzollern in Zahlen, Jg. 1951 Nr. 5 S. 145 ff). Durch eine entsprechende Gewichtung der Gesamtzahlen der Haupt- und Begleitkrankheiten wurde eine modifizierte Häufigkeit der einzelnen Todesursachen errechnet. Die Gewichtung erfolgte derart, daß beim Auftreten von 2 Todesursachen beide als 0,5 statistische Einheiten gezählt wurden; entfiel eine Begleitkrankheit, wurde die angegebene Todesursache als volle statistische Einheit gewertet. Die Gegenüberstellung der einfachen und gewichteten Auszählung der Todesursachen sowie die Berechnung ihres Anteils an 10 000 Sterbefällen zeigte bei den beiden Berechnungsarten erstaunliche Schwankungsbreiten.

Schließlich wären noch 2 Veröffentlichungen über die Auszählung mehrerer Diagnosen in der Todesursachenstatistik von Hessen zu erwähnen (Staat und Wirtschaft in Hessen, 9. Jg. 6. Heft und 11. Jg. 3. Heft). Von diesen sporadischen Einzeluntersuchungen abgesehen, wurde durch die amtliche Statistik in der BRD keine systematische, koordinierte Weiterent-

wicklung der Todesursachenstatistik veranlaßt, obwohl im Gesundheitsbericht der Bundesregierung vom 18. 12. 1970 erwähnt ist, daß „die Bestrebungen der WHO, zu einer multiplen Todesursachenstatistik zu gelangen, seitens der Bundesrepublik begrüßt und auch unterstützt werden“ (S. 52).

3. Zu den methodischen Grundlagen der Modell-Untersuchung

In Hamburg werden nach Beurkundung eines Sterbefalls beim Standesamt die Todesbescheinigung und die standesamtliche Sterbefallzählkarte dem zuständigen Gesundheitsamt übermittelt. Die Fachliche Weisung Nr. 8/63 der Hamburger Gesundheitsbehörde vom 11. 12. 1963 über die Regelung des Verfahrens mit Todesbescheinigungen sieht vor, daß die Angaben zur Todesursache im Gesundheitsamt vom Amtsarzt oder den von ihm beauftragten Ärzten auf Vollständigkeit zu prüfen und ggf. durch Rückfragen bei den Ausstellern der Todesbescheinigungen zu ergänzen sind. Das Bezirks-Gesundheitsamt überträgt sodann aufgrund der Angaben im vertraulichen Teil der Todesbescheinigung die dem Grundleidenden entsprechende Positionsnummer der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) 1968 unter Beachtung der darin ergangenen Signierregeln auf die Todesbescheinigung und auf das rote Sterbefallzählblatt. Ist in einem Krankenhaus oder im Gerichtsärztlichen Dienst eine Sektion erfolgt, so wird dem Gesundheitsamt eine Zweitausfertigung der „Vertraulichen Todesbescheinigung“ mit der endgültigen Diagnose der Prosektur zugeleitet und dort die entsprechende Verschlüsselung nach der ICD vorgenommen. Durch die intensive Beteiligung der 7 Gesundheitsämter und die Bemühungen der Amtsärzte um eine vollständige und richtige Ausfüllung der Angabe zur Todesursache in den Todesbescheinigungen und deren Signierung auf den Sterbefallzählkarten ist in Hamburg eine verhältnismäßig exakte Auswertung der Todesursachenstatistik gewährleistet. So werden insbesondere bei allen stattgefundenen Sektionen – das trifft in Hamburg durchschnittlich in jedem vierten Fall zu – in den Sterbefallzählblättern von den Gesundheitsämtern sowohl das Grundleiden nach der Diagnose der Prosektur als auch nach dem klinischen Befund signiert. Erfahrungsgemäß sind diese bei rd. 40–50 % der Fälle identisch. In den Fällen, in denen die klinischen von den pathologischen Befunden auf den Todesbescheinigungen abweichen, geht z. Z. das auf der Sektionsbescheinigung angegebene Grundleiden in die Todesursachenstatistik ein. Es läuft noch eine Sonderuntersuchung, um Erfahrungen darüber zu gewinnen, inwieweit eine kombinierte Auswertung der klinischen und der Sektionstodesbescheinigungen zu einer Verbesserung der unikausalen Todesursachenstatistik führen kann. So können z. B. Stoffwechselerkrankungen oder Kreislauf-erkrankungen mit Bluthochdruck vom Pathologen an der Leiche entweder nicht erkannt oder aber erst durch Untersuchungen des Gewebes zu einem so späten Zeitpunkt bekannt werden, daß sie nicht mehr in die Sektionstodesbescheinigung eingehen. Anhand des entsprechenden klinischen Befundes hat der Medizinalbeamte für die Signierung eine aufschlußreiche Information über den Krankheitsablauf in der retro-

spektiven Kausalkette und könnte erforderlichenfalls zu einem „dritten“ Grundleiden kommen.

Durch das Entgegenkommen des Gesundheitsamtes Hamburg-Nord war es möglich, für 1 000 Obduktionen der Monate Januar/Februar 1970 jeweils die klinischen und Sektionsbefunde aus den Todesbescheinigungen zusammenzuführen und auf Zählblättchen gemäß folgendem Muster nach der ICD 1968 zu signieren:

I. Angabe zur Person	
Geschlecht <input type="checkbox"/>	Geburtsjahr <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Familienstand <input type="checkbox"/>	Stellung im Beruf <input type="checkbox"/>
II. Klinischer Befund	
1. Primäre Todesursache	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
2. Ursächlich vorausgegangenes Leiden	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
3. Nebenbefund	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
III. Sektionsbefund	
1. Primäre Todesursache	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
2. Ursächlich vorausgegangenes Leiden	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
3. Nebenbefund Grundleiden	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Grundleiden klinischer Befund = Grundleiden Sektionsbefund <input type="checkbox"/>	

Vereinfachend wird im folgenden von der primären Todesursache gesprochen, vom ursächlich vorausgegangenen Leiden und vom Nebenbefund. Diese drei Begriffe decken sich vollinhaltlich mit den Eintragungen in der deutschen Todesbescheinigung (vgl. ICD 1968, Bd. 1 S. 613) auf die folgenden Fragen:

1. Welches Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt? (*Primäre TU*)
2. Welche Krankheit oder äußeren Ursachen sind dem Leiden ursächlich vorausgegangen? (*Ursächlich vorausgegangenes Leiden*)
3. Andere wesentliche Krankheitszustände, die z. Z. des Todes bestanden haben: (*Nebenbefund*)

Diese auch in der Hamburger Todesbescheinigung enthaltenen Formulierungen entsprechen nicht voll denjenigen im Muster einer von der WHO empfohlenen Todesbescheinigung (Vgl. ICD 1968, Bd. 1 S. 616). Die Arbeitsgemeinschaft der leitenden Medizinalbeamten der Länder hat daher am 6./7. Oktober 1970 in Hamburg anlässlich ihrer 69. Sitzung eine wesentliche Anpassung an das internationale Muster wie folgt empfohlen:

VIII. Todesursache		Ungefähre Zeitdauer zwischen Krankheitsbeginn und Tod
A. Klinische (Bitte den Krankheitsablauf in der richtigen Kausalkette angeben mit dem Grundleiden an letzter Stelle)		
1. Welche Krankheit oder Verletzung hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?		
a)	als Folge von:	
b)	als Folge von:	
Welche Krankheiten oder äußere Einwirkungen lagen der Angabe unter a) ursächlich zugrunde?		
c)	(GRUNDLEIDEN)	
2. Welche anderen wesentlichen Krankheiten bestanden zur Zeit des Todes?		
B. Sektionsbefund (Bitte den Krankheitsablauf in der richtigen Kausalkette angeben mit dem Grundleiden an letzter Stelle)		
1. Welche Krankheit oder Verletzung hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?		
a)	als Folge von:	
b)	als Folge von:	
Welche Krankheiten oder äußere Einwirkungen lagen der Angabe unter a) ursächlich zugrunde?		
c)	(GRUNDLEIDEN)	
2. Welche anderen wesentlichen Krankheiten bestanden zur Zeit des Todes?		

Laut Ergebnisniederschrift wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, „daß die Reihenfolge der Angaben, wie dieser Entwurf sie vorsieht, nicht der Denkweise der deutschen Ärzte entspricht. Sie muß aber eingehalten werden, da sie auf Material der WHO beruht und eine Änderung auf internationaler Ebene nicht zu erwarten ist.“ Im Beitrag „Anmerkungen zur heutigen Struktur der Todesursachenstatistik“ (vgl. Bundesgesundheitsblatt Nr. 16 vom 31. 7. 1970 S. 221 ff) hat Prof. E. Meier ausführlich die Formulierungen des Internationalen Totenscheines überprüft und untersucht, ob das Grundleidenprinzip den richtigen Leitgedanken für die Auswahl der statistisch maßgebenden Todesursache bildet. Auch wird die Frage kritisch untersucht, ob es nötig war, das Kausalkettenprinzip in den Vordergrund der Signierung zu stellen. Die Vorstellungen des Autors über einen künftigen Todesschein sind im o. a. Beitrag (S. 229) wie folgt umrissen:

„Nur andeutungsweise sei hier ein Beispiel dafür genannt, welche Art von Fragestellung und von ärztlicher Beantwortung auf dem Totenschein unter den genannten Gesichtspunkten in Betracht kommt:

Todeskrankheit	(Beispiel)
(zusammenfassende Benennung der Krankheit, die in den Tod führte):	Grippe
Besonderheiten des Verlaufs:	Pneumonie
Bedeutsame Wegbereiter der Krankheit oder ihres Verlaufs	
Gefährdungsfaktor:	
(Vorkrankheit, Schwächezustand,	Aortensklerose.

Gegenstand der Todesursachenstatistik ist die Krankheit, unter deren Bild der Tod eingetreten ist, und zwar die ganze Krankheit, worin weder der Endzustand noch das Vorstadium besonders interessiert. Signierungsregeln würden sich unter diesem Gedanken voraussichtlich schon deshalb vereinfachen, weil der Umweg über eine kettenmäßige Reihung der Zusammenhänge durch den direkten Blick auf den Kern eines pathologischen Komplexes und auf die Krankheitseinheit ersetzt wäre."

Diese Ausführungen Prof. Meiers deuten die großen Probleme der heutigen Todesursachenstatistik an und es bleibt zu hoffen, daß seine Anregungen bei der Vorbereitung zur 9. Revision der ICD Berücksichtigung finden.

4. Auf 1000 Sektionsbefunden rd. 2000 Krankheitsarten signiert

In der vorliegenden Untersuchung sollen nur die multifaktorellen Leiden, die auf den Sektionsbefunden eingetragen waren, ausgewertet werden — der Vergleich mit den klinischen Angaben muß einer späteren Analyse überlassen bleiben.

Die Häufigkeitsverteilung der Krankheitsarten auf den Todesbescheinigungen ist in Tabelle 1 und im Schaubild 1 dargestellt.

Tabelle 1
Häufigkeitsverteilung der Krankheitsangaben auf den Todesbescheinigungen ¹⁾

Auf der Todesbescheinigung angegebene Reihenfolge der Krankheiten ²⁾	Als Grundleiden wurde festgelegt			Sterbefälle	
	Primäre Todesursache	ursächlich vorausgegangene Krankheit	Nebenbefund	insgesamt	mit angegebenen Leiden
nur 1. Todesursache	292	—	—	292	292
1. und 2. Todesursache	41	184	—	225	450
1., 2. und 3. Todesursache	88	227	28	343	1029
1. und 3. Todesursache	26	—	6	32	64
Insgesamt	447	411	34	892	1835

¹⁾ ohne Unfälle, Vergiftungen, Gewalteinwirkungen (ICD, Pos.-Nr. 800–999). — ²⁾ 1 = primäre Todesursache, 2 = ursächlich vorausgegangene Krankheit, 3 = Nebenbefund.

Von den 1000 als cluster ausgewählten Sektionsbefunden — das waren knapp 4% aller hamburgischen Sterbefälle des Jahres 1970 oder rd. 15% aller Sektionen — betrafen 108 Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen, auf die im folgenden nicht näher eingegangen wird (darunter 51 Selbstmorde, 22 Unfälle durch Sturz und 19 tödliche Kfz-Unfälle).

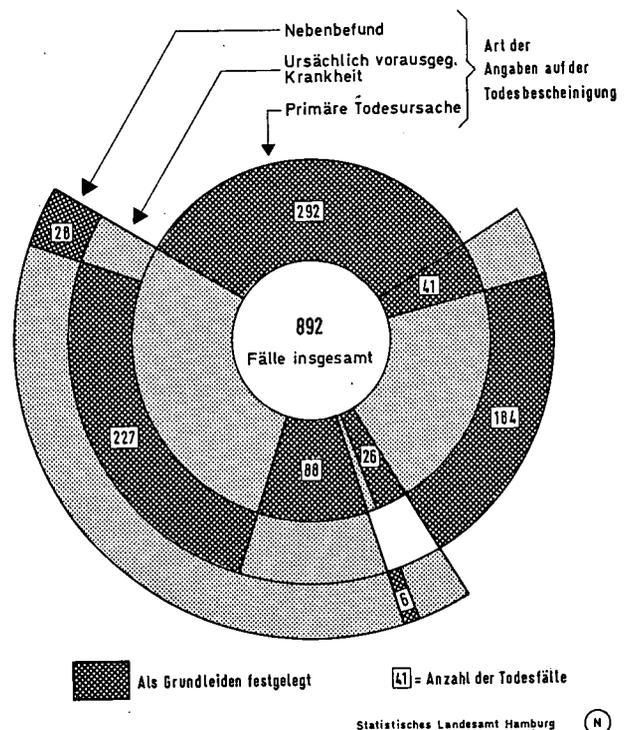
Diese Gruppe (Pos. ICD/E 800–999) war in der Stichprobe mit rd. 11% deutlich überrepräsentiert, denn ihr Anteil an den Gesamtsterbefällen des Jahres 1969 betrug nur fast 7%, im Jahre 1970 gut 7%. Anhaltspunkte

über den Repräsentationsgrad der Sektionen in den übrigen Todesursachengruppen vermitteln die Ergebnisse der Tab. 2. Die prozentuale Verteilung sämtlicher Sterbefälle des Jahres 1970 auf die Todesursachengruppen und diejenige der ausgewählten Sektionsbefunde zeigt eine verhältnismäßig gute Übereinstimmung, insbesondere in den stark besetzten Gruppen der Krankheiten des Kreislaufsystems und der bösartigen Neubildungen.

Schaubild 1

Häufigkeitsverteilung der Krankheitsangaben auf den Todesbescheinigungen

Basis:
1 000 Hamburger Sektionsbefunde Januar/Februar 1970
(892 Krankheitsbefunde, 108 Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen)



Bei den an Krankheiten der Verdauungsorgane und an Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane Gestorbenen wurden relativ häufig Sektionen durchgeführt, dagegen trat erwartungsgemäß die Diagnose „Symptome und mangelhaft bezeichnete Todesursachen“ (Pos. 780–796) in der Stichprobe kaum auf.

Eine Verzerrung der Untersuchungsergebnisse durch saisonale Einflüsse ist offensichtlich nicht eingetreten, obwohl sich die Sektionsbefunde auf in den Monaten Januar/Februar 1970 Gestorbene beziehen. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß die Obduktionen an Personen unter 30 Jahren unberücksichtigt blieben, da wegen der geringen Zahl aussagefähige Ergebnisse nicht anfallen konnten.

Wie aus Schaubild 1 und Tabelle 1 ersichtlich, war in einem Drittel der Sektionsbefunde (292) nur eine

Tabelle 2

**Verteilung der Todesursachengruppen in %
bei den Gestorbenen insgesamt 1970
und der Stichprobe von 1 000 Sektionsbefunden**

Grundleiden (Krankheitsgruppe)		Gestorbene 1970	Sektions- befunde der Stichprobe		
			in %		
Nr. der ICD	Krankheits- bezeichnungen	männl.	weibl.	männl.	weibl.
000—136	Infektiöse u. parasitäre Krankheiten	1,2	0,6	1,1	0,7
140—199	Bösartige Neubildungen	19,3	18,6	13,9	17,0
200—209	Neubildungen d. lymphat. u. blutbild. Organe	1,2	1,2	0,5	2,9
210—239	Gutartige Neubildg. u. Neubildg. unbekannt. Charakters	0,9	1,0	0,9	0,2
240—279	Störungen d. Drüsen m. innerer Sekretion, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	1,4	3,2	2,4	3,8
280—289	Krankheiten d. Blutes u. d. blutbild. Organe	0,2	0,3	—	0,4
290—389	Seelische Störungen, Krkht. d. Nervensystems u. d. Sinnesorgane	1,5	1,7	1,1	1,8
390—458	Krankheiten des Kreislaufsystems	41,2	45,9	46,0	43,4
460—519	Krankheiten der Atmungsorgane	8,7	6,1	8,2	5,5
520—577	Krankheiten der Verdauungsorgane	4,4	4,3	7,9	8,8
580—629	Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorgane	2,2	1,9	4,2	3,8
630—678	Komplikationen in d. Schwangerschaft, bei Entbindungen und im Wochenbett	—	0,1	—	0,2
680—738	Krankh. d. Haut u. d. Unterhautzellgewebes, d. Skeletts, d. Muskeln u. d. Bindegewebes	0,2	0,6	0,5	0,7
740—759	Angeborene Mißbildungen	0,3	0,3	0,5	0,9
760—779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Sterblichkeit	1,1	0,9	—	—
780—796	Symptome u. mangelh. bezeichnete Todesursachen	8,3	6,8	0,9	0,4
Abschn. E (800-999)	Unfälle, Vergiftungen, Gewalteinwirkungen	7,9	6,5	11,9	9,5
	Zusammen	100	100	100	100

Todesursache aufgeführt als Leiden, das den Tod unmittelbar herbeigeführt hat. Bei zwei Dritteln waren mehrere Diagnosen aufgeführt, von denen jeweils die als erste angegebene primäre Todesursache, in der Regel das zweite ursächlich vorausgegangene Leiden

und schließlich der erstgenannte Nebenfund signiert wurden. Auf diese Weise sind in der vorliegenden Untersuchung einschl. der 108 E-Fälle 1 943 Leiden ausgewertet.

Darüber hinaus wurden jedoch bei 358 Sektionsbefunden — also bei mehr als einem Drittel — noch zusätzliche Krankheiten angegeben. In 180 Todesbescheinigungen waren unter der primären Todesursache mehrere Leiden aufgeführt; auch sind häufig ergänzende Nebenfunde genannt worden (in 135 Scheinen), während beim ursächlich vorausgegangenen Leiden relativ selten Mehrfacheintragen — in 71 Sektionsbefunden — vorhanden waren. Aus arbeitstechnischen Gründen konnte dieses, für die medizinische Wissenschaft zweifellos wertvolle Material nicht in die Modelluntersuchung einbezogen werden. Da teilweise drei oder vier zusätzliche Diagnosen auf den Sektionsbefunden enthalten waren, weiten sich die Kombinationsmöglichkeiten so stark aus, daß die Ergebnisse statistisch-methodisch nicht mehr darstellbar sind. Für Spezialuntersuchungen zur Syntropie der Krankheiten enthalten die Totenscheine jedenfalls eine Fülle von Informationen, deren Auswertung auch für die Weiterentwicklung der Todesursachenstatistik von großem Nutzen sein könnte.

Wie problematisch und lückenhaft die Ergebnisse einer unikausalen Mortalitätsstatistik sein müssen, bei der jeder Sterbefall lediglich mit einer Position der ICD zu klassifizieren ist, zeigt jedenfalls die Tatsache, daß nach den Ergebnissen der Tabelle 1 sich der Signierer bei zwei Drittel aller Sektionsbefunde entscheiden muß, welches Grundleiden — das ist die Krankheit oder Schädigung, die den Ablauf der zum Tode führenden Ergebnisse auslöste — er aus einer Mehrzahl von ärztlichen Angaben auswählt.

Bei 225 Dokumenten — d. h. bei jeder vierten Todesbescheinigung — waren jeweils Diagnosen über eine primäre Todesursache und ein ursächlich vorausgegangenes Leiden aufgeführt. In der weit überwiegenden Zahl wurde hier das Grundleiden nach der Kausalkette festgelegt; bei 41 Fällen wurde die primäre Todesursache vorgezogen, weil diese offensichtlich die aufschlußreichere Information ausdrückt und nach den Signierregeln als Grundleiden zu behandeln war. Unter den 343 Sektionsbefunden, auf denen eine primäre Todesursache, eine ursächlich vorausgegangene Krankheit und ein Nebenfund signiert waren, wurde in zwei Drittel der Fälle das Grundleiden nach dem Kausalverhältnis signiert, in einem Viertel wurde die primäre Todesursache vorgezogen und in 28 Fällen wurde sogar der Nebenfund als Grundleiden deklariert. So sind auch 6 sekundäre Krankheitsprozesse als Grundleiden signiert worden, obwohl noch gleichzeitig eine primäre Todesursache angegeben war. Bei diesen Sonderfällen spielt sicher mit eine Rolle, daß dem Signierer jeweils sowohl die klinischen Diagnosen als auch die Sektionsbefunde für die Beurteilung des Grundleidens zur Verfügung standen, so daß aus der Gesamtheit der ärztlichen Angaben letztlich doch Nebenfunde — also andere wesentliche Krankheitszustände, die z. Z. des Todes bestanden haben — als die wirklichen Todesursachen bezeichnet wurden. Ein Beispiel mag dafür an dieser Stelle erwähnt werden, das sich auf einen weiblichen Sterbefall bezieht:

Art der Angabe	Klinischer Befund	Sektionsbefund
1. Primäre Todesursache	E 887 Sturz	410.9 Akuter Herzmuskelinfarkt (ohne Angabe eines Bluthochdrucks)
2. Ursächlich vorausgegangenes Leiden	803.0 Schädelbruch	
3. Andere wesentliche Krankheitszustände (Nebenbefund)	184.0 Krebs der Vagina —	412.9 Chronische ischämische Herzkrankheiten (o. A. eines Bluthochdr.) 184.0 Krebs der Vagina
4. Grundleiden	887 Sturz	184.0 Krebs der Vagina

In die unikausale Mortalitätsstatistik wäre dieser Sterbefall aufgrund des klinischen Befundes und der Signierregeln als „Sturz“ eingegangen. Laut Sektionsbefund hat ein akuter Herzinfarkt den Tod unmittelbar herbeigeführt, diesem ging ein chronisches Herzleiden voraus. Aus der Kombination der beiden Befunde kann vermutet werden, daß der akute Infarkt den Sturz bzw. Schädelbruch verursacht hat. Im klinischen Befund waren die Herzleiden nicht aufgeführt, es war aber bekannt, daß die Gestorbene an Krebs der Vagina gelitten hat. Der Pathologe ist bei diesem Fall zu der Überzeugung gelangt, daß der als Nebenbefund registrierte Krebs als Ursprung des tödlichen Geschehens anzusehen war.

Dieses Beispiel zeigt die vielfachen Zusammenhänge von Krankheiten und die Schwierigkeiten, bei deren gleichzeitigem Vorkommen einheitliche Regeln für die Bestimmung eines Grundleidens zu entwickeln, um die regionale Vergleichbarkeit von Ergebnissen zu gewährleisten.

5. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Zahl der Krankheitsarten, allerdings bei den einzelnen Leiden in unterschiedlichem Maße

Wie nicht anders zu erwarten, wird bei den im höheren Lebensalter Verstorbenen im allgemeinen eine größere Zahl von Nebenbefunden festgestellt; der Einfluß von chronischen Erkrankungen macht sich hier deutlich bemerkbar. Dies ist allerdings, wie die Ergebnisse der Tabelle 3 mit den jeweiligen Summen der Krankheitsangaben — ohne gesonderten Nachweis der Grundleiden — zeigen, bei den einzelnen Leiden unterschiedlich.

Es sei darauf hingewiesen, daß die jeweils in Tabelle 3 unter den primären Todesursachen aufgeführten Zahlen identisch sind mit den Sterbefällen; dadurch lassen sich sehr einfach Relationen zwischen Zahl der Leiden und Zahl der gestorbenen Personen bilden.

Bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse ist stets zu beachten, daß sie auf einer knapp 4prozentigen Repräsentation beruhen und daher mit dem zugehörigen Stichprobenfehler behaftet sind. Eine Hochrechnung verbietet sich durch den Auswahlssatz und die breite Auffächerung der Ergebnisse. Die Tendenzen über die Verteilung der Krankheitsangaben

nach dem Alter der Gestorbenen lassen sich jedoch — zumindest für die größeren Krankheitsgruppen — verhältnismäßig deutlich erkennen.

Geht man zunächst von den Gesamtergebnissen aus, ergibt sich die in Tabelle 4 auf S. 190 oben dargestellte prozentuale Verteilung der Krankheitsangaben nach dem Alter der Gestorbenen.

Die globale Gruppierung der 1 001 Krankheitsangaben von 483 gestorbenen Männern nach primären Todesursachen, ursächlichen Leiden und Nebenbefunden weicht von derjenigen der 834 Befunde bei 409 weiblichen Sterbefällen demnach nicht wesentlich ab; auch innerhalb der Altersgruppen bestehen keine größeren Unterschiede, wenn man berücksichtigt, daß die unterste Altersgruppe schwach besetzt ist, so daß die Durchschnitte zufallsbedingt sein können. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen steigt die Zahl der Nebenbefunde aber mit zunehmendem Alter deutlich an: Ihr Anteil an der Gesamtzahl der ausgewiesenen Leiden betrug bei den jüngeren Männern 14 %, unter den 50- bis 70jährigen 16 % und in der höchsten Altersgruppe 24 %; die entsprechenden Anteile bei den Frauen waren 18 %, 20 % und 22 %.

Wie unterschiedlich die Klassifizierung der Krankheitsangaben nach unmittelbarer Todesursache, ursächlich vorausgegangenem Leiden und Nebenbefund sich allerdings bei den einzelnen Krankheitsarten abzeichnet, belegen die Ergebnisse der Tabelle 5, in welcher für die 5 größten Krankheitsgruppen die entsprechende prozentuale Aufteilung vorgenommen ist. Dieser globale Überblick läßt bereits eine starke Streuung bei den Krankheitsgruppen und in der Verteilung nach dem Geschlecht erkennen.

Betrachtet man zunächst die Leiden, welche vom Arzt als die den Tod unmittelbar auslösenden diagnostiziert wurden — also die primären Todesursachen — so sind sie unter den Erkrankungen der Atmungsorgane und des Kreislaufsystems besonders häufig vertreten, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen; relativ niedrige Anteile weisen dagegen die bösartigen Neubildungen aus und — bei den Männern — die Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane. Welche Erkrankungen der Atmungsorgane und des Kreislaufsystems diese hohen Durchschnitte bedingen, läßt sich aus Tabelle 3 feststellen: Bronchopneumonie und Pneumonie sind die hier

Tabelle 3

DIE DURCH SEKTION ERMITTELTEN KRANKHEITSANGABEN NACH ALTERSGRUPPEN DER GESTORBENEN
 (Stichprobe von 892 Personen mit bis zu 3 Krankheitsangaben)

Gruppen der ICD	Krankheitsbezeichnung	Krankheitsangaben auf den Sektionsbefunden der Gestorbenen																	
		M ä n n e r									F r a u e n								
		Altersgruppen																	
		30 bis unter 50 Jahre			50 bis unter 70 Jahre			70 Jahre und älter			30 bis unter 50 Jahre			50 bis unter 70 Jahre			70 Jahre und älter		
Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund	Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund	Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund	Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund	Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund	Prim. TU	Urs. Leiden	Neben- befund		
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten				2	2	1	2	2	2	1		1	1	1		2	4	
140-199	Bösartige Neubildungen	1	2		11	32	2	9	20	8	1	6	1	16	13	3	15	26	12
	darunter																		
152	Bösartige Neubildungen des Dünndarms u. Zwölffingerdarms						1												
153	Bösartige Neubildungen des Dickdarms				2	1		3		1			1			1	5	1	
154	Bösartige Neubildungen des Mastdarms u.d. Übergangsst. d. Colon sigmoid i.d. Rektum		2																
157	Bösartige Neubildungen der Bauchspeicheldrüse	1			1	2		1	2	1									
162	Bösartige Neubildungen der Luftröhre, Bronchien und Lunge				5	15		1	9	1									
174	Bösartige Neubildungen der Brustdrüse										2						4	3	
180-184	Bösartige Neubildungen d. weibl. Geschlechtsorgane										3		2	4	2	5	3	3	
200-239	Neubild. d. lymphat. u. blutbild. Organe, gutartige Neubildungen, Neubildungen unbekanntes Charakters					3	1	3	3	2	1		2	3	2	5	2		
240-279	Störung der Drüsen mit inn. Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten darunter Diabetes mellitus	1			5	4	5	2	4	7			1	4	3	6	7	3	11
					3	3	3	2	3	4				2	5	4		5	
280-389	Krankheiten d. Blutes u.d. blutbild. Organe, seelische Störungen, Krankh. d. Nervensyst. u.d. Sinnesorgane		1		3	2	2	1		2			4	2	2	4	4	2	
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	17	6	4	122	54	25	125	90	48	6	3	77	36	20	128	85	39	
	darunter																		
394	Krankheiten der Mitralklappe		1			2	1		2	1		1	1	2		7			
401	Essentieller gutartiger Bluthochdruck			2		5	12	2	6	15		1	4	2	4	7	5	11	
410	Akuter Herzmuskelinfarkt	3			26	3		40	4				17	3	1	27	4	1	
412	Chronische ischäm. Herzkrankheiten	5	5		25	20	2	11	33	6	2		8	15	2	9	21	4	
428	Sonstige Herzmuskelkrankheiten	1			15	1		9	1		2		12			20			
429	Mangelhaft bezeichnete Herzkrankheiten	2			16	1	3	14	2	3			7	1	4	2			
430-438	Hirngefäßkrankheiten	1			9	6	3	8	22	6	1		8	2	5	13	19	5	
440	Arteriosklerose	1			4	1	4	8	6	6			2		1	8	6	1	
450	Lungenembolie und -infarkt			1	15	2	1	17	1	5			9		1	26		6	
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	4		1	33	16	12	58	22	22	2	2	2	13	4	6	29	11	6
	darunter																		
485-486	N.n.bz. Bronchopneumonie und Pneumonie	4			30			56	2	5			9		1	27	2	2	
492	Emphysem			1	1	14	8	19	16			2	2	4		8	3		
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	5	4	2	14	8	13	19	18	17	3	2	1	13	7	11	23	17	21
	darunter																		
567	Bauchfellentzündungen	2		1	3		1	4		2		1	4			5			
571	Leberzirrhose	1	1			5	3	3	4	4		1	2	3	4	1	4	2	
580-629	Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorgane	1	1	1	6	13	2	2	6	15	3		5	6	3	8	6	7	
	darunter																		
590	Infektiöse Nierenkrankheiten	1		1	2	5		2	2	4	2		1	2	2	5	5	3	
600	Prostatahypertrophie				1	2			3	8									
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindungen und im Wochenbett										1								
680-738	Krankh. der Haut u.d. Unterhautzellgewebes, des Skeletts, der Muskeln u.d. Bindegewebes						1	1	1	2			2			3		6	
740-759	Angeborene Mißbildungen	1	1			1							1	2		2			
760-796	Symptome u. mangelhaft bez. Todesursachen	3			13		1	19	2	2	2		10	1	1	21	1	3	
	Summe der angegebenen Leiden	33	15	8	209	135	65	241	168	127	20	13	7	146	80	55	243	159	111

Tabelle 4

Verteilung der Krankheitsangaben
— auf je 100 gestorbene Männer bzw. Frauen
der drei Altersgruppen bezogen —

Krankheitsangabe	Altersgruppe			zusammen
	30 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 70 Jahre	70 Jahre und älter	
Männer				
Primäre Todesursache	59	51	45	48
Ursächliches Leiden	27	33	31	32
Nebenbefund ..	14	16	24	20
Frauen				
Primäre Todesursache	50	52	47	49
Ursächliches Leiden	32	28	31	30
Nebenbefund ..	18	20	22	21

entscheidenden Leiden, an denen wiederum meist alte Personen (über 70jährige) gestorben sind. Die Männer sind offensichtlich in weit stärkerem Maße davon betroffen als Frauen.

Differenzierter liegen die Verhältnisse bei den Krankheiten des Kreislaufsystems: Als primäre Todesursachen spielen nicht nur der akute Herzmuskelinfarkt und chronische Herzkrankheiten eine Rolle — und zwar ausgeprägt schon vom 50. Lebensjahr ab — sondern auch sonstige Herzmuskelerkrankungen, häufig bei alten Frauen, bei denen auch Lungenembolie und -infarkt häufig vorkommen (vgl. Tabelle 3).

Unter den Krankheiten, die den Tod auslösenden Leiden **ursächlich** vorausgegangen sind, stehen die bösartigen Neubildungen an der Spitze; bei den Männern bezogen sich 64 % der Angaben unter diesen Krankheitsbezeichnungen darauf, bei den Frauen 48 %. Auch hier liefert Tabelle 3 ergänzende Hinweise: Bösartige Neubildungen der Luftröhre, Bronchien und Lunge kamen bei den Männern verhältnis-

mäßig häufig vor; dabei ist bemerkenswert, daß die Gruppe der Gestorbenen zwischen 50 bis unter 70 Jahren stärker besetzt war als die höchste Altersgruppe. Krebs der Brustdrüse und der weiblichen Geschlechtsorgane waren als ursächliches Leiden unter den weiblichen Sterbefällen dieser Krankheitsgruppe erwartungsgemäß dominierend.

An zweiter Stelle unter den ursächlichen Leiden standen Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane; die infektiösen Nierenkrankheiten scheinen einen erheblichen Teil dazu beigetragen zu haben (leider ist das Zahlenmaterial für diese Gruppe statistisch nicht ausreichend gesichert).

Anschließend sei noch kurz auf die Verteilung der **Nebenbefunde** eingegangen. Auch hier treten charakteristische Unterschiede bei den einzelnen Krankheitsarten auf. So sind bei den gestorbenen Männern relativ am häufigsten Nebenbefunde innerhalb der Gruppen Harn- und Geschlechtsorgane und bei den Krankheiten der Verdauungsorgane aufgetreten. Sie bezogen sich einerseits meist auf Prostatahypertrophie und infektiöse Nierenkrankheiten bei alten Männern; unter den Krankheiten der Verdauungsorgane sind nicht zuletzt Leberzirrhose und Bauchfellentzündung zu nennen.

Nebenbefunde bei weiblichen Gestorbenen waren relativ am häufigsten bei den Krankheiten der Verdauungsorgane, und zwar überwiegend in der höchsten Altersgruppe; an zweiter Stelle standen unter den Relativwerten die Nebenbefunde innerhalb der kleinen Gruppe der Harn- und Geschlechtsorgane. Die Analyse der in Tabelle 3 enthaltenen Nebenbefunde läßt darüber hinaus folgende Schlüsse zu:

- Essentieller gutartiger Bluthochdruck, der in der unikausalen Todesursachenstatistik (Pos. 401) selten auftritt, wird als Nebenbefund häufig genannt; nicht nur bei über 70jährigen Männern und Frauen, sondern auch bei Männern zwischen 50 bis unter 70 Jahre.
- Das Emphysem tritt als zusätzlicher Krankheitszustand bei Männern im höheren Lebensalter —

Tabelle 5

Ausgewählte Krankheitsarten nach Zahl der Angaben in den Sektionsbefunden

Krankheitsbezeichnung	Männer				Frauen			
	Krankheitsangaben absolut	Von 100 Krankheitsangaben des nebenstehenden Leidens entfielen auf			Krankheitsangaben absolut	Von 100 Krankheitsangaben des nebenstehenden Leidens entfielen auf		
		Primäre TU	Ursächl. Leiden	Nebenbefund		Primäre TU	Ursächl. Leiden	Nebenbefund
Bösartige Neubildungen ..	85	25	64	11	93	34	49	17
Krankheiten des Kreislaufsystems	491	54	31	15	394	54	31	15
Krankheiten der Atmungsorgane .	168	56	23	21	75	59	22	19
Krankheiten der Verdauungsorgane	100	38	30	32	98	40	26	34
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane .	47	19	43	38	38	42	32	26

aber auch bereits in der mittleren Altersgruppe – ebenfalls häufig auf.

- c) Diabetes mellitus, in der unikausalen Todesursachenstatistik mit 12 männlichen und 10 weiblichen Sterbefällen registriert, taucht bei den männlichen Gestorbenen zusätzlich 7mal, bei den Frauen 10mal als Nebenbefund auf.

Nach diesen allgemeinen Hinweisen zur Gruppierung der Krankheitsangaben in den Sektionsbefunden nach Alter und Geschlecht der Gestorbenen sei noch beispielhaft an den Sterbefällen des akuten Herzmuskelinfarktes – deklariert als Grundleiden gem. Pos. ICD 410 – aufgezeigt, welcher Zusammenhang mit anderen Krankheiten im einzelnen bestanden hat.

6. Dreißig Prozent der Herzmuskelinfarkte bei Männern treten unvermutet auf

Akuter Herzmuskelinfarkt war als Grundleiden in den Sektionsbefunden von 78 männlichen und 54 weiblichen Gestorbenen angegeben. Die detaillierte Auswertung dieser Befunde nach dem Zusammenhang mit anderen Krankheiten, wie sie in den Tabellen 6 und 7 vorgenommen ist, entspricht inhaltlich etwa dem Grundtabellierungsschema, das bei der Konsultation über Multikausalanalyse bei der WHO im Oktober 1969 in Genf empfohlen wurde.

In der Tabelle 6, die in erster Linie zur Erkennung der Assoziationen von Krankheitspaaren bestimmt ist, sind zunächst unter Verzicht einer Gliederung nach dem Grundleiden alle Krankheitsangaben der Todesbescheinigung kombiniert wiedergegeben; diese Ergebnisse sind – ebenfalls in der ausführlichen Kombination – im Schaubild 2 graphisch dargestellt. Um den Zusammenhang zwischen Tabelle und Schaubild auch optisch herzustellen, wurden im Kopf der Tabelle die gleichen Farben verwendet wie im Schaubild (graues Raster für die primäre Todesursache, grün für die ursächlich vorausgegangene Krankheit und gelb für den Nebenbefund); vgl. hierzu die Beilage am Schluß des Beitrages.

Das erste überraschende Ergebnis bei den tödlich verlaufenen akuten Herzmuskelinfarkten ist, daß bei 33 % der davon betroffenen Männer und 26 % der Frauen nur diese primäre Todesursache diagnostiziert wurde, also sonst keine ursächlichen Krankheiten oder Komplikationen festzustellen waren; demnach trat der Tod in diesen Fällen meist unvermittelt auf.

Aus Tabelle 7 geht hervor, daß die männlichen Gestorbenen etwa zur Hälfte zwischen 50 bis unter 70 Jahre alt waren, die übrigen waren älter. Bei den Frauen dagegen hatte die Mehrzahl das 70. Lebensjahr bereits überschritten.

Das zweite wichtige Ergebnis ist darin zu sehen, daß der akute Infarkt sehr häufig durch chronische ischämische Herzkrankheiten verursacht ist. Tabelle 6 und Schaubild 2 lassen die vorherrschende Rolle dieses ursächlichen Leidens erkennen, die altersmäßige Verteilung dieser Gestorbenen (Tabelle 7) zeigt, daß ein

beträchtlicher Teil der mittleren Altersgruppe zugehört. Das häufige Vorkommen dieses Krankheitspaares – akuter Infarkt/chronische ischämische Herzkrankheiten – legt die Bildung einer entsprechenden Kombinations-Nummer für die unikausale Todesursachenstatistik nahe, da bei dem bisherigen Verfahren zuverlässige Angaben über die Herzinfarktanfälligkeit von Männern und Frauen in den Altersgruppen nicht zu gewinnen sind. Es ist daher zweifellos eine vordringliche Aufgabe, Grundlagenmaterial zur Verbesserung der Klassifikation der Krankheiten durch die Bildung weiterer Kombinationspositionen zu erarbeiten.

Als weiteres Teilergebnis der Modelluntersuchung wäre noch zu erwähnen, daß unter den beim akuten Herzmuskelinfarkt zu beobachtenden Nebenbefunden der essentielle gutartige Bluthochdruck besonders häufig auftritt, bei den Männern anscheinend noch ausgeprägter als bei den Frauen.

Leider sind die weiteren Auswertungsmöglichkeiten wegen der geringen Fallzahlen sehr begrenzt. Es kam jedoch bei dieser Untersuchung in erster Linie darauf an, ein Modell zur Multikausalanalyse zu entwickeln.

7. Schlußbemerkungen

Die Ergebnisse der vorliegenden Modell-Untersuchung haben erneut die Probleme der unikausalen Todesursachenstatistik aufgezeigt; letzterer kommt nur bedingter Aussagewert zu, so daß sie der Gesundheitspolitik nur geringe Entscheidungshilfen, der medizinischen Wissenschaft kaum nennenswerte Erkenntnismöglichkeiten zu bieten vermag. Es wäre daher dringend notwendig – nicht zuletzt um den Anschluß an die internationale Entwicklung zu gewinnen – eine Verbesserung der Mortalitätsstatistik durch intensivere Multikausalanalysen zu erreichen. Zur Verwirklichung dieses Zieles sollte das Gesamtkonzept der Todesursachenstatistik neu überdacht und eine Reform in Stufen angestrebt werden. Daß an der unikausalen Mortalitätsstatistik bis auf weiteres festgehalten werden muß, ergibt sich schon aus den internationalen Verpflichtungen und Gründen der zeitlichen Vergleichbarkeit. Es kommt also entscheidend darauf an, diese Ergebnisse – wie dies auch zunehmend in anderen Fachbereichen üblich wird – durch Zusatzerhebungen auf repräsentativer Basis zu ergänzen. Das wachsende Gesundheitsbewußtsein und der daraus resultierende zusätzliche Informationsbedarf würden zweifellos eine laufende Auswertung der Sektionsbefunde rechtfertigen. Dieses, für die medizinische Wissenschaft und die Gesundheitspolitik höchst ergiebige Material sollte systematisch ausgewertet werden, mit seiner Hilfe ließen sich die globalen Ergebnisse der unikausalen Todesursachenstatistik modifizieren. Insbesondere könnte die Systematik der Todesursachen verbessert werden; in der vorliegenden Untersuchung konnte dies beispielhaft am Bedarf einer neuen Kombinations-Nummer „Akuter Herzmuskelinfarkt/Chronische ischämische Herzkrankheiten“ demonstriert werden. Bis zur nächsten Revision der ICD – die für das Jahr 1978 zu erwarten ist – sollten daher die Bemühungen um eine Verbesserung und Modernisierung der Todesursachenstati-

stik bereits zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Die pilot study hat außerdem gezeigt, daß Multikausalanalysen – sofern sie nicht wie im vorliegenden Fall primär statistisch-methodisch ausgerichtet sind – sich auf ein breiteres Zahlenmaterial stützen müssen. Eine Verbesserung der Mortalitätsstatistik für Zwecke der medizinischen Grundlagenforschung und der Gesundheitspolitik kann sicher nicht durch einige kleinere Spezialuntersuchungen erreicht werden; der Nachweis regional gegliederter Ergebnisse – in der bisherigen Todesursachenstatistik stark vernachlässigt – müßte bei der Multikausalanalyse ebenfalls Berücksichtigung finden.

Hier würden sich bei der Auswertung von Sektionsbefunden überwiegend Städtevergleiche anbieten (möglichst mit getrenntem Nachweis der aus dem Umland Gestorbenen), die Ergebnisse wären für die Stadtforschung und speziell für die Planung von kommunalen Gesundheitseinrichtungen von großer Bedeutung. Die relativ niedrigen Zahlen von Sektionen für die ländlichen Gebiete müßten gesondert nachgewiesen werden.

Die Frage, welche zusätzlichen Kosten eine statistische Auswertung von Sektionsbefunden verursachen würde, kann zunächst nur dahingehend beantwortet werden, daß der manuelle Signieraufwand für die Verschlüsselung der mehrfachen Todesursachen – etwa also bei zwei Drittel der Sektionsbefunde – sich nicht unwesentlich erhöhen würde; dagegen wäre die Auswertung der Ergebnisse – wenn ein einheitliches Tabellenprogramm verabschiedet ist – mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung mit relativ geringen Kosten verbunden. Die entstehenden Mehrkosten für eine ergänzende Auswertung der Sektionsbefunde durch eine Kombination der bei der Obduktion festgestellten Leiden und die evtl. Berücksichtigung der klinischen Befunde gemäß dem vorerwähnten Entwurf eines neuen deutschen Totenscheines vom Oktober 1970, wären zweifellos durch die wesentlich verbesserten Informationsmöglichkeiten gerechtfertigt. Die Todesursachenstatistik könnte jedenfalls dadurch ihren Stellenwert innerhalb des gesamten statistischen Instrumentariums gegenüber dem derzeitigen Stand beträchtlich erhöhen.

Werner Matti

Beilage zum Aufsatz:

“Hamburger Modell-Untersuchung zur
multikausalen Todesursachenstatistik”
in : Hamburg in Zahlen, Heft 6/1971

Schaubild 2

**Sterbefälle an akutem Herzmuskelfarkt (Grundleiden: ICD Pos. Nr. 410)
im Zusammenhang mit anderen Krankheiten**

Basis: 132 Hamburger Sektionsbefunde Pos. Nr. 410, Januar/Februar 1970
(78 Männer, 54 Frauen)
aus einer Stichprobe von 1000 (548 Männer, 452 Frauen)

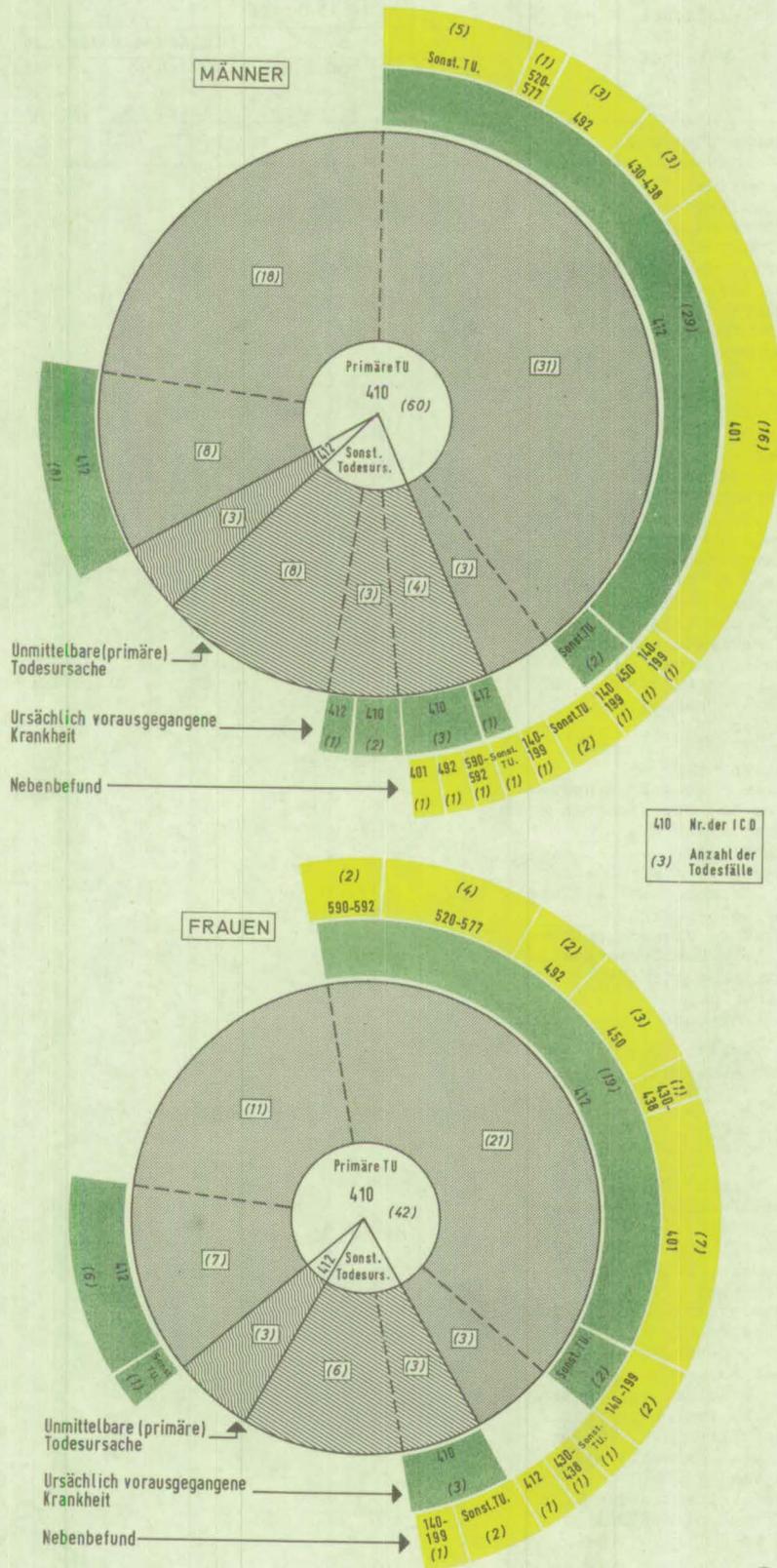


Tabelle 7

Das Zusammentreffen von Krankheitsbezeichnungen der an Herzmuskelinfarkt und
ischämischen Herzkrankheiten Gestorbenen nach Altersgruppen
(ohne Berücksichtigung des Grundleidens)

P = Primäre Todesursache U = Ursächliches Leiden N = Nebenfund

Primäre Todesursache Pos.-Nr.der ICD	Ursächliches Leiden oder Nebenfund	Art der Krankheitsbezeichnungen																		
		bei Männern									bei Frauen									
		in den Altersgruppen																		
		30 bis unter 50 Jahre			50 bis unter 70 Jahre			70 Jahre und älter			30 bis unter 50 Jahre			50 bis unter 70 Jahre			70 Jahre und älter			
Pos.Nr. d.ICD	Krankheits-Bezeichnung	P.	U.	N.	P.	U.	N.	P.	U.	N.	P.	U.	N.	P.	U.	N.	P.	U.	N.	
410 Akuter Herz- muskel- infarkt	017	ohne zusätzl. Krankheitsbez.																		
	093	Tuberkulose sonst. Organe																		
	154	Kardiovaskuläre Syphilis																		
	161	Bösart. Neubildg. d. Mastdarms																		
	182	Bösart. Neubildg. d. Kehlkopfes																		
	184	Sonst. bösart. Neubildg. der Gebärmutter																		
	185	Bösart. Neubild. sonst. u. n. n. bez. weibl. Geschlechtsorg.																		
	226	Bösart. Neubild. d. Prostata																		
	250	Gutart. Neubild. d. endokr. Drüsen																		
	401	Diabetes mellitus																		
	403	Essent. gutart. Bluthochdruck																		
	412	Bluthochdr. m. Ang. einer Nierenkrankheit																		
	429	Chron. ischäm. Herzkrankh.																		
	434	Mangelh. bez. Herzkrankh.																		
	436	Gehirnembolie																		
	438	Akute aber mangelh. bez. Hirngefäßkrankh.																		
	440	Sonst. und mangelh. bez. Hirngefäßkrankh.																		
	450	Arteriosklerose																		
	486	Lungenembolie u. -infarkt																		
	492	N.n. bez. Pneumonie																		
	493	Emphysem																		
	531	Asthma																		
	535	Magengeschwür																		
	571	Schleimhautentzdg. d. Magens und Zwölffingerdarms																		
575	Leberzirrhose																			
576	Gallenblasen- u. Gallengangs-entzdg. o. Ang. v. Steinen																			
590	Sonst. Krankh. d. Gallenblase und Gallengänge																			
592	Infektiöse Nierenkrankten.																			
600	Nieren- u. Harnleitersteine																			
601	Prostatahypertrophie																			
727	Prostatitis																			
727	Gelenkankylose																			
411 Sonst. akute und subak. Formen von ischäm. Herz- krankheiten	518	ohne zusätzl. Krankheitsbez. Bronchiektasie																		
	518	ohne zusätzl. Krankheitsbez. Bronchiektasie																		
412 Chron. ischäm. Herzkrank- heiten	151	ohne zusätzl. Krankheitsbez. Bösart. Neubildg. d. Magens																		
	162	Bösart. Neubildg. der Luft- röhre, Bronchien u. Lunge																		
	277	Fettsucht, nicht endokr. Ursprungs																		
	401	Essent. gutart. Bluthochdruck																		
	402	Bluthochdruck, mit Angabe einer Herzkrankheit																		
	410	Akuter Herzmuskelinfarkt																		
	412	Chron. ischäm. Herzkrankh.																		
	429	Mangelh. bez. Herzkrankh.																		
	440	Arteriosklerose																		
	490	N.n. bez. Bronchitis																		
	492	Emphysem																		
	535	Schleimhautentzündung des Magens und Zwölffingerdarms																		
	Summe der angegebenen Leiden		4	3	2	27	21	16	18	30	28	2	-	-	9	13	13	17	17	15

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	762,8	760,9	757,8	757,2
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	3,4	2,7	8,3	5,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	82	76	69	78
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	7	6	5	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	36	26	10	126
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	15	91	144	102
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	13	6	6	9
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	22	21	13	27
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹¹⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	260,5	260,8
- Altona	"	264,3	262,0	261,7
- Eimsbüttel	"	264,6	258,9	259,1
- Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	361,0
- Wandsbek	"	357,5	370,2	369,4
- Bergedorf	"	82,6	94,6	94,6
- Harburg	"	199,0	207,3	207,3
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 811 p	1 810,1 p	1 810,1 p	1 813,9
dav. männlich	"	861,9	843,4	842,8
weiblich	"	995,0	970,3	971,1
dar. Ausländer ⁴⁾	"	59,8	86,4	99,2	101,3	102,8	80,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 166	862 r	1 120 p	1 160 p	1 176
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	6,2	7,3 p	7,8 p	7,9
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533	1 419 r	1 630 p	1 550 p	1 623
dar. unehelich	"	143	117	145 r	130 p	110 p	130
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	10,1	10,2	10,6 p	10,4 p	10,9
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,7	10,5 r	8,0 p	7,1 p	8,0
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 213	2 121 r	2 290 p	2 180 p	2 181
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	33	34	40 p	33 p	36
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,6	15,3 r	14,9 p	14,7 p	14,6
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	21,2 r	23,7 r	24,5 p	21,3 p	22,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 680	- 702 r	- 660 p	- 630 p	- 558
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 0,8	- 4,5	- 5,1 r	- 4,3 p	- 4,2 p	- 3,7
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 947	6 500 p	7 150 p	8 200 p	8 109
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	6 100 p	7 700 p	7 550 p	7 883
Fortgezogene Personen	"	- 379	+ 202	+ 400 p	- 550 p	+ 650 p	+ 226
über die Landesgrenze Hamburgs	"	- 37	+ 284	+ 380
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 82	- 154
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	13 915 r	13 030 p	14 650 p	15 218
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 631	1 600 p	1 700 p	...	1 887
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	835	983	1 100 p	1 150 p	...	1 165
Niedersachsen	"	1 091	1 095	900 p	1 050 p	...	1 530
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	307	400 p	350 p	...	390
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	1 600 p	1 500 p	...	2 330
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 358	2 400 p	2 900 p	...	2 362
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 394	2 200 p	2 800 p	...	2 669
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	1 620	1 721	1 800 p	1 950 p	...	1 905
Niedersachsen	"	1 268	1 372	1 400 p	1 350 p	...	1 547
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	635	1 000 p	700 p	...	679
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	1 700 p	2 500 p	...	2 505
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 036	800 p	1 050 p	...	1 162

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁷⁾ nach dem Ereignisort. - ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt. - ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	11 749	11 221	11 229	11 220	11 081	11 186
Pflegetage		273 169	264 719	259 967	281 992	257 917	274 903
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,2	88,1	86,1	81,3	85,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	4 573	4 670	4 802	4 802	4 800	4 612
Pflegetage		123 729	125 308	125 130	138 509	126 998	125 541
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,1	92,9	92,1	87,4	89,6
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	745	681	790	790	791	665
Pflegetage		19 012	17 965	19 461	22 417	19 995	18 286
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,6	88,0	87,9	80,6	85,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	885	856	820	820	820	856
Pflegetage		21 274	20 557	20 414	21 792	19 053	20 471
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,7	87,0	85,7	79,2	79,7
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾	Anzahl	1 084	883	761	761	761	1 013
Pflegetage		25 626	19 232	17 094	19 078	18 011	21 065
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	78,0	87,3	88,8	86,7	70,8
3. Anstalten für Geistes Kranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	46 126	42 078	46 283	43 876	45 958
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	90,3	89,8	89,2	87,3	91,0
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 682	35 364	39 168	37 855	38 569
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	98,0	97,8	97,8	97,7	99,5
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 329	38 807	42 678	41 344	42 041
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,1	98,0	97,5	97,6	98,6
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	717,9	685,3	686,1	686,1	719,4
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	-	455,8	622,9	612,1	613,1	613,6	623,3
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherel)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	426 460	479 857	439 006	432 561
Ausgeliehene Noten	-	3 241	4 410	5 109	6 484	-	4 521
3. Wissenschaftliche Bücherel ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	36 531	37 937	41 169	40 549
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 828	14 110	14 466	14 088	16 864
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	57 443	68 132	66 860	57 047	49 210
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	692,2	691,8	691,5	682,0
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	409,3	408,9	409,3	409,3	403,9
Rentner	-	175,5	228,5	231,3	231,9	232,3	227,7
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	51,7	52,0	50,6	49,9	50,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	25,6	24,0	22,6	21,9	27,2
dav. männlich	-	17,9	17,3	16,2	15,4	14,8	18,2
weiblich	-	8,8	8,3	7,8	7,2	7,1	9,0

¹⁾ am Monatsende. - ²⁾ ohne Säuglingsbetten. - ³⁾ ohne gesperrte Betten. - ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. - ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	3 488	3 210	2 863	2 776
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 785	1 702	1 477	1 476
weiblich	"	1 092	1 268	1 703	1 508	1 386	1 300
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	21	73	23	15
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	40	59	50	15	42
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	36	43	40	37	33
Elektriker	"	24	12	34	28	12	12
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	25	17	33	4
Tischler, Modellbauer	"	24	18	25	30	4	4
Drucker	"	44	49	61	50	29	29
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	10	8	21	22	22
Ernährungsberufe	"	75	41	61	54	93	9
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	136	129	123	49
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	169	118	62	62
Warenkaufleute	"	368	411	441	381	273	273
Verkehrsberufe	"	313	162	202	179	141	141
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	574	616	597	551	556
Künstlerische Berufe	"	177	159	190	173	198	176
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	25 656	26 874	27 214	32 276
dav. männlich	"	13 014	17 678	13 799	14 560	14 753	19 152
weiblich	"	12 813	12 832	11 857	12 314	12 461	13 124
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	6 553	7 226	6 880	7 192
dav. männlich	"	4 134	5 085	4 720	5 249	5 080	5 330
weiblich	"	1 707	1 762	1 833	1 977	1 800	1 862
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	5 758	5 593	5 657	9 721
dav. männlich	"	9 955	7 880	4 960	4 394	4 573	8 842
weiblich	"	572	934	798	1 199	1 084	879
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	9 681	9 135	7 976	7 840
dav. männlich	"	5 512	3 686	4 396	4 212	3 703	3 675
weiblich	"	2 787	4 174	5 285	4 923	4 273	4 165
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	.	42 471	.	.
Weiblich	"	5 157	13 182	.	16 151	.	.
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 672	2 097	2 278	2 396
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	89,9	90,2	92,0	93,2	88,9
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	12,0	13,6	15,2	15,3
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	10 843	11 977	11 606	11 458
dav. lose	"	3 529	2 056	2 177	2 478	2 409	2 155
in Flaschen	"	.	1 636	903	962	868	1 794
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	7 438	8 179	7 954	7 243
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	.	60	74	72	.	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	304	265	284	303	266
Mager- und Buttermilch	"	382	442	391	457	556	365
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	8,6	10,7	9,2	10,7
Kälber	"	2,6	1,9	1,4	2,2	2,0	2,0
Schweine	"	47,0	38,1	38,8	47,1	42,4	38,1
Schafe	"	2,7	1,0	0,8	1,4	0,7	0,9
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,1	8,9	9,5	9,8
Kälber	"	2,5	1,8	1,4	2,1	1,9	2,0
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	39,7	47,3	42,7	41,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	5 914	6 873	6 584	6 656
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 070	2 283	2 456	2 466
Kälber	"	187	152	119	186	169	168
Schweine	"	4 318	3 828	3 689	4 346	3 920	3 972

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 470	1 460	1 461	1 504
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	208	207	208	213
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	133	133	133	138
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 756	20 574	22 482	21 536	23 378
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	159	175	176	161
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	129	132	135	115
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	14	8	8	11
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	4 495	4 985	4 184	2 379
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	"	18 272	25 525	28 456	22 612	18 540
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	71	72	62	78
Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	145	156	144	152
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	11	12	13	11	13
Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 502	1 733	1 587	1 605
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	228	269	222	214
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	130,2	126,6	131,9	126,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	128,4	125,1	130,0	125,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	143,1	134,0	134,1	129,5
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	138,7	136,8	146,7	127,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	111,9	116,0	120,2	128,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	106,7	106,8	113,0	116,6
Bauindustrie	"	103,7	122,5	121,1	106,4	146,8	126,6
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 502	1 733	1 587	1 605
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	259	249	279	246	269
Chemische Industrie	"	101	140	149	172	161	154
Elektroindustrie	"	143	193	188	215	185	172
Maschinenbau	"	83	122	114	144	134	122
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	12	14	13	12
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	629	702	587	655
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	72	81	63	73
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	1. Vj. 1970
		1965	1970				
3. Handwerk (Meßziffern)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,9	85,4	85,4 p	84,5 p
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	154,8	194,1	138,6 p	111,5 p
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	155,3	195,8	134,8 p	106,8 p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 183	45 365	45 861	46 548
dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 219	1 218	1 234	1 310
Angestellte	"	4 684	5 566	5 703	5 703	5 731	5 505
Arbeiter ²⁾	"	43 102	39 789	38 261	38 444	38 896	39 733
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	5 687	15 693	6 911	7 239
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 489	4 042	2 003	1 908
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 655	4 794	1 866	1 905
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	2 543	6 857	3 042	3 426
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	62,8	59,7	166,6	73,4	82,6
Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	"	5,9	10,3	10,2	30,7	10,4	9,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	126,6	464,1	161,0	119,2
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	27,7	120,0	60,4	27,0
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	51,8	53,9	156,3	45,8	39,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	45,0	187,8	54,8	53,0
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	221	121	157	208
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	98	78	87	87	143
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	596	200	294	380
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	86,8	33,1	46,2	53,3
Wohnfläche	1 000 qm	95	76	126	42	65	78
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	73	66	91	80
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	396	274	841	624
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	49,5	30,5	77,7	81,3
Nutzfläche	1 000 qm	73	96	79	57	122	122
Wohnungen	"	"	"	"	"	"	"
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	1 754	488	818	1 058

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	153	133	164	186	146
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	302	338	400	516	241
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	46,8	57,6	72,8	32,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	77	55	53	87	111
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	545	301	366	690	529
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	38,3	44,9	45,8	59,4
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 049	1 198	1 448	651
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	90	108	117	75
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	90	61	47	77	55
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	169	237	180	140
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	26,7	32,5	23,3	18,9
Wohnfläche	1 000 qm	86	70	30	51	33	27
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	74	42	23	69	61
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	407	539	131	293	161
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	39,9	47,9	13,0	21,8	7,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	78	80	21	56	38
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	556	732	511	393
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	39	491	130	82
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	13 549	14 500	14 900	15 900	15 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 857	5 300	4 600	3 900	5 000
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	182
Wohnungen	"	636	699	699	700	700	689
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 613	2 616	2 617	2 575
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	156	196	190	178
dar. Warenhäuser	"	130	238	212	247	258	215
Facheinzelhandel	"	120	149	133	161	162	151
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	152	175	177	171
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	152	179	182	171
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	152	166	168	171
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	161 743	186 412	...	153 399
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	210 266	233 514	...	228 860
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	331	352	...	275
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	33	56	...	21
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	298	296	...	254
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	2	4	3	2	...	4
Fertigwaren	"	50	62	75	62	...	70
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	143	203	220	232	...	180
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	9	18	19	21	...	18
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"	134	185	201	211	...	162
Europa	"	152	209	233	231	...	203
dar. EWG-Länder	"	65	94	92	107	...	85
EFTA-Länder	"	67	87	92	91	...	91

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	•	•	•	•	•
dav. Beherbergungsgewerbe	•	125	•	•	•	•	•
dav. Gaststättengewerbe	•	108	•	•	•	•	•
6. Fremdenverkehr¹⁾							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	125	91	106	•••	126
dar. von Auslandsgästen	•	42	43	26	32	•••	43
• Fremdenübernachtungen	•	232	248	187	219	•••	250
dar. von Auslandsgästen	•	90	83	55	65	•••	83
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 433 r	1 551 p	1 520 p	1 508
Angekommene Schiffe	•	1 739	1 645	1 495 r	1 629 p	1 600 p	1 654
Abgegangene Schiffe	•	•	•	•	•	•	•
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 969 r	4 172 p	3 519 p	3 865
dav. Empfang	•	2 229	3 006	3 062 r	3 216 p	2 728 p	3 011
dav. Massengut	•	1 634	2 370	2 492 r	2 683 p	2 099 p	2 370
dar. Mineralöle	•	968	1 454	1 543 r	1 699 p	1 201 p	1 467
Kohle	•	192	249	316 r	265 p	149 p	319
Getreide	•	180	168	178 r	192 p	243 p	154
Sack- und Stückgut	•	595	636	570 r	633 p	629 p	641
Versand	•	713	908	907 r	956 p	791 p	854
dav. Massengut	•	292	379	369 r	370 p	286 p	298
Sack- und Stückgut	•	421	528	538 r	586 p	505 p	556
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	374	317	345	•••	462
• Güterversand	•	309	488	494	553	•••	671
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	2 091 p	2 648 p	2 803 p	2 440
Gestartete Flugzeuge	•	2 047	2 685	2 091 p	2 648 p	2 803 p	2 444
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	92,9 p	127,4 p	132,3 p	121,5
Abgereiste Fluggäste	•	71,0	124,3	91,2 p	128,1 p	131,3 p	119,5
Angekommene Fracht	•	578	1 192	922 p	1 296 p	1 219 p	1 338
Abgegangene Fracht	•	587	1 328	963 p	1 278 p	1 164 p	1 420
Angekommene Post	•	185	274	201 p	276 p	266 p	313
Abgegangene Post	•	229	337	305 p	374 p	344 p	339
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	11 055	12 541	12 109	12 360
Hoch- u. Untergrundbahn	•	13 705	15 858	15 294	17 219	16 431	16 767
Straßenbahn	•	9 436	5 276	4 695	5 323	5 005	5 826
Kraftomnibusse der HHA	•	9 695	12 750	12 324	13 933	13 332	13 169
Kraftomnibusse der VHH	•	1 873	2 307	2 402	2 579	2 536	2 509
Private Kraftomnibusse	•	301	284	168	223	•••	293
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2 310,8	455,2 411,7	457,5 413,7	462,2 417,8	467,1 422,1	432,6 391,6
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	5 071	6 250	6 023	9 229	•••	8 660
• Lastkraftwagen	•	4 632	5 660	5 388	8 426	•••	7 978
• Lastkraftwagen	•	362	493	556	645	•••	573
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	871	936	983 p	1 040
• Getötete Personen	•	28	32	18	25	28 p	25
• Verletzte Personen	•	1 106	1 442	1 185	1 230	1 267 p	1 374

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	27 209,6	27 190,2	27 249,5	24 493,8
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	7 673,3	8 557,0	8 353,4	8 395,9	7 490,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 661,3	8 483,7	8 260,6	8 303,2	7 461,5
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	3 710,3	4 198,0	4 282,1	4 231,6	3 546,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	3 347,3	3 771,2	3 825,1	3 770,2	3 180,4
Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	13 693,5	14 454,6	14 554,7	14 622,0	13 456,4
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 112,6	12 760,5	12 856,2	12 904,2	11 914,8
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	665,4	645,1	639,9	638,1	673,2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	16 355,8	17 699,4	17 802,2	18 146,3	15 785,6
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	9 050,0	9 798,0	9 852,7	10 163,7	8 544,7
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 831,5	8 409,5	8 494,8	8 889,5	7 519,7
Spareinlagen	"	.	4 069,9	7 305,8	7 901,4	7 982,6	7 240,9
dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	4 941,6	5 307,5	5 333,1	4 910,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	439,1	431,4	427,0	435,8
Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	430,1	355,7	429,1	456,6
Zinsgutschriften	"	.	12,9	33,2	0,3	1,2	0,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	23	24	28	24
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	718	765	701	906
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	2 366	1 618	2 133	2 576
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen³⁾							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	23 318	27 445	21 193	26 762
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 303	3 195	3 939	3 295	3 735
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 440	1 552	1 573	1 624	1 685
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	457	510	465	462	558
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	148	148	148	151
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 060	5 060	5 065	4 746
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 189	5 225	5 251	4 972
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 814	4 823	4 817	4 110
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
1 000 DM	.	585 154	564 344	649 530	519 539	427 702	
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	298 399	204 685	478 206	239 489	186 857
dav. Lohnsteuer	"	89 007	178 167	185 669	169 396	184 001	148 577
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	66 980	14 019	187 735	27 542	22 760
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	14 446	2 193	12 320	14 836	13 216
Körperschaftsteuer	"	36 706	38 805	2 804	108 755	13 110	2 305
Steuern vom Umsatz	"	286 756	359 658	171 324	280 049	240 845	240 845
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	135 525	154 693	104 701	144 962	99 663
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	151 231	204 965	66 622	135 087	141 182
2.* Bundessteuern							
1 000 DM	523 065	602 809	635 797	731 426	662 652	555 026	
dar. Zölle	"	45 078	49 486	86 338	93 398	52 816	53 704
Verbrauchssteuern	"	358 150	535 718	529 598	613 892	594 158	485 103
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	440 497	434 248	499 914	496 421	362 897
3.* Landessteuern							
1 000 DM	35 517	40 066	68 100	23 937	31 687	31 725	
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 648	46 851	2 209	6 462	5 457
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	10 207	10 635	12 113	12 787	13 466
Biersteuer	"	2 430	3 057	2 125	2 506	2 869	2 748
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM	46 355	59 558	.	.	39 771	35 303	
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	43 302	.	10 718	12 866	12 106
Grundsteuer A	"	73	85	.	.	10	11
Grundsteuer B	"	5 134	6 939	.	.	826	767
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM	601 215	946 077	975 922	1 065 176	963 623	805 052	
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM	157 752	191 333	.	253 755	142 730	121 884	
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁴⁾	"	122 235	119 351	88 365	214 104	104 937	81 435
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	21 416	.	10 715	6 106	8 724
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 500
Außerdem:	"
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	38 558	.	.	39 771	35 303
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	30 869	.	49 998	29 616	23 987
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	260 761	.	.	212 117	181 174

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

⁴⁾ nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsthroughschnitt		August 1970	November 1970	Februar 1971	Februar 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	151,3	154,3	158,2	141,5
Einfamiliengebäude	"	113,3	148,8	151,0	154,2	158,0	141,5
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	149,1	151,7	154,4	158,3	141,5
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	149,2	151,6	154,6	158,6	141,8
Bürogebäude	"	112,2	149,2	151,8	154,3	158,3	141,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	150,6	153,8	155,8	160,7	142,1
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	327	348	344	308
• männliche Arbeiter	"	140	202	204	209	205	191
• weibliche Arbeiter	"	92	127	123	139	139	117
Bruttostundenverdienste	"	5,10	7,25	7,27	7,64	7,70	6,78
• männliche Arbeiter	"	3,32	4,89	4,96	5,07	5,18	4,57
• weibliche Arbeiter	"	1,78	2,36	2,31	2,57	2,52	2,21
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	45,0	45,6	44,6	45,5
• männliche Arbeiter	"	42,2	41,4	41,1	41,2	39,5	41,7
• weibliche Arbeiter	"	3,3	4,1	3,9	4,4	4,1	3,8
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	40,7	35,5	42,6	40,3	41,7
• männliche Arbeiter	"	37,2	36,4	30,7	38,7	35,5	37,7
• weibliche Arbeiter	"	4,2	4,3	4,8	3,9	4,8	4,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 564	1 591	1 658	1 497
• männlich	"	747	1 104	1 113	1 141	1 189	1 049
• weiblich	"	351	451	451	450	469	448
Technische Angestellte	"	1 182	1 661	1 671	1 710	1 796	1 587
• männlich	"	748	1 109	1 127	1 139	1 200	1 063
• weiblich	"	434	552	544	571	596	524
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 482	1 498	1 524	1 571	1 403
• männlich	"	668	1 020	1 030	1 052	1 086	962
• weiblich	"	375	462	468	472	485	441
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 501	1 515	1 541	1 593	1 427
• männlich	"	688	1 042	1 051	1 075	1 112	984
• weiblich	"	370	459	464	466	481	443
Technische Angestellte	"	1 176	1 660	1 671	1 708	1 791	1 587
• männlich	"	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
• weiblich	"	338	375	375	399	440	347
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	452	507	727	436
• dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	113	113	150	102
• bekämpfte Brände	"	221	337	339	394	577	334
• dav. Großbrände	"	9	14	9	7	23	9
• Mittelbrände	"	28	44	35	57	90	48
• Kleinbrände	"	98	151	145	178	309	136
• Entstehungsbrände	"	80	119	132	137	140	124
• Schornsteinbrände	"	6	10	18	15	15	17
Hilfeleistungen aller Art	"	739	603	603	671	700	569
Rettungswageneinsätze	"	10 271	9 510	9 510	11 104	10 595	9 922
• dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 273	1 420	1 545	1 464
• Betriebsunfälle	"	544	505	362	468	441	493
• Krankentransporte	"	3 660	3 660	3 481	4 284	3 883	3 770
• Anzahl der beförderten Personen	"	10 086	9 147	9 147	11 029	10 261	9 857
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	11 454	11 454	10 565	12 282	12 022	10 927
Außerdem:	"	87	87	87	96	132	57
• Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	87	87	87	96	132	57
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	10 432	12 722	10 383	11 964
• dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	7	7	12	4
• Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	201	239	220	207
• Körperverletzung ³⁾	"	91	130	106	130	145	144
• Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	76	108	60	76
• Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	3 704	4 475	3 731	4 974
• Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	3 246	3 968	3 292	2 761
• Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	6 950	8 443	7 023	7 735
• dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	180	287	283	342	260	333
• diebstahl	"	203	202	156	175	162	191
• Unterschlagung	"	85	134	67	80	64	143
• Begünstigung und Hehlerei	"	722	936	925	1 065	784	1 217
• Betrug und Untreue	"	33	38	38	68	49	45
• Brandstiftung	"	778	1 463	1 464	1 440	1 320	1 556
Außerdem:	"	8 929	17 425	20 559	21 981	19 902	20 237
• Verkehrsvergehen ⁴⁾	"	423	435	421	378	504	371
• Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁵⁾	"	31 317	26 905	28 649	27 700	26 905	30 738
• Ordnungswidrigkeiten	"	31 317	26 905	28 649	27 700	26 905	30 738
• Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁶⁾	"	31 317	26 905	28 649	27 700	26 905	30 738

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
werbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebüh-
renpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1971	Februar 1971	März 1971	März 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 345,3
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	5,6
Lebendgeborene	Elnw. und	17,7	13,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	13,7
INDUSTRIE *)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 585	8 578	...	8 563
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	968	963	...	1 032
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	41 670	42 528	...	43 098
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	8 506	8 062	8 372	...	8 582
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	156,6	153,5 r	158,5	158,1	158,5
Verarbeitende Industrie	"	119,1	159,9	155,9 r	161,5	161,3	162,8
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	178,1	165,5 r	178,6	180,0	176,4
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,4	159,8 r	162,3	161,2	165,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	147,2	147,9 r	151,3	151,3	155,4
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	138,4	134,3 r	134,4	132,9	134,2
Bauindustrie	"	118,9	134,9	89,5 r	105,7	102,8	102,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 529	1 469,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	2 526	161,1
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	2 761,2
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	35 420	45 008	54 442	45 880
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	39 825	16 046	13 668	19 477	15 746
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	156	149	196	168
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	162	152	152	175	158
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	11 471	11 395
dav. Empfang	"	6 950	9 378	9 105	8 979
Versand	"	1 885	2 386	2 366	2 416
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	144 964	184 679	288 683	237 155
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	31 377	25 029 p	23 972 p	...	26 671
Getötete Personen	"	1 313	1 594	1 327 p	1 216 p	...	1 215
Verletzte Personen	"	36 124	44 186	34 935 p	32 923 p	...	38 309
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	4 049,2	3 073,1 r	2 807,1	1 988,7
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 333	462,4	224,3 r	3 800,4	3 369,1
Körperschaftsteuer	"	681	726	205,1	- 0,4 r	1 626,5	1 999,0
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 177	4 193,7	3 789,9 r	2 868,0	2 634,3
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	110,9	111,5	112,0	106,6
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	107,2	107,9	108,2	109,7	109,0
Index der Ausführpreise	"	104,8	116,6	119,9	120,9	121,5	115,6
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	147,4	...	155,8
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	123,7	126,6	127,7	128,7	123,0
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,4	118,8	120,2	121,1	117,4
Wohnungsmieten	"	118,5	168,5	173,3	174,4	175,7	166,6
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,53	6,76	7,01	6,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,9	45,0	43,7	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).

